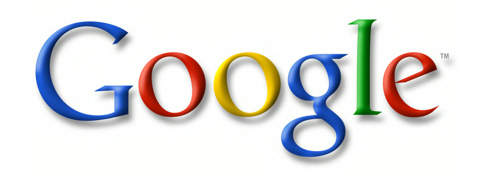
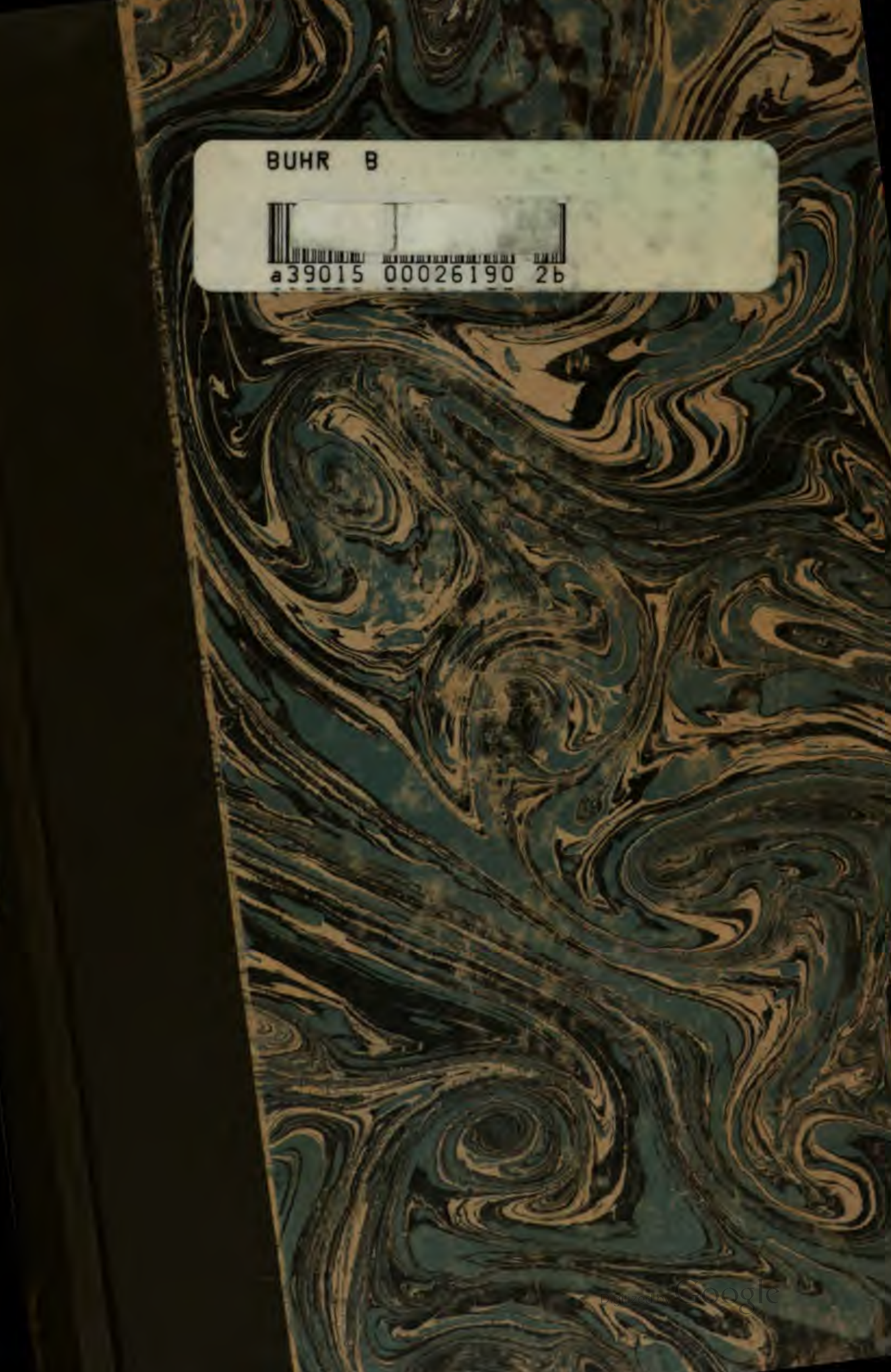
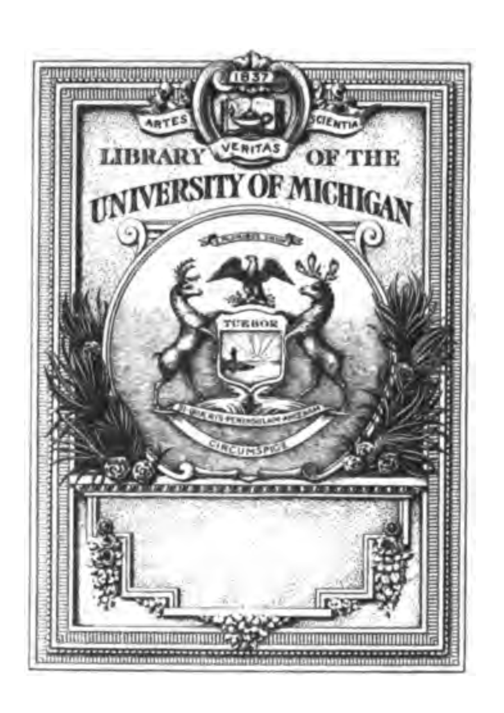
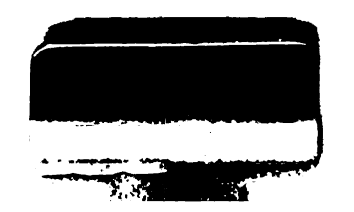





1837
ARTES
SCIENTIA
VERITAS
LIBRARY
OF THE
UNIVERSITY OF MICHIGAN
TUEBOR
CIRCUMSPICE







von

Hans Prutz

Zweiter Band

Die Gründung des preußischen Staates

(1655—1740)



Stuttgart 1900

J. G. Cotta'sche Buchhandlung Nachfolger

G. m. b. H.

Preußische Geschichte

von

Hans Prutz

Zweiter Band

Die Gründung des preußischen Staates

(1655—1740)



Stuttgart 1900

J. G. Cotta'sche Buchhandlung Nachfolger

G. m. b. H.

Druck der Union Deutsche Verlagsgesellschaft in Stuttgart.

Inhalt des zweiten Bandes.

Erstes Buch.

Die neue Staatsgründung des Großen Kurfürsten.

1655–1666.

I. Im nordischen Krieg im Zwange Schwedens. 1655—1656.

Weniger Gründe der auswärtigen als der inneren Politik bestimmten Karl X. Gustav zum Kriege gegen Polen. Waffenruhm sollte die neue Dynastie befestigen, der Krieg das Land von unruhigen Elementen entlasten, die Krone von der Aufsicht des Adels befreien und neue Einnahmequellen eröffnen durch die Gewinnung der Herrschaft über die ganze Ostsee zur Ausbeutung des baltischen Handels. Diesen vor der ertötenden schwedischen Zollpolitik zu bewahren, war für die Niederlande eine Lebensfrage. Aber ihr unglücklicher Krieg mit England hinderte ihr rechtzeitiges und thatkräftiges Einschreiten. Polen allein war zu erfolgreichem Widerstand unfähig. Von Parteien zerrissen, unter einem charakterlosen König, der, kinderlos und ohne Ehrgeiz, von seiner habgierigen Gemahlin, der schönen Luise Marie von Gonzaga, gegängelt wurde, trotz der Prahlerei des säbelrasselnden Adels ohne militärische Organisation und finanziell zerrüttet, hatte es sich eben der Russen kaum erwehrt: der schwedischen Militärmacht mußte es schnell erliegen, ließ sich vielleicht schon durch Drohungen zu überstürzter Nachgiebigkeit einschüchtern. Denn auch der Kurfürst von Brandenburg meinte: „Es könne nichts so unbilliges oder ungereimtes gefordert oder auf die Bahn gebracht werden, das bei jetzigem die polnische Republik zerrüttenden und sehr gefährlichen Zu-

stand nicht zu erhalten stünde." Als aber Graf Schlippenbach, der ihm im September 1654 die Thronbesteigung Karl Gustavs notifizierte, die Möglichkeit eines brandenburgisch-schwedischen Bündnisses gegen Polen erörtert hatte unter der Bedingung der Einräumung von Memel und Pillau, hatte er das sofort als undiskutierbar zurückgewiesen und durch General Spoor in Preußen Vorsichtsmaßregeln ergreifen lassen. Auch in Warschau warnte er und mahnte zur Rüstung, bot sich aber zugleich als Vermittler an, natürlich vergebens, da Schweden den Krieg brauchte und daher wollte. In Warschau geschah nichts. Vielmehr wuchs mit der Gefahr der Hader der Parteien: schon meinte man von einem Teil des Adels sich des Abfalls zu Schweden versehen zu müssen, und der Primas von Polen sollte Johann Kasimir zur Abdankung geraten haben. Polen lag offen vor den Schweden.

Damit aber stand zu fürchten, daß „wenn die Angst und die Not sie dringen sollte", die Polen sich durch Preisgebung Preußens zu retten versuchten. Deshalb empfahl Waldeck, „die Gefahr aufs Allerhöchste zu nehmen und die Remedien dagegen zu bedenken". Mit Güte sei nichts auszurichten; es gelte sich zu machtvollem Widerstand zu rüsten; dazu brauche man Allianzen und Geld. Vor allem müsse man sich zur Sicherung der preußischen Häfen „in Verfassung setzen", im übrigen für den Anfang zuwarten und sich von beiden Teilen umwerben lassen. Dazu solle man erklären, „wer raisonable Bedingungen nicht eingehen wolle, gegen den werde man sich wenden". Doch hat Waldeck wohl schon damals den Uebertritt Brandenburgs zu Schweden in Aussicht genommen. Denn Brandenburg dürfe für die unvermeidlichen Opfer nicht ohne „genügenden Rekompens" bleiben: ihn gelte es „entweder durch Traktaten oder durch den Degen" zu gewinnen. Wo er den „Rekompens" suchte, zeigen seine Bemerkungen über eine mögliche Besserung des Verhältnisses zwischen Polen und Preußen. Die Lehensabhängigkeit sei unerträglich: ein Kurfürst, Herr so vieler Lande, könne nicht Vasall eines Königs sein, „der durch Faveur der Senatoren, Korruptionen und dergleichen zu seiner Krone kommt, darin er so viel als nichts zu sagen hat". Nur wenn das

anders werde, könne der Kurfürst „wie ein rechter Regent nach Belieben das Regiment führen". Auch werde man dann die Belehnungsgebühren, Bestechungsgelder, Jahresabgaben u. s. w. an Polen nicht mehr zu zahlen haben. „Ew. Kurf. Durchlaucht wären," so sagt er, „der Erste, da Sie jetzt der Zweite sind." In dem Lehenseid sieht er kein Hindernis: da Polen seine lehensherrlichen Pflichten nicht erfüllt habe, sei auch der Kurfürst der ihm als Lehensmann obliegenden los und ledig. Auch gingen diesen die Pflichten gegen das Reich vor, indem er durch die „Ohnweisheit der Polen" behindert werde. Auch das evangelische Interesse fordere, daß Preußen selbständig werde. Zudem erwachse Polen kaum ein Schaden daraus, da der gegenwärtige Zustand ihm nichts nütze, sondern höchstens dem Könige und den Senatoren Geld einbringe. Aber noch eine andere Möglichkeit deutete Waldeck an — die Teilung Polens. Eine Politik der Eroberung, meint er, sei zwar im allgemeinen nicht rätlich, aber es gebe doch Fälle, wo erobern das richtige sei: als Entschädigung für aufgewandte Kosten einige Grenzstriche zu erwerben, sei immer erwünscht; auch werde „der Eroberer Lob mehr herausgestrichen als derer, so die Hände in den Schoß legen".

Mit dieser Auffassung der Lage stand Waldeck unter den Räten des Kurfürsten freilich allein. Während er den Moment kühn zu benutzen und durch einen großen Einsatz Großes zu gewinnen dachte, wünschten jene die Teilnahme an dem Kriege möglichst zu vermeiden, standen aber, falls Partei genommen werden mußte, mit ihren Sympathien auf der Seite Polens. Unklarer erscheint des Kurfürsten eigene Haltung: er suchte die beiden in seinem Rate vertretenen Richtungen gleichzeitig und nebeneinander zu verfolgen. Während Waldeck eine militärisch gesicherte Stellung erstrebte, um von da aus den widrigen Verhältnissen die für Brandenburg-Preußen vorteilhafteste Gestaltung aufzuzwingen, ließ der Kurfürst auch in diesem Falle sich von dem Strom der Entwickelung tragen, obgleich dessen Richtung noch nicht erkennbar war. Lief er da nicht Gefahr, schließlich an einem von ihm gar nicht gewollten Punkte zu landen?

So begann man zu rüsten, angeblich gegen den Mosko-

witer. Nach Preußen eilte Waldeck selbst. Die Stände machten anfangs Schwierigkeiten, beugten sich aber schließlich dem Ernst der Lage und ließen nicht nur ihre Gravamina vorläufig fallen, sondern bewilligten eine Accise von mehr als einer halben Million Thalern. Nun konnten Memel und Pillau in Verteidigungszustand gesetzt, durch Werbungen 4000 Mann aufgebracht und bald auch die Landwehr (Wibranzen), etwa 7000 Mann, bereit gestellt werden. In Brandenburg hatte man gegen 8000 Mann; aus dem Westen durfte man 4000 erwarten — im ganzen eine ansehnliche Streitmacht. Aber schon hieß es, Schweden habe Polen friedliche Verständigung und Hilfe gegen die Russen angeboten um den Preis der Lehensabhängigkeit Preußens und Kurlands von der schwedischen Krone. Das war in Warschau zwar abgelehnt: würde das aber auch nach einer unglücklichen Schlacht oder dem Verlust etlicher Provinzen geschehen? Wessen er sich als Vasall Schwedens zu versehen haben würde, konnte der Kurfürst sich selbst sagen: Preußen, finanziell und militärisch das Fundament seines Staates, hätte nur die auf sein Verderben gerichteten Mittel Schwedens vermehrt. Nicht minder schwer aber bedrohte eine solche Möglichkeit die Niederlande, selbst wenn Schweden sich darauf beschränkte, die Hafenzölle zu erhöhen, statt, wie manche verlangten, die Niederlande von dem baltischen Handel ganz auszuschließen, auf dem namentlich der Reichtum Hollands und Amsterdams beruhte. Für sie gewann nun die Allianz mit Brandenburg hohe Bedeutung, und so erschloß sich dem Kurfürsten von dieser Seite her eine Aussicht auf Hilfe.

Das brandenburgisch-niederländische Bündnis, dem die oranische Heirat den Weg hatte ebnen sollen, war dem Abschluß nahe gewesen, als der Tod Wilhelms II. die aristokratische Partei zur Gewalt gebracht hatte. Erst als im Herbst 1652 der Krieg mit England ausbrach, forderte die Provinz Geldern die Erneuerung der Allianzen mit dem Kurfürsten und anderen deutschen Fürsten. Ob die Allianz auch für Pommern und Preußen gelten sollte, wurde Gegenstand langwieriger Erörterungen zwischen den staatischen und den brandenburgischen Bevollmächtigten. Gegen Einbeziehung Cleves legten dessen

Stände Verwahrung ein, da ihr Land betreffende Verträge nicht ohne ihr Zuthun geschlossen werden dürften. Spanien und Pfalz-Neuburg ließen es nicht an Gegenbemühungen fehlen, während der klägliche Verlauf des englischen Krieges das Volk nicht bloß den Wert des geplanten Bündnisses höher anschlagen, sondern auch die Herstellung der Oranier immer lebhafter wünschen ließ. Die brandenburgischen Unterhändler meinten daher zuwarten zu sollen. Auch der Kaiser erhob Einspruch gegen das angeblich geplante „ganz gefährliche Bündnis zu vermeinter Defendierung des von Brandenburg prätendierten Rechts auf Jülich, Cleve und Berg als präjudizierlich für des H. Reichs Jurisdiktion, Autorität und Gerechtigkeit". Derb ließ ihn der Kurfürst abfertigen, wohl durch die scharfe Feder Waldecks: nur um die Erneuerung der Allianz handle es sich, die zwischen seinen Vorfahren und der Republik bestanden; viel mehr habe er über gefährliche Verbündnisse zu klagen, die „von einigen Prätendenten zu den jülichschen und cleveschen Landen wider ihn betrieben würden; die möge der Kaiser nicht zulassen und ihn bei seinen Rechten schützen". Da beseitigte der englisch-niederländische Friede die wichtigste Voraussetzung für die geplante Allianz. Daß die aristokratische Partei ihn durch die von England geforderte Ausschließung der Oranier von der Statthalterschaft erkaufte, empfand Friedrich Wilhelm als persönliche Beleidigung. Aber sein Protest gegen die Seklusionsakte blieb ohne Wirkung.

Bald jedoch nötigte die von Schweden her drohende Gefahr den fallen gelassenen Faden wieder aufzunehmen. Im Herbst 1654 machte der Kurfürst den Generalstaaten von den Bündnissen Mitteilung, die er im Verfolg der Waldeckschen Unionspolitik mit etlichen Reichsfürsten geschlossen hatte. Im Januar 1655 wies er sie auf den schweren Schaden hin, womit Schwedens Absichten auf die preußischen Häfen sie bedrohten, und fragte, was sie dagegen thun würden, da Polen ihn nicht schützen könne, vielleicht nicht schützen wolle. In einer Denkschrift zeigte er, weshalb die Niederlande, obenan Amsterdam, die preußischen Häfen unter keinen Umständen an Schweden kommen lassen dürften: eben auf dem Wege, den erstrebten

staatische Allianz oder wollte doch Preußen davon ausschließen, das Gebiet gerade, um das es sich für die Republik dabei eigentlich handelte. Wenn er dennoch Weimanns Verfahren billigte und den Vertrag ratifizierte, so bewies das nur von neuem, wie wenig er sich den Verhältnissen gewachsen fühlte und hilflos von ihnen getrieben wurde. Zudem entsprach das Bündnis kaum bescheidenen Erwartungen. Während Brandenburg in den nächsten acht Jahren der Republik gegen jeden Angriff auf ihr Gebiet, angehörige angrenzende Landschaften, Städte und Plätze oder mit staatischen Garnisonen besetzte Lande und Plätze, sowie auf ihre Schiffahrt und ihren Handel in der Ostsee Hilfe zu leisten hatte, übernahm sie ihm gegenüber diese Pflicht nur für seine cleveschen Lande, jetzigen und zukünftigen legitimen Besitzes, sowie alle Lande, Plätze und Häfen an der Ostsee: die Marken wurden nicht erwähnt, so sehr sie bei einem Bruch mit Schweden gefährdet waren. Und dafür ließ sich der Kurfürst eine wesentliche Beschränkung seiner Hoheit über Handel und Seefahrt in Preußen gefallen, indem er sich verpflichtete, seine Häfen weder einer anderen Macht zu verpfänden noch abzutreten, noch einer solchen darin irgend welches Recht einzuräumen, auch die Zölle nicht zu erhöhen. Und trotzdem wurde das in dem einen Artikel vereinbarte Maß der ihm zu leistenden Hilfe in einem geheimen Nachtragsartikel wieder heruntergesetzt: statt der dort stipulierten 4000 Mann sollte die Republik nur 3000 zu stellen haben, außer bei einem Angriff auf des Kurfürsten Ostseelande, und auch da noch das vierte Tausend nach Gutdünken an dem Orte verwenden dürfen, an dessen Erhaltung ihr am meisten läge. Auch die eventuelle Zulassung Englands hatte der Kurfürst nachgeben müssen, während er seine deutschen Verbündeten der Allianz zuzuführen verhieß.

Der Wert dieser Allianz war jedenfalls höchst fragwürdig; selbst die diplomatischen Vorteile, die sie verhieß, machten die Ereignisse bald zu nichte. Am 22. Juni 1655 hatte von Vorpommern aus der schwedische Feldmarschall Graf Wittenberg unter Berufung auf Artikel 17 des Westfälischen Friedens und Zusage guter Disziplin Durchzug durch Hinterpommern gefordert.

Der Kurfürst hatte ausweichend geantwortet: erst müsse er wissen, gegen wen der Zug gerichtet sei und daß er nicht dem Reiche oder einem seiner Glieder gelte. Auch hatte er den König von Polen und den Herzog von Kurland sofort von dem schwedischen Ansinnen unterrichtet und dem Kurfürsten von Sachsen als Kreisobersten und dem Kaiser davon Mitteilung gemacht. In Wittenbergs Lager schickte er Ewald von Kleist. Der fand dort überraschend gute Ordnung vor, mußte aber doch die Lieferung von 40 000 Pfund Brot und 200 Tonnen Bier täglich zusagen. Inzwischen eilte Waldeck nach Stettin, konnte jedoch bei Oxenstierna so wenig wie nachher bei Karl Gustav etwas erreichen. Wohl äußerte der König bei der Nachricht vom Uebertritt Großpolens, nun hoffe er dem Kurfürsten zu beweisen, daß er sein Freund sei, blieb jedoch dabei, daß derselbe dem Bündnis mit den Niederlanden entsage, also ihm in der Ostsee freie Hand lassen müsse. Wie wenig solchen Reden zu trauen war, lehrte die Hartnäckigkeit, womit der König auf der Uebergabe von Memel und Pillau bestand: daran zerschlugen sich die Verhandlungen. Es erinnerte doch an die sauren Trauben, wenn der Kurfürst hinterher meinte, geschenkt habe er mit der Satisfaktion nichts haben wollen, sich darum vielmehr genug plagen müssen und womöglich mehr „hazardiert" als der König, der ihn durch Traktate um das Beste bringen wolle, was er besitze.

Inzwischen kam die Allianz mit den Niederlanden (5. August) zu stande. Die Republik schloß sie, um für ihren Handel Preußen vor Schweden zu retten. Aber die Herren sollten bald bereuen, dem Kurfürsten bloß auf dem Papier Hilfe gewährt zu haben, in der Hoffnung, gehandelt werde von anderer Seite werden. Dafür hatten sie wohl auf den Wiener Hof gerechnet. Dorthin hatte der Kurfürst Ende August von Löben geschickt: der Kaiser, selbst durch Schweden in Schlesien gefährdet, sollte vermitteln, dann Polen und ihm Waffenhilfe leisten, um Preußen so vielleicht für das Reich zu gewinnen. Die Antwort kam spät und war schon durch ihre Unbestimmtheit unbefriedigend: vermitteln wollte der Kaiser wohl, meinte aber es nur in Gemeinschaft mit Kursachsen und Mainz zu

können, und zeigte auch keine größere Energie, als man seinen Sohn als Nachfolger Johann Kasimirs auf den polnischen Thron zu bringen verhieß. So war noch alles in der Schwebe, als der Schwedenkönig Polen bereits niedergeworfen und sich zum Herrn des Nordostens gemacht hatte.

Ohne Rücksicht auf die brandenburgische Neutralität hatte Wittenberg Hinterpommern durchzogen und am 21. Juli großpolnisches Gebiet betreten. Am rechten Netzeufer bei Uscie fand er das Aufgebot von Posen und Kalisch: ohne Schwertstreich kapitulierte es (25. Juli) und huldigte dem Schwedenkönig. Auch Posen war bereits gefallen, als Johann Kasimir Mitte August mit wenig tausend Mann schlecht gerüstet ins Feld rückte, zum voraus verraten und verkauft und ohne jemand, dem er hätte vertrauen können. Inzwischen war Karl Gustav selbst mit seinen Kerntruppen im Felde erschienen, von dem polnischen Adel als Befreier begrüßt und schmeichelnd umworben. Vergeblich suchte Johann Kasimir Warschau zu decken. Am 9. September ergab es sich den ersten Schweden, die vor seinen Mauern erschienen. Hart gedrängt erreichten die Reste des polnischen Heeres am 19. September Krakau. Polens Untergang schien unabwendbar, als die Russen ihren Angriff erneuten und Wilna und einen Teil Litauens eroberten. Bald war Karl Gustav nach der oberen Weichsel unterwegs, wo der Polenkönig zum letzten Widerstande rüstete. Am 25. September standen die Schweden vor Krakau. Am 1. Oktober wurde die in der Nähe verschanzte polnische Armee geschlagen und lief auseinander. Der König floh nach Schlesien, um in Oppeln bessere Zeiten abzuwarten. Auch der Kurfürst, dem er bei wachsender Bedrängnis sich nachgiebiger gezeigt und als Preis sofortiger Hilfe sogar die Erblichkeit, das heißt die Souveränetät Preußens geboten hatte, meinte mit ihm nicht mehr zu rechnen zu haben.

Mit welchen Plänen der Schwedenkönig sich auch getragen haben mag: zur Behauptung der bisherigen Erfolge bedurfte er der Bewältigung Preußens, des westlichen „Königlichen“ sowohl wie des Herzogtums. Von ersterem war ernster Widerstand kaum zu erwarten. Zwar hatte der Kurfürst nach Ab-

bruch der Stettiner Verhandlungen die verfügbaren Truppen ostwärts dirigiert, doch nur in der Absicht bewaffneter Neutralität, denn vielleicht beschwor die Diplomatie den Sturm doch noch. Während der Kaiser durch den vielgewandten Franz von Lisola Schweden einen Vergleich abzugewinnen suchte, unterhandelte der Kurfürst mit dem Zaren über die Neutralität Preußens und durch Matthias von Krockow mit Danzig, das, ohne sich durch die schwedische Flotte einschüchtern zu lassen, Karl Gustav den Gehorsam versagte und ihm den Durchmarsch gestattete. Auch der polnische Adel im Lande, die Woiwoden von Marienburg und Kulm an der Spitze, nicht minder der Bischof von Ermeland hieß ihn als Helfer gegen die verhaßten Schweden willkommen: man plante ein kurfürstliches Protektorat über das von Polen sich selbst überlassene Land. Nur Danzig, Thorn und Elbing hielten sich dabei abseits. Ende September überschritt der Kurfürst die Weichsel: ungehindert erreichte er Mitte Oktober Königsberg.

Eben in jenen Tagen aber war der Widerstand Polens zu Krakau vollends gebrochen. Von zwei Seiten durch die siegreichen Schweden bedroht, mußte Preußen fechten oder sich mit Karl Gustav verständigen. So unterhandelten der Kurfürst und die Stände des Königlichen Preußen über ein gemeinsames Vorgehen. Aber erst am 12. November 1655 kam die Defensivallianz in Rinsk zum Abschluß. Die Leitung der Verteidigung übernahm der Kurfürst: nach Marienburg legte er 800 Mann; auch Lauenburg, Dirschau, Graudenz und Strasburg erhielten brandenburgische Besatzungen, um die bisher dort liegenden ständischen Mannschaften frei zu machen. Denn die westpreußischen Stände sollten 4000 Mann zu dem Heere stellen, mit dem man sich gemeinsam jedem schwedischen Angriff widersetzen wollte. So meinte man das Land „oder aufs wenigste die darinnen gelegenen importanten Orte bis auf den Frühling defendieren“ zu können. Mit dem Polenkönig wollte man „fleißig kommunizieren“ und hoffte, „bei einigem Glück sollte es an der Redressierung des ganzen Werks nicht mangeln“. In dieser „Defensivverfassung“ der beiden Preußen sah aber der Eroberer Polens einen Akt der Auflehnung. Bald war Preußen von

seinen Truppen umstellt: die Besetzung Ermelands sollte den Kurfürsten von der Mark abschneiden. Die nächsten Winterquartiere dachte Karl Gustav in Preußen zu nehmen. Dennoch beharrte Friedrich Wilhelm, entschlossen „Leib, Gut und Blut gegen die Schweden zu wagen und einzusetzen", lieber das Aeußerste zu erdulden als unwürdige Bedingungen anzunehmen. Nach Wien aber schickte er von Bonin, um gemeinsam mit von Löben die verzweifelte Lage darzuthun und die Bitte um eine rettende Diversion von Schlesien her zu erneuern. Ja, er erklärte sich bereit, dem Kaiser zur Krone Polens zu verhelfen, wenn im Falle des Erfolges ihm das herzogliche Preußen überlassen würde.

Aber auch mit Schweden dauerten die Verhandlungen fort, und zwar ließ der Kurfürst sich dabei zu Zugeständnissen bereit finden, durch die er die letzten und wichtigsten Akte seiner Politik widerrief oder doch demnächst zu widerrufen verhieß: er wollte sowohl auf die Unterstützung Danzigs wie auf die Herbeirufung der niederländischen Flotte in die Ostsee verzichten, ja die Allianz mit den Niederlanden, wenn sie abgelaufen wäre, nicht ohne des Königs Zustimmung erneuern, wenn ihm Neutralität und das Protektorat über Ermeland gewährt würde. War das nicht zu erlangen, so wollte er auch ein Bündnis mit Schweden eingehen, ja Preußen und Ermeland von ihm zu Lehen nehmen! Solch Kleinmut gepaart mit unruhiger Vergrößerungssucht konnte dem Schwedenkönig freilich nicht imponieren: er bestand auf der Auflösung der niederländischen Allianz und einem Anteil an den preußischen Hafenzöllen. Wenn sie das zu bewilligen keine Vollmacht hätten, ließ er Schwerin und Dobrczenski, die seinem Hauptquartier folgten, sagen, sei ihr längeres Verweilen überflüssig. Die militärischen Maßnahmen der Brandenburger aber lähmte der Gegensatz zwischen der Unternehmungslust Waldecks, der nun gegen die Schweden einen „Hauptstreich" ausführen wollte, und der Unentschiedenheit des Kurfürsten, der nach wie vor zwischen einander aufhebenden Entschlüssen schwankte. Dem König den Weg nach Westpreußen zu sperren, war nicht möglich, da Thorn die Aufnahme einer Besatzung verweigerte. Selbst kleinere Orte thaten das. In

des Kurfürsten Umgebung arbeiteten manche Waldeck entgegen und dieser klagte sogar, der Kurfürst selbst wahre das Geheimnis nicht hinreichend, obgleich im Krieg „die Sekretesse“ doch alles wäre, und sprach den bedeutsamen Wunsch aus: „Gott regiere Ew. Kurfürstl. Durchlaucht, daß Sie Ihre Leute kennen lernen!“ Dieser Zwiespalt an der zur obersten Leitung berufenen Stelle brachte den Rinsker Vertrag um jede Wirkung, zumal die Stände des Königlichen Preußen das Verheißene nicht leisteten.

So mußte Waldeck an der Grenze Litauens die Zeit, wo außerhalb Preußens etwas zu unternehmen gewesen wäre, ungenützt verstreichen lassen, bis ihm der Kurfürst am 14. November befahl, im Fall eines Angriffs zurückzuweichen: nur mit der Reiterei sollte er bleiben, bis das längs der Grenze durch Litauen herziehende schwedische Corps unter de la Gardie ihn überholte. Im Westen war General Stenbock die Weichsel abwärts im Anmarsch; in der Mitte nahte das Hauptheer unter Karl Gustav. Ihm ergab sich Anfang Dezember Thorn; dann vereinigte es sich mit de la Gardie, während Stenbock das Land links von der Weichsel occupierte. Am 20. Dezember öffnete Elbing den Schweden die Thore. Nur Danzig beharrte im Widerstande, blieb aber zunächst unbehelligt: mit dem Schicksal Preußens mußte auch das des nordischen Venedig sich entscheiden. Der König aber war seiner Sache da um so sicherer, als die brandenburgische Politik in ihrem Werben um Verständigung um jeden Preis das klägliche Schauspiel wiederholte, das sie wenige Monate früher gleich nach dem Abschluß der niederländischen Allianz dargeboten hatte.

Ende November erschienen Somnitz und Dobrczenski bei Karl Gustav. Ihre Instruktion rechnete bereits mit der Möglichkeit, daß derselbe die polnische Krone gewänne. Auch dann sollte Preußen polnisches Lehen bleiben: für die Einräumung des geforderten Anteils an den preußischen Zöllen aber und die Ueberlassung des Königlichen Preußen, auf das er „viele und große Unkosten“ verwendet hätte, forderte der Kurfürst im Frieden Ermeland als weltliches Fürstentum und Vollmacht zu dessen sofortiger Besetzung. Der Pakt wegen der Zölle sollte

aber erst nach seinem und seines Nachfolgers Tod in Kraft treten, auch zuvor aus ihrem Ertrage alles zur Wehrhaftmachung Preußens Nötige bestritten werden. Auch in betreff der niederländischen Allianz wollte der Kurfürst „Ihrer Majestät nicht aus Handen gehen" — sondern sie aufgeben; nur möge man ihm Zeit zu den nötigen Verhandlungen lassen. Diese Vorschläge wurden abgewiesen: solange Brandenburger in Marienburg lägen, hieß es, müsse Schweden auch das Herzogliche Preußen feindlich behandeln; überhaupt könne vor Räumung Westpreußens durch die Kurfürstlichen von einem Vertrage nicht die Rede sein. Zwar wurde eine Erleichterung der Lehenspflichten Preußens in Aussicht gestellt, unter Hinweis auf die bedenklichen Negociationen des Kurfürsten aber verlangt, daß dessen Heer zum Teil in schwedische Dienste treten und die Besatzung Pillaus ihm schwören sollte. Als persönliche Beleidigung empfand der Kurfürst die weitere Zumutung, er solle die ihrer Zuchtlosigkeit wegen verrufenen polnischen Soldtruppen, die zu Schweden übergegangen waren, bezahlen. Am 14. Dezember wies er seine Gesandten zur Stellung eines Ultimatums an: erfolge binnen zwei Tagen keine Erklärung, sollten sie abreisen; dann wolle er seine Sache Gott anheimstellen und den von der göttlichen Allmacht ihm verliehenen und den von seinen Alliierten zu erwartenden Mitteln vertrauen. Schon gingen die Schweden gegen einzelne brandenburgische Abteilungen feindlich vor; in das Herzogtum einrückend, verschonten sie auch die herzoglichen Tafelgüter nicht mit Einquartierung. Trotz aller Bereitwilligkeit nachzugeben und trotz immer weiteren Zurückweichens war man Weihnachten 1655 im Kriege mit Schweden, den man um jeden Preis hatte vermeiden wollen.

Etliche Monate früher unternommen, hätte ein solcher Aussichten geboten: jetzt mußte er schnell mit einer vollständigen Niederlage des Kurfürsten enden. Schon war das Königliche Preußen ganz, das Herzogliche zum guten Teil verloren, der Feind im Anmarsch auf die Hauptstadt. So klein sein Heer war, alle Vorteile waren bei dem König. Er nahm Wehlau, das Waldeck nicht zurückgewinnen konnte. Nach dem Fall Tapiaus und dem Uebergang über die Deime lag der Weg ins

Samland und nach Königsberg offen vor ihm. Etwa 15 000 Mann stark war das kurfürstliche Heer auf einen kleinen Raum zusammengedrängt, schlecht verpflegt und von Krankheiten heimgesucht. Der Oberbefehlshaber, Feldzeugmeister von Sparr, traute ihm daher nichts zu, zumal man auch der Bevölkerung nicht sicher war: die Königsberger murrten über die Anwesenheit solcher Truppenmassen und ihre Ansprüche. und drangen auf Frieden. Die anwesenden Landstände stimmten eifrig zu. Auch fürchtete man, daß der König sich seines Jülicher Vetters annahm und Preußen am Niederrhein vollends eroberte. Deshalb drangen die meisten Geheimeräte auf eine Verständigung um jeden Preis. Auch die Kurfürstin Luise that alles, um eine friedliche Wendung herbeizuführen. Zwischen Sparr und Waldeck kam es zu einer heftigen Aussprache. Da entschied die Meldung von einem verlustvollen Zusammenstoß brandenburgischer Reiter mit den Schweden den Sieg der Friedensfreunde. Einem Waffenstillstand folgten neue Unterhandlungen: sie führten zu dem Königsberger Vertrag vom 17. Januar 1656.

Er bedeutete eine schwere Niederlage der brandenburgischen Politik: gerade das gestand der Kurfürst zu, was er um jeden Preis hatte vermeiden wollen, indem er für Preußen Vasall Schwedens wurde. Zwar erleichterte dieses die Lehenspflichten: der jährliche Tribut fiel fort; nur beim Antritt des Lehens sollte der Kurfürst und jeder seiner Nachfolger 4000 Dukaten bezahlen. Auch wurde sein landesherrliches Regiment gegen Eingriffe der Lehensherren besser geschützt: unter Mitwirkung der Stände sollte ein eigenes preußisches Tribunal errichtet werden, um als oberstes Landesgericht, von dem es keine Appellation mehr gab, Recht zu sprechen. Die Stände verloren das Recht der Beschwerde bei dem Lehensherrn: Streitigkeiten zwischen ihnen und dem Landesherrn sollten Kommissare beider Parteien unter Vorsitz eines königlichen Delegierten begleichen. In allen ökonomischen Dingen wurde der Kurfürst völlig unabhängig. Es trat in Preußen der Zustand ein, den etliche Geheimeräte bezeichnet hatten, wenn sie meinten, man solle sich nicht auf das Wort Souveränetät steifen, sondern sehen, daß der Kurfürst in Regierungssachen freie Hand behalte und der König sich da

nicht einmische. Dagegen versicherte sich der König des Herzogtums militärisch und handelspolitisch. Die Einkünfte, insbesondere die Seezölle, sollten geteilt werden. Dafür erhielt der Kurfürst Ermeland als schwedisches Lehen ohne das Stift Frauenburg, das der König sich vorbehielt. Statt der alten Lehenhilfe von 100 Reitern sollte das Herzogtum Schweden, wenn es in einem der durch diesen Krieg gewonnenen preußischen oder polnischen Gebiete angegriffen wurde, 1000 Mann zu Fuß und 500 Reiter stellen und blieb den Schweden stets zum Durchzug geöffnet, wie seine Häfen den schwedischen Schiffen, während es selbst Kriegsschiffe nicht halten durfte. Nach einem Nebenvertrag hatten binnen zehn Tagen die Schweden das Herzogtum und Ermeland, die Brandenburger die von ihnen besetzten westpreußischen Städte zu räumen. Der Kurfürst entsagte dem Bunde mit den Ständen des Königlichen Preußen; doch nahm der König diese zu Gnaden an, versprach auch den zahlreichen polnischen Flüchtlingen in Preußen seinen Schutz.

Der Kurfürst meinte mit dem Königsberger Vertrag einen großen Erfolg gewonnen, Preußen vor neuer Kriegsnot bewahrt zu haben: er befahl, ihn von den Kanzeln bekannt zu machen und Dankgebete dafür zu halten. Der Vertrag war doch aber eine schwere und, was schlimmer war, eine selbstverschuldete Niederlage seiner Politik. Schwankend zwischen einander ausschließenden Richtungen und unvereinbaren Entschlüssen, mußte er gerade das über sich ergehen lassen, was er um jeden Preis hatte vermeiden wollen. Hier dem thatenlustigen Waldeck, dort dessen zum Frieden mahnenden Gegnern nachgebend, hatte er es mit beiden Teilen verdorben. Während die siegreichen Friedensfreunde über Waldeck herfielen und ihn zu beseitigen suchten, „damit er nicht neues Unheil anrichte“, erging sich dieser in berechtigter bitterer Kritik: die halben Beschlüsse und die verfehlten Maßregeln hätten die üble Lage verschuldet, in die man geraten. „Man wollte,“ so schrieb er, „in keiner Gefahr sein und hatte sich schon darein begeben; man wollte Polen treu bleiben und hatte ihm renonciert; man wollte sich Sicherheit geben und steckte sich aller Orten in Zweifel; man wollte den Krieg los sein und fing neuen Krieg

an; man wollte weniger Truppen haben und vermehrte die Feinde: in Summa, man wollte, was man nicht wollte, und that, was man nicht zu thun gedacht." War damit zu viel gesagt? Zum Glück schuf der neue Pakt nur ein Provisorium, insofern das neue Lehensverhältnis zwar gleich in Kraft trat, Huldigung und Vasalleneid aber erst binnen Jahresfrist geleistet werden sollten.

Auch Karl Gustav sah in dem Königsberger Vertrag nicht die Lösung der preußischen Frage. Wenn er wenige Tage nach dem Abschluß bei einer Zusammenkunft mit dem Kurfürsten in Bartenstein von einer engeren Konjunktion sprach und zugleich einen brandenburgischen Angriff auf Jülich gut hieß, so schwebte ihm dabei wohl der bereits in anderer Gestalt erörterte Gedanke vor, Preußen durch einen Tausch an Schweden zu bringen. Und auch der Kurfürst mußte ihm näher treten: er mußte seine auf etwa 20 000 Mann gebrachte Armee, die in Preußen nun überflüssig war und nach dem Brauch der Zeit nicht bei einander gehalten werden konnte, beschäftigen oder in fremde Dienste geben. Schweden mehr davon zu überlassen, als er verpflichtet war, schien bedenklich. Etliche Regimenter wollte Frankreich übernehmen; Waldeck selbst dachte daran, in französische Dienste zu treten. Der damals in Königsberg weilende französische Gesandte Graf de Lumbres hatte also nicht vergeblich gearbeitet. Er berechnete, daß der Kurfürst, stellte er Schweden die schuldigen 1500 Mann und überließ Frankreich 3000 Mann zu Fuß und 1000—1500 Reiter, immer noch 12 000 Mann behielt, bezeugte auch die gute Beschaffenheit der Truppen und die Tüchtigkeit und Erfahrung der höheren Offiziere, die ihre Schule teils im kaiserlichen, teils im schwedischen, teils im französischen oder niederländischen Dienst durchgemacht hätten, deshalb freilich noch nicht recht einheitlich zusammenwirkten. Eine solche Armee bedeutete damals schon etwas, und ihr Herr konnte beanspruchen, von den übrigen Mächten als Faktor mit in Rechnung gezogen zu werden. Darin lag für den Kurfürsten doch ein Gewinn aus den in der Hauptsache nutzlos gebliebenen Rüstungen. Wie weit er bei dem Gebrauch, den er jetzt davon machen wollte, selbständig vorging, wie

weit er sich in Hoffnung auf entsprechenden Lohn fremden Absichten dienstbar machte, ist nicht klar. In gewissem Sinn konnte beides der Fall sein, als er am 24. Februar 1656 mit Frankreich eine Defensivallianz auf sechs Jahre einging. Sie sicherte ihm französische Hilfe gegen jeden Angriff in seinen Reichslanden; er hatte jenem 3000 Mann zu stellen, wenn es in einem der durch den Münsterer Frieden erworbenen Gebiete angegriffen wurde. Für Preußen also gewann er nichts: wohl aber war der Vertrag von Wert für seine Pläne gegen Jülich. Noch dauerte der spanisch-französische Krieg fort, und Frankreich machte für den neuen Feldzug besondere Anstrengungen: auch den so stattlich gerüsteten Brandenburger schätzte es alsbald höher. Und welche Aussichten eröffnete diesem der Eintritt in eine solche Kombination! Von Frankreich gegen jeden dritten gedeckt, konnte er Jülich zu gewinnen hoffen. Ja vielleicht dachte er weiter: in dem französischen Vertrage war von zu machenden Eroberungen die Rede, und hier und da wollte man von Säkularisationsplänen Kunde haben, die Karl Gustav mit Waldeck verhandelte.

Da stellte weniger eine nationale als eine religiöse Erhebung der Polen im Winter 1655/56 alle Erfolge Karl Gustavs in Frage. Dauerte die Herrschaft des Ketzerkönigs an, so schien der rechte Glaube bedroht: die Austreibung der Jesuiten und die Säkularisation des Bistums Ermeland ließen das Schlimmste erwarten. Hier setzte die Agitation des Klerus ein: leicht riß sie das glaubenseifrige Landvolk mit sich fort und gewann den Adel, der seinen Abfall zu dem Eroberer nicht hinreichend belohnt wähnte. Zurückkehrend leitete Johann Kasimir von Lemberg aus den mächtig anschwellenden Aufstand. Die im Lande gebliebenen schwedischen Truppen mußten sich fechtend auf Preußen zurückziehen. Da eilte Karl Gustav herbei, überschritt die gefrorene Weichsel, schlug den tüchtigsten polnischen Feldherrn Czarnecki am 18. Februar und drang über Lublin und Jaroslaw auf Lemberg vor. Aber der Aufstand griff weiter um sich: die in schwedische Dienste getretenen Soldtruppen fielen ab; Czarnecki stand bald wieder im Felde, während Karl Gustav sein Heer durch Kälte, Mangel und

Krankheit dahinschwinden sah. Nur ein schneller Rückzug konnte ihn retten. Mitte April erreichte er mit kaum 4000 Mann Warschau. Aber auch so war wenig gewonnen. Bald waren die Schweden in den behaupteten Plätzen eingeschlossen und das polnische Hauptheer rüstete sich zur Belagerung Warschaus, während ihm hier in den Russen, dort in den Kosaken Helfer erstanden. Schon dachte der hartbedrängte Schwede sich durch Entfesselung der sozialen Revolution Luft u machen: er rief die polnischen Bauern zur Freiheit auf und waffnete sie gegen den Adel. Das konnte dem Luthertum den Weg in das rechtgläubige Land bahnen und bedrohte seine gesamte politische und kirchliche Ordnung. Energisch erhob sich die katholische Reaktion. Auch im Reiche verschärften sich die konfessionellen Gegensätze. In Cleve stieg die katholische Agitation und bot dem Kurfürsten den erwünschten Vorwand zu rascher Ausführung seines großen Planes. Eifrigst, aber im tiefsten Geheimnis rüstete er im Frühjahr dazu. Ein überaus großes „Dessein", schreibt er dem Statthalter von Cleve, Moritz von Nassau-Siegen, „deswegen weder Freund oder Feind oder Stände konsiderieret werden müßten". Noch Mitte März deutet er „das große Intent" an, das er vorhabe: in Preußen sollten nur 6000 Mann bleiben, mit den übrigen wollte er selbst agieren und sehen, wo „der Wind ihn ans Land bringen werde".

Da kam die Kunde von dem Umschwung in Polen. Durfte er nun Preußen verlassen? Schon murrten die Stände über die unnötigen Rüstungen. Besonders aufsätzig zeigten sich die drei Städte Königsberg: sie hatten selbst Truppen geworben, gewiß nicht um dem Kurfürsten zu helfen. Jetzt klagten sie, sie seien ihnen „de facto weggenommen und wie das Vieh abgetrieben", und zwar „auf so eine Art, daß in Zukunft kaum jemand zur Defensive der Städte sich in Dienst und Bestallung einlassen werde". Jetzt hofften sie mit Schweden auch seinen Lehensmann fallen zu sehen. Der alte polnische Haß gegen Brandenburg flammte heftiger auf: den Abfall zu Schweden sollte es büßen. Ohne Kriegserklärung brachen polnische Raubscharen in die Neumark und Hinterpommern ein. Die zahlreichen polnischen Magnaten, die nach Königsberg geflohen

waren, versuchten dort die Herren zu spielen, die demnächst Vergeltung üben würden. In der Bürgerschaft gärte es; so hoch stieg die Spannung, daß ein geringfügiger Anlaß einen ernsten Zusammenstoß herbeiführen konnte. Des Kurfürsten Entfernung aus dem Lande war unmöglich: der große „Dessein" trat vor den andringenden näheren Sorgen in den Hintergrund.

Auch die Politik des Königsberger Vertrags war gescheitert. Polen hatte man sich tödlich verfeindet, den Schwedenkönig nicht gewonnen. Von jenem hatte man alles zu fürchten, von diesem dermalen nichts zu hoffen. Gewiß gab die Behandlung, die er eben durch Polen erfuhr, dem Kurfürsten das Recht, sich von diesem vollends abzuwenden. War denn aber Schwedens Sieg verbürgt? Konnte er nicht mit Schweden zusammen dem verjüngten Polen erliegen? So wollte die Mehrheit der kurfürstlichen Räte von engerem Anschluß an Schweden auch jetzt nichts wissen, sondern empfahl neue Bemühungen um schnellen Frieden. Wie aber hätte sich Polen damals zu einem solchen bequemen sollen! Und was wurde nun, da die jülichsche Unternehmung aufgegeben war, aus dem Heer, dem sie hatte Beschäftigung und Unterhalt gewähren sollen? „Mit müßigen Waffen ruiniert man seine eigenen Lande", hatte schon früher einer seiner Räte dem Kurfürsten treffend bemerkt. Um die Armee beibehalten zu können, brauchte man den Krieg: er war aber nur im Bunde mit Schweden gegen Polen möglich.

Das erkannte vor allen Graf Waldeck: noch einmal tritt er an die Spitze der sich aufraffenden brandenburgischen Politik, und der Kurfürst geht halb widerstrebend den von ihm gewiesenen Weg. Polens Sieg mußte Brandenburg-Preußens Verhängnis werden: durch kraftvolle Unterstützung des bedrängten Schweden erwarb es sich ein Recht auf dessen Dank und die Stellung eines gleichberechtigten Bundesgenossen neben ihm. Schweden brauchte Brandenburg jetzt und mußte bewilligen, was dieses als Preis für seine Hilfe verlangte. In diesem Sinn unterhandelte Waldeck erst in Frauenburg, dann in Marienburg in zähem Ringen nicht bloß mit den übermütigen Schweden, sondern auch mit dem Kurfürsten, der immer wieder

schwankte und vor dem entscheidenden Schritt zurückschreckte. Auch die westpreußischen Stände wollten von einer solchen „Konjunktion" nichts wissen und sahen in dem ohne sie geschlossenen Königsberger Vertrag einen Bruch des Rinsker Bündnisses. Dagegen meinte Waldeck, man dürfe die augenblicklich verfügbaren großen militärischen Mittel nicht unbenutzt lassen: käme es im Norden zum Frieden, müsse man sich auf Jülich und Berg werfen. Ja selbst wenn der Krieg in den baltischen Landen fortdauerte, hielt er den „Dessein am Niederrhein" für ausführbar: die Preisgebung seines Neuburger Vetters war ein Teil des Preises, den der Schwedenkönig für die Hilfe gegen Polen zahlen sollte; seines eigenen Hauses Anrechte auf jene Gebiete sollte er ausdrücklich aufgeben. Dagegen tritt damals die Frage nach der Souveränetät Preußens zurück: dem Kurfürsten genügte, in Preußen „etwas absoluter" gestellt zu werden. Ueberraschend war dagegen die Größe der von ihm geforderten territorialen „Satisfaktion". Als solche verlangte er zunächst „das ganze Großpolen" und eine Kommunikationslinie zwischen der Mark und Preußen nebst einem Weichselübergang. Er acceptierte also vorbehaltlos die von Karl Gustav beabsichtigte Zerstückelung Polens. Trotzdem erfolgte die Verständigung nicht so schnell, wie beide Teile wünschten. Einmal verweigerte Karl Gustav den Verzicht auf Jülich als unvereinbar mit seiner Ehre; auch habe er kein Zwangsrecht gegen die Neuburger Vettern. So mußte der Kurfürst auf den „großen Dessein" schließlich verzichten. Daß der König dem am Niederrhein etwa Geschehenden ruhig zusehen, ja Brandenburg, wurde es dort angegriffen, sogar helfen wollte, nützte diesem nichts, da seine Armee im Norden gebunden blieb. Den mehr moralischen als politischen Bedenken, die in des Kurfürsten Umgebung gegen den Bund mit Schweden zur Beraubung Polens laut wurden, hielt Waldeck mit Recht entgegen, daß Brandenburg daran ja schon beteiligt sei durch die Annahme des Ermelandes, wofür es nach Schwedens Unterliegen sich von der katholischen Partei des Aergsten zu versehen habe. Dennoch kam der Kurfürst unter dem Einfluß seiner Königsberger Umgebung immer wieder auf den Gedanken der

Neutralität zurück: er traute Schweden nicht die Kraft zu zur Ausführung solcher Entwürfe und wollte erst die Mittel nachgewiesen haben, mit denen der König die „Zergliederung“ Polens durchsetzen, den Kaiser, die Niederlande, die Russen, Kosaken und Tataren, ja die ganze katholische Partei am Eingreifen hindern wollte, um so mehr, als er „gleichsam überall der Schweden Vormauer sei und diesen nichts passieren könne, wenn er nicht zuvor ruiniert wäre“. Entschieden bekämpfte Waldeck den Gedanken an Neutralität: sie werde den Kurfürsten um alles bringen, und wenn er mit Schweden nicht abschlösse, werde er „verloren sein und durch ein langsames Feuer unter Schwedens Joch gebracht werden“. Dennoch kam man sich allmählich näher, dank der wachsenden Gefährdung der Schweden in Polen. Schon war Warschau bedroht: wenn es fiel, war das Verbleiben der Schweden in Polen unmöglich. So einigte man sich im Lauf des Juni über die territorialen Fragen, über die infolge der Konjunktion eintretende militärische Kooperation, wobei der Kurfürst die Verfügung über seine Armee in der eigenen Hand zu behalten strebte, und über die preußischen Lizente. In der jülichschen Sache dagegen machte Karl Gustav die von seinen Räten verheißene Deklaration, dort dem Kurfürsten wenigstens nicht handelnd entgegenzutreten, abhängig von dessen Zusage, auch seinerseits dort nichts zu unternehmen. So blieb dieser Punkt in dem Vertrage schließlich unberührt, den Waldeck und Erich Oxenstierna am 25. Juni 1656 in Marienburg unterzeichneten, und den man brandenburgischerseits für eine Deklaration des Königsberger Vertrages ausgab. Brandenburg sollte Schweden, wenn dieses in Polen von einem anderen Feinde als den Russen angegriffen würde, mit 4000 Mann Hilfe leisten und erhielt von ihm 6000 Mann, wenn es seinerseits in Preußen oder Ermeland angegriffen würde. So stand im Hauptvertrage; das Wesentliche war auch hier in den Neben- und Sekretartikeln niedergelegt. Danach half der Kurfürst Schweden dieses Jahr mit seiner ganzen Armee, wofür dieses auf jene 4000 Mann verzichtete und ihm die Palatinate Posen, Kalisch, Lenzyzk und Sieradz mit voller Souveränetät überließ und ihn in ihrem Besitz zu schützen versprach. Preußen blieb

lehensabhängig, wenn auch die Lehenspflichten abermals erleichtert wurden. Ferner wurden die militärischen Angelegenheiten, Durchmarsch, Verpflegung, Befehlführung u. s. w. geordnet. Behielt sich der König auch die oberste Leitung des Krieges vor, außer wenn er in des Kurfürsten Landen zu führen war, so durfte dieser doch mit seiner Armee auch selbständig agieren nach Vereinbarung mit dem König oder dessen Bevollmächtigten.

Aber auch dieser Vertrag schuf so wenig eine völlig klare Lage wie volles Einverständnis zwischen den Fürsten. Noch scheinen sich beide die Zukunft sehr verschieden gedacht zu haben. In einem früheren Stadium der Verhandlungen hatte Schweden vorgeschlagen, gegen Verzicht auf das Herzogtum und auf Pommern solle der Kurfürst König von Polen werden. Man hat gemeint, das sei nicht ernst gemeint gewesen und auch brandenburgischerseits nicht ernst genommen worden. Doch macht die Art, wie Waldeck die Sache in einem umfänglichen Gutachten erörterte, nicht den Eindruck, als habe es sich dabei bloß um diplomatische Seifenblasen gehandelt. Preußen sei ein unzuträglicher und unbequemer Besitz: unterliege Schweden, werde es die Beute Polens, siege es, werde es dauernd das Magazin für die Truppen jenes abgeben, dem Kurfürsten also nie einen nennenswerten Vorteil gewähren, zumal bei der üblen Finanzlage und der Unbotmäßigkeit der Stände. Um Preußens willen, das sich selbst nicht zu helfen vermöge, setze der Kurfürst seinen Staat an anderen Stellen „in Hazard". Polen dagegen könne zur Würde auch Kräfte geben. Die Einziehung der geistlichen Güter werde die Einkünfte vermehren; mit den Marken sei die Kommunikation bequem; durch Bündnisse mit Schweden, Kosaken, Tataren und Siebenbürgen könne man sich nach allen Seiten sichern: wählten die Stände den Kurfürsten zum König, so werde keine Macht widersprechen und selbst die Krone erblich zu machen möglich sein. Auch sei eine Krone zu behaupten nicht schwerer als ein „ohnmächtiges Herzogtum". Der polnische Thron sei durch des Königs Flucht und den allgemeinen Abfall erledigt. Seine angeborenen Unterthanen zu vertauschen brauche der Kurfürst nicht zu scheuen: hätten sie

doch seine „treuherzigen Erinnerungen in den Wind geschlagen, alle Anordnungen zur Verteidigung des Landes zu spät angenommen“ und ihn dadurch zu diesem Schritt gedrängt, zeigten auch durch ihre endlosen Beschwerden, daß ihnen seine Regierung nicht recht sei. Wenn also Polen zu haben sei, rät Waldeck zuzugreifen. Demnach wird Friedrich Wilhelm in den ihm zu Marienburg verschriebenen vier polnischen Palatinaten nicht bloß ein Tauschobjekt erblickt haben, gegen das er später die Souveränetät in Preußen erwerben konnte, sondern damit im Hinblick auf die Gewinnung der Krone in Polen festen Fuß haben fassen wollen. Würde er sonst Waldeck und andere verdiente Räte gerade dort mit Land beschenkt haben?

Demgegenüber befremdet die fast mißtrauische Zurückhaltung des Kurfürsten gegen seinen neuen Alliierten. Ihn schien das Unheil unberührt zu lassen, das die Schweden in Polen traf. Am 1. Juli hatte sich Warschau den Polen ergeben. Nun meinten diese mit dem Schwedenkönig auch den Kurfürsten zermalmen zu können. Der „ungetreue Vasall“ sollte mit „Stumpf und Stiel ausgerottet werden“: „wenn er ihn fußfällig um Verzeihung bäte,“ meinte Johann Kasimir, „würde er ihm Gnade versagen.“ Daß der Kurfürst dabei auch jetzt noch um Verständigung warb und zum Frieden mit Schweden mahnte, mußte die Zuversicht der Polen steigern. Auch blieb er unthätig, als Karl Gustav in Gewaltmärschen nach Polen eilte, um die Reste seiner Armee zu retten. Erst auf wiederholtes Drängen des Königs überschritt er am 14. Juli die polnische Grenze. Nun verweigerte Johann Kasimir jede weitere Verhandlung, erklärte Preußen für verfallen und reizte die Tataren zum Einfall in Pommern. Das erst machte den Zweifeln des Kurfürsten ein Ende: er trat für Schweden in Aktion.

Die militärische Lage war kritisch. Zwar hatte nach dem Fall Warschaus des Schwedenkönigs Bruder, Pfalzgraf Adolf Johann, sich mit dem Reste der Armee wenige Meilen weiter nördlich bei Nowodwor am Zusammenfluß von Bug und Weichsel in einem festen Lager behauptet. Schon aber stand das litauische Heer bei Praga auf dem rechten, die polnische Kronarmee auf

dem linken Ufer der Weichsel bei Warschau, zusammen fünf- bis sechsmal so stark wie die Schweden, die auch nach des Königs Ankunft im Lager (8. Juli) nur 12 000 Mann zählten. Karl Gustavs Absicht, durch einen raschen Marsch die Weichsel aufwärts die litauische Armee zu bewältigen, ehe ihre durch Hochwasser unterbrochene Verbindung mit dem linken Ufer hergestellt war, vereitelte das Anschwellen des Bug. Dazu kam die Kunde vom Einbruch der Russen in die Ostseeprovinzen. Sehr zur Zeit erschien da am 27. Juli der Kurfürst bei Nowodwor. Gleich für den nächsten Tag beschloß man den Angriff, so gewagt er war. Denn die beiden polnischen Heere hatten ihre Verbindung hergestellt, ihre Stellung durch Verschanzungen befestigt und waren durch 20 000 Reiter, die der Chan der Krimtataren sandte, verstärkt. Auf 70 000—80 000 Mann soll sich ihre Streitmacht jetzt belaufen haben, überwiegend freilich Irreguläre, zumeist Reiter; an Fußvolk kamen nur 4000 deutsche Söldner in Betracht. Dagegen verfügten die verbündeten Fürsten nach Abzug der Besatzung für das Lager bei Nowodwor über etwa 18 000 Mann, 9000 Schweden und 8500 Brandenburger, jene bewährte Kerntruppen, diese unbewährt, aber tüchtig geschult, trefflich ausgerüstet und durch die Waffengenossenschaft mit den ersten Soldaten der Zeit gehoben, beide unter Offizieren, die ihre Schule unter den gefeiertsten Feldherren des ausgehenden großen Krieges durchgemacht hatten. Auch waren die Verbündeten überlegen an Infanterie, deren sie 6400 Mann gegen 11 000 Reiter hatten. Der Kurfürst freilich hatte noch keine militärische Vergangenheit: aber der Kriegsruhm, der Thatendrang und die selbstgewisse Genialität des Schwedenkönigs bürgten für den Erfolg.

Am 28. Juli marschierten die Verbündeten nach Ueberschreitung des Bug die Weichsel aufwärts gegen Warschau, im Zentrum unter dem Feldzeugmeister Grafen Sparr das Fußvolk mit den 30 brandenburgischen Geschützen, rechts davon, dem Fluß zunächst, der König mit dem Gros seiner Reiterei, einigen Abteilungen Fußvolk und 23 Kanonen, links der Kurfürst, von dem schwedischen Feldmarschall Wrangel beraten, mit seiner gesamten Reiterei unter Waldeck und einem

kleinen Teil seiner Infanterie. Der Weg ging durch das Gelände, das sich zwischen der Weichsel im Westen und dem sie in einiger Entfernung begleitenden Walde von Bialolenka im Osten erstreckt und nordöstlich von Praga durch eine Reihe von dünenartigen Höhen zu einem leicht sperrbaren Defilé verengt wurde. An der schmalsten Stelle, da, wo zwischen dem südlichen Ende des Waldes von Bialolenka und dem nördlichen Abfall jenes Höhenzuges der Scurczabach eine sumpfige Niederung bildet, hatten die Polen Verschanzungen angelegt, aus denen sie am Abend des 28. die anrückende schwedische Vorhut mit Geschützfeuer und schwärmender Reiterei empfingen. Aber der herbeieilende König nötigte sie zum Rückzug. Dennoch war die Lage der Verbündeten besorglich, als sie ein paar tausend Schritt von den feindlichen Schanzen sich lagerten, während die Fürsten Kriegsrat hielten. Dumpf tönte von Warschau das Geräusch herüber, das der Uebergang der polnischen Kronarmee auf der Schiffbrücke nach Praga erzeugte: man hatte also am nächsten Tage die ganze feindliche Macht vor sich. In der Enge zwischen dem Fluß auf der einen und dem Walde von Bialolenka und den Dünenhöhen auf der anderen Seite die feindlichen Schanzen zu forcieren, erschien zu gewagt, da der Wald zur Linken der polnischen Uebermacht erlaubt hätte, das auf geringen Raum zusammengedrängte Heer der Verbündeten in Flanke und Rücken zu fassen. Manchem erschien sogar der Rückzug geboten. Gegen ihn aber sprachen die schwersten politischen Bedenken. Auch Brandenburg hätte er mit vernichtender Schwere treffen können. Der Schwedenkönig aber hätte seine ganze Natur verleugnen müssen, um so zu handeln. So endete der Kriegsrat mit dem Beschluß, am nächsten Tage zu schlagen.

Doch hatte eine Rekognoszierung, welche die Fürsten am Morgen des 29. Juli vornahmen, die völlige Aenderung des Operationsplanes zur Folge. Die Umgehung, die zu fürchten stand, wenn die Gegner ihren Vorteil wahrnahmen, beschloß man selbst auszuführen. Während der König den Angriff in der feindlichen Front fortsetzte, zog sich der Kurfürst mit dem linken Flügel durch den Wald von Bialolenka in das da-

hinter befindliche freie Gelände, um durch die Niederung des Scurczabachs die Polen in der rechten Flanke zu fassen. Glücklich führte er diese Bewegung aus, nahm auch einen verschanzten Hügel gegenüber jener Senkung, von dem aus seine Geschütze die Gegend ringsum beherrschten. Mittags befanden sich seine Truppen in den vorgeschriebenen Stellungen jenseits des Waldes von Bialolenka. Lebhafter ging es inzwischen im Zentrum und auf dem rechten Flügel zu, wo das polnische Feuer von den Schanzen und von dem jenseitigen Weichselufer her den Verbündeten empfindliche Verluste bereitete. Zwar mißlang der Versuch der polnischen Reiterei, hinter den Brandenburgern herum dem König in den Rücken zu kommen. Aber kritisch wurde die Lage, als ungeheure Reitermassen gegen den der festen Stütze entbehrenden linken Flügel des Kurfürsten vorbrachen und zugleich die Horden der Tataren nach allen Seiten hin ausschwärmten. Noch freilich erreichten sie ihr Ziel nicht, aber der König sah, daß der Versuch, demnächst erneut, gelingen konnte. Dort also drohte die Hauptgefahr, galt es die Entscheidung. Unerhört kühn war der Plan, den der König entwarf. Den ganzen rechten Flügel beschloß er hinter der Stellung des Kurfürsten fort nach links zu ziehen, so daß dieser in der neuen Schlachtordnung den rechten Flügel inne hatte und der anfangs von ihm besetzte Hügel den Stützpunkt der gesamten Stellung nicht mehr auf dem äußersten linken, sondern auf dem äußersten rechten Flügel bildete. So kam er der in der Front unfaßbaren Position der Polen in die rechte Flanke und konnte sich von dort den Weg in das feste Lager bahnen.

Daß dieser Flügelwechsel inmitten der Schlacht, ein verwegenes Stück, das auch ein Virtuose des Krieges wie Karl Gustav nur unternehmen konnte bei souveräner Verachtung der Gegner und fatalistischem Glauben an sich selbst, glückte, ermöglichte die Tapferkeit der jungen brandenburgischen Armee, die inzwischen dem Ansturm der polnischen Uebermacht und den sie umschwärmenden tatarischen Reiterhorden unerschüttert stand hielt. Das entschied das Schicksal des Tages, wie der dem Kurfürsten beigegebene Feldmarschall Wrangel, gerechter als

nachmals seine Landsleute, offen anerkannte. Als etwa nachmittags vier Uhr die Schweden den Flügelwechsel glücklich ausgeführt hatten, stand die verbündete Armee in der Richtung von Nord nach Süd mit der Front nach Westen gegen Praga und die Weichsel hin und bedrohte das Lager der Polen in seiner östlichen Flanke. Jetzt erst entwickelte sich aus den Einzelgefechten, die bisher die Gegend erfüllt hatten, eine rangierte Feldschlacht. In ihr kam nun auch die Ueberlegenheit der Berufssoldaten der Verbündeten zur Geltung. Die heranbrausenden Reitergeschwader der Polen vermochten nicht diese festgefügten Reihen auseinanderzusprengen. Wohl überrannten 5000 Husaren auf dem linken — schwedischen — Flügel das erste Treffen: das zweite warf sie in wirrer Flucht zurück und das Feuer der nahen feindlichen Infanterie brachte ihnen schwere Verluste bei. Nicht besser erging es den polnischen Feldtruppen, die im Zentrum von der brandenburgischen Infanterie und Artillerie mit blutigen Köpfen abgewiesen wurden. Dann warfen sich etliche tausend Tataren im Rücken der Verbündeten auf das dort lagernde Gepäck und die Reserve. Sofort war der König mit etlichen schwedischen Reiterregimentern zur Stelle: von der brandenburgischen Leibwache zu Fuß kräftig unterstützt, bewältigte er im Gefecht Mann gegen Mann, sich selbst rücksichtslos aussetzend, die barbarischen Horden.

Zum zweitenmal kam die Nacht, ohne daß eine Entscheidung erfolgt war. Auch am nächsten Tag ließ sie sich nur durch einen Sturm auf das feindliche Lager gewinnen. Zudem hatten die Polen die Dünenhöhen stark besetzt, über die hinweg die Verbündeten sich den Weg zum Lager und nach Praga bahnen mußten, namentlich das am südlichen Ende gelegene Gehölz östlich von Praga durch Verhaue und Gräben befestigt und stark mit Fußvolk und Artillerie belegt. Dorthin richtete sich daher der Hauptangriff, nachdem (30. Juli) um vier Uhr früh die Verbündeten alarmiert waren. Unter Sparr ging die brandenburgische Infanterie, nachdem die Artillerie das Gehölz eine Stunde lang beschossen hatte, im Sturm dagegen vor. Die Polen scheinen den Vorteil der Stellung nicht ausgenutzt, die Angreifer den erwarteten Widerstand nicht gefunden zu

haben. Um acht Uhr waren sie Herren des Waldes, und auch die dahinter stehenden polnischen Truppen wichen ohne Kampf auf Praga. Da inzwischen der Kurfürst auch den von dem Gehölz nördlich verlaufenden Höhenzug genommen hatte, war der Sieg der Verbündeten entschieden. In wirrem Durcheinander stürmte die polnische Armee die Höhen hinab nach dem Flusse, um sich über die Weichselbrücke nach Warschau zu retten. Denn schon berannte Sparr die den Zugang zur Brücke deckende Schanze und brachte das den Rückzug deckende polnische Fußvolk so hart ins Gedränge, daß es abgeschnitten zu werden fürchtete und sich zur Waffenstreckung erbot. Sparr wollte es zusammenhauen, um mit den Fliehenden zugleich in Warschau einzudringen, als Pfalzgraf Adolf Johann, wie es scheint ohne Wissen seines königlichen Bruders, Halt gebot, um die Polen nicht „zur Desperation" zu treiben, in Wahrheit wohl, weil er den Brandenburgern den Ruhm nicht gönnte, den besten Teil der feindlichen Armee entwaffnet zu haben. So entkam das Fußvolk über die Brücke und steckte sie hinter sich in Brand. Die Vernichtung der polnischen Armee war abgewandt. Zwar zerstreute sie sich zunächst, doch nur um nach der Art so leicht beweglicher Reitermassen bald wieder vereinigt im Felde zu erscheinen. Am 31. Juli zogen die Verbündeten in Warschau ein. Ihre Verluste werden höchstens 600 Mann betragen haben, während die der Polen auf 5000—6000 zu schätzen sein dürften.

Mit neuen Lorbeeren kränzten die drei Schlachttage die Banner der schwedischen Armee: die junge brandenburgische hatte ihre ersten gewonnen. Glänzend hatte sie die Feuerprobe bestanden, den Sieg entschieden. Die Ausdauer, mit der sie nach Art kriegsgewohnter Veteranen den Ansturm der Uebermacht aushielt, hatte dem König den gewagten Flügelwechsel ermöglicht, und als der Widerstand der Polen erlahmte, hatte Sparr durch Wegnahme des Waldes von Praga die Entscheidung herbeigeführt. Auch war es nicht die Schuld der Brandenburger, daß die geschlagene Armee nicht völlig zertrümmert wurde. Das haben die Schweden geflissentlich verdunkelt, weniger um den Ruhm des Sieges für sich allein zu beanspruchen, als aus politischen Gründen: ein Alliierter, dem man einen solchen

Sieg verdankte, durfte wohl eine andere Stellung fordern, als die Verträge von Königsberg und Marienburg ihm gewährten. Das war dem König unbequem; der Kurfürst aber besorgte, half er Schweden noch zu weiteren Erfolgen, von dem übermächtigen schließlich um den Lohn gebracht oder gar erdrückt zu werden. Diese Erwägungen fielen für beide um so schwerer ins Gewicht, als der positive Erfolg der Warschauer Schlacht sich bald als enttäuschend gering herausstellte. Statt Schweden aus allen Schwierigkeiten zu befreien, wurde sie ihm durch die Befürchtungen, die sie bei den übrigen Mächten hervorrief, vielmehr die Quelle neuer Besorgnisse. Was ihre Bedeutung ausmachte, konnte erst weiterhin recht erkannt werden. Bei Warschau hatte das Germanentum über das Slaventum, hatten Deutsche über Polen triumphiert: denn auch der Schwedenkönig war ein Deutscher, deutsche Fürstensöhne fochten unter seinen Fahnen und den Kern seines Heeres bildeten deutsche Söldner. Bei Warschau war Tannenberg wett gemacht: dem damals begonnenen Wachstum Polens auf Kosten Deutschlands war Halt geboten, der Osten Deutschlands vor der drohenden Polonisierung gesichert und Deutschland der gebührende Einfluß auf die Gestaltung der Dinge in den baltischen Gebieten zurückgewonnen.

II. Die Gewinnung der Souveränetät in Preußen zwischen Schweden und Polen. 1656—1660.

Eine Waffenthat, deren Ruf die Welt erfüllte, blieb die Schlacht bei Warschau ohne entsprechende Folgen. Man hätte erwarten sollen, daß der nordische Pyrrhus Polen für den Abfall unbarmherzig züchtigte, der Brandenburger sich in den ihm verschriebenen Provinzen festsetzte, also der militärischen Katastrophe der Republik eine politische folgte. Statt dessen ist Polen bald danach von den Feinden so gut wie geräumt, die Schweden stehen in Westpreußen, der Kurfürst im Herzogtum, beide in mühsamer Defensive und in schlechterem Einvernehmen denn je, während der Polenkönig heranzieht, um durch den Entsatz Danzigs Westpreußen vollends zu befreien und den abtrünnigen Vasallen zu strafen. In die Ostseeprovinzen waren die Russen eingebrochen. Die geringen schwedischen Truppen in Livland warfen sich nach Riga, das Ende August eingeschlossen wurde: fiel es, so meinte der Zar Alexei bald Herr der Ostsee zu sein. Auch der Kurfürst war dann schwer bedroht: er schickte daher Johann Kasimir zu Eulenburg in das russische Lager, um sein Verhältnis zu Schweden als ein für Rußland ungefährliches darzustellen. Im September erschien in Königsberg ein russischer Gesandter mit dem Antrag, für das Herzogtum Preußen in russische Schutzherrschaft zu treten: der Zar sah sich schon als Erben Schwedens. Als aber sein Angriff auf Riga abgeschlagen war, ließ er sich zum Abschluß eines Freundschaftsvertrages herbei, der den Kurfürsten nur zur Neutralität in den Kriegen der Russen mit Polen und Schweden verpflichtete, sein anfangs hart angefochtenes Bündnis mit Schweden aber gelten ließ.

Ernster als den Kurfürsten die Russen, bedrohten gleich-

zeitig seinen Alliierten die Niederlande. Denn als nach der Warschauer Schlacht Westpreußen und, wenn Danzig fiel, das dominium maris baltici an die Schweden zu kommen schien, erschien endlich ihre Flotte vor Danzig und Karl Gustav bewilligte ihnen am 11. September in Elbing einen Handelsvertrag, der ihre kommerziellen Interessen in der Ostsee sicher stellte. Denn auf einen Bruch konnte er es um so weniger ankommen lassen, als auch Dänemark den Moment gekommen glaubte, um mit Schweden abzurechnen. Schon im Juli, als dänische Rüstungen eine Kooperation mit Rußland fürchten ließen, hatte der Kurfürst den Kopenhagener Hof zu beschwichtigen gesucht. Jetzt wies er dort nachdrücklich auf das evangelische Interesse hin, das durch die katholischen Mächte gefährdet schien: die Glaubensgenossen müßten zusammenstehen. Als ob die Verträge von Königsberg und Marienburg zum Schutze des Evangeliums geschlossen wären, suchte er hier die Stellung eines einer höheren Idee dienenden Vermittlers zu gewinnen. Aber in Kopenhagen ließ man sich darauf nicht ein: Schweden, hieß es, würde die Bedingungen, die Dänemark wünsche, gutwillig doch nie bewilligen. Auch dort also wartete man nur auf den Augenblick, wo man sich den ringsum gegen Schweden aufstehenden Feinden anschließen konnte.

So trieb der Norden einer neuen Krisis entgegen. Und dabei hatte der Krieg Karl Gustavs Stellung in Schweden selbst keineswegs gebessert. Der Uebereifer der Regentschaft bei der an sich berechtigten Einziehung der entfremdeten Krongüter — der Reduktion — hatte beim Adel eine Verstimmung erzeugt, die hier und da bereits zum Aufruhr führte. Nicht besser stand es in Preußen. Die Stände freuten sich der Bedrängnis ihres Herzogs und seines Beschützers. Gewiß wußten sie, daß die Souveränetät Preußens angeregt war. Trat sie ins Leben, so war es um die ständische Libertät geschehen. Schon die Erweiterung der landesherrlichen Rechte durch die Verträge von Königsberg und Marienburg war den Herren sehr unbequem. In den Kreisen des polenfreundlichen Adels erwog man Aufruhr und Abfall. An der Spitze stand Oberstleutnant von Kalckstein: Geld und Kriegsgeräte wurden heim-

lich beschafft; Königsbergs glaubte man sicher zu sein und wollte losschlagen, sobald das Heer sich näherte, mit dem Erzherzog Leopold Wilhelm im Anmarsch sein sollte.

Und nicht allein die einheimischen Gegner der verbündeten Fürsten erwarteten die Losung von Wien: dort lag die Entscheidung der nordischen Frage, und die so lange apathische österreichische Diplomatie entwickelte fieberhafte Thätigkeit. Vielleicht war Preußen bei dieser Gelegenheit für das Reich zu gewinnen: bei Brandenburg sollte es dann sicher nicht bleiben. Der Gang der Dinge in Polen und Preußen steigerte die Zuversicht. Des Kurfürsten Versuch, die ihm verschriebenen Palatinate in Besitz zu nehmen, machte Johann Kasimirs Erscheinen im Felde ein jähes Ende. Bald brach das litauische Heer, von Scharen der räuberischen Tataren begleitet, in die südlichen Grenzdistrikte des Herzogtums und brachte Waldeck am 8. Oktober bei Prostken am Lyk eine Schlappe bei, nach der Königsberg selbst gefährdet war: bei der Stimmung des Adels und der Bürgerschaft hätte sein Fall leicht zu einer Katastrophe führen können. Doch gelang seine rechtzeitige Deckung. Aber auch ein Sieg, den Waldeck und Stenbock (22. Oktober) bei Philippowo davontrugen, besserte die Lage nicht wesentlich. Schon streiften feindliche Scharen in der Neumark und Hinterpommern. Pommerellen besetzte der Polenkönig: am 15. November zog er, jubelnd empfangen, in Danzig ein. Karl Gustav war von Pommern abgeschnitten und seine Lage geradezu verzweifelt, wenn der Kurfürst ihm nicht beisprang: er mußte jetzt den Preis zahlen, der dafür gefordert wurde.

Sein Verhältnis zum Kurfürsten hatte sich seit Warschau immer übler gestaltet. Die geflissentliche Herabminderung des Verdienstes, das er sich mit seiner Armee dort erworben, und der Uebermut, mit dem ihm begegnet wurde, hatten diesen tief verstimmt. Den König erbitterte es, daß er alles ablehnte, was ihn wie diesem untergeordnet erscheinen lassen konnte, und demonstrativ den gleichberechtigten Bundesgenossen herauskehrte, deshalb auch der wiederholten Ladung an den Hof nach Frauenburg nicht Folge leistete. Als es sich nun um neue Hilfe handelte, wurde die Souveränetät Preußens alsbald das

Ziel der kurfürstlichen Politik, und die schwedischen Staatsmänner überzeugten sich bald, daß ein Entkommen jetzt unmöglich sei. Die Verständigung mit Polen, von der dieses den Kurfürsten ausschließen wollte, um sich an ihm schadlos zu halten, während Schweden ihn durch Ermeland für hinreichend entlohnt hielt, gelang nicht. So wurde seit Mitte September durch Otto von Schwerin in Frauenburg unterhandelt. Zäh widerstand der Reichskanzler Erich Oxenstierna. Der Lehensverband, meinte er, sei für den Kurfürsten vorteilhafter als die Souveränetät. Daran sei etwas Wahres, gab Schwerin zu, aber das jetzt Verweigerte sei doch schon „bei den ersten Traktaten in Stettin allbereit beliebet, ja freiwillig angeboten worden“. Auch wolle der Kurfürst wegen der vier Woiwodschaften sich „raisonnabel erweisen“, zumal „sich die Sache in etwas verkehret und fast ein gefährliches Ansehen gewinnen wolle“, da die Russen in Livland eingefallen, die Generalstaaten „noch immerhin malcontent und jaloux“ seien, Polen volle Restitution fordere und Dänemark immer schwieriger werde, der kaiserliche Hof aber „frembde, weitaussehende consilia hege“ und fortgesetzt werde. Selbst als Polen dem Kurfürsten unter der Hand Erbietungen machte, zeigte Schweden sich nicht entgegenkommender. Anders aber als sonst, beharrte der Kurfürst diesmal. Bitter klagte er über des Königs Undank: nie werde er ihm „mit solcher Alakrität, als wie geschehen, assistieren“, bevor er befriedigt sei. Erst als die Lage der schwedischen Armee in Westpreußen immer kritischer wurde, lenkten Karl Gustavs Bevollmächtigte ein, um freilich in Nebendingen neue Schwierigkeiten zu machen, indem sie den Anteil an den preußischen Seezöllen behalten wollten und dem Kurfürsten das Recht Kriegsschiffe zu halten verweigerten, während ihm selbst als Lehensmann Polens deren vier zugestanden hatten. Schon war der Kurfürst darin nachzugeben bereit, als Oxenstierna eines Tages für das künftige Verhältnis von Preußen und Ermeland zu Schweden neue Vorschläge machte, die sie schwerer belasteten, als bisher der Lehensverband. Was sie im einzelnen enthielten, wissen wir nicht. Schwerins Begleiter von Jena eilte damit nach Königsberg zum Kurfürsten, der das Projekt „sehr

nachdenklich und präjudizierlich und reifer Beratung bedürftig" fand und auch Schwerin zu sich beschied: die Verhandlungen waren damit abgebrochen. Doch war das weniger vom König als seinen Räten verschuldet: während er auf Nachgiebigkeit drang, sträubten sich diese, wie Schwerin klagte, hartnäckig und versuchten, den brandenburgischen Bevollmächtigten „blauen Dunst vorzumachen" und „was sie mit der einen Hand gegeben, mit der anderen gleich wieder zu nehmen". Namentlich weigerte der Reichskanzler den Verzicht auf die preußischen Hafenzölle: so lange habe Schweden in Pillau und Preußen festen Fuß zu fassen gesucht, um viele Millionen solle man nicht wieder von dort weichen. Aber die Verhältnisse waren doch stärker. Johann Kasimir wollte vom Frieden weniger wissen denn je: ehe er Preußen cedierte, hatte er auf neue schwedische Anträge erwidert, würde er hundert Jahre Krieg führen und lieber mit Ruhm und Ehren um die Krone kommen, als Polen durch den Verlust Preußens „in perpetuam servitutem gesteckt" sehen. Dann drohte ein Defensivbund zwischen der Republik und dem Kaiser, hinter dem man die ganze katholische Partei sich erheben sah. Wie leicht konnte diese Brandenburg zu sich herüberziehen und Schweden völlig isolieren! Um so mehr beharrte der Kurfürst. Als Schweden die Verhandlungen wieder aufnehmen wollte, lehnte er den Besuch des Grafen Schlippenbach ab als unnötig, wenn er nicht die verlangte königliche Resolution mitbrächte. Nun erst erklärte sich Schweden Anfang November bereit, auf Grund der Souveränetät Preußens über den Ersatz des Lehensverbandes durch ein dauerndes Bündnis zu verhandeln. Oxenstiernas Widerspruch war inzwischen verstummt: er war am 3. November gestorben — wie er, schwerkrank, unmutig gewünscht hatte, Gott möge ihn vor dem Abschluß des Vertrages mit Brandenburg wegnehmen, der ihm doch das Leben kosten würde.

Nur zwei Punkte machten noch Schwierigkeiten. Während nach dem Wunsche des Kurfürsten der neue schwedisch-brandenburgische Hilfsvertrag gegen Rußland nicht galt, verlangte Schweden seine Erstreckung auf Danzig. Sie wurde unbedingt verweigert: Schwerin meinte, wer seinem Herrn zu Feind-

seligkeiten gegen Danzig rate, mache sich des Hochverrats schuldig. Dagegen wünschte der Kurfürst die ausdrückliche Anerkennung seines Rechts, auf der Ostsee Kriegsschiffe zu halten. Spitzfindig erklärten die Schweden, die Souveränetät Preußens bedeute doch nur, daß das Recht, das bisher Polen in dem Herzogtum gehabt, an den Kurfürsten gekommen sei; Polen aber habe nie Kriegsschiffe besessen, und so oft es den Versuch dazu gemacht, sei es von den nordischen Kronen daran gehindert worden. Schließlich blieb diese Sache in dem Vertrage überhaupt unerwähnt: der Kurfürst behielt die Möglichkeit, in Zukunft etwa eintretende günstige Umstände zu benutzen. Denn Eile that not: man riskierte sonst, wie Schwerin meinte, sich zwischen zwei Stühle zu setzen. Das Elend, das der Krieg über Preußen, die Neumark und Hinterpommern gebracht, mahnte dringend zum Frieden; die Stimmung im Herzogtum wurde immer übler: man schien unmittelbar vor einem Aufstand zu stehen. In des Kurfürsten Umgebung waren die Gegensätze schroffer als je: Waldeck und Schwerin lagen in offenem Streit. Die Kurfürstin machte kein Hehl aus ihrem Entsetzen über eine Politik, die solche Schrecknisse im Gefolge hatte: das sei keine gute Sache. Laut beklagte sie, daß man nicht bei den bisherigen Verträgen geblieben sei: ihr schlichter Sinn fand sich in den Irrgängen dieser Staatskunst nicht zurecht. So wurde endlich am 20. November 1656 der Vertrag in Labiau gezeichnet. Unter Aufhebung des Königsberger Vertrages erkannte er das Herzogtum Preußen und das Bistum Ermeland als souverän an; von letzterem blieb das Stift Frauenburg bei Schweden, doch verzichtete dieses auf den Anteil an dem Pillauer Hafenzoll; für den Fortgang des Krieges sagte man sich Hilfe zu nach Maßgabe des Marienburger Traktates: der Kurfürst hatte also 2500 Mann zu Fuß und 1500 Reiter zu stellen. Frieden wollte man nur gemeinsam schließen und dabei, wie ein geheimer Zusatz bestimmte, Schweden zu Pommerellen und Kur- und Livland verhelfen. Dann sollte ein neues Schutzbündnis vereinbart werden.

War der Labiauer Vertrag ein großer Erfolg der brandenburgischen Politik? Durch unfreiwilliges Zuwarten hatte

sie Schweden für fernere Hilfe einen hohen Preis abgenötigt. War man aber sicher, daß er gezahlt würde? War man ernstlich gewillt und — wenn man das war — war man stark genug, Schweden so zu unterstützen, wie geschehen mußte, wenn es die übrigen Staaten zur Anerkennung des Abkommens zwingen wollte? Der Kurfürst scheint daran gezweifelt zu haben: denn er gründete auf den Labiauer Vertrag nicht eine neue kriegerische Aktion, sondern eine neue energische Friedensvermittelung, deren Lohn die internationale Anerkennung der preußischen Souveränetät sein sollte. Da der Labiauer Vertrag den Verzicht auf die früher geplante Teilung Polens enthielt, rechnete er auch auf dessen Entgegenkommen. Zudem gestaltete sich die politische Lage für Schweden noch besorglicher: am 1. Dezember kam ein Defensivbund zwischen dem Kaiser und Polen zum Abschluß. Daß er erweitert und direkt gegen Schweden gerichtet werden würde, war sicher, und der Kurfürst hatte damit zu rechnen. So blieb sein Verhältnis zu Schweden kühl, ja gespannt. Eine persönliche Begegnung mit dem König erfolgte nicht, und durch ihren diplomatischen Verkehr geht ein gereizter Ton. Auch war der Träger der Eroberungspolitik, Waldeck, dem Hofe fern. Um so größeren Einfluß gewann die Partei des Friedens und untergrub planmäßig das eben neu befestigte brandenburgisch-schwedische Bündnis. War es mit diesem vereinbar, daß für das Herzogtum Krossen und das Land Sternberg zwischen dem Polenkönig und dem Kurfürsten Neutralität vereinbart wurde?

Der Vorgang erklärte sich freilich daraus, daß die Kurfürstin-Mutter bereits im Oktober 1656 vom polnischen Hof die Schonung ihres Wittums Krossen erbeten hatte. Aber er war weder der erste in seiner Art, noch blieb er vereinzelt. Ein ähnliches Abkommen trafen Ende 1656 Senatoren und Ritterschaft der Palatinate Posen und Kalisch mit den Ständen der Kurmark und verfügten dabei sogar über die noch in einzelnen großpolnischen Plätzen befindlichen kurfürstlichen Truppen, wenn auch vorbehaltlich der Zustimmung der beiden Landesherren. Und nicht lange danach verständigten sich Großpolen, die Neumark und Hinterpommern ähnlich. Vor allem war zu

derselben Zeit, wo mit Schweden der Vertrag von Labiau zu stande kam, mit dem Befehlshaber des durch Litauen anrückenden polnischen Heeres, Gonsiewski, über die Neutralisierung von Masovien, Litauen, Samaiten und Podlachien unterhandelt: auf Gonsiewskis Veranlassung suchte damals die Herzogin von Kurland ihren Bruder zum Frieden mit Polen zu gewinnen. Auch die Kurfürstin und die preußischen Oberräte fanden Gonsiewskis Vorschläge annehmbar, während Oberst Heinrich von Wallenrod Betrug witterte, der Preußen aufwiegeln und ins Unglück stürzen sollte. Auch nach Beginn der Feindseligkeiten gingen die Verhandlungen fort und führten am 8. November zu einem Stillstand. Nun drängte Karl Gustav zur Wiederaufnahme der Operationen. Den geplanten Zug nach Pommerellen hinderte Anfang Dezember eintretendes Tauwetter, das die Weichsel unpassierbar machte. So wollte der König sich gemeinsam mit dem Kurfürsten gegen Gonsiewski wenden. Friedrich Wilhelm aber lehnte die gewünschte persönliche Begegnung ab und mahnte zum Frieden: schon sei Gonsiewski russische Hilfe in Aussicht gestellt; Dänemark warte nur auf den Moment, „um sich seines Schimpfes und Schadens zu erholen"; die Niederlande seien entschlossen, weitere „Progressen" Schwedens an der Ostsee zu hindern; die Tataren stellen den Polen Waffenhilfe, der Papst und die katholische Ligue finanzielle Unterstützung in Aussicht. Auch werde Polen bei der Eigenart seines Heerwesens selbst durch etliche neue Niederlagen nicht kampfunfähig, während Schweden eine verlorene Schlacht den Garaus machen könne. Er selbst sei zu neuen militärischen Leistungen außer stande, sein Heer durch den letzten Feldzug und Krankheiten zusammengeschwunden, sein Land durch Freund und Feind ruiniert; auch im Reiche gebe es keine Rekruten mehr. Trotz des Warschauer Sieges habe er die verheißenen großpolnischen Lande nicht bekommen. Hilfe aber sei von keiner Seite zu erwarten.

Diese Argumentation, durch die Schwerin und Jena den Schwedenkönig zum Verzicht auf die „Konjunktion" und zum Frieden bewegen sollten, spiegeln den tiefen Eindruck wieder, den der zu Anfang des Jahres 1657 in Preußen erschienene

kaiserliche Diplomat Franz von Lisola mit seinen Vorstellungen auf den Kurfürsten gemacht hatte. Schnell hatte er die Lage an dem von Parteiungen zerspaltenen Hofe durchschaut: der Unterstützung aller Gegner Schwedens gewiß, begann er unmerklich, aber erfolgreich auf den von Sorgen bedrückten Fürsten einzuwirken. Indem er ihm die Lösung von Schweden und die Aussöhnung mit Polen als den einzigen Weg zu dauernder Sicherung seines Hauses und Landes darstellte, sprach er vorsichtig einen Gedanken aus, den von verschiedenen Seiten thätige Einflüsse bei jenem schon angeregt hatten. Und lebhaft griff ihn Friedrich Wilhelm auf, indem er offenherziger als gegenüber einem Mann wie Lisola klug war, alsbald fragte, was Polen ihm denn als Preis für den Uebertritt biete. Daß Hoverbeck, der als Gegner Schwedens auf Karl Gustavs Verlangen vom Hofe entfernt war, jetzt zurückkehrte und die Sache mit ihm vertraulich besprechen durfte, bewies Lisola die Nähe des Umschlags. Zwar lehnte der Kurfürst die angebotene Mediation noch als aussichtslos dankend ab. Als aber Lisola daraufhin abreisen wollte, beschied er ihn nochmals zu sich und hatte mit ihm eine mehrstündige Unterredung, und bei seiner Abreise einige Tage später nahm Lisola die Erklärung mit, er acceptiere die Vermittelung, erwarte die Anträge Polens und wolle bis zur Rückkehr des Gesandten weder den Schweden Truppen stellen, noch selbst gegen die Polen etwas unternehmen. Lisola glaubte gewonnenes Spiel zu haben, zumal der Kurfürst ihm nicht eben bedeutend erschien. Er sprach ihm nur eine mittlere Begabung zu und vermißte namentlich Ausdauer in der Verfolgung eines Zieles. Wohl strebe er nach Großem und wünsche nächst Gewinn an Land und Leuten statt des Schwedenkönigs an die Spitze der Protestanten zu treten; er sei zwar kein Freund des Hauses Habsburg, gönne ihm aber die Kaiserkrone doch eher als etwa Frankreich, Schweden oder Bayern. Diesen Eigentümlichkeiten des Kurfürsten empfahl Lisola bei den Verhandlungen sich anzupassen: treibe man Polen zu weiteren Feindseligkeiten gegen ihn an, so werde er am ersten die Mediation annehmen und den schon ernstlich erwogenen Parteiwechsel vollziehen.

Aber auch zwischen dem Kurfürsten und Karl Gustav gingen die Verhandlungen fort. Diesen beunruhigten die regeren Beziehungen Brandenburgs zum Wiener Hof: er wiederholte den Wunsch nach einer Zusammenkunft. Da er inzwischen mit der Eroberung von Konitz wieder einen Erfolg gewonnen hatte, argwöhnte er in den Verhandlungen Betrug, bestimmt „allerlei Separationes zu praktizieren“: die kaiserliche Vermittelung sei überflüssig, sobald Polen ihm Preußen überlasse, sonst aussichtslos. Dennoch billigte er nach einer Unterredung, die er am 25. Januar 1657 in Preußisch-Holland mit dem Kurfürsten hatte, Besprechungen der beiderseitigen Räte mit den Gesandten Frankreichs und der Niederlande, deren früher angetragene Mediation er bisher ebenfalls von der Hand gewiesen hatte. Sie begannen im Februar in Marienburg. Denn immer lauter rief das Land nach Frieden. Seine Notwendigkeit legten die Landräte des Herzogtums in einer besonderen Denkschrift dar. Der Wiederausbruch der Feindseligkeiten erfüllte sie mit schwerer Sorge: würden nun gar auch Russen, Dänen, Niederländer und Kaiserliche Preußen zum Kriegsschauplatz machen, da würde, fürchteten sie, kein Stein auf dem anderen bleiben, sondern „Religion und Policey in plötzlicher Eil alles zu Grund und Boden gehen“. Bitter beklagten sie sich, daß „zuwider dieses Landes Verfassungen“ weder beim Beginn des Krieges mit Polen noch bei den Unterhandlungen ihnen eine Mitwirkung eingeräumt sei, und verlangten, man möge weiterhin auch die Landschaft verfassungsmäßig hören: sei es doch „außer diesem an allen Orten der Christenheit, ja in der ganzen Welt bei allen Monarchien, Königreichen und Kaisertumen gebräuchlich und Herkommen, daß die Landesherrschaft, so in hochwichtigen Händeln, insonderheit in Friedenstraktaten, sich allemal mit dero getreuen Ständen, wegen besserer Vorsichtigkeit zu beraten und dero behutsamstes Gutachten gnädigst zu vernehmen pflegen“. Für das aus dieser Unterlassung erwachsende Unheil lehnten sie die Verantwortung ab. Dauere der Krieg fort, so würden sie — damit schlossen sie —, da Mittel für fremde Kriegsvölker nicht vorhanden seien, unter einheimischen Offizieren das allgemeine Aufgebot organisieren, um „nicht ganz erbärm-

lich und wehrlos niedergehauen zu werden", sondern wenigstens „eines ritterlichen Todes zu sterben".

Ließ sich bei solchen Reden von den Ständen irgend etwas hoffen? War ihnen die kurfürstliche Armee doch eine fremde, nicht preußische! Und nun kam, während man in Marienburg verhandelte, die Meldung, der Polenkönig habe Danzig verlassen und ziehe mit der Armee nach Großpolen. Man fürchtete für die Mark und für Pommern, hielt selbst einen Handstreich gegen Berlin für möglich. Den Kurprinzen, die Kostbarkeiten, das Archiv barg man eilig in Spandau. Und während nun die Zuversicht der Polen wuchs, ihre Forderungen an Schweden stiegen und ihre Anerbietungen an den Kurfürsten bis zur Gewährung bloßer Amnestie sanken, ließ der Ausbruch des schwedisch-dänischen Krieges den Abzug Karl Gustavs aus Preußen befürchten. Um so mehr drang der Kurfürst bei dem König in Marienburg auf Frieden: dieser aber meinte, wenn man nur des Kaisers Einmischung hindere, wollten sie sich mit Gottes Hilfe schon ihrer Haut wehren; nur bedauere er, daß der Kurfürst „die Lust in Dänemark" nicht selbst mit ansehen werde. Auch sei nicht seine Absicht, Preußen seinem Schicksal zu überlassen: thue er es, so sollte der Kurfürst sagen dürfen, er handele unredlich und leichtfertig an ihm. Auch die von Frankreich kräftig unterstützten Bemühungen der Friedenspartei in Polen scheiterten, als der Siebenbürgener Großfürst sich von neuem für Schweden erhob. So mußte Brandenburg in dem schwedischen Bündnis bleiben, und Anfang März 1657 brach Waldeck mit einem Teile der Armee auf, um Karl Gustav auf dem Zuge nach Großpolen zu unterstützen und zugleich weiter zu unterhandeln. Als Preis aber forderte der Kurfürst jetzt nicht bloß unbedingte Aufrechterhaltung der zu Labiau erworbenen Souveränetät in Preußen, sondern als ein „Pertinens" dazu auch das Bistum Ermeland, statt dessen er sich nur im äußersten Notfall mit den Aemtern Braunsberg, Wormditt und Mehlsack und mit Lauenburg und Bütow oder einem Aequivalent in Großpolen und einer an die Neumark grenzenden „wohlgelegenen Satisfaktion" begnügen wollte. Am liebsten freilich hätte er die zu Marienburg erworbenen Ansprüche auf

die vier großpolnischen Palatinate anerkannt gesehen. Jetzt also nahm er die auf Zerstückelung Polens gerichtete Eroberungspolitik wieder auf. Oder wollte er nur ein Pfandobjekt in die Hand bekommen, das Polen ihm dann durch Anerkennung der Souveränetät abkaufen sollte? Deshalb wohl nahm Waldeck, der des Königs Vormarsch auf Krakau mißbilligte, bei Posen stehen bleiben und Rakoczys Herankunft abwarten wollte, auch das Anfang April besetzte Petrikau für den Kurfürsten in Eid und Pflicht. Ihm wird es ohnehin lieb gewesen sein, daß die Ereignisse die Trennung seines Corps von der schwedischen Armee hinderten und er den neuen Siegeslauf des Königs mitmachen konnte.

Auch sonst schien sich alles nach Wunsch zu gestalten. Am 2. April 1657 starb Ferdinand III., den Lisola eben zum Eintreten für Polen bestimmt hatte. Sein Nachfolger in den österreichischen Erblanden war noch nicht zum Kaiser gewählt; das bot die Handhabe, um ihn zu friedlicher Haltung zu nötigen. „Jetzt ist die rechte Zeit geboren," schrieb der Kurfürst dem Schwedenkönig: nun werde dieser Krieg endlich durch einen guten Frieden abgeschlossen werden können. Hatte er doch die geheimen Beziehungen zu Gonsiewski weiter gesponnen, und während Waldeck mit dem Schwedenkönig im Felde stand, über ein „Generalarmistitium" verhandelt. Da war es für ihn denn freilich eine Enttäuschung, daß König Leopold den von Ferdinand III. geplanten Bund mit Polen am 27. Mai wirklich abschloß. Die Einmischung stand also unmittelbar bevor, die Karl Gustav um jeden Preis hatte vermeiden wollen. Geschickt aber stellten die österreichischen Diplomaten ganz allgemein die Unterstützung des Polenkönigs gegen seine Feinde als Zweck der Allianz dar, bestimmten die österreichischen Truppen zur Bekämpfung Rakoczys von Siebenbürgen und nahmen den Beitritt Brandenburgs und Dänemarks in Aussicht. Denn eben begann im Westen eine Aktion, welche die Habsburger im Reiche matt setzen sollte. Wenn je, so durfte der Kurfürst jetzt hoffen, für die vom Wiener Hofe gewünschte Rückkehr zu Polen reich belohnt zu werden. So verdoppelte die Friedenspartei an seinem Hofe ihre Anstrengungen, obenan die fürstlichen Frauen.

Die Kurfürstin-Witwe, die schon an den Verhandlungen mit Gonsiewski teilgenommen, hatte der Königin von Polen von ihren Bemühungen geschrieben, den Sohn zum Frieden zu vermögen, und sogar ein Schreiben desselben eingeschickt, das seine bisherige Politik rechtfertigte, aber doch den Wunsch nach Verständigung mit Polen aussprach. Die Antwort der Königin riet dem Kurfürsten im Interesse seines Hauses schleunigste Rückkehr zu Polen: man erwarte eine präzise und sachliche Antwort, nicht Ausreden und Entschuldigungen; es handle sich nicht mehr darum zu wissen, ob er recht oder unrecht gethan, sondern ob er mit den Seinigen durch Schwedens Launen und Ehrgeiz zu Grunde gehen oder sich in Sicherheit bringen wollte, solange man überhaupt noch mit ihm rechnete. Bald bewies die Rückberufung Waldecks, der nun nicht mehr der Mann des kurfürstlichen Vertrauens war, die Nähe des Umschwungs. Mitte Juni war er wieder in Königsberg, zu spät, um den Sieg seiner Gegner aufzuhalten. Als Sparr Ende Juni zur Deckung Masurens gegen polnische Räubereien ausrückte, wurde er bereits angewiesen, sich der Feindseligkeiten zu enthalten, Angriffe durch gütliche Vorstellungen und durch Verweisung an den Kurfürsten abzuwenden und nur, wenn das nichts helfe, zu den Waffen zu greifen. Keinen der aufgenommenen Fäden also ließ der Kurfürst fallen, sondern spann sie alle weiter — eine Politik, die dem Freunde kein Vertrauen und dem Feinde keine Achtung abgewinnen konnte, wohl aber ihren Träger in den Ruf der Doppelzüngigkeit brachte.

Auch Karl Gustav konnte andere Eigenschaften daran nicht entdecken. Im Geleite der Dragoner des Obersten Görtzke, die der Kurfürst ihm nachgeschickt hatte, war er nach Preußen zurückgekehrt. Die gewünschte Zusammenkunft abzulehnen, gab dem Kurfürsten die bevorstehende Entbindung seiner Gemahlin einen bequemen Vorwand. So wurde weiter unterhandelt, ohne Glauben an ein Ergebnis. Auch einen vollen Erfolg gegen Polen erwartete Karl Gustav nicht mehr: von Thorn trat er die Reise nach Westen an, um „den Krieg dort auf guten Fuß zu setzen und Dänemark zur Raison zu bringen"; falls aber der Kaiser den Kurfürsten angriffe, wollte er alles hintenan-

setzen und herbeieilen: sonst möge man sich hier defensiv halten. Daß er so handeln müsse, sollte der Kurfürst verschuldet haben, weil er die Gelegenheit, dem Feinde Abbruch zu thun, nicht so benutze, wie es die gemeine Sache und die Raison des Krieges erfordere, und die Kooperation mit dem Großfürsten von Siebenbürgen gehindert habe, die den Widerstand der Polen gebrochen haben würde: nun sei der große Augenblick unwiederbringlich dahin. Das war deutlich: die Wege der beiden Fürsten trennten sich, wenn auch der Bruch noch nicht erfolgte. Man wahrte den Schein, weil die Maske abzuwerfen noch nicht Zeit war, und ging nebeneinander her, weil man so den anderen Teil wenigstens in der Freiheit der Bewegung noch hinderte. Karl Gustav dachte nicht daran zurückzukehren, sondern wollte „aus dem polnischen Wesen endlich heraus", da mit den Barbaren trotz aller Siege nichts auszurichten sei. Vielmehr wollte er nach der Abrechnung mit Dänemark im Bunde mit Frankreich und England den Kampf gegen das Haus Oesterreich aufnehmen, um das Evangelium für alle Zeit zu sichern. Durch die Aussicht auf diesen Glaubenskampf dachte Graf Schlippenbach, sein Bevollmächtigter in Preußen, den Kurfürsten auch ferner an Schweden zu fesseln und stellte ihm den Uebertritt zum Kaiser als eine Art von neuem Sündenfall dar, verhieß aber gleichzeitig als Preis für die Teilnahme an dem Kampf gegen das böse Prinzip Schlesien. Damit aber hätte der Kurfürst doch nur die Möglichkeit verscherzt, Polen mit habsburgischer Hilfe die Anerkennung der preußischen Souveränetät abzubringen. Trotz seiner augenblicklichen Gefährdung, die ihm daraus erwuchs, konnte er den Aufbruch des Schwedenkönigs aus Preußen nur freudig begrüßen, da er sich nun als von ihm im Stich gelassen und daher aller Verpflichtungen ledig darstellen konnte.

In den Tagen, wo der Schwedenkönig mit den arg zusammengeschmolzenen Kerntruppen seines Heeres den Gewaltmarsch nach Holstein antrat, kam mit Vollmacht vom Polenkönig Franz von Lisola in Königsberg an; neben ihm sollte Gonsiewski das von ihm eingeleitete Werk zu Ende führen helfen. Die Autorisation, im Notfall selbst die Souveränetät

Preußens zuzugestehen, hatte Lisola in der Tasche, versuchte aber natürlich zunächst, den Kurfürsten möglichst herunterzubieten. Diesem verhieß dagegen Frankreich für das Verbleiben im schwedischen Bündnis nicht bloß Geld und Aufnahme in die geplante große Ligue gegen das Haus Habsburg, das von dem Kaiserthron ausgeschlossen werden sollte, sondern auch seine Verwendung bei Pfalz-Neuburg in der jülichschen Sache. Doch konnten die am Hof streitenden Einflüsse die Entscheidung wohl verzögern: zweifelhaft konnte sie nach Lage der Dinge nicht mehr sein. Für die Versöhnung mit Polen trat namentlich die Kurfürstin Luise ein, die ihren Gemahl nicht länger den Gefahren des Krieges ausgesetzt sehen wollte und alles that, um den Einfluß Waldecks vollends zu beseitigen. Auch das gelang endlich: noch im Juli erbat Waldeck unter ausführlicher Darlegung der Gründe seine Entlassung, da er nach allem ihm Geschehenen „von Ehre und Gewissen wegen" nicht länger am Hofe bleiben könne, erklärte sich aber zugleich bereit, dem Kurfürsten anderweit zu dienen, in der Hoffnung, dieser werde ihm, wenn er fern, besser glauben, als er jetzt begreifen könne. Am 28. August wurde er unter Belassung in seinen Chargen als Geheimerat und General der Kavallerie zum Statthalter von Minden und Ravensberg bestellt. Nun hatten die Friedensfreunde gewonnenes Spiel. Schien es dennoch wiederholt so, als seien die Verhandlungen abgebrochen, und rüstete sich Lisola einmal sogar demonstrativ zur Abreise, so handelte es sich dabei doch nur um Finten, durch die man im Stil der Diplomatie jener Zeit einander zu überlisten und Freund und Feind zu täuschen suchte. Sobald Lisola den Preis bot, den er zu bewilligen autorisiert war, die Souveränetät Preußens, waren alle Schwierigkeiten beglichen. Am 31. Juli bereits konnte er nach Wien melden, daß die Unterzeichnung des Traktats bevorstehe und den Inhalt dahin zusammenfassen: gegen Einräumung voller Souveränetät in Preußen werde der Kurfürst sich mit Polen aussöhnen, Ermeland und was er in Polen besetzt hätte, herausgeben, auf Elbing, Pillau und die Erwerbung Pommerellens verzichten und mit Polen und dessen Verbündeten gegen Schweden und Polens andere Feinde ins Feld ziehen.

Diesmal scheint freilich Lisola der Ueberlistete gewesen zu sein: um endlich Polens prinzipielle Zusage in betreff der preußischen Souveränetät zu erlangen, hatte der Kurfürst Zugeständnisse in Aussicht gestellt, die er nicht zu machen dachte. Den nun gesteigerten französischen und schwedischen Anerbietungen entgegenzuwirken, verfaßte Lisola eine Denkschrift, welche die Herzogin von Kurland ihrem Bruder in die Hände spielte. Als aber Mitte August der Vertragsentwurf fertig war, erhob Gonsiewski Bedenken: sie zu überwinden eilte Lisola selbst in sein Lager, und nun wurde endlich am 1. September in Wehlau der Waffenstillstand unterzeichnet, der den Feindseligkeiten zwischen Brandenburg und Polen offiziell ein Ende machte, zugleich aber durch die Einbeziehung von Oesterreich, Ungarn, Rußland und Dänemark zu einem Neutralitätsvertrage wurde. Um Schweden zu täuschen, nahm man einen Artikel auf, der dem Kurfürsten die Erhaltung des gegenwärtigen Zustandes in Preußen nur bis zum allgemeinen Frieden zusagte, weil Polen die Souveränetät nie anerkennen werde. Ein geheimer Zusatz annullierte ihn wieder: die Souveränetät war zugestanden, obgleich Johann Kasimir das noch im letzten Moment von allerlei Bedingungen hatte abhängig machen wollen. Um nicht noch dicht am Hafen zu scheitern, hielt Lisola die Depesche geheim und meldete dem König nach erfolgter Unterzeichnung bedauernd, sie sei zu spät angekommen.

Vom 19. September datiert der Vertrag von Wehlau, mit dem das vielverschlungene Intriguenspiel seinen Abschluß fand, auf das die brandenburgische Politik in dem Gedränge des nordischen Krieges hinauslief. Er enthielt einmal den polnisch-brandenburgischen Frieden: der Kurfürst gab alles von Polen Eroberte zurück, räumte die noch besetzten festen Plätze, entsagte auch den zu Marienburg erworbenen vier Palatinaten und dem Bistum Ermeland und erhielt dagegen das Herzogtum Preußen in den Grenzen, wie er es als Lehen besessen, zu voller Souveränetät — jure supremi dominii cum summa atque absoluta potestate, wie die Formel lautete; für den Fall des Aussterbens seiner rechten männlichen Descendenten sollte es wieder an die Republik fallen und deshalb von

den preußischen Ständen die Eventualhuldigung geleistet werden. An die Stelle des Lehensverbandes trat ein immerwährendes unverletzliches Bündnis, nach dem der Kurfürst Polen in jedem künftigen Kriege mit 1500 Reitern Hilfe zu leisten hatte. Die preußischen Stände sollte Polen der aus dem Lehensverbande entsprungenen Pflichten entlassen, der Kurfürst bei ihren Rechten und Freiheiten ungekränkt erhalten. Für den gegenwärtigen Krieg schlossen beide zur Herbeiführung des Friedens in Polen, Litauen und den beiden Preußen ein Schutz- und Trutzbündnis, nach dem sie, wurde einer von ihnen in den nächsten zehn Jahren von Schweden oder dessen Alliierten angegriffen, einander Hilfe zu leisten hatten. Für die dazu übernommene Verpflichtung zur Haltung von 6000 Mann wurde dem Kurfürsten besondere Entschädigung verheißen.

Der Abfall Brandenburgs von Schweden war eine vollendete Thatsache. Freilich sollte sie möglichst lange verborgen bleiben aus Sorge vor einer raschen Gewaltthat des erbitterten Schwedenkönigs. Glaubte aber der Kurfürst wirklich, die Welt werde seine veränderte Haltung, wie er wünschte, auf die Neutralität zurückführen? Das hinderte schon seine Intimität mit dem polnischen Königspaare. Die staatskluge Marie Luise bot alles auf, ihn zum Freunde zu gewinnen. Eine durch mancherlei Feste verherrlichte Zusammenkunft der beiden Herrscherpaare in Bromberg gab Anfang November dem neuen Bunde die Weihe. Aber wie wenig fest dieser noch war, lehrte der Verlauf der dort geführten Unterhandlungen, die fast zu einem neuen Bruch führten. Es galt den Preis für die vom Kurfürsten die nächsten zehn Jahre Polen gegen einen schwedischen Angriff zu leistende Hilfe zu vereinbaren. Elbing und das Werder verweigerte Polen. So gespannt wurde die Lage, daß der Kurfürst am 4. November Sparr mit Truppen herbeirief, weil die Polen ihm Gesetze vorschreiben wollten. Das wirkte: am 6. November wurde der Wehlauer Vertrag in Bromberg ratifiziert und dahin ergänzt, daß der Kurfürst unter Verzicht auf das Werder Elbing als Pfand behielt, das Polen um 400 000 Thaler auslösen konnte, Lauenburg aber und Bütow, die mit dem Aussterben des pommerschen Herzogshauses als

erledigte Lehen an Polen zurückgefallen waren, zu dauerndem Besitz bekam. Endlich zahlte ihm Polen für die Kriegskosten in drei Jahresraten 120 000 Thaler und verpfändete dafür die Starostei Draheim.

Nur die Langsamkeit des Verkehrs und die Meisterschaft der Diplomatie in Verdunkelung der klarsten Vorgänge und Verschleppung der einfachsten Geschäfte machen es begreiflich, wie fast acht Monate vergehen konnten, ehe von seiten Schwedens die Konsequenzen aus diesem Vertrag gezogen wurden. So gewann Brandenburg Zeit, sich durch Verständigung mit den übrigen Gegnern Karl Gustavs gegen die Folgen seines Abfalls zu sichern. Bereits in den Tagen der Bromberger Zusammenkunft verbündete es sich in Kopenhagen mit Dänemark zu gemeinsamem Krieg gegen Schweden, bis zur Erlangung gebührender Satisfaktion, das heißt für Dänemark seiner verlorenen Provinzen, für Brandenburg der ihm unbillig abgedrungenen Lande: was damit gemeint war, lehrt die Abrede zu sofortigem Angriff auf das schwedische Pommern.

Wichtiger noch wurde des Kurfürsten neue Befreundung mit den Habsburgern, durch die er mit Waldecks Ideen vollends brach. Nicht bloß der eigene Vorteil leitete ihn dabei, sondern auch die Rücksicht auf die Wohlfahrt des Reiches, das durch den Tod Ferdinands III. vor der Wahl eines neuen römischen Königs (S. 42) schwer bedroht war, wenn Ludwig XIV. oder einer seiner deutschen Anhänger zum Kaiser gewählt wurde. Und neben Mainz, Köln und Pfalz hielten zu Frankreich auch Hessen-Kassel und Braunschweig, in deren engerer Zusammensetzung mit Brandenburg Waldeck die Basis seiner Union gesucht hatte. Schweden begünstigte diese Umtriebe und suchte England dafür zu gewinnen durch die Aussicht auf ein Stück deutscher Küste — etwa Bremen. Wer das Reich in seinem territorialen und politischen Bestande erhalten wollte, mußte zum Hause Habsburg stehen, das allein die Macht besaß, um solche Entwürfe zu vereiteln. Nach dem Bruch mit Schweden hatte auch der Kurfürst kein anderes Interesse. Aber bei seiner militärischen Leistungsfähigkeit glaubte er für seine Hilfe einen höheren Preis fordern zu können. Schon im Sommer 1657

hatte er in Wien die Herausgabe von Jägerndorf gefordert und auch wegen Glogaus angepocht. Aber die Mehrheit der kaiserlichen Räte entbehrte des Eifers für die Vernichtung Schwedens, der Lisola beseelte. Den tödlichen Offensivstoß in den Rücken Karl Gustavs schnell und kraftvoll geführt zu sehen, war er für Brandenburgs Mitwirkung den geforderten Preis zu bewilligen bereit. Doch wollte man in Wien der bevorstehenden Kaiserwahl wegen auch den Schein eines Bruchs des Reichsfriedens vermeiden. Dann nahm Karl Gustavs dänischer Feldzug einen unerwartet glänzenden Verlauf. In wenigen Wochen waren die Dänen aus dem Bremischen verjagt, Holstein befreit, Schleswig besetzt und nach der Erstürmung von Friedrichsödde (Fridericia) Jütland in der Gewalt der Schweden. Dann trat ein Stillstand ein, denn der ersehnte strenge Frost blieb aus, der dem König auf der Eisdecke des kleinen Belt den Weg nach den dänischen Inseln bahnen sollte.

Das machte auch in Wien Eindruck. Man mußte Lisola beistimmen, daß nicht ein deutsches und europäisches, sondern namentlich das habsburgische Interesse gebot, den schwedischen Eroberer aufzuhalten und in die alten Grenzen zurückzuweisen. Aber so sehr Eile not that, um Dänemark vor völligem Erliegen zu retten: man konnte sich nicht entschließen, die brandenburgischen Forderungen schnell zu erfüllen. Doch blieb der Kurfürst diesmal unbeugsam: er lehnte jede Verpflichtung für die Kaiserwahl ab, ehe ihm nicht der Angriffskrieg gegen Schweden ermöglicht und entsprechender Gewinn gesichert wäre. Dabei blieb er auch, als Neujahr 1658 Lisola und Montecuccoli in Berlin erschienen, ersterer als Kenner von Personen und Zuständen am kurfürstlichen Hofe, letzterer, der Befehlshaber des nach Polen geschickten Hilfsheeres, als eigentlicher Vertrauensmann seines Hofes und ohne seines Genossen Wissen bevollmächtigt, die Waffenhilfe gegen Schweden schließlich zu bewilligen. Schrittweise nachgebend, bot er statt der geforderten 10000 Mann erst 4000, dann 5000, schließlich 6000: vergeblich. Inzwischen wurde die Vornahme der Kaiserwahl immer nötiger. Der junge Böhmenkönig Leopold rüstete sich bereits zur Reise nach Frankfurt, und noch war man nicht einmal der

brandenburgischen Stimme gewiß. Das gab den Ausschlag: auf neue dringende Berichte seiner Gesandten verfügte der König endlich, dem Verlangen des Kurfürsten solle nachgegeben werden. Am 14. Februar 1658 kam der Vertrag zum Abschluß, auf den 9. Februar zurückdatiert. Er schuf zunächst eine Offensiv- und Defensivallianz zwischen dem König von Ungarn und Böhmen und dem Kurfürsten gegen Schweden und dessen Verbündete, der Dänemark und andere Staaten sollten beitreten können; dann bestimmte er, für den gegenwärtigen Krieg solle der Kurfürst 6000, der König 10 000 und Polen 7000, auf Erfordern jedoch auch 10 000—11 000 Mann stellen. Rechten Wert für den Kurfürsten aber erhielt der Vertrag erst durch den Geheimartikel, nach dem von den in Pommern eroberten Plätzen der König keinen beanspruchen und insbesondere Stettin, Damm, Wolgast, Demmin, Anklam, Greifswald, Stralsund und Wollin im Falle ihrer Eroberung der Kurfürst allein besetzen sollte. Auch begab sich der König ausdrücklich des Rechts, unter dem Vorwande von Kriegskostenentschädigung in Pommern irgend etwas in Besitz zu nehmen.

Dieser Vertrag vollendete die zu Wehlau und Bromberg eingeleitete Umkehr der brandenburgischen Politik: sie verließ die Bahnen, die sie zu Königsberg, Marienburg und Labiau verfolgt hatte. Völlig hatte der Kurfürst mit dem System gebrochen, in dem er einst unter Waldecks Beirat seinem Staate eine Zukunft zu gewinnen gedacht hatte. Mit unmutigem Erstaunen folgte der Graf aus der Ferne dem Gang der Dinge. „Es gehet toll her," schrieb er im Januar 1658 einem Freunde, „doch befürchte ich, es werde bald noch wunderlicher aussehen." Ihm, dem Gegner der Habsburger, auf deren Kosten er Brandenburg groß zu machen gedacht hatte, schien es jetzt um die deutsche Freiheit geschehen: man handelte, so urteilte er, „gegen Gewissen und Fundamentalsatzungen". „Wo bleibt salus reipublicae?" fragt er und beklagt den Mangel an Vaterlandsliebe und Tapferkeit, der die deutsche Nation furchtsam mache. „Möchte doch," so wünscht er, „ein alter Römer aufstehen und den Deutschen zeigen, wie man den Namen eines Patrioten verdient." Noch aber versuchte er die Politik

Brandenburgs auf den von ihm gewollten Weg zurückzuführen: um keinen Preis dürfe man jetzt die Hand bieten zur Wahl eines habsburgischen Kaisers, wo es endlich möglich sei, das nichtig gewordene Wahlrecht wieder „in seinen wahren vigor zu bringen". Im Dienst eines Fürsten konnte er nicht bleiben, dessen Einfluß für die Wahl des jungen Königs Leopold zum Kaiser (19. Juli) entschied und auch die Schwierigkeiten beseitigen half, die im Hinblick auf den noch andauernden spanisch-französischen Krieg Mazarin bei der Festsetzung der Wahlkapitulation zu bereiten suchte. Daß diese dem neuen Kaiser jede Unterstützung Spaniens untersagte, ließ die vom Kurfürsten gewünschte Konzentration aller Kräfte auf den Kampf gegen Schweden hoffen. Als persönliche Kränkung aber und als Gefahr empfand es dieser, daß Waldeck bald nach seiner Entlassung (Ende Juni) als General der Kavallerie in schwedische Dienste trat. Wohl durfte sich der Graf darauf berufen, auch jetzt noch behaupte ja Brandenburg mit Schweden in guter Vertraulichkeit zu stehen. Nur war eben ein totaler Wandel im Werden. So kam es schließlich zwischen den einst eng verbundenen Männern zu einem scharfen Konflikt. Als der Graf dem ergangenen Avokatorium nicht Folge leistete, wurden die ihm gegebenen Lehen mit Beschlag belegt. Als er dagegen seine Reichsfreiheit geltend machte, erklärte der Kurfürst, sie habe er durch den Eintritt in seinen Dienst verwirkt und sei „sein Unterthan" geworden. So trennten sie sich in halber Feindschaft, um sich nach langen Jahren noch einmal im Dienst der europäischen Freiheit wieder zu gemeinsamem Wirken zusammenzufinden.

Begreiflich war es freilich, wenn Waldeck daheim, „in Gesellschaft der wilden Tiere" und den Geschäften fern, an einen Bruch des Kurfürsten mit Schweden nicht glaubte. Die Ereignisse im Norden ließen eine solche Wendung am wenigsten erwarten. Denn in denselben Tagen, wo des Kurfürsten Bündnis mit König Leopold zum Abschluß kam, war Karl Gustav über das Eis des kleinen Belt nach Fünen gegangen, hatte die dänischen Truppen bewältigt und war dann über das Eis und die Inseln Langeland, Laaland und Falster nach Seeland

hinübergestürmt, um Kopenhagen anzugreifen. So überwältigt war Friedrich IV. von Dänemark durch diese Kühnheit, daß er an Kampf gegen die nur noch 5000 Mann starken Schweden nicht dachte, sondern am 27. Februar 1658 zu Roeskilde einen Frieden schloß, der Schweden die geforderten territorialen Zugeständnisse machte und auch die Herrschaft über die Ostsee einräumte. Denn das bedeutete die vereinbarte Sperrung derselben gegen alle feindlichen Flotten. War der Angriff, zu dem man sich in Berlin verbunden hatte, unter solchen Umständen noch möglich? Der Kurfürst freilich hätte am liebsten sofort losgeschlagen und wünschte Montecuccoli bereits im März mobil zu sehen. Davon aber wollten die österreichischen Staatsmänner nichts wissen: mit Rücksicht auf die Kaiserwahl sollte alles vermieden werden, was als Bruch des Reichsfriedens gedeutet werden konnte. So wartete man, weiter unterhandelnd, noch ferner zu. Auch Karl Gustav war die Fortsetzung dieses Trugspiels genehm: so wenig man sich traute, so sehr man zum Kampf entschlossen war, jeder Teil wollte doch den Moment abwarten, wo er den Gegner unvermutet treffen und zu Boden strecken konnte.

Besonders gefährdet erschien nun der Kurfürst. Er war Schweden gegenüber zu weit gegangen, um zurück zu können, und nun hielten ihm seine Verbündeten das Schwert in der Scheide. Die „Kavalkade" nach Holstein, zu der er Montecuccoli aufforderte, mußte unterbleiben. Und inzwischen konnte von der zentralen Stellung aus, die er in Holstein, Mecklenburg und Pommern einnahm, Karl Gustav die Drohung mit neuen Kriegsschrecken, durch die er die Friedensmahnungen des Kurfürstenkollegs beantwortete, zuerst gegen Brandenburg verwirklichen: der abgefallene Alliierte hatte keine Schonung zu erwarten. Auf alles war man daher in der Mark gefaßt, als des Kurfürsten Gesandten, Schwerin und Weimann, die Ende Juni in Flensburg erschienen, der Empfang verletzend verweigert wurde. Der Kurfürst rüstete zu verzweifelter Gegenwehr. An der Befestigung Berlins arbeiteten Tag und Nacht 4000 Menschen, kamen aber infolge der Ungunst des sand- und wasserreichen Terrains nur langsam vorwärts. Monte-

cuccoli rückte im Posenschen bis an die Grenze der Neumark heran, die Polen unter Czarniecki standen hilfbereit an der Warthe. Aber der gefürchtete Angriff erfolgte nicht. Da hieß es, die schwedische Flotte sammle sich im Kieler Hafen: man vermutete, daß sie das Heer nach Preußen führen, daß dieses das Ziel des neuen Angriffs sein sollte. Der Kurfürst und Montecuccoli eilten es zu decken. Vollkommen gelang dem Schwedenkönig so die Täuschung der Gegner. Die Beleidigung des Kurfürsten in der Person seiner Gesandten und die Bedrohung Preußens sollten nur den geplanten neuen Angriff auf Dänemark verdecken. Der Roeskilder Friede, der sie mit dem Ausschluß aus der Ostsee bedrohte, trieb auch die Niederlande endlich zu energischem Handeln: ihre Flotte war nach dem Sunde unterwegs. Das gab den Dänen neuen Mut; sie bereiteten der Ausführung des Friedens Schwierigkeiten. Damit stand für Karl Gustav der Erfolg seines ersten dänischen Krieges auf dem Spiel. Ihn zu retten, bevor Dänemarks Alliierte im Felde erschienen, ging er am 15. August aus Kiel in See, landete bei Korsör auf Seeland und erschien am 21. vor Kopenhagen. Der Eindruck aber war nicht der gehoffte: die Stadt rüstete sich zu verzweifeltem Widerstande; eine langwierige Belagerung mußte unternommen werden, die auch nach der Einnahme der den Sund beherrschenden Feste Kronenborg von Woche zu Woche sich aussichtsloser gestaltete.

Auf die Kunde von diesem „unvermuteten Ueberfall" beschloß der Kurfürst sofort den Aufbruch nach Holstein. Da am 19. Juli König Leopold zum Kaiser gewählt war, fielen auch die Bedenken fort, die den Wiener Hof so lange vom Handeln zurückgehalten hatten. In den letzten Septembertagen drangen die Verbündeten, etwa 30 000 Mann stark, in Holstein ein, voran der kaiserliche Feldmarschallieutenant Freiherr von Sporck. Die geringen schwedischen Streitkräfte wichen überall zurück: nur einzelne Streifpartien wurden noch angetroffen und entweder zusammengehauen oder gefangen. Das Gros, das eben Rendsburg belagerte, eilte durch Schleswig in das feste Frederiksödde. Das Reiterregiment von Osten, das unter den Kanonen von Tönningen lagerte, behauptete, aus

dem schwedischen Dienst in den des Herzogs von Holstein-Gottorp übergetreten zu sein — „Spiegelfechtereien“, auf die sich der Kurfürst um so weniger einließ, als der Herzog, des Schwedenkönigs Schwiegervater, ohnehin eine zweideutige Rolle spielte: er mußte das feste Schloß Gottorp übergeben. Auch die schwedenfreundliche Haltung anderer Reichsstände, wie der Herzöge von Braunschweig, war bedenklich, zumal die schwedischen Werbungen im Reiche fortdauerten. Auch durfte man sich von der Verwegenheit Karl Gustavs jeder Ueberraschung versehen, seit durch den Sieg, den Niederländer und Dänen im Sunde (8. November) über die schwedische Flotte davongetragen hatten, Kopenhagen nach der See hin frei gemacht war, so daß der König am besten gethan hätte, die Belagerung aufzuheben und den Kriegsschauplatz durch eine Diversion nach Preußen oder Pommern und von da nach Polen oder Schlesien zu verlegen. Statt dessen verbiß er sich in den Kampf um die dänische Hauptstadt.

Das benutzte der Kurfürst, sobald Montecuccoli und Czarniecki herankamen. Bis auf Frederiksödde und einige schleswigsche Plätze war das Festland von den Schweden gesäubert: jetzt galt es, sie auch von den dänischen Inseln zu vertreiben und Kopenhagen zu entsetzen. Als einen gelehrigen Schüler des nordischen Pyrrhus erwies sich der Brandenburger dabei. Denn ohne die Mitwirkung einer Flotte war sein Unternehmen äußerst gewagt. Nur einige dänische Kriegsschiffe waren zur Stelle, als am 14. Dezember der Uebergang nach Alsen begann, nahe bei Sonderburg, das zuvor vom Festlande aus beschossen war. Auf Flößen und Booten wurden Brandenburger, Kaiserliche und Polen eingeschifft; nahe der Insel warfen sich die kurfürstlichen und die polnischen Reiter ins Wasser und erreichten schwimmend die Küste. Die Schweden zogen sich teils nach Sonderburg, teils nach Nordburg zurück: die Landung ging ungehindert vor sich. Sofort wurde die Stadt Sonderburg gestürmt. Vor dem Angriff auf das feste Schloß (15. Dezember) erbat der Kommandant Bedenkzeit. Man gewährte sie, um das schwere Geschütz heranzubringen. Während der Nacht aber rettete er sich mit seinen Leuten auf einige herbeigeeilte schwedische Kriegs-

schiffe. Ohne Kampf zogen die Alliierten am 16. ein. Die kleine Besatzung von Nordburg kapitulierte.

Leider verurteilte die eigennützige Vermittelungspolitik, zu der sich die Republik mit Frankreich und England verband, die niederländische Flotte zur Unthätigkeit und hinderte so die Verfolgung des gewonnenen Vorteils: weder Fünen noch Seeland konnte angegriffen werden, und die Blockade von Frederiksödde blieb während des Winters die einzige militärische Leistung der Verbündeten. Das aber wog die Schwierigkeiten reichlich auf, die Karl Gustav inzwischen von anderer Seite bereitet wurden, den Verlust Thorns, des einzigen ihm in Preußen gebliebenen festen Platzes, den Abfall Drontheims und Bornholms zu Dänemark und den mißlungenen Sturm auf Kopenhagen am 20. Februar 1659. Denn seiner Stellung auf Seeland und auf Langeland, Laaland, Falster und Möen, die er occupierte, war ohne Flotte nicht beizukommen. Den Mangel einer solchen hat niemand schmerzlicher gefühlt als der Kurfürst; damals zuerst ist die Möglichkeit zur Gründung einer deutschen Seemacht von ihm erwogen worden. Ein Niederländer, Arnold Gysels van Lier, der als Admiral im Dienste der Ostindischen Compagnie gestanden hatte und von ihm mit dem Amt Lenzen versorgt war, legte ihm in einer Denkschrift dar, wie Deutschland sein Recht auf die deutschen Meere und Ströme geltend machen und den ihm gebührenden Anteil am Welthandel gewinnen könne. Er empfahl die Occupation von Glückstadt, um es zum Sitz eines Reichsadmiralitätsamtes zu machen, das Handel und Seefahrt aller Deutschen einheitlich ordnen und leiten sollte, unter dem Kurfürsten als Admiral-General. Freilich war die Zeit für dergleichen noch nicht gekommen. Aber daß Entwürfe der Art in einzelnen hellen Köpfen aufleuchteten, zeigte doch, die deutsche Nation, wenn man damals füglich von einer solchen reden konnte, wurde sich der Mißhandlung bewußt, die sie auch in ihren wirtschaftlichen Interessen erfuhr: ihre Lebensadern waren unterbunden und ihr materielles Wohl der Ausbeutung durch das Ausland preisgegeben. Der Krieg gegen Schweden verhieß Besserung. Deshalb waren die Sympathien weiter Kreise mit den Alliierten, und des Kurfürsten

politische Richtung erschien als eine deutschnationale. Das bezeugt ein merkwürdiges Flugblatt, das in jenen Tagen umlief, mit seinem zornigen und zugleich zuversichtlichen patriotischen Ton. „An den ehrlichen Deutschen“ wandte es sich mit Worten, wie man sie lange nicht gehört hatte. Jämmerlich zugerichtet und an Mark und Bein ausgesogen, so daß von seinem herrlichen Körper nur noch das Skelett geblieben, sei das deutsche Vaterland in den letzten Kriegen unter dem Vorwand von Religion und Freiheit. Weinen und klagen müsse darüber, wem noch deutsches Blut im Herzen warm sei. Vergebens habe man Gut und Blut, Ehre und Namen geopfert: Deutschland sei den Fremden dienstbar geworden. Die deutschen Ströme, Rhein, Weser, Elbe und Oder, seien Gefangene fremder Nationen. Deutschlands Freiheit und Religion sei das Spielzeug für andere geworden. „Summa, alles verlor sich mit dem trefflichen Pommern, mit anderen so stattlichen Ländern.“ Die Schweden sind schuld an Deutschlands Erniedrigung und Verarmung. „Drum gedenke ein jeder, der kein schwedisches Brot essen will, was er für die Ehre des deutschen Namens zu thun hat, um sich gegen sein eigenes Blut und sein einst vor allen Nationen berühmtes Vaterland nicht zu versündigen. Gedenke, daß du ein Deutscher bist!“

Wegen der Schwierigkeit der Verpflegung verlegte der Kurfürst Ende Januar 1659 sein Hauptquartier von Ripen nach Wiborg in Jütland und verteilte die Truppen über einen größeren Raum. Auch die politische Entwickelung machte ihm Sorge: Polen war des Krieges überdrüssig, und eine einflußreiche Partei arbeitete auf einen Separatfrieden hin. Die französischen Diplomaten leisteten dem nach Kräften Vorschub. Die Bemühungen um eine kräftigere Aktion der Niederlande blieben erfolglos: die nötigen Schiffe zur Ueberführung seiner Armee nach den dänischen Inseln in Holland zu mieten gelang nicht. Die Generalstaaten glaubten das um so weniger zulassen zu dürfen, als sie eben mit England und Frankreich das Haager Konzert einleiteten, um Schweden zu retten und zwischen ihm und Dänemark ein Gleichgewicht herzustellen, das ihnen selbst den ausschlaggebenden Einfluß in den baltischen

Landen sicherte. So war das Frühjahr schon weit vorgerückt, als der Kurfürst die Operationen wieder aufnahm, um das blockierte Frederiksöbde zu stürmen. Doch entwich die Besatzung noch vorher nach Fünen. Am 26. Mai wurde die Stadt besetzt: kein schwedischer Soldat war mehr auf dem Festland. Aber mit dem Plan, sich nun Fünens zu bemächtigen, stieß der Kurfürst bei Montecuccoli auf schwere Bedenken: doch fügte sich dieser schließlich, als der Kurfürst die ganze Verantwortung für den Ausgang des gewagten Unternehmens auf sich nahm. Der Verlauf gab ihm eigentlich Recht. Denn nur mit äußerster Anstrengung wurde am 11. Juni die am Nordwestende Fünens am Ausgange der Koldinger Bucht, Middelfahrt gegenüber, gelegene kleine Insel Fanöe genommen. Nach Fünen selbst hinüberzukommen gelang nicht, obgleich auch Montecuccoli sein Bestes dabei that. Wohlvorbereitet wurde der Versuch am 8. Juli erneut. Unter dem Schutz einiger dänischer und holländischer Kriegsschiffe kamen sechzig mit Truppen der Verbündeten besetzte Transportschiffe bei Middelfahrt dem Ufer so nahe, daß man gewonnenes Spiel zu haben glaubte, als der Wind umsprang und sie in der entgegengesetzten Richtung auseinandertrieb. Auch in der Folge ließ die Unthätigkeit der niederländischen Flotte der schwedischen freie Hand: bald hier, bald da erscheinend, that sie den Verbündeten Abbruch und nahm und verbrannte schließlich die Fahrzeuge, die man zum Angriff auf Fünen von weither zusammengebracht hatte, als sie von einigen dänischen Kriegsschiffen ihrem Bestimmungsort zugeführt werden sollten.

Nun aber plante man in Wien die Eroberung Pommerns, wozu man 12 000 Mann stellen wollte. Unmöglich konnte der Kurfürst sie den Kaiserlichen allein überlassen. Daß auch Polen mitthun wollte, erschien vollends verdächtig. Wochenlang wurde im Lager zu Kolding über diese Frage verhandelt. Der Kurfürst meinte durch die Expedition jetzt „in ein Labyrinth gesetzt" zu werden. Als aber Anfang August der kaiserliche Feldzeugmeister de Souches meldete, daß er auf dem Marsche von Schlesien nach Vorpommern bis Frankfurt a. O. gekommen sei, fügte er sich unter erneuter Verwahrung und brach mit dem

größten Teil seiner Armee nach dem neuen Kriegsschauplatz auf. Denn bei der Schwäche der Schweden machte de Souches in Pommern schnelle Fortschritte. Er nahm Stadt und Insel Wollin, zwang Damm zur Uebergabe, zog die Oder aufwärts und überschritt sie bei Greifenhagen, um Stettin zu belagern. Ende September war auch der Kurfürst durch Mecklenburg im Anmarsch. Die schwedische Reiterei ließ ihn die Vorpommern begrenzende Recknitz ungehindert (26. September) überschreiten, tags darauf stürmte er die Schanze von Triebsee. Nun räumten die Schweden auch den „hochimportierenden Paß" bei Damm-garten an der Mündung der Recknitz, während auf dem rechten Flügel Sporck, der den südlichen Weg über Malchin eingeschlagen hatte, Loitz stürmte und von dort aus die Verbindung mit de Souches herstellte. Dagegen mißlang des Kurfürsten Versuch, sich des schwach besetzten Greifswald durch nächtlichen Ueberfall zu bemächtigen. Auch erwiesen sich die festen Plätze zum Teil besser besetzt, als man erwartet hatte; sie zu bewältigen fehlte es namentlich an Infanterie. Doch wurde Demmin von Sparr nach dreiwöchiger Belagerung zur Uebergabe genötigt. Bei Anklam erbeutete Sporck einen Transport von etlichen hundert Wagen und vielen Pferden, und der Kurfürst selbst nahm auf einem nächtlichen Streifzug gegen Stralsund hin eine schwedische Abteilung von 300 Mann mit vielen Offizieren und vornehmen Volontaires gefangen. Mit der Belagerung Stettins aber kam de Souches nicht vorwärts, teils wegen der Schwierigkeit der Verpflegung, teils wegen Mangels an Geschütz und Munition. Auch half die Bürgerschaft tapfer bei der Verteidigung: da die Wasserstraße von Wolgast offen war, rechnete sie sicher auf Entsatz. Dazu hieß es, Karl Gustav wolle in den noch behaupteten dänischen Plätzen nur Besatzungen lassen, um mit dem Gros seiner Armee von Wismar aus durch die Marken den Krieg in die kaiserlichen Erblande zu tragen Beim Kurfürsten aber regte sich ein Mißtrauen gegen die kaiserlichen Generale, welche die vertragsmäßige Uebergabe der pommerschen Eroberungen an ihn verweigerten. Erst Ende November kam es zu einem Vergleich, wonach die genommenen Orte gemeinsam besetzt werden sollten, auch das Quartier- und

Verproviantierungswesen geregelt und gegen ein Vorbrechen der Schweden von Wismar oder Stralsund her Vorsorge getroffen wurde. Um dieselbe Zeit aber mußte die Belagerung von Stettin aufgehoben werden. So bestätigte der Ausgang die Bedenken, die der Kurfürst gegen die Diversion nach Pommern erhoben hatte. Ohne Entscheidendes zu gewinnen, hatte man die glänzenden Aussichten daran gegeben, welche die Fortsetzung des Krieges auf dem dänischen Schauplatz geboten hatte. Unbefriedigt und mit geringer Zuversicht für den Fortgang legte der Kurfürst die Truppen in die Winterquartiere und kehrte selbst nach Berlin zurück.

Während er dort mit Montecuccolis Bevollmächtigten den Feldzugsplan für das nächste Jahr erwog, gelang es der englischen und niederländischen Diplomatie, die Frankreich geschickt seinen besonderen Interessen dienstbar machte, im Norden die Wendung zum Frieden herbeizuführen. In den Tagen, wo de Souches von Stettin abzog, hatte die niederländische Flotte unter de Ruyter Kaiserliche, Polen, Dänen und Brandenburger auf Fünen gelandet. Bei Odense in der Stärke von 10 000 Mann vereinigt, hatten diese die halb so starken Schweden am 24. November bei Nyborg vollständig geschlagen. Leicht wäre nun die tief erschütterte Macht Schwedens vollends zu brechen gewesen: aber die Niederländer fielen alsbald in die alte Unthätigkeit zurück. Andererseits war Frankreich nach Abschluß des Pyrenäenfriedens (7. November 1659) in der Lage, seinem Schützling durch eine Diversion am Rhein Luft zu machen, und die von ihm geleitete rheinische Allianz erklärte eine Ausbreitung des Krieges auf die linkselbischen deutschen Lande Schwedens nicht zulassen zu können, während der Kurfürst und Montecuccoli auch Bremen angreifen wollten. Der anfängliche Kriegseifer in Wien war daher bald verflogen. Die nie ganz abgebrochenen Friedensverhandlungen wurden eifriger aufgenommen. In Thorn begonnen, dann nach Warschau und endlich nach dem Kloster Oliva bei Danzig verlegt, kamen sie bald ganz unter die Leitung des französischen Gesandten de Lumbres, während Schweden und Dänemark ebenfalls unter französischer Vermittelung in Kopenhagen verhandelten. Daher gab den

Ausschlag auch nicht das von dem Kurfürsten erst so stark betonte Interesse Deutschlands, sondern das Frankreichs, welches durch die Erhaltung des künstlichen Gleichgewichts im Norden sich selbst dort den entscheidenden Einfluß sichern wollte. Darum schützte es Schweden auch in Pommern, zumal der Kurfürst erklärt hatte, bei dem Angriff auf Pommern nicht eine Eroberung, sondern nur den allgemeinen Frieden im Auge zu haben. Auch der Vorschlag, ihm statt Elbings Stettin zu überlassen, wurde abgewiesen, und eine günstigere Regulierung der Grenze in Hinterpommern so wenig wie die Ausschließung Schwedens von den hinterpommerschen Lizenten gewährt. Gern hätte der Kurfürst unter solchen Umständen das Friedenswerk irgendwie gestört und den Krieg fortgesetzt gesehen. Diese Möglichkeit lag vor, solange Karl Gustav lebte: unermüdlich war er thätig, die Mittel zur Weiterführung des Krieges zu beschaffen. Da raffte der Tod ihn nach kurzer Krankheit am 23. Februar 1660 dahin, und sein Wirken, das die nordische Welt hatte aus den Angeln heben sollen, ging schließlich fast spurlos vorüber. Das war von einem Punkte abgesehen das Ergebnis der Friedensschlüsse, die am 3. Mai 1660 zu Oliva und am 6. Juni in Kopenhagen unterzeichnet wurden. Während letzterer den Roeskilder Frieden teilweise aufhob und das Gleichgewicht zwischen Schweden und Dänemark auf lange Zeit sicherte, Deutschland aber nichts von dem zurückgab, was es 1648 Schweden überlassen hatte, gab Schweden in Oliva Polen das Königliche Preußen und Jakob V. von Kurland sein Herzogtum heraus und erhielt dagegen endgültig den bisher von ihm innegehabten Teil von Livland. Die baltische Frage war also auch jetzt noch nicht gelöst. Aber sie wurde vereinfacht und für Deutschland minder gefährlich durch die Bestätigung der in den Verträgen von Wehlau und Bromberg ausgesprochenen Souveränetät Preußens. Sie war hinfort der feste Punkt in den gärenden nordischen Verhältnissen: durch sie war Brandenburg-Preußen dort im Norden ein Glied des europäischen Staatensystems geworden.

III. Die Erweiterung der landesherrlichen Gewalt im Kampfe mit den Ständen. 1660—1666.

Als „sein bestes Kleinod" hat der Kurfürst nachmals die Souveränetät in Preußen bezeichnet und seinen Nachfolgern zur Pflicht gemacht, sie ungemindert zu bewahren. Durch sie erhob er sich hoch über seine deutschen Mitfürsten und gewann im europäischen Staatensystem eine im eigenen Recht wurzelnde Stellung. Daß er aber am Pregel und Memel keinen Herrn über sich hatte, beeinflußte auch seine Stellung im Reiche, wo er theoretisch Vasall des Kaisers war. So wenig das jetzt bedeutete: als souveräner Herzog in Preußen durfte er doch auch im Reich noch eine andere Sprache führen und als ein Faktor der Reichs- und zugleich der allgemeinen Politik geachtet werden. Freilich legten ihm die größeren Rechte auch größere Pflichten auf, zu deren Erfüllung er wieder an Land und Leute höhere Ansprüche stellen und ihrer Befriedigung sicherer sein mußte als bisher. So hat die preußische Souveränetät auf die gesamte Stellung des Kurfürsten eingewirkt, nicht überall in dem gleichen Maße und mit dem gleichen Ergebnis, wohl aber überall in der gleichen Richtung, dem Zuge der Zeit folgend in der der absoluten Monarchie.

Sehr allmählich war im Zeitalter der Renaissance der beschränkte politische Standpunkt des Mittelalters überwunden, der den Staat als Privatbesitz des Fürsten ansah und seine Funktionen nach privatrechtlichen Gesichtspunkten regelte. Seit man ihn als eine organisch entwickelte Einheit begriffen hatte, die das Gesetz ihres Lebens in sich selbst trägt, war der Begriff einer besonderen Staatsraison entwickelt, nach der die Wohlfahrt des Einzelnen dem Gedeihen der Gesamtheit nachzustehen hatte. Die Staatsraison allein sollte für alles staat-

liche Handeln die Norm geben: sie galt unbedingt. Im Gegensatz zu den bisher vorwaltenden Sonderinteressen der Landschaften und Stände wurde der Landesherr zum berufenen Vertreter des allein an dem Staatszweck gemessenen Gesamtinteresses: es wuchs ihm eine neue, wesentlich höhere Autorität zu, die, zunächst mehr moralischer und sozialer als eigentlich politischer Natur, allmählich zur Trägerin einer staatlichen Neuschöpfung wurde. Charakterisiert wurde diese durch das Streben nach Unumschränktheit der Staatsgewalt und die Fürsorge für den gemeinen Mann. Damit begegnete sie einem Bedürfnis der Zeit, welche die Beschränkung der mittelalterlichen Stände und ihrer Privilegien verlangte, und hatte die Sympathien der Massen für sich, die sich von altem Druck befreit und ihre wirtschaftliche Lage gebessert sahen. Auch im Staate des Großen Kurfürsten, wie er sich seit 1660 gestaltete, kehren diese Erscheinungen wieder, wenn auch weniger scharf ausgeprägt und nicht bis in die letzten Konsequenzen entwickelt. Die Gebiete, die es da zu einem Staat zusammenzufassen galt, waren ihrer Vergangenheit entsprechend nach wirtschaftlicher und sozialer Eigenart und politischer Denkweise der Bevölkerung zu verschieden, als daß sie solchem Einigungsstreben nicht hätten widerstreben sollen. Damit mußte man rechnen: sie nicht bloß beugen, sondern gleich brechen zu wollen, hätte im Widerstand Leidenschaften entfesselt, die den unfertigen Staat vollends auseinander sprengten. Von absoluter Herrschaft war daher auch nach seinem Sieg über die Stände für den Kurfürsten nirgends die Rede: er hat die ihm bisher gesetzten Schranken hinausgeschoben, aber nicht beseitigt, indem er die auswärtige Politik und die deren vornehmsten Rückhalt bildende Heeresorganisation von der Einsprache der Stände befreite. Der Entscheidungskampf zwischen den in der Vergangenheit wurzelnden Ständen und dem die Zukunft zu beherrschen berufenen absoluten Fürstentum blieb hier einer späteren Zeit vorbehalten. Sein erstes Stadium endete ein Kompromiß, indem beide Teile in etwas nachgaben, in anderem ihren Standpunkt behaupteten, keiner ganz Besiegter, aber auch keiner Sieger war.

Wenn das in den Marken ohne tiefgehende Erschütterung

erreicht wurde, so kam das wohl daher, daß die Prinzipien des absoluten Fürstentums dort durch Schwartzenberg dem Siege schon einmal nahe gewesen waren. Auch waren die Stände doch durch Schaden klug geworden. Dann kam ihre Uneinigkeit dem Kurfürsten zu gute. Die Städte hatten sich mit der neuen Ordnung ausgesöhnt, unter der sie wirtschaftlich gediehen, obgleich sie nach der Quotisationsordnung von 1594 von den Landeslasten zwei Drittel aufzubringen hatten. Der Widerstand der Ritterschaft, die nur ein Sechstel trug, galt weniger der Erweiterung der fürstlichen Gewalt als der drohenden Mehrbelastung. Auch begriff man noch nicht, daß die einzelnen Landesteile nicht bloß für sich zu sorgen, sondern für die Bedürfnisse der Gesamtheit einzutreten hätten. Darüber wurde auch hier lange Jahre oft mit scharfen Worten und leidenschaftlich erregt gestritten, doch kam man ohne gewaltsamen Zusammenstoß zu einer Verständigung, die den Forderungen des Staates Befriedigung sicherte, den Standpunkt der Stände aber wenigstens theoretisch noch gelten ließ. Ohne ausdrücklich aufgehoben zu sein, ruhte doch hinfort das vom Adel beanspruchte Recht, die Steuern immer erst von neuem zu bewilligen. Doch blieb die Art ihrer Erhebung noch jahrelang streitig. Während die Städte die Accise bald genug als die minder drückende Abgabeform annahmen, wollte die Ritterschaft die ihr angenehmere Kontribution beibehalten sehen. Der Kurfürst gab ihr schließlich nach, schritt dann aber auch um so strenger gegen jede unberechtigte Erstreckung der abligen Steuerfreiheit ein, indem er sie bloß bei urkundlich nachgewiesener Verleihung gelten ließ und alle zu den betreffenden Gütern erst hinzugekommenen Ländereien — wie z. B. die durch das beliebte „Bauernlegen" gewonnenen — davon ausschloß. Dank dieser friedlichen Entwickelung der ständischen Verhältnisse gewährten ihm die Marken einen sicheren Rückhalt auch in der sorgenvollen Zeit, wo seine landesherrliche Gewalt am Niederrhein und am Pregel schwer bedroht war und der Streit mit den Ständen sogar Verwickelungen mit dem Auslande befürchten ließ.

Während des langjährigen Streites der beiden „präten-

dierenden" Häuser hatten in Jülich und Cleve die Stände eine um so günstigere Stellung gewonnen, als weder Brandenburg noch Pfalz-Neuburg es mit ihnen verderben mochte und sowohl die Niederlande wie Spanien ein Interesse daran hatten, sie nicht einem „unumschränkten Dominat" verfallen zu sehen. Daher stieß die neue staatliche Ordnung dort auf ernsten Widerstand, obgleich eine gründliche Reform besonders not that. Denn ärger als anderwärts war in Cleve die Bevorzugung der höheren Stände auf Kosten der niederen. Adel und Klerus waren steuer- und abgabenfrei, die Städte aber wälzten die staatlichen Lasten zumeist auf das niedere Volk ab. In Cleve trugen sie ein Fünftel und in der Mark ein Sechstel der gesamten Steuern: vier Fünftel dort und fünf Sechstel hier trafen die bäuerliche Bevölkerung. Solche Ungerechtigkeit abzustellen war Fürstenpflicht. Schlimmer für das Fürstenrecht waren andere Punkte der Landesverfassung: ohne ständische Bewilligung durften keine Truppen gehalten werden, wohl aber die Stände sich ungeladen versammeln und zum Schutz der Landesprivilegien gemeinsam handeln. Gerade in einem so exponierten Gebiet konnte diese indirekte Anerkennung ständischen Widerstandsrechts verhängnisvoll werden. Deshalb erklärte der Kurfürst 1660, nach Anerkennung der preußischen Souveränetät, diese Bestimmungen für aufgehoben, ließ aber gleichzeitig die übrigen Landesrechte neu verzeichnen und den Ständen vorlegen. Ein Sturm der Entrüstung brach los: der Einmarsch eines Regiments — wiederum gegen die Landesprivilegien — steigerte ihn. Der Landtag, der Ende September zu Cleve zusammentrat, verwarf alle Regierungsvorlagen und forderte Aufklärung über die Truppenbewegungen. Doch verfehlte der ernste, von fester Entschlossenheit zeugende Ton, den der Kurfürst in einem Mitte Oktober veröffentlichten Edikt anschlug, nicht seines Eindrucks: er entband alle Beamten von dem auf die kassierten Rezesse geleisteten Eide, beteuerte seine ehrlichen Absichten, sprach aber auch die Erwartung aus, es werde sich niemand unterstehen — wie es wohl früher geschehen — gegen seine Befehle „in oder außer dem Reich" Klage zu erheben: sonst werde er solche „Remedierungen" eintreten lassen, daß man

solche „unziemliche Wege“ vergessen und ihm den gebührenden Respekt erweisen werde. Schon auf dem Landtage, der Ende Oktober 1660 in Duisburg eröffnet wurde, war die Opposition maßvoller. Der Statthalter, Moritz von Nassau, zeigte, wie ein Teil der aufgehobenen Bestimmungen dem Landesherrn in Zeiten der Not durch die rebellischen Stände abgezwungen, mit seiner Würde unvereinbar und im Notfall gewaltsam zu beseitigen sei. Solche Mahnungen wirkten, und da von den Führern der Opposition viele aus Furcht fern geblieben waren, hatten die durch die Ehre des Heerdienstes für den Kurfürsten gewonnenen Adligen und die der Versöhnung Geneigten gewonnenes Spiel. Am 3. November nahm der Landtag, den die oppositionelle Minderheit verließ, die Vorlage an. Als der Kurfürst zu Beginn des Jahres 1661 selbst ins Land kam, ordnete ein neuer Rezeß die Landesverfassung noch mehr zu seinen Gunsten, indem er Polizei- und Gerichtswesen besserte, die Lasten gleichmäßiger verteilte und die Verwaltung durch Einsetzung besonderer Regierungskollegien regelte, auch etliche gemeinnützige Unternehmungen, wie die Schiffbarmachung der Ruhr und Lippe, in Aussicht stellte. Die Stände bewilligten ihm für das nächste Jahr 110 000 Thaler.

Die Herstellung des inneren Friedens entzog auch den auswärtigen Gegnern des Kurfürsten die Handhabe zu den bisher immer erneuten Umtrieben gegen seine Herrschaft. Der Pfalz-Neuburger hatte dort nun nichts mehr zu hoffen. Das ermöglichte die endliche Begleichung des seit zwei Menschenaltern schwebenden Erbstreites und eine befriedigende Lösung der so gefährlichen religiösen Frage. Sie lag auch im Interesse des Reichs, zumal der Streit Frankreichs Absichten auf die spanischen Niederlande Vorschub leistete. Daher dachte man in Wien auch nicht mehr daran, das zwischen den prätendierenden Häusern getroffene Abkommen anzufechten und die endgültige Regulierung der Sache für sich in Anspruch zu nehmen. Endlich führte noch ein anderes Moment den Kurfürsten und Philipp Wilhelm von Pfalz-Neuburg zusammen. Der Pfalzgraf bewarb sich um die polnische Krone; sein Gegner war ein Parteigänger Frankreichs: Grund genug

für den Kurfürsten, für die Pfalz-Neuburger Kandidatur einzutreten.

So kamen im Juni 1660 Bevollmächtigte beider Teile in Cleve zusammen, für den Kurfürsten Otto von Schwerin und der hinfort mehr hervortretende Franz Meinders, einst der Sekretär und als solcher der Schüler und Gehilfe Waldecks, ein Mann von ungewöhnlicher Weite des Blicks, Kühnheit des Denkens und Zuversicht des Handelns. Am 10. Juni unterzeichneten sie den Vertrag über die Hilfe, die Brandenburg dem Pfalzgrafen zur Betreibung seiner Königswahl in Polen leisten sollte. In Polen, beim Kaiser und bei Schweden sollte es dafür eintreten. Die legitim erfolgte Wahl des Pfalzgrafen zu verteidigen, stellten beide Fürsten zu gleichen Teilen zehn-, zwölf- oder nach Bedarf noch mehr tausend Mann, die der Pfalzgraf-König führen sollte. Dafür versprach dieser die Rechte und Freiheiten der Evangelischen in Polen zu achten, die zwischen Polen und Brandenburg geschlossenen Verträge getreulich zu erfüllen und die fränkischen Hohenzollern zur Nachfolge in Preußen zuzulassen, wenn nicht anders unter Erneuerung des Lehensverbandes. Endlich sollte er bei Kurköln die Ueberlassung des festen Recklinghausen an den Kurfürsten auswirken, das die Verbindung zwischen Cleve und Mark sicherte, bis dahin aber ihm selbst ein entsprechendes Stück von Berg einräumen. Solche Gemeinschaft des Handelns war nur möglich nach endgültiger Begleichung aller Differenzen älteren Ursprungs. Sie erfolgte durch eine Reihe von Verträgen. Obenan stand der Erbvergleich vom 9. September 1666, der unter Aufrechterhaltung der Zusammengehörigkeit von Jülich und Cleve, zu deren Ausdruck beide Fürsten Titel und Wappen davon führen sollten, jedem Teile den ungestörten Fortbesitz der bisher innegehabten Gebiete zusicherte: Brandenburg behielt Cleve, Mark und Ravensberg, Pfalz-Neuburg Jülich und Berg. Ravenstein sollte von zehn zu zehn Jahren alternierend dem einen und dem anderen zustehen. So vermittelte der Vertrag glücklich zwischen der historischen Einheit der Lande und den konkurrierenden dynastischen Ansprüchen, über die bei der Schwierigkeit der Rechtsfrage zu entscheiden unmöglich war. Er that es unter Vor-

behalt der Rechte jedes Einzelnen: so stellte er die großen Interessen sicher, die dort für Deutschland auf dem Spiel standen. Nebenverträge regelten die Fragen der Religion und der geistlichen Güter, die Stellung der noch mit niederländischen Garnisonen belegten Städte, die Abfindung der übrigen Prätendenten und die Führung des Jülich-Cleve zustehenden Votums auf Reichs- und Deputationstagen und anderes mehr. Durch einen Vertrag vom 17. September verpflichteten sich beide Fürsten, auch wenn der Kaiser die Bestätigung des Vergleiches verweigerte, daran festzuhalten und etwa widersprechende oder ungehorsame Stände zum Gehorsam zwingen zu helfen. Auch hier also wich der Kurfürst einen beträchtlichen Schritt zurück gegen die Stellung, die seine Vorgänger hatten behaupten wollen. Aber was bedeutete das gegen die politische, man möchte sagen moralische Stärkung, die ihm der Friede mit dem Pfalz-Neuburger brachte! Hinfort hat Philipp Wilhelm trotz seines katholischen Eifers ihm als treuer Freund, Nachbar und Vetter zur Seite gestanden. Das lähmte auch die Umtriebe der katholischen Partei gegen Brandenburg und deckte dieses gegen die Ansprüche Kursachsens und Pfalz-Zweibrückens. Daß der Kaiser dem Erbvertrag die Konfirmation versagte, konnte ihm nun gleichgültig sein.

Zum Austrag gebracht wurde der Prinzipienstreit zwischen fürstlichem Recht und ständischen Ansprüchen in Preußen. Auch auf diesem Gebiete ist die Zukunft des werdenden Staates dort entschieden worden. Denn indem er sich mit dem Ringen alter nationaler und konfessioneller Gegensätze verband, erlangte der Kampf um die Souveränetät in Preußen eine Bedeutung, welche über die der zunächst und scheinbar allein umstrittenen Landesinteressen weit hinausreichte und die internationalen Beziehungen der unter den Hohenzollern vereinigten Gebiete maßgebend beeinflussen mußte. Die Dinge lagen in Preußen eben anders als in der Mark und in Cleve. Durch die polnische Lehenshoheit nahm es eine eigentümliche Doppelstellung ein: gegen unbequeme Zumutungen des Herzogs suchten die Stände Schutz bei der Republik, und dieser entzogen sie sich unter Berufung auf ihre Pflichten gegen jenen. Dieser Dualismus er-

laubte dem Adel in Preußen sowohl wie in Polen Aemter zu erwerben und sich je nachdem bald der einen und bald der anderen Nationalität zuzurechnen: mancher von den Herren spielte zu Warschau gespreizt den Polen, während er daheim bescheiden in deutscher Tracht einherging. Uebler war, daß daraufhin Prozesse in Menge durch Appellation an das polnische Tribunal gebracht wurden. Nach polnischem Vorbild sah der preußische Adel gemäß dem Indigenatsrecht die Landesämter und Domänen als ihm vorbehalten an, hatte auch durch die Art, wie er die gutsherrliche Polizei und Gerichtsbarkeit übte, fast polnische Zustände herbeigeführt. Auch war das preußische Bürgertum, obgleich es sich ihnen alsbald ehrlich angeschlossen hatte, von den Hohenzollern zu Gunsten des Adels zurückgesetzt worden, und als es deshalb oppositionell wurde, von Georg Wilhelm wie zur Strafe durch die neuen Zölle geschädigt — ein Fehler, der sich schwer gerächt hat. Zu der politischen und wirtschaftlichen Unzufriedenheit kam dann der konfessionelle Eifer des Luthertums. Besonders wirkte das alles in der Dreistadt Königsberg. Dieses blickte neidisch auf das benachbarte Danzig und wäre im nordischen Krieg gern, wie jenes zweihundert Jahre früher, zwischen den streitenden Mächten zu republikanischer Unabhängigkeit aufgestiegen. Noch 1644 hatte es trotz ausdrücklichen Verbots mit dem Auslande verhandelt und 1656 eigene Truppen aufgestellt: daß der Kurfürst diese kurzweg den seinen einfügte, galt als kränkende Demütigung. Auch war es an dem Komplott beteiligt, das den Kurfürsten 1657 zur Zeit seines Uebertritts zu Schweden mit Hilfe Polens und des Kaisers um Preußen bringen sollte.

In der folgenden Kriegsnot freilich hatten Adel und Städte verfassungswidrige Maßregeln des Kurfürsten ruhig hingenommen, die ausgeschriebenen Steuern bezahlt, obgleich sie nicht bewilligt waren, nur mit dem Vorbehalt, daß damit kein Präjudiz geschaffen sei. Gelegentlich aber entlud sich ihr Unmut doch in lauten Klagen über die verlorene Freiheit. Auch erwarteten sie, daß mit dem Frieden der verfassungsmäßige Brauch hergestellt werde. Da bewilligte Polen dem Kurfürsten zu Wehlau die Souveränetät. Sofort protestierten die Stände

bei Johann Kasimir, beschwerten sich auch über die bisher ruhig hingenommenen Verfassungswidrigkeiten. Dennoch wurde der Wehlauer Vertrag zu Oliva bestätigt, ohne daß man sie darum gefragt hätte. „Wie Aepfel und Birnen," klagte der Schöffenmeister des Kneiphof Königsberg, Hieronymus Rohde, „seien sie von Polen verhandelt worden." Die große Menge aber machte man glauben, Souveränetät bedeute einfach die Verewigung des rechtlosen Zustandes, den man während des Krieges getragen hatte, jetzt aber nicht länger dulden wollte. Der Kampf gegen sie erschien demnach als ein solcher für Recht und Freiheit.

Die Handhabe bot der Olivaer Friede selbst: denn er stellte die dem Lande zugesagte Erhaltung seiner Privilegien unter polnische Garantie, ließ auch eine gewisse Verbindung Preußens mit Polen bestehen, da nach dem Erlöschen des hohenzollernschen Mannesstammes Polens Rechte wieder aufleben und die Stände daraufhin diesem die Eventualhuldigung leisten sollten. Auch sollten die Verträge, auf denen die Souveränetät beruhte, bei jedem Thronwechsel bestätigt werden. Konnte also die Bestätigung nicht auch einmal versagt werden? Danach war weder der Friede von Oliva noch der Bromberger Vertrag ein Definitivum. Und nun dauerte der während des Krieges notgedrungen geduldete Ausnahmezustand im Frieden fort mit Einquartierung, Naturallieferungen und Erhebung nicht bewilligter Steuern. Man beschwerte sich in Warschau; aber bei den Konferenzen über die Friedensexekution, die Ende 1660 zu Krakau stattfanden, verlangten die Polen vergeblich Garantien für die Aufrechterhaltung der vertragsmäßig verbrieften Freiheiten der preußischen Stände.

Auch sonst intrigierten die preußischen „Malcontenten". Von Königsberg aus bestärkte man Elbing im Widerstand gegen die Uebergabe an Brandenburg. Man forderte Polen zum Eingreifen auf: es möge Gott fürchten, schrieb man nach Warschau, und sie nicht länger „unter böser Leute Gewalt" lassen. Ja, es sollte dort ein mit sechs — natürlich gewichtigen — Namen unterzeichnetes Schreiben eingelaufen sein: beim Erscheinen auch des kleinsten polnischen Corps werde der Aufstand

ausbrechen und auch Königsberg ihm zufallen, trotz der drohenden Citadelle — dem Pregel abwärts erbauten Fort Friedrichsburg —, denn die jetzige Tyrannei länger zu tragen sei unmöglich. Als einer der Unterzeichner dieses landesverräterischen Schriftstücks wird Generallieutenant Albrecht von Kalckstein genannt. Versehen durfte man sich dessen wohl von ihm, einem echten Repräsentanten des zuchtlosen Adels, der nach oben den Freiheitshelden spielte, nach unten roheste Tyrannei übte und zu beidem jedes Mittel für erlaubt hielt. Was er im großen Kriege durch Werbung und Führung von Regimentern erworben hatte, namentlich 1623—1636 in sächsischem Dienst, wo er zum Generallieutenant aufstieg, hatte er in Gütern in der Niederlausitz und in Preußen angelegt. Hier war er bald einer der Wortführer der Malcontenten und spielte bereits in der Verschwörung von 1657 eine Rolle. Den Kurfürsten und die Regimentsräte aber scheint er lange getäuscht zu haben: sie bedienten sich seiner Vermittelung bei der ständischen Opposition, bei der er erst recht gegen die Regierung hetzte. Der Führer der bürgerlichen Opposition, die mehr wirtschaftliche als eigentlich politische Gründe bestimmten, war Hieronymus Rohde, der Schöffenmeister, das heißt Leiter der Beratungen und Abstimmungen der Bürgerschaft der Stadt Königsberg Kneiphof — („er sammelt," sagt er selbst, „die vota der Gemeinde in negotiis publicis und bringt sie auf das Rathaus vor den Rat"). Er war Kaufmann, hatte aber, wie es scheint, sein Vermögen verloren. Vielleicht trieb ihn das in die Agitation, in der er schließlich ganz aufging. Daß er Katholik war, möchte man vermuten, da sein Bruder Provinzial des Jesuitenordens für Preußen war. Als Edler Rothenstein-Roth hatte er sich in den polnischen Adel erheben lassen.

Seit Anfang 1661 wuchs die Gärung: das „Querulieren" nahm kein Ende. Derber Abweisung ungeachtet, verlangte die Bürgerschaft von Königsberg wiederholt in unehrerbietigem Tone Abschaffung der Accise: sonst, so erklärten die Herren, würde ihnen nichts übrig bleiben, als sich den Tod zu geben. Im Februar versammelten sich etliche hundert Edelleute auf dem Altstädtischen Rathaus, um ihre Beschwerden durch Abgeordnete

in Warschau vorzubringen. Mit Mühe hinderten das die Oberräte, indem sie den Kurfürsten bestimmten, einen Landtag auszuschreiben. Die Geistlichkeit demonstrierte, indem sie das Kirchengebet für den Polenkönig als Landesherrn beibehielt. Sein Verbot beklagte sie als einen Eingriff in ihre Freiheit, der schlimmer sei als alles, was die lutherische Religion seit Jahren zu leiden habe. Aber so entschlossen man jede Kürzung der Landesrechte abwenden wollte, so wenig war man über den Weg dazu einig. Die einen sprachen den Verträgen jede verpflichtende Kraft ab, weil sie ohne verfassungsmäßige Mitwirkung des Landes geschlossen seien. Noch sei man, so erklärten die anderen, von Polen seines Eides nicht entlassen und dürfe schon deshalb die vom Kurfürsten auf Grund der Souveränetät erstrebte neue Ordnung nicht annehmen: die Bekanntmachung der Verträge von den Kanzeln verpflichte niemand. Schon daß man sich nicht gleich an Polen wende, sondern die Sache vor den Landtag bringe, sei eine ungewöhnliche Mäßigung. Von Polen erwarteten die einen bloß moralischen Beistand, die anderen thätige Hilfe. Die Lage wurde dadurch eigentümlich kompliziert, daß eine Partei in Polen den Kurfürsten selbst auf den Thron zu erheben dachte, während die Königin Marie Luise einem Parteigänger Frankreichs die Nachfolge sichern wollte. Der Kurfürst wies die Sache nicht einfach ab: trotz der feierlichen Verpflichtung, die er in dieser Sache gegen Wolfgang Wilhelm von Pfalz-Neuburg eingegangen war, verfolgte er die sich hier bietende Aussicht mit ungewöhnlichem Eifer. Den Konfessionswechsel zwar verweigerte er unbedingt, erklärte aber sonst alles für die Erwerbung der Krone thun, ja selbst die preußische Souveränetät aufgeben zu wollen, falls Gott ihn ohne Glaubenswechsel zum polnischen Thron prädestiniert habe. Hinfort war die Königin, die sich zu Bromberg besonders um seine Freundschaft bemüht hatte, seine eifrigste Gegnerin: auch die preußischen Malcontenten konnten auf sie rechnen, während ihm Polen gegenüber die Thronkandidatur eine Reserve auferlegte. Da ihn der Konflikt mit den Ständen in Cleve festhielt, betraute er mit der Führung der schwierigen preußischen Sache den bewährten Otto von Schwerin, dessen bei aller

Energie milde und gewinnende Persönlichkeit dort besonders am Platze schien.

Auf dem Ende Mai eröffneten Landtage handelte es sich mit der Anerkennung der Souveränetät zugleich um Durchsetzung eines umfassenden Reformprogramms, das jenem deutbaren und so viel mißdeuteten Worte den rechten Inhalt und praktische staatliche Wirkung geben sollte. Die Verwaltung der landesherrlichen Güter sollte gebessert und strenger Kontrolle unterstellt werden. Dazu verlangte der Kurfürst von den Ständen eine genaue Uebersicht aller Einnahmen und Ausgaben und Bericht über die Lage der verpfändeten Domänen, um die Landesmittel, die bisher in die Taschen der im Besitz der einträglichen Aemter befindlichen Adligen geflossen waren, für Landeszwecke verwenden zu können. Einen solchen Bericht einzureichen erklärten die Stände für Verrat an der Freiheit, zu deren Schutz „man etwas wagen" müsse, da sonst ein „mehr als türkisches Joch" drohe. In umfänglichen Denkschriften begründeten sie die Ablehnung der Souveränetät: durch sie werde das Land „vom mediato dominio und aus seinen Fundamentalgesetzen und in immediatum dominium als in sein wahrhaftiges oppositum und in eine ganz andere Verfassung gesetzt". Die Königsberger drangen auf Entsendung von Deputierten nach Warschau und an den Reichstag, um auch die Abschaffung der Accise zu erwirken. Die kleinen Städte dagegen zeigten sich von Anfang an gefügig, und auch die adligen Herren verfolgten doch andere Ziele als die Bürger der Hauptstadt. Während jene den gewinnreichen Anteil an der Regierung behaupten wollten und seine mit der Souveränetät drohende Kürzung als den Untergang der Freiheit und des Vaterlandes verschrieen, bekämpften diese vor allem den Steuerdruck und sträubten sich gegen die Souveränetät nur, weil sie diese als Ursache davon ansahen. Mußte Schwerin doch von einem der angesehensten Ratsherren der Altstadt unter Beteuerung aller Treue und Opferwilligkeit vernehmen, eine Haussuchung bei den Bürgern würde nichts als „pur lautere Armut" ergeben: außer den kurfürstlichen Dienern, namentlich den bei der Accise und Zoll angestellten, seien sie ohne Nahrung und Bettler. Hier war

also eine Verständigung möglich, zumal die Bürgerschaft mit Ausnahme der Rohde folgenden Extremen gut deutsch war. Dagegen hielt der Adel die Blicke nach Warschau gerichtet und stand mit dem Hofe in regem Verkehr. Daher hatte auch die von Schwerin empfohlene Wiederholung des die Souveränetät deklarierenden königlichen Diploms keinen Erfolg. Reichten doch sogar die Prediger der drei Städte eine „leichtfertige Schrift“ ein, die Schwerin ihnen durch die Oberräte mit einem Verweis zurückgeben ließ: der Schutz der Privilegien sei ihnen nicht aufgetragen. Auch die Universität meinte sich äußern zu müssen.

Trotz wochenlanger Verhandlungen auf dem Landtag kam man sich nicht näher. Gerade worauf die Stände beharren zu müssen erklärten, war und blieb für den Fürsten unannehmbar. Wollte er Ruhe in Preußen haben, so mußte der Rekurs an Polen wegfallen und die Armee nicht unter einem ständischen Landesobersten, sondern unmittelbar und unbedingt zu seiner Verfügung stehen: dafür stellte er, zeige man sich sonst willfährig, eine weitere Reduktion und die Einsetzung eines besonderen preußischen Kanzlers in Aussicht. Solche halben Zugeständnisse aber waren nicht geeignet, die Malcontenten zu befriedigen: sie bestärkten sie höchstens in dem Glauben, doch noch alles durchsetzen zu können. Die Leidenschaften erhitzten sich, die Aussicht auf Verständigung schwand: Anfang August wurde der Landtag, angeblich wegen des Ausbruchs der Pest in Königsberg, vertagt. Die Opposition aber ging auf dem betretenen Wege weiter: dem Bischof von Ermeland bot sie 100 000 Thaler, wenn er beim König den Widerruf der Souveränetät und die Belassung der Appellation durchsetzte. Der Königin versprach sie sogar das Doppelte zu zahlen. Weitaus die bedenklichste Thätigkeit aber entfaltete in dieser Richtung des Generallieutenant von Kalckstein älterer Sohn, der Oberstlieutenant Christian Ludwig von Kalckstein, der, wenn auch, wie es scheint, mehr in Verfolgung privater Ziele, im Zentrum aller Intriguen stand, mehr zu seinem eigenen als seines Landes Verhängnis, um dafür schließlich vielleicht über die erwiesene Verschuldung hinaus zu büßen und dafür ebenfalls zu

Unrecht mit dem Glorienschein eines Märtyrers umgeben zu werden. Um 1630 geboren und durch gute Erziehung zu gediegener Bildung gelangt, war er jung unter Turenne in französische Dienste getreten, seiner Zuchtlosigkeit wegen aber weggeschickt worden. In polnischem Dienste 1654 zum Oberstlieutenant aufgestiegen, wurde er 1655 von Waldeck mit der Werbung eines Regiments in Preußen betraut, wohl aus Rücksicht auf seinen einflußreichen Vater. So machte er den Krieg gegen Schweden mit, erhielt zum Lohn und als Ersatz für die aufgewandten Kosten die Exspektanz auf die Herrschaft Preußisch-Eylau und statt deren im August 1655 die Hauptmannschaft Oletzko. Durch die Ehe mit einer Tochter des Obermarschalls von Kittlitz wurde er den ersten Familien des Landes verschwägert, erwarb das dem väterlichen Gute Knauten benachbarte Romitten und die verpfändete Domäne Karschau, war also auf dem Wege, als preußischer Landjunker ein Leben zu führen, in das höchstens die ständischen Händel und die Landtage Abwechselung brachten. Da liefen gegen ihn Denunziationen wegen Unterschleifs bei der Verwaltung von Oletzko ein und wegen Mißhandlung der Unterthanen. Eine Untersuchung wurde eingeleitet, er von der Hauptmannschaft suspendiert. Durch die Reduktion verlor er sein Kommando und geriet mit dem Vater in Streit, den sein ihm verfeindeter Bruder Christoph Albrecht geflissentlich nährte. Mit Erlaubnis des Kurfürsten ging er 1661 nach Polen, wo ihm Fürst Sapieha den Befehl über seine Leibwache übertrug. Ob das nur ein Vorwand war und er gleich als Vertreter der Malcontenten nach Warschau ging, bleibt zweifelhaft. Doch scheint er erst durch die weitere Entwickelung der Verhältnisse zu dieser Wirksamkeit geführt, ein eigentlich politisches Verschulden ihm auch erst viel später zum Vorwurf gemacht zu sein. Immerhin mag er, selbst durch die neue Ordnung geschädigt, der herrschenden Stimmung lebhaft Ausdruck gegeben haben. Da aber genügten schon „unbedachte Rapporte und harte Klagen“, als wenn der Kurfürst ihm zu viel gethan hätte, um diejenigen zu animieren, „die sich über dergleichen Diskurse kitzeln“. Zudem hätte der Sieg der Malcontenten ihn von der lästigen Untersuchung be-

freit und ihm finanziell geholfen. So gingen persönliche und politische Motive bei ihm durcheinander. Anfangs überwogen wohl die ersteren und waren letztere nur Mittel zur Erreichung auf anderem Gebiete liegender Zwecke.

Die kurfürstlichen Gesandten in Warschau arbeiteten vor allem darauf hin, daß die polnische Regierung die Beschwerden der Preußen wenigstens nicht amtlich annahm, bewogen auch die Königin, ein abmahnendes Schreiben an die Malcontenten zu richten. Zudem erbot sich der Kurfürst den preußischen Ständen, „in allen ihren billigen und befugten Desideriis vollkommene Satisfaktion zu geben“. Wäre er nur der preußischen Beamten sicher gewesen! Aber die Oberräte hielten vielfach zur Opposition, um an Autorität nichts einzubüßen, und wünschten namentlich die Statthalterschaft abgeschafft zu sehen. Trotzdem nahm der ruhige Schwerin die Sache nicht tragisch: er meinte die irrigen Vorstellungen, welche die Agitatoren von den angeblichen Folgen der Souveränetät verbreitet hatten, widerlegen zu können. Am liebsten hätte er das so arg mißdeutete Wort, hinter dem die leicht erregbare Phantasie der Menge das Schrecklichste vermutete, überhaupt vermieden. Erschienen doch eines Tages über hundert Personen auf dem Schlosse und ergingen sich in heftigen Reden gegen die Souveränetät: wer am meisten auf sie schimpfte, wurde am höchsten gepriesen. Hinfort, hörte man, werde es in Preußen so gehen wie in Frankreich, wo der souveräne König den ersten Besten vor sich bescheide, nach seinem Gelde frage und, wenn er unrichtige Angaben mache, köpfen lasse, um sein Vermögen einzuziehen. Solch thörichten Reden trat Schwerin durch „tägliche Explikationen“ entgegen, indem er Adlige und Bürger, Ratsherren und Handwerker zu sich beschied. Dabei fand er mehr Entgegenkommen, als er erwartet hatte: selbst der Rat des Kneiphof bekannte, nur aus Furcht vor den Zünften den Vergleich bisher abgelehnt zu haben. Diese standen ganz unter dem Einflusse Rohdes, der polnischer Hilfe sicher zu sein behauptete, aber auch geheime Beziehungen zu den Schweden in Elbing und Marienburg unterhalten sollte. Dennoch versuchte Schwerin, der an der Möglichkeit eines gütlichen Ausgleichs

festhielt und den Kurfürsten immer wieder zu Geduld und Langmut mahnte, auch den Schöffenmeister zu bekehren. Aber ihre Unterredung auf dem Schloß nahm einen sehr unliebsamen Verlauf: Rohde erging sich in so heftigen Reden, daß Schwerin anfangs zweifelte, „ob der Mensch sanae mentis oder aufs wenigste von Branntwein erfüllt wäre". Vergeblich beteuerte Schwerin des Kurfürsten gute Absichten. Daß er ihn durch Verheißung von allerlei Vorteilen zu bestimmen suchte, seinen Einfluß auf die Bürgerschaft für Anerkennung der Souveränetät geltend zu machen, scheint Rohde als ehrenrührig empfunden zu haben. Auch nachdem Polen, so meinte er, die Preußen ihres Eides entlassen, sei die Gültigkeit der Souveränetät abhängig von der Anerkennung durch die Stände. Er beschuldigte die Hohenzollern des Undanks gegen die Städte, die ihnen zur Nachfolge in Preußen verholfen hätten; auch seine Vorfahren hätten den neuen Landesherrn getreulich und mit Auszeichnung gedient. Aber noch immer, so hielt er dem ob solcher Rede bestürzten Schwerin vor, gelte das Wort, das, wie die Akten auf dem Kneiphofschen Rathause auswiesen, einst ein preußischer Edelmann, Herr Otto von der Gröben, gesprochen habe, „es sei kein Potentat so fromm, er hätte einen Tyrannen im Busen". Erregt zählte er all das Unrecht auf, das die Städte und namentlich Königsberg von dem kurfürstlichen Hause erlitten, und ihre schwere Mißhandlung durch die gegenwärtige Regierung: der Kurfürst habe sie erst arm gemacht, nun wolle er sie zu Sklaven machen. So erweiterte die Unterredung die Kluft und veranlaßte die Leidenschaften steigernde Streitigkeiten. Denn nachdem er von Rohdes unbedachten Aeußerungen einmal amtlich Notiz genommen und dem Kurfürsten berichtet hatte, konnte Schwerin sie nicht unverfolgt lassen. Würde aber eine von den berufenen Instanzen dazu die Hand bieten und nicht vielmehr durch Verweigerung des Einschreitens der Regierung neue Verlegenheiten bereiten? So trat statt der großen politischen Prinzipienfrage eine persönliche Angelegenheit in den Brennpunkt des allgemeinen Interesses, was um so übler war, als Rohdes Worten eine gewisse Berechtigung nicht bestritten werden konnte, und er nur ausgesprochen hatte, was weite Kreise dachten.

Jedenfalls war die Lage nicht gebessert, als im Oktober 1661 der Landtag in Bartenstein wieder zusammentrat. Schwerin erklärte, in Anwesenheit Rohdes nicht verhandeln zu können, und verlangte dessen Ausweisung noch vor Mitteilung der kurfürstlichen Proposition: der Landtag sträubte sich. Der Kurfürst forderte von der Stadt Königsberg die Abberufung des Schöffenmeisters. Die Stadt nannte es eine unerhörte Zumutung, daß jemand für eine private Aeußerung ohne gerichtliches Verfahren aus einer Körperschaft gestoßen werden solle, in der er doch anderer Rechte zu vertreten habe, und bat die Stände, für den Schöffenmeister einzutreten. Das erbitterte den Kurfürsten: am liebsten hätte er Rohde sofort verhaften und zu schneller Aburteilung nach Memel führen lassen. Auch dem Generallieutenant von Kalckstein, der die zum Nachgeben geneigten Adligen schimpfte und bedrohte, wünschte er, „das Maul gestopft zu sehen". Wirklich wurde Kalckstein, der allgemein unbeliebt, verwiesen. Es fehlte auf dem Landtage nicht an Leuten, die, einverstanden mit den von Rohde verfochtenen Prinzipien, doch die Mittel verwarfen, durch die er ihnen zum Siege verhelfen wollte. So beruhigten sich die Stände, als ihre Verwendung für Rohde vergeblich blieb: auch sie fanden seine Reden unverantwortlich und empfahlen den Königsbergern seine Abberufung. Das thaten diese denn auch schließlich „zu mehrerer Verhütung alles Unglimpfs und damit wegen Suspendierung der consiliorum publicorum diese Stadt nicht Not noch Schaden leiden möchte".

Das war ein erster Erfolg Schwerins. Nur ließ sich der Kurfürst daran nicht genügen, sondern wollte Rohde um jeden Preis unschädlich gemacht sehen. Er traute dem Agitator, der den Mund sehr voll zu nehmen liebte, gefährlichere Pläne und wirksamere Verbindungen zu, als er in Wahrheit hatte. So gab er den Malcontenten ein neues Agitationsmittel in die Hand zu einer Zeit, wo beim endlichen Eintritt in die materielle Behandlung der kurfürstlichen Vorlagen eine Spaltung der Opposition drohte, die, geschickt benutzt, die Lage der Regierung wesentlich bessern konnte. Den Verfassungsentwurf freilich lehnte der Landtag einmütig ab und verlangte Aner-

kennung der alten Landesrechte. Dazu brachten die Königsberger eine Menge besonderer Gravamina vor, zumeist wirtschaftlicher Natur, engherzigem Zunftgeiste entsprungen, der jede Konkurrenz ausschließen und die Konsumenten der Ausbeutung durch die allein zum Betriebe ihres Gewerbes berechtigten Zunftgenossen überantworten wollte. Sie betrafen die Zunahme der Schotten, Franzosen und anderer Fremden im Hausierhandel, besonders auf den Freiheiten — den der städtischen Gerichtsbarkeit entzogenen Bezirken: namentlich Schneider, Schuster und Kürschner forderten Schutz gegen die „freiheitlichen Meister". In diesen Kreisen wurzelte Rohdes Macht. Ganz verschiedener Meinungen waren die Stände über die Art, wie die geforderten finanziellen Mittel beschafft werden sollten. Während die Städte die Accise, die noch forterhoben wurde, obgleich sie nur bis Mitte September 1661 bewilligt war, beseitigt sehen wollten, meinte der Adel, mit ihr lasse sich wohl auskommen, und empfahl ihre nur vorläufige Aufhebung, um sie verbessert wieder einzuführen. Das war in den Augen der städtischen Opposition Abfall und Verrat, über die das Urteil „der ehrbaren Welt und späteren Posterität" überlassen werden müsse. Aber da sie nun in der Steuerfrage auf den Adel nicht mehr rechnen konnte, hielt sie für klug, in Sachen der Souveränetät dem Kurfürsten einen Schritt entgegenzukommen. Ihre Mehrheit erklärte, sich in die Zeit schicken und annehmen zu wollen, was doch nicht mehr zu ändern sei, daher auf die von den oberen Ständen formulierte Kapitulation hin, die sie in einigen Punkten noch änderte, den Kurfürsten im Namen Gottes als ihren natürlichen Oberherrn anzuerkennen, sobald sie durch gewisse autoritate comitiali bestätigte Kommissare von der polnischen Krone auf öffentlichem Reichstag ihres Eides entlassen wäre. In Königsberg freilich dauerte die Spaltung fort: während die Räte und Gerichte nebst den Gewerken der Schneider und Riemer des Löbenicht die gleiche bedingte Anerkennung der Souveränetät aussprachen, verharrte die übrige gemeine Bürgerschaft bei dem früheren Protest. Schwerin hielt diesen zwar für ungesetzlich, riet aber dem Kurfürsten dringend, er möge den sich bietenden Ausweg benutzen und die Städte durch Aufhebung der Accise vollends



beschwichtigen: das sei, erklärte er, die Ansicht aller, die es mit dem Kurfürsten ehrlich meinten.

Die Dinge waren aber doch schon zu weit gediehen, als daß dies dem Kurfürsten hätte genügen können: das Ergebnis wäre ein unsicheres Provisorium gewesen. Die Sache mußte prinzipiell ausgetragen werden. Auch wollte der Kurfürst die Schranken, die das alte Landesrecht seiner Autorität setzte, nur so weit beseitigt haben, als sie ihn in der Erfüllung seiner landesherrlichen Pflichten hinderten. Was das nicht that, sollte bestehen bleiben. Um so mehr kränkte ihn die Ablehnung, die er erfuhr, und die Art, wie man ihn zum Tyrannen stempelte. Es wird Schwerins Einfluß zuzuschreiben sein, wenn er dennoch zu beschwichtigen und zu überzeugen suchte. In väterlich mildem Tone that er das Mitte Dezember durch ein Schreiben an die Oberräte. Nur die Ansprüche der Stände habe er gestrichen, die mit der landesfürstlichen Hoheit inkompatibel seien; etwaige andere Wünsche sei er bereit zu erfüllen, wolle auch in Zukunft in allen wichtigen Sachen ihren Rat hören. Statt durch Bekämpfung seiner Vorschläge ihre Wohlfahrt zu gefährden, hätten die Stände das ihnen Gebotene vielmehr dankbar annehmen sollen. Da er sich aber den Ruhm der Sanftmut und des landesfürstlichen und gnädigen Verfahrens mit seinen Unterthanen erhalten wolle und die Stände bei erneuter Lesung des Entwurfes einsehen würden, daß gefährliche Bestimmungen nicht darin enthalten seien, so möchten sie freimütig die ihnen anstößigen Punkte bezeichnen und seine Erklärung darauf erwarten. Das Verzeichnis, das die Oberräte darauf einsandten, war freilich umfangreich. Wirklich änderte der Kurfürst einzelnes nach den vorgetragenen Wünschen. In den Hauptpunkten aber beharrte er. Daher wurde auch der veränderte Entwurf abgelehnt: die Stände wollten eben die bisherige Ordnung beibehalten sehen. Dabei war es dem Adel freilich weniger um die Landesrechte als solche zu thun, als um die wirtschaftlichen Vorteile, die sie ihm gewährten, und er meinte, dem Kurfürsten in diesem Punkte Konzessionen abzugewinnen, wenn er ihm in finanziellen Dingen auf Kosten der Städte entgegenkam. Das benutzte Schwerin geschickt. Die

geforderten Geldmittel konnten durch die Hufensteuer oder die Accise aufgebracht werden. Jene traf zumeist den Grundbesitz, letztere die Städte. Indem er auf die Hufensteuer verzichtete, bestimmte Schwerin die Oberstände, auf Kosten der Städte und gegen deren Protest die Accise zu bewilligen.

Die Opposition war gespalten: ob damit aber viel gewonnen war? Denn gaben die Oberstände, um sich zu entlasten, auch die Städte finanziell preis, beharrten sie doch in der Verfassungsfrage auf dem bisherigen Standpunkt. Ja, nicht ungern sahen sie die Königsberger erbittert vorwärts drängen: kam es zu Gewaltthaten, so konnten sie nur gewinnen, da der Kurfürst sich dann sicher hütete, es mit ihnen vollends zu verderben, ein Sieg der von Polen geschützten Hauptstadt aber auch ihnen zu gute kommen mußte. So ließen sie einstweilen das Bürgertum für sich arbeiten und Gefahr laufen. Damit aber lag die Entscheidung bei Königsberg und hing ab von dem Ausgange seiner Erhebung gegen die Souveränetät. Wenn dabei Hieronymus Rohde als Volkstribun in den Brennpunkt des Interesses trat, so war das weniger sein Verdienst als durch die Regierung verschuldet. Hatte man seinen unbedachten Reden größere Bedeutung beigelegt, als ihnen gebührte, so hätte man wenigstens die Konsequenzen daraus ziehen sollen, das heißt ihn kurzweg „beim Kopf nehmen". Der Versuch aber, ihn auf dem Wege Rechtens zur Verantwortung zu ziehen, trug der Regierung nur neue Niederlagen ein. Die dem Advocatus fisci befohlene Einleitung des Verfahrens gegen Rohde war aufgeschoben worden: die Beisitzer des Kriminalgerichts waren vor der Pest aufs Land geflohen. Von seiner wiederholt erwogenen Verhaftung hatte man aus Scheu vor Aufruhr Abstand genommen. Die Ladung Schwerins auf das Schloß lehnte Rohde ab, „dieweil er die Exempel anderer hätte, welche gefänglich angehalten". Auch sei er sich keiner Schuld bewußt und könne sich befriedigend verantworten. Die Oberräte befahlen dem Rat des Kneiphof, ihn zu sistieren: es wurde verweigert. Schwerins Verlegenheit wuchs: vom Kurfürsten selbst erbat er strikte Ordre, ob man Rohde mit sicherem Geleit vor das Kriminalgericht laden oder aufzuheben versuchen solle, wenn

er die Stadtgrenze überschritt, was er natürlich sorgsamst vermied. Die Lage wurde immer gespannter, die Erregung der Bürgerschaft so groß, daß man im Januar 1662 jeden Augenblick des Ausbruchs gewärtig war. Zwischen dem Kneiphof und der Besatzung des Fort Friedrichsburg herrschte eine Art von Kriegszustand. Ein Wachthaus, das der Kommandant der Feste, Oberst Belkau, auf dem Damm am Pregel auf städtischem Gebiet errichtet hatte, versuchte die Bürgerschaft zu zerstören. Dieser Vorgang überzeugte den Kurfürsten vollends von der Notwendigkeit energischen Einschreitens: am 17. Februar schrieb er Schwerin, mit Beginn der besseren Jahreszeit werde er selbst nach Preußen aufbrechen, und befahl, das feste Haus Fischhausen (zwischen Pillau und der Hauptstadt) in stand zu setzen, die Königsberger aber ernstlich vor neuen Thätlichkeiten zu warnen.

Auch die bürgerliche Opposition rüstete sich zum Handeln. Unter Androhung einer Buße von 5000 Thalern war der Rat von neuem aufgefordert, Rohde auszuliefern, natürlich vergebens. Ihn außerhalb des städtischen Gebiets zu überraschen, gelang nicht, und als Ende Februar das Verlangen nach seiner Auslieferung beim Rat erneut wurde, jetzt bei 10 000 Thaler Strafe, kam die überraschende Meldung, er sei aus der Stadt geflohen, natürlich ohne Wissen des Rats, aber nicht „aus Antrieb seines bösen Gewissens“, wie der Kurfürst meinte. Als Mönch verkleidet hatte man ihn mit seinem Bruder, dem Jesuitenprovinzial, auf dem Wege nach Warschau gesehen. Bald offenbarten sich die Wirkungen seiner Thätigkeit am polnischen Hofe: dieser erwog das geforderte Einschreiten. In gleicher Richtung war dort bereits Oberstlieutenant von Kalckstein thätig. Deshalb beschloß der Kurfürst, das Amt Oletzko anderweitig zu vergeben, und ließ die in Stillstand geratene Untersuchung wegen eines Jagdfrevels gegen Kalckstein wieder aufnehmen. Was beide mit ihren polnischen Gönnern vereinbart haben, können wir nur vermuten. Doch glaubten sie augenscheinlich polnischer Hilfe für Königsberg sicher zu sein. Voll Zuversicht kehrte Rohde heim: kein Mensch dachte daran, ihn auszuliefern; alle Welt freute sich der durch ihn vermittelten Aussichten.

Auch brachten bei ihren Konferenzen mit Hoverbeck die polnischen Kommissare wirklich die Drangsale zur Sprache, die der preußische Adel zu erleiden hätte. Manchem freilich war bei diesem Vorgehen des Schöffenmeisters nicht recht geheuer: sein eigener Sohn, den er mit geheimen Aufträgen nach Warschau geschickt hatte, erbot sich gegen Hoverbeck zur Vermittelung und meinte, wenn man seinem Vater sicheres Geleit gewähre und die Untersuchungshaft erlassen wolle, werde er zu beschwichtigen und als Vermittler zwischen dem Kurfürsten und den Königsbergern zu gewinnen sein.

Er kam damit zu spät. Rohde hatte bereits den entscheidenden Schritt gethan. Denn gewiß war es sein Werk, wenn am 17. Juni die Gerichte von Kneiphof und Löbenicht und die gesamten drei Gemeinden ihre Beschwerden über den Kurfürsten in einer heftigen Klageschrift an den polnischen König brachten und ihn anriefen, sie zu schützen und nicht der Krone Polen entfremden zu lassen. Auch liefen nach einiger Zeit zwei Antwortschreiben ein: das eine, an die Gesamtheit der Beschwerdeführer gerichtet, erklärte, der König habe nicht beabsichtigt, die Rechte der preußischen Stände oder eines ihrer Glieder zu beeinträchtigen — eine Wendung, die immerhin eine den Malcontenten günstige Deutung zuließ. In dem anderen wurde Rohde gemahnt, bei der Republik zu bleiben, auch seine Mitbürger dazu anzuhalten, und ihnen Schutz versprochen. Jedenfalls wußte der polnische Hof durch geschicktes Setzen der Worte sich für alle Fälle zu sichern: siegte die preußische Opposition, so hatte er sie ermuntert, unterlag sie, so ließen sich die gethanen Aeußerungen aufs unschuldigste deuten. Rohde aber und seine Gefolgschaft legten ihnen den für sie günstigsten Sinn unter, nämlich die Zusage von Hilfe. Um so schwerer nahm der Kurfürst solche Zweideutigkeit, die mit Johann Kasimirs früheren Erklärungen unvereinbar war. Die Auslieferung Rohdes hatte der König zwar abgelehnt, dabei aber erklärt, er habe jede Einmischung in die preußischen Händel verweigert, ja er hatte auf Hoverbecks Wunsch die Stände zur Anerkennung des Olivaer Vertrags ermahnt. Ohne Zweifel hatte man es daher jetzt mit einer neuen Intrigue der Königin zu thun.

Hoverbeck erhob laut Beschwerde. Der Kurfürst sah darin einen Bruch der Verträge, der um so unbegreiflicher sei, als die Polen selbst sähen, „daß es nicht die Stände, nicht die Städte, auch nicht eine Stadt, sondern nur ohnedem magistratui ungehorsame Bürger wären“, die über ihn zu klagen wagten. Da wich der polnische Hof zurück: der König wollte ein Klageschreiben aus Königsberg nun überhaupt nicht erhalten, Rohde nie, seinen Sohn nur einmal bei der Königin gesehen, der Kanzler eine solche Antwort nie expediert haben. Man leugnete also frischweg: das Schreiben an Rohde aber ist nachmals in des Kurfürsten Hand gefallen. Um die Fabeleien der Malcontenten zu zerstören, erging auf Hoverbecks Dringen am 20. Juli ein Reskript, worin König und Republik kundthaten, ihre frühere Erklärung betreffend der durch die Verträge von Wehlau und Bromberg nicht berührten Rechte sei mißdeutet, und davor warnten, auch nur durch Zulassung von Zweifeln daran die Pakta zu gefährden, die sie pünktlich zu halten entschlossen seien.

Durfte man sich in Warschau beklagen, wenn diese Erklärungen in Königsberg nicht für ernst genommen wurden? Wenn die „Meutemacher“, wie Hoverbeck sagte, dabei blieben, wenn sie nur resolut vorwärts gingen, würde man sie doch nicht im Stich lassen? Demgemäß handelten sie. Ein Seitenstück zu der augenblicklichen Lage fand Rohde in der Stellung der meuternden Unterthanen zum Orden im Beginn des Städtekrieges. So sollte man handeln wie 1454 die Städte, sich zu Schutz und Trutz gegen den tyrannischen Landesherrn verbinden durch das eidliche Gelöbnis „Gut und Blut daran zu setzen, um bei der Krone Polen und bei dem polnischen Reich zu bleiben, allein zur Ehre Gottes und um die alte Freiheit zu bewahren“. Wenn auch hier die Rechte des Kurfürsten zu achten versprochen wurde, so konnte eine solche Phrase doch niemand täuschen. Dennoch billigte eine Bürgerversammlung, die Rohde am 4. Juli im Dom hielt, sein Vorhaben, schob aber doch die Eidesleistung auf. Die Kneiphofer aber armierten ihre Wälle und übten sich in den Waffen. Da verlautete, des Kurfürsten Ankunft sei im Herbst zu erwarten. Die Zeit bis dahin galt es für Rohde zu benutzen, um durch eine vollendete Thatsache

jedes Rückwärts unmöglich zu machen. Lieber wolle man, so hieß es, sich dem Teufel ergeben, als länger unter solchem Joch und Beschwerden leben; helfe Polen nicht, so brauche man nur 2000 Mann von Schweden. Noch sei der Anschluß der übrigen Stände zu hoffen. Man wandte sich an den polnischen Feldherrn Czarnecki mit der Bitte, wenigstens ein paar hundert Mann zu schicken; alles sei zu machen, könne man nur eine Zeile vom König vorweisen. Aber Czarnecki schickte so wenig Truppen, wie Johann Kasimir einige Zeilen. Notgedrungen die Verträge erfüllend, die es so gern von sich abgestreift hätte, überließ Polen Königsberg seinem Schicksal. Und damit konnte auch das Preußens für entschieden gelten.

Eben in Cleve Sieger über eine ähnliche Bewegung, rüstete der Kurfürst zum Marsch nach dem Pregel. Es galt eine große Entscheidung. Dessen war sich Friedrich Wilhelm wohl bewußt, als er am 14. September mit 2000 Mann seiner Garde von Berlin nach Danzig aufbrach. Von dort erreichte er zu Schiff am 18. Oktober Pillau. Bisher hatten die Königsberger in ihrem Trotz beharrt. Als der Statthalter, Fürst Radziwill, die befohlene Verhaftung Rohdes ausführen wollte, hatten sie sich gewaffnet erhoben. Rohde glaubte sich Herr der Situation. Aber je näher der Kurfürst heranzog, desto eifriger warben die Versöhnlichen, desto größere Bedenken überkamen die „Meutemacher“. Sie versuchten nicht einmal dem Tyrannen den Eintritt in die Stadt zu wehren. Ja bei seinem Einzug am 25. Oktober bereiteten ihm Adel und Magistrat einen festlichen Empfang. Damit hatte er gewonnenes Spiel und that, was zur Herstellung der Ordnung nötig war, mit jener des Erfolges sicheren Zuversicht, die auch dem Gegner imponiert. Vor allem galt es in betreff Rohdes seinen fürstlichen Willen durchzusetzen. Auf den 30. Oktober wurden die Bürger der drei Städte zur Entgegennahme einer Botschaft auf die drei Rathäuser beschieden. Jeden Versuch zum Widerstand im ersten Keime zu ersticken, standen etwa 3000 Mann im Hofe des Schlosses bereit, und im Fort Friedrichsburg harrten die Artilleristen nur des Zeichens zur Beschießung des Kneiphof. Da bewegte sich ein militärischer Transport durch die Straßen und ver-

anlaßte gerade vor Rohdes Haus eine Verkehrsstockung. Danach zu sehen, trat der Schöffenmeister an das Fenster. Sofort stürmten etliche Soldaten hinauf, packten ihn und schleppten ihn hinunter auf einen der bedeckten Wagen, der ihn auf das Schloß entführte. Aber auch als das Geschehene bekannt wurde, blieb alles ruhig: in stummem Gehorsam suchte alles die Gnade des Herrschers zu gewinnen.

Was im Streit mit den Königsbergern an Fehlern begangen war, hatte der Kurfürst selbst entschlossen gut gemacht. Hinterher aber setzte er die eigene tapfere That selbst wieder bei der Mit- und Nachwelt in ein falsches Licht. Gewiß war Rohde schuldig: aber über den Grad der Schuld ließ sich streiten. Daß ihr Standpunkt eine gewisse historische Berechtigung besaß, hat selbst der Kurfürst den preußischen Ständen zugegeben. Auch Schwerins Haltung bewies, daß er der Opposition nicht einfach unrecht gab. Aber was bisher Recht gewesen war, wurde zum Unrecht gegenüber den Forderungen der neuen Zeit und der sie beherrschenden Staatsraison. Daß er diese vertrat, machte der Kurfürst geltend zur Rechtfertigung seines nicht unanfechtbaren Vorgehens. Dachte er doch nicht daran, das auch dem unterlegenen Gegner zu gute kommen zu lassen. Denn in Männern wie Rohde und den Kalcksteins wird man doch die Vertreter einer bisher anerkannten Ordnung sehen müssen. Das zu erkennen hinderte den Kurfürsten persönliche Erbitterung: sein fürstliches Selbstgefühl war schwer beleidigt. Ein Zug persönlichen Hasses und der Furcht auch noch vor dem überwundenen Gegner kennzeichnet sein Verfahren gegen Rohde und Kalckstein, denen beiden das Maß von Schuld nicht nachgewiesen wurde, das er bei ihnen voraussetzte. „Morgen" — so schrieb er am 2. November 1662 an den heimgeeilten Schwerin — „soll Rohde verhört, übermorgen abgeurteilt und Montag oder Dienstag hingerichtet werden." Der Ausgang des kaum eingeleiteten Verfahrens stand für ihn zum voraus fest! Der Wunsch war bei ihm der Vater des Gedankens. Rohde leugnete nichts: den Bund, den man geplant, habe er aufgesetzt und die Bürger zur Unterschrift und Beschwörung gemahnt; er habe das Hilfsgesuch an den König von Polen konzipiert und die

Bürger aufgewiegelt, aber er habe damit nur sein Recht geübt, ja seine Pflicht gethan. Um so gefährlicher erschien er dem Kurfürsten: unter keinen Umständen dürfe er wieder loskommen. Standen am Ende doch noch weitere Excesse von seiten seines Anhanges zu befürchten. Zwar hatte Generallieutenant von Kalckstein nach Rohdes Verhaftung Königsberg schleunigst verlassen: aber noch immer hofften viele auf ein Eingreifen Polens. Ja im Notfall würde, so hieß es, der König selbst herbeieilen und Rohde mit Pracht in die Stadt zurückbringen. Auch stieß des Kurfürsten Wunsch, Rohde schnell exekutiert zu sehen, auf unerwarteten Widerstand. Da es sich nicht um einen gewöhnlichen Kriminalfall handelte, sträubten sich die zu dem Prozeß bestellten Kommissare, ein Urteil zu fällen. Der Kurfürst wollte die Sache der Universität unterbreiten: war er aber da größerer Bereitwilligkeit gewiß? Und wenn die Königsberger jetzt trotz des Geschehenen der kurfürstlichen Gnade teilhaftig wurden, so konnte ihr Führer doch nicht so unverhältnismäßig viel schwerer bestraft werden. Auch Schwerin empfahl Milde gegen Rohde walten zu lassen. Sie schien um so mehr zu hoffen, als am 8. November den auf das Schloß beschiedenen Vertretern der drei Städte die Geheimeräte im Namen des Kurfürsten väterlich mahnend das Verkehrte und Verderbliche des Weges vorhielten, auf den unruhige Köpfe sie geführt hätten: sie sollten nicht zu Sklaven gemacht, sondern in ihrer Freiheit beschützt werden; wenn sie die Stimme des Landesvaters hörten, solle das Vergangene vergessen sein; sogar in betreff der Accise wurde ihren Wünschen Erfüllung verheißen. Darauf bat am 15. November eine städtische Deputation förmlich um Verzeihung und erkannte die Souveränetät ausdrücklich an. Auch standen die Städte auf dem Landtage zur Regierung. Dennoch wollte der Kurfürst von voller Gnade für Rohde nichts wissen: schon daß er ihn nicht hinrichten ließ, schien ihm Milde genug. „Ob aber der Mensch loszulassen," urteilte er, „ist eine schwere Frage: steht doch zu besorgen, daß er sich räche." Zudem sei er frech und klug: so möge er ewig in Haft bleiben.

Demgemäß ist mit Rohde verfahren worden: ohne einer

bestimmten, vom Gesetz mit dieser Strafe bedrohten Schuld überwiesen und ohne durch Richterspruch dazu verurteilt zu sein, ist der Kneiphofsche Schöffenmeister bis an sein Lebensende zu Peitz gefangen gehalten worden. Vielleicht hätte eine Bitte um Gnade seinen Kerker geöffnet. Wird man es ihm zum Vorwurf machen, daß er sie nicht aussprach? Hat er nicht vielmehr durch dies Beharren die Sache geehrt, die er vertreten, zugleich aber auch das Unrecht gesühnt, dessen er sich dadurch schuldig gemacht hatte, daß er den berechtigten Kampf für die bürgerliche Freiheit nicht bloß durch die Verfolgung persönlicher Vorteile entweihte, sondern zu seiner siegreichen Durchführung selbst seine Heimat von Deutschland loszureißen kein Bedenken trug? Trotzdem wandten sich die Sympathien, nicht bloß seiner Landsleute, mehr ihm, dem Unterlegenen, zu als seinem fürstlichen Besieger, der, auch als die Erinnerung an jene stürmische Zeit längst verblaßt war, sich nicht überwand und das Wort der Gnade nicht sprach. Vielleicht hat die vom Polenkönig eingelegte Fürbitte Rohdes Schicksal noch verschlimmert, obgleich in Warschau von einem Eingreifen längst nicht mehr die Rede war, so sehr der jüngere Rohde darum werben mochte. Und hier liegt wohl der Grund für des Kurfürsten Unversöhnlichkeit: er traute Polen nicht, sondern fürchtete immer noch diesen Handel dort gegen sich benutzt zu sehen. Dem jüngeren Rohde, der zu Warschau wohl gelitten war, soll er gedroht haben, den Kopf vor die Füße legen zu lassen. Anfangs hatte er seine Auslieferung verlangen wollen, war nun aber nur darauf bedacht, „dem Schelm das Maul zu stopfen". So schlug dem gefangenen Schöffenmeister niemals die Stunde der Freiheit: ungebeugt ist er 1678 zu Peitz gestorben.

Damals wird das in Königsberg kaum noch Eindruck gemacht haben. Denn sein Verhältnis zum Kurfürsten hatte sich freundlich gestaltet. War die Stadt vom Adel in der Steuerfrage im Stich gelassen, so vergalt sie das, indem sie offen zu dem ihr gnädigen Landesherrn stand. Die Bürgerschaft scheint ihre Gesinnung sogar schneller und gründlicher gewandelt zu haben, als dem Rat lieb war, der für seine bevorzugte Stellung fürchtete. Der Kurfürst meinte, der Rat der drei Städte tauge

nichts, die Gemeine aber sei sehr gut und mit ihrer Hilfe hoffe er durchzudringen. Das geschah denn auch schließlich. Auf dem Landtage freilich beharrten Landräte und Ritterschaft im Widerstande. Und wenn von hundert Beschwerden neunundneunzig abgestellt würden, aber die hundertste nicht, drohte einer ihrer Führer, würden sie keine von den kurfürstlichen Propositionen annehmen und nicht huldigen. Damit sie sich auch fernerhin durch Ausbeutung des Landes ungehindert bereichern könnten, sollten die Oberräte nicht beschränkt, die Amtshauptleute und Vögte nicht kontrolliert, die Aemter nicht revidiert werden. „Es sein böse Leute," klagte der Kurfürst Schwerin, „und werde ich es endlich auf eine andere Art anfangen, da mit guten und billigen Mitteln nichts auszurichten ist." Er wünschte, er wäre erst in der Mark. Aber mit dem bloßen Regieren entfrembete sich die Opposition alle, die das Land endlich geordnet und seines Lebens wieder froh sehen wollten: die Zahl der ehrlich Versöhnlichen wuchs und man kam sich allmählich näher. Am 12. März 1663 bestätigte der Kurfürst durch die gewünschte Assekuranz die sonstigen Rechte und Freiheiten des Landes, und am 1. Mai sprach der Landtagsabschied die Anerkennung der Souveränetät aus. Der Kurfürst war zufrieden; es sei hier, meinte er, gegangen wie in Cleve: bei Annahme seiner ursprünglichen Vorschläge würden die Stände mehr erhalten haben als jetzt.

Klar freilich war die neue Ordnung nicht: alles hing davon ab, wie das Zusammenwirken von Fürst und Ständen im Dienste der Landeswohlfahrt im Laufe der Zeit sich praktisch gestaltete. Von einer Souveränetät, die Eigentum, Freiheit und Leben der Unterthanen fürstlicher Willkür überantwortete, wie man sie Frankreich nachsagte, war nicht die Rede, aber auch nicht von der bisherigen Libertät. Erkannten die Stände die Sorge für die Landesverteidigung als eine der fürstlichen Amtspflichten an, so sollte der Kurfürst sich dabei doch ihres Beirats bedienen, insbesondere um des Herzogtums willen nicht Krieg führen, ohne sie gehört zu haben, was natürlich nicht ausschloß, daß er in dringenden Fällen der Not auch auf eigene Verantwortung handelte. Wenn man nur beider-

seits von seiner Hingebung an das gemeine Beste überzeugt war, so ließ sich auch da, wo die Meinungen noch auseinandergingen, eine Verständigung und ersprießliches Zusammenwirken erreichen. Man hatte den alten Haber begraben, ohne alle einzelnen Streitpunkte zu erledigen: das übrige mußten Zeit und Gewöhnung thun. Ganz in diesem Sinn hatte Schwerin dem Kurfürsten gleich anfangs geraten, „lieber zu dissimulieren denn Force zu gebrauchen", weil dann leicht gefährdet werden könnte, was die Zeit ihm von selbst überliefern würde. „Es ist das Werk noch neu und überaus unangenehm," hatte er gerade ein Jahr vor der friedlichen Wendung geschrieben; „es wächst eben E. Kurf. Durchlaucht Souveränetät alle Tage und der Stände vorige übermäßige Freiheit nimmt ab; daher dann E. Kurf. Durchlaucht nicht zu sorgen, daß die Stände dero Prinzen und Successoren künftig sollten vorschreiben wollen, was sie wollten, in dem Zustand werden sie nicht gelassen, daß sie solches thun könnten." Nach den bisher gemachten Fortschritten werde man sicher auch noch weiter kommen.

Dennoch gelang es den Malcontenten, den letzten Abschluß noch ein halbes Jahr zu verschleppen. Polen verzögerte die Sendung der Bevollmächtigten für die Eventualhuldigung, die zugleich mit der dem neuen Souverän zu leistenden Huldigung stattfinden sollte. So unterblieb auch diese vorläufig: ehe sie vollzogen sei, meinten manche noch nicht zu Gehorsam verpflichtet zu sein und suchten diesen bequemen Zwischenzustand möglichst auszudehnen. Polen aber wollte sich auf nichts einlassen, ehe ihm nicht Braunsberg herausgegeben wäre, was der Kurfürst erst thun wollte, wenn ihm Elbing überantwortet wäre. Als endlich beides geschehen war, erschienen die polnischen Deputierten, und am 18. Oktober 1663 empfing Friedrich Wilhelm im Hofe des Königsberger Schlosses die Huldigung der preußischen Stände, der die Eventualhuldigung an Polen folgte.

Kein Mißklang störte den festlichen Akt. „Und ist nunmehr in den Städten Königsberg alles ganz still und ein jeder zufrieden," schrieb der Kurfürst am 23. Oktober Schwerin; „es hat härter gehalten, daß die Stände den polnischen Kommissarien

geschworen denn mir." Er faßte Zutrauen und glaubte an die Möglichkeit ersprießlichen Wirkens auch innerhalb der ihm noch gesetzt gebliebenen Schranken. Ueberhaupt lag die Bedeutung der Souveränetät weniger auf dem Gebiet der inneren als dem der äußeren Politik. Sie befreite den Kurfürsten in dem Lande, von dem in der großen Krisis seiner Anfänge die Rettung ausgegangen und das in der Folge durch seine finanzielle, militärische und administrative Neugestaltung der Grund- und Eckstein seiner Staatsschöpfung geworden war, von jeder ihm übergeordneten politischen Autorität, so daß er völlig Herr seiner Entschlüsse und seiner Handlungen war. Das Polen gelassene Heimfallrecht besagte wenig. Deshalb sollten auch seine preußischen Unterthanen ein für allemal aufhören, nach Warschau zu blicken. In jedem Verstoß dagegen sah er ein Attentat auf die Souveränetät und übte in dessen Ahndung noch gewaltthätigere Härte als gegen den Schöffenmeister vom Kneiphof. Das ergab zu dem Kampf mit den preußischen Ständen ein trübes Nachspiel in dem Schicksal des jüngeren Kalckstein.

Nach Herstellung des inneren Friedens war auch Christian Ludwig von Kalckstein nach Preußen zurückgekehrt, ohne für die bedenkliche Rolle, die er in Warschau gespielt, zur Rechenschaft gezogen zu werden. Ja seinem Bemühen um Herstellung in der Hauptmannschaft Oletzko kam Schwerin entgegen, obgleich auch er meinte, nicht daß Kalckstein polnische Dienste genommen, sei übel, sondern daß er so böse Reden geführt habe. Aber wer hatte das nicht gethan? Zudem hielt Schwerin diesen Mann für so gefährlich, daß man ihn entweder durch Restituierung versöhnen und an die neue Ordnung fesseln oder einkerkern und unschädlich machen müsse. Weder das eine noch das andere geschah, und Kalckstein ging wieder in polnische Dienste. Nun ergab die Untersuchung der Verwaltung von Oletzko alle mögliche Unordnung. Zur Deckung des Ausfalls wurde auch die von Kalckstein erworbene Domäne Karschau eingezogen, schließlich aber auf seines Vaters Fürbitte die ganze Sache niedergeschlagen. Aus russischer Gefangenschaft gelöst, kehrte Kalckstein 1665 heim, geriet aber bald mit dem Vater in erbitterten Streit. Diesen suchte sein Bruder,

Oberstlieutenant Christoph Albrecht, der zu Knauten ein arges Sündenleben führte und der Blutschande und des Kindsmordes mehr als verdächtig war, in Gemeinschaft mit zwei verheirateten jüngeren Schwestern, welche die wilde Kalcksteinsche Art in nichts verleugneten, zu benutzen, um ihn um sein Erbteil zu bringen oder wenigstens von der Nachfolge in den preußischen Gütern auszuschließen. Aber noch ehe das gelang, starb (26. Mai 1667) der General, und bei der Erbteilung entbrannte unter den Geschwistern der wüsteste Hader. In seinem Verlauf reichte Christian Albrecht gegen den Bruder eine Denunziation ein, derselbe habe vor Jahren in einem mit ihm und den Geschwistern zu Knauten geführten Gespräch sich gerühmt, dem Kurfürsten, von dem er auch sonst despektierlichst gesprochen, nach dem Leben gestanden und den Abfall Preußens zu Polen betrieben zu haben. Sowohl die Umstände, unter denen die Denunziation erfolgte, die ein vor Jahren und sicher nicht so stattgehabtes Gespräch geflissentlich entstellte, als auch ihre Urheber, deren Verfeindung mit dem Beklagten über ihre Natur keinen Zweifel ließ, sprachen gegen ihre Glaubwürdigkeit, und die Oberräte meinten, der Kurfürst werde „diese Plaudereien und Lästerreden mehr verachten denn ahnden", empfahlen aber doch die Einsetzung einer Kommission zur Untersuchung und Aburteilung, „um solchen Leuten für die Zukunft die Lust zu benehmen, dergleichen Gewäsch fürzunehmen". Deshalb rieten sie auch zur Verhaftung der Brüder und der an der Denunziation nächst beteiligten Schwester. Offenbar wollten sie dem das ganze Land erfüllenden Familiengezänk, das schon auf andere Gebiete hinübergriff, ein Ende machen. Politische Momente haben also bei der Einleitung des Verfahrens gegen Kalckstein nicht mitgewirkt. Dem politischen Gebiet angehörige Anklagen haben gegen den Oberst damals nicht vorgelegen.

Das muß um so mehr betont werden, als es Kalckstein eben damals nicht an Gelegenheit gefehlt hätte, im Sinne der Malcontenten auch politisch eine Rolle zu spielen. Denn bei der Unklarheit des Kompromisses von 1663 erneute sich eigentlich über jede konkrete staatsrechtliche Frage, namentlich in finanziellen Dingen, der alte Gegensatz. Als der Ertrag der

Accise, welche die Stände 1663 bis zum 1. Juli 1666 bewilligt hatten, zum Unterhalt der Truppen nicht ausreichte, zumal mancher Adlige sich den schuldigen Leistungen entzog, wurde die geforderte Ergänzungssteuer abgelehnt und ebenso 1665 1000 Reiter zum Schutz Cleves, da das Herzogtum an ihm fremden Kriegen im Reich nicht teilzunehmen brauche. Dazu kam der Streit über die Einlösung der verpfändeten Domänen, die der Adel möglichst erschwerte, da er viele davon an sich gebracht hatte und reichen Gewinn daraus zog. Sicherlich dachte Kalckstein in allen diesen Punkten wie seine Standesgenossen. Doch hat er sich in ihrer Verfechtung nicht besonders hervorgethan. Sein Verhängnis wurde der wüste Haß der ihm durch das Blut Nächstverbundenen, zusammen mit dem unüberwindlichen und jeder Regung hochherziger Gnade unzugänglichen Mißtrauen des Kurfürsten gegen den Polenfreund, dessen bedenkliche Vergangenheit ihn auch jetzt noch zu allem fähig erscheinen ließ.

So wurde auf jene Denunziation hin eine umständliche Untersuchung angestellt, Zeugen in Menge wurden verhört und endlose Protokolle aufgenommen, ohne daß auch nur eine von den erhobenen Anschuldigungen erwiesen worden wäre. Dennoch beantragten die Oberräte bei Uebersendung der Akten an den Kurfürsten im November 1667, Kalckstein wegen der Schwere der Beschuldigungen gefänglich einzuziehen, damit er nicht etwa davon gehe und „zu böserem Fürnehmen Gelegenheit nehme“, während der Advocatus fisci einen Beweis als geführt nicht anerkennen konnte und deshalb auch von einer Verhaftung nichts wissen wollte: hochverräterische Gesinnung möge der Oberst hegen, strafbar aber sei doch erst ihre Bethätigung. Die Sache lag ähnlich wie einst bei Rohde: was weiter geschah, war nur eine verschlimmerte Wiederholung des in dem Verfahren gegen den Schöffenmeister Geschehenen. Der Kurfürst befahl die Verhaftung Kalcksteins, und zwar ließ er sie, weil er den Oberräten nicht traute, durch den Statthalter Fürsten Radziwill vollziehen und jenen erst hinterher bekannt geben: auf offener Landstraße, als er zur Kirche fuhr, wurde Kalckstein militärisch aufgehoben und nach Königsberg in das Schloß gebracht, wo

man ihn trotz seines Kautionserbietens und seiner erschütterten Gesundheit in elender Haft hielt, während sein der gemeinsten Verbrechen angeklagter Bruder gegen Bürgschaft die Freiheit erlangte. Der Prozeß aber ergab nicht mehr als die Voruntersuchung: der Anschlag gegen des Kurfürsten Leben war unerweisbar, und was den Abfall zu Polen betraf, so handelte es sich höchstens um gelegentliche Renommistereien eines Mannes, der den Mund vollzunehmen liebte. So sehr an maßgebender Stelle gewünscht wurde, ihn verurteilt zu sehen, Kalckstein wäre wohl freigesprochen worden, wenn er nicht thörichterweise im Prozeß selbst sich eines schweren Vergehens schuldig gemacht hätte, indem er die ihm unbequeme Aussage seines Schwagers von Kittlitz durch von ihm und seiner Gattin angestiftete falsche Zeugen, deren Meineid jedoch alsbald entdeckt wurde, zu entkräften suchte. Das wurde sein Verhängnis: man schloß daraus auf die Richtigkeit auch der sonst wider ihn vorliegenden Aussagen. Im Juli 1668 verurteilte ihn die Kommission zu einjähriger Haft bei Wasser und Brot und darauf lebenslänglicher Festungshaft. Der Kurfürst bestätigte das Urteil. Als es Kalckstein nach seiner Genesung mitgeteilt wurde, bat er um Gnade, indem er seine Unschuld beteuerte und darauf hinwies, daß er der Bedrohung des kurfürstlichen Lebens nicht überführt sei. Darauf verwandelte der Kurfürst die lebenslängliche Haft in eine Buße erst von 10 000, dann von 5000 Thalern, bis zu deren Erlegung er Knauten nicht verlassen durfte: dazu verpflichtete er sich durch einen Revers an Eides Statt. Aber die vier Monate, innerhalb deren die Zahlung geleistet werden sollte, verstrichen. Wiederholte Mahnungen fruchteten nichts. Gewisse finanzielle Schiebungen, die er machte, zeigten, daß Kalckstein zahlen konnte, aber nicht wollte: unter immer neuen Vorwänden erbat er Aufschub. Der Kurfürst bewies große Langmut: gleich nach Ablauf der ersten Frist hätte er Knauten einziehen lassen können. Allmählich ergab sich, daß der Oberst ihn um Buße und Pfand bringen wollte. Anfang des Jahres 1670 verrieten allerlei Zurüstungen seine Absicht, nach Polen zu fliehen. Warnungen blieben vergeblich. Man ließ die Gegend und die Wege nach Polen bewachen: dennoch entkam er am 10. März 1670.

Als Grund der Flucht gab er in einem zurückgelassenen Schreiben die „schreckliche Post Geldes“ an, die der Kurfürst verlange; nach Polen gehe er, da er nicht kräftig genug sei, noch einmal so traktiert zu werden wie während der Untersuchung. Den 16. März erreichte er Warschau: dort fand er Verhältnisse, die ihm die Versuchung allzu nahe legten, seine privaten Händel auf das politische Gebiet hinüberzuspielen.

Der Abdankung Johann Kasimirs (1667) war nach langem Interregnum und verworrenen Wahlintriguen die Wahl des Fürsten Wiesnowicki zum König gefolgt. Die Polen fühlten sich als Nation, und sofort richtete sich ihre Begehrlichkeit auf Preußen. Der König verweigerte die Bestätigung des Bromberger Vertrages. So durfte auch Kalckstein für die Klagen über das ihm Geschehene und die Verletzung der preußischen Adelsrechte Gehör hoffen. Er gab sich zwar den Anschein, als wünsche er mit dem Kurfürsten Frieden zu machen, bemühte sich aber eifrigst, sich in Polen oder im Reich, jedenfalls außerhalb Brandenburg-Preußens, eine Zukunft zu gründen. Hätte er politische Ziele verfolgt, der kurfürstliche Gesandte in Warschau, von Brandt, würde trotz seiner Leichtlebigkeit und finanziellen Bedrängnis sich doch wohl gehütet haben, offen mit ihm zu verkehren. In seinen Briefen in die Heimat rühmte Kalckstein sich dessen: auf die Rüge, die ihm das eintrug, entfaltete von Brandt nur um so größeren Eifer gegen den Oberst. Am meisten freilich schadete dieser sich selbst durch die wüsten Schimpfwörter und Schmähreden, in denen er sich gegen den Kurfürsten erging, seit er in Erfahrung gebracht, daß seine Güter eingezogen seien und seine Auslieferung verlangt werde. Es hieß, er sei katholisch geworden, und in wüster Renommisterei that er, als ob es bloß von ihm abhinge, Preußen zu insurgieren. Daß er dann in das Lager der polnischen Kronarmee ging, deren Führer, Fürst Demetrius, dem Kurfürsten wegen der Wegnahme der Starostei Draheim verfeindet war, machte die Sache nicht besser, zumal eben damals die Spannung zwischen Polen und dem Kurfürsten aus anderen Gründen zunahm. Der König war nun sogar bereit, für den Obersten einzutreten.

Es waren aber zunächst nur materielle Interessen, die Kalckstein durch all das fördern wollte. Doch erhielt die Thätigkeit, die er dabei entfaltete, politische Bedeutung durch die gleichzeitigen Vorgänge in Preußen. Im Sommer 1670 kamen die Stände dort auf ihre alten Bestrebungen zurück. Angeblich um die durch die Assekuranz vom 13. März 1663 anerkannten Rechte auch für den Fall der Reunion mit Polen zu sichern, wollten sie Gesandte nach Warschau schicken, um dort die Erklärung auszuwirken, daß alsdann die vor der Veränderung bestandene Ordnung hergestellt werden sollte — eine Intrigue, deren wahre Absicht dem Kurfürsten nicht entgehen konnte. Natürlich bezeigte nun Polen vollends keine Lust, die Pakta zu bestätigen: die dem Kurfürsten feindliche Partei gewann an Einfluß. Daß zwischen ihr und den Leitern der preußischen Opposition ein Zusammenhang bestand, war augenfällig; aber seine Träger so wenig wie die Wege, auf denen er vermittelt wurde, waren erkennbar. Jedenfalls war Kalckstein nicht der Vertrauensmann der preußischen Malcontenten: seine Vergangenheit machte ihn dazu ungeeignet. Wohl aber bedienten sich seiner die polnischen Feinde Brandenburgs, um den Schein zu erwecken, als ob sie ganz Preußen hinter sich hätten. Der Oberst ließ sich gern so gebrauchen, weil er durch die politische Bedeutung, die er so zu erlangen schien, seine materiellen Interessen zu fördern glaubte. So erschien er, auch bei der Kronarmee unmöglich geworden, im Oktober 1670 in der Landbotenstube, um als „Supplex ducatus Prussiae libellus" eine Schmäh- und Klagschrift einzureichen, die alle vom Kurfürsten angeblich begangenen Rechtsverletzungen aufzählte; ein ähnliches Machwerk ließ er an den König gelangen. Einige Tage später erschien er wieder, diesmal offen zum Kriege gegen den Kurfürsten aufrufend, mußte sich aber daran erinnern lassen, daß er durch seine Flucht aus Preußen ja selbst meineidig geworden sei. Man beschloß die Bestätigung der Pakta und enthielt sich jeder feindlichen Aeußerung gegen den Kurfürsten. Die preußischen Stände aber erließen eine Erklärung, die jede Gemeinschaft mit ihm in Abrede stellte und seine über ihre Gesinnungen und Absichten aufgestellten Behauptungen Lügen strafte.

Daß dies Treiben Kalckſteins, mochte es auch, wie von Brandt meinte, „aus Desperation“ entspringen, dort möglich war, kennzeichnete die Zustände Polens; mehr noch that das die Art, wie der Kurfürst ihm schließlich durch völkerrechtswidrige Selbsthilfe ein Ziel setzte. Gegen Kalckstein, der selbst seine bisherigen Beschützer sich entfremdet hatte, einzuschreiten, lehnte der König trotz von Brandts wiederholter Mahnung ab, da der Oberst als preußischer Edelmann in seinem Gebiet die Rechte des polnischen Adels genieße. So wurde denn mit Wissen des preußischen Statthalters ein Detachement Dragoner nach Warschau geschickt, um nach Brandts Anweisung Kalckstein aufzuheben und nach Preußen zu entführen, während der Gesandte diesem die Möglichkeit einer gütlichen Begleichung seiner Sache vorspiegelte und ihn so wieder an sich heranzog. Der Kurfürst billigte das Beschlossene. Am 28. November 1670 wurde der Anschlag ausgeführt: während einer Unterredung mit von Brandt in dessen Haus wurde Kalckstein von den dort versteckten Dragonern aufgehoben, seiner Kostbarkeiten, selbst des Trau- und Siegelringes und der metallenen Knöpfe seines Rockes beraubt, geknebelt, in den bereitgehaltenen Rüstwagen geworfen und eiligst davongeführt. Am 9. Dezember lieferte ihn seine Eskorte in Memel als Staatsgefangenen ab.

Natürlich erhob sich in Polen gewaltiger Lärm; aber der allgemeinen Entrüstung durch die That Ausdruck zu geben, vermochte man nicht: ein Krieg gegen Brandenburg war dermalen unmöglich. Auch gab sich der Kurfürst klug den Anschein, als ob von Brandt auf eigene Faust gehandelt hätte, und ließ ein Verfahren einleiten, in dem schließlich auch ein strenges Urteil erging, das dem Polenkönig mitgeteilt, aber nie vollstreckt wurde. Uebler noch als dieser Beginn war der Fortgang des Verfahrens gegen Kalckstein: der Kurfürst war von vornherein entschlossen, trotz aller sich ihm entgegenstellender rechtlicher Hindernisse den Mann, den er für die Seele der zu Polen neigenden preußischen Opposition hielt, unter das Beil des Henkers zu liefern. Die Kommission, die nach des Obersten Flucht zum Kontumazialverfahren gegen ihn bestellt war, trat gerade in den Tagen, da der Gefangene nach Memel

unterwegs war, zur Fällung des Urteils zusammen, das vor der Publikation dem Kurfürsten zur Bestätigung vorgelegt werden sollte. Sie erfuhr nichts von der Verhaftung: in der Meinung, er intrigiere in Warschau weiter, verurteilte sie ihn zum Tode und Güterverlust. Jetzt wurde eine aus preußischen und brandenburgischen Räten bestehende Kommission mit dem Prozeß betraut. Wegen der nichtpreußischen Richter verweigerte Kalckstein anfangs jede Antwort: doch wurde er beschwichtigt und stand Rede. Aber die Kommission verfuhr dem Kurfürsten weder streng noch schnell genug. Namentlich widersetzten sich ihre preußischen Mitglieder der gleich anfangs in Aussicht genommenen Folterung des Inquisiten als unvereinbar mit dem Landesrecht. Nach langem Hin und Her durften sie dem Akt wenigstens fern bleiben. Hatte Kalckstein kein Hehl daraus gemacht, daß er die neue Rechtsordnung in Preußen nicht anerkenne, so erwiesen sich doch seine Reden von den großen Staatsgeheimnissen, in deren Besitz er sich befinde, als eine für ihn ebenso charakteristische wie verhängnisvolle Renommisterei, und auch des Kurfürsten Hoffnung, die Namen der mit Polen konspirierenden preußischen Adligen zu erfahren und so eine neue Waffe gegen die Malcontenten in die Hand zu bekommen, erfüllte sich nicht: auf der Folter wußte Kalckstein nur einen Mitwisser seiner Anknüpfung mit Polen zu nennen, den gleichfalls außer Landes geflohenen Grafen Schlieben.

Ein Sturm der Entrüstung ging durch das Land, als des Obersten Folterung bekannt wurde. Sie war eine schreiende Rechtsverletzung, und die Stände klagten nicht ohne Grund, in Kalckstein seien gleichsam sie selbst torquiert worden: noch nie, seit sie christliche Preußen hießen, sei ihnen solche Schmach und Unehre widerfahren; keine Menschenhand könne diesen Flecken wieder tilgen. Und dabei wußte man noch lange nicht alles, nicht, daß der Unglückliche, den als einen vom Henker berührten zu bewachen man ehrliebenden Soldaten nicht zumuten durfte, mit Hand und Fuß an einen eichenen Block geschlossen, drei Verbrecher als Wächter bei sich hatte, denen man dafür die Freiheit verhieß; nicht, daß er an Leib und Seele gebrochen das Bett kaum noch verließ und daß der Mangel

an genügender Kleidung jedem Verhöre Schwierigkeiten bereitete, wußte man namentlich nicht, daß durch den Kurfürsten und seine Räte auf die Kommission wie erst in der Frage der Folterung, so auch jetzt jede Art von Druck geübt wurde, um ihr das gewünschte Urteil abzuringen! Ende des Jahres 1671 fand das Schlußverfahren statt. Kalckstein bestritt der Kommission jedes Recht, meinte auch insofern sei ein Urteil unnötig, als der Kurfürst sich ja doch nicht daran binden, sondern thun würde, was ihm beliebte. Der Spruch lautete (8. Januar 1672) auf Verlust des Lebens und der Güter, obgleich zwei von den preußischen Richtern dabei blieben, dem Angeklagten seien wohl staatsfeindliche Gesinnungen, aber nicht staatsfeindliche Thaten nachgewiesen, und demgemäß für andere Strafarten stimmten. Am 18. Januar 1672 bezeugte der Kurfürst der Kommission seine besondere Zufriedenheit mit dem Spruch, indem er sich die Entscheidung über seine Publikation und Vollstreckung vorbehielt.

Mußte, ja durfte das Urteil vollstreckt werden? Sprach nicht alles nachdrücklichst dafür, Gnade walten zu lassen? War nicht zu fürchten, daß aus dem Blut Kalcksteins neue Zwietracht aufgehen würde, da die Stände so ein Recht bekamen, über Tyrannei zu klagen? Daß also die Exekution des Mannes, der sich ohne Frage schwer vergangen hatte, aber doch mehr durch widrige Verhältnisse als aus eigenem Antrieb schuldig geworden war, gerade das Gegenteil von dem bewirkte, was dadurch erreicht werden sollte? Auch der Kurfürst hat, so scheint es, mit diesen Bedenken lange gerungen. Aber wie Rohde gegenüber vermochte seine harte und hier durch persönliche Erbitterung noch verhärtete Denkweise nicht sich zu einem befreienden Akt großherziger Gnade aufzuschwingen. Nach Monaten wurde das Urteil doch bestätigt, und am 8. November 1672 ging Kalckstein zu Memel zum Tode, in würdiger Fassung, seine Unschuld beteuernd.

Wir besitzen vier Briefe von ihm aus seiner letzten Stunde: nicht ohne Erschütterung wird man sie lesen. In dem einen wendet er sich in würdiger Demut an den Kurfürsten: seinem landesväterlichen Schutz empfiehlt er Weib und Kinder, die

armen, elend verlassenen, an deren Unschuld er doch nicht heimsuchen werde, wodurch der Vater sich seine Ungnade zugezogen. „Wünsche," so schließt er, „in diesem meinem Abschied aus der Welt Ew. Kurf. Durchlaucht langes Leben und glückliche Gesundheit." Der zweite ist an seinen Bruder Christoph Albrecht gerichtet, den Urheber seines Verderbens. Ausgehend von dem Bibelwort: „Siehe, wie fein und lieblich ist es, daß Brüder einträchtig bei einander wohnen", hält er ihm in bewegten Worten das Unrecht vor, das er begangen, und ermahnt ihn, es nach Möglichkeit gut zu machen durch Herausgabe des widerrechtlich Gewonnenen an seine Kinder. Nach „vollendeter Tragödie" werde auch er das Urteil der Welt zu empfinden bekommen. „Gedenke an Gottes Gericht," ruft er ihm zu, „Eltern von Kindern scheiden, Weib von ihrem Manne, Kinder ihren Vater berauben, Witwen, Waisen und Elende machen, erinnere dich, wie Gott dräuet denjenigen, der obige betrieben, zu geschweigen, die sie machen." Und weiterhin sagt er: „Ich gehe jetzo zu Gott, vor dem ich ein Sünder, verzeihe und vergebe dir von ganzem Herzen." „Wollte Gott, ich stürbe so unschuldig vor Gott als vor der Welt." „Ich sterbe in meiner Unschuld fröhlich und getrost und schließe mit Hiob: Ich weiß, daß mein Erlöser lebt." Ein gläubiger Christ und bibelfester Lutheraner geht er mit ruhigem Gewissen und ohne Furcht vor dem Jenseits der letzten Stunde entgegen. Ein warmes, die Seinen mit zärtlicher Liebe umfassendes Herz spricht aus den Abschiedsbriefen, die er an seine „herzliebste Frau" und seine „sieben Waischen" richtet. In ernster Prüfung über sich selbst zu voller Klarheit gekommen, bekennt er voll männlichen Mutes, dieser Ausgang, den Gott wegen seiner „Erb- und wirklichen Sünden" über ihn verhängt, „obschon jetzo in dieser Sache unschuldig, komme nicht von ungefähr", versichert Weib und Kinder seiner unwandelbaren, das Grab überdauernden Liebe und empfiehlt sie, „seine einzige gewesene Freude", dem Schutze Gottes. Die Gattin, die er bittet, ihn nicht unnütz zu beklagen, berät er in Kürze über Versorgung und Erziehung der Kinder. Die Kinder ermahnt er zur Gottesfurcht und Gehorsam gegen die Mutter: sie sollen sich nicht freuen, wenn

Gott seine Feinde strafe oder sein unschuldiges Blut räche, sondern beten, daß Gott denselben gnädig sei.

Daß Kalckstein schuldlos gewesen, wird niemand behaupten; aber ebensowenig, daß er in dem Sinn und in dem Grade schuldig war, in dem ihn der Kurfürst für schuldig hielt. Er hatte seinen reichlichen Teil an den sittlichen Gebrechen, die infolge langer Zuchtlosigkeit dem preußischen Adel damals anhafteten: eigennützig, gewaltthätig und tyrannisch nach unten, war er respektlos nach oben und liebte es, wie all diese Herren, bei jeder auch nur vermeintlichen Gefährdung ihrer Libertät den Mund gewaltig voll zu nehmen und in der renommistischen Weise des im Feldlager verwilderten Soldaten mit schlimmeren Thaten zu drohen, als er ausführen wollte und konnte. Auch dürfte er angesichts der bisherigen Rechtslage seines Landes und der durch sie bedingten Stellung seines Standes doch in gutem Glauben gehandelt zu haben behaupten. Nicht er war der Neuerer: er verteidigte die alte Ordnung. Daß diese sich überlebt hatte und der neuen Zeit nicht genügte, haben auch von seinen Standesgenossen nur wenige erkannt, weniger noch haben danach gehandelt. Zwei Zeitalter, zwei Staats- und Gesellschaftsordnungen lagen miteinander im Kampf: die alte, dem Untergange verfallen, verkörperte sich in Rohde und Kalckstein, die neue in dem Kurfürsten und seinen Gehilfen. Beide Teile waren von ihrem guten Recht durchdrungen und alles dafür einzusetzen entschlossen. Beide vergriffen sich dabei in den Mitteln: das brachte die Leidenschaft des Kampfes und die harte und gewaltthätige Zeit so mit sich. Uebergänge der Art vollziehen sich nun einmal nur unter krampfhaften Erschütterungen, sie fordern Opfer und bringen nicht bloß den im Unrecht Befindlichen zu Fall. Auch Kalckstein war ein solches Opfer, und die Ahnung davon klingt aus seinen letzten Briefen. Das entsühnt ihn zum Teil und läßt, was er weniger in der Sache als in der Art ihrer Vertretung fehlte, in milderem Lichte erscheinen. Aber auch dem Kurfürsten muß zu gut gerechnet werden, welche Pflichten er gegen die Zukunft des Staates zu erfüllen hatte. Stand sein Gegner unter dem Bann einer nicht zu ändernden Vergangenheit, so war er in

noch viel höherem Maße der Zukunft verbunden, die zu verbürgen seine Fürstenpflicht war, und wie oft hat in solchen Konfliktsfällen gegen diese die Menschenpflicht zurücktreten müssen.

Die Mitlebenden, namentlich die preußischen Adligen, sahen den Vorgang in einem anderen Lichte: ihnen war Kalckstein ein Märtyrer, sein Tod ein Justizmord, und die begonnene Annäherung an den Kurfürsten kam in Stillstand. Widerwillig trugen die Stände, was die neue Ordnung ihnen auferlegte, und empfanden namentlich die Heranziehung zum Unterhalt des für das Herzogtum selbst entbehrlich scheinenden Heeres als ein Unrecht. Aber der Sieg, den das Fürstentum da, wo es am schwersten gefährdet gewesen, gewonnen hatte, wirkte auch auf die übrigen kurfürstlichen Lande: ernstlich ist Friedrich Wilhelm in Erfüllung seiner Pflichten und Uebung seiner Rechte als Landesherr von den Ständen nirgends mehr gehindert worden. Auch ihnen erschloß sich allmählich die Erkenntnis, daß das Recht des Staates ihren Sonderrechten vorging und der Teil sich dem Wohle des Ganzen dienend anpassen und unterordnen müsse.

Inzwischen war auch die Anwartschaft realisiert worden, die der Westfälische Friede dem Kurfürsten auf Magdeburg eröffnet hatte. Da der Besitz des einstigen Erzstifts dem derzeitigen Administrator August von Sachsen auf Lebenszeit zugesagt war, hatte sich Brandenburg im Frühjahr 1650 mit der Eventualhuldigung der Stände begnügen müssen: die Stadt, die nicht ohne weiteres zum Erzstift zu gehören behauptete, hatte auch diese verweigert. Seit der Katastrophe von 1631 schnell neu erblüht, genoß sie inmitten der sie einander mißgönnenden Nachbarn thatsächlich Reichsfreiheit, mochte auch das zur Begründung ihrer Ansprüche darauf vorgewiesene Diplom Ottos des Großen unecht sein. Neidisch auf Brandenburg, leisteten ihr Schweden und Kursachsen dabei Vorschub. 1657 hatte Karl Gustav mit der Stadt und dem Administrator ein Defensivbündnis gegen Brandenburg geschlossen: er wollte die stolze Elbfeste zu einem Hauptwaffenplatz für Schweden machen. Um so mehr wollte der Kurfürst seinen Anspruch anerkannt sehen. Die Gelegenheit, es zu erzwingen, erhielt er im Früh-

jahr 1666. In einem Streit zwischen den Niederlanden und dem kriegerischen Bischof von Münster, Christoph Bernhard von Galen, hatte er bewaffnet vermittelt. Auch der drohende Ausbruch des englisch-niederländischen Krieges hielt ihn in Cleve fest. Zahlreiche Gesandtschaften umdrängten ihn dort: er sah sich von allen Seiten umworben und wurde so recht seiner besseren Stellung inne. Um so weniger glaubte er gehindert zu werden, wenn er ein ihm von Europa zuerkanntes Recht für die Zukunft sicherte. So erhielt Sparr, als er die Truppen nach den Marken zurückführte, den Befehl, Magdeburg zur Huldigung zu zwingen. Der Administrator wurde eingeladen, mit seiner Autorität Hilfe zu leisten, und ließ geschehen, was er nicht hindern konnte. Die Magdeburger dachten anfangs an Widerstand und beeilten die Herstellung der verfallenen Befestigungen. Doch gewannen die besonneneren Elemente unter dem Bürgermeister Otto von Guericke die Oberhand, zumal Fügsamkeit bessere Bedingungen verhieß. In dem benachbarten Wanzleben hatten der Rat und die Innungsmeister mit Sparr eine Besprechung. Danach wurde am 28. Mai im Kloster Bergen ein Vertrag unterzeichnet, der die Formalitäten der dem Kurfürsten und dem Administrator zu leistenden Huldigung und die Aufnahme und das Traktament der Besatzung ordnete, der Bürgerschaft aber ihre Rechte und Freiheiten bestätigte. Am 8. Juni zogen die Kurfürstlichen ein, am 26. huldigte die Stadt. Nun erst konnte der künftige Anfall dieses wichtigen Gebiets für gesichert gelten — der erfreuliche Erfolg einer wohl vorbereiteten und durchgeführten politischen und militärischen Aktion, welche alle überraschte, die sie zu hindern ein Interesse oder Lust gehabt hätten.

IV. Verwaltung, wirtschaftliche und geistige Zustände.

Arbeitsvolle, aber ergebnisreiche Jahre waren dem Olivaer Frieden gefolgt. Die Zusammenarbeitung der bisher nur äußerlich verbundenen Gebiete zu einem lebendigen Ganzen hatte Fortschritte gemacht und dieses zuerst in der Armee seinen Ausdruck gefunden. Ohne solche war Brandenburg keinen Tag seines Daseins sicher. Diese Erkenntnis hatte der Kurfürst in schweren Jahren teuer erkauft. So wurde die Armee das Lebensprinzip seines Staates, an dem alles gemessen wurde. Die gesamte Verwaltung war und blieb darauf gerichtet, ihr lebenskräftiges Dasein zu verbürgen. Von Anfang an ist Brandenburg-Preußen als ausgeprägter Militärstaat konstituiert worden. Dem entsprechend stand im Zentrum des Heerwesens und zugleich der Staatsverwaltung das Kriegskommissariat, das ebensosehr die Summe zog aus der bisherigen Entwickelung, wie es für die folgende die Grundlage wurde und das Erstarken des monarchischen Moments erkennen ließ, das, im Zuge der Zeit liegend, den Staat während eines Vierteljahrhunderts von Grund aus wandelte und an die Spitze der staatlichen Entwickelung in Deutschland erhob.

So tief war die landesherrliche Autorität unter Georg Wilhelm gesunken, daß sie auch in militärischen Dingen an die kontrollierende Mitwirkung der Stände gebunden war. Von diesen präsentierte und vom Kurfürsten bestätigte Deputierte leiteten mit den fürstlichen Kommissaren Werbung, Ausrüstung und Uebung der Söldner und der Miliz und hatten auch Anteil an der Ernennung der Offiziere. Ursprünglich nur bestimmt, die Interessen der Steuerzahler, aus deren Kontribution das Heer erhalten wurde, zu vertreten, wurden diese

Land- und Kreiskommissare schließlich dem Landesherrn gleichberechtigte Mitinhaber der Kriegshoheit und gewannen sogar Einfluß auf die auswärtige Politik. An die Spitze dieser ständischen Organisation, die sich immer dem Generalquartiermeister der durchmarschierenden Truppen, seien es Schweden, seien es Kaiserliche, zur Verfügung zu stellen hatte, war 1630 als Geheimer Kriegsrat eine Abteilung des Geheimen Rats gestellt worden, welche durch die Schweden entlehnte Kriegskanzlei die Anweisungen für die einzelnen Truppenteile an die Kreiskommissare und die Magistrate der Städte übermittelte. Mit der Zentralisation aller Gewalt in Schwartzenbergs Hand war diese Einrichtung ebenso außer Wirksamkeit gekommen, wie die landesherrlichen Kriegskommissare, die bisher neben den ständischen erschienen und namentlich das Lehensaufgebot rücksichtlich seiner Vollzähligkeit und Ausrüstung musterten. Mit der Reduktion kam all das in Wegfall. Bei der Neuorganisation seit 1644 wurden dann die Land- und Kreiskommissare zwar hergestellt, aber auf ihre ursprünglichen Funktionen, das heißt die Vertretung der Interessen der Steuerzahler beschränkt. Die Uebung der landesherrlichen militärischen Rechte blieb hinfort den kurfürstlichen Kriegskommissaren vorbehalten. Einen Fortschritt in der monarchischen Richtung bewirkte auch auf diesem Gebiete Waldeck. Sämtliche kurfürstlichen Lande wurden in drei Militärbezirke geteilt, einen mittleren, der die Marken mit Halberstadt und Pommern umfaßte, einen westlichen, zu dem Cleve, Mark, Ravensberg und Minden gehörten, und Preußen. Dem jedem vorgesetzten Militärgouverneur war ein Kriegskommissar beigegeben, der namens des obersten Kriegsherrn mit den ständischen Land- und Kreiskommissaren des betreffenden Gebiets verhandelte, ihnen die landesherrlichen Befehle mitteilte und den Eingang der zum Unterhalt der Truppen ausgeschriebenen Lieferungen überwachte, deren Umlage und Einhebung Sache der ständischen Kommissare blieb.

Als dann im nordischen Krieg anfangs zwei Heere aufgestellt wurden, eines in Preußen unter Waldeck, das andere in den Marken unter dem Kurfürsten, traten auch zwei Kriegskommissare nebst den nötigen Unterbeamten in Wirksamkeit.

Erst nach Auflösung des preußischen Heeres 1660 griff eine einheitliche Organisation Platz: als Generalkriegskommissar vereinigte Geheimerat Klaus Ernst von Platen alle einschlägigen Geschäfte für das ganze kurfürstliche Heer in seiner Hand, von einem zahlreichen Kanzleipersonal und nach Bedürfnis in den einzelnen Bezirken von Ober- und Unterkommissaren unterstützt oder vertreten. Diese neue Behörde, entsprechend dem stehenden Heere ebenfalls eine ständige, vereinigte die oberste Leitung des Kriegswesens mit der Verwaltung der dafür aufgebrachten Gelder und Naturallieferungen, war also zugleich Militärintendantur und Steuerdirektion. Sie schloß die Kapitulationen zur Bildung neuer Regimenter, wies die Verpflegung an und leitete das gesamte Montierungs-, Einquartierungs- und Besoldungswesen.

Wie nun aber die Bedeutung der Steuerverfassung und -verwaltung, auf der mit dem Heerwesen die gesamten Staatsfinanzen beruhten, schnell wuchs, gewann auch in der Doppelthätigkeit dieser Behörde die bürgerlich-administrative Seite an Geltung: die Steuerdirektion überwog in ihr schließlich, und die eigentlich militärischen Geschäfte kamen wieder an Offiziere. Später wurden einzelne Oberkommissariate in kollegialische Behörden, die sogenannten Kriegskammern, umgewandelt. Dazu trug auch die Neugestaltung der Steuerverfassung und -verwaltung bei, die ebensosehr eine Folge der eingetretenen wirtschaftlichen Aenderungen war, wie sie weiterhin solche veranlaßte. Dazu kam der wachsende Einfluß der gesamtstaatlichen Tendenz, welche die administrative und finanzielle Selbständigkeit der einzelnen Landschaften ebenso unhaltbar machte. Bisher waren von den landesfürstlichen Einkünften die ordentlichen oder laufenden, das heißt die aus den Domänen, Forsten und Regalien, namentlich aus dem Münz- und Salzregal, für den Zivilstaat, das ist den Unterhalt des Hofes, der Beamtenschaft u. s. w. verwendet worden. Sie betrugen auch jetzt nur gegen eine halbe Million Thaler. Die außerordentlichen Einkünfte, die von den Ständen der einzelnen Lande bewilligten Steuern und Zölle, waren im allgemeinen für das Heer verwendet. Das ging an, so lange jede einzelne Provinz auch in mili-

tärischen Dingen für sich selbst sorgte. Seit die ständische Selbstverwaltung sich da als unzureichend erwiesen hatte und der Fürst für sie eintrat, mußten auch die Mittel für das Heer von Staats wegen beschafft werden. Und da das Heer seinem Kern nach ein stehendes geworden war, mußte es auch auf dauernd fließende, nicht mehr von dem guten Willen der Stände abhängige Einkünfte gegründet werden. Auch hier ist Preußen vorangegangen: die dort bewährten Neuerungen sind auf die anderen Lande übertragen und von ihnen nach anfänglichem Widerstande als Verbesserungen anerkannt worden.

Im Herzogtum war zur Beschaffung der durch den Krieg erforderten Aufwendungen schon 1656 die Accise eingeführt. Anfangs nur dem Zwange weichend, hatten die Städte bald die Vorzüge der neuen Besteuerungsart dankbar erkannt. So wurde sie auch in den Marken versucht, und mit gutem Erfolge. Anfängliche Klagen über Begünstigung der einen und Benachteiligung der anderen verstummten, seit die Verwaltung der Accise von den Magistraten auf einen landesherrlichen Steuerkommissar übertragen wurde und ersteren nur die Teilnahme an der Acciseinspektion verblieb. Damit fiel auch die jährliche Bewilligung fort, welche die Städte bisher wenigstens im Prinzip beansprucht hatten. Die Accise wurde geradezu volkstümlich. Anfangs war ihre Einführung den einzelnen Städten anheimgestellt und erfolgte meist durch Beschluß der Bürgerschaft gegen den Willen des Rats. Erst 1667 wurde sie probeweise auf drei Jahre in allen Städten der Mark eingeführt und bethätigte nun erst recht ihre guten Wirkungen. Der Wohlstand der Städte wuchs und die Bevölkerung nahm zu. Bei der Vollendung des Nikolaikirchturms 1671 bezeugte der Rat der Hauptstadt in der in den Knopf gelegten Urkunde den erfreulichen Wandel der Zeiten: die wüsten Stellen seien neu bebaut und die alten Häuser ausgebessert, man dränge sich ordentlich zum Hauskauf. Und dabei brachte Berlin-Kölln statt der früher mit Klagen und Jammern gezahlten 10 000 Thaler Kontribution jetzt jährlich das Zehnfache an Accise.

Langsamer drang der Kurfürst mit der neuen Steuerordnung der Ritterschaft gegenüber durch. Seit der Reichstagsabschied

von 1654 festgestellt hatte, daß die Aufbringung der zur Landesverteidigung nötigen Mittel nicht in das Belieben der Stände der einzelnen Reichslande gestellt sei, sondern erfolgen müsse, unterlag eigentlich nur noch die Art der Aufbringung dem Beschluß der Stände. Daher wurden auch auf dem Lande die ständischen Steuerbeamten durch fürstliche ersetzt, und die Stände wirkten dabei nur noch insofern mit, als die Einziehung der ausgeschriebenen Beträge bezirksweise durch Beamte geschah, die ihnen und dem Landesherrn verpflichtet waren. Die eingegangenen Gelder führten sie an die Kreiseinnehmer zur Kreiskasse, die sie an die Kriegskasse abführten. Die Exekution gegen Säumige, die ehemals von den mit ihrem Unterhalt auf das betreffende Gebiet angewiesenen Truppen selbst vollstreckt war, lag nun dem ebenfalls vom Kurfürsten in Gemeinschaft mit den Ständen bestellten „Schoßreiter" ob.

Die reichlicheren Mittel, über die man nun verfügte, ermöglichten die Erhaltung und den Ausbau der 1644 begonnenen und während des nordischen Krieges erweiterten Heeresorganisation. Auch nach dem Olivaer Frieden wurden die Stämme der meisten Regimenter beibehalten, so daß der Kurfürst, ohne die Festungen zu entblößen, 8000 Mann marschbereit hatte, die schnell auf 10 000 vermehrt werden konnten. An Widerspruch der Stände fehlte es anfangs nicht; aber sie überzeugten sich allmählich von der Notwendigkeit und Nützlichkeit des miles perpetuus und fanden es bequemer, die noch bestehende Verpflichtung zum Lehenskriegsdienst mit Geld abzulösen. Bereits 1663, als die märkische Ritterschaft dem Reichsaufgebot gegen die Türken nach Mähren und Ungarn folgen sollte, zahlte sie lieber für jedes Lehenspferd 40 Thaler von der Hufe. Das alte Vorurteil gegen den Berufssoldaten freilich wurde nur langsam überwunden, obgleich die Armee in strenger Zucht gehalten wurde, namentlich durch das Kriegsrecht von 1656, das 1665 ein Uebungsreglement ergänzte. Es enthält Reminiscenzen an den großen Schwedenkönig, der auf diesem Gebiete noch immer ein unerreichtes Vorbild war: Gottesfurcht und Mannestugend werden als die Hauptstücke der Soldatenzucht bezeichnet. Den Bruch der Kriegsartikel bedrohten strenge

Strafen. Auch das Offiziercorps suchte der Kurfürst durch eiserne Disziplin und zugleich Steigerung seines Ehrgefühls zu heben.

Friedrich Wilhelm war sich wohl bewußt, daß die harte Zeit ihn zu unverhältnismäßig schwerer Belastung seiner Unterthanen nötigte. Um so mehr fühlte er sich verpflichtet, für ihr wirtschaftliches Gedeihen zu sorgen. Was er da geleistet, ist nicht gering, wenn man sich das Elend vergegenwärtigt, in dem er Land und Leute überkommen hatte. Waren doch seinen Unterthanen in dem Elend des großen Krieges mit dem Glauben an eine bessere Zukunft der Mut zum Handeln und die Lust am Streben abhanden gekommen: nur gezwungen legten sie Hand an, um sich aus der wirtschaftlichen Verkommenheit emporzuarbeiten. Sie dazu genötigt zu haben, ist auch ein Verdienst des Kurfürsten; aber nur ganz allmählich überwand er ihre Indolenz.

In erster Linie galt seine Sorge der ländlichen Bevölkerung, die in manchen Gegenden eigentlich neu geschaffen werden mußte. Nicht bloß die Mark war streckenweise entvölkert. In Preußen waren bereits im Juni 1647 die Oberräte angewiesen, die wüsten Aecker mit Einwanderern aus Holland zu besetzen, und 1649 hundert Familien in den Aemtern Tilsit und Insterburg und auf dem Kammergut Sabina angesiedelt worden. Schon das Jahr zuvor hatte die Ansetzung solcher Zuzügler aus Friesland und Holland in der Mark begonnen, die namentlich dem Ackerbau und der Viehzucht zu gute kam. Sie verwandelten den öden Boden bei Zehdenick und Liebenwalde in fruchtbare Felder und würzige Wiesen. Auch die Aemter Fehrbellin, Chorin, Tangermünde und Gramzow wurden kolonisiert, indem man den Einwanderern durch Gewährung von Baumaterialien und Gerätschaften, von Lasten- und Abgabenfreiheit für die ersten Jahre oder auch durch Darlehen und günstige Pachtbedingungen das wirtschaftliche Gedeihen erleichterte. Hier erwarb sich namentlich der Kammerpräsident Raban von Canstein, der das Domänenwesen in allen Landen unter sich hatte, große Verdienste. Das Beispiel der Einwanderer wirkte belehrend und anregend auf die Einheimischen. Das übrige that ein gewisser Zwang: zum Besten

der Landeskultur mußten jüngere Bauernsöhne wüste Hufen annehmen und die mit Fichten bestandenen Felder säubern und urbar machen, später (1686) alle Gutsunterthanen hinter ihren Häusern Gärten und Baumpflanzungen anlegen. Niemand sollte getraut werden ohne den Nachweis, daß er sechs Obstbäume gepfropft und sechs junge Eichen gepflanzt hatte. Doch nahm der Kurfürst keinen Anstoß daran, wenn die Adligen für das, was er ihnen auflegte, sich an ihren Bauern erholten. Liberale Anwandlungen lagen der Zeit auf diesem Gebiete ganz fern. Seine Bauern-, Gesinde-, Hirten- und Schäferordnungen von 1678, 1681 und 1683 ließen den Bauern an die Scholle gebunden und verpflichteten ihn, der Gutsherrschaft drei Jahre zu dienen, den Leibeigenen sogar zu unbeschränktem Hand- und Spanndienst. Im eigenen Interesse wollte er den Adel wirtschaftlich sichern. Denn in ihm sah er den Träger des Staates, der neuen Heeres- und Verwaltungsordnung: daher suchte er seine landschaftliche Abgeschlossenheit zu durchbrechen und veranlaßte seine Räte, sich in den verschiedenen Provinzen anzukaufen und das Indigenat zu erwerben. Auch verlieh er zuerst von den Hohenzollern Adelspatente, ungeachtet der Einsprache, die dagegen z. B. von dem pommerschen Adel erhoben wurde.

Doch fehlte ihm auch der volkstümliche Zug nicht, der dem absoluten Fürstentum in seinen Anfängen eigen war. In den Städten vertrat er die Interessen der niederen Schichten gegen das Patriziat und das Prinzip bürgerlicher Erwerbsfreiheit gegen die Unduldsamkeit der Zünfte, indem er den Zuzüglern Bürgerrecht verlieh und zur Aufnahme in die Gewerke half. Das Edikt hob er auf, das 1573 die Juden aus der Mark verbannt hatte, und ließ 1670 aus Oesterreich vertriebene Juden zu und erlaubte ihnen gegen Abgabe Handel zu treiben. Schwerer empfand es der bürgerliche Dünkel, daß er auch für „unehrlich geltende" Leute, wie Kinder von Schäfern und andere mehr, für ehrlich erklärte und zum Bürgerrecht und zu den Zünften zuließ. Gerade in den kleinbürgerlichen Kreisen war er daher besonders beliebt und verehrt, zumal ihm selbst ein gewisser bürgerlicher, ja kleinbürgerlicher Zug eignete. Er liebte das städtische Getriebe, namentlich das

Gewirr des Marktes und zog es in Berlin durch die Errichtung von Buden auf der Renn- oder Stechbahn und dem Mühlendamm in die Nähe des Schlosses. Gern bewegte er sich unter der geschäftigen Menge, um einzukaufen, namentlich Singvögel, die er besonders liebte. Aber auch die Hauptstadt bedurfte anfangs eines gewissen Zwanges, ehe sie anfing, sich aus der Verkommenheit emporzuarbeiten. Als Friedrich Wilhelm 1643 dorthin kam, glich sie einem großen, halbverfallenen, von Unrat starrenden Dorfe; vor den Häusern lagen Haufen von Schmutz, und Wagen konnten kaum passieren. „Solch säuisch Wesen dulde ich nicht," hieß es in einem Erlaß; „wer den Schmutz dort hinauswirft, dem soll er von Polizei wegen wieder ins Haus zurückgeworfen werden." Brunnen wurden angelegt und Feuerlöschgeräte aufgestellt, auch die Bürger für den Fall eines Brandes mit Anweisung versehen. Die Spree, die von der Langen Brücke her allen möglichen Unrat an dem Schlosse vorbeiführte, wurde gereinigt und zwischen ihr und dem Schloß, dessen beabsichtigten Ausbau der leidige Geldmangel hinderte, ein Gärtchen angelegt. An Umfang wuchs die Stadt: 1658 begann die Trockenlegung des dem Schlosse benachbarten buschbestandenen Friedrichswerder, den auch die das Jahr zuvor begonnene neue Befestigung einbegriff: aber nur sehr allmählich wurden die abgesteckten Straßen mit Häusern besetzt, da für diese erst durch Rammwerke ein fester Stand gewonnen werden mußte. Schneller wuchsen die Friedrichs- und die Dorotheenstadt empor.

Auch für die Verschönerung Berlins geschah manches. Der Lustgarten beim Schloß wurde ein vielbewundertes Prachtstück, ausgezeichnet durch die Schönheit und Stattlichkeit der mit Skulpturen und Lusthäusern versehenen Anlagen und durch den Reichtum seiner Beete und Gewächshäuser an seltenen Pflanzen. Denn der Kurfürst war ein besonderer Freund des Gartenbaues und der Blumenzucht, und seine oranische Gemahlin teilte zum Segen des Landes diese Vorliebe. Wie sie das Dorf Bötzow als Oranienburg zu einer Musterwirtschaft machte, so ließ er im Lustgarten mit dem Anbau von neuen Nutzpflanzen Versuche anstellen. Dort wurden die ersten Kartoffeln

gezogen. Auch gaben die Versuche und Sammlungen des Lustgartens zu naturwissenschaftlichen Studien Anregung.

In seinen wirtschaftlichen und handelspolitischen Anschauungen war der Kurfürst ein Kind seiner Zeit. Der Ausschluß fremder Konkurrenz sollte das einheimische Gewerbe heben und die Gewährung von Staatsbeihilfe zur Einbürgerung neuer Gewerbebetriebe den Volkswohlstand fördern. Der Erfolg freilich war bescheiden. Ihn zu steigern, hätte es bei der Bevölkerung größerer geistiger Beweglichkeit und frischerer Initiative bedurft. Eine raschere Entwickelung begann auf diesem Gebiete erst mit dem Einströmen der erfahreneren, thätigeren und anpassungsfähigeren französischen Reformierten. Da kam auch erst recht zur Wirkung, was der Kurfürst für die Erleichterung des Verkehrs gethan hatte, indem er, zum Teil durch zwangsweise Heranziehung der Anwohner, für die Reparatur und den Bau von Brücken, Dämmen und Straßen sorgte. Namentlich den Wasserstraßen wandte er seine Aufmerksamkeit zu. In Preußen regte er schon 1646 die Herstellung des „neuen Grabens“ an, der unter Vermeidung des kurischen Haffs den Produkten Litauens den direkten Wasserweg nach Königsberg öffnete. Von besonderer Wichtigkeit wurde der Friedrich Wilhelms- oder Müllroser Kanal, der eine Verbindung zwischen Oder und Spree herstellte und so trotz der Sperrung der Odermündungen durch die Schweden dem Handel der Mark und ihres Hinterlandes einen Ausweg öffnete und Berlin zum Stapelplatz zwischen Hamburg und Breslau machte. Uebrigens tritt seine Neigung zu weitausgreifenden Projekten gerade auf diesem Gebiete früh zu Tage: als ob überseeischer Besitz unter allen Umständen eine Bürgschaft gewinnreichen Handels wäre, betrieb er schon 1647 die Errichtung einer Ostindischen Compagnie und wollte ihr durch die Erwerbung des dänischen Dansborg (heute Trankebar) auf Koromandel eine Stätte bereiten. Glücklicher war er, wo er ein thatsächliches Bedürfnis mit dem ihm eigenen praktischen Verständnis auffaßte und mit einfachen Mitteln befriedigte. So wurde unter ihm der Amtskammerrat Michael Matthias, seit 1654 Hofpostdirektor, der Schöpfer der kurfürstlichen Post, die bald als Musteranstalt galt und

obenein noch bedeutende Erträge lieferte. Während ehemals nur Staatssachen durch die Dragonerpost der Landreiter befördert waren, wurde 1650 eine auch dem Publikum dienende ständige Reiterpost eingerichtet; durch sie organisierte Matthias einen regelmäßigen Postdienst, der sich mittels der vier bis fünf Meilen auseinanderliegenden Relaisstationen von Memel bis Geldern erstreckte, das heißt 1400 Meilen quer durch ganz Deutschland ging. Der Protest des Fürsten von Thurn und Taxis gegen diese Verletzung seines Reichspostprivilegs blieb unbeachtet, und während Brandenburg demselben früher 20 000 Thaler jährlich hatte zahlen müssen, gewann es jetzt ebensoviel.

Wenig hatten bisher — etwa von Joachim II. abgesehen — die Hohenzollern für die geistigen Interessen in der Mark thun können. Trotz der Frankfurter Universität stand diese darin hinter Preußen zurück, wo die von Herzog Albrecht gegebene Anregung dauernd nachwirkte. Erst Friedrich Wilhelm war es, der trotz der sonst auf ihm lastenden Sorgen in dem Lande, das sich erst mühsam aus tiefem Verfall emporarbeitete, Kunst und Wissenschaft eine bescheidene Stätte bereitet. Natürlich nahmen daran nur die höheren Kreise teil: auch die mittleren rangen noch zu sehr mit der materiellen Not. Doch war auch hier bei dem Kurfürsten ein praktisches Interesse im Spiel, die Sorge für den nötigen Nachwuchs an tüchtigen Beamten, deren der Staat von Jahr zu Jahr mehr bedurfte. Die gelehrten Schulen erfuhren vielfache Förderung, in Frankfurt a. O. entstand 1671 eine Ritterakademie, in Berlin 1681 das Friedrichswerdersche Gymnasium. Die Frankfurter Universität hob sich wieder; der eingerissenen Zuchtlosigkeit wurde streng gesteuert. Dagegen fristete die Universität, die er auf Grund des reformierten Bekenntnisses zur Bekämpfung des jesuitischen Einflusses am Niederrhein 1655 in Duisburg errichtete, nur ein kümmerliches Dasein. Daß der Kurfürst die „Universaluniversität“ für möglich hielt, die der schwedische Reichsrat Benedikt Skytte für alle Nationen, Religionen, Konfessionen und Wissenschaften auf Grund voller Gleichberechtigung, republikanischer Selbstregierung und ewigen Friedens plante, wird ihm ebensowenig zum Vorwurf zu machen sein, wie etwa Joachim II. seine

alchimistischen Neigungen. Obgleich er der Anstalt in Tangermünde Aufnahme gewährte und im Frühjahr 1667 alle Interessenten dorthin einlud, blieb das Projekt natürlich unausgeführt. Dagegen wurde er der Begründer der Berliner Bibliothek: ihren Stamm gab eine Büchersammlung aus der Zeit Johann Ciceros und Joachims II. ab, die man verstaubt auf dem Boden des Schlosses fand. Ihr erster Vorsteher wurde der gelehrte Johann Raue. Auch die Anfänge der Berliner Kunst- und Naturaliensammlungen gehen auf den Kurfürsten zurück. An diesen Dingen fand er mehr Vergnügen als an der dürftigen Litteratur seiner Zeit. Auch die Fruchtbringende Gesellschaft, der er als „der Untadelige" angehörte, kann ihm da nur wenig geboten haben. Daß er den preußischen Dichter Simon Dach (1605—1659), der in einem Gedicht zum Preis der Geburt des nachmaligen Friedrich III. (1. Juli 1657) das künftige preußische Königtum verkündet hatte, durch ein bescheidenes Gütchen versorgte, galt wohl weniger dem Poeten als dem Preußen. Dem preußischen Kapellmeister Johann Stobäus ermöglichte er seit 1645 den Druck seiner musikalischen Werke aus den Strafgeldern des preußischen Obergerichts. Er unterstützte seines Leibarztes Menzel Studien über asiatische und amerikanische Sprachen und die des Berliner Probstes Müller über das Chinesische. Dem Königsberger Hofprediger Professor Johannes Böhm erschloß er das Archiv für eine Geschichte Herzog Albrechts. Auch der französische Historiker de Rocoules und der Publizist Gregorio Leti, der Ludwig XIV. litterarisch bekämpfte, sind von ihm gefördert worden. Aber er war kein Verehrer des damals herrschenden französischen Vorbildes. Als er die Regierung antrat, war der Hof nach dem Bericht eines französischen Gesandten in Sprache und in Formen des Lebens ganz französisch. Das änderte sich allmählich. Während in der früheren Zeit ein Betonen des deutschen Wesens im Gegensatz zu der französischen Mode nicht bemerkbar wird, haben später politische Momente darin eine Aenderung bewirkt.

Dieser deutsche Zug im Wesen des Kurfürsten wurzelte zumeist in seinem streng evangelischen Denken. Deutsch und

evangelisch war ihm eins. Dem entsprach schon sein Auftreten auf dem westfälischen Friedenskongreß: dort hatte er ein für jene Zeit ganz neues Prinzip aufgestellt. Anfechtungen und Bedrängnisse aller Art hat es ihm eingetragen: aber hier kannte er kein Nachgeben und kein Zurückweichen. Die Toleranz zu üben, zu der er sich selbst bekannte, hat er auch seine Unterthanen gezwungen. Gewiß spielte dabei das politische Moment eine Rolle: die Art, wie Lutheraner und Katholiken die Reformierten verketzerten, mußte seine fürstliche Stellung schädigen. Wie leicht wurde der konfessionelle Eifer zum Deckmantel politischer Agitation! In Preußen hatte er einen antidynastischen, ja antinationalen Charakter angenommen. Die Eindrücke, die der Kurfürst dort zu Anfang seiner Regierung empfangen hatte, verwand er nie. Dort meinte man, wie er sagte, mit Gott erst gut zu stehen, wenn man alle reformierten Prediger abgeschafft hätte. Daß er nicht ebenso dachte, wurde ihm als Feindschaft gegen das Luthertum ausgelegt. Der seit 1643 als kurbrandenburgischer Hofprediger fungierende Bartholomäus Stosch sollte ihn gegen dieses aufhetzen, unter dem Schein irenischer Bestrebungen Zwietracht säen und schuld sein am Eindringen „des calvinistischen Schwarms und dessen mörderischen Seelengiftes“. Vergeblich erklärte der Kurfürst am 26. Juli 1653, die Bekenner der unveränderten Augsburgischen Konfession hätten keine Art von Zwang und Drang zu befürchten, da er sich eine Herrschaft über die Gewissen nicht anmaße. Nur um so wüstere Lästerungen des Calvinismus tönten von den Kanzeln und erfüllten die theologische Litteratur. Bis an sein Ende wollte er mit Luther die calvinistische Lehre verdammen, erklärte der an die Petrikirche zu Kölln berufene Licentiat Pomarius, und in der Kirche zum Grauen Kloster hörte man das Wort: Wer nicht lutherisch ist, ist verflucht. Ja, der Stendaler Prediger Jakob Schilling bezeichnete in einer mit Umgehung der Zensur veröffentlichten Schrift die reformierte Religion kurzweg als teuflisch und ermahnte seine Zuhörer, ihren Bekennern zu fluchen. Mit Recht fragte der Kurfürst, was wohl einem reformierten Prediger geschehen würde, der ähnlich gegen die Lutheraner eiferte. Daß der friede-

störende Mensch seines Amtes entsetzt wurde, umgab ihn höchstens noch mit dem Glorienschein des Martyriums. In Preußen steigerte die lutherische Agitation noch der Streit über die Souveränetät. Die Friedensmahnungen des Kurfürsten blieben ebenso erfolglos wie die Vermittelung Schwerins, der eine Art von Religionsgespräch hielt. Von Wittenberg ermunterte man die Lutheraner zum Ausharren, und die theologische Fakultät unterstand sich, an den Kurfürsten eine öffentliche Vermahnung zu richten: blieb diesem etwas anderes übrig, als seinen Unterthanen den Besuch Wittenbergs zu verbieten, das eine Brutstätte des Haders geworden sei? Nur unnachsichtiger Zwang konnte solch Gezänk wenigstens äußerlich ersticken: wenn nicht mehr tagaus tagein gestritten, geschmäht und geschimpft werden konnte, gewöhnte man sich vielleicht, ruhig nebeneinander herzugehen. Nachdem daher auch die Erneuerung von Johann Sigismunds Erlaß gegen das Schmähen von den Kanzeln (Anfang 1662) nichts gebessert hatte, erging am 26. September 1664 ein Edikt, alle märkischen Geistlichen sollten sich durch einen Revers verpflichten, das Schmähen von der Kanzel hinfort zu unterlassen. Nur einer weigerte sich dessen, Paul Gerhard, der berühmte Dichter geistlicher Lieder, damals Prediger an der Nikolaikirche in Berlin: er meinte, der weltlichen Obrigkeit auf die Führung seines geistlichen Amtes keine Art von Einfluß gestatten zu dürfen. Trotz der Verwendung des Rats und seiner Gemeinde wurde er seines Amtes entsetzt. Der Vorgang erregte die Gemüter so tief, daß der Kurfürst die Gründe seiner Strenge in einem Manifest vom 4. Mai 1665 darlegte. Niemals, so beteuerte er, habe er sich angemaßt, über seiner Unterthanen Gewissen und Religion einige Gewalt zu üben, sondern lasse allen ohne Unterschied des Glaubens Gnade und Beförderung zu teil werden. Auch liege ihm nichts ferner, als, wie man seinen Religionsedikten schuld gebe, eine Religionsmengerei herbeizuführen oder gar jemandem gegen sein Gewissen einen Glauben aufzuzwingen. Etwas besser wurde es nun, aber noch lange nicht gut. Paul Gerhard, auf erneute Verwendung trotz mancher Bedenken ohne Revers restituiert, legte sein Amt bald freiwillig nieder und folgte einem Rufe

nach Kursachsen, dem gelobten Lande des Luthertums: es beunruhigte sein Gewissen, daß er seiner Meinung über die Calvinisten nicht ungescheut Ausdruck geben konnte. Auch in der Folge bedurfte es steter Wachsamkeit, um das Uebel nicht wieder um sich greifen zu lassen. Selbst seiner ersten Beamten scheint der Kurfürst da nicht sicher gewesen zu sein, wenn er 1665 seinen Räten die Verpflichtung abnahm, keine Glaubenszänkerei ungestraft zu lassen.

Aber nicht bloß die Differenzen zwischen seinem reformierten Bekenntnis und der lutherischen Orthodoxie faßte der Kurfürst so weitherzig auf, sondern er beurteilte alle seine Unterthanen nicht nach dem Dogma, zu dem sie sich bekannten, sondern nach ihrem Gehorsam gegen den Staat und dem Nutzen, den sie ihm bereiteten. Und was verdankt die Kultur seines Landes dieser aufgeklärten Denkweise! Brandenburg-Preußen wurde das gelobte Land der Toleranz, wo alle diejenigen freundlicher Aufnahme, zuverlässigen Schutzes und thatkräftiger Förderung gewiß waren, die um ihres Glaubens willen aus der Heimat hatten fliehen müssen. So wurden 1654 aus Schlesien vertriebene Protestanten in Kottbus, Bobersberg, Sonnenburg und anderen Orten angesiedelt; 1658 fanden die aus Polen verjagten Socinianer in Preußen Aufnahme, trotz des geharnischten Protestes der preußischen Stände und Geistlichen, die den Bestand der preußischen Landeskirche durch die Leugner der Dreieinigkeit gefährdet wähnten. Auch von ihren Herren verjagte Pfälzer und Wallonen waren willkommene Schützlinge. 1661 erschienen die ersten französischen Reformierten in Berlin und gefielen sich da bald so wohl, daß ihre Glaubensgenossen ihnen in wachsender Zahl folgten: im Juni 1672 konnte dort mit kurfürstlicher Beihilfe bereits eine französisch-reformierte Kirchengemeinde konstituiert werden.

Auch in der Behandlung der Juden ging der Kurfürst den meisten seiner fürstlichen Zeitgenossen mit rühmlichem Beispiel voran, unbeirrt durch die Beschränktheit und Unduldsamkeit der öffentlichen Meinung, mochte er damit zunächst auch nichts weiter erreichen, als daß man sich die Umgehung der noch zu Recht bestehenden judenfeindlichen Gesetze stillschweigend gefallen

ließ. In der Mark hatten die Juden seit 1573 kein Niederlassungsrecht mehr, nur der Besuch der Messen und Märkte wurde ihnen auf Ansuchen erlaubt. Da wandten sich 1670 die österreichischen Juden, auf Betreiben der Geistlichkeit von einer harten Verfolgung heimgesucht, durch Vermittelung des brandenburgischen Gesandten in Wien, Andreas Neumann, an den Kurfürsten mit der Bitte um Aufnahme in die Mark. Infolgedessen durften sich bis zu fünfzig Familien dort und im Krossenschen ansiedeln und auch Grundeigentum erwerben. Ihr Nutzen für Handel und Verkehr machte sich bald bemerkbar und 1671 wurden sie von dem zu zahlenden Leibzoll befreit. Seit 1672 wuchsen die jüdischen Gemeinden der Mark infolge neuen Zuzugs beträchtlich. In Cleve erhielten die bisher bloß geduldeten Juden 1661 ein Schutzprivileg. Für Halberstadt war ein solches schon 1650 ergangen. Am ungünstigsten blieb die Lage der Juden in Preußen: auch in diesem Punkte konnte die milde Denkungsart des Kurfürsten gegen die Unduldsamkeit der Stände dort nicht aufkommen. Geduldet freilich hat man Juden auch dort, aber die von ihrem Handel erhobene Accise um vier Prozent erhöht. Ja 1679 setzten die Stände ein Dekret durch, das die Juden kurzweg des Landes verwies und die künftig darin betroffenen für vogelfrei erklärte. Natürlich aber fanden sich auch hier Mittel und Wege, seine Ausführung zu hintertreiben: die Regierung, welche den Nutzen dieser Unterthanen wohl zu schätzen wußte, nahm sich ihrer unvermerkt an und ließ es sogar zu, daß sie 1680 in Königsberg eine Synagoge bauten.

Ueberblickt man die Gesamtentwickelung Brandenburg-Preußens in den ersten fünfundzwanzig Jahren der Regierung Friedrich Wilhelms, so wird eine tiefgehende äußere, aber nicht minder innere Wandlung erkennbar. Nicht bloß der Zerfall der von seinen Vorgängern zusammengebrachten Territorien war abgewandt: durch neue Erwerbungen, die freilich hinter seinen Anrechten weit zurückblieben, war der Gesamtbesitz vergrößert und günstiger gestaltet. Die Einschränkung der ständischen Libertät hatte die staatliche Einheit wirksam gefördert: zuerst in der Armee war sie zum Ausdruck gekommen. Die

Herstellung auch einer administrativen Gleichförmigkeit war wenigstens angebahnt. Für die Landeskultur waren neue Grundlagen gewonnen und auch mit der Hebung der geistigen und sittlichen Kultur der Bevölkerung der Anfang gemacht, seit die Erstickung des öden konfessionellen Haders die erste Bedingung für solche höhere Bestrebungen geschaffen hatte. Ohne den Gang der europäischen oder auch nur der deutschen Dinge entscheidend zu beeinflussen, war Brandenburg-Preußen doch hier wie dort nicht mehr zu einer bloß passiven Rolle verurteilt, sondern ein Faktor, den selbst die großen Mächte in Rechnung ziehen mußten. Schon damit hatte Friedrich Wilhelm ein reiches Maß verdienstlicher fürstlicher Lebensarbeit geleistet: doch konnte er kaum darauf rechnen, auf dem gelegten Grunde den Bau des Staates selbst noch aufzuführen. Aber vorsorglich bezeichnete er dem Nachfolger die Ziele, die es dafür ins Auge zu fassen, und die Wege, auf denen es sie zu erstreben galt. Er that das 1667 in einem eigenhändigen Aufsatz, der nachmals archivalisch als „Väterliche Vermahnung“ benannt wurde, ein politisches Testament großen Stils von durchaus praktischer Tendenz. Er wollte, wie er im Eingang sagt, seinem Nachfolger — damals dem Kurprinzen Karl Emil — auf Grund seiner Erfahrungen die Summe dessen übermitteln, was bei der Staatsregierung beobachtet werden müsse, damit er sich danach richte und sich nicht erst von seinen Dienern unterweisen zu lassen brauche. Sich möglichst kurz fassend, um dem Sohne nicht mit langem Lesen zur Last zu fallen, will er ihm zeigen, wie er die Regierung führen, sich gegen Gott, seinesgleichen und seine Unterthanen in kirchlichen und weltlichen Dingen verhalten, welcher Räte er sich bedienen, wie er im Geheimen Rate votieren lassen und das Beschlossene ausführen, welche Allianzen er suchen, wie er die Finanzen bessern, die Festungen erhalten und vermehren, in welcher Stärke Garnisonen halten und Magazine anlegen solle.

Dieser Disposition entsprechend, beginnt das Schriftstück mit der Vermahnung zu Gottesfurcht und treuem Festhalten an Gottes Wort, „dieweil darein die rechte, Gott wohlgefällige Regierungskunst und höchste Politica begriffen ist“, zu kind-

licher Verehrung für die Mutter und Freigebigkeit gegen die Armen. Sein Nachfolger soll für die Ausbreitung der reformierten Religion sorgen, jedoch nicht mit Zwangsmitteln oder durch finanzielle Kürzung der lutherischen Kirche. Zu Hof- und Staatsbeamten soll er vorzugsweise Reformierte berufen, streit- und zanksüchtige Prediger weder in den Städten noch auf dem Lande dulden, sondern nur auf Förderung des Kirchenfriedens bedachte, die seinen Edikten gehorchen. Auch von den Lehrern an Schulen und den Professoren an den Universitäten gelte das: wer nicht Frieden halten will, soll des Landes verwiesen werden. Er mahnt zur Wachsamkeit, damit die Römischkatholischen, deren es in den Marken und Preußen zur Zeit keine gibt, sich nicht doch wieder einschleichen. Nur für kaiserliche oder königliche Gesandte soll in Berlin Messe gehalten werden dürfen, sonst nie; so möge es, wünsche er, mit Gottes Hilfe ewig bleiben, „auf daß solche Abgötterei und Greuel von den Nachkommen niemals mögen gesehen werden“. Habe doch die lutherische Kirche an Zeremonien aus dem Papsttum ohnehin mehr als genug beibehalten: das möge sein Nachfolger mit guter Manier ändern. Was dagegen in Preußen und den statt Pommerns erworbenen Landen den Katholiken an Rechten zusteht, ist gewissenhaft zu respektieren, weil ihnen das bei der Huldigung zugesichert ist, und damit die Evangelischen in Jülich vom Pfalzgrafen gleiche Duldung genießen. Dafür aber — eine merkwürdige Anschauung — sollen seine katholischen Unterthanen am Niederrhein ihn als ihren obersten Bischof anerkennen, wie einst den Herzog von Cleve, und den zuwiderlaufenden päpstlichen Bullen und Dekreten nicht gehorchen. Wer dagegen verstößt, soll mit Geld gestraft, wenn er beharrt, ausgewiesen, der Abgang durch Heranziehung gehorsamer Katholiken ersetzt werden. Besonderer Pflege empfiehlt er die Universitäten. Alle seine Unterthanen ohne Unterschied der Religion soll der künftige Kurfürst als ein rechter Landesvater lieben, ihre Wohlfahrt nach Kräften fördern, den Handel zu heben und die Bevölkerung, namentlich in der Mark, zu vermehren suchen, mit Prälaten und Edelleuten leutselig verkehren, ohne jedoch seiner Stellung etwas zu vergeben, den

übrigen Fürsten gegenüber streng auf das seinem Range Gebührende halten und namentlich die kurfürstliche Präeminenz in nichts kürzen lassen. Dann folgt eine Mahnung zu steter Sorge für eine unbestechlich gerechte Justiz und die Darlegung der Gesichtspunkte, nach denen bei der Wahl der Räte zu verfahren: Gottesfurcht, Uneigennützigkeit, Verschwiegenheit, Ehrbarkeit des Wandels und Offenherzigkeit, Kenntnis der Geschäfte und reformiertes Bekenntnis werden als die vornehmsten Erfordernisse aufgezählt. Die zu schwerem Dienst Berufenen sollen aber auch entsprechend gut gehalten werden, damit sie ausschließlich ihres Herrn Wohlfahrt im Auge haben. Nie aber soll der Herrscher einem seiner Räte allein alle Autorität einräumen, da ein solcher schließlich ihm selbst über den Kopf wachsen würde. Parteien und Cliquen unter den Staatsdienern sind unter keinen Umständen zu dulden, auch nicht zu viel Glieder einer Familie zu wichtigen Aemtern zu erheben. Die Art, wie der Kurfürst dann mit seinen Räten zu arbeiten, ihre Ansichten zu hören und auf Grund derselben nach reiflicher Prüfung zu entscheiden empfiehlt, gibt genau das Verfahren wieder, das er selbst beobachtet und bewährt gefunden hat. Diese Ratschläge flößen auch heute noch hohe Achtung ein vor der ebenso unermüdlichen, wie peinlich gewissenhaften Arbeit, in der Friedrich Wilhelm seine Regentenpflichten zu erfüllen bemüht war. Seine eigene Praxis schildert er, wenn er schreibt: „In Rat höret fleißig zu, notieret alle Bedenken der Räte und lasset daneben noch fleißig Protokoll führen, fasset aber in wichtigen Dingen und solchen, wo Verschwiegenheit geboten ist, nicht gleich einen Beschluß, sondern überlegt zuvor mit einem der Räte oder einem Sekretär die Vota nochmals und entscheidet erst dann. Seid gleich den Bienen, die den besten Saft aus den Blumen saugen, und ist es eine schwere Sache, so bittet Gott, daß er Euch eingeben möge, was Ihr thun sollt zu Seines Namens Ehre und zum Besten Eueres Hauses und Euerer Unterthanen." Das Beschlossene aber soll schnell ausgeführt werden. Bei der Umfrage im Geheimen Rat ist stets bei dem jüngsten Mitgliede zu beginnen, damit die jüngeren Räte nicht aus Respekt vor den alten mit ihrer Meinung zurückhalten,

weil sie sonst „durch die Hechel gezogen und übers Maul gefahren werden".

Der nächste Abschnitt betrifft die leitenden Gesichtspunkte für die auswärtige Politik. Im Reiche möge man suchen, sich mit allen gut zu stellen; nach außen bemühe man sich um Sicherheit gewährende Allianzen. Doch muß gegenüber dem Kaiser stets das evangelische Interesse festgehalten werden: so wenig wie die Freiheit des Reichs darf dieses je preisgegeben werden. Unbedingt aber ist dem Kaiser im Falle eines schwedischen Angriffs Hilfe zu leisten. Die Freundschaft Polens kann man sich etwas kosten lassen: um so sicherer ist die preußische Souveränetät. Diese bezeichnet er im Hinblick auf den unerträglichen Zustand, in dem seine Vorfahren und er selbst sich unter der polnischen Lehenshoheit befunden, als ein teueres Kleinod seines Hauses, das gut in acht genommen werden müsse. Deshalb sei auch im Fall eines schwedischen Angriffs auf Polen diesem treue Bundeshilfe zu leisten. Ueberhaupt gelte es, vor Schweden auf der Hut zu sein und bei allem Bemühen um gute Nachbarschaft mit ihm sich alle Zeit zu seiner Abwehr bereit zu halten. Denn sicher würden die Schweden bei der ersten günstigen Gelegenheit den Versuch erneuen, sich der Ostseehäfen zu bemächtigen. Dann wendet sich der Kurfürst zur Erörterung der europäischen Politik. In dem großen Gegensatz zwischen dem Hause Habsburg in Oesterreich und Spanien auf der einen und Frankreich und Schweden auf der anderen Seite ist alle Zeit die Erhaltung des Gleichgewichts zu erstreben und daher immer dem augenblicklich im Nachteil befindlichen Teil beizuspringen. Auch mit Frankreich möge er ein gutes Einvernehmen pflegen, aber darüber seiner Stellung als Kurfürst nichts vergeben, überhaupt stets mehr das Reich als fremde Kronen im Auge haben. Er selbst, so gibt der Kurfürst schließlich an, sei zur Zeit mit dem Kaiser, Frankreich, England, Dänemark, Schweden, Polen und den Vereinigten Niederlanden durch Allianzen verbunden. Ob diese zu erneuern und wie sie dabei zu verbessern seien, hänge von der künftigen Gestaltung der Verhältnisse ab. Doch sei auf Allianzen überhaupt nur insofern etwas zu geben, als zuweilen die Schwerter

sich gegenseitig in der Scheide halten. Als die für Brandenburg wünschenswertesten Verbündeten bezeichnet er England, Dänemark und die Niederlande: jene beiden können es im Notfall im Besitz der Ostseehäfen schützen, an diese bindet es das reformierte Bekenntnis und die Rücksicht auf die Sicherheit Cleves.

„Allianzen sind zwar gut, aber eigene Kräfte noch besser; darauf kann man sich sicherer verlassen," fährt der Kurfürst dann fort. Ein Fürst, der nicht eigene Mittel und ein eigenes Heer hat, genießt keine Achtung. Daß er beides gehabt, habe ihn „considerabel" gemacht, aber noch immer möchte er es beklagen, daß er im Anfang seiner Regierung sich davon habe abbringen lassen und anderem Rat gefolgt sei. — So urteilte er jetzt, nach fünfundzwanzig Jahren, über die Zeit, wo er im Gegensatz zu Schwartzenberg mit der ständischen Reaktion gemeinsame Sache gemacht hatte! Diese Bemerkungen vermitteln den Uebergang zur Erörterung der Gesichtspunkte, die er für die innere Politik als leitende empfiehlt. Voran stellt er die Untrennbarkeit der unter seiner Herrschaft vereinigten, zuletzt durch Magdeburg vermehrten Gebiete. Sie will er auch dadurch nicht angetastet haben, daß er in seinem um dieselbe Zeit aufgesetzten Testament Halberstadt dem zweiten Sohne, Friedrich, als Versorgung angewiesen hatte und zu Gunsten des dritten, Ludwig, eine ähnliche Bestimmung in betreff Lauenburgs und Bütows in Aussicht stellt. Auch der künftige Kurfürst soll seinen Brüdern nie Teilfürstentümer einräumen, damit es seinem Hause nicht gehe wie Sachsen und Anhalt. Für standesgemäßes Auskommen der jüngeren Prinzen läßt sich auch durch Uebertragung von Pfründen, Statthalterschaften u. s. w. sorgen, ohne Gefährdung der Staatseinheit. In betreff Jülich-Cleves rät er, es bei dem Vertrag vom 9. September 1666 zu lassen, indem er bekennt, sich überzeugt zu haben, daß mehr als in demselben erlangt worden, wegen der dabei drohenden auswärtigen Verwickelungen doch nicht erreicht werden könne.

Des weiteren gibt der Kurfürst dem Sohne Anweisung, wie er durch sorgfältige Erhaltung und Ausrüstung der Festungen für seines Landes Sicherheit sorgen könne. Die Beschaffung

der nötigen Artillerie und Munition und die rechtzeitige Füllung der Magazine mit allen erforderlichen Vorräten wird mit der Sachkenntnis des gewiegten Praktikers behandelt. Neu befestigt zu sehen wünscht er Löckenitz zur Deckung gegen einen schwedischen Anfall von Pommern her, und Müllrose wegen der Kommunikation mit Peitz und der Deckung der Mittelmark nach der Lausitzer Seite. Dankbar würdigt er die Vorteile, die der Landesverteidigung aus der Erwerbung von Magdeburg erwachsen. Auch militärisch sieht er das Zentrum seines Staates in der Mark, schon deshalb, weil dort — dank der mehr als zweihundertjährigen Zusammengehörigkeit mit seinem Hause — getreue Unterthanen sind, auf die man sich verlassen kann, da sie dem Landesherrn willig und gern unter die Arme greifen. Preußen bezeichnet er als ein so vornehmes Herzogtum, daß ihm keines im römischen Reiche an Macht und Stärke gleich kommt: daher muß es besonders in acht genommen und vor allem auf weitere Hebung des zur Zeit noch im Verfall befindlichen Kammerstaates gesehen werden. Man sieht, er war sich klar darüber, daß er dort im äußersten Osten die Grundlage für den politischen und militärischen Neubau seines Staates gefunden hatte. Einziehung der verpfändeten Domänen, Verminderung des übergroßen Beamtenpersonals, Sparsamkeit im Hofhalt, Neuausthuung der seit Jahrzehnten um viel zu niedrigen Zins verpachteten Güter, das sind in der Hauptsache die Mittel, die er zur Besserung des noch immer mangelhaften Kammerstaates empfiehlt. Die Beamten sollen unter strenger Aufsicht gehalten werden, namentlich in Geldangelegenheiten der peinlichsten Kontrolle unterstehen. Das ist geboten auch um eines großen politischen Interesses willen. Denn wenn der Kammerstaat in gutem Stande ist und der Kurfürst die genügenden Mittel hat, kann er nicht in die Lage kommen, die Stände um Geld ansprechen zu müssen, braucht also auch nicht viel und kostspielige Landtage zu halten. Das aber ist ein großer Gewinn. Denn „je mehr Landtage Ihr haltet, je mehr Autorität Euch benommen wird, weil die Stände alle Zeit suchen, was der Herrschaft an ihrer Hoheit nachteilig ist“. Daß er im Gegensatz zu den Märkern der Treue der Preußen,

wenigstens eines Teils derselben, nicht recht traut, lehren die besonderen Vorschriften, die er wegen der dortigen Festungen, ihres Kommandos, ihrer Besatzungen u. s. w. gibt. Sicherlich, meint er, werden die preußischen Stände bei erster Gelegenheit von neuem die Forderung erheben, daß der preußischen Militärmacht ein eigener Landesoberst vorgesetzt werde: sie darf unter keinen Umständen erfüllt werden, wenn man ihre Abweisung auch durch die beschwichtigende Bemerkung beschönigen könne, daß es ja auch für die Stände selbst ehrenvoller sei, wenn der Landesfürst diesen wichtigen Posten in eigener Person einnehme. Die Autorität der Oberräte empfiehlt er seinem Nachfolger nach Kräften zu kürzen: sie dürfen nicht mehr als die anderen Räte zu bedeuten haben. Zu Kommandanten der preußischen Festungen dürfen nur Leute bestellt werden, deren der Kurfürst ganz sicher ist und die nicht irgendwie in Dienst oder Bestallung Polens gestanden haben. Dann wird man mehr Respekt und Furcht vor ihnen haben und das wird die Souveränetät vollends sichern: „Karessieret die Preußen," so schließt er diese Ausführungen, „aber habet stets ein wachsames Auge auf sie."

Der letzte Abschnitt endlich behandelt die Festungen in den westlichen Landen, Minden, Lippstadt und Calcar, und erörtert, was dort und in den anderen festen Plätzen an Besatzungen und Truppen nötig ist. Den Schluß machen wieder allgemeine Bemerkungen: der Sohn möge seine getreuen Warnungen und Ermahnungen ja befolgen; er selbst würde sich glücklich geschätzt haben, wäre er dereinst von seinem Vater so beraten worden. Er empfiehlt den Sohn dem Segen Gottes und wünscht ihm eine glückliche und ruhmreiche Regierung und dereinst ein seliges Ende. „Und habe ich dieses aus meinem eigenen Concept abgeschrieben, welches ich alsofort darauf verbrandt, im Jahr 1667 den 16. May in Köllen an der Spree." Mit dieser Unterschrift endet das Aktenstück, das für die Kenntnis der Regierungsmaxime des Großen Kurfürsten von unschätzbarem Wert ist. Ohne Selbstruhm, mit offenem Eingeständnis der gemachten Fehler und voll freudigen Dankes für die gnädige Führung, die ihm zu teil geworden, überblickt

Friedrich Wilhelm noch einmal den durchmessenen Weg, freut sich des glücklich geschaffenen Staates und würdigt unbefangen und vorurteilsfrei dessen Grundlagen. Mit Recht ist gesagt worden, in dieser Aufzeichnung komme gleichsam der neugeschaffene Staat selbst zum Bewußtsein. Man gewinnt den Eindruck, daß ihr Verfasser seine Lebensarbeit gethan zu haben glaubt und von der Zukunft nichts Besonderes mehr erwartet, sondern seine und seines Nachfolgers Aufgabe darin sieht, das Erworbene zu erhalten, seinen Besitzstand zu wahren und durch Vervollkommnung der wirtschaftlichen Zustände an Wert und Bedeutung zu heben.

In Wahrheit aber reichten seine Gedanken doch bereits weiter, und er erwog, wenn auch behutsam, die Aussichten und Möglichkeiten, die sich seinem Hause nach menschlicher Berechnung demnächst erschließen konnten: seinen Nachfolger sollten sie nicht unvorbereitet finden, sondern mit einem fertigen Programm und zu dessen Ausführung gerüstet. Um dieselbe Zeit vermutlich wie die „Väterliche Vermahnung" entstand eine nachmals als „Erinnerung" bezeichnete Denkschrift über die Möglichkeit der Erwerbung Schlesiens. Ehemals, so führt sie im Eingang aus, habe er wohl gemeint, den ihm von Gott verliehenen reichen Besitz nicht durch neue Erwerbungen erweitern zu sollen, auch seinen Nachfolgern nicht dazu raten mögen; jetzt denke er anders, weil Gott doch wolle, daß man die gebotenen Gelegenheiten benutze, da sie sonst von anderen benutzt würden; das erfordere namentlich auch die Sicherung des Evangeliums. Alle Welt weiß, fährt er fort, auf wie schwachen Füßen das Haus Oesterreich steht: schon haben manche für den Fall eines unerwarteten Ablebens des regierenden Kaisers die Teilung seiner Hinterlassenschaft erörtert. Dann hat Brandenburg das nächste Recht auf Schlesien, nicht bloß auf Jägerndorf, sondern auch, wie sich urkundlich erweisen lasse, auf andere Teile. Auch würde Geldern, hätte nicht dereinst Karl V. es dem Herzog von Cleve widerrechtlich genommen, an Cleve und mit diesem an Brandenburg gekommen sein. Obenein kann es Brandenburg nicht gleichgültig sein, wer, wenn es selbst dort nicht die Herrschaft gewinnt, in Schlesien

den Habsburgern folgt. In keinem Fall darf Sachsen oder Schweden sich dort einnisten. Deshalb heißt es, wird Schlesien dereinst erledigt, schnell zugreifen und sich zeitig dazu in Bereitschaft setzen. Die dazu nötigen militärischen und politischen Maßnahmen werden eingehend erörtert, auch skizziert, wie bei der Besitzergreifung zu verfahren sein wird.

Gewiß hat der Kurfürst damit seinen Nachfolger nicht auf die Erwerbung Schlesiens als auf das Nächste und Nötigste hinweisen oder gar selbst bei erster Gelegenheit in die Verfolgung dieses Ziels eintreten wollen. Vielmehr handelt es sich nur um die sozusagen theoretische Erwägung eines Falles, der möglicherweise einmal eintreten konnte und mit dem sich zu beschäftigen er um so mehr Grund hatte, als von der Erwerbung Schlesiens zum Ersatz von Pommern für ihn schon früher die Rede gewesen war (I, S. 443). Pommern scheint er verwunden zu haben, und seine Erwägungen über die sich bietenden Möglichkeiten gehen von der Annahme aus, daß der Besitzstand der europäischen Staaten im ganzen so bleibe, wie er durch die Friedensschlüsse von 1648, 1659 und 1660 geordnet war. Schon aber nahten neue Stürme, welche diese mühsam gewonnene Ordnung wieder in Frage stellen, eine neue Aera europäischer Kriege herbeiführen und auch Brandenburg-Preußen nochmals in einen Kampf um sein Dasein stürzen sollten.

Ein anderer als früher, trat der Kurfürst in sie ein: in mannigfacher politischer Thätigkeit gereift, heimisch in den Irrgängen der trugreichen Staatskunst seiner Zeit, in wechselvollem Kriegerleben zum Soldaten gestählt und zum Feldherrn gebildet, hatte er die eigenen Kräfte erst kennen gelernt und mehr Vertrauen auf sie gewonnen. Er fing an, Glauben an sich selbst und Glauben an die Zukunft seines Staates zu gewinnen und damit auch seine Unterthanen zu erfüllen. Das erschloß ihm neue Hilfsquellen, stellte neue Kräfte in seinen Dienst. Und vielleicht ist das der bedeutendste Zug in seinem Wesen, wie es sich während der ersten Hälfte seiner Regierung entwickelte, und offenbart am meisten die besondere Eigenart seines Regiments, wie er in dem größten Moment seines Lebens, als er in der preußischen Souveränetät den für die

Zukunft seines Hauses und Landes entscheidenden Erfolg gewonnen hatte, auf der zum Gedächtnis des Olivaer Friedens geschlagenen Medaille dem „L'état c'est moi" Ludwigs XIV. sein „Pro Deo et populo meo", „Gott und mein Volk" entgegensetzte und damit der ideellen Einheit Ausdruck gab, welche die so verschieden geartete Bevölkerung seiner räumlich getrennten Gebiete zusammenzufassen anfing. Ihre Vollendung war das Ziel, nach dem in wachsender Gemeinschaft der Arbeit Fürst und Volk im Dienste des werdenden Staates zu streben hatten. Nach rückwärts eine epigrammatisch kurze Zusammenfassung des in mühsamem Ringen Gewonnenen, enthielt das Wort nach vorwärts eine Devise, in der das voll ausgereifte fürstliche Denken Friedrich Wilhelms offenbar wurde. Nicht die Fülle der Macht ist ihm an seiner Stellung das Wesentliche, sondern die Pflicht gegen sein Volk: in ihrer Erfüllung sieht er seinen Beruf, dem er sich voll heiligen Eifers wie einem lebenslänglichen Gottesdienst hingab, wie er das in der „Väterlichen Vermahnung" dem Nachfolger gegenüber so schön und ergreifend zum Ausdruck brachte. Wohl durfte er, wenn er seiner Anfänge gedachte, sich des Erreichten freuen, aber nicht sich maß er das Verdienst darum bei: daß er nicht nur dem drohenden Verderben entgangen, sondern zu so Großem gekommen war, erschien ihm fast wie ein Wunder und wie das Werk der unmittelbar zu seinen Gunsten eingreifenden göttlichen Gnade. Nach einer trüben Jugend hatte der nach trostlosem Anfang unverhofft günstige Gang der Dinge in ihm eine gewissermaßen fatalistische Anschauung gezeitigt. Durch welche Gefahren war er hindurchgegangen! Und die krankhaft überreizte Phantasie des Jünglings hatte sie noch viel schlimmer dargestellt, als sie in Wahrheit gewesen. So aber waren sie von seinem Gedächtnis festgehalten. Die Feindschaft hochverräterischer Höflinge, Giftmischerei und Mordanschläge hatten ihm so wenig angehabt, wie die Nachstellungen der Kaiserlichen, die Feindschaft des eigenen Vaters und die Meuterei zuchtloser Soldaten. Er dankte das besonderem göttlichen Schutze. Und der Glaube an diesen ist ihm alle Zeit eigen geblieben, und er hat ihn mit einer gewissen Vorliebe zum Ausdruck gebracht.

Gern verglich er sich mit dem vom König Saul verfolgten David: hier entsprang auch seine Vorliebe für die Psalmen des Dichterkönigs. Ihnen entnahm er gern die Worte, in denen er großen Ereignissen gegenüber sein mächtig erregtes Gefühl äußerte. Der Denkmünze, die auf seinen Regierungsantritt geschlagen war, hatte er zur Inschrift die als Lebensspruch gewählten (I, S. 381) Worte Psalm 143, V. 8 gegeben: „Herr, thue mir kund den Weg, auf dem ich wandeln soll", und nachmals trug die auf die Schlacht bei Fehrbellin geprägte den Spruch Psalm 118, V. 23: „Das ist vom Herrn geschehen und ist ein Wunder vor unsern Augen." Dem gleichen Gedanken begegnen wir bei ihm auch sonst noch häufig. Für den Bettag, den er 1675 beim Aufbruch gegen die Schweden anordnete, gab er als Predigttext Jeremias 20, V. 11. 12: „Aber der Herr ist bei mir wie ein starker Held, darum werden meine Verfolger fallen und nicht obsiegen, sondern sollen sehr zu Schanden werden, darum daß sie so thöricht handeln; ewig wird die Schande sein, der man nicht vergessen wird. Und nun, Herr Zebaoth, der du die Gerechten prüfst, Nieren und Herz einsiehst, laß mich deine Rache an ihnen sehen; denn ich habe dir meine Sache befohlen." Dem Dankgottesdienst nach der Einnahme Rathenows ließ er als Text Psalm 28, V. 8 zu Grunde legen: „Der Herr ist ihre Stärke, Er ist die Stärke, die seinem Gesalbten hilft," und nach dem Tage von Fehrbellin entlehnte er einen ähnlichen Gedanken für die Predigt in Berlin dem Propheten Jeremias 20, V. 13: „Singet dem Herrn, rühmet den Herrn, der des Armen Leben aus des Boshaftigen Händen gerettet." Auf die Verjagung der Schweden aus Preußen im Winter 1678—1679 ließ er eine Medaille prägen mit der Inschrift aus Psalm 119, V. 37: „Herr, du bist gerecht und gerecht sind deine Gerichte." Der gleichen Vorstellung entsprang die bekannte briefliche Aeußerung vor dem Aufbruch zur Rettung der Mark am 10. Februar 1675: „Der Herr wird mir geben, daß ich an dem Untergang meiner Feinde meine Lust habe." Ausführlicher noch und deutlicher spricht er sich am 5. Februar 1679 aus: „Ich getraue meiner gerechten Sache. Gott hat mich so oft gnädig aus mancher Gefahr, worin ich ge-

standen, wunderlich gerettet; ich zweifle nicht, vertraue ihm, er werde es noch in diesem auch thun und seine gnädige Hand von mir nicht abziehen, sondern mich mit Ehre und Ergötzung vor meinen Feinden wunderbarlich heraushelfen."

Diese Vorstellung von einer Vorherbestimmung zu seinen Gunsten, worin sein Glaube an die Zukunft seines Staates und Hauses sich zuweilen fast naiv äußert, hat gelegentlich auch seine politische Haltung bestimmt. Eine Politik der kühnen That hat er im allgemeinen nicht verfolgt. So entschlossen er in Momenten, wo ihm jede andere Möglichkeit versagt war, zum Schwert griff: ein zum Losschlagen geneigter Kriegsfürst war er im Grunde seines Wesens nicht, sondern eine vorsichtig diplomatische Natur. Statt Konflikte zu suchen, ist er alle Zeit bestrebt gewesen, die ihm entgegentretenden zu vermeiden oder friedlich zu lösen. Zwischen Gegensätzen, vor die er zur Entscheidung gestellt war, suchte er zu vermitteln und oft in sehr künstlicher Weise zwischen den Strömungen hindurch zu lavieren, deren jede ihn fortzureißen drohte. Daß damit eine gerade und offene Politik nur ausnahmsweise vereinbar war, liegt auf der Hand. Denn er mußte Nebenwege einschlagen und Hinterthüren benutzen, Absichten erheucheln, die ihm fremd waren, und einen Schein annehmen, den er, wäre ihm Freiheit des Handelns gegönnt gewesen, weit von sich gewiesen haben würde. Hat er doch gelegentlich selbst seine vertrautesten Mitarbeiter nicht bloß im unklaren über seine Absichten, sondern sogar in Unkenntnis der Thatsachen gehalten, ohne die sie über die Lage gar nicht urteilen konnten, um hinter ihrem Rücken die von ihm bereits getroffene Entscheidung ungehindert durchführen zu können. Wenn ihm daher von Freund und Feind wohl der Vorwurf der Zweideutigkeit und Unehrlichkeit gemacht wurde, so wird man dessen Berechtigung freilich zugeben müssen, zugleich aber betonen, wie die außerordentliche Schwierigkeit der Verhältnisse ihn so zu handeln zwang, wollte er sich anders durch die von allen Seiten anstürmenden Gefahren hindurchwinden. Durch die Zusammensetzung seines Staates in alle europäischen Konflikte gezogen, mußte er doch auf Schritt und Tritt den Widerspruch em-

pfinden zwischen der notgedrungenen Teilnahme an der großen Politik und den geringen Machtmitteln seines noch immer unfertigen Staates. Eine bloß passive Rolle zu spielen aber wäre erst recht verhängnisvoll geworden: da stand ihm alle Zeit des Vaters Regierung als warnendes Beispiel vor Augen. Friedrich Wilhelm befand sich da in einer ähnlichen Lage, wie siebenhundert Jahre früher Otto der Große: die Politik sowohl wie die Charaktere beider bieten eine Parallele. Fast wörtlich kann man auf Friedrich Wilhelm anwenden, was von dem großen Sachsen in dem ersten mühevollen und kampfreichen Stadium seiner Regierung gesagt ist, in der bereits sagenhaft gefärbten Ueberlieferung von dieser Zeit erscheine er nicht als mächtige kriegerische Persönlichkeit, auch nicht als Meister der Unterhandlungen, sondern als gewaltiger Beter, dem in den Momenten der höchsten Bedrängnis, wo alles verloren scheint, die Kraft seines Flehens einen oft wunderbaren Sieg verleihe: was ihn emporhebt, ist seine tiefinnerliche Ueberzeugung von der Hoheit und Würde seiner Stellung und von dem unmittelbaren himmlischen Schutze, der ihn nie verläßt. In einem ganz ähnlichen Gedankenkreis hat sich der Kurfürst bewegt. Macht er es doch in der „Väterlichen Vermahnung" seinem Nachfolger zur Pflicht, daß er Gott täglich morgens, mittags und abends mit einem inbrünstigen Gebete fleißig anrufe. Diese Vorstellung von seinem besonderen Verhältnis zu Gott ist ein Ergebnis seiner schweren Anfänge. Von da aus aber hat er auch in das Bild von der Zukunft seines Staates ein stark teleologisches Moment hineingetragen und damit unwillkürlich jener befangenen Auffassung der preußischen Geschichte die Bahn geebnet, die sich dann immer allgemeiner eingebürgert, namentlich seine eigene Auffassung maßgebend beeinflußt hat. Selbst der große König ist mit seiner Betrachtung der älteren preußischen Geschichte ganz darin befangen und sieht in seinem größten Vorgänger ebenfalls ein von Gott zur Erfüllung dieses einen ganz bestimmten Zwecks auserwähltes und demgemäß ausgerüstetes Werkzeug. „Der Himmel hatte ihn so gestaltet," sagt er von Friedrich Wilhelm, „wie er gestaltet sein mußte, um durch seine Thätigkeit der überall bemerkten Unordnung

und Verwirrung ein Ende zu machen, um der Hersteller und Beschirmer seines Landes, der Ruhm und die Ehre seines Hauses zu sein." Und ähnlich sagt er ein anderes Mal: „Friedrich Wilhelm hatte alle die Eigenschaften, welche den großen Mann auszeichnen, und die Vorsehung bot ihm alle Gelegenheiten, dieselben vor der Welt zu entfalten."

Eine solche Betrachtung wird der interessantesten, der eigentlich unerschöpflichen Seite großer geschichtlicher Persönlichkeiten, ihrer in ihrer Menschlichkeit wurzelnden besonderen Eigenart nie völlig gerecht und gewinnt kein lebendiges Bild davon, wie der historisch bedeutende Mann von seiner Zeit, ihren Menschen und ihren Verhältnissen beeinflußt und wie dann wieder die von ihm ausgehende Wirkung auf diese durch seine Individualität differenziert wurde. Erst wenn wir die historische Größe in ihrem mühsamen und vielfach behinderten Wachstum beobachten und sehen, wie sie sich den ihr anfangs unverständlichen oder unlösbar scheinenden Aufgaben allmählich anpaßt und mit ihren größeren Zwecken wächst, damit selbst reicher wird und neue Hilfsquellen in sich findet: erst dann begreifen wir, wie sie schließlich die Fähigkeit gewann, von sich aus wieder auf die Gestaltung ihrer Zeit einzuwirken. So darf man sich auch den Großen Kurfürsten nicht gleich im Beginn seiner Regierung so denken, wie ihn nachmals die Meisterhand Schlüters als Idealgestalt in Erz verewigt hat — jede Fiber des gewaltig gedrungenen Körpers erfüllt von der Spannkraft eines unbeugsamen Willens, in dem mächtigen Nacken den Entschluß und die Kraft, eine Welt von Sorge und Arbeit auf sich zu nehmen, den Adlerblick kühn auf die höchsten Ziele gerichtet und glänzend in der Gewißheit unsterblichen Nachruhms, als den erfindungsreichen Staatsmann, den seines Berufes sicheren Fürsten, den Feldherrn, der sein siegreiches Schwert in die Wagschale zu werfen alle Zeit bereit ist. Vielmehr entsprach er auch noch, als er, wie die „Väterliche Vermahnung" und die „Erinnerung" zeigen, sein Lebenswerk in der Hauptsache gethan zu haben glaubte und dessen Erhaltung und Ausbau dem Nachfolger ans Herz legte, wenig jenem Bilde und entbehrte namentlich der es verklärenden sieghaften Sicherheit.

Nicht mehr der schwächliche, scheue Jüngling, als der er einst ein trostloses Erbe angetreten, war er doch noch nicht der ruhmgekrönte Triumphator, in dem ein genialer Künstler weniger die Summe seiner Erfolge als vielmehr das zur Anschauung gebracht hat, was auf dem festen Grund seiner Lebensarbeit der von ihm geschaffene Staat weiterhin wurde.

Wie die Zeitgenossen ihn uns schildern, fehlte es Friedrich Wilhelm freilich nicht an äußerer Repräsentation. Ueber mittelgroß, starkknochig und breitschulterig, schritt er mit bewußter Würde einher. Wohl hatte er gelegentlich mit der Heftigkeit seines Temperaments zu kämpfen und brauste unwirsch auf, gewann aber auch schnell die Selbstbeherrschung wieder. Wo es eine wichtige Entscheidung galt, pflegte er sich in ernster Sammlung darauf vorzubereiten, wie er denn in solchen Fällen im Geheimen Rate nicht gleich verfügte, sondern die Voten der Räte und das über die Verhandlungen geführte Protokoll eingehend studierte und mit einem oder dem anderen sachkundigen Vertrauten durchsprach, um dann erst sich schlüssig zu machen. Wo er aber einmal ein Vorurteil gefaßt hatte oder auf Unrecht gestoßen zu sein glaubte, war er nicht leicht, oft gar nicht zu bekehren und blieb bei seiner vorgefaßten Meinung, mochte er sich darüber auch augenfälligen Undanks schuldig machen. Daß Schwartzenberg ihm nach dem Leben gestanden, hat ihm niemals ausgeredet werden können. Das Verfahren gegen Rohde und Kalckstein enthüllt diese Seite in seinem Charakter besonders grell: auch in dem Großen Kurfürsten waren die Züge des Despoten reichlich vorhanden.

Der Sitte der Zeit gemäß trug er sein braunes Haar in natürlichen Locken herabhängend, auf der Oberlippe ein schmales Bärtchen, das den scharf geschnittenen Mund und das in späteren Jahren gewaltige Unterkinn noch mehr hervorhob. Doch machte er der Mode gewisse Zugeständnisse, wie er in späteren Jahren bei feierlichen Gelegenheiten die aus Frankreich importierte Allongeperücke trug und sich auch in seiner Kleidung, in der er sich früher dem niederländischen Vorbilde anpaßte, dem französischen bequemte. So kam der kleidsame brandenburgische Rock auf, blau mit roten Aufschlägen — blau war

die Farbe der Armee, rot die des Hofes —, oft mit Borten und Stickereien kunstreich verziert. Dazu trug er kurze spanische Stiefeln mit großen Stulpen, die später auch die Kniee decken mußten, auf dem Kopf einen breitkrempigen Sammethut, oft mit wallender Feder. Mehr als seine Vorgänger und die meisten seiner fürstlichen Zeitgenossen betonte er, der Schöpfer der brandenburgischen Armee, die soldatische Natur des Fürstentums: stets trug er den Degen mit stattlichem Wehrgehenk, über die hochgewölbte Brust eine seidene Schärpe in Schwarz und Weiß, den Hohenzollernfarben. Mäßig in Speise und Trank, war er ein Freund starker körperlicher Bewegung und nahm jede Anstrengung auf sich, bis ihn später die Plagen der Gicht zur Schonung nötigten. Seine Haupterholung war die Jagd, der er leidenschaftlich oblag: in sorgenvoller Zeit schreibt er dem Fürsten von Anhalt doch mit sichtlichem Behagen, daß er auf der Jagd auch nicht gefeiert habe, sondern in einem Schluftjagen 115 Sauen und im Streifjagen 70 Sauen und 40 Stück Rotwild geschossen, dazu einen Sechzehnender.

Eine Lebensgefährtin im schönsten Sinne des Wortes hatte er in Luise von Oranien gefunden — denn nur so und nie Luise Henriette unterzeichnete sie sich in den zahlreichen uns erhaltenen Briefen. Acht Jahre jünger als Friedrich Wilhelm, war sie ihm achtzehnjährig in den letzten Tagen 1646 im Haag während einer schweren Krankheit ihres Vaters Friedrich Heinrich ohne prunkende Feste angetraut worden. Ueber einundzwanzig Jahre hat sie als verständnisvolle Teilnehmerin seine Sorgen und Erfolge geteilt. Ehen wie diese gehörten damals in den fürstlichen Kreisen bereits zu den Seltenheiten. Während an anderen deutschen Höfen die leichte französische Sitte einzog, blühte am brandenburgischen echt deutsches Familienleben und wurde für Haus und Staat eine Quelle reichen Segens. Als echte Oranierin war Luise eine begeisterte Bekennerin des reformierten Glaubens, nicht ohne Neigung zu einer an Askese grenzenden Strenge, wobei sie an dem Hofprediger Bartholomäus Stosch als Gewissensrat eine Stütze fand. Auch mit Otto von Schwerin, dem sie als dem vertrautesten Rat ihres Gemahls besondere Gunst und ein unbegrenztes Vertrauen be-

wies, hatte sie auf diesem Gebiete eine enge Gemeinschaft: der vielbeschäftigte Staatsmann verfaßte für sie und ihre Kinder Gebete und geistliche Lieder, die eine ergreifende Tiefe des Gemüts und Innigkeit des Glaubens offenbaren. Eine tapfere Frau, begleitete Luise trotz körperlicher Zartheit den Gatten nicht nur auf seinen Reisen, sondern auch in den Krieg und ins Feldlager, und war ihm mit ihrem klaren Blick, treffenden Urteil und unbeirrbaren Gerechtigkeitsgefühl eine Beraterin auch in den schweren Sorgen der Regierung. Und gern und mit Stolz räumte er ihr den Ehrenplatz einer solchen ein, den sie um so erfolgreicher ausfüllte, je weniger sie dabei aus dem intimsten Kreise des eigenen Hauses hinaustrat, sondern sorgsam vermied, von ihrem Einfluß nach außen hin Beweise gelangen zu lassen.

Dieser auf schönster Herzens- und Geistesgemeinschaft beruhenden Ehe sind sechs Kinder entsprossen, von denen drei bereits in jugendlichem Alter dahingerafft wurden, der älteste Sohn Wilhelm Heinrich (geb. 31. Mai, gest. 3. November 1648) und ein Zwillingspaar, Knabe und Mädchen, Heinrich und Amalie (geb. 1664). Dem früh verstorbenen ersten Sohn war erst nach sieben Jahren ein zweiter gefolgt, der Kurprinz Karl Emil (geb. 16. Februar 1655 zu Kölln, gest. 7. Dezember 1674), ein reich begabter Knabe, dessen Entwickelung unter der Leitung des treuen Schwerin zu den schönsten Hoffnungen berechtigte. Auch für die Geistesart der Eltern ist die Instruktion lehrreich, die Schwerin für diesen verantwortlichen Posten erteilt wurde. Voran steht die Erziehung zur Frömmigkeit; insbesondere soll der Knabe nicht fluchen, überhaupt zu guten Manieren angehalten werden, die Fürsten nicht bloß bei den Mitlebenden zur Empfehlung gereichen, sondern auch bei der Nachwelt Ruhm eintragen. Auch gut und deutlich sprechen soll der Kurprinz lernen. Ihn für eine höhere Bildung zu gewinnen, ist beim Unterricht alles zu vermeiden, was ihn gegen die Bücher und gegen die Studien einnehmen könnte. Unter den Gebieten des Wissens, in die er eingeführt werden soll, wird der Geographie ein bevorzugter Platz eingeräumt, „als einem nicht weniger nützlichen als lustigem Studium". Bei dem

Geschichtsunterricht soll auf die Kenntnis der Thaten seiner Vorfahren und der Oranier besonderes Gewicht gelegt werden. Die Beredsamkeit bei ihm zu entwickeln, sollen ab und an Redeakte veranstaltet werden. Auch für die beiden jüngeren Söhne wurde Schwerin später zum Gouverneur bestellt, Friedrich, den nachmaligen ersten preußischen König (geb. 11. Juli 1657 zu Königsberg) und Ludwig (geb. 28. Juli 1666 zu Cleve). Kein volles Jahr nach des letzteren Geburt erkrankte die Kurfürstin und starb, von den Ihrigen tief betrauert, am 18. Juni 1667. In dem Waisenhause zu Oranienburg hat sie sich ein schönes Denkmal errichtet. Niemand aber hat sie schmerzlicher vermißt als ihr Gemahl, der in den nun folgenden kampf- und sorgenerfüllten Jahren mehr als einmal die kluge Genossin und getreue Beraterin sehnsüchtig herbeiwünschte.

Zweites Buch.

Die Zeit der Anläufe, Enttäuschungen und Irrungen.

1666—1685.

I. Der erste Versuch in der europäischen Politik und sein Scheitern. 1666—1673.

Kurz gemessen war die Zeit, die Friedrich Wilhelm, ungestört durch kriegerische Verwickelungen, dem Ausbau seines Staates auf dem Grunde der preußischen Souveränetät widmen konnte. Ein neuer Sturm brach von Westen herein, und Kriegsjahre drohten den unfertigen Bau zu zertrümmern.

Bei seiner territorialen Zersplitterung gab es keine europäische Frage, die Brandenburg nicht in Mitleidenschaft zog. Daher wurde das künstliche Gleichgewichtssystem, das die Friedensschlüsse von 1648, 1657 und 1660 geschaffen hatten, das Vorbild und zugleich die Basis für seine auswärtige Politik. Sie führte zu einem System von Verträgen, das es entgegengesetzten Parteien verband und im Bemühen um Sicherung nach allen Seiten, nach allen Seiten hin verpflichtete und gefährdete. Denn bei jeder neuen Verwickelung drohte die Erfüllung der gegen die eine Macht übernommenen Pflichten die gegen andere eingegangenen Verbindlichkeiten zu verletzen. Wenn der Kurfürst nach endlicher Begleichung des Streites über Jülich-Cleve im Februar 1665 mit Pfalz-Neuburg und dem Bischof von Münster ein Defensivbündnis einging und im Mai 1666 mit dem Kaiser das von 1658 erneute, so hieß es doch einander ausschließende Richtungen gleichzeitig verfolgen,

wenn er auch der Alliierte Frankreichs und Glied der von diesem geleiteten reichsfürstlichen Opposition sein wollte. Das wurde er durch den Anschluß an die rheinische Defensivallianz im November 1665. Zum Schutz der den Reichsfürsten im Westfälischen Frieden gewährten Rechte, zu friedlicher Begleichung unter den Mitgliedern ausbrechender Streitigkeiten und gemeinsamer Abwehr jedes Angriffs war dieser erste Rheinbund, 1658 von Mazarin errichtet, namentlich um den neu gewählten Kaiser an der Unterstützung Spaniens gegen Frankreich, die ihm schon die Wahlkapitulation untersagt hatte, im Notfall gewaltsam zu hindern. Der Kurfürst hatte den Beitritt zunächst abgelehnt, weil der Bund, von dem im Reiche Schweden den größten Vorteil hätte, die gemeinen Rechte verkehre, die Friedensstörer beschütze und den unschuldig Beleidigten des Rechts der Verteidigung beraube: dennoch trat er schließlich bei, weil er so die Feindschaft Schwedens zu binden und den endgültigen Vergleich über Jülich-Cleve zu erleichtern glaubte.

So suchte er seinen Staat zu sichern, indem er ihn mit den Interessen aller anderen verknüpfte. War da aber nicht zu fürchten, daß die gegeneinander in Wirksamkeit gesetzten Kräfte sich aufhoben und der Fürst, der in dem Streben, mit allen in Freundschaft zu stehen, den Schein der Zweideutigkeit erzeugte, von allen aufgegeben völlig vereinsamte? Im Juli 1661 hatte sich der Kurfürst auf zehn Jahre gegen einen Angriff auf Pommern, Preußen oder Brandenburg, sowie zum Schutze seiner jetzigen und künftigen jülich-cleveschen Lande und des evangelischen Glaubens der Hilfe Englands versichert, im Hinblick auf Schweden und Polen. Dennoch erneute er im März 1664 mit beiden alten Alliierten Frankreichs die Defensivallianz von 1656 und verbündete sich 1666 mit Schweden selbst: man garantierte sich gegenseitig seine Reichslande und außerdem der Kurfürst Schweden Esthland und Livland, Schweden ihm Preußen samt der Souveränetät. Wenige Wochen später folgte ein Erbdefensivbund mit Dänemark auf acht Jahre. Aktuellen Wert hatte keines dieser Bündnisse: vielmehr setzten sie Brandenburg-Preußen der Gefahr aus, in einem allgemeinen Kriege zwischen den Parteien zermalmt zu werden. Dieser aber zog

drohend herauf, seit das neue politische System sich entfaltete, dem Ludwig XIV. Europa beugen wollte. Die Eroberung der spanischen Niederlande sollte ihm den Weg bahnen einerseits zur Bewältigung der Republik der Niederlande, andererseits zur Erwerbung der spanischen Erbschaft. Mit wachsender Sorge verfolgte der Kurfürst das Aufglimmen dieses neuen Brandes, zumal das wirksamste Mittel der Abwehr, die Allianz mit der Republik, durch die verblendete Politik der dort herrschenden Aristokraten versagte. Diese leugneten jede Gefahr: die sonst gebotene Verstärkung des vernachlässigten Heeres und vollends der Bund mit Brandenburg hätten ja den oranischen Einfluß gesteigert. Sie ließen es sich gefallen, daß der Kurfürst ihnen die Last des englischen Krieges erleichterte, indem er den durch Karl II. gegen sie in Waffen gebrachten Bischof von Münster, Christoph Bernhard von Galen, zur Ruhe nötigte, wiesen aber seine Verwendung für den jungen Wilhelm III. als eine unbefugte Einmischung zurück. So drängten sie ihren natürlichen Alliierten zur Anlehnung an Frankreich. Waren sie doch selbst stolz darauf, die Freundschaft Ludwigs XIV. gewonnen zu haben und ließen sich endlich auf dessen Fürsprache herbei, dem Kurfürsten im Februar 1666 die Erneuerung der Allianz von 1655 zu gewähren. Auch die Allianz, die der Kurfürst im Oktober 1666 mit den Niederlanden, Dänemark und Braunschweig zu gegenseitigem Schutz in allen jetzigen und künftigen rechtmäßig erworbenen Besitzungen einging, gewährte keine Sicherheit, da die geplante Erweiterung durch den Anschluß Schwedens und Pfalz-Neuburgs unterblieb.

So traf der Ausbruch des Devolutionskrieges mit Ludwigs XIV. plötzlichem Angriff auf die spanischen Niederlande alle durch Frankreich Bedrohten ungerüstet. Selbst jetzt lehnten die Niederlande des Kurfürsten dringenderes Werben um Eintritt in einen großen Bund gegen Frankreich kurzweg ab, und auch sonst, und namentlich in Wien, wo man sich mit Ludwig XIV. über die spanische Erbschaft zu verständigen wünschte, fand des Kurfürsten Plan zur Einigung des Reichs, der Republik und Spaniens, deren Heere er selbst nach Frankreich führen wollte, kein Entgegenkommen. So blieb ihm, um Cleve zu sichern,

nur die Anlehnung an Frankreich: durch einen Vertrag vom 15. Dezember 1667 erklärte er sich in dem spanisch-französischen Krieg für neutral. Nun trat er zu Regensburg dem Eifer entgegen, mit dem Fürstenrat und Städte die Unterstützung Spaniens verlangten, empfahl eine vorsichtige Vermittelung und bewirkte auch den Zusammentritt eines Kongresses dazu in Köln. Standen für ihn doch eben im Osten große Interessen auf dem Spiel: die Abdankung Johann Kasimirs sollte endlich erfolgen; von neuem entbrannte der Kampf der Parteien und der auswärtigen Mächte um den polnischen Thron. Der Kurfürst trat nachdrücklich für die Kandidatur des Pfalzgrafen von Neuburg ein. Aber obgleich auch sie deren Unterstützung zugesagt hatten, warb Frankreich für den Prinzen von Condé und der Kaiser für Herzog Karl von Lothringen, dem nach dem erwarteten erblosen Ableben des schwächlichen Leopold von manchem die Nachfolge in den habsburgischen Erblanden zugedacht war. Darin sah der Kurfürst eine so schwere Bedrohung, daß er gleich mit seiner ganzen Armee nach Polen marschieren wollte. Auch sein Verhältnis zu den Niederlanden besserte sich nicht. Seit sie durch die Tripelallianz mit England und Schweden Ludwig XIV. Halt geboten und eine schiedsrichterliche Stellung gewonnen zu haben glaubten, begegneten die Generalstaaten ihm vollends übermütig und ärgerten und kränkten ihn geflissentlich auch da, wo sie ihn durch kleine Zugeständnisse hätten gewinnen können. Nicht einmal von der früher verheißenen Rückgabe Orsoys war mehr die Rede, und die leidige Hoffysersche Schuld bot reichlich Gelegenheit zu Chicanen aller Art. Das blieb so, auch als mit der Spannung zwischen Frankreich und der Republik die Gefahr eines neuen Krieges wuchs. Zwar warb nun die Tripelallianz um Brandenburgs Anschluß. Der Kurfürst aber ließ durch Blumenthal, den er der polnischen Königswahl wegen nach Paris geschickt hatte, dort vorstellen, wie bei der Kleinheit seines Heeres die Rüstungen der Tripelallianz ihn höchlich beunruhigten, und um Subsidien bitten, wie sie von England und den Niederlanden ja mancher deutsche Fürst erhalte, ohne dafür Bestimmtes zu leisten. Darauf schickte Ludwig XIV. im Frühjahr 1669 den Marschall Marquis de

Vaubrun, Gouverneur von Philippeville, nach Berlin, wo ihm die Parteigänger Oesterreichs, obenan des Kurfürsten Schwager, Fürst Johann Georg II. von Anhalt-Dessau, geflissentlich unhöflich begegneten und Hinderungen bereiteten. Er eilte dem Kurfürsten nach, der, um Polen näher zu sein, nach Königsberg gegangen war. Er sollte ihn zur Erneuerung der rheinischen Defensivallianz gewinnen. Friedrich Wilhelm witterte hinter dieser katholische Tendenzen, da man ja in Regensburg erklärt habe, wohl mit den Katholiken, nicht aber mit den Evangelischen den Bund erneuern zu wollen. Von einer Defensivallianz ohne Subsidien aber, wie sie Vaubrun ihm anbot, wollte er nichts wissen. Die Gewährung von solchen jedoch machte der König von der Uebernahme bestimmter Verpflichtungen abhängig: auch Brandenburg sollte dem politischen System beitreten, durch das er sich den Weg zu der spanischen Erbschaft zu bahnen dachte, auf die sein Recht vom Kaiser durch den geheimen Teilungstraktat vom 19. Januar und von Europa mittelbar durch den Aachener Frieden vom 2. Mai 1668 anerkannt war. Falls er dennoch mit dem Kaiser darum kämpfen müßte, wollte er von dem Kurfürsten in Flandern 6000 Mann gestellt haben, die ganz wie französische Truppen gehalten werden sollten, daher auch unter irgend welchem anderen Namen und unter einem anderen als dem brandenburgischen Banner auftreten dürften. Einigte er sich jedoch friedlich mit dem Kaiser, so sollte der Kurfürst, der dann ja im Reiche nichts zu fürchten hatte, mit 40 000 Thalern französischen Werbegeldern 4000 Mann mehr aufbringen und diese 10 000 Mann selbst nach den Niederlanden führen und damit so lange im Felde bleiben, bis der König in den endgültigen Besitz seines Anteils an der spanischen Erbschaft gelangt sein würde, um dann die festen Plätze Geldern, Venlo und Roermond mit allem Zubehör als Souverän zu erhalten.

So lockend der Antrag war — der Kurfürst griff nicht gleich zu. Er grollte Frankreich wegen seiner Haltung in der polnischen Frage, wenn er auch mit dem schließlichen Ausgange, der Wahl des Piastensprößlings Fürsten Michael Wiesnowieczky (19. Juni 1669) zufrieden sein konnte. Denn das Strohfeuer

nationalen polnischen Eifers brannte schnell nieder, und auch für Preußen war nichts zu fürchten, obgleich der Hader mit den Ständen fortdauerte. Nach des Kurfürsten Rückkehr wurden die Verhandlungen mit Vaubrun in Berlin weitergeführt, vielfach verzögert nicht bloß durch des Kurfürsten häufige Jagdausflüge und die längere Abwesenheit Schwerins, der mit von Jena dafür deputiert war, sondern auch durch höfische Intriguen. Es machte sich nämlich in des Kurfürsten Umgebung eine starke Strömung gegen die französische Allianz geltend, neben dem Fürsten von Anhalt vertreten namentlich durch Gerhard Bernhard von Pöllnitz, den Oberstallmeister, Oberst der Leibgarde und Gouverneur von Berlin, dessen Einfluß seine Ehe mit der Gräfin Eleonore von Nassau, einer Verwandten der Kurfürstin Luise, stärkte. Damals entstanden am Hof die Parteiungen, die, immer mehr verbittert, schließlich selbst den Frieden des kurfürstlichen Hauses untergraben, dem alternden Kurfürsten das Leben verleiden und die Verfolgung einer konsequenten Politik erschweren und auf die Geschicke seines Staates wiederholt verderblich einwirken sollten. Von seinen Räten waren von Schwerin und Meinders Anhänger der französischen Allianz, in der nach ihrer Ueberzeugung Brandenburg allein Sicherheit finden konnte, so daß es bei ihnen der Verheißung von „effektiven Beweisen der königlichen Zufriedenheit" nicht bedurft hätte, durch die Vaubrun sie zu gewinnen suchte, indem er ihnen für den Abschluß des Vertrages nicht bloß Gratifikationen von etlichen tausend Thalern, sondern auch reichliche Pensionen für die auf zehn Jahre berechnete Dauer desselben verhieß — ein Verfahren, das dem Brauche der Zeit entsprach und offen geübt wurde, ohne daß man besonderes Aergernis daran nahm. Nun steigerte aber auch die Tripelallianz ihr Angebot, indem sie dem Kurfürsten Befriedigung seiner Ansprüche an die Niederlande und Hilfsgelder und Schutz gegen jeden Angriff verhieß. Namentlich der kaiserliche Gesandte de Goes zeigte sich äußerst beflissen, warb um eine persönliche Begegnung Friedrich Wilhelms mit dem Kaiser, stellte dem Kurprinzen die Hand der Schwester Leopolds in Aussicht und bot als Entschädigung für Jägerndorf die Ballei Nersdorf im Clevischen. So

mußte Vaubrun schließlich Subsidien bewilligen. Am 21./31. Dezember 1669 wurde die Allianz Brandenburgs und Frankreichs für die nächsten zehn Jahre unterzeichnet. Der Kurfürst blieb der Tripelallianz fern und versprach den Anschluß an den erneuten Rheinbund, wenn dem außer Frankreich mindestens drei evangelische und drei katholische Reichsstände beiträten. Er verpflichtete sich, dem König in eigener Person mit 10 000 Mann zur Gewinnung der spanischen Niederlande zu helfen; dafür erhielt er 150 000 Thaler Werbegelder und die nächsten zehn Jahre je 40 000 Thaler Subsidien, über deren anfangs beschleunigte ratenweise Zahlung genaue Bestimmung getroffen war. Des weiteren sollte er, wenn die spanischen Niederlande, sei es durch friedliche Verständigung, sei es infolge eines Krieges, französisch würden, die festen Städte Geldern, Venlo und Roermond mit allem Zubehör an Gebiet, Rechten und Erträgen zu vollem souveränen Besitz erhalten, und zwar noch vor dem Frieden, wenn sie da schon in die Gewalt der Franzosen fielen. Auf Vorstellungen, welche die kurfürstlichen Bevollmächtigten noch im Moment der Unterzeichnung erhoben, erläuterte der König bei Ratifikation des Vertrages die Brandenburg zugesicherte territoriale Erwerbung ausdrücklich dahin, daß darunter nicht bloß die drei genannten Orte mit ihren Dependenzen zu verstehen seien, sondern der ganze spanische Teil des Herzogtums Geldern rechts von der Maas, wo demnach nur Stephanswerth mit Zubehör an Frankreich kommen sollte. Freilich wurde das als ein dem freien Willen des Königs entsprungener Gunsterweis bezeichnet. Endlich versprach Frankreich dem Kurfürsten Waffenhilfe, falls er um dieses Vertrages willen angegriffen würde, von dem behauptet wurde, daß er früheren, von beiden Teilen mit anderen Mächten geschlossenen Verträgen in nichts präjudiziere, obgleich deren Bestimmungen doch nur so weit gelten sollten, als sie seinen Festsetzungen nicht widersprächen.

Das Geheimnis, mit dem er diesen Vertrag zu umgeben für nötig hielt, zeigt, daß der Kurfürst selbst den betretenen Weg nicht für einwandsfrei hielt: er fürchtete darauf weiter gedrängt zu werden, als er gehen wollte. Ungern sah er um Neujahr 1670 Wilhelm von Fürstenberg nach Berlin kommen,

den Bruder des Straßburger Bischofs, bekannt als einer der skrupellosesten Parteigänger und Agenten Frankreichs. Angeblich sollte dieser im Auftrag Maximilian Heinrichs von Köln mit dem Kurfürsten gegenüber dem drohenden Kriege ein gemeinsames Handeln vereinbaren, in Wahrheit den Kurfürsten von des Königs Absicht zum Angriff auf die Republik unterrichten und zur Teilnahme einladen, welche ihm mindestens die Rückgabe der von den Niederländern besetzt gehaltenen cleveschen Plätze einbringen würde. Er legte eine Denkschrift vor, nach der die Republik, in ihrem dermaligen Zustand eine Gefahr für den europäischen Frieden, zwar in der bisherigen Form und Verfassung erhalten, zugleich aber so unter ihre Nachbarn verteilt werden sollte, daß Utrecht an Köln, Geldern und Zütphen an Brandenburg, Oberyssel an Münster, Westfriesland an Lüneburg, Gröningen an Pfalz-Neuburg und Holland und Seeland an den Prinzen von Oranien kämen, das übrige aber an Frankreich fiele. Man lehnte das Projekt, so chimärisch es schien, in Berlin nicht einfach ab: ja, Meinders amendierte es in einer umfänglichen Denkschrift dahin, daß dieser Schatten von Republik dem Kurfürsten oder dem Prinzen von Oranien als Generalstatthalter unterstellt und durch ein Bündnis an das Reich geknüpft werden sollte. Eine bestimmte Antwort jedoch gab man nicht: aber Fürstenberg glaubte aus den allgemeinen Wendungen, die er zu hören bekam, entnehmen zu dürfen, in einer Angelegenheit von solcher Tragweite werde der Kurfürst sicher nicht gegen Frankreich sein. Nach Paris ging von Crockow: aber während er nach seiner mit Fürstenberg vereinbarten Instruktion das drohende „Ungewitter durch alle dienlichen guten officia abwenden“ und den allgemeinen Frieden erhalten sollte, sah er bald, daß Ludwig XIV. nicht bloß die Republik, die angeblich sein Glück mit ihrer Sicherheit für unvereinbar hielt, erniedrigen, sondern das „austrasische Reich“ mit dem Rhein als Grenze herstellen wolle und daß daran „keine Mediation und keine Interposition“ etwas ändern könne. Auch die Niederlande lehnten eine Vermittelung ab, deren Uneigennützigkeit fraglich erschien: nach wie vor stellten sie die Gefahr eines französischen Angriffs in Abrede.

Aber schon zu Beginn des Jahres 1671 ließ Wilhelm von Fürstenberg in Berlin vertraulich wissen, der Angriff Frankreichs auf die Niederlande stehe bevor: deren deutsche Nachbarn möchten ihre Stellung wählen. Im Namen des Königs versicherte er, es solle in den eroberten Gebieten in betreff der Religion nichts geändert werden, brachte auch das früher vorgelegte Teilungsprojekt in Erinnerung. Dann erschien, angeblich zur Vermittelung des Streites zwischen dem Bischof von Münster als Abt von Corvey und dem Hause Braunschweig über die Stadt Hörter, der gewandte Verjus, Graf von Créquy, um die fünf Fürsten, die bei der Aufteilung der Niederlande bedacht werden sollten, zur Offensivallianz mit Frankreich zu gewinnen. Gingen sie darauf ein, so wollte der König, um ihnen die Beteiligung zu ermöglichen, erst im nächsten Jahr losschlagen. Die Bereitwilligkeit von Köln und Münster stand zum voraus fest. Auch Hannover schien „gut disponiert", dagegen machte Pfalz-Neuburg, wenn es auch meinte, daß sie beide dabei nur gewinnen könnten, seine Entscheidung von der Brandenburgs abhängig. In Berlin aber, wo er zuerst Anfang März 1671 eintraf, stieß Verjus auf Schwierigkeiten. Dem Kurfürsten schien der geplante Umsturz aller bisherigen Parteiverhältnisse für Frankreich selbst bedenklich, so gerecht die Gründe und so günstig die Aussichten seien: würde nicht eine Zeit kommen, wo Holland dem König von größtem Nutzen sein könnte? Deshalb möge derselbe friedlich Genugthuung suchen, wozu er ihm helfen wolle. Er selbst sei, so erklärte er, dermalen so gebunden, daß er nicht ja und nicht nein sagen könne. Vor allem müsse er erst wissen, was Schweden vorhabe: mit diesem Nachbar habe er unter allen Umständen zu rechnen. Weil angeblich in Berlin das Geheimnis dieser Verhandlungen nicht zu wahren sei, wies er Verjus an seinen Bevollmächtigten in Bielefeld, wo Stände des westfälischen Kreises die Aufstellung von 15 000 Mann berieten, „um sich wider alle besorgende Feindseligkeit in gute Verfassung und Sicherheit zu setzen". Dabei wirkten freilich Kurköln und Münster offen für Frankreich, mit dem ersteres am 11. Juni einen Neutralitätsvertrag schloß, während letzteres durch sein Streben nach der Kreishauptmannschaft die gemein-

same Waffnung überhaupt hintertrieb. Schließlich aber erklärte von Crockow in Paris rund heraus, einem Bündnis gegen die Republik werde sein Herr nie beitreten. Vielleicht aber gelang es der französischen Diplomatie, den Kurfürsten zur Neutralität zu bestimmen. Wenn der König, so sollten er und seine Minister sich oft haben vernehmen lassen, nur das niederländische Flandern und Brabant angriffe, das Reich aber unbehelligt ließe, werde man von dem Kriege nicht viel Aufhebens machen; griffe er aber einen der von den Niederländern besetzten Plätze im Cleveschen an, so werde dieses Schauplatz des Krieges werden. Dahin aber dürfe der Kurfürst es nur wider seinen Willen kommen zu lassen scheinen. Mit Köln und Münster handelseinig und auch der Geneigtheit Hannovers gewiß, schlug daher Verjus, als er im Herbst nach Berlin zurückkehrte, als Basis eines Neutralitätsvertrages vor, der Kurfürst solle sich verpflichten, der Republik keine Truppen zu leihen, mit den ihnen Hilfe verheißenden Staaten kein Bündnis eingehen, auf dem Reichstage alles Frankreich Nachteilige hintertreiben und den französischen Truppen, die strenge Manneszucht halten, ihre Bedürfnisse bezahlen und für den etwa angerichteten Schaden Ersatz leisten würden, Durchzug gewähren. Werde er deshalb angegriffen, so sollte ihm Frankreich mit Truppen und Geld helfen und nach dem Kriege die bisher von den Niederländern besetzten cleveschen Plätze, die es erobert, übergeben; ja, Verjus sollte ihm auch die nicht eroberten zusagen, im Notfall selbst ihre Auslieferung noch während des Krieges, mit Ausnahme allein von zwei größeren, die der König zur Sicherung des Rheinüberganges behalten müsse. Endlich durfte er, um zum Ziel zu kommen, Subsidien bis zu 100 000 Thalern jährlich bewilligen. Zuversicht auf den Erfolg solcher Anträge verrät es freilich nicht, wenn Verjus außerdem angewiesen wurde, Schwerin und Meinders für den Fall des Abschlusses eine Gratifikation von 20 000—80 000 Thalern zu versprechen.

Noch aber verfing so plumpes Werben um Brandenburg nicht, vielmehr gewann der Kurfürst durch die Verhandlungen mit Verjus Zeit zur Verständigung nach der entgegengesetzten

Seite hin. Denn es gab wenigstens einen Punkt, wo selbst nach der Auffassung der noch immer um Frankreichs Gunst buhlenden aristokratischen Partei die Interessen der Niederlande mit denen des Reichs und Brandenburgs zusammentrafen, die Sorge um die Stadt Köln, die in französische Hände fiel, sobald man sie dem längst ihrer Freiheit nachstellenden Kurfürsten-Erzbischof überließ. Um diesem und dem König jeden Vorwand zu nehmen, sollte ihre niederländische Besatzung durch eine brandenburgische und braunschweigische abgelöst, auch ein Vergleich zwischen dem Rat und dem Erzbischof vermittelt werden. Als deshalb im Herbst 1671 Bevollmächtigte des Kaisers, der Generalstaaten und des westfälischen Kreises dort zusammentraten, wurde auch die Möglichkeit eines brandenburgisch-niederländischen Bündnisses besprochen. Daß ein solches für die Republik wünschenswert sei, blieb unbestritten. Aber die Vorschläge, welche die Generalstaaten daraufhin machten, muteten dem Kurfürsten mit seiner Armee ein Mietsverhältnis zu ihnen zu: im Haag stellte man ihn eben noch auf eine Stufe mit den Reichsfürsten, die zur Besserung ihrer Finanzen und um ihre Soldaten zu beschäftigen, dergleichen Söldnerverträge eingingen. Von seiner Sorge um die politische und religiöse Freiheit hatten diese Krämerseelen keine Ahnung.

Eigentlich nationale Gesichtspunkte freilich lagen wie allen Fürsten der Zeit auch dem Kurfürsten fern: auch für ihn war zunächst nur der eigene Vorteil maßgebend. Aber er hatte seinen Ehrgeiz: er wollte, wie es ihm gebührte, als Macht respektiert und behandelt sein. Daß sie ihm das verweigerten, war ein Fehler der Niederlande, den sie schwer gebüßt haben: ohne ihn wären sie durch Brandenburg im Osten gedeckt und Köln und Münster an der Unterstützung Frankreichs gehindert worden. Aber auch dem Kurfürsten wurde er verderblich. Trotz der Friedensmahnungen von Crockows marschierten die Franzosen im Winter ins Kölnische und besetzten Neuß, Kaiserswerth und Dorsten. Cleve lag offen vor ihnen, während Emmerich, Rees, Wesel, Büderich, Orsoy und die Schenkenschanze in der Gewalt der Niederländer waren. Am 2. Januar 1672 verbündete sich der Erzbischof von Köln, am 22. der Bischof von

Münster mit Frankreich. Nun endlich dachte man im Haag daran, durch Bewilligung wenigstens eines Teils seiner Forderungen und die Rückgabe einiger von den besetzten Plätzen den Kurfürsten zu sich herüberzuziehen. Aber auch die französische Diplomatie erneute ihre Anstrengungen. In Paris drang Pomponne mit immer neuen Argumenten für die Neutralität auf von Crockow ein, während in Berlin Ende 1671 der Graf von St. Géran erschien. Als dann im Januar 1672 auch ein Gesandter der Niederlande, Herr von Amerongen, dort eintraf, entwickelte sich ein vielverschlungenes leidenschaftliches Intriguenspiel, das die schon vorhandenen Parteiungen steigerte und selbst das gute Einvernehmen zwischen dem Kurfürsten und seinen vertrautesten Räten ernstlich störte. St. Géran fand den Hof „sehr holländisch". Neben dem Fürsten von Anhalt vertrat diese Richtung namentlich Derfflinger mit der Militärpartei: bleibe Brandenburg neutral, erklärten die Herren, so würden sie ihren Abschied nehmen und in den Dienst der Republik treten. Der Geheime Rat dagegen wollte — mit Ausnahme von Jenas — vom Krieg gegen Frankreich nichts wissen: Schwerin gönnte den Holländern eine Züchtigung; man fürchtete den im nordischen Krieg gewonnenen Ruhm wieder zu verlieren; vor allem aber sah man in den Finanzen ein unüberwindliches Hindernis. Mitten inne zwischen den Parteien hatte der Kurfürst mit der ihm eigenen hinterhaltigen Schlauheit seinen eigenen Plan: ohne sich durch einen Vertrag dazu zu verpflichten, wollte er doch thatsächlich neutral bleiben, aber ein Heer von 15 000, im Notfall 17 000 Mann aufbringen und nach Ausbruch des Krieges als Vermittler auftreten, um sich der Partei anzuschließen, die dem zustimmen und den von ihm vorgeschlagenen Vergleich annehmen würde — ein Plan, der denn doch allzu durchsichtig war und völliger Verkennung der Lage und arger Ueberschätzung der eigenen Machtmittel entsprang. St. Géran hatte ganz recht, wenn er meinte, ein Heer könne der Kurfürst verhältnismäßig leicht zusammenbringen, aber es zu unterhalten sei ihm unmöglich: deshalb müsse er binnen kurzem Partei nehmen; welche, hinge davon ab, wer ihm das meiste biete. Es war daher ein Fehler der Nieder-

lande, daß sie auch hier knauserten und marktend und handelnd Friedrich Wilhelm immer wieder auf die Offerten Frankreichs zu hören nötigten. Sie wollten für jeden Reiter 40, für jeden Fußsoldaten 10 Thaler Werbegeld zahlen; St. Géran bot 60 und 18, und Meinders entnahm dieser Differenz ein wirksames Argument gegen die niederländische Allianz und hintertrieb sie glücklich, zum Aerger Amerongens, der unmutig klagte, es sei auf nichts mehr ein Verlaß und fertige Verabredungen würden im letzten Augenblick über den Haufen geworfen. Auch das erschwerte die Verständigung, daß die Generalstaaten den Kurfürsten nicht als vollberechtigten Bundesgenossen, sondern nur als Söldner höherer Ordnung im Feld sehen wollten und deshalb das brandenburgische Hilfscorps auf das Unentbehrlichste zu beschränken suchten, während des Kurfürsten Absicht dahin ging, mit den möglichst hoch zu treibenden Subsidien ein Heer aufzubringen, das ihm auch beim Frieden ein entscheidendes Wort und entsprechenden Gewinn sicherte.

Lange schwankte die Entscheidung. Denn trotz der üblen Erfahrungen, die er früher mit dem Neutralsein gemacht zu haben zugab, wäre der Kurfürst am liebsten doch neutral geblieben, freilich nur bis der Ausgang des Krieges übersehen werden und er sich ohne Gefahr dem Sieger anschließen konnte, also zunächst etwa auf ein Jahr. Das verweigerte Ludwig XIV. unbedingt: nur auf mindestens drei Jahre wollte er einen solchen Vertrag bewilligen. Dann wünschte der Kurfürst trotz der Neutralität der Republik doch die 2000 Mann stellen zu dürfen, mit denen er ihr nach dem Vertrage von 1660 gegen einen Angriff zu helfen verpflichtet war. Also meine er — lautete die Antwort aus Paris —, daß der König der Angreifer sei, sich also eines Friedensbruches schuldig mache, während dafür — echt französisches Völkerrecht! — nach internationalem Herkommen doch derjenige gelte, der den anderen Teil durch seine Herausforderungen die Waffen zu ergreifen nötige. Auch mache sich, hieß es, der Kurfürst der Feindseligkeit gegen Frankreich schuldig, wenn er den Niederländern die Besetzung seiner cleveschen Plätze erlaube; wären sie gegen seinen Willen darin, so könne ihre Vertreibung ihm ja nur erwünscht sein. Die

französischen Anerbietungen hatten viel Verlockendes, und Schwerin gab zu, wenn sein Herr nicht mit dem König gehe, geschehe das mehr aus Mangel an Macht als an Willen. Dann schmeichelten die französischen Diplomaten klug dem Selbstgefühl des Kurfürsten, das die geldstolzen Republikaner gelegentlich empfindlich kränkten: thäte er sich mit seinen Freunden zusammen, ließen sie sich vernehmen, so könnte er alles nach Gutdünken ordnen: nehme doch allein er sich des Reichs noch an, das ohne ihn stumm wäre und nur durch ihn noch zum Reden gebracht werde. Und doch wollte der Kurfürst trotz seiner Neutralität eben diesem Reiche, wenn es in den Krieg verwickelt würde, leisten dürfen, was er ihm schuldig war!

Wohl durfte St. Géran hinter diesem Hin und Her der Anträge und Forderungen, Bedenken und Vorbehalte diplomatische Kunstgriffe vermuten, die ihn hinhalten, die Republik aber zu größeren Bewilligungen vermögen sollten, zumal als der Kurfürst infolge eines Gichtanfalls für ihn längere Zeit unsichtbar wurde, dennoch aber gelegentlich mit Amerongen konferierte. Und doch spiegelte dies Verhalten nur die Ratlosigkeit wieder, die am Berliner Hofe herrschte und die bisherige Ordnung völlig aufzulösen drohte. Denn das geschah doch, wenn die schließliche Entscheidung des Kurfürsten gegen das fast einstimmige Votum des Geheimen Rats ausfiel. Dafür machte man namentlich Pöllnitz verantwortlich, der seinen in Skrupeln und Zweifeln ringenden Herrn gegen seine bewährtesten Mitarbeiter verhetzt haben sollte. Selbst Schwerin wurde von dem Kurfürsten so übel behandelt, daß sein Rücktritt für unvermeidlich galt. Der Geheime Rat war so gut wie aufgelöst: nur von Jena war dem Kurfürsten nach Potsdam gefolgt. Schwerin entzog sich der Ladung dorthin unter dem Vorwand von Unwohlsein: er wollte nicht an Entschlüssen teilnehmen, zu denen er nicht raten konnte. Doch glaubte man noch immer nicht, daß der Kurfürst wirklich für die Republik eintreten würde. Riet doch auch der Herzog von Braunschweig-Celle, der Ende März in Potsdam zu Besuch war, davon ab, indem er die Errichtung eines Defensivbundes zwischen ihm, Hannover, Hessen und Brandenburg in Vorschlag brachte. Deshalb steigerte

Frankreich seine Anerbietungen noch mehr und wollte schließlich für die bloße Neutralität mehr gewähren als die Niederlande für Waffenhilfe. Denn während diese Orsoy nur herausgeben wollten, wenn sie dafür Ruhrort mit dem Rechte der Befestigung erhielten — wirklich „ein hübscher Tausch!" — bot Frankreich die sofortige Räumung der bereits besetzten Orte und wollte sich verpflichten, die noch von den Niederländern besetzten nicht anzugreifen. Hatten da die Gegner der niederländischen Allianz unrecht, wenn sie meinten, Brandenburg möge es doch mit dem halten, der ihm zu dem Seinen verholfen, statt mit dem, der es ihm vollends nehmen wolle. Die 24 000 Mann, für die der Kurfürst drei Fünftel der Unterhaltungskosten nebst beträchtlichen Werbe- und Rüstungsgeldern als Subsidien forderte, boten die Generalstaaten allmählich auf 16 000 Mann herunter. Frankreich wollte zu allem bereits Bewilligten noch 200 000 Thaler jährlicher Subsidien hinzufügen. Es blieb vergeblich: der Umschlag, den Schwerin, Meinders u. s. w. noch immer gehofft und betrieben, andere gefürchtet hatten, erfolgte nicht. Nach Ablehnung seiner Anträge wurde Ende März St. Géran entlassen, und im April verabschiedete sich Crockow in Paris.

Voll Sorge sahen des Kurfürsten Räte der Zukunft entgegen, während ihr Herr, einmal zum Entschluß gekommen, seinen Weg auch energisch weiter verfolgte. Sobald die Nachricht von dem Ueberfall der niederländischen Levanteflotte durch das englische Kanalgeschwader den Ausbruch des Krieges als erfolgt konstatierte, bot er der Republik die Hand zur Verständigung, obgleich bereits feststand, daß das Reich wieder nichts thun und daher wie im letzten Krieg das „singuli pugnant, universi vincuntur," „zu des Vaterlandes und der deutschen Fürsten unüberwindlichem Schaden praktiziert werden" würde. Auch der Versuch, wenigstens Johann Georg von Sachsen zum Mitthun zu gewinnen, blieb vergeblich; ja sein Bruder, der Administrator von Magdeburg, wollte die brandenburgischen Werbungen in dem ehemaligen Erzstift nicht zulassen. Mit dem Angriff auf die im Kölnischen liegenden Franzosen eröffneten Ende April die Niederländer die Feindseligkeiten und

eilten nun auch, die bisher so lau behandelte Allianz mit Brandenburg endlich in Sicherheit zu bringen. Am 6. Mai 1672 wurde sie unterzeichnet. Der Kurfürst verpflichtete sich, in seinen niederrheinischen Landen 16 Regimenter Reiterei und 12 Regimenter zu Fuß, im ganzen 20 000 Mann aufzustellen und längstens zwei Monate nach Empfang der von der Republik zu zahlenden Werbegelder deren Angreifern den Krieg zu erklären. Für seine Dauer zahlten ihm die Niederlande die Hälfte der Unterhaltungskosten mit monatlich 9000 Thalern.

Durch strenge Geheimhaltung dieses Vertrages hoffte der Kurfürst die französischen Repressalien so lange abzuwenden, bis er kampfbereit war. Aber die unpünktliche Zahlung der bedungenen Gelder durch die Generalstaaten zögerte diesen Zeitpunkt unliebsam hinaus. Statt vom Cleveschen und Westfälischen aus Köln und Münster zur Ruhe zu zwingen und so das Reich vielleicht überhaupt vor diesem Kriege zu bewahren und dann der Republik zu Hilfe zu eilen, mußte er zusehen, wie die Franzosen von der im Kölnischen gewonnenen furchtbaren Offensivstellung aus sich Cleves bemächtigten: Büderich und Orsoy ergaben sich auf Gnade und Ungnade; Wesel und Rees fielen; dann wurden Emmerich und das Genneper Schloß geräumt. In kurzen fünf Tagen war zum Entsetzen der überraschten Einwohner das Land in der Gewalt der Franzosen, während die münsterschen Truppen in die Grafschaft Lingen einbrachen und die Niederländer aus der kölnischen Festung Rheinberg verdrängten. Cleve wurde wie ein „konquestiertes Land“ behandelt: die Richter durften ihres Amtes nicht walten, königliche Zollbeamte traten in Thätigkeit und hier und da mußte sogar dem Könige geschworen werden. Anfang Juni überschritten die Franzosen bei der Schenkenschanze den Rhein und drangen geradeswegs gegen Holland vor, während von der anderen Seite Turenne mit französischen, kölnischen und münsterschen Truppen heranzog. Um nicht abgeschnitten zu werden, mußte die niederländische Armee eiligst zurückgehen. Ende Juni war der größte Teil der Republik in der Gewalt der Franzosen: die meisten Festungen fielen, ihre Besatzungen wurden kriegsgefangen, und schutzlos war die wichtigste Pro-

vinz dem Sieger preisgegeben. Der Krieg schien beendet, die Republik vernichtet, noch ehe ihr Alliierter überhaupt ins Feld gerückt war oder auch nur Frankreich den Krieg erklärt hatte.

Nur diplomatisch war derselbe inzwischen eifrig thätig, um Kaiser und Reich in Waffen zu bringen. Freilich ahnte er nicht, daß der Wiener Hof bereits am 1. November 1671 einen Vertrag mit Frankreich unterzeichnet hatte, der ihm gegen Bestätigung des die künftige Teilung der spanischen Erbschaft regelnden Abkommens von 1668 dem niederländischen Krieg gegenüber für ein Jahr Neutralität auferlegte. Durch seinen Schwager Johann Georg von Anhalt, der gleich nach Abschluß des Bündnisses mit der Republik nach Wien ging, ließ er den Kaiser auffordern, möglichst schnell am Rhein ein Heer zu sammeln, das mit dorthin zu werfenden Brandenburgern kooperieren sollte, weiterhin zu einem engeren Bündnis und zur Waffnung des Reichs einladen. Anhalt fand unerwartet gute Aufnahme, freilich — wie sich nachmals offenbarte — nur weil der leitende Minister Fürst Lobkowitz, der von Frankreich keine Gefahr drohen sehen und alles vermeiden wollte, was dieses „offendieren" oder ihm „ombrage geben" könnte, den Kurfürsten durch die Verbindung mit dem Kaiserhof an dessen Politik des Friedens um jeden Preis zu fesseln dachte. So wurde unter Erneuerung der Defensivallianzen von 1658 und 1666 auf fernere zehn Jahre am 12. Juni ein Protokoll unterzeichnet, wonach der Kaiser bis Ende Juli 7000 Mann zu Fuß und 5000 Reiter nebst 12 Geschützen von Böhmen nach dem Rhein marschieren und sich dort mit dem kurfürstlichen Heer vereinigen lassen sollte, um jede Störung des Westfälischen Friedens durch einen Reichsstand zu hindern und auch den Pyrenäenfrieden aufrecht zu erhalten. Die erste Bestimmung richtete sich gegen Köln und Münster; die letztere verpflichtete zum Schutz auch der spanischen Niederlande. Ernst gemeint freilich war das von Lobkowitz kaum: von seinem katholischen Standpunkt aus sah der Wiener Hof den Fall der Ketzerrepublik nicht ungern, zumal der schließliche Ausgang ihres Verzweiflungskampfes doch noch fraglich blieb und jedenfalls Frankreich in einem Maße beschäftigte und schwächte, das Oesterreich Nutzen stiftete. Auf

einen so jähen Zusammenbruch der Niederlande, wie er jetzt erfolgte, war man nicht gefaßt gewesen. Er machte einen tiefen Eindruck und steigerte den Einfluß der Kriegspartei, so daß Anhalt, als er im Juli zum Austausch der Ratifikationen und zu weiteren Verabredungen nach Wien zurückkehrte, die Rüstungen in vollem Gange fand. Der Befehl war dem Grafen Montecuccoli übertragen, dem tüchtigsten der kaiserlichen Generale, der es zudem mit diesem Kriege ernst meinte. Würde er aber im stande sein, die lähmenden höfischen Einflüsse zu überwinden? Immerhin meinte der Kurfürst mit dem Vertrage vom 12. Juni 1672 viel gewonnen zu haben, vollends als am 25. Juli auch das Bündnis des Kaisers mit den Niederlanden unterzeichnet wurde.

Dazu kam der Umschlag in der Republik selbst. In einer verzweifelten Erhebung gegen die unfähige Aristokratie, die angesichts des von ihr verschuldeten Unheils keine anderen Mittel wußte als demütiges Bitten um Frieden bei dem Sieger, fand das niederländische Volk in Erinnerung an seine glorreiche Vergangenheit sich endlich wieder und scharte sich zum Kampfe für seine höchsten Güter um den Prinzen von Oranien. Durch Oeffnung der Schleusen und geschickte militärische Maßnahmen wurde der Feind aufgehalten. Erfolgte aber die drohende englische Landung, so war Holland doch verloren und auch Seeland nicht zu retten. Deshalb beschwor Oranien seinen kurfürstlichen Oheim unter Berufung auf den Vertrag vom 6. Mai Frankreich den Krieg zu erklären und ohne die kaiserliche Armee abzuwarten, den Niederlanden durch eine Diversion gegen Köln Luft zu machen. Damit aber hätte Friedrich Wilhelm sein eigenes Land preisgegeben und die ungedeckte Flanke der feindlichen Uebermacht dargeboten: die Republik, meinte er, bereite ihm ein Schicksal wie ein Ertrinkender seinem Retter, wenn er ihn verzweifelnd an den Haaren faßt und mit in die Tiefe zieht. Er lehnte den Vorschlag ab. Natürlich machte nun in den Niederlanden die erregte öffentliche Meinung neben der Unfähigkeit der eigenen Staatsleiter die Treulosigkeit des einzigen Bundesgenossen für alles Unheil verantwortlich, während der Kurfürst in der für sein Denken

charakteristischen Weise darin eine Strafe des Himmels sehen wollte, mit der Gott die Seinen züchtige.

Aber schon so empfand Ludwig XIV. die Hinderung schwer, die des Kurfürsten und des Kaisers Aktion ihm zu bereiten drohte. Militärisch und diplomatisch entwickelte er die energischste Gegenwirkung. Die münsterschen und kölnischen Truppen mußten die Belagerung von Gröningen aufheben, um mit einem Teil der französischen Armee unter Turenne den Rhein gegen Brandenburger und Kaiserliche zu decken. Nach Berlin aber ging Graf de la Vauguion, um durch ein Gemisch von Drohungen und Versprechungen Brandenburg doch noch zur Neutralität zu vermögen. Der König, so sollte er erklären, denke nicht daran, den Westfälischen Frieden zu verletzen, werde aber die deutschen Fürsten sofort mit Krieg überziehen, die gegen ihn oder seine Verbündeten etwas unternähmen; nicht wegen der kurfürstlichen Maßnahmen, sondern allein aus Achtung vor den Traktaten wolle er die jetzt gewonnenen deutschen Plätze alle dem Reiche zurückgeben, dem Reiche, nicht dem Kurfürsten, da dessen Recht auf Cleve so bestritten sei, daß der König dort leicht andere, ihm gefügigere Fürsten begünstigen könne. Auch in die brandenburgisch-österreichische Kooperation schob Frankreich damit den Keil der Zwietracht. Vor allem sollte Vauguion keinen Zweifel darüber lassen, daß der König, sobald die angeblich in der Bildung begriffenen Armeen marschierten, den Rhein überschreiten und in Deutschland einen Krieg entfachen würde, den er gern vermieden hätte. Anfang August traf Vauguion in Berlin ein, wo er alles kriegerisch bewegt fand, aber trotz alles Drängens eine unzweideutige Antwort nicht erhielt. Man zögerte, weil man noch nicht schlagfertig war. Dabei fehlte es an Geld. Die Generale stritten um das Kommando. Statt des grollenden Derfflinger war Christian Albert zu Dohna General der Artillerie geworden; Generalleutnant v. d. Goltz, der einst in Frankreich ein polnisches Regiment befehligt und von Ludwig XIV. für sein Wappen die bourbonischen Lilien und unlängst 1669 den Rang eines Baron erhalten hatte, auch eine Pension von 1000 Thalern bezog, haderte mit dem General von Schwerin, des Oberpräsidenten Bruder. Den Kurfürsten,

dessen Aufbruch zu der bei Halberstadt gesammelten Armee ein Gichtanfall verzögerte, fand Vauguion tief verstimmt: Frankreich habe ihn „rüde“ behandelt und wolle ihn und sein Haus zu Grunde richten, obgleich er ihm nichts zuleide gethan, namentlich, was er doch gekonnt, den Holländern keine Truppen zu Hilfe geschickt habe.

Noch aber bemühte sich namentlich Schwerin um eine Verständigung mit Frankreich, obgleich die Einhebung von Kontributionen im Cleveschen den Konflikt verschärfte. Bequemte sich Frankreich zu sofortiger Herausgabe der besetzten Plätze, ja nur von Orsoy und Gennep, deren Verlust den Kurfürsten besonders schmerzte, so ließ sich nach seinem Urteil der Bruch noch vermeiden. Da war es freilich übel, daß Vauguion, als er, sobald des Kurfürsten Abreise zur Armee feststand, demselben voraus nach Halberstadt eilte, von der militärischen Leistungsfähigkeit Brandenburgs keine große Vorstellung bekam. Von der Infanterie — 2500 Mann — hatte nur die Garde seinen Beifall; aber auch ihre Regimenter waren zum Teil auffallend schwach: das Regiment Kurprinz zählte nur 600 Mann, da ein Teil davon auf der Ueberfahrt von Königsberg nach Kolberg durch Schiffbruch umgekommen war. Die Reiterei — einschließlich von zwei Regimentern Dragoner im ganzen 29 Eskadrons, jede zu zwei Compagnien, aber doch nur 140—200 Mann stark — erschien ihm geradezu ärmlich ausgerüstet, namentlich die neugeworbene: bei einer Salve gerieten die jungen Mannschaften und ungeschulten Pferde in heillose Verwirrung. An Artillerie zählte er sieben bis acht Stück Zehn- bis Sechzehnpfünder, vier bis fünf Mörser und 30—40 kleine Stücke, zur Deckung der Flügel bestimmt; aber sie war schlecht bespannt, zum Teil nur mit requirierten Ackergäulen. Auch die Marschleistungen fand er dürftig: obgleich des Morgens um vier oder fünf aufgebrochen wurde, legte man in einem Tage nur eine bis anderthalb Meilen zurück. Endlich hielt er die Generale für unerfahren: keiner war vor dem Eintritt in brandenburgische Dienste mehr als Oberst gewesen. Für den bedeutendsten galt Generalleutnant v. Kannenberg: aber infolge eines Kanonenschusses in den Schenkel war er so hinfällig, daß es hieß, wenn

er einen Tag zu Pferde gesessen, müsse er vier Tage im Bett liegen. Seit 1657 an Stelle des Generalfeldzeugmeisters v. Sparr Inspekteur aller westfälischen Garnisonen, seit 1666 geheimer Kriegsrat und Erbmarschall des Fürstentums Minden, wurde er dennoch an die Spitze des Heeres gestellt.

Aus dem Gesandten war ein Spion geworden, und schon bei einer Audienz, die er ihm in Gegenwart von Meinders am 8. September in Halberstadt gewährte, sprach der Kurfürst sein Befremden darüber aus, daß man ihm so ohne weiteres folge, und stellte die Beantwortung der überbrachten Anträge durch seinen Geheimen Rat in Aussicht. Mit einer stummen Verbeugung empfahl sich Vauguion: seine Mission war gescheitert. Die Vorschläge seines Königs, so ließ man ihn wissen, liefen auf nichts Geringeres hinaus, als die Vernichtung der Freiheit der Deutschen und die Störung des Friedens; im Bewußtsein korrekt und nach dem ihm als Reichsfürsten zustehenden Recht gehandelt zu haben, erwarte der Kurfürst, der König werde wenigstens nicht weiter in sein Gebiet eindringen; denn derselbe werde es niemals verantworten können, einen Fürsten mit Krieg überzogen zu haben, der nichts als den Schutz seiner Unterthanen und die Erhaltung des Friedens erstrebt habe. Noch hoffe er, der König werde den Frieden nicht brechen, auch ihn nicht hindern, dem Reich seine Pflicht zu leisten, um dafür seinerseits bei erster Gelegenheit seinen Eifer für den Dienst des Königs bethätigen zu können, worin er keinem nachstehe. Hatte Vauguion unrecht, wenn er urteilte, das sei doch keine Antwort auf die gestellte Frage? Der Kurfürst wollte nicht antworten: er erstrebte eine Stellung, die je nach den Ereignissen deutbar, ihm die Möglichkeit ließ, ohne offenbaren Bruch eingegangener Verpflichtungen sich im gegebenen Augenblick auf die Seite zu schlagen, wo, wenn nicht am meisten zu gewinnen, so doch am wenigsten zu verlieren war. Angeblich nur auf Erhaltung des Friedens bedacht, verfolgte er eine entschieden kriegerische Politik und wollte in Frankreichs und seiner Alliierten Flanke schlagfertig stehen, ohne daß ihm das als Feindseligkeit sollte angerechnet werden dürfen; gegen seine Verbündeten aber meinte er, falls ihr Kampf gegen Frankreich

übel ausging, damit die vertragsmäßig übernommenen Pflichten erfüllt zu haben.

Solche Zweideutigkeit machte auch jede ernste militärische Aktion unmöglich. Die Kaiserlichen nämlich waren inzwischen Ende August von Eger aufgebrochen, freilich schwächer, als sie nach den Listen sein sollten. Voraneilend erschien Montecuccoli bereits am 9. September in Halberstadt. Von dem Zusammenwirken mit dem gefeierten Feldherrn versprach sich der Kurfürst das Beste: war derselbe doch als Gegner Frankreichs bekannt und durchschaute dessen Pläne richtig, wenn er meinte, nach den Niederlanden würde Deutschland angegriffen werden, denn nur der Zeit nach sei es das zweite, in Wahrheit das erste Ziel Ludwigs XIV. Er hatte bewirkt, daß der Wiener Hof die zweideutige Vermittelung des Mainzer Kurfürsten abwies und statt 12 000 gar 16 000 Mann ins Feld zu stellen beschloß. Auch gab er zu, daß durch die bisherige Unthätigkeit viel versäumt sei. Hätte er nur demgemäß handeln können! Aber während im kaiserlichen Rate Widerspruch gegen seinen Feldzugsplan sich nicht erhob, erhielt er Instruktionen, die ihm eine seiner Ueberzeugung widerstreitende Rolle aufnötigten, sein Verhältnis zum Kurfürsten trübten und die ganze Unternehmung um den gehofften Erfolg brachten. Denn es wurde dafür das Wort des Fürsten Lobkowitz maßgebend, der Bund mit dem Kurfürsten solle nur „das ungezähmte wilde Pferd Kurbrandenburg durch ein ihm beigesellten gezähmtes und gelindes Roß besänftigen, damit es sich nicht à corps perdu in eine Partei würfe". Doch fand der General auch bei seinem Waffengenossen nicht alles nach Wunsch. Nach der mit Anhalt getroffenen Abrede hatte er die ganze brandenburgische Armee bei Halberstadt zu finden gedacht: nun sollten dort bloß 16 000 Mann stehen. Braunschweig und Dänemark waren noch nicht gewonnen: damit fehlte eine der wesentlichsten Voraussetzungen, unter denen man das Bündnis mit Brandenburg geschlossen hatte. Um so eher stimmte der Kurfürst dem Feldzugsplane bei, den Montecuccoli in den Konferenzen zu Halberstadt am 11. und 12. September entwickelte. Man sollte „temporisieren", indem man, um den Feind in einer vorteilhaften

Stellung zu erwarten, auf Frankfurt a. M. marschierte, sich am Rhein befestigte und den Franzosen die Zufuhr darauf abschnitt, dann aber sich mit den aus Belgien heranziehenden Spaniern vereinigen und den Franzosen von Mastricht aus den Rückzug aus Holland verlegen. Als dann aber am 24. September die Vereinigung der beiden Heere im oberen Leinethal erfolgte, mußte Montecuccoli erfahren, daß der Kurfürst gar nur 10 000 Mann bei sich hatte, das heißt nur die Hälfte seiner Armee, die 10 570 Mann zu Fuß und 9500 Reiter ausmachte. Damit hielt er die Ausführung auch dieses Planes für unmöglich. Obenein war inzwischen in Wien ein Umschlag erfolgt und an die Stelle der aufflackernden Kriegslust wieder der Wunsch nach Frieden um jeden Preis getreten: der General erhielt die bestimmte Weisung, „die Ruptur zu evitieren".

Das entschied das Schicksal dieses Feldzuges. Ein wahrhaft klägliches Schauspiel bieten die Operationen der Verbündeten in den nächsten Wochen. Von den politischen Nachteilen abgesehen, schädigten sie aufs schwerste auch den militärischen Ruf der beiden Führer. Der Defensivbund mit Braunschweig-Lüneburg und Dänemark vom 22. September war nun nutzlos. Den Spaniern die Hand zu reichen, war unmöglich: denn schon stand Turenne an der Grenze der Grafschaft Mark. Die vorangehenden brandenburgischen Regimenter erhielten den Befehl, sich jeder Feindseligkeit zu enthalten. Man that so, als ob man sich noch in Frieden mit Frankreich befände, und bei der endlichen Verabschiedung Vauguions, die am 29. September in Witzenhausen an der Werra erfolgte, nahm der Kurfürst scheinbar befriedigt die Versicherung entgegen, Ludwig XIV. denke nicht daran, etwas gegen den Westfälischen Frieden zu unternehmen. Und doch, wie gern hätte er losgeschlagen! Aber Montecuccoli versagte sich jeder Aktion, mochte er auch sich gelegentlich den Anschein geben, als ob er demnächst handeln würde. Ein Angriff auf Koblenz, auf Köln wurde erwogen; der Kurfürst schlug vor, sich gegen Bonn zu wenden und von da aus Oranien die Hand zu reichen. Gethan wurde nichts. Dennoch kam es bei Neuwied und an der Lahn zu Plänkeleien mit den Franzosen auch seitens brandenburgischer

Streifpartien, die über den Rhein gegangen waren und die Thäler der Nahe und der Mosel rekognoszierten: an der Fiktion des noch andauernden Friedens mit Frankreich änderte das nichts. Ohne eigentlich den Feind gesehen zu haben, war das Heer der Alliierten bald in vollem Rückzug, indem es sich süd- westwärts wandte und dann vollends nach Süden abbog.

In jenen Tagen setzte Montecuccoli, dem die ihm auf- genötigte Rolle unerträglich wurde, den Kurfürsten von dem Inhalt der ihm zugehenden Weisungen in Kenntnis und schlug vor, bis nach Frankfurt zurückzugehen und dort das Weitere abzuwarten. Was hätte der Kurfürst anderes thun sollen als zustimmen? Aber es überkam ihn doch ein Gefühl der Scham: was würde man zu dieser Kriegführung im Haag sagen? Der dem Hauptquartier folgende niederländische Gesandte von Amerongen durfte von dem Beschluß nichts erfahren. Auch die Verhandlungen mit Köln, Trier und Münster blieben nun erfolglos, und des Kurfürsten Zusammenkunft mit dem Mainzer (21. Oktober) änderte nichts an dessen zweideutiger Haltung. Wohl wandelte Friedrich Wilhelm wiederholt die Lust an, diesem unerträglichen Zwitterzustand, der seine knappen Mittel nutz- los verzehrte und die Armee demoralisierte, durch resolutes Dreinschlagen ein Ende zu machen. Aber immer erstickte sie die Sorge vor der Uebermacht Turennes, den er an der Spitze eines großen Heeres glaubte, während er thatsächlich so wenig Truppen hatte, daß er jeden Kampf in offenem Felde vermeiden mußte. Ihm ja sicher aus dem Wege zu gehen, aber die Armee doch irgendwie nützlich zu verwenden und vielleicht weiter aufwärts den Rhein zu überschreiten, schlug Montecuccoli vor, auch noch über den Main zu gehen und im Süden desselben Stellung zu nehmen. Der Kurfürst fügte sich, und so stand die Armee Anfang November noch weiter von dem Angriffsobjekt entfernt und konnte, eingekeilt in dem Winkel zwischen Main und Rhein, weder vor- noch rückwärts. Der Mainzer Kurfürst versagte, wenn auch unter lebhafter Beteuerung seiner gut deutschen Gesinnung, die Mainzer Brücke für den Rheinübergang, wie es unlängst der Trierer mit der Koblenzer gethan hatte; der Landgraf von Hessen

protestierte gegen die Einlagerung in sein Gebiet und der Pfälzer Kurfürst verweigerte die Benutzung der Hilfsmittel seines Landes. Was half es da, daß inzwischen in Wien die Kriegspartei wieder Einfluß gewann und Montecuccoli die Erlaubnis auswirkte, wenn er zu einer Hauptaktion genötigt würde, in Gottes Namen zu handeln und nach Bedarf sogar Rhein und Mosel zu überschreiten? Auch konnte man in der Sackgasse, in die man sich begeben hatte, nicht bleiben: deshalb wollte Montecuccoli jetzt den früher verweigerten Zug nach Westfalen antreten. Der Kurfürst jedoch bestand auf dem Vordringen über Rhein und Mosel: wirklich traf man die Vorbereitungen dazu. Aber die Schwierigkeit der Verpflegung und die Ungunst des Wetters geboten Halt. So blieb allein der Marsch nach Westfalen.

Niemand empfand das Unrühmliche dieses Scheinkrieges tiefer als Montecuccoli: tagaus tagein gegen seine militärische und politische Ueberzeugung zu handeln genötigt, hatte er wiederholt in Wien verlangt, entweder das zur Wahrung der Waffenehre Nötige thun oder einen regelrechten Waffenstillstand schließen zu dürfen; so könne es „ohne Disreputation der Armee und großen Disgust des Kurfürsten" nicht weiter gehen. Als er nicht durchdrang, hatte er bereits Mitte Oktober seine Abberufung verlangt. Inzwischen aber hatte Wilhelm von Oranien auf das Gerücht, daß die Verbündeten den Rhein doch noch überschreiten würden, um über die Mosel nach Nordwesten vorzustoßen, den Plan gefaßt, durch Nordbrabant auf Mastricht zu gehen, sich von dort aus mit den Deutschen zu vereinigen und, Turenne nun überlegen, zwischen Maas und Rhein die Franzosen von ihrem Hinterland abzuschneiden und so zur Räumung der Niederlande zu nötigen. Auch kam er glücklich an die Maas: die Verbündeten aber fand er dort nicht. Benutzten diese doch selbst die günstigeren Verhältnisse nicht, die am Mittelrhein eintraten, als der Kurfürst von Trier, durch die Ausschreitungen der Franzosen erbittert, sie in Koblenz und Trier aufnahm, ja gegen Subsidien sogar selbst die Waffen ergreifen wollte. Nun mißlang aber der Bau einer Rheinbrücke bei Andernach. Da gab auch Friedrich Wilhelm

die Kooperation mit Oranien auf: dieser hatte den kühnen Zug nach der Maas vergeblich unternommen.

Wenn der Kurfürst bitter über die Kaiserlichen klagte, so war das gewiß berechtigt. Doch traf diese nicht allein die Schuld, sondern neben der raison de guerre des Kurfürsten eigenes Unvermögen. Aber noch schlimmer als die militärischen waren die politischen Folgen des Rückzugs nach Westfalen. Aus Sorge vor ihnen hatten auch Schwerin, wahrlich kein Freund der Republik, Meinders und Christoph Kaspar von Blumenthal, die beim Kurfürsten weilten, denselben bekämpft und die Erfüllung der gegen die Niederlande übernommenen Verpflichtungen gefordert. Daß diese mißachtet waren, ließ sich nicht wegbeweisen: die Generalstaaten stellten die Zahlung der Hilfsgelder ein. Das stellte die Erhaltung der Armee in Frage. Dann hatte als Bischof von Hildesheim Maximilian Heinrich von Köln in Regensburg über den Durchmarsch der Brandenburger gewaltigen Lärm erhoben, und der Reichstag ging eifrig darauf ein, und als Spaen für die französischen Brandschatzungen in Cleve im kölnischen Westfalen und im Münsterschen Vergeltung übte, hatte der kriegerische Bischof Bernhard von Galen ihn zurückgeworfen, etliche Plätze in Mark und Ravensberg besetzt und mit Hilfe kölnischer Abteilungen Kontributionen eingetrieben. Deshalb wollte der Kurfürst, obgleich sein Heer sich bei der Ankunft in Westfalen in bedenklichem Zustande befand, alsbald gegen Köln und Münster zu Felde ziehen. Montecuccoli aber weigerte nicht nur seine Mitwirkung, sondern verhandelte gar mit Münster über einen Stillstand oder Separatfrieden. Ernstlich ging der Kurfürst mit den Seinen zu Rate, ob er, um diesem nachgerade unerträglichen Zustand ein Ende zu machen, nicht allein losschlagen sollte — ein Werk freilich, „an dessen guter oder übler Ausführung," wie er sagte, „seine Wohlfahrt oder auch — was Gott verhüten möge — seines Staates Ruin hänge". Schließlich aber fügte er sich den zum Teil selbst verschuldeten Verhältnissen, konnte es jedoch lange nicht verwinden, daß er an dem münsterschen Bischof nicht Vergeltung geübt hatte. Aber der Zustand seiner Armee machte auch das unmöglich. Mit Ausnahme der Regimenter Garde

und Kronprinz befand sich diese nach eines französischen Kenners Bericht in trostloser Verfassung: die Pferde waren elende Mähren; von den Reitern hatten die einen keine Stiefel, die anderen keine Pistolen, andere wieder keinen Degen; den Dragonern fehlten die Sättel und die Zügel: statt ihrer hatte man den Pferden die Halftern durch das Maul gelegt.

Die sich häufenden Fehler der Verbündeten verschuldete zumeist ihre Unkenntnis von der Stärke und Lage der Feinde. Sie glaubten Turenne mit beträchtlicher Macht vor sich zu haben, während er so schwach war, daß er durch einen Angriff in harte Bedrängnis geraten wäre. Andererseits überschätzte dieser die Energie seiner Gegner. Jetzt glaubte er, es sei auf Köln abgesehen, ging rheinabwärts und auf das rechte Ufer nach Wesel, und verlegte den Verbündeten den Weg. Das deutete Montecuccoli als Beginn einer energischen Offensive: er wollte Cleve vollends preisgeben und hinter der Weser eine Defensivstellung suchen. Der Kurfürst aber weigerte sich, seine niederrheinischen und westfälischen Lande ohne Kampf zu räumen. Und er drang durch: käme Turenne, so wurde beschlossen, nur mit einem Teil seines Heeres in das Münstersche, so wollte man mit allen feldtüchtigen Truppen schnell eine „Kavalkade" ins Kölnische und Münstersche machen. Aber der Januar 1673 ging zu Ende, ehe die Vorbereitungen getroffen waren. So kam Turenne den Verbündeten abermals zuvor. Anfang Februar nahm er Unna und zog bereits auf Werle, als die Vortruppen der langsam anrückenden Verbündeten am 5. Februar unerwartet auf ihn stießen. Eine Schlacht schien unvermeidlich: trotz des Sonntags und der Kälte ordnete der Kurfürst seine Leute, die froh waren, endlich an den Feind zu kommen. Da schwenkte Turenne plötzlich links ab und nahm eine treffliche Stellung hinter einer alten Landwehr, einem „der Birkenbaum" genannten Graben, der die wellige Ebene zwischen Lippe und Harstrang über Hamm, Unna und Werle von Norden nach Süden durchzog. Den Verbündeten war der Weg nach Dortmund sowohl wie nach Köln verlegt. Turenne anzugreifen hinderte die Glätte, welche die Reiterei unbrauchbar machte. So wollte man ihn auf dem linken Flügel nach Hamm hin

umgehen. Aber kaum begann man dazu über die Lippe zu setzen und Streifscharen ins Münstersche zu senden, als er die Offensive aufnahm und sogar Reiter auf das andere Lippeufer schickte. In der Meinung, er wolle sich mit seiner ganzen Macht auf sie stürzen, gingen die Brandenburger schleunigst auf Hamm zurück, wobei es zu unbedeutenden Scharmützeln kam.

Unrühmlich also war auch der Ausgang dieses Zusammenstoßes. Die Scharte auszuwetzen aber bot sich so bald keine Gelegenheit. Turenne erwartete Verstärkungen. Die Verbündeten litten Mangel: in Westfalen drohte der Unterhalt bald zu versagen. Nochmals schlug der Kurfürst einen Zug ins Münstersche vor. Da aber Montecuccoli bei seiner Weigerung beharrte, blieb ihm nichts übrig, als dem einstimmigen Votum seiner Generale gemäß die Brücken über die Lippe abzuheben, Hamm und Soest zu räumen und nach der Weser zurückzugehen, um im Ravensbergischen und Mindenschen Quartier zu nehmen, während die Kaiserlichen im Paderbornschen und Lippeschen untergebracht wurden. So tief war sein Ansehen gesunken, daß auf dem Rückzug selbst kleine Orte im kölnischen Westfalen ihm ungestraft die Aufnahme versagen durften! Wie recht also hatten die gehabt, die vor einem Krieg warnten, dessen einziges Ergebnis der Ruin der Armee sein mußte! Arg demoralisiert schwand diese durch Desertion der Gemeinen und Abschiednehmen der Offiziere dahin. Griff der Feind jetzt an, so mußte sie auch noch hinter die Weser weichen. Den Kampf fortzusetzen war unmöglich. So beantragte der Kurfürst beim Kaiser den Abschluß eines Waffenstillstandes, zu dem Montecuccolis Nachfolger, der Herzog von Bournonville, keine Vollmacht zu haben erklärte. Auch die Niederlande ließ er wissen, daß er zum Frieden entschlossen sei, indem er sie für diese Wendung verantwortlich machte, weil sie die Subsidien und die Rekrutierungsgelder nicht rechtzeitig gezahlt, Dänemark und Braunschweig nicht gewonnen und die Diversion gegen Turenne nicht ausgeführt hätten — Klagen, die nur dann berechtigt gewesen wären, wenn er selbst sich der Erfüllung der übernommenen Pflichten hätte rühmen können.

Verhandelt wurde die ganze Zeit. Erst hatte Mainz zu

vermitteln versucht, dann Bayern seine „Interposition" angeboten. Besonderen Eifer entwickelte Schweden, als dessen Bevollmächtigter Oberst von Wangelin beim Kurfürsten weilte. Auch der Pfalzgraf von Neuburg, um die bundesmäßige Hilfe angerufen, mahnte zum Frieden und ließ durch seinen aus Paris zurückkehrenden Staatsrat Stratmann den Kurfürsten von der einem Vergleich geneigten Stimmung unterrichten, in der er den König gegen Brandenburg gefunden hatte. Indem er zugriff, gab der Kurfürst freilich den Niederlanden vollends das Recht, ihn der Verletzung seiner Bundespflichten zu zeihen: nach dem Vertrag vom 6. Mai 1672 durfte kein Teil um Frieden oder Stillstand unterhandeln, bevor der andere in seinem Besitzstand völlig hergestellt war. Auch hatte er bisher noch immer behauptet, mit Frankreich gar nicht in Krieg zu sein. Wollte er wirklich, wie man gemeint hat, durch den Separatfrieden der Republik nur ihren einzigen leistungsfähigen Alliierten für die Zukunft erhalten, so war es doch mindestens befremdlich, wenn er das üble Licht, in dem er erscheinen mußte, nicht durch eine vertrauliche Mitteilung, etwa an Oranien, nach Möglichkeit abschwächte, sondern vielmehr seinerseits der Republik alle ihre Unterlassungssünden vorrückte und sie in geradezu gehässiger Weise auch da verdächtigte, wo ihre Haltung korrekt war. Nicht genug, daß er die Operationen der staatischen Armee einer ungerecht abfälligen Kritik unterzog: auch die niederländische Diplomatie tadelte er als ungeschickt. Ja, obgleich die Generalstaaten die Vermittelung Schwedens (Mitte Januar 1673) abgelehnt hatten, that er so, als ob das nur zum Schein geschehen und ihr Sonderfriede mit Frankreich bereits im Werke sei. Eher durfte er der Republik „Mangel an Conduite, Beständigkeit und rigouröser Resistenz" vorwerfen und die aristokratische Opposition gegen Oranien für das Geschehene mitverantwortlich machen.

Inzwischen aber hatte er durch den schwedischen Oberst von Wangelin bei Turenne einen Stillstand nachsuchen lassen: er wurde wegen mangelnder Vollmacht verweigert. Auch der Bischof von Osnabrück, der nach einer Unterredung mit dem Kurfürsten sich darum bemühte, richtete nichts aus: in Paris

selbst mußte darum geworben werden. Dorthin eilte Stratmann mit einem vom 10. März datierten Schreiben des Kurfürsten an den König. Mit Freuden, so hieß es darin, habe der Kurfürst von des Königs friedfertiger Gesinnung gehört: er habe die Waffen ja nur ergriffen, weil er in der allgemein herrschenden Meinung befangen gewesen, der König wolle den Ruin der Niederlande und des Reiches; das möge ihm nicht so schwer angerechnet werden, zumal er, eines Besseren belehrt, das gute Einvernehmen wieder herzustellen eile, wozu Stratmann Vorschläge machen solle. Für den Stillstand erbot er sich, seine Armee an und über die Weser zurückzuziehen, das Bistum Hildesheim zu räumen und im Kölnischen und Münsterschen keine Kontributionen mehr zu erheben; die Franzosen sollten die Grafschaft Mark räumen und ebenfalls auf die ausgeschriebenen Kontributionen verzichten. Thatsächlich ließ er nur einen kleinen Teil seines Heeres unter Anhalt mit den Kaiserlichen nach Franken ziehen, die Hauptmacht setzte er nach der Mark in Marsch, gab also seine westlichen Lande preis. Denn weder im Haag, wohin er von Poellnitz geschickt hatte, noch in Wien, wo von Crockow noch einmal sein Glück versuchte, bot sich Aussicht auf einen Umschwung. Die Vertröstungen auf den allgemeinen Frieden aber waren erst recht nichts wert: würden die Verbündeten nicht vielmehr im Notfall die Kosten Brandenburg tragen lassen? So legte der Kurfürst am 16./26. März dem Geheimen Rat sein Programm dar: weder der Kaiser noch die Republik könne ihn der Pflichtvergessenheit zeihen, da er unterhandeln müsse, wenn er nicht entweder völlig ruiniert oder zu einem schmachvollen Frieden gezwungen werden wolle; die gemeine Sache zu verlassen, sei er darum nicht willens, doch müßten die anderen mitthun, im Reich Kursachsen und Braunschweig, dann Spanien und Dänemark. Vergeblich bat ihn der Kaiser, an der Weser Halt zu machen: die Truppen zogen nach der Elbe, wobei die Braunschweiger Herzöge, die den Durchzug zwar schließlich gestatteten, sie in beleidigender Weise eskortieren und auf Schritt und Tritt beobachten ließen. In trauriger Verfassung erreichten sie die Elbe und bezogen dort Standquartiere, während der Kurfürst tief verstimmt und

voll banger Sorge nach Potsdam zurückkehrte, obgleich der Bischof von Münster, erbittert über den drohenden französisch-brandenburgischen Sonderfrieden, im Ravensbergischen und Mindenschen plündern ließ. Aber er mußte es sich gefallen lassen, von einem Pfaffen „vexiert" zu werden: schon streifte Turenne über die Weser und bis an die Leine.

Und nun wollte Frankreich den Waffenstillstand nur unter der Bedingung bewilligen, daß zuvor der Präliminarfriede vereinbart wäre! Das hieß ihm die Bedingungen vorschreiben ohne jede Möglichkeit der Diskussion. Zwar lauteten sie schließlich glimpflicher, als nach diesem Eingang zu erwarten gestanden, und Stratmann trug kein Bedenken, den Entwurf am 10. April in St. Germain zu unterzeichnen. Dem König lag doch viel daran, Brandenburg von seinen Gegnern zu trennen. Ja er bereitete, so schien es, eine überraschende Wendung vor, indem er den Krieg gegen die Republik aufgab, um sich auf Spanien zu stürzen. Dabei sollte der Kurfürst mitthun: der König schonte in ihm den künftigen Verbündeten. Auch in Potsdam erwog man diese Möglichkeit, die Schwerin um so lebhafter aufgriff, als er meinte, nach des letzten spanischen Habsburgers Tod werde nicht bloß die spanische, sondern auch die deutsche Krone auf die Bourbonen übergehen. So wurde der Vertragsentwurf ohne weiteres gut geheißen, obgleich sich von den Geheimeräten einzelne auch jetzt noch für das Verbleiben in dem niederländischen Bündnis und Fortsetzung des Krieges aussprachen, freilich ohne sagen zu können, woher man die Mittel dazu nehmen sollte. In einigen unwesentlichen Punkten und in der Fassung eine Aenderung auszuwirken und definitiv abzuschließen, ging mit Stratmann nun Meinders in das Hauptquartier des wieder ins Feld gerückten Königs. Wie zufrieden dieser war, bewies auch die außerordentliche Freigebigkeit, mit der nach dem diplomatischen Brauch der Zeit die brandenburgischen Unterhändler für den schnellen Abschluß belohnt werden sollten. Aber Schwerin lehnte die ihm zugedachten 10 000 Thaler ab: in einem ausführlichen Schreiben erklärte er, die von einem so großen Monarchen angebotene ehrenvolle Gabe leider nicht annehmen zu können, weil er, wie der ganze Hof wisse, einst

vor versammeltem Rate geschworen habe, nie, auch nicht aus Anlaß des für den Kurfürsten vorteilhaftesten Vertrages, ein Geschenk anzunehmen. Der minder skrupulöse Meinders nahm die „Gratifikation" ohne weiteres an.

Als Bevollmächtigter Ludwigs XIV. war inzwischen im Hauptquartier Turennes zu Soest wieder Verjus Graf von Créquy (S. 144) erschienen. Daß es sich bloß um einen Stillstand handelte, glaubte ihm niemand, auch nicht die entrüsteten deutschen Verbündeten seines Königs, denen die glimpfliche Behandlung des Brandenburgers ein Strich durch die Rechnung war. Denn irgend welchen Gewinn hatte jeder von ihnen auf dessen Kosten zu machen gedacht. Namentlich beklagte sich der Bischof von Münster bitter, daß der König die Gelegenheit nicht benutze, um eine ihm alle Zeit feindliche Macht zu schwächen; denn was er auch thun möge, um es an sich zu fesseln, Brandenburg werde sich immer wieder mit den Niederlanden verbünden, und wenn dann Schweden und die übrigen Protestanten sich anschlössen, sei der Katholizismus in Westfalen verloren. In keinem Fall dürfe ihm Frankreich die Mittel liefern, gewaffnet zu bleiben, müsse vielmehr den Krieg energisch fortsetzen, um den Niederlanden einen „guten" Frieden abzunötigen und seinen deutschen Bundesgenossen die auf Kosten Brandenburgs gehoffte „Satisfaktion" zu verschaffen. Andererseits bemühte sich der Kurfürst von Sachsen, Friedrich Wilhelm beim Kaiser festzuhalten, aber die dazu erbetene Zusammenkunft in Leipzig wurde ihm nicht bewilligt. Besonders angethan über den hinter seinem Rücken geschlossenen Separatfrieden war Schweden: damit verrate der Kurfürst nicht bloß die Niederlande, sondern auch das Evangelium und sein und Deutschlands Ansehen, und überantworte das Reich und Europa der Willkür Frankreichs. Aehnlich urteilten viele deutsche Fürsten: denn das weitere Vordringen Turennes hatte die öffentliche Meinung mächtig erregt und die ohnehin peinliche Stellung Brandenburgs aufs äußerste erschwert.

Aber der Kurfürst beharrte auf dem eingeschlagenen Wege. Zur Ratifikation des Vertrages vom 10. April bevollmächtigt, traf Meinders mit Stratmann, nachdem er in Soest bei Turenne

auf endliche Einstellung der Feindseligkeiten und Einschreiten gegen die münsterschen Räubereien gedrungen und auch in Düsseldorf vorgesprochen hatte, am 4. Juni im französischen Hauptquartier ein: seine Aufnahme ließ keinen Zweifel, daß der König nicht bloß den Frieden, sondern eine engere Verbindung mit Brandenburg wünsche. Trotz der vorbehaltlosen Ratifikation, die Stratmann am 6. Juni dem König in Vossem, einem Dorf zwischen Löwen und Brüssel, überreichte, wurden die erbetenen Aenderungen gewährt: am 11./21. Juni unterzeichneten Pomponne und Meinders das endgültige Instrument. Es stellte den Frieden zwischen Brandenburg und Frankreich nebst England, Köln und Münster her. Ersteres verpflichtete sich, hinfort weder den Niederlanden noch sonst einem Feinde des Königs Beistand zu leisten, daher einmal die staatischen Truppen aus seinen Plätzen zu schaffen, seine Armee hinter der Weser zu halten und westlich von derselben nicht mehr als 1000 Mann auf dem flachen Lande und die nötigen Besatzungen in den Festungen zu lassen. Dagegen versprach der König gleich nach der Ratifikation die von ihm und seinen Alliierten gemachten Eroberungen, einschließlich der bisher von den Niederländern besetzt gehaltenen Plätze herauszugeben, mit Ausnahme von Wesel und Rees, die er unbeschadet der Hoheitsrechte des Kurfürsten bis zum Frieden mit der Republik behalten sollte, auch die brandenburgischen Ansprüche an diese, insbesondere in betreff der rückständigen Subsidien, zu unterstützen und die nach dem 10. April, dem Tage der Unterzeichnung des Präliminarvertrages in St. Germain, ausgeschriebenen Kontributionen niederzuschlagen. Auch sagte er dem Kurfürsten seinen Schutz zu gegen die Ansprüche, die dessen deutsche Widersacher wegen der letzten Märsche und Einquartierungen erheben würden, sowie Hilfe zur Durchsetzung seiner gegenwärtigen und künftigen Successions- und Erbrechte. Als Beweis seines besonderen guten Willens aber bewilligte er ihm 800 000 Livres, von denen 300 000 gleich nach der Ratifikation und dann vom 1. Juli 1674 an immer 50 000 Livres halbjährlich gezahlt werden sollten. Doch sollte die Verpflichtung, keinem Feinde Frankreichs Hilfe zu leisten, den Kurfürsten nicht verbinden, gegen das Reich zu

handeln oder sich eines Angriffs nicht zu erwehren; andererseits aber sollte es nicht für einen Angriff auf das Reich gelten, wenn der König gezwungenerweise die Waffen gegen Deutschland ergriffe oder den Münsterer Frieden verletzende oder seine Feinde unterstützende Reichsfürsten mit Krieg überzöge. War damit wirklich des Kurfürsten Recht zur Erfüllung seiner Pflichten gegen das Reich so schlechtweg anerkannt? Doch gerade für die Komplikation nicht, die zunächst zu erwarten stand, da es nicht als Angriff auf das Reich gelten sollte, wenn der König gezwungen gegen Deutschland die Waffen ergriffe. Denn nach französischem Völkerrecht war derjenige der Angreifer, der, wie es angeblich die Niederlande gethan, den anderen durch seine Herausforderungen zum Losschlagen nötigte! Niemals — das stand zum voraus fest — würde nach dieser Theorie ein Angriff Frankreichs auf Deutschland als vorliegend und der Kurfürst als diesem zu helfen berechtigt anerkannt werden. Besonders sollte davon nicht die Rede sein, wenn der König wider einen Reichsfürsten, der ihm gegenüber den Münsterschen Frieden brach oder seinem Feinde half, die Waffen ergriff. Und eben darum handelte es sich jetzt. Gerade in jenen Tagen forderte der französische Gesandte Gravel in Regensburg eine Erklärung darüber, „ob die Fürsten und Stände des Reichs dem Kaiser und den Reichsfürsten, die dem Westfälischen Frieden zuwider Krieg gegen den König führten oder des Königs Feinde unterstützten, Durchzug, Quartier und Beisteuer gewähren würden“. Es war also zum mindesten Selbsttäuschung, wenn der Kurfürst meinte, durch den Vossemer Frieden seinen Pflichten als Reichsfürst nichts vergeben zu haben und im Fall eines französischen Angriffs auf das Reich diesem alles Schuldige leisten zu können, ohne deshalb von Frankreich des Vertragsbruches geziehen und mit dementsprechender Ahndung heimgesucht zu werden.

Daß Friedrich Wilhelm und seinen Beratern der wahre Sinn dieser Klausel, wie ihn die thatsächlichen Verhältnisse bestimmten, entgangen sein, daß sie wirklich geglaubt haben sollten, für den Fall eines deutsch-französischen Krieges freie Hand zu haben — wer möchte das im Ernst annehmen? Die

brandenburgische Politik war im Begriff, Kaiser und Reich den Rücken zu kehren, um wie Köln und Münster ihr Glück im Gefolge Frankreichs zu suchen. Ja sie nahm keinen Anstand, sich den Lohn dafür auf Kosten der bisherigen Bundesgenossen auszubedingen. Mit knapper Not eben schwerem Verlust an Land und Leuten entgangen, dachte der Kurfürst den Moment um so mehr zu neuen territorialen Erwerbungen zu benutzen, als er dabei seine treulosen Alliierten strafte. Meinders sollte erkunden, ob gegen Zusage von Hilfe zur künftigen Gewinnung der spanischen Erbschaft Frankreich ihn bei der Rückforderung Jägerndorfs und Glogaus unterstützen wolle, und während er dem Pfalz-Neuburger noch unlängst erklärt hatte, er wünsche den Besitzstand der Niederlande erhalten zu sehen, wollte er jetzt wissen, daß der König Geldern ihnen in keinem Fall zurückgeben werde. Daher solle der Pfalzgraf im Frieden dieses sich zuweisen lassen und als einst zu Jülich-Cleve gehörig mit ihm teilen. Natürlich gab man sich im französischen Hauptquartier den Anschein, als ob man auf beides einzugehen bereit sei: wegen Jägerndorf und Glogau sofort zuzusagen, schien man nur durch die Rücksicht auf die daraus möglicherweise erwachsenden finanziellen Verpflichtungen abgehalten zu werden. Den geldernschen Handel machte man von dem künftigen Frieden mit der Republik abhängig. Wie vielverheißend klang in Verbindung damit die Erklärung, es bloß bei einer „generalen Freundschaft" mit Brandenburg bewenden zu lassen, sei überhaupt nicht des Königs Absicht.

II. Die Zeit des Schwankens und die Rückkehr zum Reich. 1673—1675.

Mit einem Schrei der Entrüstung beantwortete die öffentliche Meinung den Frieden von Vossem. Wer dem Kurfürsten bloß Unbeständigkeit und Wankelmut nachsagte und seine Politik als am Wechselfieber leidend verspottete, drückte sich milde aus: der Vorwurf des Verrats an Kaiser und Reich, ja am evangelischen Glauben blieb ihm nicht erspart. Die Flugschriftenlitteratur der Zeit legt Zeugnis davon ab, wie tief Brandenburg in aller Achtung gesunken war. Dazu kam das unliebsame Aufsehen, das die Vorgänge in Preußen, die Hinrichtung Kalckſteins und der neue Konflikt mit den Ständen erregten. Es hieß, der Kurfürst habe durch den Frieden nur seine Armee zur Niederwerfung des dort drohenden Aufstandes frei machen wollen. Nicht bloß Polen, auch Schweden hoffte man gegen ihn in Aktion treten zu sehen. All das aber drängte den Kurfürsten nur zu noch engerem Anschluß an Frankreich. Dafür erhoben sich auch in seinem Rate die gewichtigsten Stimmen: Schwerin erwartete allein von ihm eine glückliche Zukunft, da Frankreichs Aufsteigen zur Vorherrschaft in Europa doch nicht zu hindern sei. Aehnlich dachte Meinders. Um so lauter grollte die Militärpartei, obenan Derfflinger, gegen dessen Ansehen seit dem im März 1673 erfolgten Tode Kannenbergs (S. 155) niemand mehr aufkam. Vollends heftig aber entbrannte der Kampf der Parteien, als Ende Juli Verjus in Berlin erschien, um das engere Bündnis abzuschließen.

Daß es nicht leicht sei, bei solchem Widerstreit der Ansichten die wahre Richtung der brandenburgischen Politik zu erkennen, war ihm bald klar. Voll Verachtung und Erbitterung gegen den Kaiser, schämte und ärgerte man sich doch auch,

gegen Frankreich nichts haben ausrichten zu können, ja ihm eigentlich für die gewährte Schonung dankbar sein zu müssen. Dazu kam des Kurfürsten Verstimmung und Unzugänglichkeit. Stets ein Freund der Einsamkeit, gab er dieser Neigung noch mehr nach als sonst: er floh die Gesellschaft und erschien denen, die ihm nahe kamen, befangen und verlegen. Denn schwer lastete auf ihm das Verdammungsurteil, das die öffentliche Meinung in Deutschland über ihn aussprach: als ob er sich schämte, zog er sich seit der letzten Schilderhebung und dem ihr überraschend gefolgten Frieden möglichst zurück. Nur von der Kurfürstin Dorothea begleitet, ging er auf Tage, oft auf Wochen hinaus in entlegene Jagdreviere, unbekümmert um den dadurch veranlaßten Stillstand der Geschäfte, zuweilen wohl froh, peinliche Erörterungen fürs erste zu vermeiden. So hatte er sich jetzt nach dem ehemaligen Kloster Himmelstädt in der Gegend von Stolp, nahe der pommerisch-polnischen Grenze, begeben, und Verjus blieb, nachdem er einige Zeit in Berlin vergeblich gewartet, nichts übrig als ihn dort aufzusuchen. Der Empfang war frostig und verlegen, erst die Kurfürstin brachte einen zwangloseren Verkehr zuwege. Drei Tage blieb Verjus bei dem fürstlichen Paar, und es wird Friedrich Wilhelm nicht mißfallen haben, wenn der gewandte Franzose zu erkennen gab, er wisse sehr wohl, wie Großes der Kurfürst in dem letzten Feldzug geleistet haben würde, hätten ihn nicht die Eifersucht und der böse Wille der Kaiserlichen gehindert, die ihre Truppen geschont und die seinigen geflissentlich ausgesetzt hätten. Eine ernste Erörterung der von ihm überbrachten Anträge begann aber erst nach des Kurfürsten Rückkehr in Berlin (19. August): Schwerin, Meinders und von Jena wurden dazu bevollmächtigt.

Aber auch der kaiserliche Gesandte von Goes steigerte seine Anerbietungen. Verjus sah, die Abneigung gegen Frankreich und der Zorn über den Kaiser, die Furcht vor den Heeren des Königs und die Neigung zu den Niederlanden hielten einander noch die Wage. Auf seine Frage, was Brandenburg im Fall eines französisch-spanischen Krieges thun werde, erhielt er die Antwort, die spanischen Niederlande seien ein Teil des Reichs, es müsse daher ein Heer halten; dazu brauche es 30 000 Thaler

monatlich, erwarte auch Anteil an den gemachten Eroberungen. Schwerin glaubte den Kurfürsten auch wirklich geneigt, dem König gegen Spanien zu helfen; nur müsse zuvor der Friede mit der Republik geschlossen sein, denn dann erst war die endliche Herausgabe von Wesel und Rees zu erwarten. Je schwieriger unter diesen Umständen bei rein sachlicher Erwägung die Entscheidung war, um so mehr setzte Verjus andere Mächte für Frankreich in Wirksamkeit. Durch ihn, so scheint es, hielt die Bestechung, der Ludwig XIV. so manchen Erfolg verdankte, auch am Berliner Hof ihren triumphierenden Einzug, um dort in weit größerem Umfange und in weit höheren Regionen festen Fuß zu fassen, als man irgend annehmen möchte. Französisches Gold hat dort hinfort eine bedeutende Rolle gespielt, mag es auch zweifelhaft sein, ob die großen Entscheidungen allein oder auch nur vorzugsweise durch seine Macht herbeigeführt wurden. Jedenfalls erschließt sich hier ein überraschender Blick in den niedrigen Stand der sittlichen Kultur des Beamtentums in dem neuen Staate und damit in die Größe der Schwierigkeiten, mit denen auch das redlichste Wollen eines pflichttreuen Fürsten in dem Kreise seiner nächsten Mitarbeiter noch zu ringen hatte.

Freilich darf man an diese Verhältnisse nicht den Maßstab unserer Zeit legen. Die Anschauungen jener Generation waren von den heute herrschenden grundverschieden und ihre Begriffe von Beamtenpflicht und Beamtenehre nicht entfernt so scharf entwickelt und so hoch gehoben wie die unseren. Heute erhalten die am Abschluß wichtiger Verträge beteiligten Staatsmänner ihrem Range und ihrer Mitwirkung entsprechende Ordensdekorationen: damals erhielten sie kostbare Geschenke, und da in einer geldarmen Zeit bares Geld in vollwichtiger, gut ausgeprägter Münze weitaus das Kostbarste war, was fürstliche Freigebigkeit bieten konnte, so erhielten sie eben häufig geradezu solches. Deshalb darf man nicht jeden Beamten, der aus solchem Anlaß Geld empfing, gleich als bestochen ansehen. Anders aber liegt die Sache, wo es sich nicht um die herkömmliche Belohnung geleisteter Dienste handelt, sondern gleich beim Beginn der Verhandlungen Geschenke zugesagt werden

nur für den Fall, daß ein bestimmtes, von dem Geber gewolltes Resultat erreicht werde, oder derartige Zuwendungen gar erfolgen, noch während das Geschäft im Gange ist, mit der Absicht und zu dem Zwecke, jenes Resultat trotz der entgegenstehenden Hindernisse zu erreichen: da liegt Bestechung und Käuflichkeit vor, mag der so Gewonnene durch die gewährten Vorteile gegen seine Ueberzeugung zu handeln oder diese nur noch energischer zu vertreten bestimmt werden. Daß man an diesem Brauche nur ausnahmsweise etwas Anstößiges fand, bewies die naive Offenheit, mit der er geübt wurde: auch nahm wohl mancher Beamte das fremde Geld, ohne die gewünschten Dienste zu leisten, also ohne sich seiner Pflicht abwendig machen zu lassen. Schwartzenberg hatte einst vom kaiserlichen Hof ganz öffentlich 20 000 Thaler angenommen, ohne für bestochen zu gelten, und noch hundert Jahre später hat von Grumbkow, der einflußreichste von den Beratern Friedrich Wilhelms I., mit Wissen seines Königs vom Wiener Hof eine reich bemessene Pension bezogen. Da wird man es den Ministern des Großen Kurfürsten nicht allzuschwer anrechnen dürfen, wenn sie nicht über der Beamtensitte ihrer Zeit standen, sondern die ihnen von fremden Fürsten gebotenen Vorteile ohne Skrupeln benutzten. Nur des einen Schwerin unbeirrbare Rechtlichkeit verwirklichte, der Zeit voraneilend, schon damals das Ideal unbestechlicher Beamtentreue (S. 166). Andererseits aber hat auch nicht Ludwig XIV. allein durch Beamtenbestechung und selbst Fürstenkauf das Geld zu einer politischen Macht erhoben: so weit ihre Mittel reichten, haben auch andere Höfe ihre Interessen so zu fördern gesucht, und bei diesem Wettstreit der Parteien empfing mancher Staatsmann gleichzeitig von entgegengesetzten Seiten Geld und wußte wohl gar nicht bloß zwei, sondern drei Herren zu dienen.

Auch von den Mitarbeitern des Großen Kurfürsten haben gerade einige der bedeutendsten und verdientesten darin ihrer Zeit ihren Tribut entrichtet. So wenig man das tragisch nehmen soll, so entschieden ist doch mit der legendaren Vorstellung zu brechen, auch auf diesem Gebiete sei das zu so großen Dingen berufene Preußentum von Anfang an höher

organisiert und besser geartet gewesen als die mit ihm konkurrierenden Mächte. Die in diesen Dingen wohlunterrichteten französischen Diplomaten jener Zeit urteilten anders: sie wußten, daß die brandenburgischen Beamten nicht besser waren als andere, sich nicht minder gern und gelegentlich rücksichtslos bereicherten und ihren Anträgen gern entgegenkamen. Schon Vaubrun hatte im Herbst 1669 Schwerin und Jena „effektive Beweise" von der Zufriedenheit seines Königs in Aussicht gestellt, wenn ihr Einfluß den von Frankreich gewünschten Vertrag auf zehn Jahre zu stande brächte (S. 166): für seine Dauer sollte Schwerin außer einer sofort zu zahlenden Gratifikation von 4000 Thalern ein Jahrgehalt von gleicher Höhe und Meinders eine solche von 2000 Thalern erhalten; von Jena schien mit einmal 3000 Thalern hinreichend belohnt. Da Vaubrun nicht zum Ziel kam, erfolgten die Zahlungen nicht. Um so freigebiger glaubte St. Géran sein zu müssen, als er um Neujahr 1672 erst um die Allianz, dann die Neutralität Brandenburgs warb (S. 147). Er versprach Schwerin und Meinders eine Gratifikaton von 20 000—80 000 Thalern. Den Vermittler dabei machte der pfalz-neuburgische Staatsrat Stratmann, durch dessen Hände auch wohl der Wechsel über 10 000 Thaler ging, der Schwerin gleichsam als Handgeld geboten, von ihm aber mit Rücksicht auf den einst geleisteten Eid ebenso höflich wie entschieden abgelehnt wurde (S. 166). Er blieb dabei, auch als Meinders ihn zur Annahme zu bestimmen suchte; v. Jena aber gab die ihm zugestellte Anweisung zurück, weil sie nicht auf Spezies, sondern Landesmünze lautete, und er bei der Einlösung verloren hätte. Die Unterbeamten dieser Herren behielten natürlich auch nicht reine Hände. In der Rechnung, die Verjus nachmals über die von ihm aufgewandten Gelder legte, figurieren Posten von 30, 15 und 12 Thalern (90, 45 und 36 Livres) als an zwei Sekretäre von Meinders gezahlt. Sie lehrt zugleich, daß Verjus auch die feinere Art der Bestechung durch Geschenke übte, und zwar bei Personen, die auf politische Entscheidungen, wenn auch nur mittelbar, Einfluß üben zu sehen, einen überraschenden Einblick erschließt in die im Staat des Großen Kurfürsten im

geheimen wirkenden, aber gelegentlich doch Ausschlag gebenden Kräfte. Wenn der Sekretär Paul Fuchs, nachmals einer der bedeutendsten Staatsmänner, zu seiner Hochzeit zwei vergoldete silberne Armleuchter und seine junge Frau ein derartiges Kästchen mit kostbaren Pomaden und Oelen bekam, wollte das nicht viel sagen, war aber doch der Anfang einer Verbindung, die Fuchs weiterhin gerade zu einem Söldling Frankreichs am Berliner Hofe machte. Selbst dem persönlichen Dienst des kurfürstlichen Paares angehörige Personen wurden so für Frankreich gekauft. Durch allerlei kleine Aufmerksamkeiten, die Ueberreichung einer schönen Medaille, dann von ein paar silbernen Körben in getriebener Arbeit, Kästchen mit italienischen Oelen, Essenzen und Seifen, weiterhin einer goldenen Uhr in Filigranarbeit mit kleinen Diamanten besetzt und ein andermal von zwei kostbaren Muffs und etlichen Garnituren Seidenband und Handschuhen gewann Verjus die in besonderer Gunst stehende erste Hofdame der Kurfürstin, Fräulein von Wangenheim, die nicht bloß auf ihre Herrin, sondern durch ihren Verlobten, den Stallmeister Emanuel Froben, gelegentlich auch auf den Kurfürsten in französischem Interesse wirken konnte. Deshalb wurde auch Froben mit ein paar kostbaren Pistolen und einer goldenen, mit Diamanten besetzten Uhr beschenkt. Ja die Kurfürstin Dorothea selbst suchte Verjus in das Interesse Frankreichs zu ziehen. Die Handhabe dazu bot ihm der alte Brauch, beim Abschluß von Verträgen auch den Fürstinnen ein Geschenk zu machen. Charakteristisch aber für Verhältnisse und Persönlichkeiten des Berliner Hofes war es, daß die Kurfürstin ein solches ihrerseits forderte oder doch fordern ließ. Mit der Bitte darum wurde Verjus während der Verhandlungen im Sommer 1673 vielfach angegangen, namentlich durch Meinders. Denn dieser wußte, welchen Einfluß sie auf den Gemahl ausübte, dem sie nicht von der Seite ging, auch nicht während seiner langen einsamen Jagdausflüge. Wogegen sie bei ihm wirkte, war nicht durchzusetzen, und zuweilen folgte er gegen die Ansicht aller seiner Räte ihren Eingebungen. Ihr würde, meinte Verjus, Geld als Geschenk das Angenehmste sein, dem König aber Diamanten oder dergleichen besser anstehen. Ja

als bald danach eine Mitteilung darüber einlief, in welcher Weise die demnächst fällige erste Rate der französischen Subsidien gezahlt werden sollte, fragte der Kurfürst selbst, ob denn für seine Frau nichts dabei sei. Seine Räte aber, die immer wieder auf die Sache zurückkamen, thaten geradezu so, als handle es sich um die Erfüllung einer dem König obliegenden Verpflichtung, und Schwerin und Meinders machten das Versagen dieses Geschenks mit dafür verantwortlich, daß Verjus' Mission scheiterte und die Politik des Friedens und Anschlusses an Frankreich unterlag. Welchen Begriff aber mußte der französische Diplomat vom deutschen Fürstentum bekommen und wie hoch erhaben mußte er sich mit seinem Herrscher über dieser kleinstaatlichen Misère fühlen, wenn ihm ein Staatsmann wie Schwerin eines Tages weitläufig auseinandersetzte, Frankreich habe jetzt bloß deshalb so geringe Erfolge, weil es nicht mehr so gut zahle wie zur Zeit Richelieus: habe der einen Fürsten gebraucht, so sei ihm für diesen nichts zu viel gewesen. Freilich habe Frankreich dabei auch Enttäuschungen erlebt; dafür aber gebe es im Reich doch auch Fürsten, die ihm unendlich viel mehr wert sein müßten als alles, was es ihnen und allen anderen zusammen gegeben hätte. Natürlich spreche er, setzte Schwerin nicht eben diplomatisch hinzu, nicht von Brandenburg und nicht in höherem Auftrage; doch habe er wiederholt auf das Geschenk zurückkommen müssen, das man der Kurfürstin verheißen, aber vergessen zu haben scheine. Einer Dame gegenüber immer bedenklich, sei das in diesem Falle nicht bloß schädlich, sondern für alle seine Bestrebungen ein unüberwindliches Hindernis geworden. Wenn man sich erst verständigt habe, meinte Verjus schließlich, könne die Kurfürstin ja ein um so schöneres und kostbareres Geschenk erhalten.

Dazu kam es nun diesmal nicht, obgleich des Kurfürsten Neigung zum Zusammengehen mit Frankreich nicht bloß auf den Einfluß Jenas, Meinders', Frobens und seiner Braut zurückzuführen war. Zum Krieg gegen Spanien war er bereit, wenn er Subsidien und einen Teil von Geldern erhielt. Unerläßliche Vorbedingung aber war, daß der König den Niederlanden Frieden gewährte. Dazu war nun, als Verjus nach Berlin

kam, Aussicht vorhanden. Die Eroberung Mastrichts (2. Juli) wurde mehr als aufgewogen durch den Sieg der niederländischen Flotte über die englische (21. August) bei Kijkduin. Ludwig XIV. verzichtete auf die Zertrümmerung der Republik, um sich an Spanien schadlos zu halten. Aber sowohl von Wien wie von Madrid aus bestürmte man die Generalstaaten, nicht Frieden zu machen: bald würden Spanien und Kaiser und Reich im Felde stehen. Deshalb ließ der König, als Koblenz und Ehrenbreitstein kaiserliche Truppen aufnahmen, am 2. September Trier und gleichzeitig die zehn sogenannten kaiserlichen Städte im Elsaß besetzen. Und gemäß der unlängst von ihm entwickelten Theorie, nach der nicht der den Frieden brach, der zuerst losschlug, sondern der, dessen Herausforderungen ihn die Waffen zu ergreifen genötigt haben sollten, behauptete er seinerseits vom Reiche angegriffen zu sein. Das entfesselte einen Sturm des Unwillens im Reich, der auch den Wiener Hof mit sich fortriß. Des friedliebenden Fürsten Lobkowitz Einfluß war dahin. Von dem Fürsten Schwartzenberg beraten, entwickelte Kaiser Leopold ungeahnte Energie, musterte in Eger die Armee, mahnte in Regensburg zur Eile und führte in dem an Frankreich gerichteten Ultimatum eine Sprache, wie man sie lange nicht gehört hatte. Von Böhmen zog Montecuccoli durch die Oberpfalz nach dem Rhein, als ob er Elsaß und Lothringen angreifen wollte. Diese zu decken, gab Turenne den Weg nach dem Niederrhein frei und ermöglichte so die Vereinigung der Kaiserlichen mit Oranien: sie erfolgte am 4. November zwischen Andernach und Bonn, das nach kurzer Belagerung fiel. So war die militärische Situation völlig verwandelt: in die Defensive gedrängt, räumten die Franzosen nicht bloß die rechtsrheinischen Lande, sondern gaben auch in Holland alle Plätze nördlich vom Rhein auf.

Ein Bündnis mit Frankreich gegen Spanien zur Erwerbung Gelderns war nun für Brandenburg unmöglich. Weil er seine Pläne durchkreuzte, bedauerte der Kurfürst den französischen Einbruch in das Reich. Aber noch war er bereit, den Tag nach Abschluß des niederländisch-französischen Friedens das Bündnis gegen Spanien zu unterzeichnen. Um so größere An-

strengungen machten die Franzosenfeinde, neben dem Fürsten von Anhalt und dem Kanzler von Somnitz namentlich der Gesandte in Wien von Crockow — „le petit coquin“ nennt ihn Verjus und hält ihn für den giftigsten und seiner Gewandtheit wegen gefährlichsten Gegner — und von Pöllnitz. Beschuldigte dieser doch in Gegenwart des Kurfürsten Schwerin, von Frankreich Geld genommen und in Gemeinschaft mit Meinders das für die Kurfürstin bestimmte Geschenk unterschlagen zu haben! Der kaiserliche Gesandte de Goes umwarb die Kurfürstin, indem er ihr für die Versorgung ihrer Kinder lockende Aussichten eröffnete. So hatten Schwerin und Meinders, die leise treten und ihren Eifer für das französische Bündnis mäßigen mußten, wohl Grund, bei Verjus immer von neuem darauf zu dringen, man möge die bei der Kurfürstin erregten Erwartungen doch endlich befriedigen. Aber Frankreich verdarb es vollends mit Friedrich Wilhelm, indem General de Lorges in Wesel große Holzlieferungen ausschrieb und dazu die Bäume der Umgegend fällen ließ. Vergeblich empfahl Verjus schleunigst Genugthuung zu geben, da er sonst nichts erreichen könne. Noch allerdings wollte der Kurfürst von einem Bunde mit dem Kaiser nichts wissen: wer ihm dazu riet, erklärte er, sei ein Schurke. Aber die Vorschläge, die er Verjus machen ließ, stimmten wenig dazu: gegen eine Beihilfe zum Unterhalt seines Heeres wollte er neutral bleiben, um, wenn die Zeit gekommen, „etwas im Dienste und zur Genugthuung des Königs zu unternehmen“. Da wurden neue Ausschreitungen der Luxemburgischen Armee in Cleve gemeldet. Trotz der gleichzeitig eintreffenden Entschuldigungen und Erbietungen zu Genugthuung brauste der Kurfürst leidenschaftlich auf: ob er ihr Feind oder neutral sei, die Franzosen richteten sein Land zu Grunde, so daß es schon besser sei, ihnen offen entgegenzutreten. Dann blieb die längst in Aussicht gestellte erste Zahlung auf die zu Vossem zugesagten Subsidien aus: Meinders mahnte immer dringender darum, freilich auch um die ihm selbst zugesagten Gelder. Und dabei gab Ludwig XIV. noch immer nicht die Hoffnung auf, Brandenburg zu sich herüberzuziehen oder es und andere Neutralität erstrebende Fürsten als „dritte

Partei" wenigstens mittelbar gegen den Kaiser zu gebrauchen. Sehr willkommen waren ihm dazu die Verhandlungen zwischen Brandenburg und Schweden, die zu dem Vertrage vom 11. Dezember 1673 führten. Unter Erneuerung der Defensivallianz vom 27. März 1666 einigten sich beide Mächte, gemeinsam für Herstellung des Friedens zu wirken, und nach deren Mißlingen auch gemeinsam zu erwägen, was weiter zu thun sei; würde aber auch dann nichts erreicht, sollte jede von ihnen die Freiheit haben, ausschließlich nach Maßgabe ihrer besonderen Interessen Partei zu nehmen, also auch sich den Gegnern des bisherigen Verbündeten anzuschließen. Deutlich kommen in diesem Vertrage, mit dem man sich im Kreise herumdrehte, höchstens etwas Zeit gewann, die ratlose Verlegenheit und die widerspruchsvolle Zweideutigkeit der brandenburgischen Politik zum Ausdruck, und es bleibt unklar, was er eigentlich bezweckte. Schweden sollte dadurch, so scheint es, an die Aktion Brandenburgs gebunden, Brandenburg gegen Schweden gedeckt werden. Aber Schweden wurde dadurch doch nicht gehindert, sich nach dem Scheitern der gemeinsamen Mediation Brandenburgs Gegnern anzuschließen, dem Kaiser, wenn der Kurfürst zu Frankreich, diesem, wenn er zu dem Kaiser stand. Sollte Schweden dadurch bloß an der Unterstützung Pfalz-Neuburgs gehindert werden, so war das ein geringer Vorteil gegen die Beschränkung, die Brandenburgs Bewegungsfreiheit angesichts einer großen europäischen Krisis erfuhr. Dieser Pakt hatte nur dann Sinn, wenn der Kurfürst entschlossen war, nach dem Mißlingen der Mediation gemeinsam mit Schweden entweder zu Frankreich zu halten oder neutral zu bleiben: sonst mußte er gewärtig sein, von Pommern her angefallen zu werden, ohne den bisherigen Verbündeten des Vertragsbruchs zeihen zu können. Aeußerst zufrieden, daß der Vertrag vom 11. Dezember 1673 Schweden in keiner Weise hinderte, ihm Hilfe zu leisten, suchte Frankreich dennoch auch Brandenburg zu sich herüberzuziehen. Im Februar 1674 bot Verjus dem Kurfürsten nicht bloß Erhöhung der Subsidien, sondern auch Rückgabe von Wesel und Rees, ja selbst Ausantwortung der Schenkenschanze für den Augenblick, wo er gegen den Kaiser in Aktion

treten würde: es gelte ja nur die Ruhe des Reichs zu sichern, falls der Kaiser sie durch Parteinahme für die Niederlande und Spanien gefährde; denn indem man den Kaiser nötige, seine Truppen in die Erblande zurückzunehmen, sobald die Frankreichs den deutschen Boden verließen, sichere man den Westfälischen Frieden; komme es aber zum Kriege, so solle der Kurfürst wählen, ob er allein die österreichischen Erblande angreifen oder mit den Franzosen am Rhein fechten wolle. Diesen Anträgen energische Vertretung und gute Aufnahme zu sichern, sollte Verjus nicht bloß Schwerin, Meinders und von Jena eine „Gratifikation" zusagen, sondern auch der Kurfürstin sein Wort geben, daß sie das so lange versprochene Geschenk erhalten und daß es des königlichen Gebers würdig sein werde.

Sich im Bunde mit Frankreich auf Kosten Spaniens durch Geldern zu bereichern, hatte Friedrich Wilhelm kein Bedenken getragen: auf diese Anträge konnte er um so weniger eingehen, als die Lage sich für Frankreich ungünstiger gestaltete. Im März 1674 schloß England mit den Niederlanden Frieden. Im April folgte Münster, im Mai Kurköln diesem Beispiel. Auch hatten die letzten Ereignisse nach Verjus' Zeugnis in Deutschland einen Franzosenhaß erzeugt, mit dem auch die zu Frankreich neigenden Reichsfürsten notgedrungen rechnen mußten. Die Presse hallte wider von Ausbrüchen des Abscheus gegen Frankreich: hatte man in ihm einst den Hort der deutschen Freiheit gesehen, so wurde es jetzt in den schwärzesten Farben als deren Feind dargestellt. Mit Bedauern konstatiert Verjus, welcher Wandel gegen die Zeiten Richelieus eingetreten sei: der Gegensatz zwischen Deutschland und Frankreich galt jetzt vielen als Naturnotwendigkeit. Selbst Schwerin gab zu, daß die herrschende nationale Erregung dem Kurfürsten die Verbindung mit Frankreich zur Zeit unmöglich mache. Um so mehr wünschte Ludwig XIV. ihn wenigstens neutral zu sehen, und wollte ihm dafür dasselbe, ja mehr gewähren, als für die Waffenhilfe gegen Spanien und den Kaiser, außer Subsidien bis zur Höhe von 150 000 Thalern auf drei Jahre die Rückgabe von Wesel und Rees; er wollte nur einen der Rheinübergänge behalten, ja die Vermittelung Brandenburgs und Schwedens annehmen,

allerdings nur, wenn sie ihm die vorzuschlagenden Bedingungen vorher zur Billigung unterbreiteten und nach ihrer Ablehnung durch die Gegner diese zur Annahme zwingen helfen würden. Aber während sein Gesandter so dringend um Brandenburg warb, vereitelte der König selbst die auch vom Kurfürsten gewünschte Verständigung, indem er seine Truppen in die Pfalz einbrechen und Germersheim nehmen und schleifen ließ. Ohne diesen Zwischenfall, meinte Schwerin, würde man sich geeinigt haben. Nun aber wogte nicht bloß in Regensburg der Kriegseifer noch leidenschaftlicher auf: auch Friedrich Wilhelm war tief empört und wies mit einer Art von Abscheu die Neutralität zurück, als ob er fürchte, dadurch von dem Körper des Reichs getrennt zu werden und sich in ganz Deutschland verhaßt zu machen.

Doch lag es im Interesse beider Teile, den Bruch noch hinauszuzögern. Der Kurfürst wünschte sich erst mit den Niederlanden und dem Kaiser zu einigen, Ludwig XIV. aber wäre des leichtsinnig heraufbeschworenen Krieges, der nun unerwartet große Dimensionen anzunehmen drohte, gern mit Anstand entledigt worden. Dazu die Mitwirkung des mit Schweden verbundenen Brandenburg zu gewinnen, ließ er jetzt Wesel und Rees räumen und selbst die Schenkenschanze den Kurfürstlichen überantworten. In Berlin atmete man auf: denn so zuversichtlich man that und so sicher man diese Wendung vorhergesehen haben wollte, in der Stille hatte man doch gefürchtet, diese Plätze als den Preis verwendet zu sehen, um den Frankreich sich mit dem Kaiser verständigte. Dieser Sorge überhoben, verhielt man sich, wie Verjus, der die Räumung als einen Fehler bedauerte, sofort bemerkte, den französischen Werbungen gegenüber ablehnender als bisher. Nur auf einem Umwege noch konnten diese ihr Ziel erreichen. Durch den Oberst von Wangelin bot Schweden dem Kurfürsten Subsidien an zum Unterhalt des unter den obwaltenden Umständen unentbehrlichen Heeres: die Mittel dazu sollte es seinerseits von Frankreich bekommen. Das war freilich ein dürftiger und unsicherer Notbehelf; aber Schweden gegen Brandenburg zu waffnen, gelang der französischen Diplomatie damals noch

nicht: Schweden fühlte sich einem solchen Gegner nicht gewachsen.

Inzwischen rüstete der Kurfürst eifrig, nach Verjus' Meinung zunächst gegen den Bischof von Münster. Doch wurde auch schon mit den Niederlanden unterhandelt. Einen ersten Schritt zur Annäherung hatte der Kurfürst gethan, als er die Generalstaaten zu dem Siege bei Kijkduin beglückwünschte. Auch hatte er Oranien im Vertrauen wissen lassen, durch den Frieden von Vossem sei er an der Erfüllung seiner reichsfürstlichen Pflichten nicht gehindert und werde, wenn der allgemeine Friede nicht zu stande käme und die Partei der Republik wüchse, in die alte Verbindung zurückkehren. Das nahm dem Geschehenen auch in den Augen der Niederlande einigermaßen seinen Stachel. Daß man sich näher kam, hinderte der Streit über die rückständigen Subsidien, deren Zahlung der Kurfürst immer dringender verlangte, freilich unter gleichzeitiger Versicherung seiner bundesfreundlichen Gesinnung. Die Generalstaaten ließen das nicht unerwidert, lehnten aber die Befriedigung der erhobenen Ansprüche ab. So ließ sich an der schließlichen Verständigung kaum noch zweifeln. Bezeichnete Wilhelm von Oranien diese doch in tief empfundenen Worten als eine Art Naturnotwendigkeit: untrennbar wie Himmel und Erde seien die Häuser Oranien und Brandenburg aufeinander angewiesen und dürften sich durch das größte Sonderinteresse so wenig wie durch das größte Unglück trennen lassen. Für des Kurfürsten begründete Ansprüche wollte er energisch eintreten. Leider dachten so nur wenige niederländische Staatsmänner: den meisten gingen die finanziellen Interessen der Republik über alles. Hier lag das größte Hindernis für eine schnelle Verständigung. Bei der Erschöpfung des eigenen Landes konnte der Kurfürst ohne bedeutende Hilfsgelder überhaupt nicht in Aktion treten: darin waren, so weit ihre Ansichten sonst auseinandergingen, auch seine Räte unter sich und mit ihm einig. So empfand man es als eine arge Enttäuschung, daß der Gesandte der Republik, Isaak Pauw von Achtienhofen, der im März 1674 in Berlin eintraf, in dieser Richtung keine Vorschläge zu machen hatte. Auch sonst befriedigten seine Eröffnungen wenig. Denn zu den Unter-

haltungskosten für 12 000 Mann, die der Kurfürst aufbringen sollte, wollten die Generalstaaten nur die Hälfte zahlen, nichts aber von den sonst üblichen Beihilfen, wie Werbegelder und anderes mehr. Auch der verlangte Einschluß des Kaisers und Spaniens in die Allianz erregte Bedenken, weil diese neben der Schwächung Frankreichs die Niederhaltung Brandenburgs erstreben würden. Und als die Generalstaaten nun gar erklärten, die Schenkenschanze nicht in brandenburgischen Händen lassen zu können und der Ratspensionär Fagel mit Gewalt drohte, schien ein neuer Bruch kaum zu vermeiden. „Es gibt Krieg mit den Holländern," rief der gichtleidende Kurfürst Verjus entgegen, als dieser (23. Mai) am Hofe erschien, und meinte, die Herren würden schon wieder übermütig und schienen noch nicht hinreichend gezüchtigt. Auch mißbilligte er ihre entschieden kriegerische Politik: er gab sie dem Einfluß des Grafen von Waldeck schuld und wünschte sich nur eine Stunde mit Oranien unterhalten zu können, um ihn zu überzeugen, daß das Interesse der Niederlande den Frieden mit Frankreich fordere.

Nicht besser ließen sich die Verhandlungen in Wien an. Zwar sei der Kurfürst bereit, erklärte dort von Crockow, „für das Vaterland zu thun, was dessen Zustand erfordere", könne aber die Mittel dazu unmöglich allein seinen Landen entnehmen: zum mindesten müsse er ausreichender Entschädigung gewiß sein. Als solche nannte er Jägerndorf. Auch die neue polnische Königswahl wirkte hier störend ein. Michael Wiesnowiecki war am 10. November 1673 gestorben. Selbst um die polnische Krone zu werben, was ihm nahe gelegt wurde, hatte der Kurfürst abgelehnt, hinderte es aber nicht, daß Kurprinz Karl Emil dafür in Aussicht genommen wurde: nur von einem Konfessionswechsel sollte nicht die Rede sein dürfen. Verjus aber urteilte, Schlimmeres als die Erhebung eines brandenburgischen Prinzen auf den polnischen Thron könne Frankreich nicht begegnen, zumal der künftige polnische König seines Vorgängers jugendliche Witwe, des Kaisers Schwester, heiraten sollte. Und auch in Wien wollte man davon nichts wissen, so schöne Worte de Goes machte, angeblich glücklich darüber, daß die guten Absichten, die er für des Kurprinzen Versorgung gehegt, nun

so glänzend verwirklicht werden sollten. Vielmehr bot der Kaiser alles auf, um diesmal Karl von Lothringen zu der polnischen Krone zu verhelfen. Aber dessen Wahl war für den Kurfürsten auch jetzt noch unannehmbar, da sie Polen ganz zur Verfügung der habsburgischen Politik gestellt haben würde: sein Interesse traf mit dem Frankreichs zusammen, das für den ritterlichen Kronfeldherrn Johann Sobieski warb. Von der Kandidatur des Kurprinzen war daher bald nicht mehr die Rede, und vollends nicht ernst gemeint scheint die seines jüngeren Bruders, des Prinzen Friedrich, gewesen zu sein, obgleich man wissen wollte, den Polen werde es genügen, wenn derselbe als König ab und zu zum Schein einer Messe beiwohnte, während deren er ja irgend ein anderes Buch lesen könnte. Sobieskis Wahl (14. Mai 1674) war ein neuer Erfolg Frankreichs, den der Kurfürst herbeiführen half. Man sah in Wien ein, daß man Brandenburg doch nicht entbehren könne, und kam ihm daher mehr entgegen. Das wirkte wieder auf Spanien, mit dem in Wien ebenfalls unterhandelt wurde. Aber selbst als der Reichstag am 24. Mai den Reichskrieg beschloß und Münster, Köln und Braunschweig-Lüneburg dem Bündnis des Kaisers mit den Niederlanden und mit Spanien beitraten, kam man mit Brandenburg noch nicht zum Schluß. Noch immer konnte Ludwig XIV. daher hoffen, es zur Neutralität zu bestimmen. Dahin wirkten auch Schwerin und Meinders, unbeirrt durch den Unmut des franzosenfeindlichen Kurprinzen Karl Emil, der Schwerin eines Tages zornbebend als einen „Franzosen“ anfuhr und drohend warnte, ihm hinfort durch solches Betragen ja nicht Anlaß zur Unzufriedenheit zu geben. Ja Schwerin gewann es über sich, Verjus nochmals all das vorzuhalten, was es als geboten erscheinen ließ, durch endliche Bewilligung des vielbesprochenen Geschenks die Kurfürstin für die Neutralität zu gewinnen, die bisher mit Achtienhofen und de Goes in der entgegengesetzten Richtung wirkte. Auch Verjus war überzeugt, daß die Sache von diesem Ende angegriffen oder, wie er es ausdrückte, die Rückgabe der cleveschen Plätze durch diese Art von Salz erst schmackhaft gemacht werden müsse. Jedenfalls gelte es schnell zu sein, wenn man — das stand nach Schwerin

zunächst zur Entscheidung — durch den Einfluß seiner Gemahlin den Kurfürsten von der Abreise nach Cleve und damit dem Eintritt in die Aktion zurückhalten wollte.

Der Gang der Ereignisse durchkreuzte alle Machinationen. Als Ende Juni die Nachricht von Turennes Sieg bei Sinzheim eintraf, war der Kurfürst nicht mehr zu halten. Er beschied alle Generale nach Potsdam, befahl den Marsch der Truppen zu beschleunigen und die Zahl der Regimenter zu verdoppeln, indem aus jeder der 200 Mann starken Compagnien durch Teilung und Neuaushebung zwei zu je 125 Mann gemacht wurden. Generale und Minister konferierten fast unausgesetzt. Schwerin, der nichts mehr galt, dachte an den Abschied, um an so unheilvollen Beschlüssen keinen Anteil zu haben: von Somnitz machte alles. Nach dem Haag aber eilte in geheimer Mission Derfflinger, um mit Oranien und Fagel endlich zum Schluß zu kommen. Da nötigte der Marsch Condés gegen die spanischen Niederlande den Prinzen zur Armee zu eilen, und der Ratspensionär bewies nicht den gehofften Eifer. Die Schwierigkeiten waren auch jetzt meist finanzielle. Der Kurfürst wollte 20 000 Mann ins Feld stellen und die Subsidien danach bemessen haben: Fagel suchte ihn auf 12 000 herunterzubieten, wollte auch, wie schon früher Achtienhofen, von der Nachzahlung der restierenden Summen nichts wissen, ja die Republik nicht einmal verpflichten, jeden Einfall in des Kurfürsten Lande mit der Kriegserklärung an den Angreifer zu beantworten, während der Kurfürst gehalten sein sollte, seine Truppen dahin zu führen, wo die Mehrheit der Verbündeten sie verwendet sehen wollte. Die holländischen Kaufherren blieben dabei, ihn wie einen möglichst billig zu werbenden Söldnerführer großen Stils zu behandeln. Hier wenigstens gelang es Derfflinger Wandel zu schaffen. Die pekuniären Differenzen waren freilich noch nicht alle beglichen, als am 1. Juli 1674 zu Berlin der Vertrag unterzeichnet wurde, durch den Brandenburg dem Bunde des Kaisers, Spaniens und der Niederlande gegen Frankreich beitrat. Auch sonst hatte man viel nachlassen müssen. Der Kurfürst stellte 16 000 Mann — 10 000 zu Fuß, 5000 Reiter und 1000 Dragoner — und erhielt dazu von der

Republik und Spanien gemeinsam an Ausrüstungsgeldern 200000 Thaler, an Unterhaltungsgeldern aber nur das für 8000 Mann Nötige. Was er über 16000 Mann aufbrachte, sowie die Beschaffung der gesamten Artillerie fiel ihm allein zur Last. Doch verblieb ihm der Oberbefehl, auch wenn die Armee in dem Gebiete eines Alliierten operierte. Was sie unternehmen sollte, hatte ein Kriegsrat nach Stimmenmehrheit zu verfügen. Auch verpflichteten sich die Verbündeten ausdrücklich, Brandenburg bis zur Erlangung voller Satisfaktion beizustehen, falls es während dieses Krieges von wem immer angegriffen würde. Dagegen war der Kurfürst selbst darauf bedacht, sich nicht so an die Alliierten zu binden, daß er im Fall eines unglücklichen Verlaufs vor die Wahl gestellt sein könnte, entweder um der eigenen Rettung willen den ihm schon einmal gemachten Vorwurf der Bundbrüchigkeit auf sich zu nehmen oder seine Bundestreue mit der Gefährdung von Staat und Dynastie zu entgelten. So entstand der 24. Artikel, der ihm selbst dereinst verhängnisvoll werden sollte: er gab jedem der Verbündeten den Abschluß eines Sonderstillstandes oder -friedens frei, wenn derselbe den übrigen die gleichen Rechte und die gleiche Sicherheit ausbedang; nur eine Minderung seines Besitzes durfte keinem der Verbündeten durch ein solches Separatabkommen der übrigen auferlegt werden.

In dem diplomatischen Wettstreit unterlegen, versuchte Frankreich Brandenburg wenigstens an der Erfüllung der eingegangenen Verbindlichkeiten durch Schweden hindern zu lassen. Bereits im Juni hatte dieses den Kurfürsten ersucht, sein Heer doch noch nicht aus den Marken zu entfernen und gleichzeitig Beihilfe zu seinem Unterhalt, das heißt französisches Geld angeboten. Friedrich Wilhelm hatte das abgelehnt: jetzt thue schnelle Hilfe not. Damals bereits wies Verjus auf die Gefahren hin, denen er sich aussetzte, wenn er Preußen und Pommern so ganz entblößte: Schweden habe in Pommern bedeutende Streitkräfte stehen, und Polen könne jeden Augenblick mit dem Türken Frieden machen, um Preußen anzugreifen. Jetzt verfocht der schwedische Oberst Wangelin die Ansicht, daß Brandenburg, indem es allein vorging, den Vertrag vom 11. De-

zember 1673 verletze, was von den kurfürstlichen Bevollmächtigten um so entschiedener bestritten wurde, als das letzte Wort ja überhaupt noch gar nicht gesprochen sei. Gewiß traf das zu: wenn aber Brandenburg nach dem klaren Wortlaut jenes Paktes für sich das Recht in Anspruch nahm, nach dem Scheitern der Mediation auf die Seite des Kaisers und seiner Alliierten zu treten, so konnte es unmöglich Schweden die gleiche Freiheit bestreiten. Schon jetzt war vorherzusehen, wie die Dinge sich weiter entwickeln würden: denn auch einer minder gewandten und thätigen Diplomatie, als die französische es war, war der Weg vorgezeichnet, den sie gehen mußte. Frankreich stellte Schweden dar als durch Brandenburg beleidigt, listig hingehalten und betrogen: nach dieser Behandlung habe es, wurde ihm immer wieder gesagt, alles zu fürchten und müsse auf der Hut sein; unter keinen Umständen dürfe es ruhig zuwarten, bis der Kaiser, Dänemark, Brandenburg und Celle, seine natürlichen Feinde, es überfielen; es müsse ihnen zuvorkommen und gegen Brandenburg einschreiten, falls dieses sich weigere, die gegen Frankreich ergriffenen Waffen niederzulegen: dann werde man sich in Berlin wohl noch besinnen, ehe man sich in der Pfalz engagiere. Der schwedische Angriff auf die Mark war also bereits von Frankreich in Aussicht genommen. Dem gegenüber wird man Friedrich Wilhelm den Vorwurf der Kurzsichtigkeit oder Vertrauensseligkeit nicht ersparen können. Denn daß Schweden mit ihm gegen Frankreich gehen würde, wie er noch Anfang August als seine Erwartung aussprach, konnte er um so weniger annehmen, als er ja wußte, daß die ihm für die Neutralität gebotenen Hilfsgelder aus französischen Mitteln hatten fließen sollen. Seine Handlungsweise erklärt sich aus dem moralischen Druck, unter dem er stand, seit er wegen des Vossemer Friedens von der öffentlichen Meinung fast wie ein Verräter an Kaiser und Reich behandelt war. Hätte er nur seinen Vorteil verfolgt, so würde er anders gehandelt haben: er sprach es offen aus, daß er bei der ganzen Sache nichts suche als seine Ehre und die Achtung der Welt. Nichts Neues zu gewinnen galt es für ihn, sondern sich zu rehabilitieren. Daher war er ganz Kriegseifer: selbst suchte

er im Arsenal die zu seinem Gebrauche bestimmten Waffen aus und ließ die acht Compagnien des Garderegiments Revue passieren. In den Kirchen wurde am 12. August ein Manifest verlesen, das Gebete für den glücklichen Verlauf des Krieges anordnete: es gelte, hieß es darin, die Befreiung des Reichs von der drückenden Tyrannei der Franzosen. Verjus wurde bedeutet, daß ein längerer Aufenthalt zwecklos sei. Der Kurfürst ließ ihm sein Bild in Diamanten gefaßt überreichen: er lehnte es ab und erzielte damit den gewünschten Effekt, denn die ganze Stadt war voll davon, weil, wie er boshaft bemerkt, die immer zu nehmen geneigten Deutschen das nicht zu fassen vermochten. Von dem höheren brandenburgischen Beamtentum wird der französische Diplomat eben keine große Meinung mitgenommen haben. Auch die Armee, die er sich hatte sammeln sehen, imponierte ihm nicht. Mit den aus Preußen erwarteten 6000—7000 Mann schätzte er sie auf keine 15 000 Mann. Die Compagnien waren fast durchweg inkomplett, worüber der Kurfürst heftig zürnte. Das Regiment Kurprinz z. B. zählte statt 1200 Mann nur 850. Die Ausrüstung war dürftig. Namentlich fehlte es an Lagergerät: nachts ruhten die Soldaten nicht in Hütten, sondern in ihre Mäntel gewickelt unter freiem Himmel; es hatten aber noch lange nicht alle Mäntel.

Endlich am 23. August übernahm der Kurfürst, den seine Gemahlin und der Kurprinz ins Feld begleiteten, in Magdeburg das Kommando der Armee. Ursprünglich hatte diese auf dem niederländischen Kriegsschauplatz verwendet werden sollen, wo ihre 20 000 Mann — 14 Regimenter Reiterei, 10 Infanterie- und 2 Dragonerregimenter — entscheidend hätten eingreifen können. Dann aber war beschlossen worden, sie nach dem Oberrhein zu schicken: bei seinen bekannten Absichten auf Geldern wünschte man, so scheint es, den Kurfürsten jener Gegend fern zu halten. Auch der Umstand mag mitgewirkt haben, daß Hannover ihm den Durchmarsch verweigerte, der Versuch ihn zu erzwingen aber Schweden sofort in Waffen gebracht haben würde. Zudem gebührte nach dem Brauch des Reichs in einem Feldzug am Oberrhein, außer in kurpfälzischem Gebiet, der Oberbefehl dem Kurfürsten, während er in den Nieder-

landen Oranien unterstellt gewesen wäre. Auch erneute Vorstellungen Oraniens, der am 11. August bei Senef zwar das Feld behauptet, dann aber der erlittenen Verluste wegen doch hatte zurückgehen müssen, änderten diesen Beschluß nicht mehr, obgleich auch der zu Mons versammelte Kriegsrat der Alliierten ihn bekämpfte. So kamen die Operationen in den Niederlanden bald zum Stillstand und die Entscheidung hing von dem Gang der Ereignisse am Oberrhein ab. Auch dort waren die Franzosen seit dem Tage von Sinzheim (16. Juni) im Vorteil. Bournonvilles Rückzug hinter den Main hatte den Rhein bis Mainz in Turennes Gewalt gegeben, der die Pfalz von Philippsburg aus grauenhaft verwüsten ließ, um den Deutschen die Operationsbasis für den Angriff auf Elsaß und Lothringen zu nehmen. Selbst als sich in der zweiten Hälfte des August die Lüneburger unter Johann Adolf von Holstein-Plön mit ihm vereinigten, blieb Bournonville unthätig bei Frankfurt: weil die Führer sich nicht einigen konnten, was geschehen sollte, geschah überhaupt nichts. Endlich beschloß man, bei Mainz auf das linke Rheinufer zu gehen und südwärts zu ziehen, die Brandenburger aber gleich nach dem Oberrhein zu dirigieren. Die 15 000 Reiter und 13 000 Mann zu Fuß, die nun mit 40 Kanonen jenseits des Flusses standen, reichten aus, um Turenne zu erdrücken, der zwischen Bergzabern und Rheinzabern stand. Aber die Erkrankung Bournonvilles vereitelte den Angriff. Auch der Versuch, durch eine Demonstration gegen Lothringen Turenne zum Abzug zu bestimmen, mißlang, der Pfälzer Kurfürst aber verlangte Schutz gegen die Räubereien der Besatzung von Philippsburg: sonst müsse er andere Beschlüsse fassen, das heißt sich mit Frankreich verständigen. Deshalb verlangten die einen die Belagerung Philippsburgs, Karl von Lothringen aber wollte endlich sein Erbland erobert sehen: der Kriegsrat zu Speier jedoch beschloß, auf das rechte Rheinufer zurückzugehen und zur Eroberung des Elsaß auf Straßburg zu marschieren, das Anschluß verhieß; der Kurfürst aber sollte mit den Truppen des Schwäbischen Kreises unter Markgraf Friedrich von Baden Philippsburg belagern. Mit ungewöhnlicher Schnelligkeit wurde danach gehandelt. Am 19. und 20. September ging man

über den Rhein zurück und dann, als sich Straßburg versprochenermaßen erklärt hatte, Ende des Monats bei Kehl wieder auf das linke Ufer. Man war also glücklich im Elsaß: nur geschah nichts. Die Kaiserlichen wollten Straßburg samt seinem Gebiete möglichst schonen, weil es sich in „Verstattung des Passes und anderer Assistenzen" so „devot" erwies. Nicht einmal der die Ebene beherrschenden Höhen versicherte sich Bournonville, und als Turenne herbeieilte und trotz seiner Minderzahl ihm bei Enzheim die Schlacht anbot, ging er sofort auf Straßburg zurück, um nicht vom Rheinübergang abgeschnitten zu werden.

Inzwischen hatte der Kurfürst seine Armee von Magdeburg durch das Mansfeldsche und in drei Kolonnen über den Thüringer Wald an den Main geführt und Mitte September Schweinfurt erreicht. Als Bournonville ihn benachrichtigte, daß auf dem linken Rheinufer aufwärts zu gehen beschlossen sei, richtete er den Marsch auf Heilbronn, um oberhalb Philippsburg den Fluß zu überschreiten. Da wurde ihm am 18. September in Gerolzhofen die Rückkehr der Kaiserlichen auf das rechte Rheinufer gemeldet und daß er zur Belagerung von Philippsburg bestimmt sei. In dieser eigenmächtigen Aenderung des vereinbarten Planes sah er nicht bloß eine persönliche Kränkung, sondern einen schweren Nachteil für das gemeine Wesen und lehnte jede Verantwortung für die Folgen ab. Der Armee voraus eilte er nach Heilbronn, um mit dem Pfälzer Kurfürsten und Bournonville Rücksprache zu nehmen. Letzterer aber erschien nicht: er meinte die während seiner Krankheit verwilderte Armee nicht verlassen zu können. Der Pfälzer wollte natürlich vor allem Philippsburg bewältigt sehen; andere empfahlen einen Zug auf Trier; der spanische Gesandte in Wien hielt die Vertreibung der Franzosen aus der Franche Comté für das nötigste. Da nun aber die Kaiserlichen einmal glücklich über den Rhein gekommen und Herren Straßburgs waren, einigte man sich schließlich dahin, daß Markgraf Friedrich von Baden mit den schwäbischen Kreistruppen Philippsburg blockieren, der Kurfürst aber mit Bournonville gegen Turenne ziehen sollte. Gern ging dieser darauf ein: denn auch etwaige Absichten der

Schweden auf die Mark meinte er am wirksamsten durch einen schnellen Sieg über die Franzosen zu durchkreuzen, empfahl aber dem Kaiser außerdem die Aufstellung einer Armee an der schlesisch-märkischen Grenze. Noch freilich folgte zugleich mit den Gesandten des Kaisers, Spaniens, Dänemarks und vieler deutscher Fürsten auch der schwedische Oberst von Wangelin seinem Hauptquartier, immer noch bemüht, ihn vom thätigen Eingreifen zurückzuhalten oder für die Bildung einer „dritten Partei" zu gewinnen.

Während sein Heer durch Württemberg und dann der leichteren Verpflegung wegen über Rastatt und Oberkirch marschierte, traf Friedrich Wilhelm bereits am 12. Oktober an der Kehler Rheinbrücke mit Bournonville zusammen. Dieser zeigte sich sehr dienstwillig: er sei stolz darauf, unter solchem Oberfeldherrn zu fechten. Und doch sollte dieser sich mit einem Ehrenvorrang begnügen: über die gemeinsamen Operationen entschied der Kriegsrat nach Stimmenmehrheit. Trotz des langen Marsches in bestem Zustand angelangt, gingen die Brandenburger am 13. und 14. Oktober über den Rhein: 50 000 Mann stark war die deutsche Armee Turenne nun weit überlegen. Aber dieser hatte bei Marlenheim eine vortreffliche Stellung genommen, hinter sich, durch die kleine Festung Wasselnheim gedeckt, ein Defilé, das ihm den Rückzug auf Zabern und Pfalzburg sicherte und von jenseits der Vogesen von Condé und Flandern Verstärkungen heranzuziehen erlaubte, so daß die Deutschen selbst in den Winterquartieren vor einem Ueberfall nicht sicher waren. Deshalb beschloß ein am 14. Oktober beim Kurfürsten gehaltener Kriegsrat, ihn sofort anzugreifen. Am 15. vereinigten sich die Armeen bei Bläsheim. Am 16. rekognoscierte Derfflinger das feindliche Lager, und auch der Kurfürst durchritt die Gegend, die ihm Bournonville als schwierig und gefährlich geschildert hatte — wohl das erste Anzeichen von dem Nachlassen seines Kampfeifers.

In der Nacht vom 17. zum 18. Oktober brach die Armee von Bläsheim auf, links, am meisten exponiert, die Lüneburger und Brandenburger, rechts die Kaiserlichen. Noch in der Dunkelheit überschritt man die beiden Arme der Breusch und bei

Tagesanbruch besetzte der kampflustig vorwärts drängende Derfflinger auf dem äußersten linken Flügel eine Höhe dicht an dem sorglos im Mühlthale lagernden Feind. Der Kurfürst ordnete die Seinen zur Schlacht und ließ, als mit dem steigenden Tage der Nebel wich, als Zeichen zum Beginn des Kampfes die üblichen drei Kanonenschüsse abfeuern: aber der Feind blieb in seiner gedeckten Stellung. Gegen einen Angriff auf sie erhob Bournonville Einsprache, weil Turenne nicht nur einen tiefen sumpfigen Graben vor sich hatte, sondern beim Anmarsch auch der Mühlbach, sowie Gräben und Steingründe zu passieren waren. Da meldeten rekognoscierende Offiziere, daß man die Franzosen in der rechten Flanke umgehen und von einer Höhe aus ihre Stellung der Länge nach bestreichen könne. Doch auch davon wollte Bournonville nichts wissen: Mann und Roß seien durch den Nachtmarsch ermüdet; am nächsten Tage sei er bereit zu schlagen. Im Kriegsrat, dessen Mehrheit Bournonville beipflichtete, kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen. Entrüstet rief der Kurfürst den spanischen Gesandten zum Zeugen des Geschehenen auf und lehnte jede Verantwortung für die unheilvollen Folgen ab. Wütend stürmte Derfflinger aus der Sitzung mit dem Ruf, er wolle mit der ganzen Sache nichts mehr zu thun haben. Spöttisches Gelächter antwortete ihm, das der Kurfürst, der jene Worte überhört hatte, auf sich bezog. Sein Verhältnis zu Bournonville wurde dadurch natürlich nicht gebessert.

Während man nun auf Bournonvilles Drängen den angeblich zu exponierten linken Flügel durch Erdwerke deckte, entzog sich Turenne unter dem Schutz der Nacht der Gefahr, die ihm des Kurfürsten und Derfflingers Pläne bereiteten. Als Derfflinger am Morgen des 19. Oktober auf die Meldung von zunehmender Bewegung bei den Feinden mit 200 Reitern vorwärts eilte, fand er das französische Lager verlassen. Der Kurfürst warf sich sofort aufs Pferd zur Verfolgung; doch wollte Bournonville auch davon nichts wissen, aus Sorge vor einem Hinterhalt. Zudem hatte Turenne einen zu großen Vorsprung, und Bournonville hatte — wohl um mit der Zusage, nächsten Tages fechten zu wollen, nicht beim Wort genommen zu wer-

den — den größten Teil seines Heeres zum Fouragieren geschickt und keine 2000 Mann bei einander. Und als die Verbündeten endlich am Morgen des 20. Oktober aufbrachen, suchten sie Turenne zunächst in der Richtung auf Hagenau, während er bei Dettweiler hinter der hochgeschwollenen Zorn wieder eine starke Defensivstellung genommen hatte. Ihm folgend machten sie auf dem rechten Ufer der Rohr Halt. Vergeblich drängte der Kurfürst zur Aktion. Zwei Tage vergingen in Unthätigkeit: dann nötigten schlechtes Wetter und Mangel zum Rückzug. Die Einnahme von Wasselnheim war der einzige Erfolg dieses Zuges. Noch einige Tage hielt man im Felde aus: da aber die Truppen schwer unter der Ungunst der Jahreszeit litten, ging man am 29. Oktober auf Straßburg zurück.

Ein kläglicher Ausgang, unter Umständen, die einen glänzenden Erfolg verheißen hatten! Bitterer Groll nagte am Herzen des Kurfürsten. Wie ein Hohn erschien es ihm, wenn der Kaiser ihm in jenen Tagen die „Konservation" seines Heeres noch besonders empfahl und Bournonville anwies, das im Kriegsrat einstimmig Beschlossene gewissenhaft auszuführen. Nur weil seine Absicht zu schlagen ohne Unterstützung geblieben sei, schrieb er nach Wien, habe er nicht von einem Sieg zu berichten; wohl aber gelte es zu untersuchen, wie eine Armee von 30 000 Mann in so kurzer Zeit habe ruiniert werden können, und wer daran schuld sei. Er dachte daran, nach den Niederlanden abzuziehen, wo die Energie Oraniens ein ehrliches, thatkräftiges Zusammenwirken verhieß. Und doch hätte das nichts weiter bewirkt, als daß die Brandenburger statt am Oberrhein in den Niederlanden Winterquartiere bezogen hätten. Oranien riet vielleicht schon deshalb davon ab. Des Kurfürsten Verstimmung teilten seine Offiziere: hätte er, so meinten sie, das Kommando gehabt, so würde es anders gekommen sein. Der Fortgang gab ihnen nur zu recht.

Auch den Plan zu einem Ritt nach Lothringen gab man auf, als bekannt wurde, daß Turenne Verstärkungen erhalten habe. Aus Furcht vor ihm blieb man unter dem Schutz Straßburgs bei Bläsheim und begnügte sich mit Streifzügen, die

auch den Kurfürstlichen hier und da eine tapfere That ermöglichten, aber die Lage im ganzen nicht änderten. Um wenigstens die Winterquartiere zu sichern, wollte der Kurfürst den Feind durch einen Ueberfall nur mit der Reiterei hinter die Vogesen zurückwerfen. Natürlich hatten die kaiserlichen Generale Bedenken: sie empfahlen einen Zug in die Franche Comté. Da beschloß er allein zu handeln, ließ sich dann aber durch Bournonville einen Tag Aufschub abdringen. Als dann General Dünwald am 20. und 21. November mit einem Teil der Reiterei aufbrach, war Turenne wegen der Schwierigkeit der Verpflegung bereits weiter zurückgegangen und hinter der Motter in Sicherheit. Das Verhältnis zwischen den Verbündeten wurde so immer übler. Die Brandenburger beschuldigten Bournonville geheimer Verbindung mit dem Feinde: sie war in ihren Augen schon dadurch erwiesen, daß die Niederbrennung der Strohhütten des Lagers, welche die Kaiserlichen ihrem Brauche gemäß trotz des kurfürstlichen Verbots vorgenommen, den geheim zu haltenden Antritt des Zuges den Franzosen verraten hatte.

Neben dem Unmut über dies stete Mißlingen drückten den Kurfürsten noch andere schwere Sorgen. Kaum ließ sich noch an dem Erfolge des französischen Hetzens in Stockholm zweifeln: Schweden stand im Begriff, seine bewaffnete Neutralität aufzugeben, die politisch nutzlos und finanziell unhaltbar war. Brandenburg, so erklärte sein Gesandter im Haag, habe das Bündnis vom 11. Dezember 1673 gebrochen, da es ohne Rücksprache mit Schweden dem Reiche Waffenhilfe leiste. Von der Abmahnung, die der Kurfürst Ende November England an Schweden zu richten bat, war ein Erfolg kaum zu hoffen. Ließ es sich da verantworten, daß die brandenburgische Armee im Elsaß blieb, wo doch nichs zu gewinnen war? Von den kurfürstlichen Räten drangen etliche auf schleunige Rückkehr. Andere empfahlen einen Mittelweg: Derfflinger sollte mit einem Teil des Heeres bei Bournonville bleiben, mit dem größeren der Kurfürst rheinabwärts eilen, um entweder bei dem wieder einmal erwogenen Angriff auf Trier mitzuwirken oder mit Oranien gemeinsam zu operieren, wodurch sich vielleicht die Entsendung der niederländischen Flotte nach der Ostsee erwirken ließ. Denn

je pünktlicher er selbst seine Bundespflichten erfüllte, um so mehr meinte er sich von seinen Alliierten des Gleichen versehen zu können. Auch hätte sein Aufbruch den Rückzug Bournonvilles zur Folge gehabt und so das Wenige, was bisher gewonnen, wieder preisgegeben.

So nahm er Ende November in Colmar Aufenthalt. Von dort bis nach Schlettstadt war die Ebene zwischen Rhein und Vogesen seinem Heere für die Winterquartiere angewiesen. Sie gegen die französische Besatzung von Breisach zu schützen, ließ er dieses durch 1500 Mann blockieren. Nach der anderen Seite beobachtete Herzog August von Holstein mit 6000 Mann Belfort. Der Unterhalt der Truppen machte Schwierigkeiten, und des Kurfürsten Wunsch, dazu die Einkünfte des Straßburger Bistums, die dem hochverräterischen Bischof Egon von Fürstenberg gesperrt waren, überlassen zu erhalten, fand in Wien kein Gehör. Die verwilderten Kaiserlichen respektierten bei ihrem Rauben und Plündern nicht einmal die Schweizer Grenze. Aber das Schwerste stand dem Kurfürsten noch bevor, und härter denn als Staatsmann und Feldherr wurde er als Vater und Familienhaupt getroffen. Ein heftiges Fieber warf den Kurprinzen Karl Emil in Straßburg auf das Krankenlager, einen reich begabten, thatenlustigen Jüngling, der sich auch militärisch eben bewährt hatte und von dem mit dem Vater Hof und Heer Großes erwarteten. Am 7. Dezember starb er, noch nicht neunzehnjährig. Reiche Hoffnungen gingen mit ihm zu Grabe, denn er war des Vaters würdiger Sohn und suchte ihm in allem zu folgen: Wilhelm von Oranien trauerte ihm aufrichtig nach, dem er trotz des Altersunterschiedes mehr als durch die Bande des Blutes durch Gleichheit des Charakters in inniger Freundschaft verknüpft gewesen war. Wie damals immer bei dem jähen Tode fürstlicher Personen, so trat auch hier alsbald das Gerücht auf, der Kurprinz sei vergiftet, und der trauernde Vater, der noch immer wähnte, selbst einst beinahe das Opfer von Giftmischern geworden zu sein, machte sich den schweren Schlag durch den Glauben daran noch schwerer.

Turenne aber gönnte den Gegnern auch jetzt keine Ruhe: daß sie im Oberelsaß Winterquartiere nahmen, schien ihm wider

seine militärische Ehre. Ende November ging er über die Vogesen zurück und eilte an ihrem westlichen Abhang südwärts, um das Gebirge dann nochmals zu überschreiten und die Deutschen überraschend anzugreifen. Dabei stieß er in den ersten Dezembertagen auf Karl von Lothringen, der, von den Lüneburgern unterstützt, nach seinem Erblande unterwegs war und bereits das wichtige Remiremont besetzt hatte. Von Turenne überraschend angegriffen, trat er den Rückzug an. Von der Franche Comté her aber kam bereits eine andere französische Abteilung zur Verstärkung Turennes heran. Mit diesem hatte das deutsche Hauptheer inzwischen jede Fühlung verloren. Seine Führer hatten genug zu thun mit dem Streit über die Abgrenzung der den einzelnen Kontingenten zuzuweisenden Bezirke. Erst als die französische Armee bereits über Belfort zu debouchieren begann, erkannten sie des Gegners Absicht. Den gebotenen schnellen Vormarsch auf Belfort aber verzögerte Bournonvilles Langsamkeit und brachte des badischen Markgrafen Eigenmacht vollends um den Erfolg, wenn ein solcher bei dem elenden Zustand der kaum noch feldtüchtigen Truppen überhaupt möglich war. Auf das Gerücht, Turenne sei mit seiner ganzen Armee zur Stelle, traten sie alsbald den Rückzug auf die Hauptmacht an. Mit dieser beschlossen der Kurfürst und Bournonville nun vorzugehen, um die aus den Vogesen führenden Päsſe zu besetzen und mit dem Gros bei Altkirch und Sennheim so nahe bei einander zu halten, daß sie sich sofort vereinigen und bei letzterem Ort, auf dem Ochsenfeld, Turenne die Entscheidungsschlacht liefern könnten. Eben war diese Bewegung begonnen, als am 17. Dezember die Meldung kam, daß 7000 Franzosen auf Markirch marschierten. Der Kurfürst meinte, Turenne wolle auf Breisach durchbrechen, Bournonville sah darin nur eine irrezuleiten bestimmte Demonstration. Diesmal hatte der letztere recht: thatsächlich war es nur ein Streifcorps von 300 Mann, was bei Markirch gesehen war. Aber infolge dieser Differenz konnten sich die beiden Feldherren über die zu ergreifenden Maßregeln nicht einigen: ungehindert vormarschierend, brachte daher Turenne das Hauptheer in ernste Gefahr. Nach etlichen Tagen zwecklosen Hin und Hers von Verhandlungen, Befehlen und

Gegenbefehlen und Märschen, wollte sich Bournonville dem Wunsche des Kurfürsten fügen. Als sich aber herausstellte, daß man es gar nicht mit Turennes Hauptmacht, sondern bloß mit seinen Vortruppen zu thun habe, ließ man den Plan wieder fallen.

Durch das Hin- und Herziehen ermattet, blieb das deutsche Heer in Marschbereitschaft über ein weites Gebiet verstreut, der Kurfürst zwischen Colmar und Ruffach, Bournonville bei Mühlhausen an der Ill, der Herzog von Holstein bei Sennheim und die Lüneburger bei Schlettstadt. Auf die Meldung von Turennes Ankunft in Belfort wurde das Heer bei Colmar konzentriert. Dank der Langsamkeit der Kaiserlichen konnte Turenne dennoch in der Nacht vom 28. zum 29. Dezember erst die Brandenburger zurückdrängen und die kaiserlichen und münsterschen Truppen bei Mühlhausen überraschen: obgleich der Markgraf von Baden ihnen zu Hilfe eilte, mußten sie weichen und verdankten nur der Tapferkeit der lothringischen Reiterei einen geordneten Rückzug. Und als nun gar ein gefangener französischer Offizier fälschlich angab, Turenne mit seinem ganzen Heer wolle Breisach verproviantieren und dann den Deutschen den Rückzug über den Rhein verlegen, da beschloß das Hauptquartier der Verbündeten, eingeschüchtert, sofort den Rückzug. Zum Glück benutzte Turenne die dabei einreißende Unordnung nicht, brachte den Deutschen aber doch beträchtliche Verluste bei, indem er zahlreiche Versprengte abschnitt und andere zur Flucht nach Basel nötigte und in Altkirch das ganze Regiment Portia, das Bournonville nicht mehr hatte zurückziehen können, gefangen nahm.

Zu spät erkannten die deutschen Feldherren, daß sie betrogen waren. Als sie bei Heiligenkreuz zusammentrafen, gab es heftige Rekriminationen. Bournonville wäre am liebsten gleich nach Straßburg zurückgegangen. Der Kurfürst hatte in der ersten Bestürzung sogar die Cernierung von Breisach aufheben lassen. Jetzt beschloß man ihre Herstellung und neuen Vormarsch bis Colmar. Eben hatte man am Neujahrstag 1675 dort Stellung genommen, als die Franzosen sich dem von Brandenburgern besetzen Ruffach näherten. Endlich also schien die

ersehnte Entscheidung gekommen: denn diesmal sollte in jedem Fall geschlagen werden. Sonst aber gingen die Meinungen in dem am 2. Januar zu Colmar gehaltenen Kriegsrat weit auseinander. Der Kurfürst und Derfflinger wollten geradeswegs auf den Feind gehen, Bournonville erst noch Verstärkung abwarten. Wie aber, wenn Turenne wieder auswich? Dann bleibe, meinte selbst Derfflinger, freilich nichts übrig, als über den Rhein zurückzugehen, um die Armee für den neuen Feldzug Kräfte sammeln zu lassen. Das aber sei eine Schmach, erklärten die einen, unmöglich die anderen, weil Württemberg die Winterquartiere verweigere und sogar drohe, sich gemeinsam mit Bayern gewaltsam dagegen zu setzen. Auch eine „Kavalkade“ nach Lothringen und Luxemburg wurde abgelehnt: sie hätte den Franzosen den Uebergang auf das rechte Rheinufer und die Kooperation mit Bayern, Hannover und Schweden ermöglicht. Selbst Karl von Lothringen empfahl, auf Straßburg und dessen reiche Hilfsmittel gestützt, das weitere abzuwarten. Das wurde denn auch am 3. Januar beschlossen.

Da kam am 4. Januar die Meldung, Turenne ziehe von Ensisheim heran. Gleich nachmittags rekognoscierten die deutschen Feldherren das Terrain, wo Münster- und Rheinthal zusammenstoßend eine Ebene bilden, die nach Südwest und Nordwest die Vogesen begrenzen und zu der die bei Egisheim hervortretenden Berge nur einen schmalen Zugang von Ruffach her lassen. Auf Bournonvilles Dringen nahm man Stellung hinter dem Logelbach, einem seichten Gewässer, das, von Türkheim ostwärts nach Colmar fließend, den Feind nicht aufhalten, wohl aber die Deutschen im Vorgehen hindern konnte. Auf dem linken Flügel, auf Colmar gestützt, standen die Brandenburger, den rechten bildeten die Kaiserlichen mit den lothringischen, münsterschen und lüneburger Kontingenten, im ersten Treffen in zwei langgestreckten Linien von Türkheim bis Colmar die Infanterie, dahinter die Reiterei. Die Bachübergänge waren durch Verhaue gesperrt und mit Geschütz besetzt. Die Zuversicht der Soldaten war nicht eben groß: sie wußten, daß die Armee in den letzten Wochen beträchtlich zusammengeschmolzen war; die Brandenburger mißtrauten Bournonville.

Unter dem Schutz winterlichen Nebels kam Turenne am 5. Januar heran. Während er einen Teil seines Heeres den Brandenburgern gegenüber entwickelte, umging er mit der Hauptmasse auf tiefverschneiten Weinbergswegen in weitem Bogen den rechten Flügel der Verbündeten, besetzte Türkheim, das — angeblich durch Bournonvilles Verschulden — unbesetzt geblieben war, und stand mittags im Rücken der Deutschen. So kritisch die Lage war, konnten sich die deutschen Generale über die Gegenmaßregeln doch nicht einigen. Mehrere Befehle des Kurfürsten blieben unausgeführt: die plötzliche Aenderung der Dispositionen hätte die ganze Schlachtordnung zerrissen. Die von Bournonville gegen Türkheim vorgeschickte Reiterei richtete natürlich nichts aus. Als endlich die Infanterie vorging, eilte der Kurfürst selbst mit den Derfflingerschen und lüneburgischen Dragonern herbei: in kurzen, packenden Worten ermahnte er die Kaiserlichen, die Schmach zu tilgen, die sie bei Mühlhausen auf sich geladen. Jubelnd riefen sie mit ihm sterben zu wollen. Bald war der Kirchhof von Türkheim genommen. Dann kam das Gefecht zum Stehen. Drei Stunden tobte es. Der Kurfürst war mitten unter seinen Leuten: diese hätten auch keine Schutzwaffen, meinte er, als man ihn bat, wenigstens Helm und Küraß anzulegen. Arg zusammengeschossen mußten mehrere französische Bataillone durch andere ersetzt werden. Die Deutschen gewannen Terrain: hätte der Kurfürst frische Truppen gehabt, um noch einen kraftvollen Vorstoß zu unternehmen, der Sieg wäre sein gewesen, und dann hätte das Defilé im Rücken Turennes erschütterter Armee leicht verhängnisvoll werden können. Aber die herbeigerufene Verstärkung — drei Bataillone brandenburgischer Infanterie — kam erst an, als die frühe Dunkelheit zum Abbruch des Gefechts nötigte. Auch fürchtete der Kurfürst noch immer eine Ueberraschung und war namentlich um seinen linken Flügel und den Besitz von Colmar besorgt. Deshalb lehnte er Bournonvilles Verlangen ab, seine ganze Infanterie zum Sturm auf Türkheim vorgehen zu lassen. So ließen die Kaiserlichen das Gefecht dort um sechs Uhr vollends einschlafen.

Der Kriegsrat trat zusammen. Die größeren Verluste

— 500 gegen 300 — hatte der Feind; aber er hatte Türkheim behauptet. Zudem sollte Turenne nach Aussage der Gefangenen 35 000 Mann bei sich haben und beabsichtigen, die Deutschen von Türkheim aus vollends zu umgehen, von Straßburg und allen Straßen nach rückwärts abzuschneiden und durch die Entbehrungen des dann unvermeidlichen winterlichen Biwakierens aufzureiben. Deshalb beschloß man den Rückzug nach Schlettstadt. Die Bagage brach sofort auf; die Truppen sollten nach dem Befehl des Kurfürsten mit dem ersten Morgengrauen folgen. Bournonville aber zog noch in der Nacht ab, ohne dem Kurfürsten davon Meldung zu machen, so daß die Brandenburger der feindlichen Uebermacht gegenüber allein zurückgeblieben wären, hätte man nicht zufällig den Abzug der Kaiserlichen bemerkt. Nun mußten auch sie den Marsch noch in der Nacht antreten. Ohne Verwirrung ging das nicht ab. Zum Glück blieb Turenne unthätig. Ein Angriff hätte verhängnisvoll werden müssen, da die Armee kaum noch feldtüchtig war. Namentlich die Kaiserlichen, deren Fußvolk keine 1000 Kombattanten zählen sollte, waren in voller Auflösung. Gegenseitig machte man sich für den üblen Ausgang verantwortlich, und zwischen den Führern gab es heftige Erörterungen. In den Tagen vom 11. bis 13. Januar 1675 ging das Heer, die Brandenburger voran, über die Kehler Rheinbrücke, die von Kreisvölkern besetzt blieb. Sonst ließ man jenseits nur 1000 Mann, um von der kleinen Festung Dachstein aus die Franzosen zu beunruhigen. Als Turenne diese Ende Januar zum Abzug zwang, befand sich auf dem linken Ufer des Stromes kein deutscher Soldat mehr, während die französischen Besatzungen von Breisach und Philippsburg die deutschen Lande von Basel bis zum Neckar brandschatzten. Auch Straßburg überließ man seinem Schicksal. Doch Turenne nahm die Ausrede des Rates an, eine plötzliche Volksbewegung habe den Anschluß an die Deutschen erzwungen, und begnügte sich mit dem Versprechen der Neutralität. Die Verbündeten verteilten sich in die Winterquartiere: die Kaiserlichen, Lothringer und die Reichsvölker blieben im südlichen Württemberg und im schwäbischen Kreis zu beiden Seiten des Schwarzwaldes, die Lüneburger standen

in der Gegend von Nördlingen. Die Brandenburger erreichten über Kuggenheim, Marbach, Feuchtwangen und Gollhofen um den 10. Februar die Gegend von Schweinfurt, immer noch in 22 Regimentern im ganzen 15 000 Mann stark.

Schlimmer als der militärische Mißerfolg war die moralische Niederlage der Verbündeten. Bei ihrem Erscheinen hatte man im Elsaß aufgeatmet in der Hoffnung, für das Reich zurückgewonnen zu werden. Jetzt bereute man, seine deutschen Sympathien so offen bekannt zu haben. Auch im Reich war von dem Aufschwung zu Anfang des Krieges nichts mehr zu spüren: wenn selbst so günstige Aussichten, wie sie jetzt sich geboten hatten, zu nichte wurden, die deutschen Feldherren den sicheren Sieg durch Uneinigkeit und Kleinmut aus der Hand gaben und überall engherziger Eigennutz seinen Vorteil der allgemeinen Wohlfahrt überordnete — was ließ sich da überhaupt noch hoffen? Auch das Ansehen des Kurfürsten war durch diesen Ausgang schwer geschädigt, selbst da, wo man den lügenhaften Berichten nicht glaubte, durch die Bournonvilles Parteigänger alle Schuld auf ihn zu wälzen suchten. Und wie verhängnisvoll drohten die politischen Folgen des unglücklichen Feldzuges sich zu gestalten! Nicht bloß in den Niederlanden, die nun von Frankreich nichts mehr zu fürchten hatten, sondern auch in Wien und mehr noch in Madrid herrschte der Wunsch nach schnellem Friedensschluß und trieb einen Keil in die Allianz. Und nun kam die Meldung von dem Einbruch der Schweden in die Mark! Also auch der Kurfürst konnte an dem nächsten Feldzug am Rhein nicht teilnehmen. Ohne ihn aber war das Reich der Last dieses Krieges nicht gewachsen, zumal zu befürchten stand, daß auch Brandenburgs deutsche Widersacher mit Schweden gemeinsame Sache machen und den Sieg Frankreichs vollenden helfen würden. Ließ sich da irgend hoffen, auch nur das zu leisten, was Friedrich Wilhelm trotz alles Mißlingens im einzelnen bisher doch noch geleistet hatte, der Gewaltherrschaft Ludwigs XIV. noch vor der Erreichung ihres letzten Ziels Halt zu gebieten?

III. Der siegreiche Schwedenkrieg. 1675—1679.

Daß der schwedische Angriff auf die Mark überraschend gekommen wäre, läßt sich nicht behaupten. Der Stockholmer Vertrag vom 14. April 1672 verpflichtete Schweden, jeden Reichsfürsten mit 16 000 Mann anzugreifen, der den Niederlanden Hilfe leistete, und des Kurfürsten Zug nach dem Oberrhein konnte doch nicht so aus dem Zusammenhange der Dinge gelöst werden, daß man hätte behaupten können, er sei nicht bestimmt, der Republik Luft zu machen. Schwedens Versuch, Brandenburg durch den Vertrag vom 11. Dezember 1672 (S. 180) unter dem Schein gemeinsamer Vermittelung zur Unthätigkeit zu binden, war mißlungen, sehr zum Kummer der Stockholmer Regenten, die bei dem Abschluß gar nicht die Absicht gehabt hatten, sich auf einen Krieg in Deutschland einzulassen und auch im August 1674 dem Andringen des französischen Gesandten Feuquières um endliches Losschlagen nur zum Schein nachgaben, um mit den nun wieder reichlicher fließenden Hilfsgeldern die schwedische Armee vor dem Hungertode zu bewahren. Allerdings erging nun an den nach Pommern entsandten Kronfeldherrn Karl Gustav Wrangel der Befehl, sechs Wochen nach seiner Landung mit Brandenburg nach der raison de guerre zu verfahren, wurde dann aber, wenn auch nicht ausdrücklich zurückgenommen, so doch thatsächlich als gegenstandslos bezeichnet durch den Beschluß des Reichsrats, zuerst Dänemark zur Neutralität zu zwingen, wie Wrangel denn auch am 24. November 1674 angewiesen wurde, unter dem Vorwand des Durchmarsches seine Truppen bis auf weiteres in Mecklenburg einzuquartieren. Da fingierte der kriegslustige Wrangel ein Mißverständnis und beantwortete den den früheren Absichten widersprechenden Erlaß mit der bedauernden Meldung, ein Aufschub der kriegerischen Aktion sei nicht mehr möglich:

Mitte Dezember werde er in Brandenburg einrücken. Die Stockholmer Regierung fügte sich der scheinbar gegebenen vollendeten Thatsache und schrieb ihm am 5. Dezember, da sie leider bereits begonnen sei, bleibe freilich nichts übrig, als die Aktion gegen den Kurfürsten fortzusetzen: einen Monat später, am 3. Januar 1675, überschritt Wrangel mit 12 000—13 000 Mann die märkische Grenze. Ganz ähnlich aber wie der Kurfürst 1672—1673 Frankreich gegenüber, suchte die Stockholmer Regierung die Fiktion festzuhalten, als ob sie mit Brandenburg nach wie vor in Frieden und Freundschaft sei.

Friedrich Wilhelm hat den Angriff nicht nur ruhig herankommen lassen, sondern nicht ungern gesehen. Entband er ihn doch von allen Rücksichten und gab ihm erwünschteste Freiheit des Handelns. Moralisch und politisch war aller Vorteil auf seiner Seite. Als Glied eines großen Bundes im Reich, wo bloß Bayern und Hannover zu Frankreich standen, vor seinen Gegnern sicher, durfte er hoffen, von allgemeinen Sympathien getragen, Vergeltung üben und die lang ersehnte Korrektur der Verträge von 1648 vornehmen zu können. Aber eben weil es einen großen Moment auszunutzen galt, der so günstig vielleicht nie wiederkehrte, wollte er nichts überstürzen, militärisch sowohl wie politisch ganze Arbeit thun. Auch ein moralisches Moment wirkte dabei mit. Schwer hatte ihn das Urteil bedrückt, das die öffentliche Meinung nach dem Frieden von Vossem über ihn gefällt hatte: einen Teil der Bedrängnisse, die ihn seitdem heimgesucht hatten, meinte er auf den Ruf der Unzuverlässigkeit zurückführen zu müssen, der ihm damals angeheftet war. Deshalb wollte er alles vermeiden, was seine Alliierten irgend an seiner Bundestreue zweifeln lassen konnte: ihnen jeden Vorwand zu entziehen, wollte er ihnen die gelobte Treue unverbrüchlich halten, um von ihnen das Gleiche verlangen zu können. Eben diese Haltung aber machte ihn eines geheimen Einverständnisses mit Schweden verdächtig, als ob es sich um ein abgekartetes Spiel handelte, um ihm den Rücktritt von dem Bunde gegen Frankreich und die Abberufung seines Heeres vom Oberrhein zu ermöglichen. Und doch konnte er nach Lage der Dinge nicht anders handeln. Er hatte eben

den Main überschritten (S. 191), als er am 7. September von Feuquières' Auftreten in Stockholm Kunde erhielt. Antwortete er darauf, wie es sich eigentlich gebührte, so beschleunigte er vielleicht nur den Angriff. Zudem wurde derselbe in einer Weise angekündigt, die eher einen plumpen Einschüchterungsversuch vermuten ließ. Auch konnte, bevor Schweden schlagfertig war, in dem Kriege längst eine günstige Wendung eingetreten sein. So beschränkte er sich zunächst auf diplomatisches Gegenwirken. Schien doch nach Lage der Dinge eine unzweideutige Erklärung seiner Verbündeten genügen zu müssen, um Schweden aufzuhalten. Mit „Monitorien" und „Adhortatorien" war hier, wie er von Crockow in Wien darlegen ließ, nichts gethan: es mußte gleich mit bewaffnetem Einschreiten des Reichs gedroht werden. So schnell freilich gingen die Dinge in Regensburg nicht, und es war schon viel, daß ein Reichskonklusum die Frankreich gegenüber geleistete Garantie des brandenburgischen Besitzstandes auch auf jeden anderen Angreifer ausdehnte. Als dann das Jahr 1674 zu Ende ging, ohne daß der Angriff erfolgte, war man in Wien überzeugt, daß es sich um eine leere Drohung handle. Auch der Kurfürst dachte so. Auf die Warnungen des Statthalters in den Marken, des Fürsten Johann Georg von Anhalt, und der Geheimeräte antwortete er, da er keinem seiner Nachbarn Grund zu Feindseligkeiten gegeben, glaube er auch sich eines Angriffs nicht versehen zu müssen, im übrigen heiße es abwarten und Gott vertrauen. Doch wurden im Oktober die Befestigungen von Berlin verstärkt. Ende Oktober ertönte ein neuer Alarmruf von dorther: selbst wenn Kursachsen, das Schweden durch die Aussicht auf Magdeburg zu gewinnen suchte, und Hannover unthätig blieben, würde, falls die Schweden den Winter in der Mark zubrächten, im künftigen Frühjahr alles auf dem Spiel stehen; der Kurfürst möge heim eilen, zumal sein Heer bei der Ueberlegenheit der Alliierten auf dem rheinischen Kriegsschauplatz entbehrlich sei. Friedrich Wilhelm urteilte anders. Nach den Erfahrungen von 1673, wo er, um sein Land zu retten, seine Verbündeten verlassen hatte, hätte sein Abzug jetzt nichts anderes geheißen als auf jede Hilfe seitens der Verbündeten verzichten. Nur mit

einem Teil des Heeres heim eilen, hätte der Mark nichts genutzt. So beschränkte er sich auf den Befehl, die festen Plätze in stand zu setzen: griffe ihn jemand an, so werde er nicht bloß mit Zustimmung aller Verbündeten seinen Besitz zu verteidigen kommen, sondern auch vom Kaiser, von den Niederlanden und Dänemark nachdrücklich unterstützt werden.

So lagen die Dinge, als im Januar 1675 der Einbruch der Schweden erfolgte. Etwa 13 000 Mann stark, gut gerüstet und namentlich mit ausgezeichneter Reiterei, drangen sie von Pommern und vom Bremischen her in die Uckermark und Priegnitz ein und von da in die Mittelmark. Ihr Führer, Karl Gustav Wrangel, einst neben Turenne, Condé und Montecuccoli genannt, jetzt durch Krankheit gebrochen, erklärte auf des Statthalters wiederholte Anfrage, er komme nicht als Feind, sondern solle nur außerhalb des erschöpften Pommern für seine Truppen Unterhalt suchen, wie ja auch der Kurfürst die seinigen außerhalb des eigenen Gebietes ernähre, und zwar nur, bis der Kurfürst, der den Vertrag vom 11. Dezember 1672 nicht gehalten habe, sein Heer von dem der Alliierten abberufe: dann werde sich alles friedlich erledigen. Auch hatte Wrangel befohlen, Feindseligkeiten gegen die Kurfürstlichen zu vermeiden, ja lieber etliche von den eigenen Leuten ungestraft töten zu lassen. Bald aber hausten die Schweden wie in Feindesland. Wegen steigenden Mangels gingen sie im Februar über die Oder nach der Neumark. Die Stände Hinterpommerns trafen mit ihnen wegen der zu leistenden Zahlungen ein Abkommen, das fast wie Neutralität aussah. Den Gebieten von Lauenburg, Bütow und Draheim erwirkte der Woiwode von Pommerellen als polnischen Landesteilen Schonung, wollte dafür aber auch den kurfürstlichen Truppen von Preußen her den Durchmarsch nicht gestatten. Widerstand fanden die Schweden nicht: er war ausdrücklich vom Kurfürsten untersagt. Ging er damit auch nicht auf die von Schweden beliebte Fiktion ein, daß der Friede fortbestehe, so bestärkte er doch die Zweifel an seinen Absichten. Fehlte es doch in Deutschland nicht an solchen, die ihn tadelten, weil er eine Deutschland wohlwollende Macht so weit getrieben habe, und erwarteten, er werde die Bedingungen anzunehmen

eilen, die Schweden ihm großmütig antrage. Nur nahm die schwedische Occupation bald einen ganz anderen Charakter an. Die Mark wurde je länger je mehr wie ein erobertes Land behandelt. Magazine wurden angelegt, Lieferungen ausgeschrieben, öffentliche Gelder eingezogen und zu Werbungen verwendet. Bei Neustettin, Krossen und Züllichau erstanden verschanzte Lager. Zwar wünschte des kranken Wrangel Vertreter, Generallieutenant von Mardefeld, Land und Leute möglichst zu schonen, verstand aber nicht, die verwilderten Soldaten, meist Deutsche, in Ordnung zu halten, wenn auch ein planmäßiges Rauben und Verwüsten, wie es die Tradition behauptet, nur ausnahmsweise stattfand. Einen üblen Namen machte sich des Feldherrn Stiefbruder, Waldemar Wrangel, den der französische Militärbevollmächtigte, Marquis de Vitry, anstachelte. Auch erbitterte die Schweden der Widerstand, den ihnen die Bevölkerung entgegensetzte. Die vorhandenen Truppen reichten kaum zur Besetzung der festen Städte aus: in Berlin waren einschließlich der Bürgerschaft 5000 Mann aufzubringen, in Spandau hatte man anfangs nur 250, schließlich 800, in Frankfurt 152, in Oderberg 90, in Driesen 200, in Küstrin 800, in Löcknitz 180 und in Peitz 156 Mann zur Verfügung. Auch war auf die Bürgerschaften nicht überall Verlaß, namentlich über die von Frankfurt und Kolberg wurde geklagt. Auch die kurfürstliche Jägerei erwies sich zu militärischer Verwendung nicht bloß ungeeignet, sondern auch unlustig. Wohl aber griff die Landbevölkerung vielfach zu den Waffen, zumal seit der Kurfürst befohlen, man sollte allen Schweden „die Hälse entzweischlagen und Adel und Unadel sie töten, wo man sie fände“. Unter ihren Gutsherren scharten sich die Bauern zusammen, verlegten Pässe, warfen Schanzen auf, durchstachen Dämme, sperrten Brücken und wurden schwedischen Marodeurs und kleineren Streifpartien verderblich. Noch bewahrt die Kirche zu Dannenfeld im Kreise Gardelegen die weißleinene Fahne mit dem von einem Lorbeerkranz mit roten Beeren umgebenen brandenburgischen Adler, unter der die von Achaz von Schulenburg, dem Landeshauptmann der Altmark, geführten Bauern des Drömling damals einherzogen, mit der Inschrift: „Wir Bauern

von geringem Gut dienen unserm gnädigen Kurfürsten und Herrn mit unserm Blut."

Einem bösen Winter folgte ein böseres Frühjahr. Hinterpommern, die Uckermark, Barnim, Ruppin und streckenweise die Priegnitz und das Havelland hatten schwer zu leiden. Und dabei blieben die Schweden nach des Kurfürsten entrüstetem Ausdruck dabei, „aus solcher öffentlichen Gewalt ein Affen- und Kinderspiel zu machen", indem sie vorgaben, es sei alles nicht böse gemeint. Des Kurfürsten Unthätigkeit ließ noch immer viele an ein geheimes Einverständnis zwischen ihm und den Schweden glauben, besonders da, wo man so um die Leistung der bundesmäßigen Hilfe herumzukommen hoffte. Aber die militärischen Erwägungen schlossen jedes andere Verfahren aus, und auch Wilhelm von Oranien erkannte an, daß die Erschöpfung der Armee einen Marsch nach der Mark unmöglich mache. Aber im Gegensatz zu seiner notgedrungenen militärischen Unthätigkeit entfaltete der Kurfürst nach allen Seiten hin eine fieberhafte diplomatische Thätigkeit, in Wien, in Regensburg und im Haag, in Kopenhagen, Hannover, Münster und anderen Orten.

Der kaiserliche Hof hatte sich zwar zu allem bereit erklärt, empfahl jedoch alle Kräfte gegen Frankreich zu konzentrieren, Schweden aber „inmittelst durch Traktaten zu amüsieren und ihm in praeliminaribus der Friedensverhandlung und sonsten so viel nur möglich Satisfaktion zu geben und so bei friedlichen consiliis zu erhalten". Selbst als der Einfall erfolgt war, riet er alles zu vermeiden, was den von Schweden doch wohl nicht gewollten Bruch beschleunigen könnte, zumal ohne die Sicherheit des Erfolges loszuschlagen das Schicksal der Mark nur verschlimmern würde; sei das in Schlesien zu sammelnde Heer bereit, werde er selbst energischst handeln. Einstweilen ließ der Kaiser in Regensburg die Grundlosigkeit und Rechtswidrigkeit des schwedischen Vorgehens umständlich darthun, während von Crockow dabei blieb, der Reichsfriede sei gebrochen, daher die Erklärung des Reichskrieges an Schweden geboten. Jedenfalls müsse das Reich den Kurfürsten gegen Bayern und Hannover schützen und Kursachsen und den Administrator von

Magdeburg an der geheimen Förderung Schwedens hindern. Aber nicht einmal des Kurfürsten Bitte um ein Darlehen von 100 000 Gulden erfüllte man in Wien: an seinen Entschluß zum Kampf gegen Schweden könne man nicht glauben, da er ja unthätig in Franken stände.

In Regensburg war so natürlich erst recht nichts zu erreichen. Daß es Sache des Reichs sei, Brandenburg zu helfen, gaben zwar etliche Reichsstände zu; Bayern aber riet mit Schweden Frieden zu halten, da es sich doch nur um einen privaten Streit handle, der zu Ende sein werde, wenn sich niemand darein mische. Auch könne das Reich nicht zugleich mit Schweden und Frankreich Krieg führen. Die von Brandenburg beantragte Reichsacht gegen Schweden wurde nicht beschlossen. Kurmainz erklärte zu schwach zu sein, Köln, Trier und Pfalz entschuldigten sich mit der über sie selbst hereingebrochenen Heimsuchung, Kursachsen mahnte zum Frieden, Bayern wollte ihn gern vermitteln. Die niedersächsischen und westfälischen Kreisstände wollten neutral bleiben: hatte der Kurfürst sie doch im letzten Kriege zur Gewährung von Winterquartieren genötigt, und manche von ihnen meinten, wenn man sich dergleichen gefallen lassen müsse, wolle man es lieber von einem Fremden als von seinesgleichen erdulden. Habe der Kurfürst, so meinten andere, sich einmal thörichterweise so weit von seinem Lande entfernt, so müsse er nun dem Vaterlande auch das Opfer bringen und sich mit Schweden schnell verständigen, da Bayerns und Hannovers Parteinahme für Schweden und Frankreich dem Reiche wieder territoriale Verluste bereiten würde. Bei vielen Reichsständen entsprang diese ablehnende Haltung der Sorge vor der Vergrößerung Brandenburgs durch Pommern. Diese zu hindern, erbot sich Kursachsen mit dem obersächsischen Kreise zur Vermittelung auf Grund des Westfälischen Friedens, unter der Bedingung also, daß Pommern schwedisch bliebe. Ob etwa sein Herr, erwiderte der Kurfürst da dem sächsischen Gesandten, wenn er eine Maulschelle bekäme, damit vorlieb nehmen und die Propositiones zum Vergleich sofort anhören würde? Die Haltung Kursachsens kränkte den Kurfürsten besonders. Dennoch schickte er noch einmal

Meinders nach Dresden, um Hilfe zu fordern und vor Schwedens Anschlägen auf Erfurt zu warnen: man habe keine Truppen bereit und zu Rüstungen geben die Stände kein Geld, lautete die Antwort. Im niedersächsischen Kreis, wo Hannover und Schweden das Direktorium führten, war allein Georg Wilhelm von Lüneburg für energische Abwehr der Schweden in Gemeinschaft mit Dänemark und den Niederlanden. Aber der in Lüneburg gehaltene Kreistag beschränkte sich darauf, dem Schwedenkönig und Wrangel brieflich die Räumung der Mark zu empfehlen. Am bedenklichsten war die Haltung Hannovers. Mit Schweden sowohl wie Frankreich verbündet, hätte Johann Friedrich längst die Waffen ergriffen, wäre er nicht sowohl bei seinem Vetter Anton Ulrich von Wolfenbüttel wie bei seinem Bruder Georg Wilhelm von Celle, die der Allianz gegen Frankreich angehörten, auf Widerstand gestoßen. Nun suchte er zu vermitteln, indem er die Neutralisierung des Herzogtums Bremen vorschlug, der empfindlichsten Stelle Schwedens, des Gebiets, das er sich für gewisse Fälle von Frankreich hatte als Lohn zusagen lassen. Daher bemühte sich Friedrich Wilhelm, ihm ja keinen Vorwand zum Bruch zu bieten und vermied auf dem Marsche nach der Mark sorgsam sein Gebiet. Doch hatte er nichts mehr von ihm zu fürchten, als der Bischof von Münster, Christoph Bernhard von Galen, sich erbot, mit 4000 Mann vom Mindenschen her ihn zu beobachten und Cleve zu decken.

Diese Gestaltung der Dinge im Westen war zum guten Teil das Werk Dänemarks. Darüber hinaus aber vermochte auch dieses Brandenburg nicht zu helfen, wollte es nicht als Angreifer gelten und deshalb der vertragsmäßigen Unterstützung seiner Verbündeten, Spaniens und der Niederlande, verlustig gehen. Doch teilte man in Kopenhagen das Fell des Bären, ehe er erlegt war: für sich selbst wollte man Schonen und ein Stück von Bremen erwerben, alle übrigen deutschen Lande Schwedens sollte Brandenburg bekommen. Daß man nicht gleich losschlagen könne, sei Schuld der Niederlande, welche die nötigen Hilfsgelder verweigert hätten.

Auch die Haltung der Niederlande entsprach wenig den Erwartungen des Kurfürsten. Zwar hatten die Generalstaaten

im November 1674 Schwedens Mitteilung über seine Absichten gegen Brandenburg mit dem Hinweis auf die Verpflichtung beantwortet, die ihnen dann obliegen würde, erkannten aber nachher eine solche nicht an: garantiere man Schweden seinen deutschen Besitz, so meinten sie, werde es die Mark räumen. Dagegen hätte Wilhelm von Oranien dem Oheim gern durch eine Kavalkade ins Bremische Luft gemacht. Nur die Stände von Holland beschlossen bereits am 11. Januar 1675, dem Kurfürsten zu helfen und den Krieg fortzusetzen, bis Schweden Genugthuung gegeben hätte, auch Dänemark durch Hilfsgelder ins Feld zu bringen und Rußland zum Angriff auf Schweden zu veranlassen. Aber die Staaten der übrigen Provinzen, an die der Beschluß zur verfassungsmäßigen Aeußerung ging, ließen sich Zeit. Endlich am 13. Februar stimmten die Generalstaaten bei: doch sollten zunächst noch einmal friedliche Mittel bei Schweden versucht werden, und nur mit Mühe setzte es Brandenburg durch, daß der schwedische Gesandte förmlich verabschiedet wurde. Seeland aber protestierte gegen die Ausgabe von Kaperbriefen durch den Kurfürsten gegen Schweden und verbot die Veräußerung aufgebrachter schwedischer Schiffe in seinen Häfen.

So verging eine Woche nach der anderen, ohne daß etwas geschah. Nach einer Besprechung mit Oranien in Cleve (22.—23. März) beschloß der Kurfürst selbst nach dem Haag zu gehen. Dort lag die Entscheidung, da man in Wien dabei blieb, nicht mit Schweden brechen zu können, bevor die Republik und Dänemark es gethan. Deshalb versagte man auch die Kooperation einer kaiserlichen Armee von Schlesien her gegen die Schweden in der Mark, trotz der energischen Fürsprache des von Oranien nach Wien entsandten Georg Friedrich von Waldeck. Sehr zur Unzeit daher hinderte ein Gichtanfall den Kurfürsten, Oranien gleich nach dem Haag zu begleiten. Aber kaum notdürftig reisefähig, eilte er auf dem Wasserwege dorthin: am 3. Mai kam er an. Nun erst hatte das Zaudern ein Ende: wenn die Schweden, so wurde vereinbart, die Mark bis zum 15. Juni nicht räumten, sollten ihnen die Alliierten den Krieg erklären. Unter Oraniens Vorsitz tagte ein großer

Kriegsrat. Der Kurfürst wollte die Schweden durch einen Angriff im eigenen Lande zur Räumung der Mark zwingen: die Dänen sollten in Schonen, er selbst von Mecklenburg und der unteren Elbe her in Pommern einfallen und der Krieg auch zur See geführt werden, wozu bereits Schiffe teils gemietet, teils hergerichtet waren. Das schien den Alliierten zu kühn. Von den 55 000 Mann, die sie gegen Schweden zu verwenden dachten, sollte ein Teil, die in Cleve stehenden Brandenburger, mit dänischen und münsterschen Regimentern, in das Herzogtum Bremen einfallen, der andere unter dem Kurfürsten mit der in Schlesien gesammelten kaiserlichen Armee und kursächsischem Zuzug die Mark zurückerobern. Nur waren die Truppen, über die ein am 15. Mai im Haag unterzeichnetes Protokoll in dieser Weise disponierte, zum Teil bloß auf dem Papier vorhanden. Mit dem Bischof von Münster wurde noch unterhandelt; Dänemark wollte nur gleichzeitig mit allen Alliierten vorgehen, aus Furcht, man werde den schwedischen Krieg ihm und Brandenburg allein aufhalsen. In Wien erhob man gegen das Haager Protokoll Bedenken: Brandenburgs Vergrößerung durch Pommern, die ihm ja niemand mehr gönne als der Kaiser, werde in Regensburg Anstoß erregen. So war auch das Haager Protokoll wenig wert. Und schon erweckten Frankreich und Schweden dem Kurfürsten einen neuen Feind: am 11. Juni versprach in Warschau König Johann Sobieski ihm den Krieg zu erklären, sobald er mit den Türken Frieden geschlossen hätte.

Inzwischen waren die brandenburgischen Truppen in den fränkischen Quartieren marschbereit. Denn statt zwei Tage, wie er gedacht, wurde der Kurfürst im Haag volle vierzehn festgehalten. Seine politische Lage aber war nicht gebessert: er blieb allein auf sich angewiesen. Die militärische Lage war sogar verschlechtert. Statt der anfänglichen Zuversicht, beherrschte Friedrich Wilhelm jetzt eine gewissermaßen desperate Stimmung: nach dem Unheil, das die Schweden in der Mark angerichtet hätten, meinte er überhaupt nichts mehr zu verlieren zu haben; aber wenigstens rächen wolle er sich und sein armes mißhandeltes Land. Immer trostloser lauteten die Nachrichten von dort, und fast durfte es für ein Wunder gelten,

daß wenigstens keiner von den „importanten" festen Plätzen in die Hand der Feinde gefallen war.

Die Schweden hatten die Gunst der Umstände nicht ausgenutzt, teils wegen Wrangels Krankheit, teils aus politischen Rücksichten. Erst am 2. Mai begannen ihre Operationen. Generallieutenant Wrangel überschritt bei Stendal die Grenze und zog mit einem Teil der Reiterei, Dragonern und zwei Geschützen über Freienwalde und Wriezen auf Neustadt, unter Rauben und Brennen, deren Schrecken einzelne Streifpartien bis auf zwei Stunden von Berlin trugen. Am 13. Mai hatte er bei Zehdenik ein Gefecht mit 200 rekognoscierenden brandenburgischen Dragonern. Ueber Rheinsberg rückte er am 17. in Neuruppin ein. Inzwischen war auch das Hauptheer, das Mangel nach Hinterpommern zu streifen genötigt hatte, wieder in die Mark gekommen. Mit 3000 Mann und 8 Geschützen griff es Löcknitz an; gegen freien Abzug übergab es Oberst von Götzen. Er wurde dafür vor ein Kriegsgericht gestellt und am 24. März 1676 erschossen. Dann zog der Feldherr längs der mecklenburgischen Grenze auf Havelberg, um dort die Elbe zu überschreiten und sich mit den Hannoveranern zu vereinigen, von deren Mitwirkung er den endlichen Beginn der ernsten kriegerischen Aktion abhängig machte, ohne den auch von Frankreich zum Losschlagen gedrängten Johann Friedrich zu einem entscheidenden Schritt bewegen zu können. Da sowohl der Paß von Rhinow am unteren Lauf des in die Havel fallenden Rhin, als auch der bei Fehrbellin am oberen Rhin infolge anhaltenden Regenwetters nicht benutzbar war, sollte ein Teil der Armee gegen Fehrbellin demonstrieren, die Hauptmacht aber bereits weiter östlich über den mit Geschützen besetzten Kremmener Damm sich den Weg bahnen. So griffen am 21. Mai 2000 Mann Infanterie mit 4 Geschützen Fehrbellin an, während 1500 Mann auf Kremmen und 2000 gegen das östlich davon gelegene Oranienburg gingen. Ueberall mußten der bäuerliche Landsturm und die kurfürstliche Jägerei der Uebermacht weichen: sie gingen nach Spandau zurück. Fehrbellin befestigten die Schweden durch einen tiefen Graben und Pallisaden. Als sie dann am 22. Mai auch Oranienburg besetzt und dort die Havel

überbrückt hatten, waren die auf dem Kremmener Damm stehenden Kurfürstlichen im Rücken bedroht und zogen sich ebenfalls nach Spandau zurück. Das Havelland lag offen vor den Schweden, nichts hinderte sie, Havelberg zu besetzen, die Elbe zu überschreiten und sich mit den Hannoveranern zu vereinigen.

Das geschah schließlich aber nicht. Denn trotz seines kriegerischen Gebarens fand Johann Friedrich immer neue Ausflüchte, um sich der verheißenen Kooperation mit Schweden zu entziehen, für die er reiche französische Subsidien bezog. Er vermißte noch immer die formelle Erklärung des Krieges durch Schweden an Brandenburg und traute weder dem Vetter von Wolfenbüttel noch den Brüdern von Celle und Osnabrück. Ohne seine Hilfe aber wollte Wrangel sich nicht über die Elbe wagen: einer beargwöhnte den anderen und fürchtete, im entscheidenden Augenblick im Stich gelassen zu werden. Deshalb ging General Mardefeld, der den kranken Feldherrn vertrat, indem er Fehrbellin besetzt ließ, nach Gransee, dann gar bis Neuruppin zurück. Dort war das Hauptquartier vom 25. Mai bis 11. Juni. Da erkrankte auch Mardefeld und das Kommando kam an Waldemar Wrangel. Auch er zog nur hin und her: schließlich nötigte ihn die Schwierigkeit der Verpflegung zum Vormarsch auf Brandenburg, das er am Abend des 9. Juni erreichte. Das Gros blieb dort, während der am Berliner Hof wohlbekannte Oberst von Wangelin mit seinen Dragonern am 10. Juni Rathenow besetzte. Inzwischen erschien auch Karl Gustav Wrangel, freilich noch in der Sänfte getragen, wieder im Felde: am 12. Juni kam er in Havelberg an. Auch die bei Brandenburg stehenden Truppen beorderte er dorthin, doch konnten sie wegen Mangels an Proviant den Befehl erst am 15. Juni ausführen. Das wurde ihr Verhängnis: denn gleich im ersten Nachtquartier zu Pritzerbe überraschte sie die Nachricht, Rathenow, das allein ihre Verbindung mit dem Hauptheere sicherte, befinde sich in der Gewalt des Kurfürsten. Und dabei hatte der Reichsfeldherr seine Generale schon am 18. Mai auf die Vorgänge im Magdeburgischen hingewiesen, wo Georg August von Schleswig-Holstein Truppen sammelte, vom Kurfürsten bevoll-

mächtigt, die Stände im Notfall zur Aufbringung des Nötigen zu zwingen.

Waldemar Wrangel aber glaubte den Kurfürsten noch in Franken. Inzwischen hatte dieser nach geheimer Verständigung mit Erfurt schon Anfang März zwei Regimenter dorthin gelegt, um seinen Marsch über den Thüringer Wald zu sichern. Aber die Stabilität der politischen Lage, Krankheit und die Reise nach Cleve und dem Haag hatten immer neuen Aufschub veranlaßt. Erst am 23. Mai / 2. Juni war er wieder in Schweinfurt. Den 26. wurde der Marsch angetreten. Mit den berittenen Trabanten, dem Leibregiment und dem Regiment Kurprinz zog der Kurfürst durch den Thüringer Wald, den die übrigen Truppen umgingen, der linke Flügel — fünf Regimenter — unter Prinz Friedrich von Hessen-Homburg in der Richtung auf Langensalza, der rechte — sechs Regimenter — unter Generallieutenant von Görtzke über Schleiz und Freiburg an der Unstrut. Am 10. Juni war die Armee bei Magdeburg vereinigt. Der Rat der Stadt empfing den Kurfürsten festlich und sorgte dafür, daß seine Ankunft nicht über die Mauern hinaus bekannt wurde. Die wichtige Elbfeste vor den Schweden zu retten, hatte man in Wien für unmöglich gehalten und damit die bisherige Unthätigkeit entschuldigen wollen. Auch scheint dort ernste Gefahr gedroht zu haben: bei einem schwedischen Emissär gefundene Papiere verdächtigten den Kommandanten Oberst Schmidt von Schmiedeseck verräterischer Verbindungen mit den Schweden und Hannoveranern. Er wurde verhaftet und ist, freilich ohne überführt zu sein, als Staatsgefangener in Peitz gestorben. Rekognoscierungen bis gegen Brandenburg hin ergaben, daß der Feind des Kurfürsten Nähe nicht ahnte: er scheint es für unmöglich gehalten zu haben, daß die vierzig Meilen von Franken her in sechzehn Tagen zurückgelegt würden. Um so freudiger waren die Märker überrascht: alle Morgen hatten sie sich seit Anfang Juni in den Kirchen zu Gebeten um Erlösung aus der Schwedennot versammelt.

Am 12. Juni fand ein Kriegsrat statt. Die Vereinigung der Schweden und Hannoveraner zu hindern, sollte durch Wegnahme Rathenows die Verbindung zwischen den beiden schwe-

dischen Heeresteilen zerrissen und Karl Gustav Wrangels Stellung in Havelberg unhaltbar gemacht werden. Dazu bedurfte es größter Schnelligkeit und Heimlichkeit. So blieb von der Reiterei nur, was zur Deckung des Gepäcks nötig war, zurück: 6000 Mann und 600 Dragoner saßen auf. Von der Infanterie wurden 1350 ausgewählte Musketiere, mit Proviant auf fünf Tage versehen, auf Wagen gesetzt, die auch Boote zum Brückenschlagen trugen. An Geschützen wurden 14 Stück mit doppelter Bespannung mitgenommen. Mit Einbruch der Dunkelheit, zwischen acht und neun Uhr abends, rückte man in größter Stille hinaus auf den Krakauer Anger: nachts ein Uhr trat man von dort den Marsch an. Der Kurfürst folgte am 13. Juni halb drei früh: berittene Ratsdiener zeigten den Weg. Die nächste Nacht (13./14. Juni) lagerte man bei Genthin; mit dem Beginn der folgenden (14./15. Juni) kam man, durch strömenden Regen verspätet, vor Rathenow an.

Auf einer Havelinsel gelegen, hatte die Stadt von Süden her nur zwei Zugänge. Der eine durchschnitt nach Ueberschreitung des westlichen, schmaleren Havelarmes auf einem Damme eine sumpfige Insel und führte auf einer zweiten, längeren Brücke durch das Havelthor in die Stadt. Der zweite, nur für Fußgänger passierbar, ging über den Mühlendamm in dem östlichen Havelarm und eine sich nordwärts anschließende Brücke zu dem Mühlenthor. Im Südosten erreichten die Straßen von Brandenburg und Nauen her die Stadt über die Brücke am Steinthor. In Rathenow lagen, wie der Kurfürst nicht ohne Besorgnis erfahren hatte, sechs Compagnien von dem Dragonerregiment des Obersten von Wangelin, ahnten aber des Kurfürsten Nähe nicht. Durch gleichzeitigen Angriff von drei Seiten her beschloß dieser die Stadt zu bewältigen: links sollten die Dragoner über die beiden Havelbrücken und die Wieseninsel dazwischen das Havelthor forcieren, im Zentrum ein Teil der Musketiere über den Mühlendamm durch das Mühlenthor eindringen und auf dem rechten Flügel die übrigen Musketiere, auf Kähnen die Havel hinabfahrend, das Steinthor von Süden her erbrechen. Am 15. Juni zwei Uhr früh begann die Aktion. Eine Kriegslist Derfflingers, der unter der Maske eines von

Brandenburgern verfolgten schwedischen Offiziers die Oeffnung der ersten Zugbrücke erlangte, verschaffte den Dragonern Eingang: schnell waren die Wachen niedergehauen. An der zweiten Brücke stieß man auf heftigen Widerstand. Inzwischen aber erbrachen die Musketiere nach erbittertem Kampf eine Pforte in der Mauer beim Steinthor, und auch die über den Mühlendamm gegen das Mühlenthor geschickten drangen ein. Sie öffneten das Havelthor, stellten die von den Schweden abgeworfene Brücke notdürftig her und ließen die Dragoner ein. Nun war Widerstand vergeblich: bis auf 200 Mann wurde die Besatzung, meist Lappen und Finnen, zusammengehauen; Oberst von Wangelin selbst gab sich gefangen — der Renommist, der mit 5000 Schweden 50 000 Brandenburger hatte zu Paaren treiben wollen. Die Sieger hatten nur einige fünfzig Mann verloren. Ihre Infanterie wurde in die Stadt einquartiert; die Reiterei, mit ihr der Kurfürst, lagerte draußen. Ein Dankgottesdienst wurde (16. Juni) gehalten, für den der Kurfürst als Predigttext Psalm 28, V. 8 vorschrieb: „Der Herr ist ihre Stärke, Er ist die Stärke, die dem Gesalbten hilft.“ Danach zog der Kurfürst mit der Reiterei durch die Stadt und zum Steinthor hinaus südwestlich auf Nauen, so eilig, daß die mitgenommenen 500 Musketiere bald zurückblieben.

Waldemar Wrangel erhielt von dem Geschehenen Kunde, als sein Vortrab von Brandenburg her in Pritzerbe ankam. Der Weg nach Havelberg war ihm nun verlegt: es galt durch schnellen Rückzug gegen Nordost über Nauen das befestigte Fehrbellin zu erreichen, um von dort aus die Verbindung mit dem Reichsfeldherrn zu gewinnen, der nun ebenfalls schleunigst zurück mußte. Da aber der Weg durch ein von sumpfigen Wiesen bedecktes und von Wasserläufen durchschnittenes Gelände führte, das streckenweise nur auf schmalen Dämmen zu passieren war, kam Wrangel nicht schnell vorwärts, und bereits am 17. Juni stieß die brandenburgische Reiterei bei Nauen auf schwedische Troßwagen und wurde hier und da mit dem schwedischen Nachtrab handgemein. Näher an Nauen sah sie größere feindliche Abteilungen. Sofort schickte der Kurfürst 1200 Reiter vor. Doch schien der Feind zu entschlüpfen: er hatte den schmalen

Damm bereits hinter sich. Auch seine Nachhut entzog sich nach kurzem Artilleriegefecht den nachdrängenden Dragonern. Als der Kurfürst am Nachmittag des 17. Juni Nauen erreichte, war der Feind bereits in dem etwa zweieinviertel Meilen nördlich gelegenen Flatow. Von dort führte ein Weg nordwestlich über Linum und Hakenberg nach Fehrbellin, ein anderer nordöstlich nach dem etwa halb so weit entfernten Kremmen. Da die Rettung seines Heeres und die Möglichkeit der Vereinigung mit dem Reichsfeldherrn davon abhing, daß er glücklich über die Rhinbrücke in Fehrbellin kam, ließ Wrangel seine Vortruppen sofort auf der Straße nach Fehrbellin weiter eilen. Ihm diesen Weg zu verlegen, hatte aber der Kurfürst bereits am 16. Juni den Oberstlieutenant Hennigs mit 100 Reitern und 20 Dragonern von Rathenow auf schwierigen Wegen direkt nach Fehrbellin geschickt, um die Brücke zu zerstören. Unterwegs überraschte dieser bei Malchow, eine halbe Stunde nördlich von Fehrbellin, eine schwedische Abteilung, die der Reichsfeldherr seinem Bruder entgegengeschickt hatte: es hätte also nur wenig gefehlt und die Vereinigung der beiden feindlichen Heere wäre gelungen! Nachdem er jene Streifschar verjagt hatte, zerstörte Hennigs die Rhinbrücke, durchstach den Damm und traf noch am 17. Juni in Nauen mit dem Kurfürsten wieder zusammen.

Hiervon erhielt Waldemar Wrangel am Morgen des 18. Juni Kenntnis: sofort eilte er nach Fehrbellin, um die Brücke herzustellen. Es galt die größte Eile. In den beiden letzten Tagen hatte sein Heer beträchtliche Verluste erlitten, auch einen großen Teil der Beute an Rindvieh und Pferden eingebüßt. Doch zählte sie noch etwa 11 000 Mann, 6400—7000 Mann zu Fuß und 4200—5000 Reiter, war also doppelt so stark wie die Bandenburger, die bei dem Zurückbleiben des Fußvolkes nur 5600 Reiter und zwei Regimenter Dragoner zählten, 6000—6400 Mann mit 12 Geschützen. Aber während die Schweden entmutigt waren, erfüllte diese freudige Zuversicht. Alles hing davon ab, ob Wrangel die Brücke zu Fehrbellin, die bei einer Länge von 172 Fuß und einer Breite von 20 Fuß einer eilig zurückweichenden Armee verhängnisvoll werden konnte,

hinter sich hatte, ehe der nachdrängende Kurfürst herankam. Ihn noch vorher zu fassen und zum Stehen zu bringen, war dessen heißes Verlangen. Beide sollten ihr Ziel nur unvollkommen erreichen.

In der Morgenfrühe des 18. Juni war alles in Bewegung. Wrangel ließ an der Herstellung der Rhinbrücke arbeiten: die Einwohner von Fehrbellin mußten mit Hand anlegen. Der Kurfürst stieg in Nauen um fünf Uhr bei strömendem Regen zu Pferde. Aber die Truppen kamen auf dem Nauener Damm, der die sumpfige Niederung in nördlicher Richtung durchschnitt, nur langsam vorwärts, der Vortrab unter Prinz Friedrich von Hessen-Homburg — nicht jenem jugendlichen Helden und schwärmerischen Liebhaber, den Heinrich von Kleist aus ihm gemacht hat: jetzt ein vollreifer Mann (42 Jahre alt), hatte er einst achtundzwanzigjährig die fast sechzigjährige Margarete von Brahe, eine reiche schwedische Erbin, geheiratet; in zweiter Ehe war er mit des Kurfürsten Nichte Luise Elisabeth, der Tochter Herzog Jakobs von Kurland, vermählt und in herzlicher, in seinen Briefen in ansprechender Natürlichkeit bezeigter Liebe verbunden; als Soldat hatte er sich unter Karl X. Gustav ausgezeichnet und wurde „mit dem silbernen Bein" zubenannt, seit er sein im Januar 1659 vor Kopenhagen durch einen Kanonenschuß zerschmettertes linkes Bein sich durch ein hölzernes mit künstlichen silbernen Gelenken hatte ersetzen lassen. Als dieser um sechs Uhr des Feindes ansichtig wurde, erbat er die Erlaubnis, loszuschlagen und schnelles Nachrücken der Hauptmacht. Der Kurfürst hätte gern noch die weiter zurück befindlichen Truppen herankommen lassen. Derfflinger riet überhaupt vom Kampf ab: durch einen Flankenmarsch über Kremmen und Zerstörung aller Brücken in dem wasserreichen Gelände wollte er dem Feinde den Weg verlegen, daß er nicht vor und nicht rückwärts könnte und binnen zwei Tagen durch Hunger zur Waffenstreckung genötigt sein sollte. Aber der Kurfürst entschied für sofortiges Schlagen: nicht umsonst wollte er den Schweden so nahe haben, jetzt müsse er „Fell oder Federn lassen". Auch Derfflingers thatenlustiger Reitersinn freute sich der nahen Entscheidung. So wurde der Vormarsch beschlossen.

Aber das Terrain verursachte unliebsame Zögerung. Doch kam auch die feindliche Infanterie des mitgeführten schweren Geschützes wegen nur langsam vorwärts, und schließlich mußte die schwedische Nachhut, um den Rückzug des Gros zu decken, sich dem nachdrängenden Prinzen von Homburg zum Gefecht stellen. Auch Wrangel blieb nun nichts übrig, als seine Truppen zur Schlacht zu ordnen: die Artillerie, die bereits bis Fehrbellin gekommen war, holte er zurück; nur der Troß ging weiter, um sofort den Rhin zu passieren. Halbwegs zwischen Flatow und Fehrbellin, bei Linum und Dachtow, in der Front durch einen die Landwehr genannten tiefen Graben, rechts und links durch sumpfige Niederungen gedeckt, hatte Wrangel eine vortreffliche Defensivstellung, setzte aber, als Homburg eben angreifen wollte, den Marsch fort, allerdings in voller Schlachtordnung. Homburg folgte ihm über die Landwehr. Bald nötigte die Bedrängnis ihres rechten Flügels bei Linum die Schweden, von neuem Halt zu machen: Wrangel selbst eilte von Fehrbellin herbei und übernahm gegen Mittag die Leitung des Kampfes. Seine Reiterei stellte er auf die Flügel, in der Mitte ordnete er das Fußvolk in zwei Treffen vor Hakenberg, einem Dorfe an der Straße nach Fehrbellin. Die Zwischenräume des ersten Treffens füllten die Geschütze. Doch ließ Wrangel einen mit Eichengestrüpp bestandenen Sandhügel unbesetzt, der weiterhin in der Verlängerung seines rechten Flügels bei dem Dorfe Dachtow lag. Das machte sich der Kurfürst zu nutze: unter dem Schutze eines Waldes ließ er vier Geschütze hinauf bringen, welche die schwedische Aufstellung der Länge nach bestrichen. Da befahl Wrangel dem Infanterieregiment von Dalwig, gemeinsam mit der Reiterei des rechten Flügels die Höhe zu nehmen. Vor dem heftigen Anprall wichen die die Geschütze deckenden Reiter. Aber schon sprengte der Kurfürst selbst herbei, brachte sie zum Stehen und führte sie wieder vor. Auch Derfflinger war die kritische Lage nicht entgangen: mit drei Schwadronen ließ er den Prinzen von Homburg die eben gegen die Höhe anstürmende schwedische Reiterei in der Flanke fassen und zurückwerfen. Aber die Schweden erneuten den Angriff, den aufzuhalten die brandenburgischen

Regimenter, wie sie im Anmarsch das Schlachtfeld erreichten, sofort ins Feuer mußten. Da brach der schwedische Oberst Wachtmeister mit dem ostgotischen Reiterregiment vor, wurde aber vom Oberst von Mörner aufgehalten. Im Weichen brachten seine Reiter die übrigen Schwadronen in Verwirrung. Ein wildes, Freund und Feind bunt durcheinander wirbelndes Reitergefecht entbrannte, in dem Mann gegen Mann rang und selbst die höheren Führer, obenan trotz seiner 69 Jahre Derfflinger, mit dreinhieben. Hier fiel Mörner von der Hand des Obersten Wachtmeister, den dann ein Brandenburger niederstreckte. Die Mörnerschen Reiter wankten. Da setzte sich der Kurfürst an ihre Spitze und warf sich mit ihnen auf den Feind. Fast wäre er im Handgemenge umzingelt worden, hätten ihn nicht neun der Seinen herausgehauen. Die schwedische Reiterei wich. Ohne sie aber konnte das Regiment Dalwig die Höhe bei Dachtow nicht gewinnen: von den fortwährend verstärkten Brandenburgern umzingelt, wurde es bis auf hundert Mann zusammengehauen. Damit war das Schicksal des Tages entschieden. Nur durch eiligen Rückzug konnte Waldemar Wrangel den Rest der Armee samt Troß und Artillerie zu retten hoffen.

Dazu nahm er den geschlagenen rechten Flügel, nachdem er ihn mit Hilfe der noch intakten Infanterie zum Stehen gebracht, um Kanonenschußweite zurück, wobei er beinahe gefangen wurde. Dem Kanonendonner folgend, war auch der bereits weiter entfernte Oberstlieutenant Beton herbeigeeilt und hatte die Weichenden aufgenommen. Noch während er mit Wrangel sprach, erschienen rechts, über eine Hügelreihe heransprengend, acht feindliche Schwadronen, an ihrer Spitze der Kurfürst. Beton ließ abprotzen und richtete selbst zwei Kanonen. Die erste Kugel riß dem in der Nähe des Kurfürsten reitenden Stallmeister Froben, der, ohne Soldat zu sein, seinem Herrn ins Feuer folgte, das rechte Bein oberhalb des Knies ab; nach einer Stunde war er tot. Die zweite ging hart an dem Schimmel vorbei, den der Kurfürst ritt. Deshalb bestimmte der Leibreitknecht Uhle den Kurfürsten, das Pferd mit ihm zu tauschen: er ritt auf dem Schimmel abseits und blieb unversehrt. Da hier ohne Artillerie nichts zu machen war, ließ der

Kurfürst die Schwadronen halten, dann etwas zurückgehen und befahl Friedrich von Homburg, sich auf die Reiterei des feindlichen linken Flügels zu werfen, die, bisher kaum ins Gefecht gekommen, den Rückzug der Infanterie deckte. Aber bei der Ermattung von Mann und Pferd mißlang der Angriff: Homburgs Reiter wurden geworfen, wandten sich zur Flucht und waren nicht mehr ins Gefecht zu bringen. Das hinderte die Vollendung des Sieges. Der Kurfürst war außer sich über diesen Flecken auf dem lichten Glanz des herrlichen Tages und bedrohte die schuldigen Regimenter mit kriegsrechtlichem Verfahren. Auch der Prinz blieb vielleicht um dieses Zwischenfalls willen unbelohnt; aber die Erkaltung zwischen ihm und dem Kurfürsten, die zu seiner Entfernung von der Armee führte, wurde vermutlich durch andere Differenzen veranlaßt, die nachmals befriedigend beglichen worden sind. Am Nachmittag und am Abend des 18. Juni ruhten die Waffen. Der Kurfürst tafelte in Tarnow, durchritt die Lager der siegreichen Regimenter und nächtigte in Linum. In der Frühe des 19. Juni nahm er die Operationen wieder auf. Eine Rekognoscierung ergab, daß die Schweden in der Nacht über die notdürftig hergestellte Fehrbelliner Brücke gegangen waren; nur einen kleinen Rest mit einigen Geschützen hatte eine neue Beschädigung der Brücke zurückgehalten. Daraufhin sprengte Derfflinger in die Stadt, alles niederreitend. In der dadurch erzeugten Verwirrung erging übereilt der Befehl zum Abbruch der Brücke: deshalb mußte die noch ausharrende schwedische Infanterie schleunigst entweichen und Kanonen, Pulver- und Bagagewagen zurücklassen.

Damit endeten die Kämpfe, in deren Mitte das als Schlacht bei Fehrbellin bezeichnete Rückzugsgefecht vom 18. Juni steht, die erste selbständige Aktion der brandenburgischen Armee, und gleich eine Aktion ersten Ranges. Eine für jene Zeit bewundernswerte Marschleistung hatte das Heer wie im Fluge von Schweinfurt nach Rathenow geführt. Bewundernswert war die Planmäßigkeit, die Heimlichkeit und die Präzision des Handelns, bewundernswert die Zuverlässigkeit und Kühnheit auch der Unterbefehlshaber, bewundernswert die Ausdauer von Mann und Roß in den dreitägigen Kämpfen, und bewunderns-

wert der fröhliche Reitersinn, mit dem diese jungen Truppen, bei denen noch keine große Tradition den Glauben an die eigene Kraft stärkte, sich auf den doppelt überlegenen Feind stürzten. Ist es nicht, als ob in jenen großen Tagen diese bunt zusammengewürfelte Armee zuerst von dem Bewußtsein erfüllt wurde, nicht bloß durch die dem Herrn geschworene Treue, sondern durch die Gemeinschaft im Dienst desselben Staates zusammengehalten zu sein, und damit den idealen Sinn entwickelte, ohne den auch eine Armee von Landeskindern ein Söldnerheer bleibt? Die Reiter Homburgs, Derfflingers, Görtzkes, Mörners und andere handelten unter demselben patriotisch-moralischen Impulse, der die märkischen Bauern unter selbstgewählten Feldzeichen zusammengeführt hatte. Je frevelhafter der schwedische Ueberfall war und je größeres Elend er über Land und Leute gebracht hatte, um so mächtiger regte sich in ihnen allen das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit untereinander und mit dem Kurfürsten, und damit ein rechtes Staatsgefühl. So hatte der Sieg nicht bloß eine militärische, sondern auch eine innerpolitische und, was noch mehr war, eine moralische Bedeutung. Und gesteigert wurde diese dadurch, daß endlich einmal wieder deutscher Mut und deutsche Kraft triumphiert hatten, und zwar über einen Feind, unter dessen anerkannter Ueberlegenheit Deutschland seit Jahrzehnten schwer gelitten hatte. Nicht bloß ein brandenburgischer, ein deutscher Sieg war bei Fehrbellin gewonnen! Dem gab auch das deutsche Volksbewußtsein Ausdruck in jenem damals vom Elsaß her verbreiteten Liede, das „im Ton Gustavus Adolfus hochgeboren zu singen“ den Kurfürsten zuerst als den „Großen“ feierte und als den Helden begrüßte, den die Nation so lange ersehnt hatte. Und wie waren die gefeierten Schweden von den so gering geachteten Brandenburgern zugerichtet worden! 2400 lagen tot, darunter einige ihrer gefeiertsten Offiziere. An Trophäen hatte der 18. Juni den Siegern acht Fahnen und zwei Standarten nebst einem Geschütz in die Hände geliefert; am 19. wurden noch fünf Geschütze mit bedeutenden Munitionsvorräten und mehr als 1500 Bagagewagen erbeutet. Für einen solchen Sieg waren die 400—500 Mann, welche die Kurfürstlichen verloren,

wahrlich ein geringer Preis. Und dabei hatte der geschlagene Feind sich seines alten Ruhmes würdig gezeigt und Waldemar Wrangel die begangenen Fehler hinterher durch geschickte und kraftvolle Verteidigung gut gemacht. Das ließ sich freilich von dem Reichsfeldherrn nicht rühmen. Er hatte auf die Nachricht vom Falle Rathenows Havelberg am 16. Juni verlassen und auf die von der Zerstörung der Fehrbelliner Brücke den Rückzug auf Wittstock gerichtet. Als er aber am 19. früh die Niederlage Waldemar Wrangels erfuhr, gab er den Marsch nach Wittstock auf und ging über Plauen und Malchin nach Demmin, das er am 20. erreichte. Inzwischen zog das geschlagene Heer von Fehrbellin auf Wittstock, den Kurfürsten mit seinen Reitern, 3000 Musketieren und zwei Regimentern Dragonern so dicht hinter sich, daß es noch mehrfach zum Feuergefecht kam. Ohne Rast marschierten beide Teile selbst die Nacht vom 20. zum 21. Juni hindurch. Erst eine halbe Meile vor Wittstock ließ der Kurfürst seine Leute in einem Walde rasten. Als aber am Nachmittag der Abzug der Schweden aus Wittstock gemeldet wurde, saßen sie wieder auf, eilten in und durch die Stadt und hatten jenseits derselben noch ein kurzes Gefecht mit dem abziehenden Feinde, der schon am nächsten Tage die Grenze überschritt und auf Demmin marschierte. Die Mark war von ihm gesäubert: nur Löcknitz war noch in seinen Händen. Nun erst machte der Kurfürst Halt. Die Kräfte von Mann und Roß waren zu Ende. Elf Tage war man unterwegs und am Feinde gewesen. In den Quartieren um Wittstock wollte man die Herankunft der Infanterie unter dem Herzog von Holstein erwarten. Der Kurfürst benutzte die Zeit zu einem eiligen Besuch in der Hauptstadt. Am 22. Juni kam er unerwartet dort an, von der Bevölkerung jubelnd empfangen. Am Nachmittag führte General von Sommerfeld die eroberten Geschütze, Wagen, Fahnen und Standarten nebst einem Teil der Gefangenen nach Kriegsbrauch unter dem Klange von Trommeln, Trompeten und Schalmeien in die Stadt. Für den 8. Juli wurde ein kirchliches Dankfest angeordnet. Der Kurfürst selbst aber war schon am 24. Juni in Garz an der Oder wieder an der Spitze der Armee.

Die sieben Monate hindurch sein Land ausgeraubt, hatte er, wie eine auf die Schlacht von Fehrbellin geschlagene Denkmünze rühmte, in sieben Tagen hinausgejagt. („Septimestres praedones septem diebus terris suis ejicit.") Als „Retter seiner Unterthanen" gepriesen („ob subditos servatos" war die Umschrift einer anderen Medaille), durfte er auf das eben Erlebte wohl das Wort des Psalmisten anwenden: „Das ist vom Herrn geschehen und wunderlich in unseren Augen." (Psalm 118, V. 23.) Die bisherigen Erfolge bestärkten ihn in der Zuversicht, daß der Himmel auch ferner mit seiner gerechten Sache sein werde: „Der Höchste wird mir geben," hatte er in den Tagen der ärgsten Bedrängnis (10. Februar) geschrieben, „daß ich an dem Untergange meiner Feinde meine Lust sehe." Der Dominat Schwedens sollte und mußte ein Ende haben: Pommern war der selbstverständliche Preis für diesen ihm aufgedrungenen Krieg. Was in den Tagen von Fehrbellin zur Bewältigung der eingedrungenen feindlichen Armee geführt hatte, wollte er nun im großen gegen die gesamte Stellung der Schweden in Deutschland wiederholen. Wie er da durch einen Vorstoß gegen den Punkt, wo ihre Verbindung lag, die beiden Heere getrennt und das eine durch eine Reihe rascher Schläge niedergeworfen hatte, so warf er sich jetzt durch Mecklenburg auf die Verbindung zwischen Pommern und den westlichen schwedischen Territorien. Am 12./22. Juli meldete er aus dem Feldlager bei Bützow dem Kaiser, er stehe bereits zwischen Rostock und Wismar und habe dem Feinde die Verbindung von Pommern nach Wismar und Bremen abgeschnitten, auch Wismar, Poel und die Warnemünder Schanzen rekognosciert; nur das schwere Geschütz und das kaiserliche Hilfsheer erwarte er, um weiter vorzudringen. Aber die Langsamkeit seiner Verbündeten und die Schwierigkeit der Verständigung über ein gemeinsames Vorgehen veranlaßten längeren Aufenthalt. Nur langsam näherte sich die zur Deckung Hinterpommerns und der Mark in Schlesien gesammelte kaiserliche Armee: die bevorstehende Eroberung Pommerns durch Brandenburg erzeugte am Wiener Hof keine freudigen Gefühle. Aber Dänemark und die Niederlande machten jetzt Ernst mit der Erfüllung des Haager Protokolls, Hannover

zog es nun vor neutral zu bleiben, und der Polenkönig, der noch am 11. Juni gegen 200 000 Thaler jährlich Preußen zu erobern verheißen hatte, verzichtete auf solche Entwürfe.

Im August erschien ein dänisches Heer unter König Christian V. im Felde. Am 1./11. September besprach sich der Kurfürst mit diesem in Gadebusch. Das Ergebnis war ein neues Offensivbündnis vom 15./25. September gegen Schweden, nach dem Brandenburg Pommern, Dänemark Rügen, Blekingen, Schonen und Halland erhalten sollte. Von der dänischen Armee zog der größte Teil mit den Truppen von Münster, 7000 Braunschweigern und 6000 Brandenburgern, die Spaen von Minden heranführte, gegen Bremen und Verden. Nachdem eine Abteilung bereits am 13. September die Insel Poel genommen und Wismar eingeschlossen hatte, wandte sich die kurfürstliche Hauptmacht mit dem Reste der Dänen ostwärts nach Pommern. Während auf dem linken Flügel, der See zunächst, die Dänen gegen den Paß von Damgarten, nahe der Recknitzmündung, und im Zentrum die Kaiserlichen auf den von Triebsees marschierten, wandte sich der Kurfürst auf dem rechten Flügel von Demmin aus die Peene abwärts auf Gützow und stürmte dort am 5./15. Oktober den Peeneübergang. In der linken Flanke umgangen, räumten die Schweden auch die Stellungen von Triebsees und Damgarten und zogen sich, da Stralsund nicht mehr als 1000 Mann aufzunehmen verpflichtet war, nach Rügen zurück. Des Kurfürsten Absicht, gleich Stralsund anzugreifen, vereitelten die Dänen; jedoch halfen sie Wolgast einschließen. In denselben Tagen war General von Schwerin, des Oberpräsidenten Bruder, der 6000 Mann von Preußen heranführte, die Wachsamkeit der Feinde täuschend, vom Haff her bei Latzig auf der Insel Wollin gelandet (3./13. Oktober) und hatte die Dievenower Schanze und die Stadt Wollin genommen. Als dann am 10. November Wolgast fiel, waren die Odermündungen in der Gewalt der Verbündeten und der Weg nach Stettin offen. Dieses anzugreifen verbot jedoch die vorgerückte Jahreszeit und die Erschöpfung des brandenburgischen Heeres. Dagegen wurde Wismar noch vor Weihnachten bezwungen (13. 23. Dezember). Auch im Bremischen und Ver-

denschen fochten die Alliierten mit Hilfe einer niederländischen Escadre glücklich: nur Stade und Karlsburg an der Wesermündung hielten die Schweden noch.

Unermüdlich aber rüstete der Kurfürst für den nächsten Feldzug, unter finanziellen Schwierigkeiten, welche die Unpünktlichkeit der Niederländer und Spanier in der Zahlung der Hilfsgelder verschuldet: erforderte doch der Unterhalt der Armee monatlich 200 000 Thaler. Auch hatte sie schwer gelitten: die 97 Compagnien Reiterei und Dragoner waren stark reduziert und die 14 Regimenter Infanterie sollten in 115 Compagnien keine 6000 Mann zählen. Aber auch die Schweden entwickelten unter Wrangels Nachfolger, Graf Königsmark, große Energie: der Kurfürst sollte erfahren, so meinte dieser, daß Schweden den Tieren gleiche, die im Sterben am giftigsten wären. Doch war Pommerns Lage ziemlich verzweifelt, seit die dänische und die niederländische Flotte die Ostsee beherrschte und die Ueberführung von Verstärkungen unmöglich machten. So wurden auch die Vorteile, die Königsmark anfangs durch eine energische Offensive in Pommern erkämpfte, bald wettgemacht, und im September eroberten Kaiserliche, Hessen und Münsterer mit Hilfe der dänischen Flotte die Insel Rügen. Der Kurfürst nahm nach der Eroberung von Löcknitz Peenemünde, Anklam, Demmin und Damm. Doch litt sein Heer durch Mangel und Krankheit, und trotz alles Eifers kam er nur langsam vorwärts. Erst Ende Oktober vereinigte er seine Truppen vor Stettin, mußte den Angriff aber der vorgerückten Jahreszeit wegen aufgeben; doch wurde die Stadt den Winter über von einigen Schanzen aus blockiert.

Mit ihrer Bewältigung im Jahr 1677 galt es das schwerste Stück Arbeit des ganzen Krieges. Außerordentliche Rüstungen waren dazu gemacht. Von den Besatzungen in Westfalen, der Grafschaft Mark, Minden, Cleve und Preußen abgesehen, schätzte man die brandenburgische Armee auf über 27 000 Mann, nämlich 6930 Reiter, 2300 Dragoner und 18 500 Mann zu Fuß. Was an schwerem Geschütz aufzubringen war, wurde von Berlin, Küstrin, Minden und Lippstadt vor Stettin vereinigt, so daß seit Anfang Juli nicht weniger als 206 Kanonen und einige

40 Mörser die Stadt mit einem förmlichen Kugelregen überschütteten. Der Kurfürst, der seine Gemahlin, den Kurprinzen Friedrich und den Hofstaat bei sich hatte, leitete den Angriff von dem zwei Meilen südlich gelegenen Dorfe Kolbitzow aus; unter ihm befehligte Derfflinger. Die Oder war durch armierte Schiffe gesperrt. Aber auch die Besatzung entwickelte unter General von Wulffen die höchste Energie, aufopfernd von der Bürgerschaft unterstützt, die lutherischer Calvinistenhaß entflammte. Allmählich jedoch erlahmte die Verteidigung. Aber erst am 16. Dezember stürmten die Brandenburger die Hauptschanze. Nun endlich bot der Kommandant am 22. die Uebergabe an. Mit dem Rest seiner Leute — 300 von 8000 Mann — erhielt er ehrenvollen Abzug. Der Stadt trug der Kurfürst die Treue gegen ihren bisherigen Herrn, die nicht weniger als 2400 Bürger mit dem Tode besiegelt hatten, nicht nach: ein edelmütiger Sieger, suchte er sie mit der neuen Ordnung zu versöhnen, indem er ihre Rechte und Freiheiten vorbehaltlos bestätigte und ihr so ferneres wirtschaftliches Gedeihen sicherte. Am 6. Januar 1678 hielt er seinen Einzug, am 8. wurde ihm gehuldigt.

Hätte nur die Gestaltung der politischen Lage dem Gange des Krieges entsprochen! Da aber begünstigte die Uneinigkeit der Alliierten das Bemühen der französischen Diplomatie und der wieder aufkommenden Aristokratenpartei in den Niederlanden um einen Separatfrieden zwischen Frankreich und der Republik. Braunschweig und Münster wollten Bremen und Verden, die sie mit Hilfe Dänemarks und Brandenburgs erobert hatten, ohne Rücksicht auf diese teilen, und mit genauer Not vermittelte Oranien am 31. März 1676 im Haag einen Vergleich. Auch die brandenburgischen Bevollmächtigten unterzeichneten ihn, aber der Kurfürst verwarf ihn, weil er über die ihm zu gewährende Satisfaktion keine bestimmte Zusage enthielt. Erst als er der Gewinnung Pommerns sicher schien, ließ er ihn, ohne ihn ausdrücklich anzuerkennen, doch thatsächlich gelten. In den Niederlanden wuchs das Verlangen nach Frieden und damit die Opposition gegen Oranien, dessen Kriegseifer man als eine Gefahr für die Freiheit denunzierte. So

wünschte der Prinz alle Kräfte gegen Frankreich zu konzentrieren, um diesem schnell den Frieden abzunötigen: der Kurfürst sollte die Eroberung Pommerns abbrechen und mit seinem ganzen Heer nach dem niederrheinischen Kriegsschauplatz eilen. Die Zumutung war unerfüllbar. Ohnehin wurde infolge des Streits über Bremen und Verden die dänische Reiterei abgerufen; auch Braunschweig half nicht, und von den Niederlanden sah sich der Kurfürst nur mit papiernen Resolutionen unterstützt. Diesen Zeitpunkt wollte Schweden zu Friedensanträgen benutzen: ihr Ueberbringer, der aus der Gefangenschaft gelöste Oberst Wangelin, wurde auf der Ueberfahrt von einem brandenburgischen Schiffe aufgebracht und in Peitz interniert. Aber obgleich er bekannte, Schweden brauche den Frieden und wisse, was es dafür zu zahlen habe, lehnte der Kurfürst jede Sonderverhandlung ab. Politisch richtig war das kaum. Noch während er vor Stettin lag, erklärten die Generalstaaten am 22. September, wenn die Gesandten der übrigen Mächte auf dem unter Vermittelung Englands nach Nimwegen ausgeschriebenen Kongreß nicht bis zum 1. November erschienen, allein mit Frankreich unterhandeln zu wollen. Die Antwort, dann werde auch Brandenburg auf eigene Hand mit Schweden und Frankreich unterhandeln, machte im Haag keinen Eindruck. Der Zerfall der Allianz gegen Frankreich begann. Dieses eilte, Brandenburg und Dänemark bereits zu Anfang des Jahres 1677 Befriedigung aller Ansprüche zu verheißen. Aber nicht bloß Genugthuung verlangten diese, sondern auch Sicherheit für die Zukunft. Nach seinen Erfolgen von 1677 glaubte der Kurfürst dieser auch gewiß sein zu können, als ein unerwarteter Umschlag eintrat. Während die Franzosen nach der Eroberung von Freiburg im Breisgau (November 1677) Süddeutschland mit neuen Raubzügen heimsuchten, auf dem belgischen Kriegsschauplatz aber durch die Wegnahme von St. Ghislain (Dezember 1677) bei Spaniern und Niederländern panischen Schrecken verbreiteten und sich den Weg zu einer Reihe weiterer Erfolge bahnten, landete Graf Königsmark am 16. Januar 1678 auf Rügen und brachte den dort liegenden Brandenburgern, Dänen und Kaiserlichen am 18. Januar bei Bergen eine Nieder-

lage bei. Fehrbellin war wettgemacht: fast 5000 Gefangene, 2400 Pferde, 53 Fahnen und Standarten und 20 Geschütze ließen die Alliierten in den Händen der Sieger. Rügen war verloren. Unter dem Eindruck dieses Ereignisses erfolgte eine neue Annäherung zwischen Brandenburg und der Republik: indem ersteres dieser die Schenkenschanze überließ und dafür aller auf Grund der Hoffyserschen Schuld erhobenen Ansprüche erledigt wurde, erneuten sie ihr Defensivbündnis auf zehn Jahre über den allgemeinen Frieden hinaus. Der Kurfürst stellte Oranien 6000 Mann unter General Spaen zur Verfügung, erhielt aber den erbetenen Vorschuß von 20 000 Thalern nicht, wohl aber die Versicherung, daß die Republik an einen Separatfrieden weder gedacht habe noch denke.

Andererseits veranlaßte die Furcht vor dem Abfall der Niederlande auch einen engeren Anschluß Brandenburgs an den Kaiser. Daß ersteres Pommern als Satisfaktion behielt, billigte man in Wien unter der Voraussetzung, daß auch der Kaiser nicht nur das Verlorene zurückerhalte, sondern auf Kosten Frankreichs neue Erwerbungen mache, Brandenburg aber seine Ansprüche auf Jägerndorf aufgebe. Daraufhin erfolgte im April 1678 der Abschluß und der Kaiser versprach, den Kurfürsten mit Vorpommern zu investieren, sobald ihm dieses im Frieden zugesprochen wäre. Doch bestand für den Kurfürsten auch ferner die Gefahr, daß die im Felde erfolglosen Mächte den Frieden durch Herausgabe der von ihm den Alliierten Frankreichs abgenommenen Eroberungen erkauften. Hatte doch die französische Diplomatie durch einen meisterhaften Zug die Rückgabe des Spanien in Sizilien Abgenommenen von der vollen Herstellung Schwedens in Deutschland abhängig gemacht, und die Formel, die das mit dem Schein der Gerechtigkeit und Bundestreue umgab, hatten die niederländischen Staatsmänner schon in Bereitschaft: nur zur Herstellung seines durch Schweden gestörten Besitzstandes habe man dem Kurfürsten Hilfe gelobt, nicht zu Eroberungen. Eifrig griffen namentlich Brandenburgs deutsche Neider dieses Argument auf, und seit er selbst keine Vergrößerung mehr zu hoffen hatte, pflichtete dem auch der Wiener Hof bei. Denn durch das Aufkommen eines „neuen

Vandalenkönigs" an der Ostsee fürchteten die Habsburger um den Frieden, später um die leitende Stellung im Reiche zu kommen. So bot der Kaiser in eben den Tagen, wo in Regensburg endlich der Reichskrieg gegen Schweden beschlossen wurde, diesem die Rückgabe Pommerns an, wenn Frankreich seine belgischen Eroberungen Spanien herausgeben würde. Auch die militärische Lage des Kurfürsten verschlechterte sich. Würden seine Mittel ausreichen, Pommern vollends zu erobern und zu behaupten? Vergeblich hatte er von Spanien wenigstens eine Abschlagszahlung auf die rückständigen Subsidien gefordert. Seine Lande vermochten kaum noch etwas aufzubringen: die Mark war durch die Schweden, Cleve durch die Franzosen verwüstet, Preußen von den Polen bedroht und in Pommern fiel der Unterhalt der Einwohner bereits zum Teil dem Kurfürsten zur Last. Obenein war er infolge der langen Dauer der Belagerung von Stettin bei der Verteilung der Winterquartiere zu spät gekommen. Zu dem eine Zeitlang gefürchteten schwedisch-niederländischen Sonderfrieden kam es zwar nicht: aber direkt mit Frankreich vereinbarten die Generalstaaten die Rückgabe Pommerns an Schweden. Wohl stemmte sich Oranien dagegen und drang in den Kurfürsten, daß er nach dem niederrheinischen Kriegsschauplatz eile. Dazu aber reichten dessen Kräfte nicht mehr aus: keine 600 Pferde erklärte er im Januar 1678 mehr aufbringen zu können; von seiner Infanterie waren vor Stettin kaum noch 5000 Mann übrig, und die drei besten Regimenter mußten als Besatzung dort bleiben. Die von ihm geforderte neue Entsendung der niederländischen Flotte nach der Ostsee hinderte die Ebbe in der Kasse der Republik. Der Separatfriede war unabwendbar, mochten Brandenburg und Dänemark auch erklären, allein fortkämpfen zu wollen. In heftigen Worten ergoß sich des Kurfürsten Unwillen gegen Oranien: alle Welt sei bestürzt durch die unbegreifliche Uebereilung der Republik, welche die von allen Verbündeten verworfenen Vorschläge nun annehme; er erinnerte an die Dienste, die er ihr wiederholt geleistet und die bei der Nachwelt unvergessen bleiben würden; niemand mehr würde ihr trauen, mit ihr sich verbinden; er bereue, auf die lockenden Anträge

nicht eingegangen zu sein, die Frankreich ihm einst für bloße Neutralität gemacht habe; von den ihm damals gemachten Versprechungen sei keine erfüllt, von Genugthuung für das durch Schweden Erlittene nicht mehr die Rede, während doch der Prinz selbst ihm geraten habe, Pommern zu nehmen, da das dort Gewonnene ihm von niemand wieder entrissen werden könne. Zu einer äußersten Anstrengung erklärte er sich bereit: wie Oranien gewünscht, wollte er den Krieg in Pommern nur defensiv fortführen und mit 20 000 Mann nach den Niederlanden kommen, um mit den Truppen Lüneburgs, Münsters und Pfalz-Neuburgs gegen die Franzosen zu fechten. Alles blieb vergeblich. So sagte der Kurfürst, ohne die französischen Anträge als Basis der Verhandlungen anzunehmen, doch die Beschickung des Nimwegener Kongresses zu: vielleicht gelang es einen früheren Vorschlag der Generalstaaten durchzusetzen, daß man ihn trotz des Friedens den Krieg gegen Schweden wie einen Zweikampf fortsetzen lasse. Immerhin gab er damit den bisherigen prinzipiellen Standpunkt auf, setzte sich auch dem Verdacht aus, an dem Friedenswerke teilzunehmen, bloß um sein Zustandekommen zu hintertreiben. Auch traf nun der Vorwurf der Bundesbrüchigkeit gegen seine Alliierten nicht mehr oder doch lange nicht mehr in so schlimmem Maße zu.

Aber es kam ärger, als er irgend erwartet hatte. In dem am 10. August zu Nimwegen unterzeichneten Frieden verpflichtete sich die Republik ausdrücklich, ihrem bisherigen Alliierten nicht mehr beizustehen. Auch die Neutralisierung Cleves erfolgte nicht. Vielleicht aber ließ sich durch neue Erfolge, durch die Gewinnung auch des letzten Restes von Pommern noch die Friedensbasis durchsetzen, die Schwerin allein als annehmbar bezeichnete: uti possidetis, ita possideatis. Am 22. August verbündeten sich Brandenburg, Dänemark und Münster in Kopenhagen zur Fortsetzung des Krieges gegen Schweden. Mit fieberhaftem Eifer rüstete der Kurfürst zu einem letzten großen Schlag gegen Schweden. Ueber 200 Schiffe und gegen 150 Boote wurden längs der pommerschen Küste zusammengebracht und in drei Tagen 6000 Mann zu Fuß und 3000 Reiter eingeschifft, um Königsmark aus Rügen zu werfen. In der Frühe

des 21. September ging die Flotte von Peenemünde in See in drei Geschwadern, die der in dänische Dienste getretene niederländische Seeheld Tromp befehligte. Gleichzeitig sollte eine dänische Abteilung die Insel im Norden angreifen. Als man am Morgen des 23. September vor Putbus lag, kam die Meldung, daß bereits tags zuvor eine Abteilung des Regiments Kurprinz dort gelandet und der Feind trotz seiner Uebermacht zurückgeworfen sei. Das wurde entscheidend: unter dem Schutz der Kriegsschiffe warfen sich die Mannschaften ins Wasser, zum Teil bis an den Hals, und erreichten trotz des Feuers einiger schwedischer Geschütze das Ufer. Nicht ohne Verlust zog sich Königsmark auf die Alte Fähre zurück. Aber Derfflinger drängte nach: am 24. stürmte er die dortige Schanze, wobei er in der ersten Furie etliche Hundert niedermachen ließ. Ueber 700 Gefangene und 2500 Pferde mit voller Montierung und allen Kanonen fielen in die Hand der Sieger. Die Schweden entwichen nach Stralsund. Am 26. September lieferte eine Meuterei der deutschen Söldner Königsmarks auch die Schanze an der Neuen Fähre in die Hände der Kurfürstlichen, und am 27. besetzten sie bereits den Dänholm zwischen Rügen und dem Festlande und errichteten dort Batterien gegen Stralsund, in dessen Mauern etwa 4000 Schweden zum letzten Widerstande rüsteten. Die Vorbereitungen zur Beschießung der Stadt, die seit den Tagen Wallensteins für uneinnehmbar galt, dauerten drei Wochen. Erst am Abend des 20. Oktober begann ein mörderisches Feuer aus 65 Kanonen und 20 Haubitzen. Bald brannte die Stadt an mehreren Enden. Schon am 21. früh steckten die Bürger weiße Fahnen auf: aber Königsmark verweigerte die Kapitulation. So tobte das Bombardement weiter bis Mittag: da erschien der Bürgermeister, um Gnade zu bitten. Auch Königsmark kam, mit ihm Graf Rébenac, der französische Militärbevollmächtigte; man ließ sie nicht im Zweifel darüber, daß der Kurfürst nicht ruhen werde, bis die Stadt genommen; eine Verständigung erfolgte nicht. Aber unter den verheerenden Wirkungen des Feuers schwand auch dem Trotzigsten der Mut: die entsetzte Bürgerschaft drang immer ungestümer auf Uebergabe. Selbst Rébenac riet dazu, und der Kurfürst war bereit,

alles zu bewilligen, was Königsmark wünschte, um ihn nicht zum äußersten zu treiben und der Stadt schnell Herr zu werden. Am 25. Oktober wurde die Kapitulation unterzeichnet. Am 28. zog die Besatzung, an ihrer Spitze Königsmark und Rébenac, mit kriegerischen Ehren zwischen den Spalier bildenden brandenburgischen Truppen aus der Stadt, um demnächst nach Schweden eingeschifft zu werden. Am 29. hielt der Kurfürst seinen Einzug und empfing die Huldigung. Am 16. November fiel nach kurzer Beschießung Greifswald: keinen Fuß breit Landes mehr hatten die Schweden in Pommern. Die Reste ihres Heeres, 4500 Mann, traten, von einem brandenburgischen Kriegsschiff geleitet, die Heimfahrt an: durch Schiffbruch an der Küste von Bornholm fand fast die Hälfte den Tod.

Es war die höchste Zeit, daß die letzten pommerschen Plätze fielen: schon bedrohte das Herzogtum Preußen das Schicksal, das 1675 die Mark getroffen hatte. Zwar war es Frankreich nicht gelungen, Polen dazu ins Feld zu bringen, so gern dieses in der Souveränetät Preußens den letzten von den Erfolgen Karls X. Gustav aus der Welt geschafft hätte: aber der litauische Feldherr Michael Pac drohte dann die Partei des Kurfürsten zu nehmen. So mußte Schweden selbst versuchen, Pommern in Preußen zurückzuerobern. Aber erst gegen Ende 1678 rückte Feldmarschall Graf Horn mit 16 000 Mann in das Herzogtum ein. An ernsten Widerstand konnte der Statthalter Herzog von Croy mit den meist unbrauchbaren Landmilizen nicht denken; mit den 5000 Mann aber, die der Kurfürst unter General von Goertzke schickte, meinte Horn schon fertig zu werden. Nur mit dem Kurfürsten selbst wünschte er nicht zusammenzutreffen und glaubte daher gern, dieser werde auch jetzt nichts übereilen und erst im Frühling herankommen. So zog er an Memel vorbei dem Memelflusse zu und dann auf Insterburg. Königsberg sicherte Goertzkes Ankunft am 9. Dezember: die Bürgerschaft zog er mit zum Wachtdienst heran, traute ihr dabei aber so wenig, daß er nachts die Kanonen auf die Stadt richten ließ. Horn breitete sich nach Südwesten aus. Am 21. Dezember stand er in Friedland und wollte, wie es scheint, an der Grenze des königlichen Preußen bei Preußisch-Holland

Stellung nehmen, um Goertzkes Vereinigung mit den von Pommern und der Mark kommenden Truppen zu hindern. Da erfuhr er Mitte Januar 1679, daß der Kurfürst in Gewaltmärschen nahe. Um nicht zwischen diesen und Goertzke zu geraten, zog er sich östlich auf Neidenburg: nahe der polnischen Grenze und in der einen Flanke durch die preußischen Seen gedeckt, wollte er mit seinem durch Kälte und Krankheiten leidenden Heere Insterburg erreichen. Am Morgen des 12. Januar hatte der Kurfürst, der nach dem Fall Greifswalds Ende November in Doberan mit dem Dänenkönig eine Zusammenkunft gehabt, sich über die Fortsetzung des Krieges geeinigt und namentlich dessen Bedenken gegen seinen Zug zur Rettung Preußens beschwichtigt hatte, Küstrin verlassen, um, begleitet von der nicht von seiner Seite weichenden Kurfürstin Dorothea und dem eben mit seiner Nichte, der Tochter der hessischen Landgräfin Hedwig Sophie, verlobten Kurprinzen, in eiliger Fahrt den vorangegangenen Truppen zu folgen. Am 13. war Marienwerder, ein Ort an der märkisch-pommerschen Grenze (südöstlich von Pyritz), am 14. Sabina (nördlich von Märkisch-Friedland), am 15. Neustettin erreicht. Da machte des Kurfürsten Befinden und die Erschöpfung der Pferde einen zweitägigen Halt nötig. Am 18. kam man nach Buchholz, am 19. nach Tuchel und am 21. nach einer Tagestour von elf Meilen nach Marienwerder, wo die Armee bereit stand, gegen 6000 Reiter, über 3000 Mann Infanterie und 30 Geschütze. Der unermüdliche Dietrich Sigismund von Buch, des Kurfürsten Reisemarschall, der über Danzig nach Königsberg und von da nach Marienwerder geeilt war, hatte die Verbindung mit Goertzke hergestellt und überbrachte diesem jetzt nach gehaltenem Kriegsrat die nötigen Befehle. Es galt, ähnlich wie bei Fehrbellin, den eilig weichenden Feind zum Stehen zu bringen und aufzureiben, ehe er die rettende Grenze überschritt. Unerhörtes wurde dabei den Truppen zugemutet, für unmöglich Gehaltenes von ihnen geleistet. Die Infanterie wurde auf Schlitten gesetzt, und so ging es in lustiger Fahrt von Brandenburg aus über das Eis des Frischen Haffs und dann auf dem des Pregel hinauf nach Königsberg: am Abend des 16./26. Januar traf

der Kurfürst dort ein. Auf die Meldung, daß die Schweden bereits von Insterburg nach Tilsit unterwegs seien, erhielt Goertzke den Befehl, sich mit seinen 4000 Reitern und Dragonern und 1000 Musketieren, zu denen ihm der Kurfürst noch 1800 Pferde und 1200 Dragoner sandte, an den Feind zu hängen und ihn „zu zwacken und abzumatten", damit er nicht entkomme. Den eilig davonstürmenden Vortrab von 1000 Mann führte Oberst Hennigs von Treffenfeld. Mit der Hauptmacht ging der Kurfürst nach Labiau. Als am 19./29. Januar Hennigs meldete, daß er bis auf eine Meile an den Feind herangekommen sei, eilte der Kurfürst in fliegender Hast auf dem Eise des Kurischen Haffs und der Gilge vorwärts, um die Schweden von links zu überflügeln. In Kukernese, wo er den 20./30. Januar eintraf, erhielt er die Meldung, daß Hennigs an demselben Tage den Feind in seinem Quartier überrascht und ihm drei Regimenter Dragoner und eines zu Pferde aufgerieben habe: als Trophäen wurden ihm noch am Abend acht Dragonerfähnlein nebst zwei Standarten und einem Paar Pauken präsentiert. Schon hoffte er für den nächsten Tag eine Schlacht, aber in der Nacht (30./31. Januar) räumten die Schweden unter Zurücklassung aller Vorräte Tilsit, um über Memel die kurländische Grenze zu erreichen. Während Goertzke ihnen folgte, bei dem westlich von Tilsit gelegenen Dorfe Splitter ihre Nachhut, bei der sich Horn selbst befand, einholte und so völlig schlug, daß 1200 Mann auf dem Platze blieben und 200 gefangen wurden, ihnen auch Bagage und Munitions- und Proviantwagen in Menge abnahm, stürmte der Kurfürst durch die in eisiger Kälte erstarrte Niederung des Ruß nordwärts nach Heidekrug, an der Straße von Tilsit nach Memel, um den Fliehenden den Weg zu verlegen. Horn durchschaute den Plan, und da er bei dem Zustand seiner Armee einen Kampf nicht wagen konnte, wandte er sich in die Einöden des benachbarten Samogitien, um so Livland und Riga zu erreichen. Dadurch gewann er einen Vorsprung von etlichen Meilen, und da er mehr lief als marschierte, konnte ihn der Kurfürst mit der Infanterie und Artillerie nicht mehr einholen. Mit der Reiterei aber setzte er ihm noch einen Tag und eine Nacht in

das Samogitische hinein nach, trotz der entsetzlichen Kälte und der zunehmenden Schwierigkeit der Verpflegung, ohne Rücksicht auch darauf, daß er polnisches Gebiet betrat. Immer bei der Avantgarde, kam er Tag und Nacht nicht aus den Kleidern und setzte in seinem Feuereifer sich so aus, daß seine Umgebung ihn zur Vorsicht mahnen mußte. Aber schließlich überzeugte auch er sich von der Unmöglichkeit weiteren Vormarsches. Seit zwei Tagen hatten die Leute kein Brot und die Pferde kein Futter bekommen, etliche Soldaten Gliedmaßen durch die Kälte verloren, etliche sogar das Leben. Unter solchen Umständen noch weiter vorzubringen, hätte die siegreiche Armee aufs Spiel setzen geheißen. Am 2. Februar wurde Halt gemacht. Das Gros kehrte nach Kukernese zurück und bezog Quartiere. Oberst Hennigs allein blieb am Feinde, brachte ihn nochmals zum Stehen und warf ihn mit schwerem Verluste. Dann aber gebot auch ihm die Erschöpfung Halt. Deshalb wurde den 4. Februar Generalmajor von Schöning mit 1500 Mann zur weiteren Verfolgung befohlen. Unter mehrfachen Gefechten drängte er die aufgelöste Armee Horns, die nach Aussage der zahlreichen Gefangenen, darunter viele höhere Offiziere, keine 2000 gesunde Leute mehr zählte, zum Teil so erschöpft, daß sie von den Pferden stürzten und tot blieben, und der alle irgend entbehrliche Bagage verbrannt hatte, vor sich her, von den Polen ungehindert, ja von dem litauischen Feldherrn Pac gegen Geld mit Proviant versehen: den Weg zeigten ihm die Leichen, die längs der von den Fliehenden verfolgten Straße lagen. So ging es bis auf zwei Tagemärsche von Riga. Höchstens 3000 Schweden zogen dort in jammervoller Erschöpfung ein: aber zu einer Belagerung reichten Schönings Kräfte nicht aus. Durch Kurland kehrte er von seinem winterlichen Ritt nach Preußen heim.

Zum zweitenmal hatte Friedrich Wilhelm eine schwedische Armee vernichtet, vollständiger als bei Fehrbellin und Wittstock. Eilends meldete er den glorreichen Sieg nach Wien: nach der Niederwerfung Schwedens, meinte er, sei auch Frankreich zu bewältigen. Groß und licht sah er die Zukunft Deutschlands vor sich, benutzte man nur die Gunst der Umstände.

Mit seiner ganzen Armee wollte er jetzt nach dem Oberrhein gegen die Franzosen eilen, der Westfälische Friede, die Quelle alles Elends für Deutschland, sollte zerrissen, Deutschland sich selbst wiedergegeben werden. Vielleicht ließ sich jetzt die Vergrößerung Brandenburgs durch Pommern für Oesterreich durch die Wiedergewinnung des Elsaß kompensieren. Das blieb in Wien nicht ohne Eindruck. Aber den österreichischen Staatsmännern erschien ein Brandenburg, wie es der pommersche und der preußische Feldzug offenbart hatte, erst recht gefährlich, zumal es eine entsprechende Stärkung der evangelischen Partei bedeutete. So blieb die habsburgische Politik auch jetzt in dem Bann einer lähmenden Tradition: kleinmütig und eigennützig, umgab sie sich mit dem Schein besonderer Vertragstreue und spielte sich auf als Hüterin der 1648 begründeten europäischen Ordnung, die des Kurfürsten Eroberungen gefährdeten. Hatte doch dessen Gesandter in Wien auf die Meldung von der Eroberung Rügens vom Pfalzgrafen von Neuburg zu hören bekommen, es sei nicht an der Zeit von Eroberungen zu sprechen, sondern vom Herausgeben: man wünsche seinem Herrn alles Gute, aber nicht auf seine eigenen Kosten.

IV. In französischer Dienstbarkeit. 1679—1684.

Auf der Rückkehr von der Schwedenjagd erhielt der Kurfürst am 18. Februar in Pillau die Nachricht von dem Beitritt des Kaisers und Spaniens zum Nimwegener Frieden. Längst hatte er mit dieser Eventualität gerechnet und mit Frankreich geheime Verhandlungen angeknüpft: es war nicht seine Schuld, wenn er seinen unzuverlässigen Alliierten nicht mit einem Separatfrieden zuvorkam. Nur hatte er den Fehler begangen, in der ihm eigenen überstürzten Art höchst undiplomatisch Absichten, die nur sorgsam geheim gehalten erreichbar waren, gerade an der Stelle, die es zum Gelingen zu umstricken galt, voreilig kund zu thun, indem er am Tage der Uebergabe von Stralsund dem zur Tafel gezogenen französischen Militärbevollmächtigten beim schwedischen Heere, Graf Rébenac, seinen Entschluß erklärte, mit Frankreich in enge Allianz zu treten, um an dessen Seite die bisher von Schweden eingenommene Stellung auszufüllen, nur zuverlässiger und wirksamer, um dafür auch an Stelle Schwedens Herr Pommerns zu werden. Das war natürlich nicht der Weg, um die französische Diplomatie zum Entgegenkommen zu bestimmen, ganz abgesehen davon, daß er so sich doch derselben Unzuverlässigkeit und desselben Eigennutzes schuldig machte, die er seinen Bundesgenossen mit so hoher sittlicher Entrüstung vorwarf. Seit dem Sommer 1678 stand er durch Graf d'Espense, einen französischen Reformierten, der als Oberst der Trabanten in seinem Dienst gestanden, denselben aber bei Ausbruch des Krieges mit Frankreich verlassen hatte, der als Vertrauensmann Pomponnes von Ludwig XIV. selbst instruiert war, in geheimem Verkehr mit Frankreich und hatte keinen Zweifel darüber gelassen, daß er um den Preis Pommerns bereit sei, sowohl in den europäischen

wie in den deutschen Fragen die von Ludwig XIV. vorgeschriebene Richtung zu verfolgen und ihm als Vasall zu Diensten zu sein. Er that das nicht leichten Herzens, sondern unter dem Drucke eines, wie er meinte, durch fremde Niedertracht verschuldeten Zwanges. Ein glühender Appell, den er noch in den Tagen der Doberaner Zusammenkunft an den Kaiser gerichtet hatte, um ihn zu weiterem Kriege mit sich fortzureißen, war ungehört verhallt. Das entschied. Am 22. Dezember 1678 wandte er sich an Ludwig XIV. selbst: indem er seine Frankreich feindliche Politik der letzten Jahre verurteilte, erklärte er sich bereit, die ehemaligen guten Beziehungen wiederherzustellen. Er blieb ohne Antwort. In der Meinung, daß nach dem neuen Schwedensieg Frankreich seine Bundesgenossenschaft wünschen und durch Preisgebung des als unbrauchbar erwiesenen Schweden erkaufen würde, wandte er sich Ende Januar 1679 nochmals an den König, indem er für den von neuem nach Paris geschickten Meinders gute Aufnahme erbat. Erst am 1. März antwortete Ludwig mit dem Ausdruck des Bedauerns über des Kurfürsten Beharren Schweden gegenüber: er wußte, daß er ihn ganz in der Hand hatte und, wenn er sich nicht beugte, niederbrechen konnte. Hatte das Reich ihm doch für diesen Fall bereits den Durchmarsch zugesichert. Noch mehr verdüsterten sich die Aussichten für den Kurfürsten, als er erfuhr, daß eben jener Rébenac, dem er unbedacht das Geheimnis seiner Politik anvertraut hatte, Herzog Georg Wilhelm von Celle mit Frankreich versöhnt und zur Neutralität gewonnen hatte. Und schon standen 20 000 Franzosen im Cleveschen, von dem Spaen nur den östlichen Teil behauptete. So erbat er einen Waffenstillstand für den April. Aber die Verständigung gelang nicht. Vergeblich bot der Kurfürst für Stettin den Schweden Minden und ein Stück Mecklenburg: die ungeminderte Herstellung Schwedens galt als unumgänglich für den „Ruhm“ des Königs. Aber einen kleinen Schritt kam dieser doch entgegen: Schweden sollte an Brandenburg die rechts der Oder gelegenen Landstriche überlassen, die es ihm bei der Grenzregulierung von 1653 gegen den Wortlaut des Westfälischen Friedens abgedrungen hatte; zudem wollte er ihm seinerseits eine Geldentschädigung

gewähren. Beide Teile lehnten das zunächst ab. Als aber der Kurfürst nun, Ende April neuen Kampfes gewärtig, Truppen nach dem Rhein schicken wollte und in Celle Durchmarsch forderte, mußte er vernehmen, daß das Haus Braunschweig im Bunde mit Frankreich gegen ihn die Waffen ergreifen wolle und die auf seine Kosten gemachten Eroberungen garantiert erhalten habe, und daß Kursachsen und der Administrator von Magdeburg mitzuthun bereit seien, während sich auch Dänemark bereits um Frieden bemühte. Gleich am 1. Mai rückten die Franzosen am Niederrhein weiter vor, und eine kurze Verlängerung des Stillstands mußte durch die Aufnahme französischer Besatzungen in Wesel und Lippstadt erkauft werden, die als Unterpfänder für den wirklichen Abschluß des Friedens gelten sollten. Vergeblich bemühte sich Meinders in Paris wenigstens um einige Erleichterung. Auch der verlängerte Waffenstillstand lief am 18. Mai ab, ohne daß der Friede unterzeichnet war. Sofort drang Marschall Créquy mit 30 000 Mann verwüstend in die Grafschaft Mark ein. Trotz eines glücklichen Gefechts mußte Spaen der Uebermacht weichen, die Herford und Bielefeld besetzte und ihm bis Minden nachdrängte. Dort schien es Anfang Juli zum Kampf kommen zu müssen: denn nur durch einen solchen konnte Brandenburg sich vor Verdächtigungen schützen, wie es sie 1673 durch seine zweideutige Haltung verschuldet hatte. Da kam die Meldung, daß am 29. Juni in St. Germain der Friede unterzeichnet war.

Ohne ausdrückliche Vollmacht, von dem Kurfürsten wohl absichtlich ohne Weisung gelassen, hatte der ebenso einsichtige wie tapfere Meinders unterzeichnet. Denn was sein Herr in seiner Enttäuschung und Erbitterung unter dem Zwange seines sich aufbäumenden Fürsten- und Soldatenstolzes sich noch immer nicht eingestehen wollte, lag in furchtbarer Klarheit vor dem Blick des erfahrenen Diplomaten. Bis an die Weser zurückgedrängt, vor sich die französische Uebermacht, in Rücken und Flanke die beutelüsternen Welfen, von Dänemark so gut wie im Stiche gelassen und von Kaiser und Reich bereits der Vergewaltigung im eigenen Lande preisgegeben, hatte Brandenburg keinen Ausweg als Unterwerfung unter Frankreichs

Gebot. Meinders sprach sie aus. Pommern kam an Schweden zurück; nur der schmale Strich Landes auf dem rechten Oderufer, den er 1653 hatte hingeben müssen, verblieb dem Kurfürsten, außer Damm, das als Bastion Stettins galt, und Gollnow, das Schweden aber um 50 000 Thaler sollte zurückkaufen können; doch büßte dasselbe wenigstens den Anteil an den hinterpommerschen Licenten ein. Aus Freude aber über die Herstellung der guten Beziehungen und zum Ersatz für die aufgewandten Kosten und erlittenen Verluste versprach der König dem Kurfürsten, in den nächsten zwei Jahren 300 000 Thaler zu zahlen. Dafür sollte dieser freilich in betreff einer ihm vor drei Jahren vom Kaiser erteilten Anweisung auf Hamburg im Betrag von 150 000 Thaler, deren Eintreibung zu hindern schon die Herzöge von Braunschweig mit denen von Mecklenburg und Sachsen-Lauenburg, sowie Hamburg und Lübeck und anderen benachbarten Reichsständen sich verbunden hatten, sich der Vermittelung des Königs fügen, der einen neuen Streit im Norden nicht aufkommen lassen wollte.

Ohne Besinnen hat Friedrich Wilhelm den am 12. Juli durch einen Kurier überbrachten Vertrag am nächsten Tage ratifiziert. Ob aber nicht ein Gefühl des Bedauerns in ihm aufgestiegen sein mag, die ihm nun doch aufgezwungene Wendung nicht früher vollzogen zu haben, zu einer Zeit, wo sie ihm reicher gelohnt oder wenigstens die bisherige Haltung nicht so schwer an ihm geahndet worden wäre? Den Vorteil, den er durch seine Offenherzigkeit gegen Rébenac vor Stralsund der französischen Diplomatie eingeräumt, hatte diese unbarmherzig ausgenutzt. Wußte sie doch, daß, was sie unter anderen Umständen ihm hätte vielleicht teuer abzugewinnen suchen müssen, bei ihm bereits beschlossen, er also eigentlich nicht der Umworbene, sondern der Werbende war, der die Aufnahme in französischen Schutz als eine Gunst willkommen heißen mußte. Recht geflissentlich ließ man ihn das bei dem Vollzuge des Friedens fühlen: seine niederrheinischen Lande wurden unbarmherzig geschröpft, Lippstadt und Wesel nicht gleich geräumt, letzteres sogar bis zur Rückgabe Stettins an die Schweden einbehalten. Und alles das mußte ruhig hingenommen werden,

bloß um die Möglichkeit des französischen Bündnisses offen zu halten, für das die Bedingungen festzusetzen einfach dem König überlassen blieb. Dennoch mußte Meinders in Paris lange bange vier Monate warten. Dann endlich erfolgte nach Verhandlungen von einigen Tagen am 25. Oktober 1679 der Abschluß des Geheimbündnisses von St. Germain. Für den Fall des Krieges gewährte der Kurfürst den Franzosen Durchmarsch und die Anlage von Magazinen; seine Kurstimme verpflichtete er sich für Ludwig XIV. oder den Dauphin oder den sonst französischerseits aufgestellten Kandidaten abzugeben, in jedem Falle aber die Wahl von Leopolds jungem Sohn zum römischen König zu hindern. Dafür wurden ihm die aus den Verträgen von Münster, Oliva, Bromberg und St. Germain erwachsenen Rechte von Frankreich garantiert, das zudem beim Kaiser auf die Rückgabe von Jägerndorf wirken wollte, die der Kurfürst eben damals in Wien von neuem angeregt hatte.

Ein Lustrum harter Dienstbarkeit unter Frankreich nahm mit diesem Vertrage für Brandenburg seinen Anfang. Bei der leidenschaftlichen Erbitterung gegen seine treulosen Alliierten, die durch ihre Unpünktlichkeit in Zahlung der Subsidien seine Wehrhaftigkeit beeinträchtigt, ihn dann durch ihren Abfall um die aus eigener Kraft gewonnenen Erfolge gebracht und endlich durch Parteinahme gegen ihn der feindlichen Uebermacht schutzlos preisgegeben hatten, ist die von ihm vollzogene Wendung menschlich begreiflich. Politisch aber schoß sie über das Ziel hinaus und ordnete die um der eigenen Zukunft willen gebotene Achtung vor den allgemeinen Interessen einer nicht mehr staatsmännischen Begierde nach Vergeltung unter. Diese und die Hoffnung, sie mit Frankreichs Hilfe zu befriedigen, trieb ihn immer mehr in eine Richtung, die selbst dem unpatriotischen Denken jener Zeit mit dem unvereinbar erscheinen mußte, was Pflicht eines deutschen Fürsten blieb. Es war ganz wörtlich zu nehmen, wenn er bekannte, sich unlösbar an den König geknüpft zu haben, diesen seiner unverbrüchlichen Treue versicherte und ihm selbst die Verfügung über seine festen Plätze mit allem ihrem Inhalt einzuräumen bereit war. Ist damals doch sogar daran gedacht worden, für Ludwig XIV. eine Compagnie von hundert mär-

kischen Edelleuten zu bilden, die immer des Kurfürsten zweiter Sohn befehligen sollte! Die Haltung Friedrich Wilhelms während des nächsten Lustrums zu erklären oder gar, wie man wohl gemeint hat, zu rechtfertigen, reicht der peinvolle Widerspruch doch nicht aus, der zwischen der Knappheit seiner Finanzen obwaltete und der Notwendigkeit, ein beträchtliches Heer schlagfertig zu halten, die ihm die Unsicherheit der politischen Lage mit ihrer unausgesetzt drohenden Kriegsgefahr auferlegte. Letzteres war ihm aus eigenen Mitteln unmöglich: er brauchte dazu fremdes Geld, und da Spanien, der Kaiser, die Niederlande die ihm vertragsmäßig zugesicherten Summen nicht gezahlt hatten, auch die Nachzahlung nicht zu erlangen war, ja das immer ungestümere Drängen auf endliche Befriedigung seiner Ansprüche und die völkerrechtswidrige Selbsthilfe, zu der er Spanien gegenüber endlich griff, indem er sich durch Kaperei im großen Stil bezahlt zu machen suchte, gar neue kriegerische Verwickelungen zu veranlassen drohten, so waren und blieben ihm die französischen Hilfsgelder unentbehrlich, wenn er überhaupt gerüstet bleiben wollte. Das aber mußte er, um nicht bei der ersten Gelegenheit feinen ringsum lauernden deutschen Gegnern preisgegeben zu sein. Er teilte damit das Schicksal so manches deutschen Fürsten der Zeit, deren Heere in dem Augenblick hätten entlassen werden müssen, wo die französischen Gelder ausblieben. Er war vielleicht nur insofern weniger schuldig als jene, als er zunächst allerdings nur durch die Verhältnisse ihm aufgezwungene defensive Ziele verfolgte. Aber nur zu bald führte auch ihn die damit betretene abschüssige Bahn dahin, daß er mit französischem Gelde die Mittel zur Beraubung seiner deutschen Mitstände bereit zu stellen strebte. Das Verhältnis erscheint selbst für jene Zeit, die für derartige Dinge einen so ganz anderen Maßstab hatte, um so bedenklicher und nahm um so mehr den Charakter einer wirklichen französischen Vasallenschaft an, als nachweislich der Unterhalt der brandenburgischen Armee während der nächsten Jahre zum Teil aus Summen bestritten wurde, welche direkt aus dem französischen Kriegsministerium nach Berlin flossen.

Aber es war doch nicht bloß dieses zunächst materielle

Interesse, was den Kurfürsten an Frankreich fesselte: persönliche Momente und politische Erwägungen wirkten mit und verliehen jenen erst ein so entscheidendes Schwergewicht. Kein fremder Diplomat ist damals bei Friedrich Wilhelm so wohl angesehen gewesen wie François de Pas, Graf von Rébenac, der seit dem Januar 1680 als ständiger Gesandter Frankreichs bei ihm beglaubigt war. Von dem Kurfürsten selbst wurde er des ehrendsten Vertrauens gewürdigt, zwanglos zu persönlichem Verkehr zugelassen, selbst wenn er, was bei seinem schon vielfach leidenden Zustand und seiner Neigung zur Einsamkeit häufig der Fall war, für alle anderen unsichtbar blieb, und auch in das Geheimnis seiner diplomatischen Verhandlungen gezogen, so daß er nicht selten sowohl die Instruktionen wie die Berichte der brandenburgischen Gesandten zu sehen bekam. Daß das innerlich unwahre und bis zu einem gewissen Grade unnatürliche Verhältnis zwischen Brandenburg und Frankreich so lange bestehen konnte und ein Angelpunkt nicht bloß der deutschen, sondern der europäischen Politik wurde, war wesentlich das Verdienst Rébenacs. Seine ritterliche, bewegliche und anpassungsfähige Persönlichkeit übte, so scheint es, auf den am eigenen Hof gewissermaßen vereinsamten, von Krankheit geplagten und von Sorgen und auch Gewissensskrupeln gepeinigten alternden Herrn einen fesselnden Reiz aus, zumal er den verschlossenen und mißtrauischen nicht bloß geschickt zu nehmen wußte, sondern — zum Teil im Gegensatz zu seinem König — auch nicht ohne Verständnis war für die Berechtigung seines Aufstrebens zu einer gesicherteren und einflußreicheren Stellung, ihn daher nicht bloß für Frankreich ausnutzen und dann als entbehrlich beiseite schieben wollte. Freilich wußte Rébenac seinen Einfluß auch noch anderweitig zu stärken. Schon früher hatte in Berlin französisches Geld gelegentlich eine Rolle gespielt: Rébenac hat die Bestechung am dortigen Hofe förmlich organisiert und eine festgeschlossene französische Partei gesammelt. Meinders und Fuchs, der Generalkriegskommissar und Oberhofmarschall von Grumbkow, der Kämmerer von Perband, verschiedene Personen des Hofstaates — wie namentlich des Kurfürsten holländischer Kammerdiener Kornmesser — und zahlreiche

Unterbeamte empfingen französische Pensionen, ja selbst der aus dem preußischen Schwedenkrieg rühmlich bekannte General Hans Adam von Schöning stand im Solde Rébenacs, der durch stattliche Geschenke auch die Kurfürstin Dorothea einzunehmen und für Frankreich günstig zu stimmen wußte, ja sich schließlich damit auf so sicherem Boden fühlte, daß er es wagen konnte, dem Kurfürsten selbst im Namen seines Königs ein Geschenk von 100 000 Livres bar zu überreichen und damit gute Aufnahme fand. Da sich nun auf der anderen Seite des Kurfürsten Schwager Johann Georg von Anhalt, der alte Derfflinger und andere zu einer entschieden franzosenfeindlichen Partei zusammenschlossen, so waren Hof und Regierung dauernd gespalten und Einheit und Konsequenz der Politik unmöglich gemacht. Wenn die Gegner Frankreichs auch den Kurprinzen zu den Ihren zählen sollten, so war das wenigstens insofern ohne Belang, als von einer politischen Bethätigung des kränklichen, scheuen Jünglings, der dem Vater und den Geschäften fern stand und die Stiefmutter fürchtete, überhaupt nicht die Rede war.

Von allen Motiven aber, die den Kurfürsten das Heil in der Allianz mit Frankreich suchen ließen, wirkte am stärksten die Hoffnung, nach dem Zerfall des bereits erschütterten Bündnisses zwischen Frankreich und Schweden Pommern zu gewinnen. Bereits als 1680 infolge seiner Kapereien der Krieg mit Spanien drohte, dachte er sich mit Hilfe Frankreichs Gelderns zu bemächtigen, und eilte deshalb die bereits eingeleitete neue Defensivallianz mit Ludwig XIV. zum Abschluß zu bringen. Am 11. Januar 1681 unterzeichnet, bedeutete sie einen weiteren Schritt vorwärts in die französische Dienstbarkeit. Der Kurfürst erkannte den bisher verworfenen Nimwegener Frieden an, freilich ohne seine Ansprüche an die hinter ihren Verpflichtungen zurückgebliebenen ehemaligen Alliierten aufzugeben, und verband sich mit Frankreich zu gegenseitiger Waffenhilfe gegen jede Besitzstörung, auch für den Fall, daß der die Hilfe heischende Teil den Angriff eines Dritten seinerseits verschuldet haben sollte. Provozierte also Frankreich durch neue Uebergriffe einen Krieg, so war Brandenburg gehalten, ihm Hilfe zu leisten — ein Ver-

hältnis, das von der Heeresfolgepflicht des Vasallen kaum noch zu unterscheiden war, wie der Kurfürst denn auch durch einen Geheimartikel ausdrücklich darauf verzichtete, über sein Land in bezug auf Durchmarsch, Quartier, Proviant u. s. w. zu gunsten anderer Fürsten oder auch nur des Reiches zu verfügen. Was ihm dagegen gewährt wurde — Beihilfe zur Beseitigung der Hindernisse, die der Heirat seines jüngsten Sohnes erster Ehe, des Markgrafen Ludwig, mit der Prinzessin Luise Radziwill in Polen bereitet wurden, und zur Erwerbung der oranischen Erbschaft — wog solche Verpflichtungen nicht auf. Entscheidend war wieder das finanzielle Moment: die zehn Jahre, auf die das Bündnis geschlossen wurde, sollte Frankreich jährlich 100 000 Thaler zahlen. Das ermöglichte ihm die Erhaltung der Armee und die Benutzung des ersten günstigen Augenblicks, um für das ihm 1679 Entgangene Ersatz zu gewinnen.

Aber es war ein Irrtum, wenn der Kurfürst glaubte, Frankreich werde ihm jemals ernstlich dazu behilflich sein, und die Erfahrungen, die er mit diesem Protektor machen sollte, waren zum mindesten so übel wie die, welche ihm früher die Unzuverlässigkeit seiner natürlichen Verbündeten bereitet hatte. Und lag nicht ein beinahe tragisches Verhängnis darin, daß er in der Jagd nach diesem doch nie erreichbaren Ziel eben der Macht zur ungestraften Uebung immer neuer Willkür und immer schrankenloserer Gewalt verhalf, die seine Niederwerfung oder Dienstbarkeit als die erste Bedingung ihres vollen Triumphes längst erkannt hatte? Das Jahr 1681 brachte die Reunionen, den Verlust Straßburgs. Auch der Kurfürst beklagte diesen. Aber daß er in eben den Tagen, wo selbst das an Demütigungen gewöhnte Deutschland jener jammervollen Zeit unter dieser neuen Schmach bebte und sich aufbäumte, nicht bloß zum Frieden mahnte und das Geschehene ruhig hinzunehmen empfahl, sondern es für nötig hielt, Rébenac einen mit Diamanten besetzten Ehrendegen zum Geschenk zu machen, um demonstrativ zu erkennen zu geben, wie das Geschehene in seinem Verhältnis zu Frankreich nichts ändere, hatte seinen Grund doch nicht bloß in der trostlosen Ueberzeugung von der Aussichtslosigkeit jedes Widerstandes, sondern auch in der Erkenntnis, daß das erste

Opfer eines solchen Kampfes sein Staat sein würde, der dabei zermalmt werden mußte. Der Trieb der Selbsterhaltung nötigte ihm eine Vermittlerrolle auf, die vom deutschen Standpunkte aus immer anstößig blieb, mochte sie auch den Frieden erhalten und durch den Stillstand vom August 1684 dem Kaiser den glücklichen Türkenkrieg ermöglichen.

Selbstlos aber war diese Vermittlerrolle trotzdem nicht. Vielmehr sollte sie ihm zugleich den Weg zur Eroberung Pommerns bahnen: mit dem Ausbruch des allgemeinen Krieges wäre er der, wie er glaubte, eben gewonnenen Aktionsfreiheit gegen Schweden verlustig gegangen. Und dabei wurde er seinerseits jetzt von Frankreich genau so gegen Schweden gebraucht, das sich seit dem Herbst 1681 durch die Association mit den Niederlanden von diesem abgewandt hatte, wie erst Schweden gegen ihn gebraucht worden war. Ihn trotz der Reunionen an sich zu fesseln und so das Reich zu entwaffnen, bewilligte Frankreich ihm am 22. Januar 1682 einen neuen Vertrag, angeblich zur Sicherung des Friedens gegen Störung durch „Uebelgesinnte“, womit einerseits der Kaiser, andererseits Schweden gemeint war, durch Zusage gegenseitiger Truppenhilfe und Erhöhung der Subsidien auf 400 000 Livres jährlich, in der Absicht, die, welche den Frieden dennoch stören würden, dafür gebührend Verlust und Schaden leiden zu lassen. Darauf schloß er dann am 8. Juni 1682 ein Bündnis mit Dänemark: als Vermittler zwischen Frankreich und dem Reiche wollte man die sich nicht Fügenden zum Frieden zwingen, das heißt das zu den Gegnern Frankreichs stehende Schweden seiner deutschen Lande ganz oder teilweise berauben. Den Vorwand zum Angriff sollte der vom Kaiser erlaubte Durchmarsch schwedischer Truppen nach Pommern geben. In einem Vertrage vom 30. April 1683 wurde das gemeinsame Vorgehen Brandenburgs und Dänemarks näher vereinbart und zugleich in einem „Konzert“ die gehoffte Beute dahin verteilt, daß ersteres Vorpommern mit Rügen, letzteres die übrigen deutschen Lande Schwedens bekommen sollte. Aber nicht bloß die von den Verbündeten erbetene Kooperation eines französischen Heeres an der Weser wurde von Ludwig XIV. abgeschlagen, sondern das Kon-

zert selbst verworfen, da Brandenburgs Waffen im Interesse Frankreichs plötzlich nach einer anderen Seite gekehrt werden sollten. Als Haupthindernis nämlich für einen Frankreich günstigen Frieden erwies sich der kriegerische Eifer des Hauses Braunschweig, das den Wiener Hof zum Beharren anstachelte, während der Kurfürst dessen Verlegenheit benutzte, um auf seine schlesischen Ansprüche zurückzukommen, gegen deren Befriedigung er wenigstens mit gegen die Türken helfen wollte. Da nun obenein der als Kriegsfall zu benutzende schwedische Durchmarsch, der wohl niemals ernstlich beabsichtigt gewesen war, unterblieb, so sollte Brandenburg Ludwig XIV. vielmehr dazu helfen, die Braunschweiger zur Ruhe zu nötigen und Frankreich so Frieden mit dem Reiche zu schaffen. Bei seinem alten Groll gegen die Welfen war es ein Leichtes, den Kurfürsten, der vor allem auf Landerwerb brannte, für diesen Plan zu gewinnen, trotz des heftigen Widerstandes, auf den er in seiner Umgebung stieß, namentlich bei Derfflinger, der sich lieber in Stücke hauen lassen wollte, als die kurfürstliche Armee „gegen K. D. Ehre und Gewissen, auch Ihre und des Reiches Wohlfahrt zu kommandieren", so daß ernstlich an des alten Herrn Entfernung und seinen Ersatz durch den aus französischem Dienst zu berufenden Marschall Schomberg gedacht wurde. Augenfälliger allerdings hätte die Dienstbarkeit Brandenburgs unter Frankreich vor der Welt nicht gemacht werden können, als mit einem französischen General an der Spitze seiner Armee und dem französischen Gesandten in Berlin als Obersten eines Reiterregiments, was damals Rébenac angetragen wurde. Und das geschah zu einer Zeit, wo der Kurfürst durch die Einziehung von Orange in seinen eigenen Rechten durch die Reunionen verletzt war und dem Kaiser gegenüber die Gewährung auch der geringsten Hilfe zur Rettung Wiens von dem Vergleich mit Frankreich, das heißt der Unterwerfung unter dessen Gebot abhängig machte, Braunschweig aber vor die Wahl stellte zwischen dem gleichen und der Beraubung durch ihn und den Dänenkönig.

Da löste der Entsatz Wiens, den nicht mitgemacht zu haben der Kurfürst doch bedauerte, so froh er war, die eine

Zeitlang gehegte Sorge vor den Türken als Nachbarn los zu sein, für kurze Zeit die allgemeine Spannung. Aber die Krisis erneute sich, da Frankreich angesichts des siegreichen Vordringens der Kaiserlichen in Ungarn alsbald darauf ausging, das dem Reiche Abgepreßte dauernd zugestanden zu erhalten. Und wieder ließ sich der Kurfürst durch trügerisch vorgespiegelten Landerwerb zum Vertreter der französischen Interessen gewinnen. Von neuem wurde in den letzten Monaten 1683 in Berlin eifrigst unterhandelt. Einen ersten Vertrag jedoch (25. Oktober 1683), der den Kurfürsten verpflichtete — oder von seinem Standpunkte aus berechtigte — jede Unterstützung, die Braunschweig einem Gegner Frankreichs gewährte, durch einen Angriff zu vergelten, verwarf Ludwig XIV. Nach einem zweiten aber, der, im Januar 1684 unterzeichnet, auf den 24. Oktober 1683 zurückdatiert wurde, sollte der König an die von ihm proponierten Bedingungen für den Frieden mit dem Reich bis Ende 1684 gebunden bleiben und auf sie hin einen auf mindestens zwanzig Jahre zu bemessenden Stillstand eingehen, der Kurfürst in Regensburg auf die Annahme der französischen Vorschläge hinwirken, in keinem Fall aber einen einstimmigen Beschluß zum Reichskriege gegen Frankreich zulassen, das heißt also seinerseits unter allen Umständen dagegen stimmen, daher doch auch sich an einem Kriege der Art nicht beteiligen. Dafür wurden die französischen Hilfsgelder auf 500 000 Livres jährlich erhöht, nachdem Rébenac wenige Tage zuvor dem Kurfürsten persönlich im Namen seines Königs eine „Gratifikation“ von 100 000 Livres, einen hübschen Beutel voll schöner, blanker, vollwichtiger Goldstücke überreicht hatte, um seine einigermaßen schwankende Neigung zu Frankreich wieder zu befestigen. Das entschied den Sieg Frankreichs in der Frage des Stillstandes. Mochte das Reich sich noch eine Zeitlang sträuben: daß es sich schließlich fügen mußte, weil ein Krieg unter den nun gegebenen Umständen unmöglich war, war im wesentlichen das Werk des Kurfürsten.

Man pflegt es diesem als ein Verdienst anzurechnen, daß er durch seine Parteinahme für Frankreich einen Krieg abwandte, in dem das Reich sicher unterlegen wäre. Das träfe

zu, wenn er nichts als die Erhaltung des Friedens erstrebt hätte: für diese aber trat er doch nur ein, um unter dem Schutz des auf Kosten des Reichs und Spaniens gewahrten allgemeinen Friedens seinen sozusagen privaten Krieg führen zu können. Hier lag ein Widerspruch, eine innere Unwahrheit, worüber die darauf gegründete Politik zu Fall kommen mußte. Mit Eifer wurde im Frühjahr 1684 in Brandenburg gerüstet: es galt den Angriff auf Braunschweig, das dem von Frankreich gewollten Frieden nach wie vor widerstrebte. Auf seine Kosten dachte der Kurfürst sich zu bereichern, indem er es gemeinsam mit Dänemark und Kurköln entwaffnete. Auf dies Aeußerste ließen es die Welfen aber schließlich doch nicht ankommen: nachdem der Widerstand Spaniens durch den französischen Angriff auf Luxemburg gebrochen und auch die Zustimmung der Niederlande erfolgt, der allgemeine Stillstand also nach dem Willen Frankreichs gesichert war, eilten auch sie ihr Einverständnis zu erklären — sehr zum Kummer des durch diese Wendung überraschten Kurfürsten, der nun den gehofften Krieg gegen die verhaßten Braunschweiger von Frankreich als unnötig aufgegeben sah. Aber er hatte große Mittel an seine Vorbereitung gesetzt, die er nun nicht vergeblich aufgewandt haben wollte. Deshalb kehrte er mit einer raschen Wendung zu seinem ursprünglichen Vorhaben zurück, von dem Frankreich ihn durch die Verhetzung mit Braunschweig nur abgelenkt hatte — dem einst mit seines Beschützers Zustimmung in Aussicht genommenen Angriff auf Schweden. Um dieselbe Zeit, da der mit seiner Hilfe dem Reich aufgedrungene zwanzigjährige Stillstand in Regensburg endlich dem Abschluß entgegenreifte, schloß er in einem jener jähen Umschläge, wie sie sein lebhaftes Temperament mit ähnlicher Plötzlichkeit mehrfach veranlaßt hat, am 2. August 1684 einen Vertrag mit dem Hause Braunschweig zu gemeinsamem Eintreten für den zwanzigjährigen Stillstand. Dahinter aber lagen weitere Pläne: im Bunde mit Dänemark und Braunschweig, wie er hoffte auch Kurköln, wollte der Kurfürst seine Waffen gegen Schweden kehren. Als der Friede mit den Welfen durch die Vermählung des Kurprinzen Friedrich mit der liebreizenden Tochter Ernst Augusts

von Hannover, Sophie Charlotte, besiegelt wurde, herrschte in Brandenburg kriegerisches Treiben. Im Lager bei Berlin waren 11 000 Mann vereinigt — nach Rébenacs Urteil die schönsten Truppen, die er in Deutschland gesehen —, wie es hieß zum Angriff auf Stettin. Denn Brandenburg sollte Pommern, Braunschweig Bremen, Dänemark Holstein bekommen, dieses durch Oldenburg und Delmenhorst entschädigt, Köln, wenn es mitthat, durch Verden belohnt werden. Wismar sollte entfestigt an Mecklenburg fallen, das entsprechende Abtretungen an Holstein-Gottorp machte. Da erhob Ludwig XIV. Einsprache: der zwanzigjährige Stillstand war ratifiziert, er war am Ziel und erklärte, einen Friedensbruch nicht zulassen zu können. Trotzdem gab der Kurfürst die Sache nicht verloren, war vielmehr, wie immer, sofort mit einer neuen Kombination bei der Hand. Angeblich zum Schutz des zwanzigjährigen Stillstandes plante er ein Bündnis mit Braunschweig und Frankreich, welches gegen die Zusage, nichts gegen das Reich zu unternehmen, sonst, das heißt in den spanischen Niederlanden, Italien und Spanien freie Hand haben sollte, während er und die Welfen mit ihrem natürlichen Feinde Schweden abrechneten, mit dem er über die Grenzregulierung in Pommern wieder in bitterem Streit lag. Nur zum Schein trat Ludwig XIV. diesem Plane näher: denn er mußte die dauernde Trennung Brandenburgs und Braunschweigs wünschen, und stand daher bald seinerseits in geheimer Verbindung mit den Welfen. Der Kurfürst mußte sich endlich überzeugen, daß Frankreich ihm niemals zu Pommern verhelfen, er das unwürdige Joch französischer Dienstbarkeit alle Zeit vergeblich tragen würde. Gebessert war seine Stellung dadurch wahrlich nicht. Ihn vornehmlich trafen die abfälligen Urteile, die über den zwanzigjährigen Stillstand als eine neue Schmach und Schädigung Deutschlands gefällt wurden.

Auch das neue politische System, das er 1679 inauguriert, hatte Schiffbruch gelitten. Nichts von dem war erreicht, was er durch die Hingabe an Frankreich zu erreichen gehofft hatte. Und auch sonst hatten ihm diese letzten mühseligen Jahre nur Enttäuschungen gebracht. Denn daß nach dem Tode des Admini-

strators August von Sachsen 1680 Magdeburg und Halle wirklich an ihn kamen, war doch nur der endliche Vollzug eines längst anerkannten Rechts, und wenn Luise Radziwill dem jugendlichen Markgrafen Ludwig die litauische Herrschaft Serrey und Tauroggen zubrachte, so hatte der Kurfürst doch auch da viel mehr erstrebt, indem er in dem protestantischen Teil Litauens festen Fuß fassen wollte, um dem bedrohten Kurland einen Rückhalt zu gewähren, dessen Herzog Jakob er schon 1645 seine Schwester Luise Charlotte vermählt hatte. Aber die Vereinigung der reichen Radziwillschen Besitzungen in Polen mit Preußen gelang nicht. Mehr noch versprach er sich von der Position, die er in Ostfriesland gewann. Streitigkeiten zwischen der Fürstin und den Ständen, in die zu gunsten der ersteren die Niederlande einzugreifen drohten, während letztere ihn als Mitdirektor des westfälischen Kreises zum Schutz für ihre verfassungsmäßigen Rechte herbeiriefen, ermöglichten ihm im November 1682 die Besetzung der kleinen Festung Greetsiel und die Benutzung des benachbarten Embener Hafens zum Stützpunkt für seine maritimen Unternehmungen, die ursprünglich eigentlich weniger auf die Hebung von Handel und Seefahrt gerichtet, als kriegerischer Natur gewesen waren. Denn Schweden auch zur See zu bekämpfen, hatte sich gleich 1675 als notwendig ergeben. Die Beschaffung von Kriegsschiffen hatte seit 1676 der Holländer Benjamin Raule kontraktlich übernommen, eine nicht völlig einwandfreie Persönlichkeit, der aber trotz eines Zuges ins Abenteuerliche kühne Unternehmungslust und ungewöhnliches Organisationstalent nicht abgesprochen werden können. Auch stifteten die von ihm gestellten Kriegsschiffe im Schwedenkrieg manchen Nutzen. Für die Schaffung einer ordentlichen brandenburgischen Marine, zu der nach Eroberung Pommerns der Plan erweitert wurde, gingen mit dem Frieden die unentbehrlichen Voraussetzungen wieder verloren, während die Art, wie der Kurfürst sich für seine Forderung an Spanien durch Kaperei schadlos zu halten suchte, ihm nach allen Seiten hin Verlegenheiten bereitete und namentlich die Seemächte mit gerechtem Unwillen erfüllte. Auch waren die Kosten so groß, daß der aus etlichen guten Fängen gemachte Gewinn gar nicht in Betracht

kam. Auch der Versuch nach Lösung des Kontrakts mit Raule unter eigener Verwaltung eine Kriegsflotte zu entwickeln, ergab nur Anfänge, die durch äußere Stattlichkeit trügerische Hoffnungen erweckten, nach Lage der Dinge aber gedeihlichen Fortgang nicht nehmen konnten. Flottenstationen sollten Königsberg und Emden werden, welches außerdem zu einem Handelsemporium bestimmt war, von dem aus Brandenburg transatlantischen Verkehr pflegen sollte. Aber auch so gelangen diese verfrühten Experimente nicht. Die von dem Major von der Gröben 1682 auf der Küste von Guinea errichtete Niederlassung Groß-Friedrichsburg ist nie mehr als eine Kuriosität gewesen, die höchstens das Verhältnis zu den Niederlanden trüben half, und die Aktionäre der Afrikanischen Handelsgesellschaft haben nur Verluste gehabt. Mit der Niederlassung auf der Insel Arguin am Senegal und dem Versuch, mit Hilfe der Dänen von St. Thomas aus Anteil an dem westindischen Handel zu gewinnen, ist es nicht besser gegangen. Eine Ueberschätzung nicht bloß der Kräfte seines jungen Staates, sondern auch seiner Bedürfnisse verleitete den Kurfürsten da zu kostspieligen Experimenten, die gar nicht anders als mit Verlusten und Enttäuschungen ausgehen konnten.

Drittes Buch.

Der Eintritt in die europäische Politik und die Erwerbung der Königskrone.
1685–1701.

I. Die Lösung von Frankreich. 1685—1688.

Wie ein Stein auf dem Schachbrett hatte Friedrich Wilhelm sich von Ludwig XIV. nach Gutdünken hin und her schieben lassen müssen, bald deckend, bald bedrohend, aber immer fremden Interessen dienstbar. Weder an Schweden noch an Braunschweig hatte er sich erholen dürfen, nach keiner Seite Sicherheit gewonnen und die Gefahr eines neuen allgemeinen Krieges ungemindert fortbestehen sehen. Und nun erhob sich mit wachsender Zuversicht die katholische Reaktion: in Frankreich triumphierend, sah sie den Augenblick zu einem großen Schlage herankommen, der ihr Europa unterwerfen sollte. Das machte des Kurfürsten Stellung an der Seite Frankreichs unhaltbar: indem er das erkannte, that er vorsichtig und behutsam, aber mit einer Entschiedenheit, die der ernüchternden Einsicht in die völlige Nutzlosigkeit und damit die Verderblichkeit der zuletzt verfolgten Politik entsprach, die ersten Schritte, um sich den ihm angelegten goldenen Ketten zu entwinden. Aber nicht eher konnte er selbst dieses fragwürdigen französischen Schutzes entraten, als bis nach der anderen Seite hin der alte Hader gründlich beglichen und volle Sicherheit gewonnen war. War er einst wie mit fliegenden Fahnen in das französische Lager übergegangen — den Rückweg zu den alten, natürlichen Verbündeten mußte er in sorgenvoller Heimlichkeit suchen und durch den Verzicht auf

mehr als eine bisher gehegte Hoffnung erkaufen. Man traute ihm zunächst nicht und war vor einem neuen Stück seiner verschlagenen und hinterhaltigen Politik auf der Hut. So wurden seine letzten Jahre ähnlich sorgenvoll, mühselig gedrückt und trübe, wie es die ersten gewesen waren, um ähnlich wie jene schließlich zu einem fast überraschend glücklichen Ausgange zu führen.

Von den Gebrechen des Alters heimgesucht, verbittert durch Enttäuschungen und von schweren Sorgen niedergedrückt, von häuslichen und höfischen Parteiungen umdrängt, ohne rechtes Vertrauen auf die Menschen und die Zukunft, hat er schwer am Leben getragen und bietet ein ganz anderes Bild dar, als die Tradition gerade für jene Zeit von ihm zu entwerfen pflegt, indem sie ihn als den fest in sich gegründeten, seiner selbst gewissen und von sieghafter Zuversicht beschwingten Triumphator darstellt, als den Andreas Schlüters Meisterhand ihn nachmals verewigt hat. Wie einst an dem Jüngling, so traten nun auch an dem Greise als besonders charakteristisch zu Tage der Zweifel an sich selbst, die nagende Sorge um den schließlichen Ausgang und eine gewisse trübe Resignation, die zum voraus auf ein Mißlingen als das Wahrscheinlichere gefaßt ist. Der auf das Große gerichtete, heldenhafte Zug, der in seinem Bilde die Nachwelt besonders fesselt, ist ihm geschichtlich doch nur in einzelnen Momenten besonderen Aufschwungs eigen gewesen, und gerade am Ende seines thatenreichen Lebens ist ihm diese Erhebung über sich selbst nicht leicht geworden. Hatte er im Ringen mit kaum überwindlichen Schwierigkeiten und, nach der Art des Fürstentums seiner Zeit, in Verfolgung ausschließlich dynastischer Ziele aus Unmut über das, was ihm von seinen Alliierten widerfahren war, in der auswärtigen Politik jahrelang Bahnen verfolgt, an denen selbst jenes alles Patriotismus bare Geschlecht Anstoß nahm, so hat er, was er damit gefehlt, wahrlich gebüßt in dem mühseligen und an Demütigungen reichen Kampf um die endliche Lösung aus den selbst gewählten Fesseln. Erst indem er sie abstreifte und seinen Staat in die Bahn zurücklenkte, die ihm die größten Momente seiner Vergangenheit wiesen, hat er all dem Bestand und Gedeihen

gesichert, was er in mehr als vierzig Jahren rastloser Arbeit in demselben begründet hatte.

Bereits im Herbst 1684 hatte er eine erste vertrauliche Anknüpfung mit den Niederlanden gesucht, ohne besonderes Entgegenkommen zu finden. Den alten Hader namentlich über die rückständigen Subsidien endlich zu begleichen, ging im Frühjahr 1685 Fuchs dorthin. Daß es sich bereits um Größeres handelte, durfte man Frankreich nicht ahnen lassen. Auch die niederländischen Staatsmänner erkannten den wachsenden Ernst der Lage. So kam es am 23. August 1685 zu einem Vertrag, nach dem der Kurfürst seine pekuniären Ansprüche gegen 400000 Thaler aufgab, das heißt auf eine ihm zustehende Million verzichtete, und die brandenburgisch-niederländische Defensivallianz vom 8. März 1678 (S. 230), die thatsächlich noch gar nicht in Wirksamkeit getreten war, auf fünfzehn Jahre verlängert wurde. Das entscheidende Moment aber lag in der Verabredung, im Falle einer Störung des europäischen Friedens rechtzeitig gemeinsam erwägen zu wollen, wie sie abzuwenden und am besten für beider Teile „Wohlfahrt und Konservation" zu sorgen sei. Gleichzeitig unterhandelte man in Berlin mit dem neuen kaiserlichen Gesandten Herrn von Fridag, einem Diplomaten von seltener Gewandtheit und gewinnendem Wesen, der zuerst die Möglichkeit einer Entschädigung Brandenburgs für Schlesien in Erwägung nahm. Weiter ließ des Kurfürsten energische Haltung in der Pfälzer Erbschaftsfrage, in der er sich öffentlich gegen die orleansschen Ansprüche erklärte, und seine Friedfertigkeit in dem Streit zwischen Hamburg und Georg Wilhelm von Celle die nahende Wendung erkennen. In Paris wurde man unruhig. Rébenac erhielt Befehl, vom Kurfürsten die schriftliche Erklärung zu verlangen, daß er alle gegen Frankreich übernommenen Verpflichtungen pünktlich erfüllen werde, ohne Rücksicht auf etwa später gegen andere eingegangene: ja er sollte geloben, ohne des Königs Zustimmung hinfort Verträge überhaupt nicht abzuschließen. Die unziemliche Zumutung wurde nicht einfach abgewiesen: in abgeschwächter, für seine Würde minder verletzender Fassung war der Kurfürst bereit, eine Deklaration im wesentlichen

gleiches Inhalts abzugeben. Und wer weiß, wie tief er sich unter dem Zwange der Verhältnisse dem König gegenüber gedemütigt hätte, wäre nicht eben in jenen Tagen (22. Oktober 1685) durch die Aufhebung des Edikts von Nantes der Streich gefallen, der ihm jedes Paktieren unmöglich machte und ihn mit dem Bewußtsein erfüllte, es gelte nunmehr den Kampf für das Höchste und Heiligste. Enttäuschungen und Demütigungen aller Art, drückende Dienstbarkeit und brutale Vergewaltigung hatte er auf sich genommen, um in dem Widerstreit der Mächte, zwischen die er gestellt war, nicht zermalmt zu werden: jetzt, wo sein evangelischer Glaube in Mitleidenschaft gezogen wurde, wo er, den die Pflichten gegen Kaiser und Reich nicht gehindert hatten, in französischer Vasallenschaft Sicherheit zu suchen, fürchten mußte, durch Schweigen zu der Mißhandlung seiner Glaubensgenossen auch noch den Schein der Gleichgültigkeit gegen das Evangelium, ja vielleicht noch einen schlimmeren zu erregen, trat er mit einer Entschlossenheit und Kühnheit für diese ihm heilige Sache ein, wie er sie in politischen Dingen kaum jemals entwickelt hatte. Der Aufhebung des Edikts von Nantes, dem schreiendsten, aber auch verhängnisvollsten von Ludwigs XIV. Rechtsbrüchen, antwortete er bereits am 29. Oktober (8. November) mit dem Potsdamer Edikt, durch das er den aus Frankreich vertriebenen Reformierten eine Freistätte in seinen Staaten anbot und alle zu bürgerlichem Gedeihen nötigen Bürgschaften freigebigst gewährte — zollfreie Einfuhr ihrer Habe und ihrer Geräte, jahrelange Abgabenfreiheit, volles Bürgerrecht, Staatsbeihilfe für die von ihnen einzurichtenden Betriebe, Erhaltung ihrer angestammten Eigenart in Sprache und Gemeindeverfassung, Gleichstellung ihres Adels mit dem einheimischen und anderes mehr. Mit Freuden folgten die Unglücklichen dem Rufe. Die einen zogen von den Niederlanden her über Hamburg nach der Mark, die anderen aus Lothringen und der Champagne über Frankfurt a. M. nach dem Niederrhein und Westfalen, auch vom Volke allerwärts mit Herzlichkeit aufgenommen: der lutherische Eifer war doch allmählich zu größerer Duldsamkeit gemildert. Welch Segen Brandenburg aus dieser Einwanderung erwuchs, weiß

noch die Nachwelt dankbar zu rühmen. In das harte, mühsam um das Dasein ringende Leben dieses erst werdenden Volkes brachten die Fremdlinge eine altbegründete, durch eine große Vergangenheit veredelte und gleichsam durchgeistigte Kultur, die es nicht bloß wirtschaftlich, sondern auch sittlich hob und ihm neue, höhere und freiere Gesichtspunkte erschloß, so daß die geistige Beweglichkeit der Fremdlinge die schwerfälligere Art der Einheimischen überwand und zu lebhafterer Entwickelung beschleunigte. Auch die Armee erhielt an dieser Verjüngung ihren Anteil, obgleich es in ihr nicht an Leuten fehlte, die darin eine Gefahr sahen und — wie namentlich der alte Derfflinger — ihre politischen Vorurteile auf die ritterlichen Fremdlinge übertrugen.

Frankreich gegenüber bedeutete das Potsdamer Edikt die Absage, mochte der Kurfürst sich auch noch den Anschein geben, als hätte dieses entschlossene Eintreten für seine Glaubensgenossen mit der Politik nichts zu thun. Um so dringender verlangte der König jene Deklaration: sie rundweg verweigern hätte den Bruch unvermeidlich gemacht und seine letzten Absichten eingestehen geheißen, bevor er die nötige Deckung gewonnen hatte. Nach langem Schwanken und mehrfachem Wechsel zwischen verschiedenen Entschlüssen nahm der Kurfürst daher auch noch diese Demütigung auf sich, indem er zwar nicht die ihm zugemutete Deklaration abgab, aber doch (5. Dezember 1685) ein Schreiben an den König richtete, worin er den Wunsch aussprach, seiner Freundschaft auch ferner gewürdigt zu werden, und versicherte, bei dem Vertrage mit den Niederlanden habe ihm jede Frankreich feindliche Absicht fern gelegen, wie er auch willens sei, den gegen dieses übernommenen Verpflichtungen pünktlichst nachzukommen. Doch bat er um Erlaß der verlangten besonderen Beweise der Vertragstreue von einem Verbündeten, der zu ehrliebend sei, um je den Vorwurf des Vertragsbruchs auf sich zu laden. Hatte man danach in Paris nicht Grund, von der „Unterwerfung des Berliner Hofes“ zu sprechen und denselben da, wo man eine Aenderung seiner Politik erwartete, durch die Erklärung zu diskreditieren, alle zwischen ihm und dem König aufgetauchten Irrungen seien beglichen und die alte Freundschaft hergestellt?

In Wahrheit sah der Kurfürst die Dinge bereits ganz anders an: offen sprach er es aus, daß am Bekenntnis seine Allianz mit Frankreich scheitere. Keine von den Zusagen hielt Ludwig XIV., die er in betreff der Duldung der Evangelischen in den reunierten Landen gegeben hatte. Die gleichzeitigen Vorgänge in England, das mit der Thronbesteigung Jakobs II. neben Frankreich der Hort der katholischen Reaktion wurde, steigerten des Kurfürsten Unmut und Besorgnis. Diese Stimmung benutzte der gewandte von Fridag, um Brandenburg noch mehr von Frankreich zu lösen und zunächst zum Bundesgenossen für den Türkenkrieg zu gewinnen. Der von ihm geschickt zu stande gebrachte Vertrag am 25. Dezember 1685/4. Januar 1686 bedeutete einen großen Schritt weiter zum Uebergang Brandenburgs in das Frankreich feindliche politische System. Der Kurfürst trat dem Kaiser von seinen Forderungen an Spanien 300 000 Thaler ab und stellte ihm gegen bare Zahlung von 150 000 Thalern 7000 Mann zum Krieg gegen die Türken in Ungarn. Diese Waffengemeinschaft mußte die politische Gemeinschaft gegen den Alliierten der Türken binnen kurzem zur Folge haben, namentlich nachdem am 20. Februar 1686 im tiefsten Geheimnis die Allianz mit Schweden unterzeichnet war, welche nicht bloß Brandenburg im Fall eines neuen Krieges mit Frankreich vor einem Ueberfall wie 1675 sicherte, sondern ein gemeinsames Vorgehen beider Mächte zum Schutz der den Reichsständen im Westfälischen Frieden gewährten Religions- und Gewissensfreiheit in Aussicht nahm. Damit war die wesentlichste Voraussetzung erfüllt, von der Brandenburgs Lossagung von Frankreich abhing. Das ermöglichte auch die Versöhnung und die Allianz mit dem Kaiser für die großen Fragen der europäischen Zukunft, die freilich innerlich durch die leidige konfessionelle Differenz dauernd gefährdet blieb. Nur die schlesische Frage stand da im Wege. Und auch auf ihre Erörterung hatte der kluge von Fridag sich eingelassen, während der Kurfürst, um endlich von Frankreich gelöst und auf der anderen Seite gesichert zu werden, zu Opfern bereit war, die er früher entrüstet zurückgewiesen haben würde. Nur ganz ohne Entschädigung auf Schlesien zu verzichten, hielt er auch jetzt

nicht für vereinbar mit seiner Ehre: er bestand auf Ueberlassung des Kreises Schwiebus. Da man sie in Wien verweigerte, drohte die Verständigung schließlich doch noch zu scheitern. Eine List von Fridags und ein Betrug, den er in Gemeinschaft mit dem Kurprinzen gegen den Kurfürsten übte, wandten diese Gefahr ab.

Es entsprach den am Berliner Hofe herrschenden ungesunden Verhältnissen, daß der Thronerbe, obgleich er bei des Vaters leidendem Zustand jeden Tag zur Herrschaft berufen sein konnte, von den großen Entscheidungen, die im Gange waren, jedenfalls amtlich keine Kenntnis und an ihrer Vorbereitung keinen Anteil hatte, sondern sich mit dem begnügen mußte, was ihm auf Umwegen gelegentlich davon zu Ohren kam. Daß er ein bewußter Gegner der französischen Allianz gewesen, ist wenigstens nicht erwiesen, mag man auch von gewisser Seite den Schein, als ob er es sei, zu erzeugen gesucht haben. Zudem war ja jetzt auch des Vaters ganzes Streben auf die Lösung von Frankreich gerichtet. Um so mehr beunruhigte den Prinzen der Gedanke, es könnte die Versöhnung und Verbindung mit Oesterreich an der Frage wegen Schwiebus scheitern. Das abzuwenden ließ er sich zu einem Schritt verleiten, der von keinem Standpunkt aus entschuldigt werden kann: er vermochte von Fridag seinem Hof die Ueberlassung von Schwiebus abzugewinnen durch die Zusage, daß er es, zur Regierung gekommen, zurückgeben werde. Ja er unterschrieb am 28. Februar 1686 einen Revers dieses Inhalts, den ihm von Fridag in die Hände spielte; er that es, ohne irgend jemandes Mitwissen, sogar ohne das seines einstigen Erziehers und einzigen Beraters Eberhard von Danckelmann. Mit diesem Revers in der Tasche, durch den der Kurprinz zum voraus das wieder herausgab, was man dem Vater als ein ungeheures Zugeständnis um schwere Gegenleistungen einräumte, schloß von Fridag am 22. März 1686 das geheime Defensivbündnis auf zwanzig Jahre mit Brandenburg ab, das dessen Lösung von Frankreich vollendete. Durch Begleichung der alten Differenzen, die beiden Teilen so verhängnisvoll geworden waren, ermöglichte man ein ehrliches Zusammenwirken für die mit so ernsten Gefahren drohende Zukunft. Hinfort wollten Kaiser und Kurfürst „für einen Mann

stehen und Wohl und Wehe miteinander teilen". Gegen Ueberlassung von Schwiebus und der fürstlich Liechtensteinschen Schuldforderung in Ostfriesland, dessen zunächst pfandweise Erwerbung er im Interesse seiner kommerziellen und maritimen Pläne erstrebte, verzichtete der Kurfürst auf seine schlesischen Ansprüche. Der Kaiser versprach Spanien zu vermögen, daß es die rückständigen Subsidien entweder endlich zahlte oder durch Abtretung „eines konvenabeln Stückes Land" ersetzte, wobei wohl auf Geldern gezielt war. Gemeinsam wollte man die durch den Regensburger Stillstand geschaffene Ordnung schützen, namentlich auch gegen die orleansschen Erbansprüche auf Pfalz oder Jülich, und Spanien im Besitz der Niederlande erhalten. Für die künftige Kaiserwahl wurde die brandenburgische Kurstimme dem Hause Habsburg zugesichert, ebenso Hilfe zur Durchsetzung seiner Ansprüche auf die spanische Erbschaft, wenn auch die Art und das Maß der im Fall dieser revolutio generalis zu leistenden Hilfe noch offen gelassen wurde. Um aber rechtzeitig zu rüsten, erhielt der Kurfürst jährlich während des Friedens 100 000 Gulden, nach Ausbruch des Krieges 100 000 Thaler Subsidien.

Damit wurden die letzten sechs Jahre brandenburgischer Politik gleichsam ausgelöscht. Nach langem, enttäuschungsreichem Irren kehrte sie in die verlassenen Bahnen zurück, wenn sie zunächst auch noch den Schein guten Einvernehmens mit Frankreich zu wahren suchte. Daher wurde denn nicht bloß die Defensivallianz vom 22. März 1686 sorgfältigst geheim gehalten, sondern auch das Geheimnis des am 7. Mai geschlossenen Satisfaktionsvertrags über den Verzicht des Kurfürsten auf Schlesien gegen die vereinbarte Entschädigung durch einen besonderen Scheinvertrag von demselben Tage gesichert, der die vor der Welt ja nicht zu verbergende Uebergabe von Schwiebus anderweitig begründen sollte, dann aber durch einen neuen Vertrag wieder für ungültig erklärt wurde. Aber wenn der vollzogene Parteiwechsel auch darin einen charakteristischen Ausdruck fand, daß der Kurfürst sein am 26. Januar 1686 aufgesetztes Testament nicht mehr wie das von 1680 unter Frankreichs Garantie stellte, sondern dem Kaiser zur Bestätigung und Auf-

bewahrung übergab, so machte doch der noch fortbestehende Schein der Abhängigkeit Brandenburgs von Frankreich um so mehr Eindruck, als der Kurfürst mit dem Kaiser bald unzufrieden zu sein Grund hatte und sich in lauten Klagen über die ihm bereitete neue Enttäuschung erging. Seine nach Ungarn geschickten Truppen sollten geflissentlich besonders ausgesetzt, ihr Befehlshaber, der eitle und ehrgeizige Adam von Schöning, nicht hinreichend belohnt, er selbst bei der Verpflegung u. s. w. übervorteilt sein. Dann drohte man ihn durch Auszahlung der Liechtensteinschen Schuld um die Handhabe zur Gewinnung Ostfrieslands zu bringen. Es scheint, als ob der Kurfürst unter diesen Eindrücken noch einmal ernstlich an der Richtigkeit des eingeschlagenen Weges irre geworden sei. Dazu kam neuer Streit in seinem Hause, wo der Gegensatz zwischen der Stiefmutter und den Kindern erster Ehe sich übel verschärfte, da diese sich in ihrem Erbrecht bedroht wähnten. Namentlich die Reise nach Cleve zur Zusammenkunft mit Wilhelm III. von Oranien gab Anlaß zu unerquicklichen Händeln. Aber sie wurde dennoch entscheidend. Damals — August 1686 — hat der Kurfürst die europäische Lage vollends mit Oraniens Augen sehen gelernt und sich mit diesem über das zur Rettung Nötige verständigt: der Zug Oraniens nach England und Brandenburgs Beihilfe dazu ist damals vereinbart worden. Die französische Diplomatie täuschte sich sehr, wenn sie glaubte, wie 1684 auch jetzt noch durch Brandenburg auf das Reich einen Druck ausüben zu können zu gunsten der von ihm erstrebten Verwandlung des zwanzigjährigen Stillstands in einen definitiven Frieden. Denn als des Kurfürsten Gesandter in Regensburg, Gottfried von Jena, einem von Mainz eingebrachten Antrag zustimmte, nicht bloß in Unterhandlungen darüber einzutreten, sondern sogar als Unterpfand friedlicher Absichten dem König etliche feste Plätze einzuräumen, wurde er streng zurechtgewiesen und abberufen. Da es nun aber über den Kopf des Reichstags hinweg zu Unterhandlungen zwischen dem Kaiser und Ludwig XIV. kam, die zu dem sogenannten Stillstand des Stillstands führten, das heißt der zwischen beiden gewechselten Erklärung, daß sie auch fernerhin Frieden halten wollten, Frankreich natürlich um

den Preis der Anerkennung all seiner neuen Uebergriffe, so ergab sich daraus eine Annäherung der beiden katholischen Großmächte, die unter den damals obwaltenden Verhältnissen für die Evangelischen neue Gefahren mit sich brachte. Als sie abzuwehren der Kurfürst das am 20. Februar 1686 mit Schweden geschlossene Bündnis durch den Beitritt Dänemarks zu einer nordischen Tripelallianz erweitern wollte, „wider Frankreich und alle diejenigen, so die evangelische Religion und deutsche Freiheit anfechten würden“, suchte man französischerseits alsbald wieder das Haus Braunschweig gegen ihn in Waffen zu bringen. Mit Hannover stritt der Kurfürst um die Herrschaft Gartow an der Elbe, das er als Zubehör des Sonnenburger Johannitermeistertums, Hannover als Lehen beanspruchte. Schon lag man sich dort kampfbereit gegenüber. Nicht zu weichen entschlossen, rüstete der Kurfürst und ließ fünf neue Regimenter aufstellen, was ihm erwünschte Gelegenheit gab, eine größere Anzahl von französischen Reformierten als Offiziere unterzubringen, denen von den Obersten die anderweitige Aufnahme verweigert worden war.

Was aber wollten die Sorgen, die ihm aus diesen Wirren erwuchsen, besagen gegen das häusliche Leid, das ihm gerade in dieser Zeit bangen Harrens auf eine große rettende Entscheidung bereitet wurde und, an sich unpolitischen Ursprungs, doch auch auf das politische Gebiet hinübergriff? Am 7. April 1687 wurde Markgraf Ludwig, des Kurprinzen jüngerer Bruder, von einem Fleckfieber jählings dahingerafft. Durch die Aerzte, welche die Natur der Krankheit nicht erkannten, in dem Glauben an ihre Ungefährlichkeit bestärkt, hatte der Vater abgelehnt, den vom Gefühl des nahen Todes erfüllten Sohn noch einmal zu sehen, um beiden Teilen eine zwecklose Erschütterung zu ersparen. Natürlich wurde ein Giftmord vermutet: auch das Gutachten der Aerzte sprach sich dafür aus, während die wenigen unbefangenen Beobachter an dem natürlichen Tode des reich begabten Jünglings nicht zweifelten. Wenn die einen auf die Jesuiten, die anderen auf polnische Emissäre als Urheber rieten, so ging das noch: welch ungesunde, von heimlicher Feindschaft, scheuer Furcht und bösesten Verdächtigungen erfüllte Luft an

dem Berliner Hofe damals herrschte, bewies die Thatsache, daß nicht bloß die erregte öffentliche Meinung, sondern selbst der Kurprinz die Kurfürstin Dorothea der Urheberschaft und eine am Hofe weilende Verwandte derselben der Thäterschaft bezichtigte, wenn man sich auch hütete, das zu des Kurfürsten Ohren kommen zu lassen, zumal die auf die umlaufenden Gerüchte hin angestellte Untersuchung, an der als Beauftragter des Kurprinzen Eberhard von Danckelmann teilnahm, einen Anhalt irgendwelcher Art nicht ergab. Mit äußerster Schärfe kam hier der geheime Zwiespalt zu tage, der das kurfürstliche Haus seit Jahren innerlich zerriß. Das Verhältnis der Kurfürstin Dorothea zu ihren Stiefkindern war nie ein gutes gewesen. Gewiß lag das nicht an ihr allein. Denn von Anfang an scheint die oranische Partei, obenan der Schwager der verstorbenen Luise, der Fürst von Anhalt, ihr entgegen gearbeitet zu haben, indem sie sich den Anschein gab, als ob die Kinder erster Ehe besonderen Schutzes gegen sie bedürften. Daß sie den Gemahl, dessen aufopfernde Pflegerin sie war, wenn sie ihm auch geistig nie das sein konnte, was ihm die geistesverwandte Oranierin gewesen war, stark beeinflußte, steht freilich ebenso fest, wie ihr begreiflicher Wunsch, die blühenden Söhne, die sie ihm geschenkt, möglichst selbständig fürstlich versorgt zu sehen. Hier entsprang des kränklichen, zarten Kurprinzen Sorge um eine Minderung seines Nachfolgerechtes zu gunsten der Stiefbrüder, die namentlich rege wurde, als der Kurfürst sein Testament vom 29. Januar 1680, das ohne den Inhalt zu kennen auch Friedrich durch seine Unterschrift hatte beglaubigen müssen, im Sommer 1681 dem König von Frankreich als Garanten übergab, während darin die Einheit des Staates besser gewahrt war als nachher in dem vom Januar 1686, das dem Kaiser zur Bestätigung und Vollziehung übergeben wurde. Wenn aber der böse Handel, in den der Kurprinz sich mit von Fridag durch den Revers einließ, damit in Verbindung gebracht und die Sache so dargestellt ist, als ob er die Rückgabe von Schwiebus zugesagt habe, um in Wien die Bestätigung des, wie er meinte, ihm ungünstigen Testaments versagt zu sehen, durch deren Ge-

währung also vom Kaiser betrogen worden sei, so fehlt dafür jeder Anhalt.

Ueberhaupt tritt ein eigentlich politischer Gegensatz zwischen Vater und Sohn nirgends zu tage. Was sie trennte, war der Mangel persönlicher Sympathie: der Sohn klagte gelegentlich über die „rüde" Behandlung und glaubte sich durch die Stiefmutter, die ihm auch persönlich nicht immer richtig begegnete, in seinen Erstgeburtsrechten gefährdet, namentlich in betreff der oranischen Erbschaft, was zur Zeit der politisch so entscheidenden Reise nach Cleve (Juli—August 1686) in der kurfürstlichen Familie zu peinlichen Erörterungen führte. Ein neues Moment der Zwietracht wurde des Kurprinzen Ehe mit Sophie Charlotte von Hannover, die zu den Schwiegereltern nie in einem besonderen Verhältnis stand. An der liebreizenden Fürstin hat das kaum gelegen: der Antipathie, die hier Platz griff, lagen vielmehr gewisse politische Motive zu Grunde. Die Erwartungen, die der Kurfürst auf die Versöhnung mit dem Hause Braunschweig, die jene Heirat besiegelte, gesetzt hatte, waren nicht erfüllt worden: neue Streitpunkte hatten das Verhältnis namentlich zu Ernst August von Hannover, mit dem eine Zeitlang große Intimität geherrscht hatte, bald wieder zu einem gespannten gemacht. So sah der Kurfürst in der Schwiegertochter vor allem die Welfin, scheint auch besorgt zu haben, sie könne auf ihren Gatten und damit späterhin auf dessen Politik entsprechenden Einfluß gewinnen. Es war nicht seine Art, seinen Gefühlen Zwang anzuthun: verbittert und aufbrausend, unter dem Einfluß schweren körperlichen Leidens reizbar und heftig, gebrauchte er gelegentlich derbe Worte, die er nachher selbst ungesprochen wünschte. Auf einen solchen Ausbruch seines unwirschen Wesens ist in der Hauptsache auch der Konflikt zurückzuführen, der inmitten schwerer politischer Sorgen den Frieden seines Hauses vollends zu vernichten und die Zukunft seines Staates ernstlich zu gefährden drohte und von intriganten Gegnern richtig benutzt, auch unheilvoll werden konnte.

Im Frühjahr 1687, noch unter dem frischen Eindruck des jähen Todes seines Bruders Ludwig, von dessen gewaltsamem Ende er überzeugt war, begab sich der Kurprinz mit seiner

Gemahlin nach Karlsbad. Er scheint den Gedanken nicht los geworden zu sein, daß man bei seiner Schwächlichkeit auch sein baldiges Ende erwarte, vielleicht erhoffe, behauptete auch bereits beinahe das Opfer von Gift geworden zu sein. Und nun mußte er hören, daß der Vater die Mitteilung von einer neuen Schwangerschaft seiner Gemahlin, deren erstes Söhnlein vier Monate alt gestorben war, statt mit dem erwarteten Ausdruck der Freude vielmehr mit einer Aeußerung beantwortet habe, welche die Tugend und die Treue Sophie Charlottens und die Legitimität des erwarteten Kindes in Zweifel zog. An der völligen Grundlosigkeit so böser Nachrede, auf die der Kurfürst zurückkam, indem er boshaft die schöne Frau mit einer bestimmten Persönlichkeit in ehrenrührige Verbindung brachte, hat nie jemand gezweifelt. Natürlich aber wurde sie auch der Beleidigten selbst hinterbracht. Von der Rückkehr nach Berlin wollte sie nun nichts wissen. Ihren Gemahl zur Verweigerung derselben und zur Bitte um die Erlaubnis zum Rückzug auf seine Güter oder nach seiner Statthalterschaft Cleve zu bestimmen, wurde ihr um so leichter, als er an dem Glauben an seines Bruders gewaltsames Ende festhielt. Er erklärte, auch das gehoffte Kind werde in Berlin nicht sicher sein, und machte die Rückkehr abhängig von der Bestrafung der Mörder des Markgrafen Ludwig, die er in der Umgebung der Stiefmutter suchte. Des Vaters Befehle, seine zornigen Drohungen blieben wirkungslos: statt nach Berlin zu kommen, ging er nach Hannover. Das aber drohte dem traurigen Familienstreit politische Bedeutung zu geben. Denn es war fast wie ein Uebergang in das feindliche Lager. Der intrigante Ernst August, der, wie es scheint, sogar den entscheidenden Anstoß zu dieser „Flucht“ des kurprinzlichen Paares nach Hannover gegeben hatte, suchte den von ihm und seiner resoluten Gattin, der Pfälzerin Sophie, alle Zeit stark beeinflußten Schwiegersohn an sich zu fesseln und auch politisch gegen den Vater auszuspielen. So verschärfte sich der Konflikt. Auf die erneute Weigerung der befohlenen Heimkehr wurden des Prinzen Bezüge einbehalten. Man sprach von der Bestellung des Markgrafen Philipp, des ältesten Sohnes aus des Kurfürsten zweiter Ehe, zum Herzog

von Preußen; ja manche fürchteten des Kurprinzen Enterbung. Das machte auf diesen Eindruck. Es war ein erster Schritt zum Einlenken, daß er — auf des Schwiegervaters Rat — das besonders anstößige Hannover mit dem Kasseler Hofe vertauschte. Dort scheint Landgraf Wilhelm, sein Vetter, mit dessen Schwester er zudem in erster Ehe vermählt gewesen war, vollends im Sinne der Versöhnung auf ihn eingewirkt zu haben. Dem Einfluß der Schwiegereltern entrückt, begann er unter dem Druck der in Berlin gegen ihn ergriffenen und weiterhin in Aussicht gestellten Maßregeln das Verkehrte seiner Handlungsweise einzusehen. Der Landgraf übernahm die Vermittelung zwischen Vater und Sohn, zu der sich auch der verschwägerte dänische Hof erboten hatte. Es wurde förmlich unterhandelt und, wie es scheint, eine Art von Pakt geschlossen. Zwar lehnte der Kurfürst es ab, den Sohn seinen Aufenthalt beliebig nehmen zu lassen, wo er seines Lebens sicher zu sein glaube: aber mit der Residenz in Cleve erklärte er sich einverstanden, doch wohl weil sie für den Statthalter dieses Gebiets nichts Auffallendes gehabt hätte. Auch sollten während des Aufenthalts des Paares in Berlin gewisse diesem anstößige Personen dem Hofe fern bleiben: das wird auf der Kurfürstin Nichte, Luise Charlotte von Schleswig-Holstein-Augustenburg, gegangen sein, der man den Tod des Markgrafen Ludwig schuld gab, vielleicht nur, weil sie jemand anders zu verdächtigen versucht hatte. Dagegen bestand der Kurfürst darauf, daß auch Sophie Charlotte, deren Hoffnungen inzwischen auf der Reise nach Hannover durch eine Fehlgeburt vernichtet worden waren, mit dem Gemahl zurückkehre, obgleich sie bei seinen Lebzeiten nicht nach Berlin kommen zu wollen erklärt hatte. Der Punkt, in dem das Unrecht zweifellos auf seiner Seite war, sollte damit ohne weitere Erklärung oder Entschuldigung — die ja überhaupt unmöglich war — stillschweigend aus der Welt geschafft werden. Diese Bedingungen bestätigen, daß es sich bei dem Konflikt um leidigen Familienzwist und bittere persönliche Differenzen handelte, politische Gegensätze aber nicht mitwirkten. Nur in Hannover war man unzufrieden mit dieser Wendung und bedauerte, durch den Rat zur Reise nach Kassel den Prinzen

seinem Einfluß vorzeitig entrückt zu haben. Ließ derselbe sich doch nicht bestimmen, nach Hannover zurückzukehren und nur mit Mühe bewegen, mit dem Schwiegervater noch einmal zu einer flüchtigen Unterredung auf dem Jagdschloß Rothenkirch bei Einbeck zusammenzutreffen. Die von Kassel aus vermittelte Verständigung nahm ihren Fortgang, und in den ersten Novembertagen kam das kurprinzliche Paar in Potsdam an. Daß es bei der ersten Begegnung mit dem Vater, der, so schwer gegen ihn gefehlt war, sich doch auch von Schuld nicht frei wußte, kalt und förmlich herging, war natürlich. Eine Aussprache unter vier Augen bahnte wohl den Weg zur Versöhnung. Dabei erst erhielt der Kurfürst von dem furchtbaren Verdacht Kenntnis, der auf seine Gemahlin geworfen worden war. Darüber war denn freilich nicht leicht hinwegzukommen.

Das beste Heilmittel gab auch hier die gemeinsame Sorge um die Zukunft des noch immer schwer bedrohten Staates: in ihr haben sich Vater und Sohn, so sehr sie nach dem Geschehenen in der Stille noch grollen mochten, schließlich gefunden und, über die unerquickliche Vergangenheit einen Schleier breitend, sich verstehen gelernt und Vertrauen zu einander gewonnen. Angesichts der nahenden Stürme galt es über das Bedürfnis des Augenblicks hinaus den einzuhaltenden Kurs zu bestimmen. Mit den kleinen Mitteln, den momentanen Aushilfen, dem Schwimmen mit dem wechselnden Strom, wie es des Kurfürsten Politik bisher gethan hatte, war nichts mehr zu erreichen. Es handelte sich um eine Entscheidung prinzipiellster Natur, nach der es kein Einhalten, kein Rückwärts, nur noch ein Vorwärts gab. Ueber die Zukunft des brandenburgisch-preußischen Staates ist eben in jenen Wochen endgültig Bestimmung getroffen worden. So wenig wie einst die so teuer erkaufte Allianz mit Frankreich hatte der Geheimvertrag mit dem Kaiser vom 22. März 1686 gehalten, was man von ihm gehofft hatte. Ohne Ahnung von dem Revers betreffend die Rückgabe von Schwiebus, fühlte der Kurfürst sich auch von Oesterreich hintergangen. Der ostfriesische Handel rückte nicht aus der Stelle: augenscheinlich wollte man ihn die wichtige

Position an der Nordsee nicht gewinnen lassen. Aber nur an ihr, nicht an den dafür gebotenen 240 000 Thalern war ihm gelegen. Auch zeigte man in Wien keine Lust, den glücklichen Türkenkrieg abzubrechen, um den Waffengang mit Frankreich zu erneuern, bei dem das Haus Habsburg selbst kaum Großes zu gewinnen hatte. Man fand dort an dem zwanzigjährigen Stillstand mehr und mehr Geschmack, seit man im Osten eine ungeheure Erobererlaufbahn vor sich aufgethan sah. In dem eroberten Ungarn begann eine Verfolgung der Evangelischen, die dem in Frankreich Geschehenen nichts nachgab. Des Kurfürsten Verwendung für seine Glaubensgenossen verhallte ungehört. In diesem Punkte hatte er die Klippe gefunden, an der seine Allianz mit Frankreich scheitern mußte: sollte er dem Kaiser gegenüber die evangelische Sache verleugnen? Was wurde aus der Reichsverfassung, wenn die österreichische Macht ins Ungemessene weiter wuchs? Was wurde aus der Freiheit Europas und dem evangelischen Glauben, wenn sich der Kaiser mit Frankreich verständigte und beide mit dem katholischen König von England, der eben der Stammvater einer katholischen Dynastie zu werden hoffte, eine furchtbare Tripelallianz im Dienste des politischen Absolutismus und der katholischen Reaktion bildeten? Wenn der Kurfürst da der Verpflichtung, die Wahl des Erzherzogs Joseph zum römischen König zu fördern, nicht nachkam, wenn er der Erhebung Karls von Lothringen, des Schwagers des Kaisers, auf den polnischen Thron entgegenarbeitete, ja es nicht ungern sah, daß durch die Wahl Wilhelms von Fürstenberg zum Koadjutor in Köln eine Kreatur des französischen Königs in das Kurfürstenkollegium zu kommen Aussicht erhielt, so waren das doch nur kleine Mittel, Notbehelfe, welche die Krisis hinausschieben, aber nicht abwenden und nicht einen günstigen Ausgang verbürgen konnten. Nur ein rettender Ausweg blieb, und seit dem denkwürdigen Clever Tage verfolgte er ihn mit ruhiger, besonnener Konsequenz und einer umsichtigen Entschlossenheit, die mit seinem sonst so stürmischen Wesen, seiner heftigen Ungeduld und seinem oft übereilten Drängen auf rasch greifbare Erfolge auffallend kontrastierte. Weder mit dem Kaiser noch mit Frankreich — mit den Vor-

kämpfern der Freiheit, der politischen so gut wie der Glaubensfreiheit — sollte Brandenburg hinfort gehen: nicht in der irrungsreichen Vergangenheit, nicht in der gefahrenreichen Gegenwart — in der Zukunft lag sein und seines Herrscherhauses Heil, die sie frei von habsburgischer und bourbonischer Weltherrschaftspolitik und frei auch von der dunklen kirchlichen Reaktion der Stuarts kraft des Selbstbestimmungsrechts eines werdenden Volkes und im Lichte weitherziger Toleranz in schweren Kämpfen aus eigener Kraft sich aufbauen sollten.

Ein großer, kühner, genialer Zug geht in diesen letzten Zeiten durch des Kurfürsten ruhig besonnene Politik. Mehr als sonst kommen die idealen Momente der Zeit in ihr zur Geltung. Aber selbst jetzt verlor er Pommern nicht aus dem Auge, meinte vielmehr in der alten Art eine neue Kombination gefunden zu haben, um dort doch endlich an das Ziel seiner Wünsche zu kommen. Als Vermittler in den Streitigkeiten, die seine Cousine, die ehemalige Schwedenkönigin Christine, wegen des unregelmäßigen Eingangs der ihr zustehenden Gelder mit der Stockholmer Regierung hatte, erbot er sich seinerseits die betreffenden Zahlungen zu leisten gegen Ueberlassung Pommerns oder wenigstens Stettins. Durch einen besonderen Gesandten unterhandelte er in Rom mit der Königin: während er die eigentlich Schweden treffenden Zahlungen leistete, sollte sie ihn zum Erben einsetzen, damit ihre so auf ihn übergehenden Forderungen an Schweden ihm eine Handhabe böten, um dereinst Pommern ohne Schwertstreich an sich zu bringen. Sein Tod durchkreuzte solche Entwürfe.

Aber auch die so heiß ersehnte Entscheidung in England erlebte er nicht mehr. Doch weilte all sein Denken bei dem Unternehmen Oraniens: er war nicht bloß Mitwisser, sondern handelnd an der Vorbereitung beteiligt. Im Cleveschen hatte er 9000 Mann bereit, um den Niederrhein und die Niederlande zu decken, wenn der Statthalter, dem an ihn ergangenen Rufe folgend, mit der Flotte und dem Heer der Republik über den Kanal setzte, um in der Freiheit und dem Glauben Englands die Freiheit Europas und das Evangelium zu retten. In unscheinbarer, aber ebenso entscheidender wie verdienstvoller

Weise trat er damit wirklich in die große europäische Politik handelnd ein und zwar in einer Richtung, die auch seiner Nachfolger Politik von Oesterreich sowohl wie von Frankreich emanzipierte und an die Sache der Freiheit und des Fortschritts knüpfte. Damit sühnte er, was er in allzu heißem dynastischen Machtstreben im Dienste Frankreichs gegen Deutschland gefehlt hatte, und erhob sich zu einem evangelischen und deutsch-nationalen Fürsten, der auch die berechtigten Interessen seines Hauses und Landes voll idealen Sinnes dem Heil der Gesamtheit unterordnete und dadurch erst ein wirklich moralisch begründetes Recht auf deren Dankbarkeit gewann.

II. Des Großen Kurfürsten Ausgang und Lebensarbeit. Bis 1688.

Sorgenvoll und trübe, arbeits- und enttäuschungsreich war namentlich wieder das letzte Jahrzehnt für Friedrich Wilhelm gewesen, vergleichbar dem mühsamen Ringen eines Schwimmers, der sich einem ihn immer wieder niederziehenden Strudel mit einer letzten verzweifelten Anstrengung zu entreißen strebt. Dazu kamen die unerquicklichen Verhältnisse in seiner nächsten Umgebung, Hader in der Familie, Streit und Neid unter seinen Räten, Parteiung unter den Generalen und schmerzhaftes körperliches Leiden, das ihn täglich des nahen Endes gewärtig sein hieß. Und dabei war er, so weit wir sehen, ziemlich vereinsamt, ohne eigentlichen Vertrauten. Daß von seinen hervorragendsten Räten kaum einer nicht fremdes Geld genommen hatte, mag man aus der laxen politischen Moral der Zeit erklären. Daß Hans Adam von Schöning, der Befehlshaber der nach Ungarn geschickten Truppen, Pensionär Frankreichs war und auch dem französischen Gesandten in Berlin heimlich aus dem Feldlager Bericht erstattete, war schon ein bedenklicheres Symptom. Nach innen und außen kennzeichnet es daher die Lage sehr eigentümlich, daß der eben aus der Fremde gekommene greise Marschall Schomberg, dessen Berufung an die Spitze der Armee lebhafte Unzufriedenheit erregte, dem Kurfürsten am nächsten gestanden und allein sein unbeschränktes Vertrauen besessen hat, der tapfere Mann, der, anders wie so viele, die glänzendste Stellung, die ihm sein Adoptivvaterland bot, darangab, um seinem Glauben leben zu können, und heimatlos geworden, seinen Degen in den Dienst der Glaubensfreiheit stellte, die zugleich mit der Freiheit Europas durch seinen bisherigen Kriegsherrn bedroht war. Das große Geheimnis des oranischen

Unternehmens hat beide rasch zusammengeführt und eng verbunden. Der kluge, tapfere Meinders, der ihm in der schwersten Krisis als einsichtsvoller und selbständiger Gehilfe zur Seite gestanden hatte, war durch den jüngeren, gewandteren, ehrgeizig aufstrebenden Fuchs verdrängt, der sich durch seine Geschäftskenntnis unentbehrlich zu machen und auch dem kommenden neuen Herrn zu empfehlen wußte.

Wiederholt schwer krank und dem Tode verfallen geglaubt, war der Kurfürst dank seiner zähen Natur aller Anfälle doch Herr geworden. Im Frühjahr 1688 aber ließ beginnende Wassersucht, die zu dem Stein- und Gichtleiden hinzukam, das Nahen des Endes erkennen. Er setzte seine gewohnte Thätigkeit fort. Mitte April wurden die Beschwerden ärger: wiederholte längere Ohnmachten befielen ihn. Es war Zeit, sein Haus zu bestellen. In Gegenwart des Kurprinzen, der nun nicht mehr verstimmt und zurückgesetzt seitab stand, und der Geheimeräte that er das am 7. Mai 1688 in einer Weise, deren schlichte Menschlichkeit und echte Fürstlichkeit noch heute ebenso ergreifend und erhebend wirkt, wie auf die damals um den Gründer des preußischen Staates Versammelten, und dieses in einer Hetzjagd von Sorge und Arbeit verlaufene, an Widersprüchen, Härten und Gewaltsamkeiten reiche und doch auch von eigenem Verschulden nicht freie Fürstenleben so wohlthuend harmonisch ausklingen läßt, daß alle es bisher erfüllenden Dissonanzen aufgelöst erscheinen und nur die Summe dieser ungeheuren Lebensarbeit sich in mild verklärendem Lichte darstellt.

Mühevoll, in Krieg und Unruhe, so sprach er zu den Anwesenden, aber auch glücklich sei seine lange Regierung verlaufen; es sei ihm gelungen, das so elend überkommene Land wieder zu heben, den Freunden Achtung, den Feinden Furcht einzuflößen. Er dankte den Räten für ihre treue Mitarbeit, mit der sie auch seinem Sohne zur Seite stehen möchten, bedauerte unter dem Zwange der Verhältnisse seine Unterthanen haben schwer belasten zu müssen, und ermahnte den Nachfolger, in seinem Sinn weiter zu regieren und den erworbenen Ruhm zu bewahren und zu mehren, indem er sich nach der ihm schriftlich hinterlassenen Anweisung — der „Väterlichen Vermahnung“

von 1667 — richtete. Nacheinander erwiderten die Anwesenden einige Worte gerührten Dankes, zuerst der Kurprinz, dann Schomberg. Nach einer kurzen Pause ging man dann an die Erledigung der vorliegenden Geschäfte. In seinem Schlafgemach hatte der Kurfürst eine Unterredung unter vier Augen mit dem Kurprinzen, den er eindringlich vermahnte und segnete. Den Rest des Tages verbrachte er in frommen Gesprächen mit zwei Geistlichen, die Nacht unter schweren Leiden allein mit der treuen Gattin und unermüdlichen Pflegerin. Am anderen Morgen trafen, aus Berlin herbeigeholt, die übrigen Kinder in Potsdam ein: ehe er ihnen seinen Segen erteilte, ermahnte er sie zu unverbrüchlicher Treue gegen ihren reformierten Glauben; namentlich die Witwe des Markgrafen Ludwig erinnerte er daran, daß diese Verpflichtung ihr bereits durch ihres Vaters Testament auferlegt sei — um sie warb Jakob Sobieski, der des Vaters Nachfolger auf dem polnischen Thron zu werden hoffte. Man sieht, wo er auch in dieser letzten schweren Stunde den nie versagenden festen Halt fand. Wie sich aber das ihm Heiligste doch auch mit den ihn beschäftigenden politischen Sorgen und namentlich dem in Vorbereitung befindlichen großen Unternehmen Oraniens verknüpfte, das, wie er zuversichtlich hoffte, den rettenden Umschwung herbeiführen sollte, ließ er offenbar werden, indem er am Abend des 8. Mai, um Parole und Losung für den nächsten Tag befragt, Amsterdam und London als solche gab. Dort mußte sich das Schicksal Europas und seines Staates entscheiden. Noch eine qualvolle Nacht folgte, ein letzter Abschied von den Seinen am Morgen des 9. Mai: um neun Uhr etwa that er den letzten Atemzug und schloß, das Haupt neigend, sich selbst die Augen.

Versucht man die Persönlichkeit des Großen Kurfürsten in ihrer Totalität und sein Lebenswerk in seinem Gesamtergebnis zu erfassen, so treten auch da zunächst unvermittelt die Gegensätze zu Tage, die den Verlauf seiner fast ein halbes Jahrhundert umfassenden Regierung innerlich und äußerlich stürmisch bewegt haben: zähes Festhalten des einmal ins Auge gefaßten Ziels und dabei doch eine merkwürdige, unstet hin und her springende Beweglichkeit in der Wahl der zu seiner

Erreichung anzuwendenden Mittel; eine launenhaft erscheinende Plötzlichkeit des Entschlusses, der zuweilen fast ebenso schnell wieder aufgegeben oder in sein Gegenteil verkehrt wird, wie er gefaßt war; leichtes Aufflackern im Eingehen politischer Freundschaften und reizbarste Empfindlichkeit gegen jede Verletzung der für andere daraus erwachsenden Pflichten, durch die er selbst der seinigen entledigt zu werden glaubt; die Neigung, die Dinge trübe zu sehen, und wenig von der Zukunft zu hoffen und dann in einzelnen Momenten ein unaufhaltsam vorwärts stürmender Wagemut; der Wunsch, vor allem für wahr und zuverlässig gehalten zu werden und eine Verschlossenheit und Hinterhaltigkeit des Handelns, die ihn Freund und Feind als unergründlich erscheinen ließen und in den Ruf eines listigen Fuchses brachten; Mangel an Vertrauen zu seiner Umgebung und eine oft unbedachte Offenherzigkeit Fremden gegenüber, die durch vorzeitige Preisgebung geheimer Absichten deren Verwirklichung zum voraus unmöglich machte; die volle Einsicht in den Wert der Souveränetät und der glücklich geschaffenen Einheit seines Staates und die väterliche Schwäche in der Sorge um eine möglichst vollfürstliche Stellung für die Kinder der zweiten Ehe; die glückliche Gabe zu imponierender fürstlicher Repräsentation und zeitweise eine an Menschenscheu grenzende Neigung zur Einsamkeit. Nicht bloß aus den nie verwundenen Eindrücken seiner schweren Jugend und den mit den Jahren steigenden Einflüssen quälender körperlicher Beschwerden wird das zu erklären sein: vielmehr kommt dafür als vornehmste Quelle der unausgleichbare Widerspruch in Betracht, an dem sein ganzes Wirken krankte und mehr als einmal zu scheitern drohte, den schließlich aber doch unschädlich gemacht zu haben eigentlich die Summe seines historischen Verdienstes ist — das Mißverhältnis zwischen den Ansprüchen, welche dieser aus so ungleichartigen und weit verstreuten Teilen bestehende, der Einheit noch entbehrende Staat erhob und erheben mußte, wenn er nicht bei dem nächsten hereinbrechenden Sturm zerrissen und zur Ohnmacht verurteilt sein wollte, und den durchaus ungenügenden Machtmitteln, die ihm zur Behauptung seiner ringsum bedrohten Stellung zur Verfügung standen. Erst von diesem

Gesichtspunkte aus wird die Größe seiner Erfolge recht gewürdigt werden können. An ihm gemessen, macht seine Politik den Eindruck des Weitausgreifenden, Zielbewußten, Konsequenten, stellt man sich ihren Träger vor als einen Herrscher, der sicheren Auges und fester Hand das Staatsschiff glücklich durch Klippen und Sandbänke auf das erstrebte Ziel lossteuerte. Geht man aber ihren einzelnen Akten nach und löst den durchmessenen Weg nach den Momenten, die für die wechselnde Wahl der Richtung maßgebend waren, gewissermaßen in seine Bestandteile auf, so wird daraus ein mühseliges und sorgenvolles Lavieren und gelegentlich ein recht widerspruchsvolles Hin- und Herkreuzen. Fast niemals war das, was er schließlich erreichte, von vornherein sein Ziel gewesen. Zumeist waren seine Gesichtspunkte vielmehr negative, insofern er vor allem die drohenden Gefahren vermeiden wollte. Das aber war bei der damaligen Lage und seinen beschränkten Machtmitteln wahrlich kein geringes Verdienst. Es galt in weiser Selbstüberwindung — die auch diesem hochstrebenden Fürsten nicht leicht geworden ist — den Staat durch maßvolle Beschränkung der Ansprüche auf der Höhe zu erhalten, die er mühsam genug erreicht hatte, und ihm damit die Möglichkeit zu wahren, später gebotene günstige Gelegenheiten kraftvoll auszunutzen, statt inmitten einer furchtbaren europäischen Krisis gleichsam alles auf eine Karte zu setzen, um vielleicht alles zu gewinnen, ebensogut aber auch vielleicht alles zu verlieren. Eine solche Politik mußte sich in der Persönlichkeit ihres Trägers um so deutlicher widerspiegeln, je mehr diese selbst den Druck der auf ihr lastenden Sorge und Verantwortlichkeit empfand.

Person und Politik des Großen Kurfürsten wird man daher erst dann vollkommen verstehen, wenn man sich gewöhnt, sie befreit von dem sie umgebenden legendaren Nimbus zu betrachten, so wie sie sich in der harten Wirklichkeit darstellten: unter dem Druck unausgesetzt nagender Sorge, zeitweise aussichtslos scheinender Bedrängnis, nach den seltenen und immer nur kurz gemessenen Zeiten glänzender Erfolge voll zuversichtlichsten Aufschwungs, dann wieder durch nicht immer unverschuldete Enttäuschung tief verbittert, Tag und Nacht darauf

bedacht, wie für das ihm zu Unrecht Entgangene Ersatz zu schaffen, und in dem rastlosen Drange danach zuweilen versucht, durch einen großen gewagten Wurf aller Not mit einemmal ein Ende zu machen, um dann die Gelegenheit dazu ebenfalls wieder entschwinden zu sehen. Wenig bleibt da allerdings von dem Idealbild übrig, das die dankbare Nachwelt sich von dem Gründer des preußischen Staates zu machen gewohnt ist: aber das so gewonnene Bild entspricht nicht bloß der Wirklichkeit mehr, sondern es ist vor allem insofern treuer, als der Große Kurfürst uns so als Mensch von Fleisch und Blut entgegentritt und wir aus seinem Werk und den Bedingungen, unter denen er daran schuf, auch die Härten und Schroffheiten seines Wesens begreifen lernen. Auch seinem moralischen Wert nach wird man das von ihm Erreichte höher veranschlagen, wenn man weiß, wie er bei der Erfüllung seines schweren Berufs nicht bloß mit der Schwäche der eigenen Natur, sondern vielfach auch mit der Selbstsucht und Unzuverlässigkeit seiner nächsten Gehilfen zu ringen hatte, und keineswegs nach Heroenart über Menschen und Dingen seiner Zeit erhaben, dieselben mühelos seinen höheren Zwecken dienstbar machen konnte.

Erinnert man sich daran, daß der Beinamen des Großen dem Kurfürsten zuerst im Westen des Reichs beigelegt wurde, um die Zeit, da er nach dem ruhmlosen Ausgang des oberrheinischen Feldzuges zur Rettung der Mark heimwärts zog (S. 223), so gewinnt man den Eindruck, daß die Zeitgenossen ihn mehr auf das gründeten, was sie von ihm erhofften, als auf das, was er dem deutschen Volk bereits geleistet hatte. Und damit erst rückt seine mächtige Persönlichkeit in die richtige historische Beleuchtung. Gewiß ist er groß in dem, was er geleistet hat, aber größer doch noch in dem, was er gewollt hat, und am größten in dem, was er von einem gewissen inneren Drange, gleichsam instinktiv vorwärts getrieben, geahnt, als in der Zukunft erstrebbar und in einer ferneren Zukunft vielleicht erreichbar geahnt und als künftiges Ziel aufgewiesen hat. In ihm zuerst hat sich der Glaube an die Zukunft seines Hauses und seines Staates zu einer moralischen

und dadurch dann weiterhin zu einer politischen Macht verkörpert, die zu einem Moment von hoher praktischer Wirksamkeit wurde. Es ist, als ob er den reformierten Prädestinationsglauben auf das Gebiet des historischen Lebens übertragen hätte. Selbst in den Tagen der höchsten Bedrängnis hat ihn diese Anschauung nicht verlassen, und nach den großen rettenden Ereignissen seines Lebens hat er ihr in den Umschriften der auf sie geschlagenen Denkmünzen und in den zu den Dankgottesdiensten gewählten Bibeltexten höchst charakteristischen Ausdruck gegeben (S. 128). Das Entscheidende aber, was diese Denkweise zu einem Moment von folgenreichster geschichtlicher Wirksamkeit machte, war, daß er mit ihr auch immer weitere Kreise seines Volkes, vor allem aber und ganz besonders seine Märker zu erfüllen wußte. Und dadurch namentlich hat er die so ungleichartigen und nur locker verbundenen Bestandteile seines Staates durch ein innerliches, gemütliches, ethisches Band miteinander verknüpft. Damit that er den ersten, aber auch gleich entscheidenden Schritt, um die noch unfertige Form des von ihm geschaffenen Staates mit dem geistigen und sittlichen Inhalt zu erfüllen, der ihr die Berechtigung des Bestehens und die Möglichkeit fortschreitender Ausgestaltung gab und zugleich ein Gegengewicht schuf gegen den noch immer so mächtigen Sondergeist, der die landschaftlichen und die ständischen Interessen über die Interessen des Gesamtstaates und des Volkes setzte.

Ranke hat Friedrich Wilhelm mit den übrigen großen theoretisch-praktischen Geistern des 17. Jahrhunderts in Vergleich gestellt, mit Gustav Adolf und Richelieu, Wallenstein und Cromwell, Karl Gustav, Mazarin und Johann de Witt, und urteilt daraufhin, daß er an universal eingreifender Wirksamkeit und damit eigentlich weltgeschichtlicher Bedeutung hinter ihnen allen zurückstehe. Gewiß trifft das zu von dem Standpunkt der Zeit aus, in die sein Wirken fiel und die es zunächst beeinflußte: aber gemessen an dem, was aus seiner Schöpfung weiterhin geworden ist und was er wünschte, ersehnte, anzubahnen strebte und angebahnt zu haben ahnenden Geistes überzeugt war, hat er doch das Größere, weil Bleiben-

dere und zu fortschreitender Entwickelung Berufene geleistet. Dem entspricht es, daß wie in seinem Wesen, so auch in seiner Wirksamkeit und in deren Ergebnissen die Gegensätze hart bei einander liegen. Er war eigentlich nicht der Mann der darauf losstürmenden That, sondern des umständlichen, sorgsamen, zweifelnden Erwägens. Und wie kühn hat er dann wieder in einzelnen Momenten gehandelt! Im allgemeinen aber waren Zeit und Verhältnisse dazu nicht angethan, und wo sie dazu angethan schienen, mahnte die Beschränktheit der Mittel zur Vorsicht. Daraus entstanden die scheinbar so widerspruchsvollen Irrgänge seiner vielverschlungenen Politik. Nur so wird es psychologisch begreiflich und politisch erklärlich, daß derselbe Fürst, aus dessen Umgebung 1658 ein der Zeit so weit vorauseilender Mahn- und Weckruf von dem hinreißenden Schwunge des Flugblattes „An den ehrlichen Deutschen" hervorgehen konnte, jahrelang — doch nicht bloß unter dem Zwang einer noch nicht zu erschütternden politischen Notlage — nicht sowohl um des Reiches, als vielmehr um seiner selbst willen den entschuldigenden Befürworter französischer Uebergriffe abgab und den gelegentlich aufbrausenden Unmut seiner Landsleute zum Frieden um jeden Preis zu mahnen nicht müde wurde, sondern wie die übel berufensten Parteigänger Ludwigs XIV. in Deutschland in französischem Solde stand und es mit seiner Würde nicht für unvereinbar hielt, sogar persönlich ein ungewöhnlich reiches Geldgeschenk von Ludwig XIV. anzunehmen. War das für ihn, den eifrigen, überzeugungstreuen Evangelischen anders möglich als durch eine Art feinen stillschweigenden Vorbehalts, der ihm französisches Geld zu nehmen erlaubte, weil das damit Geschaffene, sobald der ersehnte Umschwung eintrat, doch zum Vorteil sowohl Brandenburgs als auch Deutschlands, jedenfalls gegen die französische Uebermacht angewandt werden sollte? Und derselbe Fürst, der so persönlich und politisch dem nationalen Elend Deutschlands seinen Tribut zahlt, der, um ja den Verdacht von sich abzuwenden, als ob er den Raub Straßburgs tragisch nähme, eben damals den französischen Gesandten an seinem Hofe mit einem kostbaren Ehrendegen beschenkte (S. 247) und sich dadurch in einen

schreienden Widerspruch mit der öffentlichen Meinung setzte, faßt nicht nur den großen Gedanken an die Schaffung einer deutschen Seemacht, der wohlmeinende patriotische Schwärmer ihn als Reichsadmiral vorzusetzen dachten (S. 55), sondern ringt auch den widerstrebenden Verhältnissen den Anfang ab zu seiner Verwirklichung, indem er mit bewunderungswürdiger Energie und Umsicht eine nicht verächtliche brandenburgische Flotte ins Leben ruft.

So müht der Große Kurfürst sich dauernd ab in dem leidigen Konflikt zwischen seinem hochstrebenden Wollen und dem zu seiner Verwirklichung nicht ausreichenden Können und muß immer wieder um dieses willen jenem lästig empfundene enge Schranken setzen, seine nach Entfaltung drängende Thatenlust aus Furcht vor einem Mißlingen zurückhalten oder sich auf Abwegen ergehen lassen. Leicht ist ihm das nicht geworden, und er hat gelegentlich schwer mit sich gerungen, um sein ungestümes Temperament zu zügeln. Derselbe Mann, der dem schwedischen Einfall gegenüber zum Zweck der denkbar größten Sicherung des erstrebten militärischen und politischen Erfolges eine manchem unbegreifliche Selbstbeherrschung zeigte, so daß man an dem Ernst seiner Absichten gegen Schweden zweifelte und ihn eines geheimen Einverständnisses mit ihm verdächtigte (S. 205), hat hinterher nicht nur bei Fehrbellin durch sein allzu leidenschaftliches Draufgehen zwar sich und seiner Armee hellstrahlenden Kriegsruhm erworben, aber doch den Erfolg gemindert, der anders leichter und vollständiger gewesen wäre, sondern Spanien gegenüber zur See in einer Weise Selbsthilfe geübt, die nur allzusehr an das Faustrecht des Mittelalters erinnerte, und würde es als eine besonders glückliche Fügung begrüßt haben, wenn die Spanier, in gerechter Empörung über den gegen sie verübten Seeraub im großen, in Cleve Repressalien zu ergreifen versucht und ihm dadurch den gewünschten Vorwand gegeben hätten, einen Ritt nach Geldern zu unternehmen. Um den allgemeinen Frieden zu erhalten, legte er dem Reiche schwere Opfer auf, suchte aber, so gedeckt, sich selbst zu bereichern, und als ihm der Angriff auf Schweden versagt wird, dabei an Braunschweig schadlos zu halten. Selbst für jene Zeit

rücksichtslosesten dynastischen Vergrößerungsstrebens erscheint eine solche Politik außerordentlich, zumal sie kaum den Versuch machte, auch nur einigermaßen den Schein zu wahren. Sie entbehrt nicht bloß jedes idealen Zuges, sondern erhebt sich auch nicht zu einem nationalen oder auch nur patriotischen Gesichtspunkt. Wenn das, was der Große Kurfürst in mühsamer politischer und militärischer Arbeit geleistet hat, in den schließlichen Ergebnissen und deren Weiterentwickelung Deutschland und dem deutschen Volk zu gute gekommen ist, so haben das Momente bewirkt, die seiner Einwirkung völlig entrückt blieben, und man verschiebt den Standpunkt der Betrachtung und mißdeutet die Ueberlieferung, wenn man das später thatsächlich Erfolgte als von ihm gewollt und erstrebt darstellt und wohl gar als sein Werk in Anspruch nimmt. Weitere Ziele als Sicherung und möglichste Erweiterung seines Besitzstandes hatte er nicht im Auge. Was sich unter dem Einfluß besonderer Umstände gelegentlich an nationalem Denken und patriotischem Fühlen stärker regte, das hat er mit dem sicheren Blick des Realpolitikers in den Dienst seiner Sache zu stellen gewußt, aber es zu erwecken und groß zu ziehen, um sich seiner als einer Macht für Deutschland zu bedienen, lag außerhalb seines Willens sowohl wie seines Vermögens. So sehr die patriotische Geschichtschreibung späterer Zeit ihn als den Meister des Baues feiern darf, auf und aus dem der preußische Staat erwachsen ist, und so Großes ihm daher auch die deutsche Nation verdankt, ihn zum Vertreter preußischen Patriotismus zu machen und als Vorkämpfer deutsch-nationaler Ideen zu feiern ist unberechtigt. Nicht als Verkörperung des preußischen Volkes, das es damals noch gar nicht gab, dessen Entstehung erst durch seine Erfolge möglich wurde, und nicht als Vorkämpfer oder Rächer des deutschen Volkes, von dem das materielle und moralische Elend des großen Krieges kaum noch etwas übrig gelassen hatte, hat sich Friedrich Wilhelm gefühlt: sein gesamtes fürstliches Denken und Handeln wurzelt in einer Anschauung, die von dem Fundamentalsatz der absoluten Monarchie der Zeit — dem L'état c'est moi Ludwigs XIV. — nicht wesentlich verschieden war. Nicht seinen Staat, nicht sein Volk hält er

eines besonderen göttlichen Schutzes für gewiß, sondern sich persönlich weiß er einem solchen befohlen; nicht seines Staates und seines Volkes Feinde hofft er zuversichtlich niedergeworfen zu sehen, seiner persönlichen Feinde Niederlage begrüßt er als Folge eines zu seinen Gunsten ergangenen himmlischen Strafgerichts. Aber eben darin liegt ein Zug seiner historischen Größe. Gegenüber der Unfertigkeit und Unklarheit der aus der alten landschaftlichen Befangenheit noch nicht herausgekommenen staatlichen Anfänge jener Zeit bedeutete es einen epochemachenden Fortschritt, daß ein Fürst diesen Gedanken hatte, den Staat als etwas Besonderes, allen Teilen Uebergeordnetes, alle Einzelrechte in seinem Rechte Absorbierendes setzte und in dem vollen Gefühl der damit übernommenen Pflichten sich zum Vertreter dieses nur in der Idee existierenden, der Realität noch entbehrenden Gebildes machte. Es zu realisieren, in die vielgestaltige Wirklichkeit der politischen Praxis hinüberzuleiten, dazu war ihm zunächst eigentlich nur in Preußen die Möglichkeit gegeben. Doch hat die dort gewonnene Souveränetät, in der er mit gutem Recht sein kostbarstes Kleinod sah und deren Erhaltung und Geltendmachung nach oben und unten er schon in der „Väterlichen Vermahnung" von 1667 seinem Nachfolger nachdrücklich zur Pflicht gemacht hatte (S. 123), auch seine Stellung in seinen dem Reiche angehörigen Landen beeinflußt und ihm eine höhere Autorität verliehen, als ihm nach Reichs- und Landrecht eigentlich zukam.

Aber noch ein anderes ideales Moment erhebt des Großen Kurfürsten mühselige und oft unbelohnte Thätigkeit über die Sphäre des augenblicklich zu befriedigenden Bedürfnisses: das religiöse oder bestimmter gesagt, das evangelische. Noch machte der Kampf um das Bekenntnis und der Bekenntnisse untereinander den wesentlichsten Inhalt aus für das geistige Leben des deutschen Volkes — nicht zu seinem Heil. Welche Leidenschaften der Gegensatz zwischen Lutheranern und Reformierten noch immer entfesselte, hat Friedrich Wilhelm selbst erfahren: in Preußen war er — besonders im Anfang seiner Regierung — ein starkes politisches Moment, machte sich als solches auch bei den Friedensverhandlungen zu Osnabrück geltend. Aber gleich

da hatte der Kurfürst entschieden Stellung genommen und den Reformierten die Anerkennng als auf dem Boden des Evangeliums stehend und der Augsburgischen Konfession verwandt erstritten. Damit brachte er zuerst und allein das große Prinzip der Parität zur Geltung. Doch entsprang auch das bei ihm mehr persönlichen Momenten als prinzipiellen Erwägungen. Obgleich nämlich ein aufrichtiger Reformierter, verwarf er doch die strenge Prädestinationslehre und betonte nachdrücklich die außer in dieser und in betreff des Abendmahls in allen Punkten vorhandene Uebereinstimmung zwischen Lutheranern und Reformierten. Daher findet sich bei ihm nichts von der höchst aggressiven Haltung seines Großvaters Johann Sigismund gegen die Lutheraner, die schon bei Georg Wilhelm gemildert war, und wenn er auch seine Glaubensgenossen begünstigte, so hat er doch den Lutheranern niemals ihre Rechte verkürzt, obgleich seine besondere Abneigung gegen sie zum Teil daraus entsprungen zu sein scheint, daß er in den beibehaltenen katholischen Formen eine Gefahr des Rückfalls zu der alten Kirche erblickte. In jener Zeit der Konversionen war es immerhin ein achtunggebietender Zug, daß für diesen Fürsten jeder Glaubenswechsel außerhalb der politischen Kombinationen lag: die schwedische Krone so wenig wie die polnische hat er auch nur einen Augenblick dieses Preises wert gehalten. Was ihm sein Glaube war, sollte er auch seinen Kindern werden, denen er von Jugend auf eine religiöse Gesinnung einzuprägen trachtete und die er noch auf dem Sterbebett zum Festhalten an ihrem Bekenntnis ermahnte. Mit gutem Grunde galt er daher als der eigentliche Schutz- und Schirmherr der Reformierten auch außerhalb seiner Staaten, namentlich seit der hochherzigen Hilfe, die er den Hugenotten gewährte. In den Niederlanden verehrte man ihn als das einzige Haupt der reformierten Kirche und betete für seine Erhaltung. Weniger Glück machte er damit bei den eigenen Unterthanen, die ihr Mißtrauen gegen die Reformierten nie völlig überwanden. Daß er dem üblichen Schmähen und Schimpfen auf die Reformierten, die wegen ihrer „teuflischen Religion“ verflucht werden müßten, mit unnachsichtiger Strenge ein Ende machte, konnte schließlich selbst von lutherischer Seite

nicht als unbillig bezeichnet werden, obgleich selbst ein Paul Gerhard, ohne einer von den Rufern im Streit zu sein, trotz der ihm persönlich gewährten Nachsicht darin eine nicht zu duldende Bindung seines Gewissens sah und aus dem Lande zog (1667). Wo der Kurfürst die reformierte Lehre auszubreiten versuchte, stieß er auf Widerstand. Auch war die Zahl seiner reformierten Unterthanen — Cleve ausgenommen — so gering, daß die großen Anforderungen, die er für sie bei den Ständen erhob, wohl unverhältnismäßig erscheinen konnten. Ferner mußte es allerdings einen üblen Eindruck machen und den Gegensatz, den er möglichst beseitigt sehen wollte, vielmehr verschärfen, daß gerade so viel Leute seiner Umgebung ihren Glauben wechselten, doch nur in der Absicht, dadurch bei ihm besondere Gunst zu gewinnen. Ging doch auch die Kurfürstin Dorothea, eine Lutheranerin, zur reformierten Kirche über. Es versöhnte die Lutheraner nicht, daß er sich auch ihrer bedrängten Glaubensgenossen gegen die habsburgische Intoleranz annahm und sie sowohl in den Erblanden und namentlich Schlesien als auch in Ungarn zu schützen und in den Besitz freier Religionsübung zu setzen strebte. Vergebens aber hielt er dem Wiener Hofe vor, „wie die unterthänigste Devotion und Liebe der Unterthanen, die der rechte Schild und die sicherste Macht ist, dadurch Königreiche und Lande wider alle auswärtige Gewalt bei ihrem Flor und Aufnahme erhalten werden, am sichersten gewonnen würde durch Bewahrung ihrer Freiheiten, namentlich in Religionssachen" — ein Grundsatz, der sich an ihm selbst und seinen Unterthanen segensreich bewährt hat. So ist in des Großen Kurfürsten religiöser Toleranz der große Gedanke der Vereinigung der beiden evangelischen Bekenntnisse auf dem Boden der ihnen gemeinsamen evangelischen Grundlehren dem Keime nach enthalten, der nachmals in der Union verwirklicht worden ist. Hat doch Samuel von Pufendorf, der geniale Begründer der allgemeinen Rechtswissenschaft, der Geschichtschreiber Gustav Adolfs und Karls X. Gustav, den Friedrich Wilhelm 1688 als Kammergerichtsrat in seinen Dienst zog und zu seinem Historiographen bestellte, nicht bloß in dem monumentalen Werk, in dem er die politische

Lebensarbeit des Kurfürsten aus den sie begleitenden und widerspiegelnden Aktenmassen mit bewundernswürdiger Treue geschildert hat, ein Bild von der Bedeutung des brandenburgisch-preußischen Staates für die Zeitgeschichte gegeben, erfüllt von dem Glauben an seine große Zukunft, sondern in der merkwürdigen Schrift: Jus feciale divinum, s. de consensu et dissensu protestantium, die erst nach seinem Tode veröffentlicht wurde, diesen Gedanken einer Union der Evangelischen näher entwickelt und den Weg zu seiner Verwirklichung gewiesen.

Dem ungesunden Ueberwiegen der kirchlichen und konfessionellen Interessen, das für das deutsche Geistesleben des 17. Jahrhunderts überhaupt charakteristisch ist, entspricht auch in dem Staate des Großen Kurfürsten die trostlose Oede auf allen anderen Gebieten litterarischer Bethätigung, der hier noch mehr wie anderwärts das wirtschaftliche Elend, das der große Krieg zur Folge gehabt hatte, unüberwindliche Hindernisse bereitete. Wohl hat Friedrich Wilhelm die materielle Lage des Bauern durch Hebung seines wirtschaftlichen Gedeihens zu bessern gesucht, aber eine planmäßige Hebung ihres sittlichen und geistigen Notstandes lag ihm wie seiner Zeit überhaupt fern. Im Gebiet der Volksschule ist auch nicht einmal der Versuch zur Ausfüllung der da gähnenden Leere gemacht worden. Kräftigere Förderung empfing der Bürgerstand, dem durch die Begünstigung der Manufaktur, des Gewerbes und des Handels günstigere Bedingungen für sein wirtschaftliches Gedeihen geschaffen wurden und dessen geistiger Kultur eine nicht unbeträchtliche Besserung des höheren Schulwesens zu gute kam. Auch die Universitäten erfreuten sich seiner eifrigen Fürsorge, nur daß gerade da die Knappheit der Mittel manche wohlwollende Absicht vereitelte. Denn gerade in seinen geistigen Interessen trat des Kurfürsten Neigung für ungewöhnliche, weitabliegende Dinge zu Tage: was er da that, entsprang mehr persönlicher Liebhaberei als der Einsicht in die Bedeutung der Wissenschaftspflege für den Staat und das Fürstentum, während er auf der anderen Seite die Wissenschaft vornehmlich nach dem praktischen Nutzen schätzte, den sie gewähren konnte. Chinesische, asiatische und amerikanische Sprachstudien förderte

er; die Naturkunde kam für ihn besonders wegen des Nutzens in Betracht, den sie dem bürgerlichen Leben stiften konnte. Der wunderliche Plan des schwedischen Reichsrats Benedikt Skytta (1667) zur Errichtung einer Universaluniversität fand an ihm einen eifrigen Förderer, während sein praktischer Blick richtig erkannte, wie reichen Nutzen die höhere Kultur seiner französischen Schützlinge zur Hebung des einheimischen Adels und Bürgerstandes stiften konnte, und er eine diesem Zweck dienende Anstalt zu errichten beabsichtigte. Aber trotz der nahen Berührung, in welche ihn die Einwanderung der Reformierten mit dem so hoch entwickelten Geistesleben Frankreichs brachte, hat er gerade hier auf sein Deutschtum besonderen Wert gelegt und es beinahe demonstrativ festgehalten: in diesem Sinn war er als der „Untadelige" Mitglied der fruchtbringenden Gesellschaft. Aber so wenig wie in Preußen Simon Dach († 1659), der von ihm durch ein Landgütchen Beglückte, vermochte in der Mark der Kammergerichtsadvokat, Stadtrichter und Ratskämmerer zu Kölln an der Spree Nikolaus Paucker mit seiner „Wohlklingenden lustigen Pauke von sinnreichen Scherzgedichten" der elend daniederliegenden Poesie aufzuhelfen, die dann in den schwülstigen Kurialien des Hofpoeten und Hofmarschalls Johann von Besser vollends unter ödem Wortschwall gewissermaßen begraben wurde. Wie dieser Litteratur das Verständnis abging für die Heldengröße des Kurfürsten und sie für seine Thaten ein menschliches Verständnis so wenig hatte wie ein geschichtliches, lehren so trostlose Reimereien wie Bessers „heroische" Gedichte auf die Schlachten von Warschau und von Fehrbellin.

Mehr Empfänglichkeit brachte der Kurfürst der bildenden Kunst entgegen. Aber auch für sie war damals in den Marken der Boden noch nicht gegeben: was da geleistet oder versucht worden ist, geht im wesentlichen auf die Eindrücke zurück, die er in jungen Jahren in den Niederlanden empfangen hatte, wie es denn auch durchweg Niederländer waren, die er bei seinen bescheidenen Unternehmungen auf diesem Gebiete verwendet hat. Aber die Zeit war doch nicht mehr so fern, wo einem genialen Künstler gerade in seiner scharf ausgeprägten Gestalt zuerst seine historische Größe aufgehen und er in ihr

die epochemachende Größe der von ihm vollendeten Staatsgründung eindrucksvoll veranschaulichen sollte. Was die unbeholfene deutsche Sprache noch nicht in Worte zu fassen vermochte oder wagte, was selbst ein Genie wie Pufendorf trotz seines lebendigen Anteils an dem herrlichen Stoff und seines kongenialen Verständnisses für seines Helden Größe nur in dem klassischen Gewande der in stolzer Rhetorik einherschreitenden internationalen Gelehrtensprache darzustellen unternahm und dadurch der Möglichkeit der Wirkung auf weitere Kreise beraubte, verketzert von dem byzantinischen Entsetzen serviler Fürstendiener, wie namentlich Leibniz', wegen des unheiligen Freimuts, mit dem er die sonst ängstlich gehüteten Geheimnisse der zünftigen Staatskunst der profanen Menge preisgab — das hat kaum ein Menschenalter später Andreas Schlüter in unvergänglicher Meisterschaft zum Ausdruck gebracht, indem er Friedrich Wilhelm in gedrungener Kraft, als des Ziels gewissen Herrscher und sieghaft dahinreitenden Triumphator darstellte — nicht eigentlich der geschichtlichen Mühseligkeit seines Lebens voll Kampf und Enttäuschung entsprechend, wohl aber mit der den wahren Künstler kennzeichnenden Freiheit ihn veranschaulichend als die Verkörperung einer großen Vergangenheit und einer noch größeren Zukunft.

III. Kurfürst Friedrich III. 1688—1697.

Auch im Hause der Hohenzollern hat der psychologisch sowohl wie politisch so natürliche Gegensatz zwischen Vater und Sohn wiederholt als bestimmendes Moment auf die staatliche Entwickelung eingewirkt und selbst da, wo er nur persönlich, nicht sachlich oder gar prinzipiell vorhanden war, hat ihn die Tradition doch breit ausgemalt. Besonders ist das in der Gegenüberstellung des Großen Kurfürsten und seines Nachfolgers geschehen, sehr zum Nachteil des letzteren, der unter dem Eindruck gewisser persönlicher Schwächen auch als Staatsmann unterschätzt wird, indem man die Dinge so darstellt, als ob alles, was unter ihm erreicht ist, nicht bloß ohne sein Zuthun, sondern eigentlich trotz der von ihm gemachten Fehler geworden sei. Mitten inne stehend zwischen dem Schöpfer des preußischen Staates, der auf einer arg gewundenen Bahn sich mühsam emporgearbeitet hatte, und dem Schöpfer der preußischen Verwaltung und Heeresordnung, der nach innen und außen in unbeirrbarer Konsequenz, zuweilen mit eigensinniger Hartnäckigkeit den einmal eingeschlagenen Weg verfolgte, ist Friedrich III. an diesen beiden mächtigen Persönlichkeiten gemessen und daher vornehmlich nach dem beurteilt worden, was ihm im Vergleich mit ihnen an Gaben des Geistes und Charakters abging. Auch scheinen hier die unerquicklichen Verhältnisse nicht ohne Einfluß geblieben zu sein, die mit des Großen Kurfürsten zweiter Gattin in das Herrscherhaus gekommen waren, insofern sie den Blick der Nächststehenden trübten und die Ueberlieferung von vornherein auf eine ungerechte Verteilung von Licht und Schatten gründen ließen.

Der Druck, der dadurch auf seiner Jugend gelastet, hatte die Entwickelung der ohnehin mäßigen Anlagen Friedrichs

(geb. 1./11. Juli 1657 zu Königsberg) beeinträchtigt. Das Mißtrauen gegen die Stiefmutter, das die Verwandten seiner oranischen Mutter und späterhin die welfischen Schwiegereltern nährten, hatte auch das Verhältnis zum Vater gestört. Daß dieser ihn den Geschäften fern hielt, ja bei der leidigen Heimlichkeit seiner oft nur auf den Schein berechneten Politik fern halten mußte, galt ihm als Bestätigung des ihn erfüllenden finsteren Verdachtes. Ist doch bei Erwägung der Zukunft von Haus und Staat augenscheinlich mit seinem vermuteten frühen Ende gerechnet worden. Kein Wunder also, daß der Prinz, dessen schwächliche, etwas verwachsene Gestalt neben der männlichen Schönheit des Vaters und den in Gesundheit blühenden Stiefbrüdern gar kümmerlich erschien, sich nicht gebührend gewürdigt, an dem ihm zustehenden Platze bedroht fühlte; daß er sich scheu zurückzog, in der Politik weder seine zustimmende noch seine abweichende Meinung geltend machte und daher von des Vaters Gegnern als einer der Ihrigen angesehen wurde, ganz ähnlich, wie es einst dem Vater am Hofe Georg Wilhelms gegangen war. Daran nahm dann wieder der Vater Anstoß, und so entstand jene Entfremdung, jenes bitterböse Mißtrauen, das bei des kurfürstlichen Paares Abneigung gegen die liebreizende, aber als echte Welfin frühe zur politischen Intrigue geneigte hannoversche Schwiegertochter durch unentschuldbare beleidigende Reden des gallichten alten Herrn und die nicht minder unentschuldbaren Verdächtigungen, zu denen gewissenlose Klatschereien den Tod des Markgrafen Ludwig benutzten, endlich den Konflikt des Jahres 1687 herbeiführte. Um einen politischen Gegensatz zwischen Vater und Sohn hat es sich dabei nicht gehandelt. Ein solcher war auch sonst nicht vorhanden. Denn selbst bei Unterzeichnung des Reverses wegen Schwiebus erstrebte der Kurprinz doch nicht ein anderes Ziel als der Vater, sondern meinte nur die Erreichung des auch von jenem gewollten, die der geforderte hohe Preis zu gefährden schien, rechtzeitig zu sichern. Gerechtfertigt wird seine Handlungsweise dadurch nicht. Aber trifft nicht eine gewisse Verantwortung auch den Vater, der zu einer Zeit, wo jeder Tag den Thronwechsel bringen konnte, den Nachfolger nicht ins Geheimnis

zog, sondern eine Entscheidung von solcher Tragweite nicht nur ohne seine Zustimmung, sondern sogar ohne sein Wissen traf, obgleich sie weniger die Gegenwart als vielmehr die Zukunft präjudizierte?

Doch hatte sich nach dem Konflikt des Jahres 1687 das Verhältnis zwischen Vater und Sohn gebessert. Friedrich war Mitwisser der oranischen Entwürfe und beteiligt an den Vorbereitungen zu ihrer Ausführung. Und ohne Vorbehalt hat er gerade in diesem Punkte des Vaters Testament angetreten und ausgeführt. Daß er das that, war doch keineswegs so ganz selbstverständlich. Frankreich ließ es nicht an Lockungen fehlen, um ihn zu sich herüberzuziehen und in dieselben goldenen Fesseln zu schlagen, die der Vater so lange getragen hatte. Wenn Friedrich nicht gleich kurz ablehnte, sondern unterhandelte und Frankreich Aussicht machte, so wollte er nur Zeit gewinnen und die Gefahren vermindern, die eine zu frühe Parteinahme ihm bereiten konnte. Nachdem er aber einmal in die beschlossene Aktion eingetreten war, hat er darin mit rühmenswerter Festigkeit ausgeharrt. Auch als Soldat war er seines großen Vaters nicht unwürdiger Nachfolger: wenn auch nicht so gefeiert wie Warschau und Fehrbellin, waren doch die Belagerungen von Kaiserswerth, Rheinberg und namentlich Bonn von den Zeitgenossen mit Recht als bedeutende Leistungen anerkannt, zumal seine körperliche Zartheit ihn am wenigsten auf das Feldlager hinwies. Mit Unrecht leitet man, was er Großes gewollt und Gutes gethan hat, gewöhnlich her aus seiner Eitelkeit und dem Streben, in helles Licht gerückt eine Rolle zu spielen, statt aus ernstem politischen Wollen und redlichem Bemühen um das Wohl des ihm anvertrauten Staates. Und wenn man die Unordnung, die im Fortgang seiner Regierung in der inneren Verwaltung einriß, seiner Verschwendung und der Leichtlebigkeit seiner Gemahlin zuschreibt, so sprechen doch manche Momente dafür, daß er da, zwar nicht frei von eigenem Verschulden, doch auch für Mißstände verantwortlich gemacht wird, die bereits in des Großen Kurfürsten letzten Jahren eingerissen waren. Wie wir dessen Haus und Hof, Verwaltung und Beamtentum heute kennen, werden wir daran nicht mehr

zweifeln dürfen, daß gegen Ende dieser fast ein halbes Jahrhundert umfassenden Regierung die einst so straff angespannten Muskeln des Staates bereits bedenklich erschlafft und Zucht und Ordnung vielfach gelockert waren. Wenn die hieraus entspringenden Krisen glücklich überwunden wurden, obgleich der Staat noch vor der nötigen inneren Erneuerung mit der Königskrone neue schwer lastende Pflichten übernahm, so wird man Friedrich III. ein wesentliches Verdienst darum nicht absprechen können.

War doch die Stellung, in der er beim Regierungsantritt Brandenburg zu den übrigen Mächten vorfand, weder klar noch sicher. Wie hätte sie das bei der unruhig springenden und alle Zeit begehrlichen Politik des großen Vaters auch sein sollen? Nach allen Seiten hin barg die Vergangenheit da so viel Differenzen und Rekriminationen, daß ein volles Einverständnis eigentlich nach keiner möglich war. Der einzige feste Punkt war das Einvernehmen mit Wilhelm III. von Oranien, das auf den großen evangelischen Interessen beruhte. Alles sonst war in der Schwebe und unfertig, und zwar, wenn es nach des Vaters Testament ging, zumeist im eigenen Hause und Staat. Niemals hätte Brandenburg-Preußen in das große Getriebe der europäischen Politik eintreten können, wenn es eben damals der allmählich erwachsenen, aber noch lange nicht vollendeten inneren Einheit verlustig gegangen wäre. Die Befürchtungen des Kurprinzen vor einer Kürzung seiner Rechte zu gunsten der Stiefbrüder, die das von dem Vater auch in dieser Sache beobachtete Geheimnis genährt hatte, erwiesen sich jetzt als nicht unbegründet. Das Testament, das der Große Kurfürst 1686 in Wien deponiert hatte, gewährte weit hinaus über die Bestimmungen, durch die das von 1680 unter Wahrung voller Souveränetät für den Erstgeborenen die jüngeren Söhne doch fürstlich versorgt und in Haus und Familie unabhängig gestellt hatte, diesen in den ihnen erb- und eigentümlich zugewiesenen Territorien zwar nicht volle fürstliche Herrschaft, aber doch Befugnisse, die der Autorität des Kurfürsten und der Staatseinheit schweren Abbruch gethan hätten. Wie tief auch er von dem Staatsgedanken durchdrungen war und sich als seinen

berufenen Träger fühlte, bewies Friedrich, indem er das Testament alsbald anfocht und dann auf Grund ernster Erwägung durch den Geheimen Rat für ungültig erklären ließ, weil es dem Achilleischen Hausgesetz und dem Geraer Hausvertrag von 1603 zuwiderlief, der mit ausdrücklicher Zustimmung der nächsten Erben geschlossen, auch nur mit deren Wissen und Willen hätte geändert werden können. Und wenn man nun gar die „Väterliche Vermahnung" von 1667 las, in der die Erhaltung der Staatseinheit und der vollen Souveränetät als unerläßlich für das Gedeihen von Staat und Haus so stark betont war, so mußte auch der pietätvollste Verehrer des Dahingegangenen einsehen, derselbe sei durch den planmäßigen Einfluß seiner treuen Lebensgefährtin und aufopfernden Pflegerin Dorothea zu Bestimmungen vermocht, in denen der Fürst bedenklich hinter dem Vater zurücktrat. Aber auch des Großen Kurfürsten jüngere Söhne dachten zu gut hohenzollerisch, als daß sie ihre anfechtbaren persönlichen Rechte nicht der für die künftige Größe ihres Hauses unentbehrlichen Staatseinheit willig untergeordnet hätten. Der Potsdamer Vertrag vom 3. März 1692 beendigte die innerhalb des kurfürstlichen Hauses geführten Verhandlungen zu allseitiger Zufriedenheit, indem er das Testament, ohne der einst nachgesuchten und erfolgten kaiserlichen Bestätigung Erwähnung zu thun, für ungültig erklärte und die Söhne zweiter Ehe durch reichliche Apanagen versorgte.

Mag Friedrich bei dieser ersten großen Aktion der inneren Politik auch einen moralischen Rückhalt an seinem ehemaligen Erzieher, Eberhard von Danckelmann, gehabt haben: diesem den entscheidenden Einfluß dabei zuzuschreiben, liegt ebensowenig ein Anlaß vor, wie zu der Annahme, auch weiterhin habe der Kurfürst weniger seine Politik verfolgt als die des einstigen Führers seiner Jugend. Auch hat Danckelmann, der scharfsichtig genug war, um die Gefahren zu würdigen, die den Fremden, der außerhalb des eigentlichen Staatsdienstes durch ein rein persönliches Verhältnis aufgestiegen war, alle Zeit bedrohten, recht geflissentlich die Kontinuität betont, welche die neue Regierung eng mit der voraufgegangenen verknüpfte. Deshalb waren auch Beamte wie Fuchs und Meinders in ihren

einflußreichen Stellungen belassen, und wenn Danckelmanns sechs Brüder zu hohen Aemtern gelangten, so geschah das ohne sein Zuthun, allein um ihrer Tüchtigkeit willen. Doch war es nur natürlich, daß er als Sprößling einer aus dem Münsterschen um des Glaubens willen nach Oberyssel ausgewanderten Familie, dessen Vater in oranischen Diensten stand, mit seinem politischen Denken ganz in evangelischen und oranischen Anschauungen wurzelte. Damit aber bewegte er sich doch nur im Zuge des großen Unternehmens, in dessen Dienst auch sein einstiger Zögling in Gemeinschaft mit dem großen Vater sich gestellt hatte. Dieser schloß sich ihm um so enger an, als er infolge seiner üblen Stellung am väterlichen Hofe zu keinem von den dort bisher besonders einflußreichen Räten in einem vertrauensvolleren Verhältnis stand, ja mehrere von ihnen als Empfänger französischen Geldes kannte.

Entschlossenheit und Klarheit über Ziele und Mittel haben der brandenburgischen Politik in den Anfängen Friedrichs III. nicht gefehlt. Namentlich in Frankreich wurde des neuen Herrn Haltung, den man wie einst den Vater zu benutzen und dann beiseite zu schieben gehofft hatte, als Enttäuschung empfunden. Auch konnten doch die Konsequenzen, welche sich für die brandenburgische Politik aus der nach Jahren peinvoller Unklarheit getroffenen befreienden Entscheidung ergaben, kaum energischer gezogen werden, als es von dem für unentschlossen, beschränkt und kraftlos geltenden Friedrich III. geschehen ist. Was er so für Deutschland, für die Freiheit Europas und die Sicherung des Evangeliums leistete, ließ die feinfühligeren Patrioten doch immer anstößige Dienstbarkeit vergessen, in die sein Vater Brandenburg Frankreich gegenüber gestellt hatte, im Groll über Enttäuschungen, die doch nicht bloß seine Feinde und unzuverlässigen Freunde verschuldet hatten, und sicherte ihm im Rate der älteren europäischen Mächte eine umworbene Stellung, die in der Königswürde ihren Ausdruck fand, freilich aber, um erhalten und ausgebaut zu werden, einen dauernden Einsatz von Kräften und Mitteln erforderte, wie sie dieser Staat in seiner damaligen Organisation ohne schwere Schädigung nicht aufbringen konnte.

Wenige Wochen nach Friedrichs III. Regierungsantritt — im Juni 1688 — gab die Kölner Erzbischofswahl, durch die Frankreich sich einer Position endgültig zu bemächtigen drohte, von der aus es Deutschland und die Niederlande jeden Augenblick tödlich treffen konnte, das Signal zum Ausbruch des europäischen Krieges, für welchen durch den über Hoffen großen Erfolg Oraniens in England die denkbar günstigsten Voraussetzungen geschaffen wurden. Indem er 4000 Mann nach Köln warf und 20 000 zur Deckung der Niederlande am Rhein bereit stellte, wurde der Kurfürst der wirksamste Förderer des eingeleiteten großen Umschwunges. Daß er dabei nicht völlig selbstlos handelte, sondern einerseits eine größere Geltung beanspruchte, als ihm zukam, andererseits aber entsprechenden Lohn durch Landerwerb erstrebte, wird ihm kaum zum Vorwurf zu machen sein. Die Bündnisse, die er noch im Sommer und Herbst 1688 mit Hessen, Kursachsen, Pfalz-Neuburg, Münster und Dänemark einging, und die Magdeburger Verabredungen mit Hannover, Sachsen und Hessen zu gemeinsamer Deckung des Rheins waren rettende Thaten für das hilflose Reich. Er atmete nur Krieg gegen Frankreich. Eigenhändig entwarf er einen Kriegsplan, der einen groß angelegten, allgemeinen Angriff auf die Front der Franzosen in Aussicht nahm. Und als dann der zögernde Kaiserhof, der lieber in Ungarn weiter erobert hätte, sich endlich für den Krieg gegen Frankreich entschieden hatte und die Gefahren, die der Wiederausbruch des dänisch-schwedischen Krieges den Gegnern Frankreichs im Norden bereitete, wesentlich durch die Energie Brandenburgs abgewandt waren, da gebot er an der Spitze seiner mit münsterschen und niederländischen Abteilungen vereinigten Truppen durch die Eroberung Kaiserswerths, Rheinbergs und Bonns der französischen Invasion am Niederrhein siegreich Halt. Es war nicht seine Schuld, wenn das nicht so fortging. Denn weit über die Verpflichtungen hinaus, die er durch die Subsidienverträge mit England, den Niederlanden und Spanien im September 1690 einging, trat er für die gemeinsame Sache ein, als ihm ein unerwarteter Zwischenfall den Krieg verleidete.

Immer dringender ließ Oesterreich seit dem Frühjahr 1689

den Vollzug des Reverses wegen Schwiebus fordern. Immer härter bedrängt und in wachsender Sorge vor einer Wendung, die den Bruch mit dem Kaiser unvermeidlich machen konnte, und voll Scheu vor der persönlichen Bloßstellung, die ihm der Wiener Hof durch Veröffentlichung des Handels zu bereiten drohte, legte der Kurfürst endlich Danckelmann und Fuchs gegenüber ein Geständnis ab, fand aber doch nicht den Mut, nach Danckelmanns Rat den Revers als erschlichen für unverbindlich zu erklären und so mit einem tapferen Entschluß, gegen den man in Wien nichts hätte thun können, die Fessel zu zerreißen, die er thöricht einst sich selbst angelegt hatte. Er kam nicht hinweg über die quälenden Bedenken, die weniger auf dem politischen als dem moralischen Gebiete lagen. Sie gaben ihn gleichsam in des Kaisers Hand, der durch neue Türkensiege und durch die von Brandenburg vergeblich bekämpfte Wahl des Erzherzogs Joseph zum römischen König zu erdrückender Uebermacht aufstieg. Obenein sah er sich durch die Alliierten bei den Kontributionen und Winterquartieren benachteiligt. Dennoch blieb er der gemeinsamen Sache treu, ja schloß sich im Frühjahr 1691 der großen Allianz ausdrücklich an. Doch sah er sich auch in der Folge trotz der Leistungen seiner Truppen von den gekrönten Häuptern als minderwertig zurückgesetzt und um Anerkennung und Lohn gebracht. Der Ausgang des Streites um den Revers konnte diese Verbitterung nur steigern: im Herbst 1694 stimmte Friedrich der Rückgabe von Schwiebus zu, und zu Beginn des Jahres 1695 wurde es „retradiert". Von der Erklärung, daß nun aber auch die brandenburgischen Anrechte auf Schlesien wieder auflebten, weigerten sich die kaiserlichen Kommissare Akt zu nehmen. Das Vorhandensein von solchen war in Wien nie anerkannt worden. Aber trotz alledem stand Friedrich treu zum Kaiser, namentlich auch in Sachen der heftig umstrittenen hannoverschen Kur, die er aus dynastischen und konfessionellen Rücksichten unterstützte, während die Uebergriffe der Seemächte Dänemark und Schweden für Frankreich in Waffen zu bringen drohten. Es war wesentlich der Einfluß Wilhelms von Oranien, der Friedrich zum Ausharren bestimmte: dabei wirkte freilich die Hoffnung mit, für

die der großen Sache geleisteten Dienste durch die schon von seinem Vater umworbene oranische Erbschaft belohnt zu werden.

Aber nur neue Enttäuschungen warteten seiner. Der Abfall Savoyens und die Neutralisierung Italiens im Jahr 1696 sprengten die große Allianz, und auf dem Ryswiker Friedenskongreß gab die Uneinigkeit der bisher verbündeten Mächte Frankreich zum voraus gewonnenes Spiel. Am meisten hatte der Kurfürst Grund zu Klagen: aber in der resignierten Ueberzeugung von der Aussichtslosigkeit längeren Widerstrebens vermied er den Fehler, durch den 1678 sein Vater in entschuldbarer, aber unpolitischer Hartnäckigkeit seine und seines Landes Lage so heillos verschlimmert hatte. Am bittersten jedoch empfand er die Art, wie selbst der englische König und die Niederlande ihn nun ohne Dank gleichsam von sich abschütteln, von irgendwelcher moralischen Verpflichtung gegen den treuen Bundesgenossen nichts wissen wollten. Nicht einmal die rückständigen Subsidien waren zu bekommen. Die erste große Aktion der brandenburgischen Politik, die eigentlich doch nur das vom Großen Kurfürsten Gewollte vollzog, hatte trotz der schwersten Opfer gar keinen Gewinn und nicht einmal irgendwelche Anwartschaft für die Zukunft ergeben: sie endete mit einem augenfälligen Bankerott, der Friedrich um so tiefer verstimmte, als nun auch die Hoffnungen auf die Erwerbung der Königskrone, die ihn schon damals beschäftigten und durch diese Politik energischer Aktion hatten gefördert werden sollen, in unerreichbare Ferne entrückt schienen.

Wir sehen nicht, daß die 1688—1697 verfolgte Politik am Hofe oder im Rate des Kurfürsten auf Widerstand gestoßen wäre. Vielmehr befand sich Friedrich mit allen mitzuwirken berufenen Instanzen im Einverständnis über eine Haltung, die im Vergleich mit der so ganz anders gearteten des Vaters und im Hinblick auf den mehr angenommenen als begründeten Gegensatz, in dem man sich ihn dazu gedacht hatte, durch ihre stark betonte Reichs- und Kaisertreue einen ausgeprägt persönlichen Charakter annahm. Daher traf denn auch der schließliche üble Ausgang am meisten Friedrich selbst. Die Verantwortung für Mißerfolge der Art übernehmen Fürsten aber niemals gern,

und ihre Umgebung wird alle Zeit beflissen sein, sie von ihnen auf andere abzuwälzen, namentlich auf Männer, die ihr selbst durch ihren sonstigen Einfluß unbequem sind. Das aber war je länger je mehr Höflingen und Beamten Eberhard von Danckelmann. Thatsächlich leitender Minister, dessen Gegenzeichnung die Gültigkeit kurfürstlicher Erlasse bedingte, hatte er, um den Neidern nicht Anstoß zu geben, die Erhebung zum Oberpräsidenten bescheiden abgelehnt, und als der Kurfürst ihn dennoch damit überraschte, ihre Geheimhaltung durchgesetzt, schließlich aber sich doch dem Willen seines Fürsten fügen müssen, der ihn in jeder Weise auszuzeichnen und zu ehren strebte. Um so mehr wurde er von den im Hofdienst alteingebürgerten Adelsfamilien und den in mühsamem Dienst aufgestiegenen Geheimeräten als Eindringling angesehen und heimlich bekämpft, zumal mancher über sein hochfahrendes und barsches Wesen zu klagen hatte.

Diesen Leuten erstand eine Verbündete in der Kurfürstin Sophie Charlotte. Von ihrer liebreizenden Schönheit, ihrem feinen, geistvollen Wesen und dem sieghaften Zauber, mit dem beide ihre außerordentliche Persönlichkeit umstrahlten, waren alle bestrickt, die ihr nahten. Sie hatte viel von ihrer Mutter, der Pfälzerin Sophie, deren ehrgeizige Betriebsamkeit vielleicht mehr zu dem Aufsteigen des Hauses Hannover beigetragen hat als der unruhige Eifer ihres Gatten Ernst August. Inwiefern sie aber beanspruchen durfte, als Denkerin oder als Philosophin genommen zu werden, wird trotz ihrer Freundschaft mit Leibniz dahingestellt bleiben dürfen. Verbindungen der Art waren damals Modesache; auch suchte Leibniz die Bedeutung der Fürstin möglichst hoch zu heben, weil dann von ihr auf ihn selbst ein um so hellerer Abglanz fiel. Von ihrem geistigen Wesen ein zuverlässiges Bild zu gewinnen, fehlen uns die Mittel. Denn Briefe von ihr sind nur wenige erhalten. Daß sie politischen Einfluß zunächst nicht besessen hat, mag richtig sein, schloß aber nicht aus, daß sie unter Umständen eine politische Macht werden konnte. Und das geschah doch schon durch den Einfluß, den sie auf den Gatten ausübte in den kleinen Dingen des höfischen Lebens, die sich schließlich addieren und so

Gewicht erlangen. Jedenfalls war Sophie Charlotte eine entschiedene Hannoveranerin in ihrer Lebensführung, ihren Ansprüchen, ihrer Liebe für den schönen Schein: an der Leine und nicht in Berlin wurzelte sie. Aber sie war auch Welfin, und viel mehr als die Zukunft Preußens lag ihr die des väterlichen Hauses am Herzen. Die harte brandenburgische Art, die ebenso Ergebnis der Vergangenheit wie Bedingung für die Zukunft dieses Staates war, blieb ihr nicht nur fremd, sondern im Grunde ihrer Seele zuwider. Und gerade auf sie war, so scheint es, die Erziehung Friedrichs durch Danckelmann gegründet gewesen, um den schwächlichen Körper und unselbständigen Geist zu stärken und zu stählen. Auch dem Kurfürsten gegenüber hat der ehemalige Erzieher die gewonnene Autorität noch behauptet und den Einfluß der schönen Frau niedergehalten. Dreizehn Jahre lang, so gestand diese später, hat sie „unter der Tyrannei dieses Menschen" gelebt. Still duldend hat sie sich freilich nicht verhalten: schon nach dem, was sie durch Danckelmanns Gegenwirken selbst in Hannover Uebles erfahren haben will, muß zwischen beiden früh ein Kampf geführt sein, den die notgedrungene Heimlichkeit nur erbitterter machte. Er erhielt eine besondere Bedeutung, seit sein Gegenstand der künftige Herrscher wurde. Geflissentlich, so behauptete Sophie Charlotte nachmals, habe Danckelmann die Erziehung des Kurprinzen vernachlässigt, die sie durch den dem Minister feindlichen Grafen Dohna „auf hannoversche Art" geleitet zu sehen wünschte. Indem er den Thronfolger geistig unentwickelt lasse, so wurde Danckelmann von ihr schuld gegeben, suche er die Leitung des Staates sich auch für die Zukunft zu sichern. Hier zuerst scheint Sophie Charlotte laut Einsprache erhoben zu haben und der Konflikt offen entbrannt zu sein: Danckelmanns Haltung dabei soll geeignet gewesen sein, den Frieden zwischen den kurfürstlichen Gatten zu stören.

Willig fügte sich Friedrich auch als Herrscher der Autorität des ehemaligen Erziehers, so lange die Dinge nach Wunsch gingen oder doch die Hoffnung auf einen vorteilhaften Frieden blieb. Da stützte er ihn auch den Höflingen, den Geheimeräten, der Gemahlin gegenüber. Nun kam der elende Ryswiker Friede.

Den sollte Danckelmann verschuldet haben, indem er Brandenburg die erfolgreiche Geltendmachung seiner militärischen Mittel durch ihre verzettelte Verwendung auf den verschiedenen Kriegsschauplätzen unmöglich machte. Er sollte sich England und den Niederlanden allzu gefällig erwiesen und dadurch seines Herrn Interesse geschädigt haben. Insbesondere gab man ihm die finanzielle Zerrüttung schuld, die aber doch nicht allein durch den Krieg, sondern wesentlich mit durch schlechte Wirtschaft und übertriebenen Aufwand verschuldet war. All das untergrub Danckelmanns Stellung allmählich. Bedenken und Einwände, die laut wurden, wird er kurzerhand abgewiesen haben. Denn nichts war er weniger als ein geschmeidiger Höfling. Die Kurfürstin klagte über unwürdige Knappheit der ihr zur Verfügung gestellten Mittel und ließ, wie es scheint, durchblicken, vom Kurfürsten für sie bestimmte Summen seien andere Wege gegangen. So unerwiesen das ist: daß die Finanzverwaltung unordentlich war, die fälligen Abrechnungen seit Jahren ausstanden und anderes mehr, ist Thatsache. Nur traf die Verantwortung dafür nicht Danckelmann persönlich. Immerhin ließ sich in Friedrich nun leicht der Glaube erwecken, er nehme nicht die ihm gebührende Stellung ein, sondern werde von seinem ehemaligen Erzieher verdunkelt. Schon im Sommer 1697, während der Hof in Preußen weilte, bekam dieser seine Ungnade in kleinen Dingen zu fühlen. Ja der Kurfürst sprach sogar vertraulich bereits die Absicht aus, ihn zu entfernen. Als der Bedrohte aber um seine Entlassung bat, wiederholt bat, gewährte er sie nicht. Der Despot regte sich in Friedrich: je mehr er, wie man ihn glauben machte, seine Herrschaft bisher ungebraucht gelassen hatte, um so unnachsichtiger meinte er jetzt als Rächer derselben auftreten zu müssen. Es ist, als ob er den zischelnden Höflingen habe zeigen wollen, daß er sich vor dem einstigen Lehrer nicht fürchte. Und wie er den ersten Schritt gethan hatte, da wurde er durch die von allen Seiten auf ihn einstürmenden Verhetzungen, namentlich durch die bitteren Klagen der schönen Gattin vorwärts gedrängt auf der abschüssigen Bahn, wo kein Einhalten war.

Am 24. November überbrachte Feldmarschall von Barfus,

neben dem Oberkämmerer Kolbe von Wartenberg sein eifrigster Gegner, Danckelmann die lange ersehnte Entlassung, die in gnädigen Ausdrücken gefaßt und von der Gewährung einer reichlichen Pension begleitet war. Aber persönlich zu danken wurde ihm wegen der Erregbarkeit des Herrn nicht gestattet. Man fürchtete also auch jetzt noch den Einfluß, den er, Auge in Auge ihm gegenübergestellt, auf Friedrich ausüben konnte. Dem folgte die Weisung, Berlin zu verlassen, wenn Friedrich dorthin käme, einige Tage später seine Verhaftung in Neustadt, die Abführung nach Spandau und die Instruktion eines Verfahrens, für das die nötige Basis zu gewinnen zu Denunziationen förmlich aufgefordert wurde. Sein Vermögen wurde konfisziert. Denn gemeine Habgier, die Sucht, sich auf Kosten des reich gewordenen Danckelmann zu bereichern, war bei vielen der sich nun vordrängenden Ankläger das Hauptmotiv. Auch Sophie Charlotte war davon nicht frei. Die geistreiche Freundin Leibniz', die den Sturz des verhaßten Mannes schon den Tag, ehe er erfolgte, als bevorstehend nach Hannover melden konnte, äußerte um Weihnachten ebendorthin ihr Bedauern darüber, daß man sich der Danckelmann abzunehmenden Beute noch nicht erfreuen könne, obgleich schon ausgesagt sei, er müsse sich aus der Münze widerrechtlich bereichert haben: alles das von ihm und seinen Mitschuldigen ihm vorenthaltene Geld dürfe der Kurfürst nun zurückzuerhalten hoffen; ohne Danckelmanns schlechte Wirtschaft müßten Millionen vorhanden sein, während der Krieg nichts als Schulden ergeben habe. Doch hat Danckelmann keine von den wider ihn erhobenen Anschuldigungen so entschieden zurückgewiesen wie die, daß er die eingerissene finanzielle Unordnung verschuldet habe, und während er sonst stets bemüht gewesen ist, seine Verteidigung nicht zur Anklage gegen den Kurfürsten werden zu lassen, hat er in diesem Punkte eine deutlichere Sprache geführt und freimütig konstatiert, trotz aller seiner Erinnerungen dagegen hätten die Ausgaben zugenommen und an Kleinodien, Güterkauf, Bauten seien nicht Tausende, sondern Tonnen Goldes verwendet. Und ähnlich stand es mit der ganzen Anklage. Von ihren 290 Artikeln bezeugte der Hoffiskal, auch nachdem der Kurfürst die unhalt-

barsten selbst gestrichen, daß sie, selbst erwiesen, ein Strafurteil nicht begründen würden. Und das wiederholte sich in den nun zu Hilfe gerufenen oberen Instanzen. Schließlich beantragte der Geheime Rat nach Einsicht der Akten Freisprechung und Freilassung Danckelmanns, der während dessen als „Krimineller" nach Peitz gebracht war, um es nach des Kurfürsten Absicht nie wieder zu verlassen. Und daraufhin verfügte Friedrich im Februar 1704, daß es bei der bisherigen Strafe bleiben solle, zumal sie nicht zu hart, ja neuerdings noch moderieret sei: dem Gefangenen war gestattet worden, unter Aufsicht der Wache eine halbe Stunde außerhalb der Festung sich zu ergehen! Erst 1707, aus Anlaß der Geburt seines ersten Enkels, entließ er Danckelmann der Festungshaft, setzte ihm aus seinem konfisziert bleibenden Vermögen ein Jahrgeld aus und gestattete ihm, in Kottbus zu wohnen. Niemals aber hat er des Unglücklichen zweifellose Unschuld anerkannt: dieser Sühnakt blieb seinem Sohne vorbehalten, den jener geflissentlich ohne Bildung hatte aufwachsen lassen sollen, um sich und den Seinen die Herrschaft zu sichern. So war Danckelmann immer noch glücklicher als einst Schwartzenberg, zu dessen Sturz der seine eine lehrreiche Parallele bietet. In beiden Fällen war der Sieger nicht der Fürst, sondern selbstsüchtige, beutegierige Cliquen am Hof und im Beamtentum, welche die angeblich durch sie zu rächende fürstliche Autorität mißbrauchten und dadurch vollends schädigten und tief herabsetzten.

Danckelmanns Sturz war ein Ereignis von allgemeinster Bedeutung. Wer konnte sagen, wer nun in Berlin die Leitung an sich bringen, welche Richtung die Politik Brandenburgs einschlagen würde? Und an ihr hatte, wie die Dinge lagen, Europa ein Interesse. In diesem Sinn verwandte sich Wilhelm III. durch einen besonderen Gesandten für den rechtlos Eingekerkerten. Und die Kurfürstin erwiderte diesem auf seinen Appell an die Hochherzigkeit ihres Gatten, vor allem müsse ein Exempel statuiert werden: Danckelmann dürfe nicht frei kommen, weil er sonst doch Mittel und Wege finden würde, dem Kurfürsten persönlich zu nahen. Man traute Friedrich also nicht die Festigkeit zu, angesichts des einst so hochverehrten

Lehrers in dem ihm aufgeredeten schnöden Unrecht zu beharren. Auch läßt diese Aeußerung auf einen besonderen Anteil und ein besonderes Interesse Sophie Charlottens an dem Geschehenen schließen. Nun höre man, so rühmt sie, nur auf Leute, deren Rechtschaffenheit ihr bekannt sei und die von jeher zu ihren Freunden gehört hätten. Ihren Vater bittet sie, dem Kurfürsten die Billigung des Geschehenen auszusprechen und ihm Glück dazu zu wünschen, um ihn in seiner Haltung zu bestärken. Allgemeine reine Freude herrscht nach ihr in Berlin über den Sturz „dieses Menschen" — größere wohl noch in Hannover. Die welfische Politik hoffte nun endlich am Ziele zu sein und Brandenburg, zu des Großen Kurfürsten Zeiten ihren gefährlichsten Widersacher, ihren Bestrebungen dienstbar machen zu können. Das, so that damals Leibniz in einer Denkschrift dar, unter dem Deckmantel des gemeinsamen Interesses für Kunst und Wissenschaft zu thun, sei Sophie Charlottens Beruf, wofür der bescheidene Philosoph sich selbst als verschwiegenen Boten zwischen Mutter und Tochter anbot und eine entsprechende Stellung in Berlin zu erhalten wünschte.

IV. Die Erwerbung der Königskrone.
1697—1701.

„Es gefalle dem Kaiser nicht, daß an der Ostsee sich ein neuer König der Vandalen erhebe", hatte um die Zeit, da der Große Kurfürst Pommerns endgültig Herr zu werden schien, der kaiserliche Hofkanzler Baron Hocher geäußert. Ein Vierteljahrhundert später trat dies vandalische Königtum unter Zustimmung des Kaisers selbst ins Leben, ohne daß Brandenburg einen Zuwachs oder Erfolg gewonnen hatte, der eine solche Rangerhöhung begründete. Daß sie aber, wie nachmals Friedrich der Große meinte, allein in der Eitelkeit seines Ahnherrn entsprungen und erst in der Folge eine von diesem nicht geahnte politische Bedeutung erlangt habe, erscheint als eine ebenso oberflächliche wie unhistorische Auffassung, die gewisse fürstliche Schwächen für unvereinbar hält mit richtiger Erfassung der Zeitlage und berechtigtem edleren Ehrgeiz.

Wann und wo der Gedanke an die Erwerbung der Königswürde für die Hohenzollern zuerst erörtert wurde, wissen wir nicht. Was man aber 1678 in Wien ausdrücklich abzuweisen für nötig hielt, muß doch schon damals anderwärts als möglich gegolten haben. Daß der Große Kurfürst diese Absicht gehegt habe, ist nicht bezeugt. Wenn Geheimerat Ilgen sich nachmals zu erinnern glaubte, bereits bei den Verhandlungen über den Vertrag vom 22. März 1686 sei dem Kurfürsten außer Schwiebus auch die Erhebung zum König angeboten worden, so fehlt dafür jede Bestätigung, und daran bessert die Vermutung nichts, Ilgen irre und meine einen durch Baron von Fridag dem Kurprinzen gemachten Antrag. Jedenfalls waren die Räte Friedrichs, als er sein Vorhaben — offenbar bald nach seinem Regierungsantritt — zur Erörterung brachte, geteilter

Meinung, freilich, wie es scheint, keiner ernstlich dafür. In seiner Denunziation gegen Danckelmann nennt Fuchs (Januar 1698) das Kronprojekt als einen der von jenem ausgegangenen „chimärischen“ Entwürfe — um es, ein echter Höfling, wenig später nachdrücklich zu befürworten und den Weg zu seiner Verwirklichung zu zeigen. Wenn darauf Danckelmann erklärt, „dem, was in der Sache wegen der königlichen Dignität passieret, habe er völlig contradicieret“, so ist dem unbedingt Glauben zu schenken, ja hat die Enttäuschung des Ryswiker Friedens die Politik Danckelmanns vielleicht gerade deshalb so straffällig erscheinen lassen, weil damit die schon gewonnen geglaubte Krone wieder in die Ferne entrückt wurde. Denn bereits im Januar 1693 war des Ministers Bruder Nikolaus Bartholomäus von Danckelmann, der Gesandte in Wien, zu Karlsbad durch Friedrich selbst von dem Plan unterrichtet worden und hatte dann darüber in Wien zu verhandeln gehabt.

Wenn damals erzählt wurde, den Anstoß dazu habe Friedrich die Demütigung gegeben, die er im Haag erfahren haben sollte, wo Wilhelm III. auf einem Lehnstuhl Platz nahm, ihm aber einen kissenbedeckten Sessel hinstellen ließ, so zeigt das nur, welche Bedeutung man den Feinheiten des Zeremoniells beimaß. Das aber geschah doch insofern nicht ohne Grund, als in ihnen die den effektiven Machtverhältnissen entsprechende Rangordnung der Staaten Europas, die so vielfach durch willkürliche Eingriffe bedroht war, als völkerrechtlich sanktioniert zum Ausdruck kam. Daher gab auch die Steigerung seiner Bedeutung für die Gesamtheit einem aufkommenden Staate ein Recht auf die entsprechende Rangerhöhung und die durch sie bedingten äußeren Ehren, zumal er ohne sie nicht in der Lage war, seine Interessen wirksam zu vertreten. Das hatte Brandenburg zu Ryswik erfahren, obgleich es seit einem Menschenalter unter allen Gliedern des Reichs eine ganz singuläre Stellung einnahm, da der Kurfürst als Herzog von Preußen Souverän war, also die Eigenschaft besaß, in der man gemeinhin das Wesen der königlichen Majestät erblickte. Viel später erst war der Oranier als König von England aus der für die

europäische Politik so oft schädlichen Abhängigkeit von den „Herren Staaten" befreit. Wie wenig aber für ihn dem Parlament gegenüber von einem supremum et directum dominium zu sprechen war, hatte gerade die jüngste Vergangenheit gelehrt. Ein solches besaß zwar August von Sachsen, der 1697 um den Preis seines evangelischen Glaubens die polnische Krone erkauft hatte, vollends nicht: aber gerade seine Erhebung enthielt für Friedrich insofern einen besonderen Stachel, als er auf Anraten Danckelmanns vielmehr die Bewerbung des Markgrafen Ludwig Wilhelm von Baden, des Türkensiegers, begünstigt und dessen Wahl als „die wichtigste und größte Angelegenheit seiner bisherigen Regierung" bezeichnet hatte, wohl schon in der Hoffnung, durch einen befreundeten Polenkönig seine eigenen Pläne gefördert zu sehen. Es war unbillig, daß Friedrich nach dem, was er im letzten Kriege der Wohlfahrt Europas geleistet hatte, mit seinem Staate hinter jenen beiden zurückstehen sollte, zumal demnächst das Haus Hannover die englische Krone gewinnen mußte. Wenn Friedrich die äußeren Bedingungen zu beschaffen trachtete, die seinem Hause den erfolgreichen Eintritt in den allgemeinen Wettbewerb um Besitz und Macht ermöglichten, so that er das nicht aus Eitelkeit, sondern in wohlberechneter und wohlberechtigter Politik, bei der es sich für Gegenwart und Zukunft um wichtige politische Realitäten handelte.

Als Grundlage für das Königtum kam nur Preußen in Betracht: nur dort waren die Hohenzollern souverän. Minder einfach war die Wahl des Weges zum Ziel. Wenn August von Sachsen und Polen, Friedrich, dem er bei ihrer Zusammenkunft klug den königlichen Lehnstuhl gewährte, riet, sich vom Papst zum König erheben zu lassen, so war der Vorschlag zwar des Konvertiten würdig, aber doch kaum ernst zu nehmen. Oder dachte der schlaue Albertiner auf diesem Wege alle die Vorteile gleich wieder wett zu machen, die er durch seinen Glaubenswechsel den Hohenzollern als den anerkannten Führern der deutschen Evangelischen eingeräumt hatte? Man pflegt Friedrich einen Vorwurf daraus zu machen, daß er die Krone nicht ohne jedes fremde Zuthun genommen hat. Zwischen den beiden

großen Kriegen, die bald danach ausbrachen, hätte er, so meint man, das gekonnt und allgemeiner Anerkennung sicher sein dürfen. Aber konnte er denn 1697 wissen, was drei, vier Jahre später geschehen würde? Die große europäische Komplikation, durch die er die Krone zu gewinnen gedacht hatte, der Krieg von 1688—1697, hatte ihm nicht dazu verholfen. Je schmerzlicher er das empfand, und je weniger unter den nun gegebenen Verhältnissen bald eine günstigere Konstellation zu hoffen war, um so begreiflicher und vom Standpunkte des Realpolitikers aus richtiger war es, wenn er das auf dem einen Wege nicht Erreichte auf einem sich darbietenden anderen zu erreichen suchte. Darin ahmte er das Beispiel seines großen Vaters nach. Wie der es in wichtigen Fällen gethan, forderte er Gutachten seiner Räte. Vorbehaltlose Zustimmung fand er eigentlich bei keinem. Alle erhoben Bedenken, indem sie hinwiesen auf die Steigerung des Aufwandes durch die Ansprüche eines königlichen Hofhalts, die möglichen Verwickelungen mit Polen, das sich im Besitz eines Teils von Preußen befand, die Proteste des katholischen Zweigs des Deutschen Ordens, der die Säkularisation Preußens nie anerkannt hatte, den Widerspruch des Papstes und der katholischen Geistlichkeit gegen einen akatholischen König, ja der preußischen Stände, denen die Erhaltung des gegenwärtigen Rechtszustandes zugesagt werden müßte, während auch vorgeschlagen wurde, die Stände zu der Bitte um Erhebung des Herzogtums zum Königreich zu veranlassen, ähnlich wie es bei der Reformation und Säkularisation geschehen war. Auch fragte man, ob die Sache eigentlich lohne und wirklich so viel davon zu erwarten sei. Als mächtigster Kurfürst bedeute Friedrich mehr denn als mindest mächtiger König, und auch ohne Krone würde Brandenburg Oesterreich bald eingeholt haben. Andererseits freilich erschien die Sache auch nicht unmöglich und im allgemeinen unschädlich. Wollte man sie also unternehmen, so mußte dabei nach Fuchs' Ansicht sorgsamst jeder Schein der Abhängigkeit vom Kaiser vermieden werden, es durfte also niemals von einer „Kreation“, sondern nur von einer Anerkennung des Königtums durch diesen die Rede sein. Diese aber meinte man bei Leopold I. leicht

erwirken zu können. Gerade solche Erwägungen mahnten zur Eile. Durchschlagende Gründe gegen sein Vorhaben bekam Friedrich von seinen Räten also nicht zu hören, freilich auch keine freudige Zustimmung. Es scheint fast, als ob die Herren sich gescheut hätten, seinem ihnen wohlbekannten Willen entgegenzutreten, aber doch auch vorsichtig durch allerlei Vorbehalte sich für den Fall des Mißlingens zu decken gesucht hätten. Das Schicksal Danckelmanns stand ihnen warnend vor Augen! Daß man an die Ausführung des „großen Desseins" ging, war also Friedrichs persönlicher Wille. Ob er, wenn er mißlang, den Mut gehabt hätte, die Verantwortung auf sich zu nehmen, muß dahingestellt bleiben. Der Ruhm aber wird ihm kaum zu bestreiten sein, daß er gegenüber der vorsichtigen Zurückhaltung seiner Räte den Mut hatte, dem — sozusagen — unbestimmten Drange, der ihn vorwärts trieb, nachzugeben und im Bewußtsein der Bedeutung seines Staates, die alle Potentaten ihn als Bundesgenossen zu suchen veranlaßte, den Schritt zu thun, der einerseits Brandenburg-Preußen äußerlich dem bisher von ihm Geleisteten entsprechend stellte, andererseits ihm die Möglichkeit gab, sich gegen ähnliche Enttäuschungen, wie sie ihm noch zuletzt zu Ryswik bereitet worden waren, wirksamer zu schützen. Man nenne das politischen Instinkt: — Eitelkeit allein war es nicht.

Eine andere Frage bleibt es, ob die um die Krone geführten Verhandlungn in einzelnen Stadien vielleicht hätten geschickter geleitet und ohne so schwere Belastung Preußens zum Ziele geführt werden können. Möglich, daß etwas weniger Eifer oder klügeres Verbergen des vorhandenen Wunsches Friedrich davor bewahrt hätte, so schnell und daher zu einem so hohen Preise abzuschließen. Kehrt aber nicht in diesem Vorwärtsdrängen, dieser Begehrlichkeit nur der Zug wieder, der namentlich durch den Großen Kurfürsten der brandenburgischen Politik aufgeprägt war und entsprechend den für sie maßgebenden Verhältnissen ihr auch weiterhin lange eigen geblieben ist und manche herbe Enttäuschung verschuldet hat? Daß man sich zunächst des Kaisers zu versichern suchte, war natürlich: besonders war bei der geplanten Rangerhöhung das Reich inter-

essiert. Jedenfalls war gegen des Kaisers Willen kaum zum Ziele zu kommen: sein Widerspruch hätte alle Gegner Brandenburgs im Reich aufgeboten. Des Reichs aber konnte Brandenburg auch für die Behauptung der Stellung noch nicht entraten, die es auf Grund der preußischen Souveränetät außerhalb Deutschlands erworben hatte, wie es andererseits bei der Bedeutung, die Preußen ihm auch für das Reich gab, darauf bedacht sein mußte, einen Dualismus zu vermeiden, der leicht zu lähmenden Gegensätzen führen konnte. Durch Anschluß an Frankreich, hat man gemeint, wäre Friedrich leichter zum Ziele gekommen. Waren aber die Erfahrungen, die man 1679—1685 mit der französischen Allianz gemacht hatte, wirklich so lockend? In der Lossagung von dieser alle Zeit eigennützigen Schutzmacht beruhte das Verdienst der brandenburgischen Politik, wie sie sich seit 1686 den gemeinsamen Interessen Europas und des evangelischen Glaubens wieder dienstbar gemacht hatte. Trotz aller Enttäuschungen an ihr festgehalten zu haben, war Friedrichs vornehmstes Verdienst: auf ihm beruhte die hohe Achtung, deren er sich erfreute, indem man seine Zuverlässigkeit und Treue rühmte, nicht ohne Seitenblick auf den Vater, der für Freund und Feind durch Hinterhaltigkeit und Unbeständigkeit gekennzeichnet worden war. Doch hat allerdings bereits die Möglichkeit, daß er sein Vorhaben mit Hilfe Frankreichs durchzuführen versuchte, auf den Wiener Hof des Eindrucks nicht verfehlt. Um es dahin nicht kommen zu lassen, hat man sich dort seinen Wünschen von Anfang an geneigt gezeigt. Nicht darauf kam es an, daß Friedrich die Königswürde annahm und als einen ihm von der einen oder anderen Seite bestrittenen Besitz zu behaupten suchte, sondern daß sie im Kreise der Mächte anerkannt wurde, auf die er bei der Vertretung seiner Interessen zunächst angewiesen war. Nur die möglichst schnelle und unangefochtene Reception des neuen Königreichs in den Kreis der älteren Staaten dieses Ranges leistete, was Friedrich damit für seines Hauses und seines Landes Zukunft erreichen wollte. Daß jenes geleistet, dieses erreicht wurde, kann aber nicht in Abrede gestellt werden. Auch bleibt doch zum mindesten fraglich, ob Friedrich auf einem der

anderen, angeblich möglichen Wege mit geringeren Opfern zum Ziele gekommen wäre, ob auf ihm nicht vielmehr größere Gefahren zu bestehen gewesen wären.

Die Erwerbung der Krone war der erste Schritt um die Stellung, die Brandenburg durch die Verbindung mit dem souveränen Preußen außerhalb Deutschlands gewonnen hatte, zu einer europäischen zu erheben. Solchem Anspruch standen bestimmte Pflichten gegenüber: das neue Königreich mußte sein Recht erweisen durch thätigen Anteil an der europäischen Politik. In deren Zentrum aber stand die Frage nach der spanischen Erbschaft, die jeden Tag zur Erledigung kommen konnte. Das Königtum blieb ein leerer Schein, wenn sein Träger da nicht entschieden Stellung nahm und dafür Kraftmittel einsetzte, die sein Recht zum Mitreden für Freund und Feind erwiesen und ihm auch einen Anteil an der schließlichen Entscheidung sicherten. War dafür irgend eine Sicherheit gegeben, wenn er etwa dem Vertrage beitrat, durch den England, Frankreich und die Niederlande im März 1700 eine Teilung der spanischen Monarchie unter Ausschluß Oesterreichs aus Italien vereinbarten? Gerade unter dem Eindruck dieses Vertrages kam man in Wien den Anträgen Brandenburgs bereitwilligst entgegen. Man hatte seine Armee hinreichend kennen gelernt, um ihre Hilfe für den Waffengang, der nun bevorstand, ihrem Werte nach richtig zu schätzen. Doch wollte man die Zustimmung zur Annahme des königlichen Ranges, die der kaiserliche Geheime Rat bereits am 24. Juli 1700 aussprach, möglichst vergolten haben. Vergleicht man aber die Forderungen, die anfangs erhoben wurden, mit dem schließlich Zugestandenen, so wird man nicht finden, Brandenburg sei überstürzt zugreifend Verpflichtungen eingegangen, die es, um zum Ziele zu kommen, nicht hätte auf sich zu nehmen brauchen, sondern wird der brandenburgischen Diplomatie, welche in diesem Falle außer dem Kurfürsten selbst nur der in höchster Gunst stehende Oberkammerherr Graf Kolbe von Wartenberg, Rüdiger von Ilgen und der Gesandte in Wien, von Bartholdi, vertraten, zugestehen müssen, daß sie sich nicht leichtfertig gegeben, sondern ihre Position geschickt verteidigt und den Gegner weit zurückgedrängt hat. Wäre es

nach den kaiserlichen Wünschen gegangen, so wäre Brandenburg-Preußen mit dem trügerischen Gold der Krone zur Dienstbarkeit unter dem Hause Habsburg gekauft und statt in Europa mitsprechen zu können, selbst im Reiche mundtot gemacht worden. Sollte es sich doch verpflichten, in allen Reichsangelegenheiten, namentlich aber bei den Kaiserwahlen, mit Oesterreich zu stimmen. Mit dem ihm angesonnenen Verzicht auf die Vertretung der protestantischen Beschwerden hätte es nicht bloß auf die Führerschaft der deutschen Evangelischen verzichtet, sondern auch auf die Geltendmachung desjenigen Moments, in dem seit des Großen Kurfürsten Lösung von Frankreich seine europäische Bedeutung vorzugsweise beruhte. Nichts von dem ist geschehen, mag der schließlich bewilligte Preis auch immer noch hoch erscheinen, da er — die Sache rein formell genommen — für etwas gezahlt wurde, was der Kaiser eigentlich gar nicht zu vergeben hatte und thatsächlich auch gar nicht vergab. Denn Friedrich hat eifersüchtig darauf gehalten, daß kein Ausdruck gebraucht wurde, der auf eine Verleihung der Krone durch den Kaiser hätte gedeutet werden können, und bezeugte nur, es sei nicht sein Wille gewesen, diesen Akt ohne die Zustimmung des Kaisers vorzunehmen, der sich zum voraus damit einverstanden erklärte und die Anerkennung der neuen Würde unmittelbar nach geschehener Anzeige auszusprechen zusagte. So stellte sich der am 16. November 1700 zu Wien unterzeichnete Kronvertrag dar als Erneuerung der Allianz vom 22. März 1686, namentlich der Bestimmungen über die spanische Erbschaft, mit der Modifikation, daß Brandenburg dem Kaiser für die Dauer des Krieges auf eigene Kosten 8000 Mann stellte, die auch in Oberitalien verwendet und nur, wenn Brandenburg selbst angegriffen würde, abgerufen werden durften. Brandenburg nahm damit allerdings eine starke finanzielle Last auf sich, zumal es auf alle von früher restierenden Subsidienzahlungen verzichtete und sich im Fall des Krieges mit 150 000 Gulden jährlich begnügte. Wenn es sich aber weiterhin verpflichtete, bei künftigen Kaiserwahlen die habsburgischen Kandidaten zu bevorzugen und den Habsburgern als Königen von Böhmen und Ungarn alle überhaupt einem König eingeräumten Ehrenvor-

rechte zuzugestehen, so konnte das unter den gegebenen Verhältnissen für ein Opfer kaum gelten und wurde aufgewogen durch die Zusage kaiserlicher Hilfe bei Erwerbung der oranischen Erbschaft.

Was Friedrich seit zehn Jahren erstrebt hatte, war erreicht. Er durfte den Erfolg um so höher anschlagen, als der Abschluß, von seiten des Kaisers durch immer neue Schwierigkeiten hinausgeschoben, wiederholt zu scheitern gedroht hatte. Am wenigsten ernst zu nehmen waren wohl die Gewissensbedenken, die dem Kaiser wegen der Erhebung eines Ketzers zum König gekommen sein sollten. Ein Gutachten seines jesuitischen Beichtvaters erledigte sie. Von den Hoffnungen aber, die von dieser Seite im Interesse der katholischen Kirche auf das neue Königtum gesetzt wurden, als ob ihr aus Dankbarkeit für die Duldung der Rangerhöhung eines Reformierten besondere Zugeständnisse gemacht werden würden, ist keine in Erfüllung gegangen. Ob es damit zusammenhing, daß die römische Kurie die Anerkennung der neuen Würde hartnäckig verweigerte, das Geschehene als Sakrileg verdammte und von dieser ihrer Ansicht den katholischen Fürsten Kunde gab? Erst unter Friedrich Wilhelm II. hat sie endlich der vollendeten Thatsache sich gefügt. Hatte in Wien die Rücksicht auf den täglich zu erwartenden Tod Karls II., mit dem der Kampf um die spanische Erbschaft entbrennen mußte, entscheidend zu gunsten Brandenburgs gewirkt, so fiel dieser und der Abschluß des Kronvertrags auch thatsächlich zusammen. Für Brandenburg war es eine glückliche Fügung und minderte die Gefahren, die mit den eingegangenen Verpflichtungen verbunden sein konnten, daß Frankreich gegen den im März 1700 mit den Seemächten geschlossenen Vertrag jetzt die ganze spanische Erbschaft für den Herzog von Anjou in Anspruch nahm und dadurch die Seemächte alsbald auf die Seite des Kaisers zu treten nötigte. Das sicherte der neuen Krone deren Anerkennung. Was im Dienste allein Oesterreichs übernommen als eine unbelohnte oder ungenügend belohnte Belastung erschienen war, wurde zu einem Verdienst um die von Frankreich bedrohte Freiheit Europas, das seinen Lohn von Europa zu erwarten hatte. Gerade darin

darf man einen nicht eigentlich bewußt erstrebten, aber darum doch nicht minder wichtigen Erfolg der Politik Friedrichs III. sehen.

Am 16. Dezember 1700 trat der Kurfürst mit einem gewaltigen Gefolge die Reise nach Königsberg an, deren Zweck an demselben Tage seinen Unterthanen durch ein Manifest bekannt gemacht wurde. Am 18. Januar 1701 fand in der Hauptstadt des einstigen Ordenslandes unter prunkvollen, aber doch auch eindrucksmächtigen Zeremonien die Krönung statt, die im Vergleich mit früheren Vorgängen der Art insofern ein ganz neues und sehr wichtiges Moment enthielt, als nach der Salbung, die von zwei ausdrücklich zu diesem Weiheakt erhobenen Bischöfen, einem protestantischen und einem reformierten, vollzogen wurde, Friedrich selbst die auf dem Altar liegende Krone ergriff und sich aufsetzte: eine mittelalterliche Zeremonie ausgesprochen kirchlichen Charakters wurde so in sinnvoll vorbedeutender Weise mit einem durchaus modernen und weltlich-staatlichen Inhalt erfüllt. Die ganze Machtfülle kam darin zum Ausdruck, die Friedrich in seine Hand gelegt wußte und für deren Gebrauch er niemand auf Erden verantwortlich sein wollte. Die Krönung erscheint als eine etwas opernhaft ausgestattete Veranschaulichung des Grundgedankens der absoluten Monarchie: „Der Staat bin ich", entbehrt doch aber auch für den modernen Betrachter nicht eines großartig feierlichen Eindrucks, der Vergangenheit und Zukunft dieses Staates in deutungsreicher Symbolik verknüpfte. Seine Freude an der Macht und den Anspruch, sie nach freiem Ermessen zu gebrauchen, brachte Friedrich auch in der Stiftung des hohen Ordens vom Schwarzen Adler zum Ausdruck. Sein Wahlspruch Suum cuique hatte zunächst nur den Sinn, daß der König jedem das Seine zuzuteilen berufen sei, Lohn dem Verdienten, Strafe dem Fehlenden, wie er schon nach Danckelmanns Sturz bemerkt hatte, man müsse zeigen, daß man Gutes und Böses belohnen könne und dadurch den Bösen Furcht einjagen, damit ein jeder sich danach spiegeln und sein Leben bessern könne, und um die Guten dadurch zu ermutigen. Er war sicher am wenigsten im Sinn einer ausgleichenden Be-

messung der Rechte und Pflichten für alle gemeint: diesen hat erst eine spätere, politisch reifere und sozial fortgeschrittene Zeit hineingelegt.

Eine neue Art von Königtum war am 18. Januar 1701 ins Leben getreten. Es gab der Bedeutung Ausdruck, die der Staat der Hohenzollern trotz seiner Gebundenheit in den morschen Formen des Reichs für das europäische Staatensystem gewonnen hatte. Diese aber hob seine Aktionsfreiheit innerhalb des Reichsverbandes. Wer in Preußen als König gebot, war in Brandenburg und den übrigen Landen, die er der Theorie nach vom Reiche zu Lehen trug, nicht mehr mit dem Maße zu messen, wie die übrigen Reichsstände. Nicht bloß nach oben, auch nach unten gewann er eine größere Unabhängigkeit, und schon dadurch wurde die trennende Wirkung der Verschiedenheiten abgeschwächt, die zwischen den unter ihm vereinigten Gebieten bestanden. Aber die für das Königtum unentbehrliche Einheit galt es von da aus doch erst zu schaffen. Das geschah in der Armee während der Kriege der folgenden Jahre. Die staatliche Einheit auf der Grundlage der organischen Ausbildung einer für alle Landesteile gleichen Verwaltung zu schaffen, war erst des ersten Königs Nachfolger berufen.

Viertes Buch.

Der innere und äußere Ausbau des preußischen Königtums.

1701—1740.

I. König Friedrich I. 1701—1713.

Die lange Reihe der Festlichkeiten, welche die Krönung verherrlichten, war beendet. Am 6. Mai 1701 zog der König in Berlin ein. Als er nahte, donnerten die Geschütze. In den Straßen, wo bewaffnete Bürger Spalier bildeten, erhoben sich Ehrenpforten, an denen huldigende Ansprachen stattfanden. Auf der Stechbahn und dem Schloßplatz stand das Militär in Parade. Bei der Ankunft im Schloß erdröhnten abermals Salven. Es folgte ein Vorbeimarsch der Bürger. Am nächsten Tage wurden die Kollegien, die königlichen und die städtischen Beamten und die Richter und Prediger empfangen. Dabei ergossen sich Ströme der Beredsamkeit. Noch Tage dauerten die Festlichkeiten, unter denen die prachtvolle Illumination Bewunderung erregte, die am 9. Mai die Stadt in ein Lichtmeer tauchte, so daß sie nach dem Bericht eines Zeitgenossen das Licht der Welt zu heißen verdiente, während die Mauern Gemälde bedeckten, die des Königs Regierung verherrlichten und künftige Großthaten verkündeten. Am Abend des 10. Mai gab es dann noch ein großes Feuerwerk am Leipziger Thore unter Leitung des Generalfeldzeugmeisters Markgrafen Philipp, des Halbbruders des Königs. Alljährlich aber wurde die Wiederkehr des Krönungstages durch ähnliche Veranstaltungen begangen. Denn Friedrich hielt eine solche imponierende Be-

thätigung der königlichen Würde für unerläßlich: der Inhalt mochte der Form allmählich zuwachsen. Hier liegt die Schwäche seiner Regierung, mag ihre unheilvollen Wirkungen auf den Staat auch weniger er selbst als eine Anzahl gewissenloser Männer verschuldet haben, die seine Gutgläubigkeit eigennützig ausbeuteten. Trotz seiner hohen Vorstellung von der Macht des Königtums innerlich unselbständig, bedurfte Friedrich eines starken moralischen Rückhalts, wie ihn Danckelmann ihm gewährt hatte. Was sein Sturz bedeutete, offenbarte sich erst allmählich, und ein Glück war es, daß der König, als ihm endlich die Augen aufgingen, in dem Sohne den Gehilfen und Berater fand, dessen er bedurfte.

Aber es war mit der Krone doch nicht bloß ein schöner Schein für Preußen gewonnen. Mochte die geistreiche Königin auch spötteln über die Wichtigkeit, die äußeren Dingen beigemessen wurden: an dem Prunk und Glanz hatte auch sie ihre Lust. Daß er ihr die Mittel dazu vorenthielt, hatte sie Danckelmann besonders zum Vorwurf gemacht, und an ihrem Sohne war ihr die Sparsamkeit besonders anstößig. Auch war es übertrieben, wenn ein ganz mit Brillantknöpfen garniertes Kleid, das der König 1704 bei der Feier seines Geburtstages getragen, ihre Mutter zu der boshaften Bemerkung veranlaßte, den Weg also gehe das Geld, das man dem Adel abnehme! Im Zuge der Zeit, für deren höfische Kultur das Vorbild Ludwigs XIV. maßgebend war, lag königlicher Aufwand der Art als etwas Selbstverständliches, ja beinahe Notwendiges. Wurden doch unter dem äußeren Glanz auch geistige Werte gewonnen und ideelle Interessen gefördert. Das war hier freilich zumeist das Verdienst Sophie Charlottens: sie lenkte die auf königliche Repräsentation gerichtete Neigung ihres Gemahls einem Gebiete zu, das diesem Staate bisher fremd geblieben war. Der Kunst freilich brachte Friedrich selbst Interesse entgegen. Das Schloß, schon vor der Krönung begonnen, das Zeughaus und anderes mehr verkörperten würdig das stolze Aufstreben des jungen hohenzollernschen Königtums. Mehr noch that das Andreas Schlüters Reiterstatue des Großen Kurfürsten, die in der Idealgestalt seines Gründers nicht bloß die inhaltreiche

Vergangenheit, sondern auch die erhoffte Zukunft des preußischen Staates veranschaulichte. Was Friedrich that für die Ausschmückung des vom Vater geschaffenen Lustgartens mit Marmorstatuen der Kurfürsten bis auf ihn selbst herab und der Schlösser mit Gemälden, Fayencegeräten und kostbaren Teppichen, führte vorhandene Anfänge weiter. Wenn er sich dabei zunächst auch der bereits vom Vater beschäftigten holländischen und französischen Künstler bediente, so wurde doch, wie es scheint, diese Abhängigkeit vom Auslande bald lästig empfunden, zumal man auch mit der Ausbildung junger Talente in der Fremde keine guten Erfahrungen machte. Deshalb wurde bereits 1699 im Anschluß an einen Künstlerverein, der sich um den 1692 als Hofmaler nach Berlin berufenen Holländer Augustin Therwesten gesammelt hatte, eine Akademie der Künste errichtet als Beraterin des Hofes und der Regierung und Zentralstelle für die Pflege der Kunst und Bildung des Nachwuchses für ihren Dienst. Aber auch die Dichtkunst, und zwar die deutsche, fand hier Förderung. So zopfig die Gedichte des Hofpoeten und Hofmarschalls J. von Besser (1654—1729), seines Kollegen von Kanitz und Benjamin Neukirchs uns erscheinen: sie machten doch die deutsche Poesie sozusagen hoffähig und gewannen ihr Teilnahme in Kreisen, die deutscher Art und Sprache lange entfremdet waren.

Mit hellerem Glanze noch umgab die Wissenschaft die preußische Krone dank Sophien Charlotten und ihrer Freundschaft mit Leibniz. Hatte ihr Verkehr zunächst auch politischen Bestrebungen, die nicht hohenzollernsche und nicht preußische Interessen verfolgten, zum Deckmantel dienen sollen: er veranlaßte doch eine geistige Bewegung, die den Berliner Hof zur anerkannten Pflegstätte der erblühenden deutschen Wissenschaft erhob. Mediceische Zeiten schienen der Mark aufzugehen durch das geistig bewegte Leben, das die Königin um sich erstehen ließ. Als ein irdisches Paradies pries ihre Mutter das von Schlüter und Le Nôtre geschaffene Charlottenburg: man lebe sans façon; die Herren und Damen spielen Komödie, die Musiker führen Opern auf und die besten Pfarrer von der Welt predigen. Dort war Leibniz ein regelmäßiger Gast. Mit Recht rühmt Fried-

rich II. an seiner Großmutter, sie erst habe den Geist der Geselligkeit, wahre Feinheit und Liebe zu Künsten und Wissenschaften nach Preußen verpflanzt. Leitete sie dabei nicht immer ein sachliches Interesse, sondern gelegentlich auch die Rücksicht auf den Effekt: jedenfalls nahm sie die Anregungen verständnisvoll auf, die ihr philosophischer Freund ihr gab, nicht ohne dabei auf Mehrung seines eigenen Ruhmes zu denken und Friedrich als den Urheber einer neuen Blüte der Wissenschaft zu schmeicheln. So entstand die Berliner Akademie der Wissenschaften, die teils praktischen Zwecken dienen sollte, wie der Begründung der protestantischen Mission im Orient und der Hebung der Landeskultur durch Einführung des Seidenbaues, teils zur obersten Aufsichtsbehörde für das gesamte Unterrichts- und Bücherwesen bestimmt war. Zunächst freilich blieb ihre Wirksamkeit recht bescheiden, wozu auch der Tod der Königin (1705) und die dadurch bewirkte Lockerung der Verbindung Leibniz' mit dem Berliner Hofe beitrug. Viel mehr als sie trug damals zur Hebung des geistigen Lebens überhaupt die Universität Halle bei: unter geschickter Benutzung der günstigen Umstände, welche die Niederlassung des aus Leipzig verwiesenen Christian Thomasius herbeiführte, 1694 errichtet, wirkte sie durch freisinnige Opposition gegen das gelehrte Zopftum und das orthodoxe Luthertum weithin befreiend und anregend und gewann der preußischen Krone den Ruhm einer weitherzigen Beschützerin des geistigen und kirchlichen Fortschritts.

Kirchliches Freidenkertum zwar lag Friedrich I. fern: seine und seines Hofes Haltung war ausgesprochen kirchlich. Von jeher gehört es zu den charakteristischen Zügen des absoluten Königtums, daß sein Träger mit dem ihm ja allein übergeordneten lieben Gott auf gutem Fuße stehe, das durch demonstrative Kirchlichkeit bethätige und so den göttlichen Ursprung seiner Macht stets in Erinnerung bringe. Die davon untrennbaren Verirrungen haben auch hier nicht gefehlt. Friedrich hat sogar ein Gebet, das er am dritten Jahrestage seiner Krönung verfaßte, drucken lassen, und das 297 Fragen beantwortende Glaubensbekenntnis, das seine Tochter erster Ehe, Luise Dorothea, bei der Einsegnung 1693 öffentlich ablegte, erweckt durch

die breite Ausmalung der eigenen Sündhaftigkeit starkes Befremden. Das Bürgertum aber ahmte natürlich auch damals das Beispiel des Hofes nach. Der Kirchenbesuch war Mode: die Gotteshäuser faßten die Massen kaum. Die Folge war eifriges Kirchenbauen. Nicht weniger als fünf neue Kirchen erstanden zu Anfang des 18. Jahrhunderts in Berlin, darunter die nach der diesen Bestrebungen fernstehenden Königin benannte Sophienkirche. Das Gute hatte freilich diese modische Frömmigkeit, daß sie die Gegensätze zwischen den Konfessionen milderte. Dazu trug in Berlin auch Ph. J. Spener (1635—1703) bei, der, seit 1691 Propst an der Nikolaikirche, trotz seines Luthertums ein milder Vertreter der neuen pietistischen Richtung, vornehmlich das praktische Christentum betonte. Wenn aber Leibniz, in Gemeinschaft mit dem 1693 von Königsberg als Hofprediger nach Berlin berufenen D. E. Jablonski (1660—1741) eine Union der Reformierten und Lutheraner erstrebte, die Friedrich, von seiner Schwiegermutter beraten, durch Einführung der englischen Liturgie zu fördern dachte, so war das verfrüht, und das 1703 dazu gehaltene Religionsgespräch — Collegium caritativum — hat die Gegensätze eher verschärft.

So bot das neue Königtum den Zeitgenossen wohl ein glänzendes Bild. Wenig aber entsprach dem seine politische Bethätigung: verdienstvoll in Nebendingen, versagte es in der Hauptsache. Im ganzen aber bedeutete es auch für Deutschland einen Gewinn, zunächst jedenfalls einen territorialen. Eine deutsche Macht faßte außerhalb des Reiches festen Fuß, zu derselben Zeit, wo Sachsen und Hannover durch ausländische Kronen Anhängsel fremder Staaten wurden und von zwei Seiten her neue Keile in den Bau des Reiches trieben. Auch hat Friedrich die Folgerungen, die sich aus dem preußischen Königtum für seine Stellung im Reich ergaben, wirklich gezogen. Seine sämtlichen Lande bildeten e i n e n Staat, der unter dem zwar außerhalb des Reiches wurzelnden, aber auch im Reiche vollgültigen Königtum einheitlich zusammengefaßt war, so daß die Behörden in Pommern, Mark, Minden u. s. w. ebenfalls als königliche fungierten. Während in Hannover und Sachsen die Erwerbung der Krone zu einer Teilung der Kräfte

führte, stärkte sie hier die Staatseinheit und die großstaatliche Tendenz. Das aber bedeutete die weitere Emanzipierung auch der brandenburgischen Reichslande von der Autorität des Reichs und führte namentlich zur völligen Unabhängigkeit der Rechtspflege. Das im November 1703 errichtete Oberappellationsgericht oder Tribunal zu Berlin wurde der höchste Gerichtshof für den Gesamtumfang der hohenzollernschen Lande. Friedrich hielt, wie er 1707 erklärte, dem Interesse und der grandeur seines Hauses nichts für zuträglicher, als die Jurisdiktion der obersten Gerichtsbarkeit so hoch und so weit zu treiben, als irgend geschehen mochte.

Dem gegenüber erscheinen die Verpflichtungen minder bedenklich, die er gegen Oesterreich übernommen hatte, zumal auch der Kaiser Verbindlichkeiten eingegangen war, die Preußen beträchtlichen territorialen Gewinn sicherten. Sie betrafen die oranische Erbschaft, von der ihm namentlich die Reichsgrafschaften Lingen und Mörs und die Güter in den spanischen Niederlanden zugesagt waren. In Wien hat man im Sommer 1701 sogar an eine Verschwägerung mit den Hohenzollern gedacht. Jener Jesuitenpater Wolf, der die Gewissensbedenken Leopolds I. gegen ein akatholisches Königtum beschwichtigt hatte, brachte in Berlin die Heirat des Kronprinzen mit des Kaisers jüngster Tochter in Vorschlag und ließ durchblicken, man werde nur Kultusfreiheit für die Prinzessin und katholische Erziehung der Töchter verlangen. Friedrich lehnte ab: bei aller Weichheit seiner Natur war er unbeugsam in Glaubenssachen, mochten auch seine katholischen Unterthanen dankbar bekennen, unter einem Fürsten ihres Glaubens könnten sie nicht mehr begehren, als er ihnen zugestehe.

Auch seine auswärtige Politik hat das religiöse Moment beeinflußt. Es steigerte seinen Eifer für Oesterreichs Erbrecht auf Spanien, daß Ludwig XIV. nach dem Tode Jakobs II. dessen Sohn als König von England anerkannte und so seiner Politik einen propagandistischen Charakter gab, der dieselben idealen Güter bedrohte, für die Brandenburg 1688 eingetreten war. Auch sonst bieten Lage und Haltung Preußens 1701 manche Parallele zu 1688. Wieder waren es seine Truppen,

die Köln sichern halfen und, als Eugen von Savoyen 1701 nach Italien zog, den Niederrhein deckten, Kaiserswerth und die Festung Geldern eroberten und dann Rheinberg und Bonn mitbewältigten — die Plätze, wo der König vor Jahren militärischen Ruhm erworben hatte (S. 291). Daß die Welfen zur Ruhe genötigt und samt Gotha bei dem Reiche erhalten, die Neutralitätsgelüste der übrigen Reichsstände erstickt und sie fast alle für die habsburgische Sache gewonnen wurden, war wesentlich das Verdienst des Berliner Hofes, der zudem auch für diesen Krieg den Seemächten 5000 Mann zu stellen übernahm.

Auch jetzt ließ Friedrichs I. Politik an Klarheit, Folgerichtigkeit und Thatkraft nichts zu wünschen übrig. Wie er früher durch Leistungen weit über das Maß seiner Verpflichtungen hinaus die Krone erstrebt hatte, so wollte er jetzt vor Europa sein Recht darauf durch Thaten erweisen. Das aber forderte die ungeteilte Einsetzung seiner ganzen Kraft: galt es diese auch nach einer anderen Seite hin zu richten, so stand zu befürchten, daß sie weder hier noch dort ausreiche. Dann hieß es Aussicht und Gefahr, Vorteil und Nachteil richtig abwägen und von den sich bietenden Möglichkeiten die aussichtsvollste entschlossen ergreifen. Mehr als die militärische Aktion bedeutete dann die Politik, die durch richtige Verwendung ersetzte und ergänzte, um was die Mittel gegen die gesteigerten Ansprüche zurückblieben. Vor diese Frage stellte Preußen der nordische Krieg, als die Siege Karls XII. in den baltischen Landen eine völlige Umwälzung verhießen. Und da fehlte ihm nun das Nötigste, eine Politik, die, allein mit den sicher gegebenen Faktoren rechnend, ein bestimmtes, als erreichbar anerkanntes Ziel unter Ausschluß anderer, auch möglicher ins Auge faßte und im Auge hielt und das militärische und diplomatische Handeln ihm anpaßte. Schwankend zwischen dem Wünschenswerten und dem Wünschenswerteren, den bescheidenen sicheren Gewinn aus der Hand gebend um des in der Ferne lockenden größeren willen, krankt Preußens Politik jetzt wie früher an dem Mißverhältnis zwischen Wollen und Können. Unruhig, springend, begehrlich, will sie nichts ordentlich, aber alles zugleich und verschließt sich so eine Chance nach der anderen.

Zu einer Zeit, wo es der Einheitlichkeit und Folgerichtigkeit, ruhigen Beharrens und dann entschlossenen Handelns bedurfte, gaben statt großer politischer Gesichtspunkte die Intriguen bestochener Höflinge den Ausschlag und machten die finanziellen und militärischen Mittel des jungen Königreichs fremden Mächten dienstbar. Allerdings reichen die Anfänge dieser Zuchtlosigkeit des höheren Beamtentums weiter zurück: die böse Wirtschaft eines Kolbe von Wartenberg, eines Wittgenstein und anderer war nur der Fortgang der unter der vorigen Regierung eingetretenen Lockerung, die Danckelmann etwas aufgehalten, aber nicht beseitigt hatte.

Danckelmann hatte, so rühmte man ihm später nach, „en maître regiert", das heißt einen alles leitenden Willen zur Geltung gebracht. Seit seinem Fall herrschten unter den Ministern Faktionen: selbst öffentlich agierten und sprachen sie gegeneinander. Das begünstigte das Emporkommen des unheilvollen Mannes, der namentlich seit der Krönung, die er mit Ilgen und von Bartholdi betrieben hatte, den König durch Benutzung seiner liebenswürdigen Schwächen völlig umstrickte. Ein Meister in der Benutzung weiblichen Einflusses — auch der eigenen Frau, der Tochter eines Weinschenken und ehemaligen Kammerdieners — die Ehe wurde erst mit Danckelmanns Hilfe legalisiert — am Pfalz-Simmernschen Hofe in die Höhe gekommen, war Kolbe von Wartenberg 1688 in Friedrichs Dienst gezogen und hatte ihn durch seine höfischen Talente so ganz gewonnen, daß er ihn mit Ehren und Aemtern überschüttete und 1696 als Oberkammerherrn an die Spitze des Hof-, Zivil- und Militärstaates stellte. Nach Danckelmanns Sturz ohne Nebenbuhler in der Gunst Friedrichs und auch noch zum Oberdomänendirektor ernannt, waltete er thatsächlich als unumschränkter Premierminister: nicht einmal Mitglied des Geheimen Rates, sondern ganz außerhalb des durch Pflicht und Verantwortlichkeit geregelten Geschäftsganges stehend, machte er doch die gesamte Staatsleitung in allen ihren Zweigen von sich und seinen Kreaturen abhängig. Eine Günstlingswirtschaft sondergleichen riß ein. Denn Wartenberg fehlten nicht bloß die Kenntnisse und Fähigkeiten, die eine solche Stellung selbst

in minder schwierigen Zeiten erforderte, sondern auch der Wille, die Geschäfte sachlich zu erledigen. Er wollte nur sich auf der Höhe behaupten, die er eigentlich nur durch anderer Schwäche erreicht hatte. Zum Reichsgrafen erhoben, der erste nicht dem königlichen Hause angehörige Ritter des Schwarzen Adlerordens und durch Aemterhäufung mit einem Einkommen von 123 000 Thalern jährlich versehen, war er in einem Maße Herr des Staates wie niemand zuvor. Der Geheime Rat war beiseite geschoben, die Minister waren einfach Exekutivbeamte, und nur seiner Unerfahrenheit in der Geschäftsführung wird es zuzuschreiben sein, wenn er sich zur Erledigung der „verschiedenen hochwichtigen Angelegenheiten“, die ihm der König im Frühjahr 1701 zu seinen „sonstigen Verrichtungen“ auftrug, den Oberhofmeister des Kronprinzen, Grafen Dohna, und den Geheimerat Ilgen beigeben ließ. Versuche ihn zu verdrängen blieben nicht aus. Aber noch ehe der Geheime Rat damit hervortreten konnte, hatte jener den Schlag pariert, indem er den König ersuchte, den Verdächtigungen gegen ihn durch Umfrage bei den Geheimeräten auf den Grund zu kommen. Als dieser selbst die Herren darum anging, hatte angeblich keiner etwas zu rügen. Natürlich büßten das seine Gegner. Der Obermarschall Graf Lottum und andere Hofbeamte wurden abgesetzt, prozessiert, zu hohen Geldstrafen verurteilt, durch Kreaturen Wartenbergs ersetzt, Lottum durch den Reichsgrafen Augustus von Wittgenstein. Als kurpfälzischer Gesandter zur Krönung geschickt, war er 1702 als Mitglied des Oberdomänendirektoriums in preußische Dienste gezogen und wurde im Frühjahr 1704 Obermarschall. Jeder „Bassesse“ meinte man sich von ihm versehen zu dürfen. Für tüchtige und ehrliche Beamte war bald kein Platz mehr. Schnell nacheinander mußten der Oberkriegskommissar Graf Dönhoff, des Kronprinzen Gouverneur Graf Dohna und andere weichen. Dann kam die Generalität an die Reihe: um nicht weggeschickt zu werden, nahm der Feldmarschall von Barfus seinen Abschied. Sein Nachfolger aber wurde weder des Königs Halbbruder, Markgraf Philipp, ein tüchtiger Soldat, noch dessen Schwager, Fürst Leopold von Dessau, der den preußischen Truppen durch Einführung des

Gleichtritts eine bisher unbekannte Wucht der Bewegung und Manövrierfähigkeit und durch die Erfindung des eisernen Ladestocks eine unübertroffene Feuerfertigkeit verliehen hatte, sondern auf Wartenbergs Empfehlung Graf Wartensleben, der in französischen, brandenburgischen und hessischen Diensten gestanden, vor Wien und seit 1688 gegen die Franzosen gefochten und dann die herzoglich sächsische Armee befehligt hatte.

Mit wachsendem Befremden sahen verwandte und befreundete Höfe dem zu. In Berlin sei ein intriganter Hof, da gehe es wunderlich zu, meinte die hannöversche Kurfürstin Sophie: wer heute Favorit sei, werde morgen eingekerkert; so sei Preußen freilich nicht gefährlich, und Hannover habe nichts zu fürchten, denn mit schönen Gebäuden und stattlichen Diamanten könne Friedrich nicht einfallen, Truppen aber habe er nicht — wenigstens nicht da, wo er ihrer am meisten benötigt und durch sie am meisten zu gewinnen war. Und da lag die Staatsgefährlichkeit des Triumvirats Wartenberg, Wittgenstein und Wartensleben. Als echte Abenteurer großen Stils opferten die beiden ersten die Zukunft des Staates, den des Königs verblendetes Vertrauen ihren ungeübten Händen anvertraute, um schnödes Geld fremden Interessen. Was Danckelmann vorgeworfen war, den Seemächten zuliebe habe er die kurfürstlichen Truppen da verwendet, wo Brandenburg durch ihre Erfolge nichts gewann, das hat Wartenberg jahrelang gethan, und zwar nicht aus Mangel an Einsicht oder in falscher politischer Berechnung, sondern bestrickt durch den Zauber des englischen Goldes. Hier eigentlich entsprang der unheilvolle Dualismus, der die preußische Politik in einem großen Moment lähmte, indem sie, wie treffend bemerkt ist, im Westen, wo kaum etwas zu gewinnen, sicher nichts zu verlieren war, einen Krieg führte ohne Politik, im Osten aber, wo sich die größten Aussichten erschlossen, eine Politik ohne Krieg verfolgte, wo doch nur ein solcher zum Ziel führen konnte.

Daß Friedrich I. beim Ausbruch des spanischen Erbfolgekrieges zum Kaiser stand, entsprach nicht bloß dem Kronvertrage, sondern auch dem evangelischen Interesse. Das änderte sich mit dem Fortgang des nordischen Krieges. Seit Karl XII.

nach Dänemark auch Rußland und Polen niedergeworfen hatte, konnte Friedrich so wenig wie 1657 sein Vater dort neutral bleiben. Er selbst veranlaßte 1702 bei seiner Anwesenheit im Haag Verhandlungen, die zu dem preußisch-schwedischen Vertrag vom August 1703 führten, nach dem Schweden das Königtum anerkannte, er aber Polen keine Hilfe leistete. Das war aber doch nur dann nicht bloß eine Verlängerung der Neutralität, wenn es der Beginn zu einer gemeinsamen Aktion wurde. Auch sahen die Diplomaten der Seemächte Preußen bereits zu Schweden übertreten, sein Heer von dem Kampf gegen Frankreich abberufen und mit Schweden eine Aufteilung Polens anbahnen oder wenigstens das polnische Preußen an sich bringen. Wurde doch auch die Verlobung des preußischen Kronprinzen mit Karls XII. Schwester Ulrike Eleonore erwogen. Aber zur Entthronung Augusts II. zu helfen, wie Karl ihm zumutete, konnte Friedrich sich nicht entschließen. So war auch Karls Vorschlag zu einer Teilung Polens, bei der Preußen das polnische Preußen, Schweden Litauen und Rußland die Ukraine bekommen, der Rest aber erblich und souverän August II. bleiben sollte, zum voraus der Ablehnung gewiß, zumal die Schweden das Land an der unteren Weichsel samt Elbing bereits besetzt und sogar Danzig zum Anschluß gezwungen hatten, bevor es über die Anrufung preußischer Hilfe schlüssig werden konnte. Das machte Preußen ein Eingehen auf polnisch-russische Offerten unmöglich, die ihm eine Vergrößerung auf Kosten Schwedens verhießen. Denn seine Armee war in der Ferne gebunden. Doch traute man sich in Berlin die Kraft zu, seine Verpflichtungen gegen die Seemächte und den Kaiser zu erfüllen und doch auch an der Lösung der polnischen Frage gewaffnet teilzunehmen. Die dazu nötigen Truppen zu beschaffen, ergriff man im Frühjahr 1704 außerordentliche Maßregeln, die, wenn auch erfolglos geblieben, doch merkwürdig sind als erster Versuch in einer späterhin planmäßig verfolgten Richtung.

Während neue 12 000 Mann geworben wurden, wozu die Kreise und in den Städten die Gewerke bereits einen Teil ihrer jungen Leute stellen mußten, sollten von den 20 000 Bauernsöhnen, die in den Listen der Landmiliz standen und im Winter

notdürftig geübt waren, 10 000 ausgehoben und zu vier Nationalregimentern formiert werden, um als Grenzhut und Festungsbesatzungen zu dienen, 10 000 weiter gedrillt in Reserve gehalten, in Preußen aber die „Wibranzen“ ebenfalls auf 10 000 Mann gebracht und endlich sämtliche — etwa 3000 — Jäger militärisch organisiert werden. Durchgeführt hätte das Preußens Streitkräfte um 30 000—35 000 Mann vermehrt und das Gewicht, das es in die Wagschale zu legen hatte, entsprechend vergrößert. Doch entstanden alsbald finanzielle Schwierigkeiten. Zwar gab der König aus der Schatulle 50 000 Thaler zur Ausrüstung der Landmilizen, eine halbe Million lieferten die Subsidien und Kriegskontributionen: zweieinhalb Millionen hatten die Unterthanen aufzubringen. Daraufhin forderten die Stände, die Armee solle auf die Provinzen verteilt und jede von diesen verhältnismäßig herangezogen, ihnen aber eine Mitwirkung bei der Umlage eingeräumt werden: sie wurden abgewiesen.

Die Landmiliz beider Aufgebote eingerechnet, hatte Preußen damals etwa 77 000 Mann auf den Beinen, konnte also seinen Verpflichtungen gegen die große Allianz vollauf genügen und doch auf die Entwickelung im Norden einwirken, wie es seine Wohlfahrt erforderte. Wenn statt dessen immer neue Regimenter nach Italien geworfen wurden, selbst als im Herbst 1705 die Schweden Sachsen bedrohten, so geschah das, weil des Königs Ratgeber die Losung für ihre militärischen Maßnahmen von einer Stelle erhielten, die Preußen gegen Frankreich im Felde zu halten, im Norden aber zur Unthätigkeit zu verurteilen wünschte. Wo diese Stelle zu suchen, läßt die Intimität Wartenbergs mit Marlborough erkennen. Was aber den Oberkammerherrn und seine Gattin an England kettete, zeigen die englischen Obligationen, die sich nachmals bei ihm fanden. Der König aber gab dem Einfluß, der ihn, den nordischen Wirren fern, im Kampf gegen Frankreich festhalten wollte, gern nach, weil er sonst um die oranische Erbschaft zu kommen fürchtete. Trotz ihrer territorialen Zersplitterung erschien sie mit ihrem Wert von fünfzig Millionen wegen der sich daran knüpfenden weiteren Hoffnungen wünschenswerter

als die Verbindung mit Preußen durch den Erwerb des polnischen Preußen und Pommerellens. Am 19. März 1702 war Wilhelm III. gestorben: zum Erben hatte er — was Preußen wahrlich nicht um ihn verdient hatte — den jungen Prinzen Wilhelm von Nassau-Friesland eingesetzt und mit der Testamentsvollstreckung die Generalstaaten beauftragt. Diese ignorierten nicht bloß das Besitzergreifungspatent, das Friedrich unter Berufung auf die alten, wiederholt anerkannten Anrechte seines Hauses alsbald veröffentlichte, sondern forderten ihn durch öffentlichen Anschlag auf, bei Strafe späteren Schweigens und Tragung der Kosten seine Ansprüche binnen sechs Wochen bei dem Hof von Holland anzumelden. Nur die Reichsgrafschaften Mörs und Lingen konnte der König sofort besetzen lassen. Die Hoffnung auf die Statthalterschaft in den Niederlanden erwies sich als hinfällig, obgleich manche sie ihm des andauernden Krieges wegen gern übertragen gesehen hätten. Wohl aber fürchtete man hier und da, Preußen werde seine gewaltige Kriegsmacht plötzlich zur Verwirklichung der ihm zugeschriebenen Vergrößerungspläne verwenden, wohl gar seine deutschen Lande dem Reich entfremden. Das wäre freilich das Verhängnis der großen Allianz gewesen, zumal eine Kooperation der Schweden und Franzosen drohte. Auch schien Preußen eine solche Wendung vorzubereiten.

Als man nämlich in Berlin sah, Karl XII. werde sich an dem Einbruch in Sachsen weder durch Friedensmahnungen noch durch Kriegsdrohungen hindern lassen, trug man ihm wieder einmal ein Bündnis an, das dem polnischen Gegenkönig Stanislaus Lesczinski die künftige Nachfolge auf dem Thron, Preußen und Schweden aber als Lohn für die Friedensstiftung polnische Gebietsabtretungen verhieß. Gleichzeitig betrieb Frankreich ein Bündnis Karls XII. und Augusts II. gegen Rußland: mit Hilfe Hannovers sollte Preußen als Entschädigung an Stanislaus Lesczinski gebracht werden. Diese Pläne, von denen Karl XII. natürlich in Berlin Mitteilung machen ließ, um das mit Undank belohnte und bedrohte Preußen zu sich herüberzuziehen, durchkreuzte der Sieg Marlboroughs und Eugens von Savoyen über die Franzosen bei Hochstädt (13. August 1704). Dieses

aber mahnten die besorglichen Fortschritte des Zaren dringend zur Vorsicht. Auch dieser bot vergebens Geld, Truppen, Landgewinn im polnischen Preußen, in Kurland und anderwärts. Aehnliche Anträge Polens wies man kurz ab. Diese Isolierung aber wurde bedenklich, als das Vordringen der Russen und Sachsen Karl XII. in Polen ernstlich gefährdete und von Pommern und der preußischen Küste abzuschneiden drohte. Da nahm man in Berlin den Gedanken an eine Verständigung mit Schweden auf Grund einer Aufteilung Polens wieder auf. Auch lauteten Karls XII. Vorschläge jetzt annehmbar: für Anerkennung Lesczinskis bot er Aufhebung des polnischen Anrechts auf den eventuellen Heimfall Preußens — das mit der preußischen Königskrone doch völlig unvereinbar war —, Elbing und das Ermeland und zur Verbindung Hinterpommerns mit Preußen einen Landstrich von Lauenburg bis Marienwerder. Doch erhoben sich dagegen auch schwere Bedenken. Auf Karl XII. war auch in militärischer Hinsicht so wenig Verlaß, daß man fürchten mußte, durch eine seiner strategischen Extravaganzen Russen, Polen und Sachsen gegenüber plötzlich allein zu stehen. Zudem fehlte jede Sicherheit für die Erfüllung solcher Zusagen durch Polen. Gewiß war dagegen der Verlust der englischen und niederländischen Hilfsgelder, wahrscheinlich auch vom Rücken her ein Angriff Hannovers, mit dem seit dem Tode Sophie Charlottens (1. Februar 1705) das Verhältnis vollends kühl geworden war. Deshalb machte der Kronprinz ein solches Abkommen abhängig von der Bürgschaft der Seemächte und einer Allianz mit Hannover, wies auch auf den Mißkredit hin, in den eine solche Wendung Preußen bei allen Genossen der großen Allianz bringen mußte. Aber obgleich nun Rußland und Polen für bloße Neutralität Elbing und eine Verbindung zwischen Hinterpommern und Preußen boten, senkte sich in Berlin die Wage zu gunsten Schwedens. Das Projekt einer schwedischen Ehe des Kronprinzen lebte wieder auf, eifrig vertreten von der Gräfin Wartenberg, die nun unter den Damen des Hofes die erste Stelle einnahm. Im Bunde mit dem englischen Gesandten Lord Racy, der als Tory den Krieg beendet wünschte, arbeitete sie gegen die noch von Sophie Charlotte gewünschte

Vermählung des Kronprinzen mit seiner Cousine Sophie Dorothea von Hannover, des Kurfürsten Georg Ludwig Tochter, zu der ihn jugendliche Neigung zog. Aber obgleich auch Frankreich die Versöhnung Preußens und Schwedens betrieb, gelang es schließlich Marlboroughs persönlichem Einwirken, Preußen doch in der großen Allianz festzuhalten, zumal man von London her dem König nicht nur die noch andauernde Gefahr für den Glauben zu Gemüt führte, sondern auch für den künftigen Frieden die energische Vertretung seiner Interessen verhieß.

Des Schwedenkönigs neue Siege über Russen und Sachsen gestalteten die Lage Anfang des Jahres 1706 kritischer: der Weg durch Schlesien nach Sachsen lag offen vor Karl. Preußen erbot sich, dafür zu sorgen, daß von Sachsen her keine Kriegshilfe mehr nach Polen gelange, versagte sich aber erneuten Anträgen zu Gunsten Lesczinskis und haderte mit dem Kaiser über die Verwendung der Truppennachschübe, durch die es sich daheim vollends wehrlos machte, und mit den Generalstaaten über die unpünktliche Zahlung der Subsidien und die oranische Erbschaft. Und nun erwog man in Wien eine Allianz mit Schweden, deren Kosten natürlich Preußen zu tragen gehabt hätte. In dieser äußersten Verlegenheit erbot es sich zu einer Tripelallianz mit Schweden und Braunschweig, um das polnische Preußen und Großpolen zu besetzen und vor einer neuen Occupation zu bewahren. Das war, kaum notdürftig verhüllt, das alte Teilungsprojekt. Vor endlichem Abschluß des seit Jahren schwebenden preußisch-schwedischen Vertrages, so lautete Karls Antwort, könne davon nicht die Rede sein. Doch zeigte der Antrag, daß Wartenberg und Genossen sich nicht mehr ganz Herren der Lage fühlten. Der unheilvolle Mann war seinem Sturze eben ganz nahe gewesen. Aber es gab keinen Ersatz für ihn: denn der Kronprinz hielt sich noch zurück, obgleich, wie es scheint, Ilgen ihn zum Eingreifen zu bestimmen suchte. Auch war das gräfliche Paar klug genug, sich der wieder geänderten Strömung zu fügen, indem es die Verlobung des Kronprinzen mit Sophie Dorothea von Hannover befürwortete: im Juni 1706 wurde sie gefeiert. Preußen blieb ganz im Fahrwasser der Seemächte — in welcher Absicht, lehrt Warten-

bergs Ernennung zum Erbstatthalter aller Fürstentümer, Herrschaften und Güter der — ja noch lange nicht ganz gewonnenen — oranischen Succession, deren Erwerbung zu fördern Friedrich selbst nach dem Haag ging.

Während er dort mit den Generalstaaten unterhandelte, warf sich der Schwedenkönig in Schlesien zum Schirmherrn der deutschen Evangelischen auf, lagerte sich in Sachsen ein und unterwarf im Altranstädter Frieden (24. September 1706) August II. seinem von persönlichem Haß diktierten Gebot. Nun konnte die Tripelallianz, die Friedrich, heimgekehrt, nochmals anbot, ihn vollends nicht locken: das polnische Preußen war jetzt selbst durch ein aktives Eintreten zu Gunsten Lesczinskis nicht mehr zu haben. So einem Gewaltstreich Karls XII. wehrlos preisgegeben, atmete man in Berlin erst auf, als es Marlborough gelang, den Eisenkopf von der Kooperation mit Frankreich abzubringen, sah nun aber in der wachsenden Macht der Russen bereits eine neue Gefahr aufsteigen. Unter ihrem Druck wurde mit Schweden weiter unterhandelt: die Anerkennung des preußischen Rechts auf Elbing durch Karl und die Lesczinskis durch Friedrich bahnte (Februar 1707) eine Verständigung an, auf Grund deren dann das „ewige Bündnis“ vom 16. August 1707 ein gemeinsames Eintreten für die Erhaltung des Westfälischen Friedens, der Reichsverfassung und der Rechte der Evangelischen, gegenseitige Garantie des Besitzstandes und Hilfe gegen einen Angriff mit je 6000 Mann festsetzte. Zu spät rückte Preußen damit von der großen Allianz ab: wodurch es noch vor einigen Monaten reichen Gewinn gemacht hätte, dafür erkaufte es jetzt notdürftige Sicherung vor Schweden, zu einer Zeit, wo dessen Macht zu wanken begann, und verdarb es darüber nicht bloß mit dem Kaiser und den Seemächten, sondern auch mit Rußland und Dänemark. Kaum aber glaubte Schweden sich seiner sicher, als es Elbing nicht herausgab, die verheißene Gleichstellung der schlesischen Reformierten mit den Lutheranern in Wien nicht auswirkte und das polnische Preußen zu behalten und Kurland zu annektieren Miene machte. Da warf der Tag von Pultawa (9. Juli 1709) Karl XII. jählings zu Boden.

Doch traf diese Wendung Preußen nicht ganz unvorbereitet. Es war schon bestrebt, sich den Fesseln des „ewigen Bundes" wieder zu entziehen. Aber als August II. und Friedrich IV. von Dänemark persönlich in Potsdam erschienen, war von der verheißenen Ueberlassung des polnischen Preußen und Ermelands nicht mehr die Rede: wohl aber sollte Friedrich I. mit 50 000 Mann helfen August II. wiederherzustellen. So kam es bloß zu einem unklaren Neutralitätsvertrag (15. Juli 1709): Preußen sollte Karl XII. und Lesczinskis Anhang gegen Dänemark, Sachsen und Rußland keine Art von Förderung gewähren, wenn es aber deshalb angegriffen würde, Hilfe und im Frieden Satisfaktion bekommen. Wie aber hätte es einen schwedischen Durchmarsch wohl hindern wollen? War es nicht eine Schmach, daß der Staat, dessen Truppen den Sieg an die Fahnen der Alliierten fesselten und seinen Ruhm (1708) bis unter die Mauern der ewigen Stadt trugen, der Willkür des Schwedenkönigs, der schleichenden Politik Sachsens und der rohen Gewaltthätigkeit des Zaren preisgegeben war? Immer schroffer wurde daher der Gegensatz zwischen der Armee im Felde und den Höflingen daheim, die jener Großthaten politisch entwerteten. Auch als der Kronprinz, der schon 1706 bei der Armee in den Niederlanden gewesen war, 1709 zum zweitenmal in dem Hauptquartier Marlboroughs erschien, wurde das nicht anders. Selbst Leopold von Dessau blieb 1709 ohne Kommando, und von den Männern, die der Kamarilla zum Trotz bisher ausgeharrt hatten, zog sich einer nach dem anderen zurück. Und schon stifteten die herrschenden Intriganten auch im königlichen Hause Unfrieden. Als ein Knabe, den dem Kronprinzen seine im November 1706 heimgeführte hannöversche Gemahlin geboren, nach wenigen Monaten starb, bestritten sie wegen der zarten Gesundheit der jungen Mutter die Aussicht auf weitere Nachkommenschaft — ganz Aehnliches hatte sich unter dem Großen Kurfürsten abgespielt — und bestimmten, um die Zukunft der Dynastie zu sichern, den König zu einer neuen Ehe mit Sophie Luise, der Tochter Herzog Wilhelms von Mecklenburg-Schwerin. Diese blieb kinderlos, wurde aber die Quelle unerquicklicher

häuslicher Verhältnisse und erschütternder Gemütsbewegungen für den König.

Solche Verhältnisse schlossen jede erfolgreiche Aktion nach außen aus. Zwar war die Erwerbung des 1707 erledigten Neuchâtel aus der oranischen Erbschaft nicht zu hindern gewesen und auch Friedrichs Recht auf Lingen und Mörs anerkannt worden: aber im Haag sowohl wie in London und Wien pochte man auf die Zwangslage Preußens und glaubte mit dem wachsenden Glück des Hauses Habsburg der Rücksicht auf den unbequemen Emporkömmling vollends überhoben zu sein. Das lehrten bereits die Friedensvorschläge, welche die Niederlande Frankreich um dieselbe Zeit gemacht hatten, wo Preußen (1709) neue 6000 Mann unter dem Kronprinzen selbst Marlborough zusandte: sie verlangten für Preußen nur die Anerkennung der Königswürde und den Besitz von Neuchâtel.

Nun endlich ließ Friedrich I. im Haag die bevorstehende Abberufung seiner Truppen anzeigen: man bedurfte ihrer wahrlich daheim, wo man, die Schweden vor sich hertreibend, von Polen her die Russen herankommen sah. Aber nicht bloß diese Gefahr wollte Friedrich abwenden, sondern nun auch im Osten Ersatz gewinnen für das, was er im Westen damit darangab. Dem schien der Zar entgegenzukommen. Aber gerade darin bereitete ihm die Zusammenkunft, die er Ende Oktober in Marienwerder mit diesem hatte, gleich eine neue Enttäuschung: von der wieder vorgeschlagenen Teilung Polens wollte derselbe nichts hören. Um so lockender erschienen da die Anerbietungen Rakoczys von Siebenbürgen zu einer großen Aktion gegen Oesterreich, nach deren Gelingen er die Reformation in Ungarn einzuführen verhieß — ein durchaus abenteuerliches Projekt, dem aber Wartenberg und Genossen dennoch das Wort redeten. Da erhob der Kronprinz, vom niederländischen Kriegsschauplatz heimkehrend, Einsprache dagegen, daß man die durch die Teilnahme am Kampfe gegen Frankreich erworbenen Rechte preisgebe, um sich mit Russen und Sachsen einzulassen, von denen man sich jedes Uebermutes und jeder Perfidie versehen könne. Nur war es unmöglich, die Truppen unbeschäftigt daheim zu unterhalten. Da half Ilgen mit dem Vorschlag, sie zur Be-

satzung der für neutral zu erklärenden deutschen Lande Schwedens zu verwenden. Er kam den Bedürfnissen aller Teile entgegen: alle griffen zu. Aber man gönnte Preußen auch nicht, diplomatisch eine Rolle zu spielen: bei Unterzeichnung der Neutralitätsakte im Haag am 20. März 1710 gaben sich der Kaiser und die Seemächte den Anschein, als handle es sich um eine von ihnen angeregte Maßregel, der sich anzuschließen sie den übrigen Alliierten erlaubten.

Nun war aber Friedrich auch bei diesem wichtigen Vertrage doch nur mit halbem Herzen und verzichtete noch nicht auf seine weiter reichenden Entwürfe. Vielmehr warb er beim Zaren von neuem für seinen Teilungsplan: nur so könne August II. hergestellt werden, aber als souveräner und erblicher König. Für sich forderte er außer dem polnischen Preußen Samogitien und die Nachfolge in Kurland, Rußland sollte Livland und einen Teil Litauens erhalten. Den Widerstand der Polen niederzuschlagen, sollten an der Grenze 60 000 Mann bereit gehalten werden. Thatsächlich aber war die preußische Armee ja noch immer in der Ferne, da Eugen von Savoyen selbst in Berlin ihre Rückberufung glücklich hintertrieb. Karl XII. aber verwarf die Haager Akte und drohte, Dänemark und Sachsen für ihren neuen Angriff zu züchtigen. Wenn daraufhin die an dem Vertrage vom 20. März beteiligten Mächte Anfang August beschlossen, zum Schutz der proklamierten Neutralität gegen die in Pommern liegenden Schweden 18 000 Mann aufzustellen, so war das freilich keine Neutralität mehr, sondern offene Parteinahme gegen Schweden, dessen Truppen so an jeder Aktion gegen die Russen gehindert wurden und diesen in Polen, Livland, Esthland und Karelien freie Hand lassen mußten. Damit schwand auch jede Aussicht für das preußische Teilungsprojekt. Der Zar behandelte Preußen bereits wie einen Vasallen: wußte er es doch wehrlos. Denn während Karl XII. die Türken gegen die Russen waffnete, den Krieg gegen die Dänen mit Eifer betrieb und in Polen Lesczinskis Anhang zum Aufstand rüstete, war das zum Schutz der Neutralität bestimmte Heer nicht aufgebracht und konnte nicht aufgebracht werden, weil die Verbündeten erklärten, keinen Mann gegen Frankreich ent-

behren zu können, ja die preußischen Truppen von Italien weiter nach Spanien dirigieren wollten. Man träumte in Wien bereits von einer neuen habsburgischen Weltherrschaft, als die Niederlagen der Kaiserlichen in Spanien und der Sturz der Whigs und Marlboroughs im Sommer 1710 einen Umschlag bewirkten und gleichzeitig, wenn auch unabhängig davon, in Berlin die Herrschaft der Wartenberg und Wittgenstein das längst verdiente Ende ereilte.

Der Krieg, die Verschwendung des Hofes und die Diebereien der herrschenden Günstlinge hatten die Finanzen völlig zerrüttet. Wohl wurde das einige Jahre durch einen trügerisch glänzenden Schein verdeckt. Denn gerade als es die neue Krone recht strahlen zu lassen galt, hatte der früher in der kurmärkischen Kammer bedienstete Chr. F. Luben von Wulfen, ein Mecklenburger von Geburt, der, wie es heißt, durch Danckelmann gefördert, dann dessen Sturz mit betrieben und sich so empfohlen hatte, im Anschluß an ältere Pläne der Art ein Projekt zur Parzellierung und Vererbpachtung der Domänen vorgelegt, das zugleich mit einer Steigerung der Einnahmen eine Vermehrung der Bauern und eine Besserung ihrer wirtschaftlichen Lage verhieß. Ein Versuch, den man mit den Vorwerken etlicher altmärkischer Domänen machte, ergab beträchtlichen Gewinn. Zur Durchführung der Sache im großen wurde nun eine besondere Kommission eingesetzt, ganz außerhalb der Behördenorganisation und des geordneten Instanzenzuges. Sie stieß bei den Amtskammern auf Widerstand: denn diese durchschauten die Täuschung, auf die Lubens Reform hinauslief. Natürlich brachte der Verkauf der Inventarien und Amtshäuser auf den aufzulösenden Domänen und die von den Erbpächtern zu erlegenden Kautionen zunächst viel bares Geld ein. Daraufhin wurden die opponierenden Beamten zum Schweigen gebracht oder beseitigt. Bald war man in der Kur- und Neumark, in Halberstadt und Magdeburg, in Pommern und Preußen nach Lubens Rezept an der Arbeit, merkte aber, durch den augenblicklichen Erfolg geblendet, nicht, daß man doch „nur die Henne schlachtete, welche die goldenen Eier legte“. Daß man den Gewinn darangab, den eine spätere

Steigerung des Bodenwertes verhieß, war übel; übler noch die fortschreitende Verminderung des staatlichen Grundbesitzes. Aber es kam noch ärger. Die Kautionen und die Pachtzahlungen erschöpften vorzeitig die Mittel der angesetzten Bauern; neue zu beschaffen mußten sie ihre Produkte zu jedem Preise losschlagen, wirtschafteten dauernd mit Verlust, und wenn sie dann schließlich ausgetrieben wurden, fielen die Grundstücke ausgeraubt und ohne Inventar an den Staat zurück. Die Nachfrage nach Domänenparzellen ließ bald nach; schließlich fand man nur noch gegen besondere Vorteile, Steuererlaß und anderes mehr, Abnehmer dafür. Der Ertrag wurde immer knapper, die unheilvollen Wirkungen des „Systems" immer augenfälliger — ganz abgesehen von dem Schaden, den auch hier die Unredlichkeit der Beamten dem Staate zufügte: 1710 war der Bankerott des Systems unleugbar. Und als man nun die Ausfälle aus den überreichen Einnahmen der ersten Jahre decken wollte, ergab sich, daß diese längst anderweitig verwendet waren. Mit ihnen hatte man das wachsende Defizit der Hofkasse gedeckt, das bereits 1702 bei einem Jahresertrag von 270 000 Thalern den Monat 20 000 Thaler betragen hatte. Sollte doch allein 1701 die Hofkonditorei 5144 Thaler, 1708 aber 17 034 Thaler verbraucht haben! Wie viel Taschen mochten davon gefüllt worden sein! Ordentliche Buch- und Kassenführung gab es nicht. Man nahm das Geld, wo man es fand, und war erfinderisch in der Erschließung neuer Geldquellen, wenn die alten zu versiegen drohten. Selbst zu den angeblichen Goldmacherkünsten eines italienischen Abenteurers nahm man seine Zuflucht und ließ ihn hängen, als der Schwindel offenbar wurde. Doch war das noch lange nicht das Schlimmste.

Der Obermarschall Graf Wittgenstein hatte eine Feuerkasse errichtet, in die jedes Haus eingekauft werden mußte und der er durch Ordnungsstrafen und anderes mehr beträchtliche Nebeneinnahmen verschaffte, so daß er aus dem Ueberschuß 10 000 Thaler jährlich an die Hofkasse abführen konnte. Als aber 1708 Krossen abbrannte, war die Kasse leer und konnte die der Stadt vom König bewilligten 70 000 Thaler nicht zahlen. Zu diesem Skandal, der ihm wohl einen längst ge-

hegten Verdacht bestätigte, konnte der Kronprinz nicht schweigen, um so mehr, als er erkannte, daß er endlich die Handhabe zum Sturz Wartenbergs bieten würde. Trotz des lebhaften Abratens des ihm vertrauten Leopold von Dessau, mit dem er in Brandenburg konferierte und der bei der Schwäche des Königs an der Möglichkeit dauernder Besserung verzweifelte, drang er bei dem Vater auf ernstes Einschreiten. Wirklich wurden die Regierungen zum Bericht über die Lage aufgefordert: so sehr manche mit der Wahrheit zurückhielten, lauteten die Auskünfte doch erschreckend. Den Schlag zu parieren, reichte Wittgenstein eine Darstellung über seine Finanzverwaltung ein: er wollte die Einkünfte der Krone um eine halbe Million jährlich vermehrt und so anderthalb Millionen über den Jahresbedarf verfügbar gemacht haben! Nun erhoben aber auch seine Gegner ihre Stimme: ihre Kritik zielte bereits höher hinauf, auf Wartenberg als den Hauptschuldigen. So mußte die Sache ernstlich aufgenommen werden. Aber anders als einst gegen Danckelmann wurde verfahren — vorsichtig, in aller Form Rechtens und mit gewissenhafter Gründlichkeit. Man wird darin den Einfluß des Kronprinzen erkennen dürfen. Eine besondere Kommission untersuchte die Angaben Wittgensteins. Sie fand das gesamte Kassenwesen in chaotischer Unordnung und überführte Wittgenstein der ärgsten Mißwirtschaft, unberechenbarer Schädigung der Staatskasse, schnöder Rechtsverletzung und unerhörter Gewaltthat zu seinem eigenen Vorteil. Noch ehe das Jahr zu Ende ging, saß der Herr Reichsgraf in Spandau. Sein Haus, sein Silber u. s. w. wurde mit Beschlag belegt. In der Haft aber suchte er als „ein armer Tropf“ des Königs und der Richter Mitleid zu erregen, begann dann, der Verurteilung gewiß, über die Höhe der Geldbuße zu unterhandeln und erreichte, daß sie von 100 000 Thaler auf 70 000 herabgesetzt wurde. Darüber stellte er einen Revers aus, verpflichtete sich auch, ohne Erlaubnis Preußen nicht wieder zu betreten und das Verfahren gegen ihn weder beim Reichskammergericht noch sonst anzufechten: anfangs nämlich hatten die Reichsgrafen der Wetterau gegen seine Aburteilung vor einem preußischen Gerichtshof protestiert. Von den ergaunerten

Reichtümern hat Wittgenstein das meiste wohl gerettet. Erst 1735 ist er in verdienter Vergessenheit gestorben.

Das war ein heilsames Exempel. Ein Ereignis von politischer Bedeutung aber wurde es, weil darüber auch der allmächtige Oberkammerherr zu Fall kam. Wittgensteins Sturz erfuhr er erst als vollendete Thatsache: zugleich wurde ihm befohlen, sich aller Geschäfte zu enthalten, die Gegenzeichnung der königlichen Erlasse entzogen und das Siegel abgenommen. Er sah, daß er diesmal verspielt habe: klug bat er den Kronprinzen, ihm den Abschied auszuwirken. Er erhielt ihn in Gnaden und mit reicher Pension, mußte aber Berlin ebenfalls verlassen. Doch durfte er sich am 6. Januar 1711 von dem tieferschütterten König unter vier Augen verabschieden. Jedes Bedauern aber über die Trennung mußte diesem die niedrige Habgier benehmen, mit der das Wartenbergsche Ehepaar die errafften Schätze zu bergen trachtete, und es war ein Akt unverdienter Gnade, wenn er von einer weiteren Verfolgung der aufgedeckten Unredlichkeiten absah, aber das ihm heuchlerisch als Geschenk angebotene Gut Woltersdorf annahm als Abschlagszahlung auf das, was der Graf eigentlich zu ersetzen gehabt hätte. Als dieser bereits am 4. Juli 1711 zu Frankfurt a. M. starb, setzte seine Witwe das Handeln und Markten in derselben schmutzigen Weise fort.

Wie ein reinigendes Gewitter fuhr diese höfische Umwälzung in die faule Berliner Atmosphäre und wirkte so auch auf die Verwaltung. Luben, ein agrarpolitischer Vorläufer John Laws, war beim Sturz Wittgensteins eben mit der Beglückung Cleves durch Vererbpachtung der Domänen beschäftigt: er wurde kassiert. Auch der Einfluß, den die Königin Sophie Luise zu gunsten der Clique übte, der sie ihre Stellung verdankte, hatte nun ein Ende. Daß sie ihren Eifer nun vollends nach der religiösen Seite kehrte und den Gemahl zu ihrem strengen Luthertum herüberziehen wollte, besserte ihre Stellung nicht. Durch den pietistischen Prediger Porsch, der seit 1709 ihr Beichtvater und Hofprediger war, geriet sie in einen Zustand, der gelegentlich an religiösen Wahnsinn grenzte. Dazu litt der König, durch das Erlebte ohnehin erschüttert, schwer

unter dem Elend ringsum. In Preußen drohten infolge von Mißernten und Hungersnot Verödung und Entvölkerung: von 700000 Einwohnern starben 195000. Der Wittgensteinsche Prozeß hatte auch in den anderen Provinzen Elend und Unrecht in Menge aufgedeckt. Seit ihm aber einmal die Augen geöffnet waren, brach der König — und das gereicht ihm zur Ehre — mit dem bisherigen System und gewährte Reformen im Sinne des ernsten, strengen und peinlich gewissenhaften Sohnes größeren Spielraum. Aber die unbarmherzige Konsequenz, deren es zu vollem Erfolge da bedurft hätte, fehlte ihm, und bereits 1712 klagte der Kronprinz wieder, wie viel Schelmerei er mitansehen müsse und wie man den guten König betrüge. Auch fehlte es nicht an Leuten, die den Gegensatz zwischen Vater und Sohn geflissentlich nährten, wie der König des Kronprinzen Passion für große Grenadiere gelegentlich bespöttelte. So entstand eine Verstimmung, die den zärtlich an dem Vater hängenden Sohn sichtlich drückte. Andererseits mußte sich Friedrich wie abgedankt vorkommen, wenn er sah, wie der neue Oberkammerherr von Kamecke am Hofe Ordnung machte. Und auch in der Verwaltung wurden wenigstens die ärgsten Mißbräuche abgestellt und die schreiendsten Rechtsverletzungen gut gemacht. Die Vererbpachtung der Domänen hatte ein Ende und wurde durch die Zeitpacht ersetzt, die Salzauflage, durch deren betrügerische Erhöhung Wittgenstein sich schnöde bereichert hatte, wurde aufgehoben, die ausgeplünderte Feuerkasse neu organisiert und anderes mehr.

In der auswärtigen Politik aber blieb alles beim alten, obgleich Preußen immer größere Gefahren daraus erwuchsen. Durch brandenburgisches Gebiet drangen, den weichenden Schweden folgend, Russen, Polen und Dänen in Pommern ein. Aber bei der geplanten Teilung der Beute ließen sie für Preußen nichts übrig: Pommern sollte August II., Bremen und Verden Dänemark oder Hannover bekommen, das sich nun Schwedens Gegnern anzuschließen eilte. Dazu kamen neue Händel mit den Niederlanden über die rückständigen Subsidien und die oranische Erbschaft. Und nun starb (17. April 1711) Kaiser Joseph I. Das änderte von Grund aus die Stellung der Mächte zu der

seit Jahren so heiß umstrittenen spanischen Erbfolge. Unmöglich konnte Josephs Bruder Karl nun die spanische und die österreichische Monarchie in seiner Hand vereinigen: das hätte eine habsburgische Weltherrschaft konstituieren geheißen. Nur Friedrich I. dachte anders und trat dadurch vollends in Gegensatz zu den Seemächten. Daß Karl trotzdem auch auf den deutschen Thron erhoben wurde, war im wesentlichen sein Werk. Aber wenn er dann mit seiner Hilfe die Schweden aus Deutschland zu vertreiben gehofft hatte, so sah er sich auch darin getäuscht. Die habsburgische Politik gravitierte nach wie vor nach dem Westen: galt es doch den mit Marlboroughs Sturz in nächste Aussicht gerückten Frieden um jeden Preis zu hintertreiben. Und während nun in Utrecht um den Frieden gehandelt wurde, gewannen die Schweden in Pommern neue Vorteile und harrte Karl XII. im Kampfe aus. Größer denn je wurde dort die Gefahr, während der Gang der Dinge in Utrecht Preußen eine Enttäuschung nach der anderen brachte, eine Hoffnung nach der anderen vereitelte und kaum noch einen Zweifel daran ließ, daß auch diesmal sein Gewinn den gebrachten ungeheueren Opfern nicht entsprechen und der Zuwachs an Land und Macht ihm nicht gewährt werden würde, durch den die Königskrone erst die rechte Bedeutung gewann.

Das alles lastete schwer auf Friedrich I. Zudem drückte ihn mannigfaches körperliches Leiden nieder. Zu Anfang Februar 1713 ernstlich erkrankt, dann zu aller Freude, wie es schien, noch einmal genesend, starb er am 25. Februar 1713, von niemandem tiefer und aufrichtiger betrauert als von seinem ihm durchaus unähnlichen Sohne.

II. Friedrich Wilhelms I. Verwaltungs- und Heeresschöpfung. 1713—1740.

Ueberschätzt die patriotische Betrachtung der vaterländischen Geschichte leicht die Verdienste der Herrscher, so läßt sie doch solche, deren Reformeifer einem besserungsbedürftigen Geschlecht unbequem wurde, unter der daher stammenden ungerechten Beurteilung leiden. Wer ein schlaffes Geschlecht aufrüttelt, faulem Schlendrian entreißt und zur Erfüllung seiner vernachlässigten Pflicht zwingt, sieht nur zu oft um der verletzenden Form willen auch die von ihm vertretene Sache verdammt, so berechtigt sie sein mag. Ganz besonders hat dies Friedrich Wilhelm I. erfahren. Erst unsere Zeit hat dies Unrecht gut gemacht und in dem Schöpfer der preußischen Verwaltung und des preußischen Heeres den eigentlichen Begründer der Größe Preußens erkannt.

Aergere Verwilderung noch als über sein wirtschaftliches, geistiges und sittliches Leben hatte der Dreißigjährige Krieg über Deutschlands öffentliches Leben gebracht. Ihre Spuren trug auch der Staat des Großen Kurfürsten an sich, und an dem Friedrichs I. offenbarte sie sich in der Pflichtvergessenheit des eitlem Glanz nachjagenden Fürstentums, der Demoralisation des Beamtentums und der alles Gemeinsinns baren Selbstsucht der gebildeten Stände. Daß er dem unbarmherzig entgegentrat, sein Haus, seinen Hof, seine Beamten und sein Volk zur Erkenntnis ihrer Pflicht brachte und zu ihrer Erfüllung erzog, daß er „ein faules Volk arbeitsam, ein üppiges Volk sparsam und einen verschuldeten Staat reich gemacht“, darin liegt Friedrich Wilhelms I. Verdienst um Preußen, um Deutschland. Den wider ihren Willen Gebesserten war er freilich höchst unbequem: sie schmeichelten ihm, verwünschten ihn aber in der Stille wegen der überstürzten Hast, mit der er ihnen nicht ein-

mal Zeit ließ, sich in dem Neuen zurechtzufinden. Nur wenige bevorzugt Geister ließen sich dadurch nicht irre machen, sondern priesen ihn als den „Meister der hohen Schule der Ordnung und Haushaltungskunst". Sonst thaten sein stürmisches Wollen und gewaltsames Handeln der guten Sache vielfach Abbruch. Am härtesten aber trafen diese Eigenschaften natürlich seine Umgebung, vor allem seine Familie. Daher wurde gerade dort an ihm nicht bloß die schärfste, sondern auch die boshafteste Kritik geübt. Niemand hat sein Andenken so verunglimpft wie seine älteste Tochter Wilhelmine (geb. 3. Juli 1709), die nachmalige Markgräfin von Bayreuth, Friedrich des Großen Lieblingsschwester, und auch dieser hat nicht ganz wieder gut machen können, was seine unreifen Urteile dem Vater bei der Nachwelt geschadet hatten. Wenn aber die Kinder — wohl gar unter dem Beifall der Mutter — so sprachen: wie hätten die untergeordneteren Kritiker sich mäßigen sollen, zumal wenn sie sich für alles das rächen konnten, was sie von dem Despoten erlitten zu haben glaubten. Dann ließ der Glanz der folgenden Regierung diese vollends dunkel erscheinen. Erst die Gegenwart hat das Verdienst Friedrich Wilhelms I. recht würdigen gelernt und ist nun, wie das in solchen Fällen so leicht geschieht, vielleicht allzu eifrig bemüht gewesen, die ihm zugefügte Unbill wieder gut zu machen.

So scharf umrissen sein Bild uns entgegentritt, hell beleuchtet durch eine Fülle unvergleichlich prägnanter Aeußerungen — wie dieser merkwürdige Charakter eigentlich geworden, vermögen wir nicht zu sagen. Während wir seines Vaters und Großvaters psychologische Genesis kennen, läßt sich die seinige nur aus einzelnen Momenten vermuten. An die geistvolle Mutter gemahnt seine wahrhaft religiöse und moralische Natur, die das Gewissen zur Richtschnur des Handelns nahm. Mit dem Vater teilte er den ausgeprägten Sinn für das Kleine. Als Leibniz ihr die Abhandlung über das unendlich Kleine übersandte, warf Sophie Charlotte die Frage auf: „Hat er denn vergessen, daß ich die Frau Friedrichs I. bin, oder denkt er, daß ich meinen Gatten nicht kenne?" Von seinem Vater sagt Friedrich der Große, nie sei ein Mensch mit größerem

Sinn für das Einzelne geboren. Nur war die Vater und Sohn gemeinsame Anlage nach ganz entgegengesetzten Richtungen hin entwickelt. Was bei jenem zur Verzettelung mäßigen Wollens und Könnens auf höfische Nichtigkeiten führte, erzeugte bei diesem die Konzentration einer außerordentlichen Kraft auf Dinge, die, an sich unwichtig, durch den Zusammenhang, in den sie gehörten, hohe praktische Bedeutung gewannen. Was jenen zu unbedachter Hingebung an den schönen Schein verführte, stählte diesen zu einer Pflichttreue, die im Kleinsten das Größte achtete. So trat Friedrich Wilhelm früh in einen Gegensatz zu seiner Umgebung, wie die Eltern und deren Lebensführung sie bedingten.

Am 5./15. August 1688 geboren, entzückte der Knabe alle durch Schönheit und Kraft. „Wie man Engelein malt“, schildert noch den Zwölfjährigen seine Großmutter Sophie: mit seinen dichten blonden Locken gleicht er einem Kupido. Seine erste Kindheit behütete eine französische Reformierte: mit ihren Kindern um des Glaubens willen aus Alençon vertrieben, hatte die verwitwete Frau Max de Monbail in Berlin einen Schicksalsgenossen, de Rocoulle, geheiratet. Wie sehr sie ihres Pfleglings Herz gewann, zeigt, daß er seine eigenen Kinder wieder ihrer Obhut anvertraute. Im Jahre 1695 erhielt er den Grafen Alexander Dohna zum Gouverneur, einen Sohn des dem oranischen Hause nahe verbundenen Friedrich Dohna: mit den Seinen aus Orange und der französischen Schweiz nach Preußen verpflanzt, hatte er sich als Diplomat bewährt und war seit 1691 Geheimerat und seit 1694 Generalleutnant und Gouverneur von Pillau. Vom 1. Februar 1695 datiert seine Instruktion als Erzieher des Kronprinzen. Man möchte Danckelmann als Verfasser vermuten, wenn Erziehung in strenger Gottesfurcht vor allem deshalb verlangt wird, weil sie allein die von menschlichen Gesetzen und Strafen unabhängige souveräne Macht dereinst in Schranken halten könne. Der künftige Herrscher soll wissen, daß auch er nur Staub ist und von seiner Regierung so gut wie von jedem unnützen Worte dereinst Rechenschaft abzulegen hat wie der geringste seiner Unterthanen. Auch in der Rede, durch die Paul von Fuchs vor versammeltem

Hofe Dohna feierlich in sein Amt einführte, wurde stark betont, wie der einst über dem Gesetz zu stehen Berufene vor allem selbst dem Gesetz gehorchen lernen und sich seiner Verantwortlichkeit vor Gott bewußt werden müsse. Gegen höfische Schmeichelei soll er gestählt und zu edler Ruhmbegierde erweckt werden. Einer der Söhne Danckelmanns wurde ihm als Kammerjunker beigegeben, und auch sein Lehrer war ein Vertrauensmann des Oberpräsidenten, Jos. Fr. Cramer, ein litterarischer Vorkämpfer des Deutschtums gegenüber der Selbstüberschätzung der Franzosen. Sollte sein Einfluß nicht in der selbstbewußt deutschen Art zu erkennen sein, mit der Friedrich Wilhelm sich später der Nachäffung Ludwigs XIV. durch die deutschen Fürsten entgegensetzte? Wie Cramer seines Amtes gewaltet, wissen wir nicht, können es aber vermuten aus den Aenderungen, die nach Danckelmanns Sturz eingetreten zu sein scheinen.

Dieser hat auf den kaum zehnjährigen, aber frühreifen Knaben — nur zwei Jahre später rühmt seine Großmutter Sophie, er spreche wie ein Dreißigjähriger und kenne alles bis ins Einzelne — offenbar tiefen Eindruck gemacht: kaum zum Throne gelangt, eilte er das geschehene Unrecht zu sühnen, so weit es noch anging. Cramer ersetzte nun Rebeur, ein französischer Reformierter, den Dohna, auch ein Gegner Danckelmanns, aus der Schweiz berief. Da die angeblich schlechte Erziehung des Kurprinzen eine der schwersten Anklagen gegen Danckelmann ausmachte, wird damals wohl die von Sophie Charlotte gewünschte „hannöversche Art“ eingeführt sein. War da in der Instruktion für Dohna gefordert, dem Prinzen Lust zum Lernen zu machen, solle alles Mechanische, beim Lateinischen namentlich „die langweilige Treibung der grammatischen Regeln, durch die Prinzen vor dieser Sprache einen Ekel bekommen“, vermieden werden, zeigen auf uns gekommene Hefte, wie geistlos man durch wörtliches Uebersetzen der Bücher des Alten Testaments den Knaben im Deutschen, Lateinischen und Französischen zugleich üben wollte, und dazu stimmen die Programme für die Prüfungen, die von Zeit zu Zeit vor dem König mit ihm abgehalten wurden. Die königliche Mutter aber bekümmerten zumeist seine Heftigkeit, Unhöflichkeit gegen Damen und Spar-

samkeit. Es gab Konflikte, Drohungen von der einen, Versprechungen von der anderen Seite und schließlich ein förmliches Paktieren zwischen Eltern und Sohn. Schriftlich soll dieser einmal seine Verfehlungen aufgezeichnet und Besserung gelobt haben, größere Höflichkeit und geringere Vertraulichkeit mit den Hofbediensteten. Am anstößigsten aber war der Mutter sein angeblicher Geiz, „weil er Mitleid und Güte im Herzen des Menschen ausschließe". Gerade hierin aber bethätigte der Prinz einen bewußten Gegensatz zu seiner leichtfertig verschwenderischen Umgebung. Fast wie eine Demonstration sieht es aus, wenn er über die ihm zur Verfügung stehenden Gelder peinlich genau Buch führte: nach seinen „Rechnungen über meine Dukaten", die für die Jahre 1698—1702 vorliegen, kamen diese namentlich seiner Kadettencompagnie zu gute. Demonstrativ erscheint auch die Einfachheit seines Hofhalts mit einem Kammerherrn und zwei Kammerdienern und bürgerlicher Kost.

So lebte der Erbe der preußischen Krone sich früh in eine bewußte Opposition hinein gegen die gesamte Richtung, die der väterliche Hof verfolgte: er wollte ihr fern und fremd bleiben und that geflissentlich das Gegenteil von dem da Ueblichen und Beliebten. Hier liegt der Schlüssel zu seinem Charakter. Ein unbarmherziger Realist, für den es keinen Schein gab, lebte er einsam in einer Welt des Scheins, durchschaute ihre Nichtigkeit, erkannte ihre Verderblichkeit für Land und Volk und bereitete sich in der Stille auf den Augenblick vor, wo er an die Spitze dieses übel beratenen Staates treten würde, um aufzuräumen und Ordnung zu machen. Sein gutes Herz aber beweist es, daß er trotzdem mit Liebe an den Eltern hing. Die Mutter freilich beklagte, daß er so gar nicht „eine schöne Seele" sei. Wenn sie dem durch galante Abenteuer abzuhelfen dachte, die zu begünstigen sie Dohna empfahl, da Liebe den Geist verfeinere und die Sitten mildere, so ahnte sie eben nicht, wie gering er von ihrem Geschlechte dachte. Auch da stellte er sich der laxen höfischen Sitte seiner Zeit bewußt entgegen: in der Makellosigkeit seines ehelichen Lebens hat er das bewährt. Durch längeren Aufenthalt in der Fremde hoffte die Mutter ihn etwas abgeschliffen zu sehen: sie wünschte einen

Aufenthalt in den Niederlanden, wo er bereits als Knabe (1700) gewesen war. Aber erst 1704 trat er die Reise an, und als er sie eben nach England ausdehnen wollte, rief ihn der Tod der Mutter (1. Februar 1705) zurück.

Besonderen Eifer widmete er den militärischen Dingen. Sie führten ihn mit Leopold von Dessau zusammen, den er, ohne für seine Fehler blind zu sein, bewunderte und auch in anderen Dingen zum Vertrauten machte. Nach ihm sich bildend, machte er an der Spitze seines Regiments auch in der Verwaltung eine treffliche Schule durch. Vor der Hochzeit mit Sophie Dorothea von Hannover (November 1706) verweilte er auf dem niederländischen Kriegsschauplatz: 1709 war er dort mit Leopold von Dessau Zeuge glorreicher Kämpfe. Unter ihrem Eindruck setzte er sich daheim der Trennung von der großen Allianz erfolgreich entgegen. Dann war die endliche Enthüllung der Wittgensteinschen Gaunereien und der Sturz Wartenbergs im wesentlichen sein Werk. Die besonnene und maßvolle Energie, die er dabei bewies, gereichen ihm zur höchsten Ehre, mehr noch der Takt, mit dem er die königliche Autorität des in seinen Günstlingen so schwer getroffenen Vaters zu wahren verstand. Dafür räumte ihm dieser schon jetzt einen Platz neben sich ein: die Reformen der nächsten Zeit waren im wesentlichen sein Werk.

Jedenfalls war Friedrich Wilhelm I., als er den Thron bestieg, auf die Regierung besser vorbereitet als dereinst sein Vater oder gar sein Großvater. Er kannte die Verwaltung, übersah die politische Lage und wußte, was er an dem Heere hatte. Er wußte, was er wollte, und wußte in sich die Kraft, was er wollte, auch zu können, und zwar nicht bloß die moralische Kraft. So fremd er dem geistigen Leben geblieben war, zu dessen Sitz seine Mutter durch Leibniz den Hof gemacht: die Luft der Aufklärung, die er da geatmet, hatte ihn doch über Staat und Gesellschaft, Recht und Verwaltung freier denken gelehrt — nicht systematisch, wohl aber als Praktiker, der dem Fortschritt huldigt, wo das Hergebrachte den Anforderungen der neuen Zeit nicht genügt. Unbewußt traf er in seiner Regententhätigkeit mit dem zusammen, was ein Leibniz, ein

Thomasius und die großen Juristen und Kameralisten der Zeit theoretisch entwickelt hatten. Und zwar entsprang das bei ihm mehr als aus dem Instinkt des praktischen Genies aus dem sittlichen Ernst, womit er dem Eigennutz und der Selbstsucht, der Unehrlichkeit und Nachlässigkeit entgegentrat. Darin liegt sein Hauptverdienst: der Akt unbarmherziger sittlicher Reinigung, den er vollzog, hob Preußen an die Spitze der deutschen Staaten, nicht der Macht und nicht dem Recht nach, wohl aber nach dem moralischen Gehalt der neuen Ordnung, die auf den vergessen gewesenen Begriff der Pflicht gegründet wurde.

Wie ein Sturmwind brach der neue Herr über den morschen Bau des väterlichen Staates herein. Ein Federstrich kassierte den prunkvollen Hofhalt. Aber so knapp der neue militärische und bürgerliche Zuschnitt des Hofes den zum Teufel gejagten Höflingen erschien: gegenüber den Bedürfnissen und den Mitteln des Staates durfte er immer noch als reichlich bemessen gelten. Der Verkauf der überflüssigen Luxuspferde, der Prunkwagen, der Prachtmöbel in den Schlössern füllte die leere Hofkasse, und das Einschmelzen des entbehrlichen Silbergeräts schuf Barmittel für außerordentliche Fälle. Die Aemter- und Gehaltshäufungen hatten ein Ende, und die Beamten standen dabei besser: was ihnen gebührte, wurde rechtzeitig gezahlt. Gegen die als unredlich Verdächtigen wurde eingeschritten: hohe Geldstrafen mußten gezahlt werden, und mancher vornehme Herr zitterte vor dem Schicksal, als Sträfling an die Karre zu kommen. Die aber den Umtrieben der früheren Machthaber zum Opfer gefallen waren, kehrten in Aemter und Ehren zurück. Auch der greise Danckelmann wurde an den Hof beschieden, vom König ohne Zeugen empfangen, vor den Augen des erstaunten Hofstaats zum Kirchgange mitgenommen, beim Gottesdienst auf den ihm einst gebührenden Ehrenplatz gewiesen und dann wieder mit einem langen Gespräch unter vier Augen beehrt. Aber die Rückkehr in den Dienst lehnte er ab: er wollte den Rest seiner Tage in dem stillen Kottbus verbringen. Doch wurde er von dem König noch mehrfach um seinen sachkundigen Rat gefragt. So weit das Unrecht, das dem Erzieher und ersten Minister seines Vaters geschehen, sich gut machen ließ ohne

Bloßstellung Friedrichs I. und Sophie Charlottens war es damit geschehen.

Noch nie hatte ein Fürst den Grundgedanken des absoluten Königtums, selbst Träger des gesamten Staates zu sein, so buchstäblich verwirklicht wie Friedrich Wilhelm I. Zum Teil entsprang das seinem Mißtrauen gegen die Beamten, die ihm alle für Schelme galten, auch die bewährtesten nicht ganz ausgenommen. Ilgen wurden Graf Friedrich Dohna und der Minister von Printzen beigegeben, und General von Grumbkow, der nur zehn Jahre älter als der König, bei Hochstädt (1704) und Malplaquet (1709) ausgezeichnet, Vizedirektor des Generalkriegskommissariats und bereits seit 1713 Geheimer Staats- und Kriegsminister war, und sich da so bewährt hatte, daß der König ihm wie er sagte, seine Krone und seine Armee anvertraute, mußte sich trotzdem argwöhnisch kontrolliert. Und das ging so bis hinab zu den untersten Beamten. Niemand war vor dem König sicher: jeden Augenblick mußte man einer plötzlich hereinbrechenden Revision gewärtig sein, und wehe dem, bei dem da nicht alles in Ordnung war! Das Leben der Beamten wurde eine ständige Hetzjagd ohne Rast und Ruhe wie das des Königs selbst. Unglaublich erschien es, „daß e i n Mensch in der Welt, von was für Verstand er auch ist, so viel differente Dinge in einem Tage expedieren und selbst thun konnte". Freilich war er auch um drei Uhr früh bei der Arbeit. Und Aehnliches mutete er seinen Beamten zu, die sich zitternd und zagend dem neuen Schreckensregiment beugten.

Besonderen Anstoß nahm sein empfindliches Rechtsgefühl an dem üblen Zustand der Rechtspflege. Richter und Advokaten galten ihm für verschworen, um sich auf Kosten der Parteien zu bereichern. In den Advokaten sah er Blutsauger. Bereits am 4. März befahl er dem Geheimerat von Bartholdi die Ausarbeitung einer Justizordnung zur Sicherung schneller, unparteiischer und billiger Rechtsprechung, und als jener die Sache zu verschleppen suchte, fuhr er so scharf darein, daß bereits am 21. Juni die „Allgemeine Ordnung und Verbesserung das Justizwesen betreffend" veröffentlicht werden konnte. In der Advokatur aber machte er — zunächst für Berlin — auf

seine Art Ordnung, indem er die Zahl der Prokuratoren und Advokaten bei dem Kammergericht und Oberappellationsgericht auf vierundzwanzig beschränkte, die Sporteln auf die Hälfte herabsetzte, etliche anrüchige Persönlichkeiten aus der Liste strich und ohne Patent thätige mit Brandmarkung und lebenslänglicher Zwangsarbeit bedrohte. Entsprechende Maßregeln folgten in den übrigen Landesteilen. Wie hier so war der König auch sonst mit übertrieben strengen Strafandrohungen nur zu sehr bei der Hand. Das ließ seine Herrschaft als Schreckensregiment erscheinen. Was mußte man von einem Fürsten denken, der in Preußen den Gebrauch des alten preußischen Pfluges, der sogenannten Zoche, statt des von ihm eingeführten magdeburgischen, ebenso wie die Desertion der Bauern nach Polen mit dem Tode bedrohte! Verfahren ist so nie. Aber weil er das allgemeine Beste wollte, hielt er sich für berechtigt, ja verpflichtet, jeden Widerstand zu zerschmettern. Wie er sich ansah als ersten Diener des Staates, als Gottes Statthalter, der von allem Rechenschaft abzulegen hatte, so sollten seine Beamten für die Vollstreckung seiner Befehle ihm täglich und stündlich verantwortlich sein. Denn er meinte: „Man muß dem Herrn mit Leib und Seele, mit Gut und Blut dienen: die Seligkeit ist für Gott, aber alles andere muß mein sein." Gegenüber der bisherigen Lockerheit des Beamtentums erschien er als eifernder Zuchtmeister. „Die alten Zeiten sein vorbei": dieses seines Wortes wurden die Beamten immer von neuem mit Schrecken inne. Aber immer deutlicher und bestimmter, einheitlicher und organischer entwickelte sich aus dem Sturm und Drang dieses gewaltthätigen Reformeifers, der, sich überstürzend, scheinbar ziellos dazwischen fuhr, der Grundriß einer neuen Verwaltungsordnung, nach dem der Bau des preußischen Zivil- und Kriegsstaats aufgeführt werden sollte.

Ein Jahrzehnt dauerte es, bis der König bei sich selbst zu voller Klarheit gelangte, die gegebenen Verhältnisse, die vorhandenen und weiterhin beschaffbaren Mittel, das zur Mitarbeit verfügbare Personal und die dringendsten Bedürfnisse kannte, Hand an den planmäßigen Neubau legte und aus dem eifernden Reformator der bedachtsam schaffende Organisator

wurde. Da fügte sich, was er bisher, die alte Ordnung durchbrechend, geneuert hatte, zu einem System zusammen, das, in der Praxis wurzelnd, deren Ansprüche befriedigte. Den Abschluß bezeichnet die Instruktion für das Generaldirektorium vom 15. Januar 1723. Sie gab die Formel zur Lösung der Aufgabe, vor die er sich gestellt gesehen und die gelöst sein mußte, sollte Preußen in der Königskrone seinem Wesen und dem ihm entspringenden Recht einen allgemein gültigen Ausdruck gegeben haben. Was da notthat, hatte er gelernt aus der hilflosen Lage, in der Preußen sich all die Jahre her in dem Gedränge zwischen zwei großen Kriegen befunden hatte. Als des Vaters Räte durch Verhandlungen Land zu erwerben hofften, hatte er die Thoren verlacht, die mit der Feder zu erreichen dachten, was nur der Degen vermochte. Daß aber die dazu nötigen Truppen bei der bisherigen Wirtschaft nicht zu beschaffen seien, war ihm klar. Schon der Siebzehnjährige hatte es für das klügste Wort des Altertums erklärt, wenn Xenophon den Cyrus sagen ließ, einem Volke, einem Königreiche, einem Lande dauerndes Glück zu sichern, sei das beste Mittel ein Heer auserwählter Krieger und gute Haushaltung. Dies Thema, den Fundamentalsatz seines politischen Systems, ist er nicht müde geworden zu variieren. „Menage und Aggrandissement der Armee“ erstrebte er, als er gleich in den ersten Tagen den Hofetat unbarmherzig zusammenstrich. In dem gleichen Sinn ließ er Leopold von Dessau melden, er sei der Feldmarschall und der Finanzminister des Königs von Preußen und der fahre gut dabei, und im Einklang damit schrieb er 1724 in einer Unterweisung für seinen Nachfolger: „Halte nur auf eine gute Armee und auf Geld, darin besteht der Ruhm und die Sicherheit eines Fürsten.“

Aus diesem Gesichtspunkt entstand bereits die Organisation der obersten Behörden gleich nach seinem Regierungsantritt. Der Geheime Rat, unter Wartenberg und Wittgenstein beiseite geschoben, blieb ohne Bedeutung für die Verwaltung, eine Körperschaft nur zur Beratung über Maßnahmen von allgemeinem Interesse. Für die gesamte Verwaltung schied der König drei Departements, die „publiquen und Staatsaffairen“,

die Justiz und die Finanzen, die ebenso an ihn persönlich zu berichten und seine Entscheidung einzuholen hatten wie das Generalkriegskommissariat in militärischen Dingen. In dem ersten führten in strengster Kollegialität die auswärtigen Angelegenheiten Ilgen, Graf Christoph Dohna und von Printzen. Auch hatten sie in Abwesenheit des Königs die Leitung der Geschäfte überhaupt nebst der Aufsicht über die anderen Departements. Auch an der Spitze des Justizwesens stand ein Kollegium von drei Ministern. Von Grund aus neugestaltet dagegen wurden die Finanzen, indem ein Generalfinanzdirektorium die bisher gesonderten Verwaltungen der Hofkammer, der Domänen, der Münze u. s. w. unter sich vereinigte, außerdem aber neben dem Generalkriegskommissar, der die zum Unterhalt der Armee bestimmte Kontribution und Accise verwaltete, noch ein Direktor des Generalkommissariats bestellt wurde. Mit den Kriegskommissariaten in den Provinzen unter sich, stand dieser dem Gebiete vor, wo Zivil- und Kriegsstaat sich dauernd berührten und nach des Königs Ansicht der eigentliche Lebensnerv des Staates lag. Auf diesen wichtigen Posten wurde General von Grumbkow gestellt. Dazu kam im Herbst 1714 unter dem Generalkontrolleur aller Kassen von Creutz, der einst als Auditeur seines Regiments Friedrich Wilhelms Aufmerksamkeit erregt und sein Vertrauen gewonnen hatte, die Generalrechenkammer zur Aufsicht über die Kassenführung aller dieser Behörden. Dieser Apparat brachte die gesamte Verwaltung in einem bisher nirgends erreichten Maße in die Hand des Königs. Doch bedurfte es längerer Zeit und der Niederkämpfung manches Widerstandes, ehe diese Reformen bis in die fernen Provinzialbehörden wirkten, deren Beamte ihre Stellungen meist der Gunst am Hofe einflußreicher Leute verdankten.

Schwerfällig freilich war dieser Apparat, da er durchaus auf schriftlichem Verfahren beruhte und alles, das Größte wie das Kleinste, von des Königs persönlicher Entscheidung abhing. Es war eine vollendete Kabinettsregierung, ohne den üblen Nebensinn freilich, den man später damit verband. Alles mußte dem König in schriftlichem Vortrage, von den betreffenden Departementsministern gezeichnet, eingereicht werden. Der Be-

scheid erfolgte entweder durch eigenhändige Randverfügung, deren prägnante Kürze, treffende Sachlichkeit, schlagender Witz und oft verblüffende Derbheit für des Königs Geistesart besonders charakteristisch sind, oder nach seiner Weisung durch die Kabinettsräte, deren ihm zwei zur Seite standen, einer für die militärischen, auswärtigen, Justiz- und Privatangelegenheiten, der andere für die Finanz- und Kameralsachen. Sachlich nicht berechtigtem Einfluß fehlte dabei jede Möglichkeit einzubringen — ein großer Gewinn gegenüber den Zuständen, die bisher geherrscht hatten und an den meisten deutschen Höfen herrschten. Auch war das autokratische Regiment Friedrich Wilhelms I. minder drückend, weil es nur die Sache im Auge hatte und nie durch persönliche Motive bestimmt wurde. Dennoch fehlte es nicht an Fällen verletzender Willkür. Aber sie entsprangen irrigem Urteil, nicht verkehrtem Wollen, zuweilen übertriebenem Pflichtgefühl. Des Königs persönliches Eingreifen war nötig und meist auch nützlich, so lange es galt, die neue Ordnung gegen den alten Schlendrian durchzusetzen; es wurde störend, seit sie sich gefestigt hatte und dadurch wieder in Frage gestellt wurde. Oft genug hat der König seine eigenen Erlasse durch zuwiderlaufende Spezialbefehle durchbrochen: dazu hielt er sich für berechtigt. Die üblen Folgen freilich sind ihm selbst nicht entgangen: gefährdete er so doch selbst namentlich die Autorität seiner Beamten. Deshalb hat er sich später mehr Zurückhaltung auferlegt, verfiel aber doch gelegentlich wieder in diesen Fehler, schon weil er wollte, daß jeder Unterthan, der sich beschwert fühlte, ihn unmittelbar um Abhilfe angehen könne. Daraufhin ergangene Entscheidungen waren zuweilen bedenklich. Daher bestimmte schon die Justizordnung vom 21. Juni 1713, Klagen über höhere Beamte seien direkt an den Generalfiskal zu richten. Im August 1718 erging ein besonderes Edikt gegen das mutwillige Supplizieren, und 1726 bedrohte eine Verfügung diejenigen, die außerhalb des Instanzenzuges beim König klagten, mit Verlust ihres Rechts und unter Umständen sogar mit Strafe. Und als trotzdem findige Advokaten durch die Potsdamer Riesengrenadiere Eingaben an ihn gelangen ließen, bestimmte der

König, daß sie dafür mit einem Hunde daneben gehängt werden sollten!

Dem kraß persönlichen Charakter seines Regiments entsprach des Königs Eifersucht auf Unabhängigkeit von jedem Einfluß. An solchem fehlte es dennoch nicht, nur übten ihn nicht Weiber und Pfaffen, Höflinge und Generale. Wohl aber hatte der König dauernd Fühlung mit seinem Volk. In zwanglosem Verkehr mit dem gemeinen Manne unterrichtete er sich über dessen Bedürfnisse. Auch holte er sich unbedenklich bei kundigen Fachleuten Rat. Von den hohen Beamten beeinflußten seine Entschließungen namentlich diejenigen, die durch Sachkenntnis und Freimut sein Vertrauen gewonnen hatten: daher die hohe Geltung von Grumbkows, Ilgens und namentlich des genialen Grafen Truchseß von Waldburg, der an den ersten großen organisatorischen Maßnahmen hervorragenden Anteil hatte, so daß der König den frühen Tod des getreuen „Trux" aufrichtig beklagte. Nur in der auswärtigen Politik fühlte Friedrich Wilhelm sich stets unsicher, ja unheimlich. Zuerst freilich wollte er auch da sein eigener Minister sein: die fremden Gesandten sollten immer gleich mit ihm sprechen, er werde sie weder hinhalten noch betrügen. Das änderte sich aber bald. Seine derbe Ehrlichkeit schreckte zurück vor den krummen Wegen der Diplomaten und ihren „Teufelsgeschichten", die ihn nur von nützlichen Dingen abhielten. Leichtgläubig und ungeduldig durchkreuzte er nicht selten durch undiplomatische Herzensergießungen die Aktion seiner Minister. So führte seit 1715 wieder Ilgen die auswärtigen Angelegenheiten, unterstützt von seinem Schwiegersohn, dem Konsistorialpräsidenten von Cnyphausen, und General von Borcke. Wegen der dabei zu Tage tretenden Mängel hielt der König mit dem „alten treuen brandenburgischen Vater" Ilgen in ländlicher Zurückgezogenheit zu Britz Rat und erließ im Dezember 1728 eine Instruktion „Auf was Art die Affaires étrangères und Reichssachen sollten geführt und traktiert werden", und schuf so das nachmalige Auswärtige Amt, zunächst unter Cnyphausen und von Borcke. Aber auch so veranlaßte seine aufbrausende Heftigkeit unliebsame Zwischenfälle. Infolge eines solchen mit dem

englischen Gesandten (1730) verzichtete er überhaupt auf den persönlichen Verkehr mit den fremden Diplomaten und wies sie ausschließlich an seine Minister.

Auch die Ordnung der obersten Verwaltungsbehörden von 1713 bewährte sich nicht. Sie führte zu einem Dualismus zwischen Zivil- und Militärstaat, deren jeder seine eigene oberste Finanzbehörde hatte. Das ergab gelegentlich eine Konkurrenz, die durch das Neben- und Gegeneinander der Behörden Verwirrung und unnütze Belastung der Unterthanen veranlaßte. Deshalb wurden im Frühjahr 1722 die Chefs aller Provinzialverwaltungen in Berlin versammelt und wegen der eingerissenen Verwirrung hart angelassen. Einen Ausweg aber fand man noch nicht. Erst weiterhin ergab sich dem König, der sich auch jetzt bei Leopold von Dessau Rat holte, die Lösung des Problems durch völlige Vereinigung der bisher getrennten Ressorts. Wie er es vor wichtigen Entscheidungen liebte, zog er sich in die Einsamkeit zurück: in dem Jagdschloß Schönebeck entwarf er im Dezember 1722 eigenhändig die Instruktion für das an die Spitze der gesamten Staatsverwaltung zu stellende „General-Oberste-Finanz-Kriegs- und Domänendirektorium" und diktierte dann in Potsdam dem Geheimerat Thulemeier auf Grund jenes Manuskripts den Erlaß, der ihm einen Ehrenplatz unter den administrativen Genies aller Zeiten sicherte. Damit gab er dem aus so ungleichartigen Bestandteilen zusammengefügten Staate eine einheitliche Verwaltung, einheitlich nicht bloß in territorialer, sondern auch in sachlicher Hinsicht. Denn in dem kurzweg sogenannten „Generaldirektorium" fügten sich die bisher gesonderten Verwaltungen der Domänen und der Kriegsgefälle zur Verwaltung der Staatsfinanzen zusammen, und zwar für alle Provinzen. Konflikte, wie sie bisher zwischen den beiden konkurrierenden Finanzministerien, dem zivilen und dem militärischen, vorgekommen, waren hinfort unmöglich. Nun erst konnten die Beamten der neuen Behörden wirklich gemäß ihrem Diensteid „S. M. Nutzen und Bestes, insonderheit die wahre Verbesserung und Vermehrung der sämtlichen Revenüen und Einkünfte, ingleichen die Konservation der Unterthanen in Stadt und Land nach allen Kräften för-

dern, alles, was dem zuwider und S. M. sowie den sämtlichen Landen und Unterthanen nachteilig sein möchte, abwenden und verhüten". Auch insofern förderte diese Reform die Staatseinheit, als für sie das Wohl des Königs und der Unterthanen zusammenfiel und sie den großen Grundgedanken der absoluten Monarchie nachdrücklich zur Geltung brachte.

In seinen fünf Departements umfaßte das Generaldirektorium die Verwaltung sämtlicher Provinzen. Jedem stand ein Departementsminister vor, der bei der Verhandlung der Sachen seines Departements dem Kollegium präsidierte, als dessen Vorsitzender sonst, „um ihm desto mehr Lustre, Autorität und Nachdruck beizulegen", der König selbst gelten wollte. Für Raschheit und Pünktlichkeit der Arbeit sorgte eine peinlich genaue Geschäftsordnung, für Gewissenhaftigkeit die Verantwortlichkeit sämtlicher Minister für die von dem Kollegium gefaßten Beschlüsse. Auch in den Provinzen wurden die Amtskammern nun mit den Kriegskommissariaten zu Provinzialregierungen vereinigt. Die Generalrechenkammer wurde als Oberrechenkammer neu organisiert zu strengster Kontrolle des ganzen Rechnungswesens: auch nicht ein Pfennig durfte verrechnet werden, ohne daß sowohl die Verwendung wie das Recht zu dieser nachgewiesen war. Eine Wirtschaft nach der Art Wartenbergs und Wittgensteins war hinfort unmöglich: so kann man in dieser Schöpfung Friedrich Wilhelms die letzte Nachwirkung der Eindrücke erkennen, die er als Kronprinz von der so lange herrschenden skandalösen Unordnung empfangen hatte.

Von diesem Abschluß aus betrachtet stellt sich Friedrich Wilhelms Organisation der preußischen Staatsverwaltung dar als ein großartiges Reformwerk aus einem Guß: in dem im Begriff der Pflicht wurzelnden Beamtenstand schuf er eine der wichtigsten Formen des modernen Kulturlebens und bewirkte einen epochemachenden Fortschritt im Staats- und Gesellschaftsleben. Nirgends hat sich des Königs Sinn für das Kleine so groß und segensreich in seinen Wirkungen bewährt wie hier. Denn mehr als auf jedem anderen Gebiet wurde hier das an sich Kleine wertvoll und wichtig durch den Zusammenhang, in den es gehörte. Das galt von den Sachen wie von den Per-

sonen. Denn den nötigen Beamtenstand galt es erst zu schaffen. Kein Adelsvorrecht galt da mehr: auch Bürgerliche stiegen zu Ministern auf. Ein Indigenatsrecht gab es nicht: geflissentlich schickte er in die Provinzen ihnen durch die Geburt nicht angehörige Beamte und durchbrach die alten, dem Staate oft nachteiligen Familienverbände. Die Käuflichkeit der Aemter hörte auf, mochte der neu ernannte Beamte auch noch einen Teil — gewöhnlich ein Viertel — der ersten Jahresbesoldung in die Rekrutenkasse zahlen müssen. Niemand wurde mehr angestellt ohne seine Qualifikation dargethan zu haben. Zu Subalternbeamten nahm er mit Vorliebe ausgediente Militärs, die soldatische Zucht in die Zivilbeamtenschaft brachten. Das Interesse des Staates sicherte die genaue Feststellung der Befugnisse und Pflichten jedes einzelnen Beamten. Strenge Wahrhaftigkeit in den Berichten, Pünktlichkeit in den Geschäften, genaueste Einhaltung des Etats und Ehrlichkeit waren unerläßliche Erfordernisse.

Dieser Beamtenstand wurde das Organ zur Umarbeitung und Neugestaltung des Staates und — kann man hinzusetzen — des Volkes. Erfuhr doch dessen ganze Lebensführung einen gründlichen Wandel. Alles wurde klarer, bestimmter und sachlicher, straffer und strenger. Wie in das Leben des Staates und der bürgerlichen Gesellschaft, so kam auch in das des Einzelnen Regel, Pünktlichkeit und Ordnung. Die Thätigkeitskreise der Behörden wurden abgegrenzt. Aber kein Gebiet gab es, wo nicht des Königs Hand bessernd, ordnend, neu und weiterbildend eingriff. Die Lasten des Volks wurden dadurch freilich nicht gemindert, aber man trug sie williger, weil man von der Verwendung des Aufgebrachten allein im Dienst des Gemeinwohls überzeugt war. Dankbar empfand man die Besserung des Justiz- und Prozeßwesens, die Erleichterung der Verpflegung der Armee durch Marsch- und Quartierreglements und die Regulierung der Getreidepreise durch Anlegung königlicher Magazine, während tiefer greifende Neuerungen, wie die Einführung der Unveräußerbarkeit der Domänen, die Uebergabe der Schatullgüter an den Staat, die Abschaffung der Vererbpachtung und die Neuordnung der Zeitpacht ihre guten Wir-

kungen erst allmählich äußern konnten. Mit mancher Härte versöhnte das wachsende Gefühl wirtschaftlichen Gedeihens. Manche Steuer wurde abgeschafft, andere rationell ausgebildet oder umgestaltet, die Accise möglichst allgemein eingeführt, der Handel durch Besteuerung nach dem Wert und Einheit von Maß und Gewicht erleichtert und auch auf dem Lande die direkte Besteuerung gerechter geordnet. Das stieß auf heftigen Widerstand der adligen Grundbesitzer, namentlich Ostpreußens, die den Generalhufenschoß wie ein Attentat auf ihren Stand ansahen und sich dafür in einem Marginal jene berühmte Abfertigung zuzogen, die zur Devise für des Königs Regierung geworden ist: „Die Hubenkommission soll ihren Fortgang haben. Ich komme zu meinem Zweck und stabiliere die Souveränetät und setze die Krone fest wie einen rocher de bronce.“

In dem Streben auch den Zivilstaat möglichst uniform zu gestalten, nahm der König besonderen Anstoß an dem Durcheinander des gemeinen Rechts und der Partikularrechte. Durch Schaffung eines einheitlichen Landrechts galt es da die Reformen im Justiz- und Prozeßwesen zu ergänzen. Bereits 1721 erschien das „Wohlverbesserte Landrecht des Königreichs Preußen“, während er sich bei der Schwierigkeit der Materie in den übrigen Provinzen vorläufig auf eine einheitliche Neugestaltung einzelner besonders wichtiger Teile des Privatrechts beschränkte, wie des Wechsel- und Hypothekenrechts, der Depositen-, Vormundschafts- und Konkursordnung. Damit berührte sich die Fürsorge für die unteren Klassen durch Regelung des Armenwesens und der Armenkassen und der Verhältnisse der Hausierer, Dienstboten, Schäfer und anderes mehr. Doch blieb er auch diesen Kreisen ein harter Zuchtmeister, wie die Verfügungen über Zigeuner, Müßiggänger, Bettler und anderes mehr lehren. Aehnliches erfuhr das Bürgertum. Die Reform des Städtewesens beseitigte die eigennützige und oft unehrliche Herrschaft des städtischen Patriziats und das wirtschaftliche Uebergewicht der Zünfte und schuf eine ehrliche Verwaltung unter Aufsicht von Vertretern der Bürgerschaft: sie nahm das preußische Bürgertum in eine Zucht, ohne welche die Städteordnung von 1808 unmöglich geblieben wäre, mochten auch des Königs

Handels- und Gewerbepolitik merkantilistische Vorurteile beeinträchtigen.

Ein freierer Zug geht durch seine landwirtschaftliche Politik. Lange vor den Physiokraten erkannte er die Bedeutung des Ackerbaus und des Bauernstandes für das gesamte Wirtschaftsleben und, was noch mehr war: er hatte den Mut, das Unrecht nach Möglichkeit gut zu machen, das dem deutschen Bauern seit Menschenaltern gethan war, ihm in Staat und Gesellschaft wieder ein Recht zuzuerkennen und seine Autorität für dessen Geltendmachung einzusetzen. Die leer gelassenen oder gar gewaltsam frei gemachten Bauernstellen mußten wieder besetzt, das von Bauernhöfen abgezweigte Land zurückgegeben und auch Wiesenland zugeteilt und die bäuerliche Dienstpflicht möglichst in Dienstgeld verwandelt werden. Auf den Amtsdörfern begann er mit der Beseitigung der Leibeigenschaft. Alledem fügten sich die adligen Grundherren nur grollend, obgleich sie vom König möglichst geschont wurden, weil er sie brauchte und ihre Verstimmung ihm unbequem war. Von ständischen Rechten aber oder gar ständischem Mitregiment war nicht die Rede. Die Bestätigung der ständischen Rezesse hatte er bei seinem Regierungsantritt verweigert: erst müsse er sie prüfen, ob sie überhaupt noch anwendbar seien. Unausgesetzt suchte er die Macht der Stände zu mindern, teils durch neue Behörden, teils durch Beschränkung bisher anerkannter Rechte, und jede so gewonnene Position wurde ihm die Basis zu neuen Angriffen, ganz so wie er einst den magdeburgischen Ständen auf eine Beschwerde erklärt hatte: „Was Stände! Es gibt keinen Kondominat mehr!“ Wo es aber ohne Schaden anging, ließ er die alte Form bestehen und neutrale Dinge gelegentlich ständischen Deputierten zur Begutachtung vorlegen, erwähnte wohl auch ihr Einverständnis im Eingang der betreffenden Erlasse. Ebenso freilich verfuhr er mit Kaufleuten, Handwerkern u. s. w., wo deren besondere Interessen ins Spiel kamen. Im allgemeinen aber herrschte an Erlassen und Verordnungen eine Ueberproduktion, so daß der König bereits 1719 verfügte, alles als allgemein gültige Bestimmung zu Publizierende solle ihm vorher zur Unterschrift und dem betreffenden

Minister zur Gegenzeichnung vorgelegt werden. Da nun auch die Art der Veröffentlichung zu wünschen übrig ließ — im Notfall nahm man die Verlesung von der Kanzel zu Hilfe —, so blieb es immer schwer, sich in der Masse namentlich polizeilicher Verordnungen zurechtzufinden, die alles und jedes bestrafen, das Sanitätswesen, die Prüfung der Hebammen, Chirurgen, Apotheker und Aerzte, das Verhalten bei der Pest und Viehseuchen, das Bau- und Feuerlöschwesen, Obstbau und Privatforsten, Maß und Gewicht u. s. w. Ganz besonderen Eifer entwickelte der König im Gebiete der Landesmelioration. Sonst peinlich sparsam, gab er mit vollen Händen, wo es Städte anzulegen, Dörfer zu gründen, nützliche Bauten auszuführen, Unland in Kultur zu bringen galt. Anfangs schien er von einer förmlichen Bauwut ergriffen, namentlich in Berlin, wo er auch Bürger, besonders hohe Beamte, förmlich zwang, durch Neubauten zur Verschönerung der Stadt beizutragen. Dennoch glich Berlin damals weniger einer Residenz als einer Grenzfestung, die nur der Soldaten wegen da zu sein schien. Später kühlte sich auch hier der Uebereifer des Königs ab, empfand er sogar gegen diese Art von Thätigkeit eine Abneigung, die er derb zum Ausdruck brachte. Das war wohl zum Teil Folge der übermäßigen Ansprüche, die das Retablissement Ostpreußens an seine Kräfte gestellt hatte. Unvergleichlich Großartiges hat er dort geleistet, indem er das durch Mißernte, Hungersnot und Seuchen ruinierte Land vor völligem Verderben bewahrte und ihm die Möglichkeit neuen Gedeihens rettete, freilich um den Preis von sechs Millionen, das heißt fast einer vollen Jahreseinnahme seines Staates. Später siedelte er dort, zum Teil auf Anregung Zinzendorfs, die um ihres Glaubens willen vertriebenen Salzburger an, die auf die wirtschaftliche und geistige Hebung der von Not und Elend gedrückten Bevölkerung segensreich einwirkten.

Fremd blieb der König den höheren geistigen Interessen seiner Zeit. Ja die Art, wie er gelegentlich die Wissenschaft in ihren Trägern verhöhnte, läßt vermuten, auch hier sei er durch die Eindrücke der Jugend veranlaßt, der Opposition seines derb realistischen Wesens gegen die Richtung des väterlichen

Hofes plumper Ausdruck zu geben als recht war. Die schmachvolle Komödie der Disputation, die er seinen lustigen Rat, den durch ein Ungefähr in Berlin hängen gebliebenen Leipziger Magister legens S. J. Morgenstern, im November 1735 mit den militärisch zur Stelle gebrachten Frankfurter Professoren halten ließ, um die Gelehrten als Salbader und Narren zu erweisen, gereichte ihm selbst am meisten zur Unehre. Einer der grotesken Einfälle, in denen seine Despotennatur sich gelegentlich entlud, wurde sie dadurch noch schlimmer, daß er Morgenstern nachher zum Vizekanzler aller preußischen Universitäten ernannte. Doch darf man aus solchen Extravaganzen nicht zu viel schließen. Wo die Wissenschaft dem Staate und der Gesellschaft nützte, ließ auch er sie gelten: für das Ideale fehlte ihm jedes Verständnis. Gewiß war das ein Mangel: aber es gereichte dem preußischen Staat in seiner damaligen Lage und angesichts der durch sie gestellten Aufgaben zum Vorteil. Eine Dekoration des Königtums mit litterarischem Glanze war verfrüht, stimmte auch nicht zu der sozusagen hausbackenen Frömmigkeit des Königs, der selbst in kirchlichen Dingen Ordre pariert haben wollte: er reglementierte die Formen des Gottesdienstes und schrieb den Geistlichen die Art des Predigens vor, denn er haßte Uebertreibung und Schein. Er war, wie er Leopold von Dessau schrieb, dessen unkirchliches Wesen er rügte, kein Pietist, aber sein Wahlspruch: „Gott vor alles in der Welt und alles mit Gottes Hilfe." Und darin lag eine wohlthätige Reaktion gegen die pietistische Selbstgefälligkeit, deren Schwelgen in der eigenen Sündhaftigkeit seine arme Stiefmutter Sophie Luise fast um ihren Verstand gebracht hatte. Diese gefährdete die verfrühte Ueberkultur eines kleinen sozial hochgestellten Kreises, die doch mehr ein glänzender Firnis als ein wirklich zu eigen erworbenes Besitztum war, in sittlicher Hinsicht ebenso wie die große Masse, die bei ihrem niedrigen Bildungsstande andere geistige Nahrung nötig hatte. Und auch da hat der König das Richtige getroffen. Wohl kannte er den Wert der Bildung, wußte aber auch, daß, wie er selbst, sein Volk da zunächst nur sozusagen Hausmannskost vertragen konnte. Was er und seine fast durchweg militärische Umgebung brauchte, leistete das Tabaks-

kollegium, das nicht bloß durch plumpe Späße und Wachtstuben-anekdoten unterhalten wurde, sondern zwangloser Belehrung diente: die Zeitungen wurden vorgelesen und erläutert, vorkommende geographische, wirtschaftliche und statistische Dinge sachlich behandelt und gelegentlich auch wichtige politische Tagesfragen ernstlich erörtert. Der König hat in diesem Kreise, der eine bereits unter seinem Vater bestandene Einrichtung fortbildete, manche wichtige Anregung empfangen. Derb ging es da freilich gelegentlich her, wie auch sonst die Heiterkeit des Königs sich nicht eben in feinen Formen äußerte, wenn er z. B. einst bei Grumbkow von zwei Uhr bis Mitternacht bei Tafel saß und auch dem Wein so reichlich zusprach, daß er inmitten der immer höher gehenden Heiterkeit schließlich mit dem siebzigjährigen General von Flansz tanzte, während der General und Staatsminister von Borcke und der Kommandant von Berlin, von Sydow, unter Hoboen-Begleitung englische Lieder sangen, die nicht die feinsten gewesen sein werden.

In richtiger Erkenntnis des Nötigen und Erreichbaren eröffnete er seinem Volke durch Einführung des Schulzwanges den Weg zu einer Durchschnittsbildung, wie sie sonst nirgends gefunden wurde. Das Edikt vom 23. Oktober 1717 verpflichtete im Hinblick auf „den höchst deplorablen Zustand des Landvolkes in Ansehung des Wissens und Thuns“ unter Androhung harter Strafe alle Eltern, ihre Kinder im Winter täglich und im Sommer mindestens ein- bis zweimal die Woche zur Schule zu schicken. Im Zusammenhang damit wurden auf den Amtsdörfern Schulen errichtet und mit Grund und Boden ausgestaltet und ein Schulfonds von 50 000 Thalern geschaffen. Die nötigen Lehrer verdankte man der segensreichen Thätigkeit A. H. Franckes, des Stifters des Waisenhauses zu Halle a. S., der mit seiner selbstlosen Arbeit im Dienst der bedürftigen Jugend des Königs lebhaften Beifall und werkthätige Beihilfe gewann. Die Aufsicht über die Schulen erhielten die Geistlichen. Doch griff der König auch hier gern persönlich ein: auf seinen Reisen inspizierte er die Dorfschulen, prüfte Kinder und Lehrer und zeigte sich dabei wie der beste Schulmeister vertraut mit der Methode des Unterrichts. Und reicherer Lohn als auf manchem

anderen Gebiete war ihm gerade hier beschieden: nach zwei Jahrzehnten (1736) konnte er sogar von Ostpreußen mit stolzer Freude bezeugen, seit zwei Jahren sei niemand eingesegnet, der nicht zuvor den nötigen Unterricht im Christentum und im Lesen empfangen hätte.

Dennoch würde man diesen genialen Praktiker überschätzen, wollte man ihm auch nur für diese Schöpfung, die dem geistigen Leben seines Volkes neue Grundlagen gab, ideale Motive zuschreiben. Denn auch dabei leiteten ihn nur praktische Gesichtspunkte: es galt, die Unterthanen erwerbs- und leistungsfähiger zu machen, um dem Staate reichere Mittel und ein für seine militärischen Bedürfnisse brauchbareres Menschenmaterial zuzuführen. Denn der alleinige Zweck dieser organisatorischen Thätigkeit war und blieb eine gute Finanz, das heißt dem Staate die Mittel zu beschaffen zur Haltung eines Heeres, wie er es zur Verteidigung der gewonnenen und zur Gewinnung einer besseren Stellung bedurfte. Mehr hat Friedrich Wilhelm nie erstrebt: die weiter reichenden Wirkungen seines Schaffens sind von ihm nicht gewollt und nicht erwartet, sondern, wie die Doppelnatur menschlichen Strebens es mit sich bringt, ungesucht aus dem Wesen der durch ihn veranlaßten Bewegung erwachsen. So Großes Preußens größter „innerer König“, um ein Wort Theodor von Schöns zu gebrauchen, durch Herstellung einer mustergültigen Verwaltung, Bildung eines ehrlichen, pflichttreuen Beamtentums, Errichtung einer unübertroffenen Finanz, Ermöglichung einer unbestechlichen Rechtspflege und Gewöhnung seines Volks zur Arbeit und Unterordnung unter den Staatszweck und durch Erziehung des Einzelnen zur Hingabe an das Gemeinwohl geleistet hat: — das Größte, das Unerreichte, das in seiner Art Einzige bleibt doch seine Heeresschöpfung. Wohl fand er da eine bessere Grundlage vor als auf irgend einem Gebiete, die durch den Großen Kurfürsten geschaffene Armee, die, von Leopold von Dessau erneut, auf den Schlachtfeldern des spanischen Erbfolgekrieges bewährt, längst die Bewunderung aller Sachkenner erregte. Was aber will es besagen, daß er in wenig mehr als fünfundzwanzig Jahren, in denen ein entsprechender Zuwachs an

Land und Leuten nicht erfolgte, diese Armee auf mehr als das Doppelte brachte unter entsprechender Steigerung auch ihrer Qualität. Denn die 83 000 Mann, die Friedrich Wilhelm seinem Nachfolger hinterließ (50 Bataillone und 60 Eskadrons) waren militärisch und daher politisch mehr als noch einmal so viel wert wie die 38 000 Mann (38 Bataillone und 53 Eskadrons), die er von dem Vater überkommen hatte.

Diese Armee allein aus Landeskindern zu ergänzen war unmöglich, die Werbung daher unentbehrlich. Von allgemeiner Wehrpflicht konnte nicht die Rede sein. Vielmehr waren nur wenige Klassen zum Heerdienst verpflichtet, und auch da galten Exemtionen in Menge. Im wesentlichen lag die Last auf dem Bauern: das war dessen Gegenleistung für das, was der Staat zur Besserung seiner wirtschaftlichen und geistigen Lage that. Es hob ihn zugleich aber auch moralisch. Denn er trat endlich wieder mit dem Staate in unmittelbare Verbindung, aus dem gelöst zu sein das Verhängnis des deutschen Bauern geworden war. Indem er die Wehrkraft seines Staates auf den Bauernstand gründete, erhob Friedrich Wilhelm diesen zu staatsbürgerlichem Recht und staatsbürgerlicher Ehre und that damit einen großen Schritt vorwärts zur Entwickelung eines preußischen Staatsbürgertums.

Etwa die Hälfte des jährlichen Bedarfs an Rekruten wurde in Preußen ausgehoben und die Gleichmäßigkeit des Zuwachses für die einzelnen Regimenter gesichert, indem jedem besondere Rekrutierungsplätze mit zugehörigem Bezirk angewiesen wurden, die sogenannten Kantons, eine Einrichtung, die 1732 zuerst erörtert, dem General von Derfflinger, dem einzigen noch lebenden von den Söhnen des Feldmarschalls, zugeschrieben wurde. Die andere Hälfte mußten Werbungen auch im Auslande decken. Gewalt war dabei untersagt, freilich mehr in der Theorie als in der Praxis: denn worauf sollte die ausdrücklich gestattete „möglichste Listigkeit" sonst wohl hinausgelaufen sein? Ihr waren namentlich ausgesetzt, die durch ihre Größe dem Regiment der „langen Kerle" zur Zierde gereichten. Welche Geißel aber auch die Aushebung noch zu Beginn dieser Regierung für das Land war, lehrt ein Bericht des Ministers Truch-

setz von Waldburg (1717) über ihre Wirkungen in Preußen. Ihr schreibt er das Elend des Landes zu, das trotz aller Reformen nicht gedeihen wollte. Schon seien tüchtige Landarbeiter nur schwer zu finden: sie flüchten am liebsten vor den Werbern nach Polen. Kein Kaufmann, kein Schiffer sei sicher davor, enrolliert und dem bürgerlichen Leben entrissen zu werden. Da kein Edikt dagegen helfe, wage niemand mehr gegen Uebergriffe der Art zu klagen. Nur einige Jahre möge man die Regimenter in Preußen nicht embellieren, dann würden die aus dem Lande Geflohenen zurückkehren, der Handel erblühen und die vermehrte Steuerkraft neue Mittel für das Heer beschaffen. Nimmt man das Vorurteil hinzu, das damals gegen den Soldatenstand überhaupt noch herrschte, wird man die Schwierigkeiten wenigstens annähernd ermessen, die sich der Bildung einer brauchbaren Armee entgegenstellten. Aber wenn des Königs Sinn für das Kleine und Kleinste sich je fähig erwies das Größte zu leisten, so ist es hier gewesen. Zunächst hat der militärische Drill es ja nur mit Kleinigkeiten und Kleinlichkeiten zu thun: aber diese summieren sich zu den gewaltigsten Wirkungen. Der Spott Eugens von Savoyen über den Exerziermeister verstummte, als er das so Erreichte sah, und Leopold von Dessau pries die preußische Infanterie als ein Wunderwerk. Eigentlich war der König sein Schüler. Auch jetzt noch war sein Regiment neben dem Leibregiment zu Potsdam das Vorbild für alle Truppen in Europa. Aber der Geist, der diese Armee erfüllte, war doch Friedrich Wilhelms Werk. Das Offiziercorps, allein durch königliche Ernennung ergänzt, wurde eine festgeschlossene Korporation, die durch makellose Bewahrung ihrer Ehre das gegen den Stand herrschende Vorurteil allmählich überwand. Durch eiserne Zucht hörte der Gemeine auf, ein Gegenstand des Schreckens für den friedlichen Bürger zu sein. Daß er selbst an die Spitze des Heeres trat und vor allem als Soldat lebte, hob den Gegensatz zwischen Militär- und Zivilstaat vollends auf. Die Armee, anderwärts der Sammelplatz der schiffbrüchigen Existenzen, wurde hier die Schule der Zucht, Ordnung, Pünktlichkeit, des Gehorsams und der über den Tod triumphierenden Pflichttreue. Dadurch er-

langte sie eine eminente erziehliche Bedeutung für das preußische Volk, in politischer Hinsicht sowohl wie in moralischer: als ein Staat im Staate, als ein fertiger in dem werdenden war sie dessen Vorbild in strenger Zusammengehörigkeit, Gemeingefühl und treuem Zueinanderstehen. Es ist in dieser Hinsicht bezeichnend, daß viele hervorragende Zivilämter von Generalen verwaltet wurden.

Die organisatorische Thätigkeit Friedrich Wilhelms im Gebiete des Zivilstaates verliert nicht an Bedeutung dadurch, daß sie ihm nur Mittel zum Zweck war, daß, was sie leistete, nur an dem gemessen wurde, was die Armee daraus gewann. Vielmehr hat der König gerade darin die rechte Einsicht bethätigt in die letzte Quelle der inneren und äußeren Schwierigkeiten, Enttäuschungen und Demütigungen, die seinem Großvater und Vater bereitet waren. Das preußische Heer hatte bereits eine Geschichte von zwei Menschenaltern hinter sich, eigentlich aber außer in dem Schwedenkriege von 1675—1679 noch nie allein für preußische Ziele gekämpft, sondern immer im Dienste fremder Interessen gestanden, schwedischer, polnischer, kaiserlicher, der Seemächte, ja, wenn auch gleichsam Gewehr bei Fuß, Frankreichs. Das war nicht bloß durch die schwankende Politik der beiden letzten Herrscher verschuldet: vielmehr war ihre schwankende Politik dadurch veranlaßt, daß ihr Heer der sicheren finanziellen Basis im eigenen Lande entbehrte und daher nur mit fremden Mitteln erhalten werden konnte. Es darf heute als historische Thatsache ausgesprochen werden, daß der Große Kurfürst die Armee, die er in schwerer Zeit mit preußischen Mitteln geschaffen, in der Folge doch nur mit fremdem Gelde hat unterhalten können, mit dem Spaniens, der Seemächte, des Kaisers — dann mit dem Frankreichs. Trotz seiner vielbewunderten Wehrkraft war Brandenburg durch seine finanzielle Impotenz politisch des vollen Selbstbestimmungsrechts beraubt und zu einer Abhängigkeit vom Ausland verurteilt, die mit seinem militärischen Ansehen und Vermögen im schroffsten Widerspruche stand. An diesem hatte des Großen Kurfürsten Machtstreben Schiffbruch gelitten; er ist Preußen unter dem ersten König fast verhängnisvoll geworden. Indem er Preußen

durch seine Verwaltungsorganisation und die Zusammenfügung von Zivil- und Kriegsstaat finanziell selbständig machte und befähigte, sein Heer aus eigenen Mitteln zu erhalten, schuf Friedrich Wilhelm erst die Möglichkeit einer unabhängigen, nur auf Preußens Interessen gerichteten auswärtigen Politik.

III. Die Erwerbung Pommerns und der Handel um Berg. 1713—1739.

Friedrich I. starb eigentlich zur rechten Zeit. Zwar nahmen die Verhandlungen zu Utrecht eben eine für Preußen günstigere Wendung. Denn da ihm die oranische Erbschaft nicht bloß von den Niederlanden, sondern trotz der Zusagen des Kronvertrages auch vom Kaiser bestritten wurde, Orange aber und die übrigen französischen Stücke von England bereits Frankreich zugesagt waren, schloß Preußen mit diesen beiden am 24. Februar 1713 einen Vertrag, der ihm als Ersatz den größten Teil des Oberquartiers Geldern mit Venloo und einen Landstrich jenseits der Maas „in voller Souveränetät" zusicherte. Aber die Niederlande wollten dann von Venloo aus bedroht sein, der Kaiser die Reichshoheit nicht aufgeben: mehr zu fordern hinderte sie die entschlossene Haltung des jungen Königs und der ausgeprägt soldatische Charakter seines Hofes. Andererseits wußte dieser nur zu gut, daß er bei dem dermaligen Zustand seines Staates einen Krieg nicht führen konnte und daß England um dieser Differenz willen den Frieden nicht scheitern lassen werde. So gab er Venloo daran, ließ Geldern Reichslehen bleiben und schloß am 11. April 1713 gleich England, Savoyen, Portugal und den Niederlanden mit Frankreich und Spanien Frieden, der ihm das Mörs und Cleve benachbarte geldrische Land rechts der Maas unter Bürgschaft der Seemächte, Frankreichs und Spaniens und die Anerkennung der Königswürde durch die beiden letzten einbrachte. Die Hauptsache aber war doch, daß die preußischen Regimenter endlich heimkehrten. Denn selbst wenn er — wie er sich vorbehalten — dem Reiche auch ferner sein Kontingent stellte, blieben Friedrich Wilhelm immer noch Truppen genug, um die bisher mißachteten

Interessen Preußens in den baltischen Landen kraftvoll zu vertreten. Dort stand für ihn jetzt Großes auf dem Spiel. So versagte er sich dem lärmenden Kriegstreiben, durch das der Kaiser das Reich zu fernerem Kampfe gegen Frankreich mit sich fortzureißen suchte. Wie sehr man darüber in Wien zürnte: Deutschland hatte von dieser Wendung der preußischen Politik größeren Gewinn, als ihm selbst ein glücklicher Krieg gegen Frankreich bringen konnte.

Schweden schien seinen Gegnern zu erliegen. Trotz der Neutralität Preußens waren Russen, Sachsen und Polen durch die Mark nach Pommern marschiert. Schon war Stettin belagert und in Tönningen die letzte schwedische Armee in Deutschland eingeschlossen. Konnte Preußen zusehen, wie sich Russen oder Polen in Pommern und Mecklenburg, Dänen in Bremen und Verden einnisteten? Aber gewaffnet zwischen die Streitenden zu treten und im eigenen sowohl wie im deutschen Interesse Frieden zu gebieten, war es militärisch so wenig wie politisch in der Lage. So proponierte der König die Neutralisierung Pommerns. Freudig griff Herzog Christian August von Holstein-Gottorp zu: bot ihm das doch eine Aussicht für Karls XII. Erben, seinen Neffen und Mündel Karl Friedrich, wenigstens einen Teil der deutschen Lande Schwedens zu retten. Am 22. Juni 1713 schloß er für diesen einen Vertrag, nach dem Stettin und Wismar bis zum Frieden von Preußen sequestriert und Schwedens übrige Reichslande für neutral erklärt werden sollten. Inzwischen aber ergab sich am 29. September Stettin den Russen. Jedoch entging auch dem Zaren nicht, daß in Berlin jetzt ein anderer Geist herrschte. Sich mit dem jungen König zu verständigen, empfahlen vollends die Umtriebe Holsteins, das auf Grund des Vertrages vom 22. Juni Preußen gegen Rußland zu engagieren suchte. Aber sich gegen dieses gebrauchen zu lassen, war der König durchaus nicht gewillt. Vielmehr traf er in Schwedt an der Oder mit dem russischen Oberbefehlshaber Menschikow zusammen und vereinbarte am 6. Oktober eine Deklaration, nach welcher, da die Gegner Schwedens dessen deutsche Lande ja notgedrungen occupieren müßten, der Zar aber nichts davon zu behalten gedenke, er seinerseits

in Gemeinschaft mit Holstein-Gottorp Stettin mit Zubehör, das heißt — wie ein geheimer Artikel erklärte — das Land bis zur Peene nebst Demmin, Anklam und Wolgast bis zum Frieden „in Possession und Sequester“ nahm und mit Stralsund und Wismar ebenso verfahren werden sollte, sobald die Schweden durch Holstein-Gottorp diese Plätze gütlich zu räumen bestimmt sein würden. Dafür wollte er die Schweden nicht nur an der Rückkehr nach Pommern, sondern auch am Angriff auf die Lande der Verbündeten hindern, die ihn ihrerseits ihrer Hilfe versicherten, falls er um dieses Abkommens willen angegriffen würde. Auch entschädigte er in Gemeinschaft mit Holstein-Gottorp den Zaren mit 400 000 Thalern für die Kosten der Eroberung von Stettin, während dieser mit Schweden nicht eher Frieden schließen sollte, als bis es Preußen diese Summe erstattete oder das Land bis zur Peene überließ.

Wenn man aber gemeint hat, der Schwedter Vertrag habe Preußen bereits die Entscheidung der baltischen Frage in die Hand gegeben und es samt dem Reiche vor der Verstrickung in den nordischen Krieg bewahrt, so wird das doch durch den Fortgang der Entwickelung nicht bestätigt. Zwar wurde Schwedens Gegnern die militärische Sicherung gewährt, die sie sonst nur durch dauernde Besetzung Pommerns hätten erlangen können, und daß diese und damit die Festsetzung einer fremden Macht an den Odermündungen verhindert wurde, war ein großer Gewinn, zumal Preußen eigentlich gar keine Opfer brachte. Denn entweder ersetzte ihm Schweden die an Rußland geleistete Zahlung oder es wurde durch eine Landerwerbung entschädigt, die ihm die Erfüllung der übernommenen Pflicht ermöglichte, die Schweden an der Benutzung des ihnen verbleibenden Stücks von Pommern zu einem Angriff auf Polen und Rußland zu hindern. Auch würde man dem streng rechtlichen Sinn Friedrich Wilhelms zu nahe treten, wollte man annehmen, er habe bereits beim Abschluß des Schwedter Vertrages im Hinblick auf den Eigensinn Karls XII. und die finanzielle Erschöpfung Schwedens auf die Erwerbung Pommerns bis zur Peene als dessen sicheres Ergebnis gerechnet. Dem widerspricht schon die Energie, mit der er Dänemark am Angriff auf Holstein durch die

Konzentration eines Heeres in dem Lager bei Lenzen an der Elbe hinderte.

Ja gemessen mit dem Maßstabe, den die Staatskunst jener Zeit allein anzulegen pflegte, und an dem Vorteil Preußens konnte diese Politik Friedrich Wilhelms vielleicht als zu selbstlos bezeichnet werden. Doch kam das Preußen moralisch zu gute und hob sein Ansehen bei den beteiligten Mächten. Auch offenbarte sich darin zumeist der glückliche Wandel, den der Thronwechsel gebracht hatte. Sonst alle Zeit unruhig, begehrlich und gewohnt, jede Aktion zu beurteilen nach dem Gewinn, der dabei in Aussicht stand, um nach dessen Größe die Partei zu wählen, galt die preußische Politik nicht mit Unrecht für prinziplos und abhängig von den wechselnden Umständen und infolgedessen trotz aller großen Anläufe schwächlich. Zum erstenmal war das jetzt anders: Friedrich Wilhelm erstrebte nichts als wirksamen Schutz für die anerkannten Interessen seines Staates, die in diesem Falle die Interessen Deutschlands waren. Er verlangte keinen Gewinn, nur Ersatz der gemachten Aufwendungen, zunächst in Geld, wenn das nicht zu erlangen war, in Land. Höhere Ziele hatte er nicht im Auge, und von patriotischen oder gär nationalen Motiven findet sich in seiner Politik nichts. Aber eben weil sie ausschließlich von dem Gesichtspunkt der Nützlichkeit ausging, vermied sie unbelohnte Dienstbarkeit fremden Interessen gegenüber: sie kennzeichnet ein gesunder Egoismus, der sich mit dem Nächstliegenden begnügt. So erst gewann Preußen von dem Schwedter Vertrag aus, der an sich noch keinen Erfolg bedeutete, weiterhin in den nordischen Händeln eine Stellung, in der es sich Gehör schaffen und auf die endgültige Ordnung den gebührenden Einfluß üben konnte. Diplomatische Künste lagen diesem König ganz fern, und es war nicht seine Schuld, wenn der Schwedter Vertrag zum Ausgangspunkt preußischer Eroberungspolitik wurde: das bewirkte einerseits Karl XII., andererseits der Zar.

Ersterer verwarf den Schwedter Vertrag so gut wie den preußisch-holsteinischen vom 22. Juni. Ganz korrekt erklärte sich Preußen darauf bereit, Stettin herauszugeben, sobald ihm die an Rußland gezahlten 400 000 Thaler erstattet wären.

Karl XII. lehnte das ebenso ab. Aber auch der Zar verweigerte die Ratifikation des Schwedter Vertrages — und die Dänen schickten sich nach dem Fall Tönningens an, mit russischer Hilfe der bisher von Schweden beschützten Selbständigkeit Holsteins ein Ende zu machen. Die Lage Preußens wurde kritisch: sollte es, um Russen und Dänen aufzuhalten, sich zum Verteidiger Schwedens aufwerfen? Aber vergeblich ließ Friedrich Wilhelm dem Kaiser vorstellen, jetzt sei der Augenblick gekommen, um Schweden aus Deutschland zu vertreiben: in Wien blieb man nicht nur unthätig, sondern gab der üblen Laune über Preußens Beitritt zum Utrechter Frieden in planmäßigen Anfeindungen Ausdruck. Dennoch versagte sich dieses sowohl den Anträgen Frankreichs zu gunsten Schwedens, wie denen Hannovers zur Teilung der deutschen Lande Schwedens, wies auch das Verlangen des dem Schwedenkönig verschwägerten Landgrafen von Hessen zurück, Stettin ihm zu übergeben, obgleich es im Falle eines Bruchs auch Sachsen, Polen und Hannover gegen sich zu haben sicher war. Doch lehnte es sich notgedrungen näher an Rußland an, das bei der Erschöpfung seines dänischen Alliierten und den Rüstungen Schwedens ihm entgegenkam, um nicht durch den Wiederausbruch des Krieges in Pommern in seinem Siegeslauf zur See und in Finnland aufgehalten zu werden. So entstand die „reciproque Garantie“ vom 12. Juni 1714: der Zar verpflichtete sich nur Frieden zu schließen, wenn Preußen Stettin und alles Land bis zur Peene nebst Wolgast und den Inseln Usedom und Wollin erhielte, während Preußen ihm Ingermanland, Karelien mit Wiborg und Narwa und Esthland mit Reval verbürgte. Damit aber verließ Preußen freilich die zu Schwedt eingenommene Stellung: ohne an dem Kriege beteiligt zu sein, übte es auf den künftigen Frieden entscheidenden Einfluß und ließ Schweden dafür zu seinen Gunsten Opfer auferlegen, die es ihm eigentlich nur als kriegführende Macht hätte zumuten können. Doch half ihm auch darüber die Verblendung des Schwedenkönigs hinweg. Endlich (Ende November 1714) heimgekehrt, begann er die Feindseligkeiten, indem er (23. Februar 1715) die kleine preußische Besatzung in Wolgast überwältigen und die Stadt besetzen ließ.

Nur aus Rücksicht auf Frankreichs Bemühen um Vermittelung schlug Friedrich Wilhelm nicht gleich los, erklärte aber, wenn nicht bis zum 20. April ihm Genugthuung gegeben und Wolgast geräumt sei, werde seine Armee von Stettin aus marschieren. Auf französische Fürsprache wurde die Frist bis zum 1. Mai erstreckt. Aber bereits am Abend des 21. April ließ Karl XII., wie in persönlicher Erbitterung gegen den König, dessen ruhige Energie ihm verhängnisvoll zu werden anfing, seine Truppen auf Usedom landen, die schwache preußische Besatzung verdrängen und dann auch Wollin angreifen. Nun schwanden bei Friedrich Wilhelm alle Zweifel: kaum war die Meldung von dem Geschehenen in Berlin eingetroffen, als der schwedische Gesandte ausgewiesen und der Befehl erteilt wurde, die Insel Wollin um jeden Preis zu halten, jeden Durchbruch der Schweden nach der Peene zu hindern und die holsteinischen Bataillone in Stettin zu entwaffnen und nach Küstrin abzuführen. Am 28. April eilte der König selbst zur Armee. Den 1. Mai erfolgte die Kriegserklärung. Mit Dänemark und Hannover wurde, sehr zum Kummer Ilgens, der diese Wendung für unheilvoll hielt und die Verantwortung dem König persönlich zuschob, eifrigst unterhandelt. Der Abschluß mit ersterem erfolgte am 17., mit letzterem am 30. Mai: jener regelte den gemeinsamen Angriff auf Stralsund; in diesem sicherte auch Hannover Preußen Stettin und das Land bis zur Peene zu und verhieß ihm im Notfall Hilfe mit 6000 Mann, wogegen ihm nach dem Fall Stralsunds die von Preußen abhängigen Lehen in den welfischen Landen nebst etlichen streitigen Dörfern bei Gartow überlassen werden sollten.

Leider waren die Dänen so spät marschbereit, daß die preußische Armee erst am 28. Juni von Stettin aufbrechen und sich am 13. Juli vor Stralsund mit den Dänen und Sachsen vereinigen konnte. Doch mußte der ernstliche Angriff auf die bereits blockierte Stadt, deren Verteidigung der Schwedenkönig selbst leitete, erst durch eine Reihe von größeren Operationen vorbereitet werden. Ende Juli und Anfang August eroberten die Preußen, von der dänischen Flotte unterstützt, die Insel Usedom und stürmten (22. August) die Peenemünder Schanzen.

Am 15. November landeten sie unter Leopold von Dessau in kühnem Angriff auf Rügen, warfen die von ihrem König selbst geführten Schweden unter schweren Verlusten zurück und nötigten den Rest zum Rückzug auf das Festland, wo inzwischen endlich gegen Ende Oktober die förmliche Belagerung Stralsunds begonnen hatte. Das Feuer brachte die Stadt bald in arge Bedrängnis, zumal als starker Frost die sie umschließenden Teiche mit Eis bedeckte. Aber die Anträge, die Karl XII. am 20. Dezember machen ließ, waren unannehmbar: er wollte Stettin bis zum Frieden Preußen lassen, das an Rußland gezahlte Geld erstatten und Preußens Vermittelung bei den nordischen Alliierten zulassen. Nicht um den Frieden handle es sich, lautete die Antwort, sondern um die Uebergabe der Stadt. Bald war Bresche gelegt; das Eis bot den Sturmkolonnen sicheren Zugang. Da erschienen am 21. Dezember abermals schwedische Abgesandte: sie boten für Belassung Stralsunds ein Aequivalent und suchten eine Waffenruhe nach. Die Antwort war die gleiche: an diesem zielbewußten Gegner sah Karl XII. seine Künste zu schanden werden. So segelte er den 22. nach Schweden ab. Der Kommandant, General Dücker, kapitulierte. Die Festung wurde dem Vertrag vom 17. Mai gemäß den Dänen ausgeliefert.

Großes hatte Preußen damit gewonnen. Der neuen Bewährung seiner Armee entsprach die Steigerung seiner politischen Bedeutung. Nicht als Glied einer großen, ihm fremden Interessen geweihten Allianz, nicht als eine besoldete Hilfsmacht, auch nicht handelnd und marktend um den ihm zuzubilligenden Gewinn hatte es diesen kurzen erfolgreichen Krieg geführt: als gleichberechtigter Bündner mit Rußland, Dänemark, Sachsen, Polen und Hannover geeinigt zur Erreichung eines Ziels, das es selbst nach Maßgabe seiner besonderen Interessen bezeichnete, nach dessen Erreichung aber jenen nicht mehr zu Dienst verpflichtet, war es eigentlich zum erstenmal Herr seiner Entschließungen und konnte seine fernere Haltung allein nach seinem Vorteil bemessen. Das wurde überall, am meisten aber da empfunden, wo man auf Preußens Dienste ein Recht zu haben wähnte und nun eine als selbstverständlich angesehene

Voraussetzung für die eigene Politik verloren sah — in Wien, wo man die Aktion Preußens gegen Schweden als Bruch des Reichsfriedens verschrie und nicht übel Lust bezeigte, dem bedrängten Schweden beizuspringen. Dazu trug auch die Sorge bei vor Preußens Wachstum durch die Erwerbung des wichtigsten Stücks von Pommern, die man, wie 1648 und 1679, auch jetzt zu hindern dachte, indem man in dem zu Rastatt mit Frankreich geschlossenen Frieden den von Nimwegen als Basis annahm, also sich für die Belassung Pommerns bei Schweden engagierte. Hätte sich Preußen wenigstens zu einer Kompensation bereit finden lassen und Truppen und Geld zum Türkenkrieg geliefert! So wurde man kaiserlicherseits nicht müde, den König durch Nadelstiche zu kränken und zu reizen: riß ihm die Geduld und beging er eine Uebereilung, so konnte zum Besten der kaiserlichen Autorität und Macht ein Exempel statuiert werden, wobei mehr als ein Reichsstand mitzuthun bereit war. Wünschten doch etliche, Frankreich möge wie 1678/79 durch einen Angriff auf Cleve Schweden Luft machen. Seit Ludwigs XIV. Tod war dazu freilich keine Aussicht. Alle diese Wirren flossen schließlich in der Mecklenburgischen Frage zusammen.

Durch wüste Gewaltherrschaft war Herzog Karl Leopold mit seinen Ständen verfeindet; durch Verstoßung seiner Gemahlin, einer Prinzessin von Nassau-Friesland, hatte er den preußischen König beleidigt und durch Parteinahme für Schweden politisch herausgefordert, nachdem er von ihm mit anspruchsvollen Bündnisverträgen abgewiesen war. Auf seine lauten Klagen über die Besetzung seines Landes durch die Verbündeten hatte der Reichshofrat in geflissentlich verletzenden Formen einen Prozeß gegen Preußen eingeleitet. Besorgte man doch bereits, dieses könnte auf Grund seines alten Anrechts mit Hilfe der unzufriedenen Stände sich Mecklenburgs bemächtigen. Karl Leopold aber, von den Ständen in Wien verklagt, des schwedischen Schutzes beraubt und auch von Dänemark und Hannover bedroht, suchte Rückhalt beim Zaren, indem er um dessen Nichte Katharina Jvanowna warb, und gefährdete dadurch dessen Verhältnis zu Preußen.

Der Zar hatte seine Macht im Norden fest begründet. Nun Schweden auch in Deutschland niedergerungen und nur noch Wismar zu bezwingen war, erschien er, um bei der Verteilung der Beute das entscheidende Wort zu sprechen. Zwar verschob er auf Verlangen Friedrich Wilhelms die Hochzeit des Mecklenburgers bis nach der Lösung der früheren Ehe, ließ aber Elbing besetzen und behandelte Danzig wie eine eroberte Stadt und den dort erschienenen August II. wie einen Vasallenfürsten, feierte dort auch seiner Nichte Vermählung mit Karl Leopold. Denn er plante den Tausch Mecklenburgs gegen Livland. Schon waren die russischen Truppen und Schiffe von Preußen her auf dem Wege nach Wismar, um sich dort festzusetzen. Diese Gefahr ließ die übrigen gegen Schweden verbündeten Mächte endlich ihren vielfachen Hader vergessen: es gelang, die kleine schwedische Besatzung von Wismar durch Gewährung günstiger Bedingungen zur Uebergabe zu vermögen, ehe die Russen (20. April 1718) heran waren. Auch zur Mitbesetzung ließ man diese nicht zu, und als Wismar endlich Karl Leopold ausgeliefert werden mußte, geschah es nach Schleifung der Befestigungen. Der Zar war außer sich: das sollte Preußen entgelten. Wegen angeblicher Ausschreitungen ließ er die preußischen Truppen mehrfach aus ihren Quartieren verdrängen; den König lud er in unziemlichem Ton zu einer Zusammenkunft. Nur ließ dieser dergleichen sich nicht bieten: der Zar solle merken, meinte er, daß er nicht mit einem König von Polen zu thun habe, sondern mit einem Preußen, „der ihm den Kopf mit dem Kolben lausen werde". Und als er auf erneutes höfliches Ansuchen die Begegnung endlich bewilligte, ließ er sich in Stettin einen Tag erwarten, verweigerte auch Truppen und Schiffe zum Zuge nach Schonen.

Das Interesse Deutschlands hätte geboten, daß Kaiser und Reich Preußen auf alle Weise in der Behauptung Pommerns gegen Rußland unterstützten. Aber obgleich man in Wien beim Anmarsch der Russen Lärm geschlagen und Preußen ermahnt hatte, ihn zu hindern, begünstigte man jetzt das Bemühen Hannovers, Pommern und Mecklenburg an sich zu bringen. Denn um diesen Preis war Kurfürst Georg als König von

England bereit, Oesterreich in seinen neuen italienischen Besitzungen zu schützen, indem er Spanien bedrohte. So betraute der Kaiser Hannover (Oktober 1717) mit der Vollstreckung der Reichsexekution, die auf die erneute Klage seiner Stände gegen Karl Leopold verhängt war. Der Zar nämlich hatte, als er auf Drängen des Wiener Hofes Mecklenburg endlich räumte, 3000 Mann im Dienste des Herzogs gelassen, auf die gestützt dieser schlimmer als zuvor wütete. Da einzuschreiten wäre Preußens Sache gewesen, bei dem das Direktorium des niedersächsischen Kreises lag. Aber selbst in die inneren Angelegenheiten Preußens griff der Kaiser ein, indem er sich der Beschwerden der Magdeburger Ritterschaft über die Allodifikation der Lehen annahm, landesherrliche Erlasse als rechtswidrig aufhob und auf des Königs geharnischte Proteste erklärte, seine oberrichterliche Autorität selbst auf die Gefahr eines Krieges hin zur Anerkennung bringen zu wollen. War er doch nicht bloß Hannovers und Sachsen-Polens für diesen Fall bereits sicher, sondern hatte sich auch mit den Seemächten und Frankreich geeinigt, um Preußen dem Gebot der Großmächte zu beugen, wie es im Südwesten mit Spanien geschehen war. So blieb denn Friedrich Wilhelm, wollte er sich nicht „den Fuß auf die Gurgel setzen" lassen, nur noch engerer Anschluß an Rußland übrig. Bereits im September 1717 sah er den Zaren in Berlin und ein am 28. Mai 1718 unterzeichneter Vertrag bestimmte, was zur Durchführung der Konvention, die beide bereits im November 1716 in Havelberg zu gegenseitigem Schutz in dem Schweden Entrissenen geschlossen hatten, an Truppen gestellt werden sollte, und nahm ein gemeinsames Eintreten gegen die Exekution in Mecklenburg in Aussicht für den Fall, daß der Aufmarsch eines kaiserlichen Heeres in Böhmen und Schlesien Preußen direkt bedrohen würde. Denn durch den Passarowitzer Frieden (Juli 1718) des Türkenkrieges entledigt, hegte man in Wien große Pläne, deren Kosten Preußen tragen sollte. Dessen Lage wurde um so kritischer, als es auch Rußlands nicht völlig sicher war. Man unterhandelte ein russisch-schwedisches Bündnis, nach dem der Zar nur Livland und Esthland behalten und Schweden zur Wiedereroberung seiner deutschen

Provinzen und Herstellung Lesczinskis helfen sollte, um sich gemeinsam mit ihm gegen England und Hannover zu wenden. Preußen sollte Stettin auf zehn Jahre als Hypothek behalten. Es blieb Friedrich Wilhelm nichts übrig, als sich im Notfall auch damit einverstanden zu erklären; aber die Teilnahme am Kampfe gegen Hannover lehnte er unbedingt ab. Würde er sich aber in dem allgemeinen Krieg, der damals drohte, neutral halten können, ohne an Rechten und Ehren Schaden zu leiden?

Ein absonderlicher Zwischenfall steigerte die Sorge und den Unmut des Königs. Eben in jener kritischen Zeit (Herbst 1718) tauchte in Dresden ein Ungar auf Namens Kléement, der nach Berlin Mitteilungen gelangen ließ über furchtbare Pläne, mit denen man sich in Wien gegen Preußen tragen sollte, falls es sich nicht von Rußland lösen und dem Kaiser anschließen würde. Seine Angaben verrieten ausgezeichnete Verbindungen und Kenntnis der Geheimnisse des Kaiserhofes; doch war er nur einer jener verwegenen Abenteurer, die, gelegentlich zu untergeordneten Diensten verwendet, die dabei erlangten Beziehungen benutzten, um durch geheimnisvolle Zwischenträgereien leichtgläubigen Fürsten und Ministern das Geld aus der Tasche zu locken. Das Lügengewebe, das Kléement unter geschickter Benutzung der Umstände und Stimmungen spann und durch plumpe Fälschungen stützte, nahm der König gläubig auf, weil es seiner Erbitterung gegen den Wiener Hof neuen Grund gab. Da sollte der sächsische Minister Graf Flemming einen Plan entworfen haben, wie man ihn in Wusterhausen aufheben, Berlin überrumpeln und den Schatz wegführen könnte, zugleich aber Eugen von Savoyen sich zur Vermittelung beim Kaiser erboten, als Preis des Anschlusses eine Preußen günstige Entscheidung der jülich-bergischen Erbfolgefrage in Aussicht gestellt haben, die das bevorstehende Erlöschen des Hauses Pfalz-Neuburg aufwerfen mußte. Auch sollte der Kaiser am Berliner Hof seine Spione und Berichterstatter haben. Mit Ungestüm nahm der König die Sache auf, stellte Eugen von Savoyen selbst zur Rede und erfuhr da zu seiner Beschämung, daß er das Opfer eines Schwindlers geworden war. Daß er diesen, der sich keck in seine Gewalt begeben hatte, einem qualvollen Tode überliefern ließ,

besserte an der Sache nichts, da auch von Kléement verdächtigte Personen des Hofes als schuldlos erwiesen wurden.

Ohne politische Folgen aber blieb der Zwischenfall nicht. Eugen von Savoyen war außer sich, daß man ihm, dem kaiserlichen Oberfeldherrn, einen Banditenstreich zugetraut, aber nicht daran gedacht hatte, die von Kléement ihm zugeschriebenen Papiere auf ihre Echtheit zu prüfen; solche Leichtgläubigkeit erleichtere freilich Abenteurern der Art das Handwerk. Ganz schuldlos aber war der Wiener Hof doch nicht: in gewissem Sinne erntete er, was er gesäet hatte. War es denn nach seiner bisherigen Haltung gegen Preußen zu verwundern, wenn dieses ihm alles zutraute? Stimmte dazu nicht der Wiener Vertrag vom 5. Januar 1719, der zwischen dem Kaiser, Hannover und Sachsen die Art des gemeinsamen Einschreitens gegen Preußen festsetzte, falls es die durch Hannover und Wolfenbüttel zu vollstreckende Exekution in Mecklenburg zu hindern versuchte, und dabei beinahe eine Aufteilung Preußens in Aussicht nahm? Von Polen, Dänemark, den Niederlanden und vielen Reichsständen hoffte man den Beitritt. So völlig aber waren die englischen Staatsmänner doch nicht gewillt, ihres Landes europäische Machtstellung Hannover dienstbar zu machen: sie weigerten sich einer vom welfischen Preußenhaß diktierten Politik, zumal der inzwischen erfolgte Tod Karls XII. endlich friedliche Aussichten eröffnete. So trat England vermittelnd ein, und die Wiener Verbündeten ließen das gern zu, da Polens Anschluß nicht erfolgte und das all ihre Pläne durchkreuzte.

Große Schwierigkeiten dagegen machte Friedrich Wilhelm. Ihn hatten alle diese Treibereien aufs höchste empört. Er meinte, auch England wolle nur ihn vom Zaren trennen, zumal die verlangte Zusicherung der Hilfe Englands für den Fall, daß er wegen des mit ihm geschlossenen Vertrages angegriffen würde, nicht zu erlangen war, während er sich doch verpflichten sollte, nicht ohne Polen mit Schweden Frieden zu machen. Er fürchtete eine Falle der falschen Freunde, die ihn zum Bruch mit dem Zaren verleiten wollten, um ihn völlig zu isolieren, und nur dem Andringen des umsichtigen Ilgen war es zu danken, daß der günstige Moment nicht unbenutzt

vorüberging. Nachdem England die Bedingung zu gunsten Polens hatte fallen lassen, wurde der Vertrag am 14. August 1719 unterzeichnet, der Preußen Stettin und das Land bis zur Peene verbürgte. Damit öffnete sich der Weg zum Frieden auch mit Schweden. Aber noch war manche Schwierigkeit zu überwinden, ehe dieser endlich am 1. Februar 1720 in Stockholm unterzeichnet wurde; auch mußte Preußen an Schweden zwei Millionen Thaler zahlen.

So schwer dies pekuniäre Opfer dem sparsamen König ankam, der Stockholmer Friede war ein großer, ja seit lange der erste volle Erfolg Preußens — eine Aktion, die nicht mit einer niederschlagenden Enttäuschung, nicht mit dem Verzicht auf den besten Teil des gehofften Gewinns endete. Energisches Handeln, gepaart mit kluger Beschränkung auf das Berechtigte und Erreichbare, woran es der hohenzollernschen Politik so oft gefehlt hatte, hatte das Erstrebte auch erreicht. Ließ ihn der Erfolg seine Kräfte überschätzen oder regte er auch ihn zu unruhiger Begehrlichkeit an? — gegenüber der neuen, verwickelteren und gefährlicheren Frage, die gleich danach auftauchte, hat Friedrich Wilhelm diese Eigenschaften nicht bewährt und sich so eine Reihe schmerzlicher Enttäuschungen und erbitternder Demütigungen zugezogen. Eine leitende Rolle in der europäischen Politik zu spielen, war Preußen auch nach der Erwerbung Pommerns nicht fähig; bei dem Versuch dazu lief es Gefahr, fremden Interessen gegenüber in die unbelohnte Dienstbarkeit zu geraten, die ihm unter Friedrich I. so verderblich geworden war. Daß dies eingesehen, der Grund davon erkannt und unter dem Stachel der erfahrenen Unbill eine radikale Aenderung angebahnt wurde — das war der große und für die Zukunft entscheidende Gewinn, der sich daraus schließlich für Preußen ergab.

Von zwei Seiten her wurde das System der europäischen Mächte, wie es die letzten Friedensschlüsse konstituiert hatten, in Frage gestellt — durch den Bruch Spaniens und Frankreichs (1723), dem (1725) des ersteren Versöhnung und Allianz mit dem Kaiser folgte, andererseits durch Karls VI. Streben, die habsburgische Monarchie ungeteilt auf seine älteste Tochter

Maria Theresia zu bringen. Die Verfeindung des Kaisers mit den Seemächten zerstörte für Preußen das Fundament seiner Stellung seit 1688. Jedoch die Konsequenzen daraus zu ziehen, widerstrebte dem deutschen Sinn Friedrich Wilhelms. Indem aber persönliche Einflüsse und dynastische Interessen diese Abneigung dennoch zeitweilig überwanden, brachten sie seine Politik in widerspruchsvolles Schwanken, zumal die Königin Sophie Dorothea, so wenig der Gemahl ihr Einfluß gönnte, zu sehr Frau und Welfin war, um nicht nach beider Art auch ihre Politik zu treiben, die wenigstens ebenso sehr welfisch wie hohenzollerisch war. Bereits 1723 betrieb sie die künftige Verheiratung der Prinzessin Wilhelmine und des Kronprinzen mit den Kindern ihres Bruders, des damaligen Prinzen von Wales: sie schien vorteilhaft zu einer Zeit, wo selbst der diplomatische Verkehr zwischen dem Berliner und dem Wiener Hof abgebrochen war. Damals kam König Georg I. selbst nach Charlottenburg und gewann den Schwiegersohn zu dem Bündnis vom 10. Oktober 1723, das die Defensivallianz von 1700 auf die deutschen Lande Hannovers erweitert erneute und Preußen Englands Hilfe zur Erwerbung Jülich-Bergs zusagte.[1]

Während nämlich der Rezeß von 1666 diesen ihm einst entgangenen Teil der jülich-clevesschen Erbschaft nach dem Erlöschen des Pfalz-Neuburgischen Hauses Preußen zuwies, wollte der letzte Neuburger, Karl Philipp von der Pfalz, ihn seinem Schwiegersohn und eventuellen Nachfolger in dem Pfälzer Kurfürstentum, Karl Theodor von Pfalz-Sulzbach, zuwenden und war der Hilfe des Kaisers, der zwar selbst Ansprüche darauf erhob, um so sicherer, als ja das katholische Interesse die Ausbreitung des Ketzerstaates am Niederrhein zu hindern gebot. Das wies Preußen auf die dem Kaiser verfeindeten Westmächte hin, und diese kamen ihm entgegen, da auch im Norden neue kriegerische Verwickelungen drohten, seit Rußland und Schweden sich verbündet hatten, um Friedrich von Holstein in dem 1721 an Dänemark verlorenen Teil Schleswigs herzustellen. Hatten der Kaiser und Spanien am 30. April 1725 einen Bund „gegen Türken und Protestanten" geschlossen — zu einer Zeit, wo die blutige Vergewaltigung der Evangelischen zu Thorn die Welt

mit Entsetzen erfüllte — und dabei Jülich-Berg an Pfalz-Sulzbach zu bringen vereinbart, so erhielt Friedrich Wilhelm in dem Vertrag, den er bei einer persönlichen Begegnung mit seinem Schwiegervater am 3. September 1725 in Hannover mit England und Frankreich schloß, zu gegenseitiger Besitzgarantie und Erhaltung des durch den Westfälischen Frieden geschaffenen Zustands im Reiche, in dieser Erbschaftsfrage ein unparteiisches Schiedsgericht zugesichert. Vergebens hatte der kluge Ilgen abgeraten. Denn was bedeutete eine so allgemeine Zusage gegenüber der Erstreckung der übernommenen Garantie auch auf Englands überseeische Besitzungen? War die für Preußen überhaupt möglich? Wie übel wurde seine Lage bei einem Bruch des Kaisers mit Frankreich, mochte ihm so gut wie Hannover für diesen Fall gestattet sein, dem Reiche militärisch seine Pflicht zu leisten? Und was konnte ihm bei einem Konflikt mit dem Kaiser England helfen? Die Enttäuschungen begannen denn auch sofort. Die verheißene schriftliche Zusage der künftigen Vermählung des einstigen Erben der englischen Krone mit der Prinzessin Wilhelmine war nicht zu erlangen. Der angeblich gesicherte Anschluß der Niederlande erfolgte nicht: wie hätten sie zu einer Vergrößerung Preußens am Niederrhein helfen sollen! Frankreichs Werben um Bayern blieb vergeblich; im Gegenteil, der neue Kurfürst Karl Albert trat samt seinem Bruder, dem Kölner, am 1. September 1726, dem kaiserlich-spanischen Bündnis bei wie vorher der Pfälzer und Trierer. Wie konnte man hoffen, einer solchen Koalition Jülich-Berg abzubringen? Vollends übel aber wurde Preußens Lage, als noch Rußland seinen Gegnern beitrat.

Zu Peter dem Großen hatte Friedrich Wilhelm bewundernd aufgeblickt: sie waren verwandte Kraftnaturen und hatten sich trotz gelegentlicher Konflikte immer wieder verständigt. Nach des Zaren Tod aber wandte sich die russische Politik. Im Frühjahr 1726 trat der Kaiser dem russisch-schwedischen Bunde zur Herstellung Friedrichs von Holstein in Schleswig bei und im August Rußland der Allianz des Kaisers mit Spanien. Beim Ausbruch des drohenden europäischen Krieges mußte Preußen also zwischen zwei Feuer kommen. Und dabei wuchs des Königs

Mißtrauen gegen seine neuen Alliierten. Sie unterhandelten nach allen Seiten, ohne ihm von dem Inhalt Kenntnis zu geben. England insbesondere bemühte sich, ihn gegen den Kaiser in Waffen zu bringen. Jetzt sollte er den Russen den erbetenen Durchmarsch nach Holstein verweigern. Zuvor wollte er daher durch ganz bestimmte Zusagen gesichert sein. Der Holsteiner sollte für Schleswig durch Kurland entschädigt werden; im Notfall wollte er ihn, von Engländern, Franzosen und Dänen unterstützt, zu dem Tausche zwingen gegen 30 000 Thaler monatlich und Ueberlassung der gemachten Eroberungen bis zum Ersatz der Kosten. Endlich sollte ihm England die Nachfolge in Mecklenburg und Ostfriesland verbürgen und in Gemeinschaft mit Frankreich mit aller Macht zu Jülich-Berg verhelfen. Man begreift das Erstaunen der Westmächte ob dieser Forderungen: sie blieben zunächst die Antwort schuldig. Um so mehr mußte der König eine Verständigung mit Rußland suchen, das seinerseits ihn den westmächtlichen Kombinationen zu entziehen wünschte. So kam der Vertrag vom 3. Oktober 1726 zu stande: Preußen sagte für den russisch-englischen Konflikt Neutralität zu und Rußland versprach Hannover nicht anzugreifen.

Nicht bloß für den Augenblick befreite das den König von schwerer Sorge. Es bahnte ihm auch den Weg zum Vergleich mit dem Kaiser. Daß die Westmächte seine Forderungen nicht erfüllten, stand fest. Insbesondere kam die Heiratsangelegenheit nicht vorwärts. Sie wurde für das königliche Haus die Quelle erbitterten Haders, störte das Einvernehmen zwischen den hohen Gatten und vergiftete vollends das Verhältnis zwischen Vater und Sohn. In den schlimmsten Formen erneute sich in dieser Generation der Hohenzollern der Konflikt, der in den beiden vorigen den Staat gefährdet hatte. Auch jetzt arbeitete man so nur den falschen Freunden und heimlichen Feinden in die Hände. Und nun hatten diese in dem neuen kaiserlichen Gesandten, Graf Seckendorff, einen ebenso gewandten wie energischen und skrupellosen Vertreter erhalten. Als Soldat und Protestant dem König sympathisch, nährte er unter der Maske ehrlicher Freundschaft und bundesbrüder-

licher Fürsorge für Preußen des Königs Mißtrauen gegen des Kaisers Widersacher, warnte diese aber zugleich vor jenem, wirksamst unterstützt von General von Grumbkow, den man von Wien her durch eine reiche Pension in solcher Gesinnung zu erhalten wußte. Der kleinen englischen Partei — obenan der Königin und dem Kronprinzen, der ohne politische Absichten dabei nur persönliche Ziele verfolgte, und dem ihnen heimlich verbundenen englischen Gesandten, entriß er allmählich das Terrain wieder, das sie zu Hannover gewonnen hatte. Sein erster, freilich nur halber Erfolg war der Wusterhausener Vertrag vom 12. Oktober 1726. Preußen verhieß darin die Anerkennung und Garantie der pragmatischen Sanktion, wenn der Kaiser binnen sechs Monaten das Haus Pfalz-Sulzbach vermochte, zu gunsten Preußens auf Berg und Ravenstein zu verzichten; geschah das nicht, war der Vertrag hinfällig.

Er band also Preußen noch nicht an den Kaiser, sondern machte seinen Anschluß von einem bestimmten Preise abhängig: wurde dieser nicht gezahlt, so konnte es den zu Hannover eingeschlagenen Weg weiter gehen. Das Ueble war nur, daß der König in dem Widerstreit zwischen den ihn umdrängenden diplomatischen Intriguen und seinem derb ehrlichen Wesen, das aller Verstellung feind war, sich unheimlich fühlte, Ruhe und Geduld verlor und daher den Weg einzuschlagen eilte, der ihn am schnellsten wieder auf den ihm vertrauten festen Boden zu führen verhieß. Die sechs Monate verstrichen, ohne daß Pfalz-Sulzbach auf Berg und Ravenstein verzichtete — natürlich, denn bereits im August 1726 hatte der Kaiser in den mit den Wittelsbachern geschlossenen Verträgen diesem sowohl Jülich wie Berg zugesichert. Zudem erfolgte der Bruch zwischen dem Kaiser und England im Frühjahr 1727 nicht: eine friedliche Wendung trat ein, wenn der Kongreß zu Soissons die schwebenden Streitfragen auch noch nicht endgültig beglich. Das isolierte Preußen vollends. So war es ein Gewinn, daß August II. von Sachsen, lange sein erbitterter Gegner, um die künftige Wahl seines Sohnes zum König von Polen anzubahnen, sich Friedrich Wilhelm damals näherte. Am 10. Januar 1728 kam es zu einem Freundschaftsvertrag. Gegenseitige Besuche be-

siegelten die Versöhnung der alten Widersacher, die namentlich in Wien unangenehm überraschte. Aber nicht lange danach brachte die willkürliche Absetzung des Herzogs Karl Leopold durch den Kaiser, die Hannovers Absichten auf Mecklenburg durchkreuzte, das Reich in allgemeine Erregung. Dazu lockerte sich des Kaisers Bund mit Spanien. So stieg der Wert der preußischen Freundschaft für den Wiener Hof. Seckendorff entfaltete neuen Eifer, und da der König, obgleich nicht ganz ohne Kenntnis von der in betreff Bergs geübten Perfidie des Kaisers, sich doch von seinen Vorurteilen nicht frei machen konnte, so entrang er ihm den geheimen Vertrag vom 23. Dezember 1728. Preußen übernahm nicht nur die Garantie der pragmatischen Sanktion, sondern sagte auch ihre Verteidigung mit 10 000 Mann zu, versprach dem künftigen Gemahl Maria Theresias, sofern er ein deutscher Fürst sein würde, die brandenburgische Kurstimme und erklärte sich einverstanden mit der ungeminderten Erhaltung der reichsverfassungsmäßigen Gerechtsame des Kaisers, namentlich seiner oberrichterlichen Autorität. Dagegen sollte der Kaiser nach dem Erlöschen der Pfalz-Neuburger die Anrechte auf Jülich und Berg, die ihm durch seine Mutter als Enkel Philipp Wilhelms von Pfalz-Neuburg zustanden, aufgeben, und zwar die auf Jülich an Pfalz-Sulzbach, die auf Berg an Preußen überlassen und beiden auch zum Besitz verhelfen: die Cedierung der kaiserlichen Rechte an Sulzbach wurde von dessen Zustimmung zu diesem Abkommen abhängig gemacht.

Dieser Vertrag war ein Sieg nicht sowohl der österreichischen als der kaiserlichen Politik: in Preußen machte das Reichsfürstentum dem Kaisertum Zugeständnisse, die ihm leicht verhängnisvoll werden konnten. Zudem war sein Wert bedingt durch die Fortdauer der Spannung des Kaisers mit England und Hannover. Es entsprach also weder der Lage, noch war es recht ehrlich, wenn Friedrich Wilhelm den englischen Eheplan auch jetzt noch so weit realisiert sehen wollte, als er seine besonderen Interessen förderte. Hier aber spielten ihm sein Eigennutz und seine politische Kurzsichtigkeit, sein diplomatisches Ungeschick und seine Heftigkeit einen üblen Streich, der die politischen und persönlichen Gegensätze innerhalb seines Hauses

unheilvoll verschärfte. England hoffte noch immer den König zu gewinnen; ja sich Preußens dauernd zu versichern, wollte es den Kronprinzen wirtschaftlich von sich abhängig machen und ihn gegen den Vater gleichsam ausspielen. Gelang das nicht, so wurde schon durch Verhandlungen der Art Preußen jedenfalls so kompromittiert, daß man ihm in Wien und Petersburg nicht mehr traute.

Im Sommer 1729 hatten Uebergriffe preußischer Werber und die dagegen ergriffenen Repressalien fast zu gewaffnetem Zusammenstoß zwischen Preußen und Hannover geführt. Die militärische Unfertigkeit Hannovers und Friedrich Wilhelms Scheu vor der Verantwortung, die es zu übernehmen galt, hatten noch im letzten Augenblick eine Vermittelung ermöglicht. Trotzdem regte Sophie Dorothea, zweifellos im Auftrage ihres Gemahls, bereits im Dezember von neuem die Verheiratung ihrer ältesten Tochter mit dem Prinzen von Wales an, so jedoch, daß sie sie ohne jede Bedingung bis zum 1. Februar 1730 festgesetzt haben wollte. Auf ein solches Ultimatum konnte ihr Bruder nicht eingehen. Zudem bot diese Ehe England politisch keinen Vorteil: einen solchen konnte man in London nur von einer gleichzeitigen Verbindung des preußischen Kronprinzen mit einer englischen Prinzessin hoffen. Diese aber wäre auf eine offene Parteinahme Preußens gegen den Kaiser hinausgelaufen, seit Spanien den Bund mit diesem endgültig gelöst und sich im November 1729 mit Frankreich und England gegen den Kaiser verbunden hatte. Diesem beizuspringen plante Friedrich Wilhelm im Januar 1730 mit Sachsen einen Angriff auf Hannover. Das abzuwenden kam Georg II. nun auf die Heiratspläne zurück. Daß das nur eine Finte und gar keine ernste Absicht dahinter gewesen sei, ist doch nicht erweisbar. Vielmehr lag die Ehe des preußischen Thronerben mit einer englischen Prinzessin durchaus im Interesse Englands; die andere gewährte bloß Preußen Vorteil; ohne jene wollte Georg II. diese nicht bewilligen. Er rechnete dabei für die Zukunft auf den Gegensatz zwischen Vater und Sohn und auf den Einfluß, den er von da aus auf den Schwiegersohn gewinnen würde. Daher sein Anerbieten, das junge Paar mit

der Statthalterschaft in Hannover zu betrauen und so gleich fürstlich zu versorgen. Aber eben diese „Impertinenz“ erbitterte Friedrich Wilhelm, und dabei ahnte er nicht, daß sein Sohn den englischen Verwandten die einstige Rückzahlung der für ihn aufgewandten Summen versprochen hatte! Auch von einer „hannöverschen“ Erziehung seines Sohnes wollte er nichts wissen; sie war ihm das Gegenteil der preußischen Art, zu der der Kronprinz sich nur so schwer bequemte. Auch sei dieser zu jung, solle sich erst noch bewähren, womöglich militärisch. Hatte er doch bei der Mobilmachung gegen Hannover 1729 erfreulich viel Eifer und Anstelligkeit gezeigt und die friedliche Wendung lebhaft beklagt. Natürlich waren das, wenn auch nicht bloß Vorwände, doch nur nebensächliche Gründe. Entscheidend war, daß der König fürchtete, Preußen so gegen den Kaiser engagiert und England-Hannover dienstbar gemacht zu sehen. Diese Leute, meinte er, wollen Heiraten stiften und mich regieren, noch ehe sie es gethan haben; was werden sie erst nachher machen! Er ließ seines Schwagers außerordentlichem Gesandten, Sir Hotham, keinen Zweifel darüber, daß er die Doppelheirat nicht wolle, jedenfalls so lange nicht, als England dem Kaiser feindlich gegenüber stehe, und auch dann, daraus machte er ebenfalls kein Hehl, sei sie für ihn nur diskutabel, wenn England ihm feierlich die Erbfolge in Jülich und Berg verbürge, zumal es sich dabei bloß um die Erfüllung alter Vertragspflichten handle.

Gegen all das ließ sich nichts sagen. Den englischen Antrag abzulehnen oder seine Annahme an bestimmte Bedingungen zu knüpfen, war des Königs gutes Recht. Daß er aber mit alledem nicht gleich hervortrat, sondern bei dem Mahle, das nach der ersten Audienz Hothams zu Charlottenburg am 4. April 1730 stattfand, die Verlobung seiner Tochter mit dem Prinzen von Wales förmlich proklamierte, auf sie trank und Glückwünsche dazu empfing, wird man doch kaum als eine in der Weinlaune begangene Uebereilung gelten lassen können, sondern als einen wohlberechneten Akt ansehen müssen, der in einer für den König höchst charakteristischen Weise die ihm eigene Gewaltthätigkeit mit einer gewissen Bauernschlauheit verband, um den

Gegner zu überrumpeln und die Dinge seinen Wünschen gemäß zu gestalten. Er hatte, so scheint es, seinem Schwager nicht den Mut zugetraut, diesen Ueberfall abzuwehren und der scheinbar vollendeten Thatsache die Ratifikation zu verweigern. Darin aber hatte er sich verrechnet. Hothams Mission scheiterte, ja die plumpe Art, in der er mit Hilfe eines aufgefangenen Briefes in von Grumbkow das Haupt der kaiserlichen Partei zu stürzen suchte, zog ihm von dem entrüsteten König eine Abfertigung zu, nach der ihm nichts übrig blieb als abzureisen. Es besserte an der so geschaffenen Lage nichts, daß der König die beschwichtigende Erklärung abgab, am liebsten allerdings werde er seinen Nachfolger mit einer englischen Prinzessin verheiratet sehen. Die englische Partei am Hofe hatte völlig verspielt: ohne jede Aussicht auf Befreiung aus seiner verzweifelten Lage faßte der Kronprinz in jenen Tagen den Entschluß zur Flucht.

Der König aber freute sich, die ihm gelegten Schlingen vermieden zu haben und, wie er es ausdrückte, nicht der dumme Kerl gewesen zu sein, für den man ihn gehalten hatte. In Wien urteilte man anders: die schmerzlichste Enttäuschung seines Lebens und die Zerstörung seiner politischen Ideale war ihm von dorther zugedacht. In seinem naiven reichspatriotischen Eifer und gutmütigen Glauben an die Naturnotwendigkeit des Zusammenhaltens von Oesterreich und Preußen warb er förmlich um die Gunst des Kaisers, indem er in eigener Person für die Uebernahme der Garantie für die pragmatische Sanktion durch das Reich wirkte — sie erfolgte 1732 unter Protest von Bayern, Sachsen und Pfalz; aber der gehoffte Lohn blieb aus. Vergeblich erschien der König im August 1732 am kaiserlichen Hoflager in Böhmen: er erlangte keine günstigere Entscheidung wegen Jülich-Bergs. Wie der Kaiser ihn gleich einem Stein auf dem politischen Schachbrett hin und her schieben zu können meinte, mußte ihm doch klar werden, als derselbe des Kronprinzen Ehe mit einer Nichte der Kaiserin, die sein Werk war, in letzter Stunde zu hindern versuchte, um die ihm durch eine neue politische Konstellation wünschenswerter scheinende englische Ehe eingegangen zu sehen. Dazu drohten im Osten neue Ge-

fahren. Angesichts der nahen Erledigung des polnischen Thrones einigte man sich zwar mit Rußland und dem Kaiser zur Ausschließung Lesczinskis. Aber mit dem Vorschlage, Kurland seinem zweiten Sohne August Wilhelm zu geben und den in russische Dienste getretenen Bruder seiner Schwiegertochter, Anton Ulrich von Braunschweig, der künftigen Zarin zu vermählen, drang Friedrich Wilhelm doch nicht durch: so naive Begehrlichkeit mußte die übrigen Mächte bestimmen, vor ihm auf der Hut zu sein. Als nun nach Augusts II. Tod die Polen Lesczinski zum König wählten, wurde diesem zwar die Zulassung verweigert, aber durch russische Bajonette August III. von Sachsen zum Throne verholfen, den gegen die Preußen gegebene Zusage auch der Kaiser unterstützte. Indem Frankreich für Lesczinski, seines Königs Schwiegervater, eintrat, entstand ein Krieg um den polnischen Thron, der Preußen wiederum die Möglichkeit gab, im Gegensatz zu dem Kaiser aufzukommen. Freilich erneute sich dabei der Dualismus zwischen seinen Interessen im Westen und denen im Osten. Hier bot ihm Frankreich einen Teil Westpreußens, dort schien Berg nur mit des Kaisers Hilfe zu gewinnen. Man durfte wohl zweifeln, was für Preußen wünschenswerter war: der König stand auch jetzt zu Oesterreich. Seine Truppen fochten neben den kaiserlichen, er selbst zog mit ins Feld und schickte den Kronprinzen in Eugens Hauptquartier. Ein unwürdiger Länderschacher auf Kosten des Reichs beendete den Krieg 1735: aber Karl VI. erlangte die Anerkennung und Garantie der pragmatischen Sanktion durch Frankreich. Daß August III. von Sachsen König von Polen wurde, erneute die Gefahr, welche die Vereinigung Sachsens und Polens Preußen bereitete. Ihrer Abstellung hatte Friedrich Wilhelm das scheinbar sichere Berg vorgezogen.

Aber auch über dieses verfügte Oesterreich anders: es wurde der Preis, um den die von Frankreich protegierten Wittelsbacher zur Aufgabe des Widerspruchs gegen die pragmatische Sanktion gewonnen werden sollten. Unter unerhörter Mißachtung aller früheren Zusagen forderten am 10. Februar 1738 der Kaiser, Frankreich, England und die Niederlande den König auf, die jülich-bergische Angelegenheit ihrer Ent-

scheidung zu überlassen und sich jedes gewaltsamen Vorgehens zu enthalten. Der König lehnte ab: sich solchem Machtgebot fügen, hätte sich zum Hundsfott machen geheißen; lieber ging er mit Ehren unter. Zu dem angedrohten Einschreiten freilich kam es nicht. Denn England und die Niederlande versagten sich in diesem Punkte dem Kaiser und Frankreich, die nun am 13. Januar 1739 sich im geheimen dahin einigten, daß dem jungen Karl Theodor von Pfalz-Sulzbach, dem Enkel des letzten Neuburgers, des Kurfürsten Karl Philipp, Jülich und Berg zunächst auf zwei Jahre gelassen werden sollten. Und Friedrich Wilhelm fehlte jede Möglichkeit solchen Raub zu hindern. Wenn er einmal erklärt hatte, vom Kaiser lasse er nicht, es sei denn, daß ihn dieser mit Füßen wegstoße, so war das jetzt geschehen. Aerger als irgend einem seiner Vorgänger hatte Oesterreich ihm mitgespielt, in offener Verhöhnung seiner ohnmächtigen Wut. Bei England so wenig wie bei Rußland war Hilfe zu finden: hier wie dort hatte er durch seine schwankende Haltung, den eiligen Rücktritt von eben eingeleiteter Verständigung und die blinde Hingebung an die habsburgischen Interessen Vertrauen und Achtung verscherzt. Und wer von seinen deutschen Mitfürsten hätte sich seiner Demütigung und Schädigung nicht gefreut? So endete auch seine auswärtige Politik mit einem totalen Mißlingen. Nur ein Rettungsanker bot sich ihm, und daß er den wohl oder übel benutzen mußte, um seines Staates Schiff nicht völlig haltlos dem Strudel entgegentreiben zu sehen, machte ihm die Sache vollends unerträglich: er, der Deutsche, der „fest pro Germania“ gewesen war und verbleiben wollte, mußte sich mit den Franzosen in Heimlichkeiten einlassen, die seinem grundehrlichen Wesen an sich schon in den Tod zuwider waren! Aehnliche Ränke, wie der Kaiser sie gegen ihn geübt hatte, mußte er, wollte er nicht das Geschehene ruhig hinnehmen, mit dem Kardinal Fleury gegen den Kaiser spinnen. Am 5. April 1739 schloß er mit Frankreich einen Vertrag, wonach ihm nach des Pfälzer Kurfürsten Tod der größere Teil von Berg — freilich ohne Düsseldorf — zufallen, er aber dem Sulzbacher eine Million Thaler zahlen sollte. Würde aber auf Frankreich mehr Verlaß sein als auf den Kaiser?

Dieser Ausgang des Handels um Berg traf den König in seinem Mark. Er fühlte sich wie entwurzelt: denn der einzige feste Punkt, von dem aus er sich in dem wirren politischen Treiben der Zeit hatte zurecht finden können, hatte sich als haltlos, der Fundamentalsatz seiner gesamten auswärtigen Politik als ein Irrtum, als ein inhaltloses Hirngespinst erwiesen. Daß Preußen diese Schmach tilgen müsse, stand für ihn fest. Ihm selbst — das mag er nicht ohne eine gewisse schmerzliche Genugthuung gefühlt haben — war es nicht mehr beschieden, mit Oesterreich abzurechnen. Aber er hatte die Zuversicht, daß es geschehen werde: des getröstete ihn der unter schweren Kämpfen und erschütternden Irrungen gewonnene Glaube an den Willen und die Fähigkeit seines Nachfolgers, was er aus allzu großer Ehrlichkeit und Gewissenhaftigkeit gefehlt hatte, mit dem rücksichtslosen Egoismus der neuen Staatskunst und, wenn es dessen bedurfte, mit der von ihm geschmiedeten, aber nicht zur rechten Zeit und nicht auf der rechten Stelle gebrauchten Waffe seines unübertroffenen Heeres gut zu machen und auszugleichen. An seinem Schmerzenslager, auf dem er in der Vollkraft des Lebens einem frühen Tode entgegenging, sah er den ihm in vielen Stücken so entgegengesetzten Sohn, den seine falschen Freunde und heimlichen Feinde einst zum Gehilfen zu gewinnen gedacht hatten, als den Rächer stehen, der, was er ersehnt, gewollt, aber nicht gewagt hatte, voll jugendlichen Wagemuts einer Welt zum Trotz glücklich hinausführen würde.

IV. Vater und Sohn und die Zukunft Preußens. 1712—1740.

So Großes Friedrich Wilhelm I. in rastloser Thätigkeit, die seine unverwüstlich scheinende Kraft vorzeitig aufzehrte, geleistet hat: das Größte ist doch, daß er seines Nachfolgers ganz anders geartete Natur überwand und ihm den Willen und damit die Fähigkeit aufzwang, sein Lebenswerk in seinem Geiste fortzuführen. Was wäre trotz seiner musterhaften Verwaltung, seiner unübertroffenen Finanz und seines vielbewunderten Heeres aus dem preußischen Staate geworden, wäre nach dem frühen Hingang seines Organisators sein Schicksal in die Hand eines Fürsten gelegt worden, dessen weichliches und oberflächliches Naturell mit der Scheu vor ernster Arbeit, der Vorliebe für den behaglichen Genuß eines prunkvollen Lebens und der unüberwindlichen Neigung zu pietätloser Spötterei hervorstechende Züge aus dem Bilde der Großeltern wiederholte? Welche Wege würde seine Politik in den großen Krisen der nächsten Jahrzehnte gegangen sein, wäre sie von einem Fürsten geleitet worden, der ohne Einsicht in die politische Lage, weniger aus sachlichen Gründen als aus persönlichen, den staatlichen Interessen fremden Motiven beinahe das gefährliche Beispiel nachgeahmt hätte, das einst der Urgroßvater und der Großvater mit ihrem Widerstreben gegen die väterliche Politik gegeben hatten, und sich willig die goldenen Ketten der englisch-hannöverschen Politik hätte anlegen lassen? Was er an seinen Beamten, seinem Heere, seinem Volke geleistet, hat der König unter eigener schwerer Herzensnot an dem Sohn wiederholt und wiederholen müssen, wenn nicht jenes vergeblich gewesen sein sollte. Fast abschreckend freilich offenbart sich in diesem Konflikt seine Despotennatur mit ihrer sinnlosen Heftigkeit, und doch versöhnt selbst mit ihr der tiefe, goldechte Fonds seines sittlichen Wesens.

Konflikte der Art sind auch sonst vorgekommen. Gerade diesem Fürstenhause waren sie nicht fremd, wenn sie sich auch noch nie mit so furchtbarer, sozusagen elementarer Gewalt entladen hatten. Vergleicht man aber den Konflikt zwischen Philipp II. und Don Carlos und den zwischen Peter dem Großen und Alexei und ihren jammervollen Ausgang mit diesem, so wird man erst recht inne, wie hoch dieser und seine Helden über jenen stehen durch die Fülle der bethätigten sittlichen Kraft und der konkurrierenden idealen Mächte. Doch auch von ihm hat die dem König feindliche Tradition früh ein unzutreffendes Bild zur Herrschaft gebracht, das den Sohn als schuldlosen Märtyrer, den Vater nur als sinnlos dreinschlagenden Tyrannen zeigte. Heute wird das Urteil wesentlich anders lauten. Niemand wird die Art billigen, wie der König den Sohn behandelte, noch ehe ein eigentlich strafbares Verschulden desselben vorlag, und doch wird niemand bestreiten, daß in der Sache das Recht ganz auf seiner Seite war. Und erklärt nicht die Größe dessen, was für ihn auf dem Spiele stand — es war sein Lebenswerk und die Zukunft seines Staates —, seine verheerende Leidenschaftlichkeit psychologisch und läßt ihre Verirrungen in milderem Lichte erscheinen? In später Erkenntnis seines Unrechts hat der Sohn in einer ihn selbst ehrenden Weise den Schleier der Vergessenheit über jene trüben Vorgänge gebreitet: die häuslichen Kümmernisse Friedrich Wilhelms wollte er nicht berühren, weil man um der Tugenden eines solchen Vaters willen mit den Fehlern der Kinder Nachsicht haben müsse.

Was er erlebt und erlitten, bleibt darum nicht minder schwer: kein anderer Fürst hat eine ähnliche Schule durchgemacht. Auch kann man nicht behaupten, er habe dadurch nur gewonnen, sei als Mensch dadurch nur gebessert und als Charakter nur gestählt worden. Vielmehr wird der spätere Mangel gewisser Züge, die dem Knaben und Jüngling besonders nachgerühmt werden, bei dem Manne dem erstarrenden und ertötenden Einfluß zuzuschreiben sein, den jene Erlebnisse auf ihn geübt haben. Um gewisser, tief in seinem Wesen wurzelnder Eigenschaften Herr zu werden, in denen der Vater — angesichts

der seiner wartenden Aufgaben, nicht mit Unrecht — eine Gefahr sah und die er daher auszurotten für seine Pflicht hielt, der Neigung zu bequemem Sichgehenlassen, zu vielseitiger, daher zerstreuender und oberflächlicher Beschäftigung und zu einer gewissen Weichlichkeit des Lebens, hat er auch verwandte und unschuldige Neigungen niedergekämpft und niedergehalten. Damit ihm der mühsam gewonnene äußere und der zunächst mehr scheinbare als wirkliche innere Friede erhalten bleibe, mußte er sich auch ferner Gewalt anthun und unter steter Selbstbeobachtung und oft nur mühsam bewahrter Selbstbeherrschung ein anderer scheinen, als er war, und darüber ist, wie das zu geschehen pflegt, manches in ihm überhaupt erstorben und tot geblieben. So wurde aus dem warmherzigen, leicht überschäumenden Knaben und Jüngling ein Mann gemessenen, verschlossenen, kalten Wesens, der sein Bestes, das ihm Eigenste vorsichtig in sich verschloß. Er fühlte sich einsam und war gleichsam zu einem Doppelleben verurteilt, dessen inneren Widerspruch er nie ganz überwunden hat. Das eine war dem wehmütigen Kultus der Ideale geweiht, für die er in der Jugend geschwärmt, das andere der Pflicht, die er erst unter hartem Zwang erkannt und nur widerstrebend übernommen, dann aber mit bis zum Tode getreuer Resignation erfüllt hat. Daher die scheinbare Kälte bei dem wärmsten Herzen, die ablehnende Verschlossenheit bei der regsten Menschenfreundlichkeit, der berechnende Egoismus bei dem wohlwollendsten Gemeinsinn, die reizbarste Empfindlichkeit bei weitherziger Duldsamkeit, die freudigste Dankbarkeit bei unversöhnlichem Nachtragen in kleinen Dingen, die Fähigkeit zu enthusiastischem Bewundern und die Unfähigkeit, eines anderen Schwächen unverspottet zu lassen — und all das in einem Manne, der im Grunde seines Wesens auf das beschauliche Stillleben des Gelehrten und Denkers mit stark epikureischen Neigungen gerichtet war, und der vom Schicksal in ein Dasein voll der schwersten politischen Arbeit und aufreibender Kriegsnot geworfen wurde!

Auch sein Vater hatte sich einst der Richtung des väterlichen Hofes entgegengesetzt: aber die Schwäche Friedrichs I. und die Zärtlichkeit Sophie Charlottens hatten jeden Konflikt

ausgeschlossen. Zudem hatte er in der Sache das Recht für sich, ließ es aber dennoch nie an der schuldigen Ehrfurcht vor den Eltern fehlen, sondern bewies gerade dem Vater die zärtlichste Liebe. In dem harten Manne schlug ein weiches, liebebedürftiges Herz, und er hat schwer unter dem Konflikt mit dem Sohne gelitten. In ihm hatte er einen Vertrauten, einen Kameraden, einen Freund zu finden gehofft und mußte nun, anfangs in Aeußerlichkeiten, die er vielleicht überschätzte, die aber, ihm zum Trotz festgehalten, Bedeutung erlangten, zu der erbitternden Einsicht kommen, daß der ihm geflissentlich entgegen sei, in dessen Hände das Schicksal seines Lebenswerkes gelegt werden sollte. Indem er dagegen einschritt, handelte er auch unter dem Gebot der Pflicht, für deren Erfüllung er sich Gott verantwortlich wußte, zumal er fremden Einfluß dabei wirksam vermutete und daher ein Attentat der falschen Freunde gegen seinen Staat fürchtete. Ganz unrecht hat er damit auch nicht gehabt. Eine schwere Verantwortung trifft hier die Königin Sophie Dorothea. Der grundsätzliche Gegensatz ihres geistvollen, feinen Wesens zu der rauhen Härte und spießbürgerlichen Beschränktheit des Gatten, das dauernde Unbehagen, das die inmitten feinster höfischer Kultur und heiteren Lebensgenusses aufgewachsene Fürstin über das glanzlose, nüchterne, ärmliche Leben empfand, zu dem sie sich mit ihren Kindern verurteilt sah, und die Liebe zu dem ihr geistesverwandten und zärtlich an ihr hängenden Sohne ließen sie mehr dessen Partei nehmen, als mit ihren Pflichten als Königin zu vereinigen war. Wo sie es ohne Gefahr konnte, demonstrierte sie gegen den Gatten, z. B. durch die Art, wie sie in seiner Abwesenheit Hof hielt und wie sie die Männer seines Vertrauens behandelte; ja sie scheute sich nicht vor und mit den Kindern des Gatten und Vaters schwache Seiten zu bespötteln. Das Schlimmste aber war, daß sie die früh geplante englische Doppelheirat selbst im Gegensatz zu dem König betrieb und so den Kronprinzen mit dazu verleitete, sich in dem Streben nach Erlösung aus seiner peinvollen Lage in Hoffnungen hineinzuleben, die doch nur in offener Auflehnung gegen den König und seine Politik erfüllt werden konnten. Unpolitisch ihrem

Ursprunge nach, bedrohten diese Entwürfe die Interessen von Staat und Dynastie. Ist es da zu verwundern, wenn der König, der die Ueberreichung von Petitionen auf verbotenem Wege, den Gebrauch einer altmodischen Pflugart oder die Flucht seiner Bauern mit dem Tode bedrohte, gegen den viel schwerer fehlenden Sohn unbarmherzig vorging, um auch seinen Widerstand durch Schrecken zu brechen?

So erst werden die erschütternden Vorgänge recht begreiflich, die sich 1726—1730 in dem königlichen Hause abspielten, in ihren Wirkungen einem Gewitter vergleichbar, das die Atmosphäre zwar reinigt und wieder atembar macht, aber auch manchen Zweig knickt und manche Blüte zu Boden schlägt. Sonnenschein freilich hat die Jugend auch vorher dem Prinzen Friedrich wenig gebracht, und was der Volksglaube Sonntagskindern nachrühmt — ein solches war er, am 24. Januar 1712 geboren — traf bei ihm nicht zu. Wohl erwies sich die Sorge als unbegründet, er möchte den beiden Knaben, die dem kronprinzlichen Paare früher geboren waren, in einem vorzeitigen Tode folgen: sein erster Geburtstag (1713) brachte die letzte höfische Feier, die der königliche Großvater erlebte. Der Vater befahl das Kind der Pflegerin der eigenen Jugend, Frau von Rocoulle: so wurde das Französische seine Muttersprache. Mit Beginn des fünften Jahres (1716) erhielt er als Informator in Rechnen, Geographie und Geschichte ebenfalls einen Franzosen, Jacques Egide Duhan, der als Freiwilliger vor Stralsund gedient hatte, einen gebildeten, geistig beweglichen Mann, dem es aber doch nicht gelang, die Oberflächlichkeit seines Zöglings zu planmäßiger und gründlicher Arbeit zu bringen. Nur ein gewisser glänzender Firnis durchaus französischer Färbung war das Ergebnis dieses Unterrichts. Auch aus der beträchtlichen Bibliothek, die Duhan hinter des Königs Rücken für ihn zusammenbrachte, las der Prinz nur die französischen Romane. Diese Fehler überwanden auch die beiden trefflichen Männer nicht, die ihm im Sommer 1718 als Gouverneure gesetzt wurden, General Graf Albrecht Konrad von Finckenstein, ein ausgezeichneter Offizier, und Christoph Wilhelm von Kalckstein, wie jener ein Ostpreuße, ein Neffe des 1672 hingerichteten

Obersten von Kalckstein. Als Instruktion gab ihnen der König dieselbe, die 1695 sein eigener Gouverneur Graf Alexander Dohna erhalten hatte, nur in wenigen Punkten nach seinem Sinn geändert. Vor allem sollten sie den Prinzen mit wahrer Liebe zum Soldatenstand erfüllen, dann namentlich zu Menage, Sparsamkeit und Demut anhalten, Eigenschaften, die der Vater mit Kummer an dem Sohne vermißte. Die pietistisch gefärbte Frömmigkeit, die er üben mußte, entfremdete den Knaben früh dem kirchlichen Leben und gab seiner Neigung zum Spott neuen Stoff. Andererseits wird geklagt, dem zarten Knaben werde zu viel zugemutet: auf Ueberanstrengung führte man sein trübes, melancholisches Wesen zurück.

Früh empfand der Knabe schmerzlich den Widerspruch zwischen seiner Neigung zu Glanz und Genuß und der kleinbürgerlichen Häuslichkeit, in die er sich gezwängt sah, zwischen seinem Gefallen an geistreichem Wesen und der von ihm verlangten prosaischen Alltagsarbeit, zwischen der Lust an undeutschem Flitter und bis zur Unnatur verziertem Wesen und der soldatischen Einfachheit und plumpen Natürlichkeit des väterlichen Hofhalts. Inmitten desselben einsam, schloß er sich mit leidenschaftlicher Zärtlichkeit der drei Jahre älteren Schwester Wilhelmine an, die seine Neigung zur Musik und zum Medisieren teilte, freilich auch sein Müßiggehen tadelte und ihn antrieb, seine Gaben besser zu benutzen. Der König war mit ihm nicht bloß unzufrieden: er traute ihm nicht. Ende des Jahres 1727 setzte er ihm vier jüngere Offiziere als Aufpasser, die jede Ausschreitung anzeigen sollten. Welch berückenden Zauber mußte da auf den nach Glanz und Genuß dürstenden Jüngling der sächsische Hof ausüben, den er Anfang 1728 mit dem Vater besuchte! In unerschöpflicher Fülle fand er dort, was er daheim entbehren mußte. Doppelt unglücklich fühlte er sich nun in der Potsdamer und Berliner Wachtstubenatmosphäre. Er erkrankte: die Aerzte äußerten Bedenken, und der bekümmerte Vater wurde in der Sorge um ihn sich der Liebe zu ihm recht bewußt. Dennoch gestaltete sich das Verhältnis seit dem Frühjahr 1728 immer übler. Der Sohn mied den Vater in scheuer Furcht, und schon das machte ihm dieser zu

einem Vorwurf. Ein Versuch zu schriftlicher Verständigung verschlimmerte die Spannung. Beklagte sich der Sohn über den „grausamen Haß" des Vaters, so schalt der hart seinen Eigensinn, die Vernachlässigung seines Aeußeren, seine Aufgeblasenheit, seine Modenarrheit und seine Ziererei. Eine rührsame Versöhnungsscene im Weindunst des Hubertusfestes war schnell vergessen. Des Königs Kritik an dem Sohne verirrte sich bereits zu Schimpfreden, die des im März 1728 zum Oberstlieutenant Beförderten Ehre angriffen. Er sei faul, ein Freund lasciver, weibischer Beschäftigungen, ein Geck und daher ein Lump und schurkischer Kerl, unnatürlich in Bewegungen und Benehmen, halte er sich nicht gerade und stramm — so ungefähr schilderte er ihn den beiden Offizieren, die er ihm im Frühjahr 1729 statt der beiden Gouverneure als Begleiter gab, dem Oberstlieutenant von Rochow und dem Lieutenant von Keyserlingk. Sie sollten ihm „die Schlafmütze aus dem Kopfe treiben", ihn lehren, sich höflich und verbindlich zu benehmen, offen und ungezwungen zu fragen und was er thue, mit Lust und Liebe zu thun, damit er ein braver Kerl, ein honnête-homme, ein Offizier werde: — sonst gebe es ein Unglück!

Der König sah nicht zu schwarz. Daß der Prinz schlecht Haus hielt, Schulden machte und, wenn es zur Beichte kam, nicht die volle Wahrheit sagte, war schlimm, ließ sich aber mit der Furcht vor dem Vater entschuldigen. Daß er sich über des Vaters Vergnügungen, die Hetzjagden — Friedrich Wilhelms einzige Passion —, das Tabakskollegium, wo im Gegensatz zu den französischen Manieren derbe Deutschtümelei herrschte, und über die da übliche Unterhaltung mit boshaftem Spott erging und dabei des Vaters selbst nicht schonte, war noch bedenklicher — unentschuldbar aber, weil es politisch gefährlich war, daß der Prinz auch über des Vaters Regierungshandlungen abfällig urteilte und von jenem angeblich ungerecht behandelter Personen sich fast demonstrativ annahm, wie um sich und seine künftige Regierung zu empfehlen. Bei dem König erzeugten solche Vorgänge den Glauben, der Sohn suche ihm Abbruch zu thun; er lebte sich in die Vorstellung hinein, alles, was er liebe, hasse jener. Seine Sorge um die Zukunft des Staates

wuchs: er fürchtete, sein Lebenswerk werde unter diesem Nachfolger Schaden leiden. Selbst daß der Prinz militärisch seine Pflicht that, änderte daran nichts. Das Verhältnis war bereits durch und durch ungesund; die Anlässe zu Konflikten mehrten sich; die Lage des Sohnes wurde immer verzweifelter gegenüber dem sinnlosen Jähzorn des Vaters, der ihn mißhandelte, an den Haaren riß, zu Boden warf und dann den vor Furcht, Scham und Wut Bebenden zwang, um Verzeihung winselnd, ihm die Füße zu küssen! — und das nicht etwa unter vier Augen oder im Kreise der zitternden königlichen Familie: der König meinte um so eher zum Ziel zu kommen, je öffentlicher er es that: selbst während des Besuchs am sächsischen Hof spielten sich solche Scenen ab! Er brüstete sich förmlich damit, daß er den Prinzen nicht wie einen Offizier, sondern wie sein Kind behandelte, und dann wieder machte er ihm einen Vorwurf daraus und deutete es als einen Mangel an Ehrgefühl, daß er sich das gefallen ließ, ja er verstieg sich sogar zu dem furchtbaren Wort, wenn ihm das geboten worden wäre, hätte er sich längst tot geschossen!

Und zu all dem kam nun der leidige englische Ehehandel. Durch diese Heirat hatte der Kronprinz gehofft, aus seiner unwürdigen Knechtschaft erlöst zu werden. Weil sie ihm die ersehnte Freiheit verkörperte, glaubte er seine Cousine Amalie, die er nie gesehen, zu lieben. Als im Frühjahr 1730 Sir Hotham nach Berlin kam, schienen ihm die Statthalterschaft von Hannover, Bezahlung seiner Schulden und Trennung von dem Vater zu winken. Auch diese Aussicht zerschlug sich: er beschwor den Oheim, trotz der Ablehnung seines Vaters die Verhandlungen weiter zu spinnen, sagte den künftigen Ersatz der für ihn geleisteten Zahlungen zu und verpflichtete sich schriftlich, die Prinzessin zu heiraten. Die Sache hatte sich endgültig zerschlagen. Aber seine Kraft war zu Ende: in jenen Tagen beschloß er die schon früher erwogene Flucht. Eine Reise nach Süddeutschland, die er im Sommer 1730 mit dem Vater unternahm, sollte Gelegenheit dazu bieten. Mit den Vorbereitungen betraute er seine Freunde, die Lieutenants von Katte in Potsdam und von Keith in Wesel. Daß man

englischerseits die bisherigen ermutigenden Zusagen plötzlich zurückzog, ja die Flucht dringend widerriet, änderte seinen Entschluß nicht mehr: war er doch vorläufiger Aufnahme in Frankreich versichert.

In der Morgenfrühe des 5. August zu Steinsfurth bei Mannheim versucht, wurde die Flucht durch die Wachsamkeit seiner längst mißtrauischen Umgebung vereitelt. Was folgte, ist bekannt und oft erzählt — die trostlose Heimreise, die Abführung nach Küstrin, die Instruierung des kriegsgerichtlichen Verfahrens wegen Desertion, die weder vorlag noch geplant war, die der König aber sich nicht ausreden ließ, weil er die Hand des verhaßten England im Spiel wähnte, da die Flucht dorthin gerichtet sein sollte. Mit gutem Grunde hat der Prinz gerade das erst spät eingestanden. Auf seinen Charakter aber warf sein anfängliches Auftreten kein günstiges Licht. Im Bewußtsein geistiger Ueberlegenheit trat er den ehrlichen Soldaten, an deren moralische Kraft der ihnen gewordene Auftrag die höchsten Anforderungen stellte, mit herausfordernder Keckheit entgegen, witzelnd, spöttelnd, als ob er die Sache ironisch nehme und die Verhörenden hänseln wollte. Dabei bewies er erstaunliche Geistesgegenwart und vermied geschickt die Schlingen, die einige auf des Königs Befehl besonders verfänglich formulierte Fragen ihm legen sollten, brachte auch Wendungen an, die, klug auf des Königs bisher mißachtete Eigenart berechnet, denselben angenehm überraschen und milde stimmen sollten. Seiner Gnade und seinem Willen befahl er sich, meinte aber nichts Ehrenrühriges gethan, sondern nur nicht Geduld genug gehabt zu haben, was seine Jugend entschuldigen möge. Bald jedoch wurde ihm der furchtbare Ernst der Lage klar. Er sah, daß sein Thronrecht, das aufzugeben ihm schon früher zugemutet war, auf dem Spiele stand. Auch hat der König die Absicht offen zugegeben, ihn der Nachfolge zu berauben. Da war es ein Glück für ihn, daß, wie die Untersuchung ergab, England die Flucht nicht angeregt, sondern widerraten hatte. Das nahm der Sache wenigstens den gefährlichen politischen Charakter. Nebenher ging die Untersuchung gegen Lieutenant von Katte. Ende Oktober tagte das Kriegsgericht in

Köpenick. Durch Stichentscheid des Vorsitzenden, Generalmajor von der Schulenburg, verurteilte es Katte, weil die Desertion nicht zur Ausführung gekommen, zu lebenslänglichem Gefängnis. Ueber den Kronprinzen einen Spruch zu fällen, lehnte es einstimmig ab: es handle sich da um eine Staats- und Familienangelegenheit, die des Königs väterliche Gewalt und Zucht über seinen Sohn betreffe, die einzusehen und zu beurteilen es sich nicht unterfangen dürfe. Es stellte die Entscheidung der väterlichen Gnade des Königs anheim, indem es auf des Prinzen augenfällige Reue hinwies, wie sie bereits der Zusatz offenbarte, den er zu dem Protokoll über sein Verhör vom 16. September hatte machen lassen: mit dem rückhaltlosen Bekenntnis seines Unrechts und der Beteuerung, sein Vorhaben sei nicht gegen den König persönlich gerichtet gewesen, verband er darin die Bitte um Vergebung und unterwarf sich unbedingt dem Willen und der Gnade des Königs. Dieser verwarf das Urteil. Das Kriegsgericht blieb bei seinem Spruch. Gegen von Katte verschärfte ihn da der König auf Tod durch das Schwert. Alles Bestürmen um Gnade blieb vergeblich. Am 6. November wurde das Urteil vollstreckt. Der Kronprinz sollte Zeuge davon sein: ohnmächtig war er nach Austausch von Abschiedsgrüßen mit dem unglücklichen Freunde zusammengebrochen.

Damals erst, als er, von den Schrecken des Todes umgeben, demnächst von Katte folgen zu müssen fürchtete, brach in Friedrich der alte Mensch zusammen mit seinem Leichtsinn, seiner Unwahrheit, seiner Frivolität. In krassem Widerspruch mit dem furchtbaren Ernst der Lage hatte er sich keck noch in einem Briefe bethätigt, den er am 1. November an die geliebte Schwester hatte gelangen lassen können. Gibt das nicht der Pädagogik des Schreckens recht, die der König trotz alles Dreinredens, trotz der Verwendung der befreundeten Höfe — (die des kaiserlichen trat klugerweise erst ein, als die Sache bereits entschieden war, und sollte den Schein erwecken, als ob der Prinz ihr die Begnadigung zu verdanken hätte) — an dem Sohne durchzuführen den Mut hatte? Auf die erneute Inkompetenzerklärung des Kriegsgerichts hatte er bereits am 1. November verfügt, es solle Gnade für Recht ergehen. Aber

erst am 9. November, drei Tage nach der Exekution von Kattes, erhielt der Prinz Kunde davon durch den Feldprediger Müller, der seinen Freund zu dem letzten Gange begleitet, seinen schriftlichen Abschied dem Prinzen überbracht und diesem während der Verzweiflung der nächsten Stunden zur Seite gestanden hatte. Dessen Bericht zuerst ließ den König hoffen, daß des Sohnes Eigensinn gebrochen, er weich geworden und sich hinfort seinem Willen widerstandslos zu fügen bereit sei. Auch von einem Verzicht auf die Nachfolge war nun nicht mehr die Rede. Wohl aber mußte Friedrich am 19. November sich eidlich verpflichten, „des Königs Willen strikt und gehorsamlich nachzuleben und in allen Stücken zu thun, was einem getreuen Diener, Unterthanen und Sohn gehöret und gebühret"; thue er das nicht, so sollte er ohne weiteres seines Thronrechts verlustig gehen. Die Haft hatte ein Ende, er wurde in der Stadt eingemietet, durfte sie aber nicht verlassen; der Degen war ihm noch ohne Portepée zurückgegeben; militärische Honneurs wurden ihm nicht erwiesen.

Es folgten die Monate der Thätigkeit in der Amtskammer zu Küstrin. Im kleinen und kleinsten wollte Friedrich Wilhelm seinen Nachfolger das Getriebe der von ihm geschaffenen Staatsmaschine kennen lernen lassen: so wurde er am sichersten von den thörichten Vorurteilen geheilt, in denen er nach früheren abfälligen Bemerkungen befangen war. Er sollte einsehen, wie miserabel die meisten Fürsten Haus hielten, ihre schönen Länder nicht ausnutzten, sondern noch Schulden machten; denn das Wohl des Landes hänge davon ab, daß der Landesherr selbst alles verstehe und ein Wirt und Oekonomikus sei. Auch ist der Nutzen dieser Lehrzeit für Friedrich zweifellos, darf aber doch nicht überschätzt werden. Denn so in das Wesen der Dinge einzubringen, wie es des Vaters Art war, hat er nicht gelernt, nicht lernen wollen. Gegen den Kleinbetrieb der Verwaltung hatte er eine unüberwindliche Abneigung und zog die Beschäftigung mit der hohen Politik der mit den Finanzen vor: sie erschien ihm nicht nur nobler, sondern auch wichtiger. Wie um sich zu erholen von der Langeweile der Anfertigung von Pachtanschlägen, die er doch nie ordentlich lernte, entwarf

er damals eine Skizze über die gegenwärtige Politik Preußens, in der er die Erwerbung Polnisch-Preußens, Schwedisch-Pommerns und Jülich-Bergs forderte, um das Staatsgebiet einheitlich zu gestalten, und der schwärmerische Liebhaber der nie gesehenen englischen Prinzessin plante die Ehe mit einer Erzherzogin, um als Mitgift ein Stück Schlesiens zu erwerben. Ihn lockte nur die staatsmännische Thätigkeit großen Stils: er träumte von Kriegsruhm und sah sich mit Unmut unter die verachteten Schreiber gesteckt. Die Dinge sachlich zu behandeln, zeigte er auch jetzt wenig Fähigkeit und Lust. Woran nicht Esprit zu bethätigen war, das reizte ihn nicht: er glänzte mit ihm, auch wo er nicht am Platz war. Seine Vorliebe für die Franzosen, die er doch nur aus Büchern kannte, und die Geringschätzung der ungehobelten Deutschen erregten bereits das Befremden aufmerksamer Beobachter. Aber einstimmig war man im Lobe seiner verbindlichen Höflichkeit auch gegen tief unter ihm Stehende, seines hohen Verstandes, seiner wachsenden Einsicht in die Dinge, seines edlen hilfsbereiten Sinnes und seines warmherzigen Mitleidens und sagte ihm danach eine glänzende Zukunft voraus.

So faßte auch der Vater allmählich Vertrauen. Am 15. August 1731, seinem Geburtstag, überraschte er den Sohn durch seinen Besuch. In ernsten Worten hielt er ihm nochmals seine schwere Verfehlung vor, namentlich den Trotz, mit dem doch auch er nichts gegen ihn erreicht hatte, und rang dem Tieferschütterten das Geständnis ab, daß er Katte, nicht dieser ihn verführt und daß er allerdings nach England zu fliehen beabsichtigt habe. Zum erstenmal empfing der Prinz den Eindruck, daß der Vater doch Liebe zu ihm empfinde, wie der Vater an die des Sohnes zu glauben anfing. Hinfort genoß der Prinz größere Freiheit, durfte sich an Geselligkeit erfreuen und die benachbarten Bezirke bereisen. Wenn das Verhältnis zum Vater sich fortschreitend besserte, so war das zum großen Teil von Grumbkows Verdienst. Mit der Eigenart des Königs vertraut, wie kein anderer, instruierte er den Prinzen genau und bis in kleine Aeußerlichkeiten über das ihm gegenüber einzuhaltende Benehmen und beriet und unterstützte ihn getreulich

bei der Ueberwindung neu auftauchender Schwierigkeiten, die natürlich nicht ausblieben. Was er da früher etwa gefehlt hatte, machte er jetzt reichlich gut, mag dabei auch die Rücksicht auf die Zukunft entscheidend mitgewirkt haben. Im November 1731 erschien Friedrich bei der Hochzeit seiner Schwester Wilhelmine mit dem Markgrafen von Baireuth zum erstenmal wieder im Kreise der königlichen Familie und des Hofes. Damals wurde ihm auf die durch Leopold von Dessau dem König vorgetragene Bitte der Generalität auch die Wiederaufnahme in die Armee und die Verleihung des freigewordenen Regiments Goltz in Neuruppin in Aussicht gestellt.

Aber die schwerste Probe auf den eidlich gelobten Gehorsam stand doch erst bevor. Daß der Vater noch nicht völlig beruhigt war, zeigte mehr als ein Zwischenfall. Daß der Prinz Spinoza gelesen haben sollte, daß er sich zu der strengen calvinistischen Prädestinationslehre bekannte, die dem König verhaßt war, weil sie die Verantwortlichkeit des Einzelnen für sein Thun aufhebt, drohte gelegentlich neuen Sturm. Jetzt verlangte der König von ihm die Heirat mit Elisabeth Christine von Braunschweig-Bevern, einer Nichte der Kaiserin. Eugen von Savoyen hatte sie vorgeschlagen, um Preußen vollends an Oesterreich zu fesseln. Nicht dieser üble politische Beigeschmack war es, was Friedrich außer sich brachte: daß er ungefragt, ohne Wahl, ohne die ihm Bestimmte auch nur gesehen zu haben, gebunden werden sollte, versetzte sein ganzes Innere in hellen Aufruhr. Auch hier war der einst so bitter gehaßte von Grumbkow sein Vertrauter und als solcher ehrlich genug, ihn unbarmherzig die Lage in ihrer wahren Gestalt sehen zu lassen, und einem noch im letzten Moment geplanten verzweifelten Versuch zum Widerstand als aussichtslos seine Mitwirkung zu versagen. Wer wollte es Friedrich verdenken, daß er sich der Fessel zu entziehen dachte, die ihm da angelegt werden sollte? Und doch ist seine Haltung gerade in dieser Sache wenig rühmlich. Denn einmal war es im allgemeinen damals so wenig wie zu anderen Zeiten zum Throne berufenen Fürstensöhnen vergönnt, allein nach Neigung zu heiraten: fürstliche Ehen haben stets zunächst politischen oder dynastischen Zwecken dienen sollen. Menschlich

berechtigt, brachte sein Verlangen ihn doch in einen Konflikt mit den Pflichten, welche das Herkommen und die Staatsraison ihm als Fürsten auferlegte. Die eingebildete Neigung zu der englischen Cousine spielte dabei nicht mehr mit. Der Kronprinz von Preußen konnte überhaupt keine Ehe eingehen, die nicht politisch gewesen wäre, je nachdem dem Staate und der Dynastie zum Vorteil oder zum Schaden gereicht hätte. Man braucht es ja nicht gerade allzu ernst zu nehmen, wenn Friedrich durch seine künftige Gattin vor allem auch reich zu werden verlangte: einen bedauerlichen Mangel an Ritterlichkeit aber und an Selbstachtung offenbart es, wenn er das alles die arme Prinzessin entgelten läßt, die daran doch wahrlich unschuldig und weit mehr als er selbst zu beklagen war, wenn er — ohne sie gesehen zu haben — sich nicht bloß über ihr Aeußeres, ihre geistige Beschränktheit und ihre Bigotterie auf das Abfälligste aussprach, sondern sogar nicht entblödete, über ihre Tugend zweideutige Witzeleien zum besten zu geben und mit fast cynischer Offenheit erklärte, sobald er Herr würde, solle die ihm aufgezwungene Gattin verstoßen werden. Ist es nachher ja auch nicht ganz so schlimm gekommen, und fehlt es sogar nicht an Anzeichen dafür, daß während der glücklichen Rheinsberger Zeit das Verhältnis beider wenigstens äußerlich korrekt war, indem Friedrich der Gattin mit einer gewissen Galanterie begegnete, wie diese ihren Platz in dem um ihn versammelten Kreise angemessen ausfüllte, so läßt doch die weitere Entwickelung, die selbst eine äußerliche Lebensgemeinschaft so gut wie ganz aufhob, gewisse Seiten in dem Bilde Friedrichs in wenig günstigem Licht erscheinen.

Im Juni 1733 fand die Hochzeit statt. Ein Jahr später ging der Prinz, der das verheißene Regiment in Neuruppin erhalten hatte, als Volontär in das Hauptquartier Eugens von Savoyen nach dem Rhein. Aber seine Sehnsucht nach kriegerischen Erlebnissen blieb unbefriedigt: solche herbeizuführen war die kaiserliche Politik so wenig wie der alt gewordene Eugen geeignet. Lehrreich war der Aufenthalt immerhin: er lernte den Felddienst im kleinen kennen. Auch kam in ihm immer mehr die soldatische Ader zu ihrem Recht. Jetzt lernte

er auch das Verdienst Leopolds von Dessau würdigen. Von der Mutter her hatte er gegen ihn als einen gefährlichen Intriganten ein tief eingewurzeltes Vorurteil: der alte „Schnurrbart" oder „Fuhrmann" war ihm die Verkörperung des verhaßten Gamaschendienstes. Als er aus dem thatenlosen Feldzuge heimgekehrt, sein Regiment in Neuruppin wieder übernahm, in dem benachbarten Rheinsberg wohnend, pflegte er die Verbindung mit dem Fürsten, der auch in der Krisis von 1730 begütigend auf den Vater eingewirkt hatte, um von dem Altmeister der Armee zu profitieren, und fand damit das freundlichste Entgegenkommen: selbst das sonst streng geheimgehaltene Exerzierreglement des hallischen Musterregiments des Fürsten wurde ihm mitgeteilt. So überwand er auch hier ein Vorurteil seiner Jugend, wurde dem so lange verkannten Verdienst des Vaters nach einer neuen Seite hin gerecht und stärkte dadurch auch des Vaters Vertrauen und Glauben an ihn als den berufenen und befähigten Erben und Vollender seines Lebenswerkes.

Daher ließ dieser ihn jetzt im übrigen auch gewähren. So konnte er endlich innerlich und äußerlich des so lange entbehrten Friedens genießen, indem er nach pünktlicher Erledigung seiner Dienstpflichten jenen heiteren Kreis geistvoller Genossen um sich versammelte, in deren Mitte ihm die Seele weit wurde und das Herz aufging in der Pflege von Kunst und Wissenschaft. Auch da war Friedrich unermüdlich fleißig. Er erkannte, wie wenig er bei seiner planlosen, dilettantenhaften Weise bisher eigentlich gelernt, wie viel er nachzuholen hatte. Namentlich der Philosophie trat er erst damals näher, und die Lehren der englischen Denker gewannen allmählich bestimmenden Einfluß auf ihn. Politische Studien und poetische Versuche gingen nebenher. Es war, als ob der Krampf sich endlich löste, in dem während des Konflikts mit dem Vater ihm Geist und Gemüt gleichsam erstarrt gewesen waren.

An der Politik thätigen Anteil zu nehmen, ließ ihm die Eigenart des Vaters und seiner Kabinettsregierung nicht Raum. Aber auch hier trat Grumbkow vermittelnd und ausgleichend

ein, indem er ihm seinerseits durch Mitteilung der einschlägigen Akten einen Einblick in die schwebenden Angelegenheiten eröffnete. Was er so von der damaligen Lage der europäischen Politik kennen lernte, muß ihm im Gegensatz zu den Anschauungen seiner Jugend des Vaters Antipathie gegen das eigennützige und unzuverlässige England als vollberechtigt erwiesen haben, und wie der Vater empfand er als heißbrennende Schmach, was des Kaisers Perfidie Preußen in Jülich und Berg gethan hatte. Im Gegensatz aber zu dem Vater, dessen ehrliche altmodische Reichstreue sich immer wieder dagegen sträubte, aus all dem Zugefügten endlich die Konsequenzen zu ziehen, fühlte er sich durch keine in der Vergangenheit wurzelnde Rücksicht gebunden, am allerwenigsten dadurch, daß durch Vermittelung von Grumbkows und von Seckendorffs, der thöricht genug war zu glauben, er könne auf diese Weise den künftigen preußischen König an Oesterreich fesseln, von Wien her seinen finanziellen Nöten abgeholfen wurde. Vielmehr war er entschlossen, den in ihm vorhandenen gesunden und durchaus berechtigten Egoismus sich rückhaltlos bethätigen zu lassen. Die friedliche Wendung, die trotz der Preußen angethanen Schmach schließlich eintrat, war gar nicht nach seinem Sinn: es klingt durch seine Aeußerungen darüber wie ein Bedauern, daß der König wohl die Waffen zu schmieden verstehe, aber nicht sie anzuwenden. Er jedenfalls, so schreibt er am 1. November 1737 an Grumbkow, sei nicht gesonnen, sich den Vorwurf machen zu lassen, er opfere seine Interessen anderen Mächten — Worte, die zugleich erkennen lassen, wie er über des Vaters Politik in der bergischen Sache urteilte. Eher, fürchtete er, werde man ihn zu hartnäckig und lebhaft finden. Und dann schließt er mit einer Betrachtung, die das Verhältnis zwischen seines Vaters und seiner eigenen Regierung, wie es sich nachmals historisch entwickelt hat, wie in einer Formel gleichsam prophetisch zum Ausdruck brachte. Ihm scheint der König bestimmt zu sein, alle die Vorbereitungen zu treffen, die weise Vorsicht vor einem drohenden Kriege erfordert; „wer weiß, ob die Vorsehung nicht mich berufen hat, von diesen Vorbereitungen ruhmreichen Gebrauch zu machen und durch sie die Entwürfe

zu verwirklichen, für die sie des Königs Fürsorge bestimmt hatte".

Das hieß die bisherige Entwickelung Preußens und das sie abschließende Wirken Friedrich Wilhelms I. mit weitumfassendem Blick begreifen und richtig würdigen, bewies aber zugleich die klare Erkenntnis, daß Preußen an einem Wendepunkte angekommen war, wo es endlich zu handeln galt. Und der Erbe des Thrones war entschlossen zu handeln!

Druck der Union Deutsche Verlagsgesellschaft in Stuttgart.

